



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

Landwirtschaft – Migration – Supermärkte

Ausbeutung und Widerstand entlang der Wertschöpfungskette von Obst und Gemüse

Verfasser

DI Dieter Alexander Behr

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl: A 092 300

Dissertationsgebiet: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	s 4
1. Grundriss der Fragestellung	s 10
2. Stand der Forschung – 10 Jahre Solidaritätsarbeit mit der andalusischen Landarbeiter_innen-Gewerkschaft SOC und kritische Supermarktinitiativen	
2.1. El Ejido im Februar 2000	s 16
2.2. Solidarität mit den Landarbeiter_innen von Almería nach dem Jahr 2000	s 24
3. Kriterien zur Auswahl der Bearbeitungsgebiete und Forschungsmethoden	s 32
4. Theoretische Grundlagen	
4.1. Regulationstheorie und regulationstheoretische Erweiterungen	s 36
4.1.2. Globale Apartheid	s 46
4.1.3. Antirassismus und Autonomie der Migration	s 52
4.1.4. Imperiale Lebensweise – Konsum	s 62
4.1.5. Theorie der Wertschöpfungsketten, internationale Produktionsnetzwerke	s 76
4.2. Prozesse ursprünglicher Akkumulation und Freisetzung von Arbeitskräften – Zum komplexen Verhältnis von Landwirtschaft und Migration	s 83
5. Kritik als Grundlegung von Gesellschaftstheorie und politischer Praxis	s 105
6. Arbeitsthesen	s 121
7. Landwirtschaftliche Produktion und Arbeitsmigration in der Region Almería	
7.1. Von der Semiperipherie zur boomenden Exportregion – die landwirtschaftliche Entwicklungsgeschichte von Almería	s 122
7.2. Entwicklung der Migrationsbewegungen der Region	s 132
7.3. Arbeits- und Lebensbedingungen im Plastikmeer von Almería	s 145
7.4. Preisbildung von Gemüsewaren aus Almería	s 155
8. EXKURS: Konkurrenzregionen zu Almería – das Beispiel Souss in Marokko	s 160
9. Landwirtschaftliche Produktion und Discountierung im Lebensmittel-einzelhandel	
9.1. Discounter-Welten – Bisherige Forschung zum Thema Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel	
9.2. Über das dialektische Verhältnis zwischen industrieller Entwicklung im	s 170

landwirtschaftlichen Sektor und dem Aufstieg der Supermärkte und Discounter	s 182
9.3. Zur Entwicklungsgeschichte von Supermärkten und Discountern – vom regionalen Fachgeschäft zu Lidl	s 187
9.4. Wachstumsmärkte für Supermarktketten und Discounter: das Beispiel Osteuropa	s 191
9.5. Arbeitsbedingungen in den Filialen von Supermärkten und Discountern – Lohnverhältnisse	s 193
9.6. Auswirkungen der Preispolitik von Supermarktketten und Discountern auf die Primärproduktion	s 196
 10. Die widersprüchliche Implementierung der GRASP-Richtlinien in Almería	s 200
 11. Gegenhegemoniale Strategien auf dem Prüfstand	s 209
11.1. Probleme und Perspektiven europäischer Gewerkschaftspolitik im Kontext von Prekarisierung und Migration	s 212
11.2. Die gewerkschaftlichen Strategien der SOC und externe Unterstützung	s 222
11.3. Die Lidl-Kampagne von ver.di und kritische Supermarktinitiativen	s 241
11.4. Kritischer Journalismus	s 260
11.5. Die Möglichkeiten und Grenzen von kritischem Konsum	s 265
11.6.a. Transnationale Solidarität gegen Ausbeutung – das Beispiel Bio-Sol	s 271
11.6.b. Rechtliche Schritte gegen Discounter: Lidl und „faire Textilien“	s 281
 12. Conclusio – Transnationale Solidarität als voraussetzungsvoller Prozess	s 286
 13. Geführte Interviews	s 291
 14. Literatur	s 292
 15. Lebenslauf und Abstract	s 311

Vorwort

„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“
(Karl Marx)

„Social justice from farm to fork – Fight precarious work!“
(Slogan der International Farm Workers Union)

Woher kommen die Tomaten, die tagtäglich im Supermarkt um die Ecke verkauft werden? Welche Produktionsbedingungen waren beim Anbau, bei der Ernte, bei der Verpackung, beim Transport und beim Verkauf ausschlaggebend, und was war alles dafür notwendig, dass solch eine banale Ware wie eine Tomate nun hier vor uns im Regal liegt? Solche und ähnliche Fragen wurden innerhalb des letzten Jahrzehnts vermehrt gestellt – sei es von kritischen Konsument_innen, Journalist_innen, NGOs, Gewerkschaften, Wissensarbeiter_innen an Universitäten und in Schulen. Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, genau diesen Themenkomplex zu behandeln und zwar aus der Perspektive der Konflikte und vielfältigen Widerstände gegen Ausbeutung und ökologische Zerstörung, die die industrielle Landwirtschaft, der globalisierte Warentransport und das moderne System der Vermarktung mittels Supermärkten und Discounter-Läden mit sich bringt.

Von speziellem Interesse für die vorliegende Arbeit ist die Analyse von Ausbeutung und Widerstand entlang der Wertschöpfungskette von Obst und Gemüse sowie die Handlungsspielräume für Gewerkschaften und soziale Bewegungen, die den Agrarkapitalismus und die Marktmacht der Supermärkte und Discounter infrage stellen und sich zum Ziel setzen, Alternativen zu entwickeln. Der Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist die industrielle Gemüseproduktion in der Region von Almería in Süds Spanien, in der auf einer Fläche von über 40.000 ha Gemüsewaren für den europäischen Markt produziert werden. Diese Produktion wäre nicht vorstellbar ohne die Verfügbarkeit von einer Vielzahl migrantischer Arbeitskräfte aus afrikanischen, lateinamerikanischen und osteuropäischen Ländern, die oft unter Bedingungen extremer Überausbeutung in den Gewächshäusern und Abpackbetrieben der Region arbeiten. Doch überall auf der Welt ist das Verhältnis zwischen industrieller Landwirtschaft und den Rechten von

Landarbeiter_innen problematisch: Der geringe Grad an Maschinisierung bei einer Vielzahl von Kulturen, die Unregelmäßigkeit der Produktion, die Verderblichkeit der Produkte sowie die Tatsache, dass die Gebiete intensiver landwirtschaftlicher Produktion meist abseits der Städte mit ihrer sozialen Infrastruktur (Migrant_innen-Communities, Gewerkschaften, NGOs, Hilfsorganisationen etc.) liegen, begünstigen seit jeher Bedingungen der Überausbeutung. Nahezu sprichwörtlich ist in diesem Zusammenhang das „kalifornische Modell“ geworden, das Jean-Pierre Berlan in der Publikation „Bittere Ernte“ beschreibt (Berlan 2004: 19 ff). Berlan expliziert dort die Strukturmerkmale der kalifornischen Landwirtschaft in den 30er Jahren, wo während dieser Frühphase des Fordismus die verschiedenen Merkmale der Überausbeutung zum Tragen kamen, die heute auch noch viele landwirtschaftliche Intensivregionen kennzeichnen. Vielen Leser_innen wird das „kalifornische Modell“ auch von den Romanen von John Steinbeck bekannt sein (vgl. Steinbeck: 1948).

Doch auch die Umstände der landwirtschaftlichen Produktion in Almería sind mittlerweile vielen Menschen bekannt. Es geht nun darum, deutlich zu machen, dass prekäre Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelproduktion wie auch im Handel weder auf einen Produktionsabschnitt beschränkt sind noch einen zufälliger Fehler im System darstellen; dass sie vielmehr im derzeitigen Agrar- und Lebensmittelsystem zur Norm geworden sind.

Auch die Autor_innen der Studie „Follow the thing“, die bei ihren Untersuchungen den Weg der Papaya von der Produktion bis zum Supermarkt nachzeichnen, benennen den Wunsch, den „Fetisch des Marktes“ mit all seinen Konsequenzen aufzudecken, als zentrales Motiv für ihre Forschungen und berufen sich dabei auf den Geographen David Harvey: „The research (...) was initially energized by David Harvey’s call for radical geographers to 'get behind the veil, the fetishism of the market', to make powerful, important, disturbing connections between Western consumers and the distant strangers whose contributions to their lives were invisible, unnoticed, and largely unappreciated. Harvey argued that radical geographers should attempt to de-fetishise commodities, re-connect consumers and producers, tell fuller stories of social reproduction, and thereby provoke moral and ethical questions for participants in this exploitation“ (Cook et al. 2004: 642). Die vorliegende Arbeit verfolgt ebenfalls das Ziel, „fuller stories of social reproduction“ zu erzählen. Die Bedingungen, unter denen all die Waren erzeugt werden, die täglich zum Verkauf stehen, diese Bedingungen, die verschleiert und verheimlicht, oder aber durch Werbung und Verpackung, durch Sozial- und Ökolabels geschönt, sollen ans Tageslicht gezerrt werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Rolle der Supermarktketten und Discounter gelegt, auf die Auswirkungen ihrer Einkaufspolitik auf den landwirtschaftlichen Sektor, auf ihre mittlerweile schwindelerregende

Marktmacht und die damit einhergehenden Konzentrationsprozesse im Lebensmitteleinzelhandel, sowie auf die Arbeitsbedingungen in den Filialen.

Hier sei die These vorangestellt, dass Supermärkte und Discounter samt der Waren, die darin verkauft werden wie unter einem Brennglas die Antagonismen offenlegen, die der globalen Warenproduktion und der internationalen Arbeitsteilung innewohnen. Auch wenn die „Trauben im Supermarkt stumm“ sind (vgl. Harvey 2007: 44), ist es möglich, durch Recherche und Bewusstseinsarbeit, durch gegenhegemoniale Bewegungen und Protest die globalen Widersprüche der kapitalistischen Lebensmittelproduktion herauszuarbeiten und zu kritisieren. Der lebensweltliche Charakter von Supermärkten und Discountern – fast alle Menschen, die in der westlichen Welt leben, sind mit ihnen mehr oder weniger vertraut – kann bei der Politisierung dieser Widersprüche helfen.

Wenn die sozialen und ökologischen Probleme adressiert werden, die mit der industriellen Landwirtschaft und dem Vermarktungssystem der Supermärkte und Discounter zusammenhängen, muss auch über den Wachstumswang im Kapitalismus gesprochen werden. Die „Kultur des Marktes, des an Konkurrenz orientierten Individualismus und die Kultur der Angst, die emanzipatorisches Denken und Handeln so schwierig machen“ muss infrage gestellt werden (vgl. Brand 2007a: 34). Es muss von dem problematischen, aber weit verbreiteten und letztlich hegemonialen Wunsch, im Winter Tomaten und Erdbeeren essen zu können, gesprochen werden. Dieser Wunsch ist ein Ausdruck der imperialen Lebensweise – ein Begriff, von dem in der vorliegenden Arbeit häufig die Rede sein wird (vgl. Brand / Lösch / Thimmel 2007: 67). Weiters müssen Nord-Süd Asymmetrien angesprochen werden sowie Kämpfe der Migration, die das globale Ausbeutungsgefälle herausfordern.

Diese Arbeit fühlt sich denjenigen Akteur_innen verpflichtet, die den vorherrschenden Status Quo an Zerstörung und Ungerechtigkeit, die die industrielle Landwirtschaft und das Vermarktungssystem der Supermärkte und Discounter hervorbringt, nicht akzeptieren wollen und dagegen aktiv werden. Jedoch sind Naivität und Voluntarismus fehl am Platz: die Beharrungskräfte der herrschenden ökonomischen Ordnung und der imperialen Lebensweise sind sehr stark; oftmals haben emanzipatorische Kämpfe notgedrungen einen rein defensiven Charakter – beispielsweise bei Kämpfen gegen Lohnraub bei der Landarbeit. Und dennoch, oder gerade deswegen ist es notwendig, über gegenhegemoniale Strategien zu sprechen, die in ihrem defensiven Ausdruck gleichzeitig über die Defensive hinausweisen und die neuen Formen der Vergesellschaftung möglich erscheinen lassen – sei es in den Prozessen der Selbstorganisation von Migrant_innen, den Protesten kritischer und prekärer Konsument_innen oder in der Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik in globalen Produktionsnetzwerken. Die Rolle der kritischen Wissenschaft ist es, zu versuchen zu

verstehen, wann und an welchen Stellen es im Gebälk der scheinbar reibungslos funktionierenden Maschine der Warenproduktion kracht und wo mit emanzipatorischen Ansätzen eingehakt werden könnte. Oder anders formuliert: Es geht darum, die Krisenhaftigkeit des Akkumulationsregimes zu untersuchen, die trotz der großen Beharrungskräfte immer wieder hervortritt. Aufgabe kritischer Wissenschaft ist es, „Strukturwissen“ für emanzipatorische Kämpfe zu entwickeln (Brand 2010: 43).

Weder die Einführung des Achtstundentages noch die Abschaffung der Sklaverei waren Ergebnisse herrschaftsfreier Kommunikation – gesellschaftlicher Fortschritt ist immer in erster Linie das Resultat von sozialen Kämpfen und Auseinandersetzungen, die die Privilegien der Herrschenden infrage stellen und zurückdrängen.

Heute ist es wichtiger denn je, an Strategien zu arbeiten, die helfen können, das gegenwärtige, auf massiver Umweltzerstörung und Ausbeutung beruhende Wirtschaftssystem infrage zu stellen und letztlich zu überwinden. Mittels eines theoretisch unterfütterten Verständnisses von Gegenhegemonie sollten wir in der Lage sein zu diskutieren, welche sozialen Veränderungen für solch einen Umbau der Gesellschaft sinnvoll sein könnten. So wird in dieser Arbeit auch nach den Realisierungsbedingungen der Forderungen nach einer sozial und ökologisch nachhaltigen Produktions- und Konsumweise gefragt.

Auch wenn heute nach wie vor Vergesellschaftungsprozesse in nationalstaatlichen Rahmen verhandelt und abgesichert werden, ist mehr denn je klar, dass der einzige sinnvolle normative Bezugsrahmen für emanzipatorische Strategien der globale ist. Somit wird in der vorliegenden Arbeit die Überwindung des methodischen Nationalismus angestrebt (vgl. Roth 2011: 14 ff.).

Daraus folgt eine affirmative Betonung des Globalen und die damit verbundene Zurückweisung des Nationalstaats als zentrales Interventionsfeld von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Wirksame gegenhegemoniale Bewegungen können nicht mittels einer Zentralstrategie und einem Masterplan aufgebaut werden, sondern nur im Zusammenwirken von vielfältigen Strategien und Praxen, die sich verdichten und in bestimmten historischen Momenten unter Umständen wirklich in der Lage sind, tiefgreifende Veränderungen durchzusetzen. Die politische Konstituierung von Gegenhegemonie verläuft nicht linear und widerspruchsfrei, sie gehorcht keinem Stufenmodell, sondern ist ein Resultat der verstreuten und ungleichzeitigen Artikulationen der Widerstände, Widersprüche und Revolten gegen die herrschende Ordnung, die die weltweite Arbeitsteilung immer wieder aufs neue umwälzen und verändern.

Eine wichtige Rolle in dieser Arbeit nimmt die Wissenschaftskritik und eine Reflexion über die Rolle von kritischer Wissenschaft ein. Mainstream-Wissenschaft bietet eine Management-Orientierung des Bestehenden an, kritische Wissenschaft sollte eine Problem- und

Konfliktorientierung einnehmen (vgl. Brand 2011: 11 ff), die eine deutliche Steuerungsskepsis an den Tag legt bezüglich der Möglichkeit, innerhalb der bestehenden, herrschaftlich verfassten Verhältnisse die Krise des Kapitalismus in den Griff zu bekommen.

Mein Bestreben ist, eine kohärente Argumentation zu entwickeln, der die Leserin und der Leser folgen können und die zu einer regen Debatte um das Feld Landwirtschaft, Migration, Supermärkte und Konsum anregt. Ich erachte akademische Arbeiten dann als sinnvoll, wenn sie in reale soziale Bewegungen eingebettet werden und in der Lage sind, materielle Veränderungen zu befördern.

Ich habe mich dazu entschieden, alle gender-bezogenen Termini in dieser Arbeit mit einem Gender_Gap zu kennzeichnen.¹ Zum einen wollte ich der Klarheit wegen durchgängig eine einheitliche Schreibweise anwenden, zum anderen erachte ich es als wichtig, dass sich geschlechtsneutrale Schreibweisen auch in wissenschaftlichen Arbeiten durchsetzen und dass die männliche Schreibweise auch beim Zitieren von Quellen nicht unkritisch übernommen wird. Eigene Anmerkungen bei Zitaten bzw. Übersetzungen wurden mit den Kürzeln meines Namens D.A.B. gekennzeichnet.

Der in Abschlussarbeiten viel zitierte Satz „Niemand schreibt alleine“ trifft auf diese Arbeit wohl in besonderem Maß zu: Ohne das jahrelange und unermüdliche Engagement einer Vielzahl von Aktivist_innen aus verschiedenen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, antirassistischen Gruppen und Umweltgruppen hätte diese Arbeit niemals entstehen können. Im Speziellen haben die Freund_innen und Genoss_innen des Europäischen Bürger_innen Forums und der Gewerkschaft SOC zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Des weiteren möchte ich mich bei den Kolleg_innen bedanken, die im Mai 2011 an der Reise nach Almería, die von dem gewerkschaftlichen Bildungsverein Weltumspannend Arbeiten organisiert wurde, teilgenommen haben. Mein besonderer Dank gilt des Weiteren Agnes Schreieder, meinem Betreuer Prof. Ulrich Brand sowie Prof. Christoph Görg und Prof. Bodo Zeuner.

Zahlreiche Vorrecherchen haben es mir möglich gemacht, auf ein breites Reservoir an Wissen rund um das Thema Landwirtschaft – Migration – Supermärkte zurückgreifen zu können. Hier möchte ich mich speziell bei Shelina Islam und Bodo Marks bedanken.

Wichtige inhaltliche Hinweise für diese Arbeit gaben mir Bini Adamczak, Olaf Bernau, Martin Birkner, Lisa Bolyos, Joana Coppi, Franziskus Forster, Raymond Getaz, Kathi Hahn, Johannes

1 Als Gender_Gap (Englisch für Geschlechter-Zwischenraum) wird die meist durch einen Unterstrich gefüllte Lücke zwischen maskuliner und femininer Endung eines Wortes bezeichnet. Es ist eine aus dem Bereich der Queer-Theorie stammende Variante des Binnen-I. Der Gender Gap soll ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, auch jener abseits der gesellschaftlich hegemonialen Zweigeschlechtlichkeit sein (vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Gender_Gap_\(Linguistik\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Gender_Gap_(Linguistik))).

Kutsam, Rudi Lachinger, Nikolaus Ludwiczek, Winnie Medina und Katharina Morawek. Die Arbeit wurde zu großen Teilen auf einem steirischen Bio-Hof geschrieben, in den südburgenländischen Hügeln sowie in einem Mühlviertler Gasthof. Für die Gastfreundschaft an diesen Orten bedanke ich mich bei Sigi, Hans, Max, Lorenz, Moni, Berni und Stefan. Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern meiner Hausgemeinschaft, Käthe, Lisa, Markus und Pyrx, sowie meiner Familie, Elisabeth, Marianna und Lisi Behr. Ich widme diese Arbeit meinem Vater Oskar Behr, der mich liebevoll großgezogen hat und der mit mir auf großzügige Weise seine Fähigkeit, lustvoll und kritisch zu denken, geteilt hat.

1. Grundriss der Fragestellung

Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Lohnabhängigen im industriellen Obst- und Gemüsebau sowie die Möglichkeiten von Organisierung und Widerstand entlang der Wertschöpfungskette zu untersuchen.

Ausgehend von diesem Fokus sollen folgende Themen behandelt werden: Erstens die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeiter_innen, die im industriellen Obst- und Gemüsesektor der Region Almería in Südspanien beschäftigt sind sowie deren Versuche, gegen Überausbeutung und Rassismus aktiv zu werden (die meisten dieser Arbeiter_innen sind Migrant_innen und von struktureller Diskriminierung betroffen). Des weiteren soll das hegemoniale Vermarktungssystem der Supermärkte und Discounter untersucht werden, seine Auswirkungen auf die Primärproduktion sowie die Arbeitsbedingungen von Angestellten in den entsprechenden Filialen. Schließlich soll die Rolle transnationaler Netzwerke, sozialer Bewegungen und gewerkschaftlicher Organisierung für den Aufbau von Gegenhegemonie und Widerstand beleuchtet werden. Oder als Frage formuliert: Wie kann einerseits von innerhalb des Produktionsprozesses, andererseits aber auch von „extern“, sprich in Form von Kampagnen durch NGOs, soziale Bewegungen oder organisierte Konsument_innen Druck aufgebaut werden, um (Über-)Ausbeutung und ökologische Verwerfungen an den verschiedenen Punkten der Wertschöpfungskette zu stoppen.

Diese Fragen interessieren nicht zuletzt deshalb, weil in der vorliegenden Arbeit dezidiert der Versuch unternommen wird, in den Reflexionsfaden einen Handlungsfaden einzuweben. Maßstab der zu erreichenden Handlungsfähigkeit ist stets ein herrschaftskritischer (vgl. Kapitel 5).

Um zu einer Analyse der Handlungs- und Emanzipationsmöglichkeiten zu gelangen, muss aber zunächst untersucht werden, wie die politischen und sozio-ökonomischen Strukturen aussehen, die das aktuell dominante Entwicklungsmodell im Sektor der industriellen Obst- und Gemüseproduktion möglich gemacht haben, wie sie aufrechterhalten werden und aus welchen Gründen die Produktions- und Vermarktungssysteme des agroindustriellen Komplexes in Almería so große Beharrungskräfte aufweisen: Denn trotz multipler Krise und trotz aller Widerstände – so eine weitere hier vorangestellte These – scheint das Produktions- und Distributionssystem von Obst- und Gemüsewaren aus der industriellen Landwirtschaft weitgehend zu funktionieren. Seitdem im großen Stil damit begonnen wurde, die Vermarktung von Obst und Gemüse von den Rhythmen der Jahreszeiten zu entkoppeln, ist es noch zu keinem nennenswerten Engpass von Wintergemüse aus Almería in den Supermärkten gekommen!

An diese Erkenntnis schließt folgende Frage an: Was führt durch die verschiedenen sozialen und

ökologischen Widersprüche hindurch zu gewissen Regularitäten in der Arbeitsteilung entlang der Wertschöpfungskette von Obst und Gemüse und ermöglicht somit eine relativ hohe Stabilität und Planbarkeit für die Vermarktung? Welche Mechanismen greifen also, um eine mehr oder weniger stabile Kapitalakkumulation weiterhin zu gewährleisten?

Um diese Frage zu beantworten, werden die Lohnverhältnisse an den verschiedenen Stationen der Wertschöpfungskette, die wiederum eingebettet sind in sozio-ökonomische, politische und kulturelle Verhältnisse, untersucht. Konkret buchstabiert sich dieser Fokus wie folgt aus: An den Orten der landwirtschaftlichen Produktion wird zunächst beschrieben, welche Rolle die Konkurrenz zwischen Gruppen von Arbeiter_innen unterschiedlicher Herkunft (Stichwort Arbeitsmigration) und unterschiedlichem Gender (z.B. die gezielte Anwerbung von marokkanischen Frauen für die Erdbeerernte in Süds Spanien) für die Lohnverhältnisse spielt. Dabei wird die Rolle des Aufenthaltsstatus sowie die Rolle verschiedener Rekrutierungs-Abkommen erforscht. Jessica Ward beschreibt für den Sektor der industriellen Landwirtschaft wie auch für verschiedene Bereiche der Dienstleistungsbranche das Phänomen der „delocalisation on site“, also gewissermaßen der „Auslagerung vor Ort“: „(...) Industries that cannot, for the most part, be delocalised in cheaper production areas, such as part of the agricultural sector and the service industry, tend to 'delocalise on site' (...). That is, they offer jobs necessitating little to no qualification, high flexibility and docility for minimum wages or less. The local workforce has little incentive to take these positions in such conditions, and it is migration flows that provide an ever increasing number of workers“ (Ward 2004: 1). Dieser Umstand tritt in Almería durch die Beschäftigung einer großen Anzahl migrantischer Arbeitskräfte besonders stark zum Vorschein. Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, die Genese und die konkrete Ausprägung dieser „delocalisation on site“ in Almería zu untersuchen.

Die Untersuchungen im Bereich des Einzelhandels haben dann im Speziellen zum Ziel, die Lohnverhältnisse im Licht der aktuellen Konzentrationsprozesse (Stichwort Discountierung) zu untersuchen. Sind es doch nicht zuletzt diese Konzentrationsprozesse, die – durch eine Reihe von Faktoren begünstigt – den Druck auf die Löhne in den letzten Jahren stark erhöht haben – so zumindest die vorläufige These. Die Untersuchung der genannten Fragen soll schlussendlich ans Tageslicht bringen, welcher strukturelle Zusammenhang zwischen den (meist schlechten) Arbeitsbedingungen von Lohnabhängigen an diesen unterschiedlichen Orten der Wertschöpfungskette besteht: seien es temporäre Saisoniers und Tagelöhner_innen, Arbeitsmigrant_innen mit und ohne legalem Aufenthaltsstatus, Angestellte und Leiharbeitskräfte sowie Arbeitende mit Werkverträgen in Supermärkten und Discountern.

Des weiteren wird die aktuell hegemoniale Form des Lebensmittelkonsums analysiert.

Theoretisches Rüstzeug hierfür bietet der Begriff der „imperialen Lebensweise“ (vgl. Kapitel 4.1.4.), die bei Weitem nicht nur den Bereich des Lebensmittelkonsums durchzieht, jedoch gerade für die Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel charakteristisch ist. Die imperiale Lebensweise lässt sich durch Werbeslogans der Supermärkte und Discounter selbst am treffendsten illustrieren: „Hauptsache Billig“ und „Geiz ist geil“ sind die diskursiven Spitzen der sozialen und ökologischen Abwärtsspirale, die mit der „Aldisierung“ (Jürgens 2011: 134) des Lebensmitteleinzelhandels geprägt wurden und die sich mittlerweile in die Alltagspraxis vieler Menschen übersetzt haben.

Supermärkte und Discounter kämpfen gerade in den neuen EU-Ländern, in afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern um riesige, bisher noch nicht erschlossene Absatzmärkte. Auch diese Entwicklung verläuft keineswegs „neutral“ und auch nicht nur marktgesteuert, sie wird von den nationalen Regierungen, von der EU sowie durch internationale Abkommen massiv gefördert. Dies hat mindestens zwei Funktionen: Erstens werden damit die oben erwähnten neuen Absatzmärkte für industriell erzeugte Waren geschaffen. Diese werden allerdings erst in Massen gekauft, nachdem der Grad an Subsistenz und Eigenversorgung der Haushalte massiv abgesenkt wurde, sprich nachdem sich die Lebensweise durch eine Veränderung der Alltagsgewohnheiten verschoben hat: Gärtner, Solidarwirtschaft und Tauschen in der Nachbarschaft und im dörflichen Zusammenhang wird zugunsten der Orientierung auf Lohnarbeit und Konsum in Supermärkten verdrängt. Christa Müller (1998) hat diese Entwicklung in ihrem Buch „Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf. Bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung“ anhand der Entwicklung eines Dorfes in Westdeutschland ausgeführt. Dabei nimmt sie starken Bezug auf Karl Polanyis „The great Transformation“ (1957). Die Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft und der lokaler Märkte – ob historisch oder aktuell – führt zur Loslösung von Menschen von ihren Produktionsmitteln und somit zur Freisetzung von Arbeitskräften. Diese Dynamik wird von Karl Marx als „ursprüngliche Akkumulation“ bezeichnet und im „Kapital“ in erster Linie als historischer Prozess beschrieben. In Kapitel 4.2. wird die Relevanz dieses theoretischen Instrumentariums ausführlich diskutiert. Mein Argument besteht im Wesentlichen darin, dass sich Prozesse ursprünglicher Akkumulation fortwährend ereignen und sowohl Voraussetzung für, als auch Konsequenz von agrar-industriellen Produktionsmethoden sind.

Die mannigfaltigen Erscheinungsformen ursprünglicher Akkumulation sind zwar für den industriellen Kapitalismus ob der Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften und der Erschließung neuer Absatzmärkte positiv, drohen aber – selbst aus der Sicht der Befürworter_innen liberaler Politiken – zuweilen aus dem Ruder zu laufen. Verwiesen sei hier auf den enormen Anstieg an

Arbeitslosen in verschiedenen osteuropäischen Ländern, der zu einem großen Teil auf die Zerstörung bürgerlicher Landwirtschaft durch die Expansion von Supermärkten zurückzuführen ist (vgl. Duntze 2008). Noch viel drastischer stellt sich die Situation in afrikanischen Ländern dar, wo die vielfältigen Erscheinungsformen ursprünglicher Akkumulation zu einem regelrechten ruralen Exodus führen.

Als Beispiel für das dialektische Verhältnis zwischen ursprünglicher Akkumulation und der Ausbreitung der industriellen Landwirtschaft sowie der Logik der Supermärkte wird in Kapitel 8 die Region Souss in Marokko behandelt, wo in den letzten Jahren ein weiteres „Plastikmeer“, also eine weitere Intensiv-Produktionsregion für Gemüse entstanden ist.

Schließlich sollen in der vorliegenden Arbeit gegenhegemoniale Strategien von Arbeiter_innen, Gewerkschaften und Gruppen der Zivilgesellschaft, die gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung aktiv sind, beschrieben werden: Die Politisierung der Probleme, die Konstitution von Widerstand, die konkreten Organisierungsprozesse und exemplarisch die Verlaufsformen sozialer Auseinandersetzungen.

Die Kenntnis der Funktionsweise von sozialen Konflikten ist die Grundlage dafür, sich über Alternativen zu verstündigen. Schlussendlich geht es strategisch um folgende Fragen: Wo sind Brüchigkeiten in der Wertschöpfungskette von Obst und Gemüse zu finden? Welche Art von Krisen hat es seit dem Aufkommen von industriellen Produktionssystemen im Obst- und Gemüsebau gegeben und welche sind in Zukunft zu erwarten? Welches Potential gibt es für Gewerkschaften, NGOs, soziale Bewegungen und kritische Wissenschaft, die krisenhaften Formen der Naturaneignung im Sektor des industriellen Obst- und Gemüsebaus emanzipatorisch zu wenden – sprich im Sinne der Lohnabhängigen, der Konsument_innen und im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft?

Bei der Untersuchung der vielfältigen Widerstände, die der Gewährleistung einer stabilen Kapitalakkumulation entgegenlaufen, sollen nicht nur gewerkschaftliche Strategien betrachtet werden, sondern auch Strategien organisierter Konsument_innen, NGOs und globalisierungskritischen Gruppen. Anhand von mehreren Beispielen soll der Frage nachgegangen werden, ob „kritischer Konsum“ dazu beitragen kann, Druck gegen soziale und ökologische Missstände aufzubauen; dass also in einem extrem gewerkschaftsfeindlichen Umfeld wie Almería die Sicherheit einer geordneten Kapitalakkumulation, also eines „Business as usual“ infrage gestellt wird.

Anfänglicher Anspruch der Arbeit war, entsprechend dem Titel der Arbeit *jede* Station in der Wertschöpfungskette von Obst und Gemüse auf ihre sozialen und ökologischen Effekte hin zu

untersuchen: eingeschlossen also die Bereiche Logistik und Verpackung/Weiterverarbeitung sowie den Sektor des Transports. Im Zuge der Vorrecherchen wurde allerdings klar, dass eine ausführliche Untersuchung der sozialen und ökologischen Bedingungen an allen Stationen der Wertschöpfungskette den Rahmen der Arbeit bei weitem sprengen würde. In diesem Sinn werden letztgenannte Punkte allenfalls holzschnittartig behandelt werden, denn der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf den Stationen der Produktion und der Vermarktung.

Das Thema der Arbeitsbedingungen in der industriellen Landwirtschaft wurde in einer Vielzahl von journalistischen Arbeiten behandelt (vgl. Kapitel 11.4.). Wissenschaftliche Untersuchungen wurden lediglich zu Teilaспектen dieses Gegenstandes durchgeführt. Zu erwähnen wären in diesem Zusammenhang u.a. die Studien „Who reaps the fruit? Critical issues in the fresh fruit and vegetable chain“ (Vander Stichele et al. 2006), „Constructing Solidarity – Coalitions supporting immigrant farm workers in the United States and Europe“ (Ward 2006) bzw. „Was hat Gemüse mit Migration zu tun? Landschaftsplanerische Reflexion zur Arbeitsmigration in der Landwirtschaft. Dargestellt an Gemüse- und Beerenobstbetrieben im niederösterreichischen Marchfeld“ (Behr 2004). Zum Thema Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel ist v.a. auf den Sammelband „Discounterwelten“, herausgegeben von Ulrich Jürgens (2011), hinzuweisen. In Bezug auf den Zusammenhang zwischen Discountierung und „Wegwerfgesellschaft“ erschien die Untersuchung „Fast ganz unten – Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird“ (Selke 2008) bzw. der Dokumentarfilm „Taste The Waste – Warum schmeißen wir unser Essen auf den Müll?“ (Thurn 2011).

Was bisher nur in Ansätzen geleistet wurde, ist ein wissenschaftlicher Beitrag zum Zusammenhang zwischen industrieller Gemüse- und Obstproduktion in Europa und der Macht der Supermarktketten bzw. der Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel. Diese beiden Bereiche sind allerdings nicht voneinander zu trennen, sind es doch gerade die Supermärkte und Discounter, die aufgrund ihrer enormen Marktmacht in der Lage sind, die Preise für Obst und Gemüse brutal nach unten zu drücken; damit haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass die Arbeitsbedingungen in der Primärproduktion immer härter wurden. Der enorm hohe Konkurrenzdruck hat auch dazu geführt, dass Supermärkte und Discounter Mitbestimmungsstrukturen oftmals auch für die eigenen Mitarbeiter_innen ablehnen. Gewerkschaftliche Rechte von Arbeitenden in den Filialen von Supermärkten und Discountern werden nicht selten regelrecht torpediert. Dies ist ein weiterer Grund für die Notwendigkeit, eine wissenschaftliche Untersuchung der Zusammenhänge zwischen industrieller Landwirtschaft, Arbeitsmigration und den Konzentrationsprozessen im Lebensmitteleinzelhandel durchzuführen.

Prominente journalistische Arbeiten wie „We feed the world“ von Erwin Wagenhofer (2005) oder „Hauptsache Billig“ von Mirco Tomic (2011) haben wesentlich dazu beigetragen, eine breite Streuung der Information über die schlechten Arbeitsbedingungen in der industriellen Gemüseproduktion sowie im Einzelhandel zu erreichen und das Bewusstsein darüber zu heben. Woran es allerdings hapert, ist eine strategische Diskussion darüber, wo, mit welcher (kurz-, mittel- oder langfristigen) Zielsetzung und in welcher Konstellation gegenhegemoniale Bündnisse entlang der Wertschöpfungskette geknüpft werden könnten, um zu einer wirklichen Bewegung gegen Überausbeutung und Umweltzerstörung zu kommen.

Dafür müssen die sozialen Antagonismen und offenen Kämpfe adressiert werden, um letztendlich die zentralen Zusammenhänge bzw. sozialen Spannungsfelder ins Blickfeld zu rücken. Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Arbeit eine Reihe von Kampagnen und Arbeitskämpfe in Südspanien, Deutschland und der Schweiz untersucht, die zum Ziel hatten, gegen soziale und ökologische Ausbeutung vorzugehen, sowie für gewerkschaftliche Organisierung und gegen Rassismus zu streiten.

Last but not least ist es für mich unabdinglich, bei meiner akademischen Arbeit mit denjenigen zu kooperieren, die innerhalb des Systems der Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln am stärksten benachteiligt sind und bei den Auseinandersetzungen um ihre Rechte und ihre Würde am meisten riskieren – seien es migrantische Landarbeiter_innen oder Supermarktangestellte, die für ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisierung kämpfen. Dies ist zentral aus Gründen der Solidarität, aber auch, um zu verhindern, dass akademische Arbeiten letztlich zum reinen Diskurs-Tiger werden oder – noch schlimmer – einfach in den Schubladen des universitären Betriebs verschwinden.

2. Stand der Forschung – 10 Jahre Solidaritätsarbeit mit der andalusischen Landarbeiter_innen-Gewerkschaft SOC und kritische Supermarktinitiativen

2.1. El Ejido im Februar 2000 und die Hintergründe

Der Beginn der Arbeiten für die vorliegende Dissertation im Februar 2010 fällt genau zusammen mit dem Datum, an dem sich die rassistischen Ausschreitungen von El Ejido im Süden Spaniens zum zehnten Mal jährten. Dazwischen liegt eine Dekade, in der die sozialen Auseinandersetzungen in der Provinz Almería fortlaufend politisiert wurden – und zwar weit über die Grenzen Andalusiens hinaus.

Zunächst: was war im Februar 2000 passiert? In der südspanischen Provinz Almería ereigneten sich während mehrerer Tage gewalttätige Ausschreitungen gegen v.a. aus Marokko stammende Arbeitsmigrant_innen. Einwohner_innen der Stadt El Ejido, die unmittelbar an der andalusischen Mittelmeerküste liegt, jagten damals Migrant_innen mit Baseballschlägern durch die Straßen, zerstörten ihre Geschäfte, Lokale, ihre Kultstätten sowie die Behausungen aus Plastik- und Holzresten, genannt „Chabolas“ (vgl. Europäisches Bürger_innenforum, im Folgenden EBF 2000a, 2000b). Vielfach wurde von Augenzeugen berichtet, dass während der pogromartigen Ausschreitungen die Polizei nicht einschritt, sondern sogar Straßen absperzte und Journalist_innen gezielt den Zutritt zum Zentrum der Geschehnisse verweigerte. Dass bei den Ausschreitungen niemand getötet wurde, grenzt an ein Wunder. Eine Vielzahl an Quellen benennt die Ereignisse von El Ejido gemeinsam mit den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen und Hoyerswerda in Deutschland Anfang der 90er Jahre als die schwerwiegenderen Ausbrüche rassistischer Gewalt in einem „friedlichen“ Land Europas nach dem zweiten Weltkrieg.

Auslöser für Gewalt und Verwüstung in diesem Ausmaß war der Mord eines Marokkaners an einer Spanierin. Vor dem Hintergrund dieses Verbrechens wiederholte sich in El Ejido ein Muster, nach dem rassistische Massengewalt oft abläuft: langjährig geschürte Ressentiments, sowie Segregation und Ausgrenzung entladen sich nach der Straftat eines einzelnen Individuums an der Gesamtheit des ausgegrenzten Kollektivs.

Was waren die sozialen, ökonomischen und politischen Hintergründe für die Ausschreitungen von El Ejido? Um diese Frage zu beantworten, muss zunächst die ökonomische Entwicklung der Region holzschnittartig beschrieben werden (In Kapitel 7 wird diese Frage ausführlicher behandelt): Almería, an der andalusischen Mittelmeerküste gelegen, gehörte bis in die 1970er Jahre zu den strukturschwächsten Gebieten Spaniens. Der Küstenstreifen zwischen dem Mittelmeer und dem Gebirgszug der Alpujarras war geprägt von extensiver Landwirtschaft: Viehzucht und Fischerei

waren die wichtigsten Einnahmequellen, die Region war relativ dünn besiedelt. Ab den späten 70er Jahren erlebte Almería einen regelrechten Boom: Mit der Plastikindustrie hielt auch die industrielle Gemüseproduktion Einzug in die Region. Bis zum Jahr 2000 war die Gesamtfläche auf rund 30.000 ha Plastikgewächshäuser angewachsen. Aufgrund der Tatsache, dass sich die Gewächshäuser im schmalen Küstenstreifen zwischen Mittelmeer und dem Gebirgszug der Alpujarras an manchen Stellen fast flächendeckend ausgebretet hatten, wurde immer wieder vom „Plastikmeer von Almería“ gesprochen. Immer wieder wurde zitiert, dass dieses „Plastikmeer“ neben der Chinesischen Mauer die einzige von Menschen gemachte Naturveränderung sei, die vom Mond aus sichtbar wäre (EBF, 2004: 10).

Während Almería wie die meisten Regionen Andalusiens bis in die 80er Jahre eine klassische Auswanderungsregion war, erlebte die Provinz mit dem ökonomischen Boom auch einen demographischen: Oft wurde zitiert, dass die Ortschaft El Ejido, die im Februar 2000 das Epizentrum der rassistischen Gewalt war, von einem kleinen Fischer_innendorf zu einer Stadt mit mittlerweile über 80.000 Einwohner_innen angewachsen ist (Instituto de Estadística de Andalucía 2009: 64) (vgl. Bolyos/Behr 2006; EBF 2000a, 2000b, 2002, 2004; EBF/NoLager Bremen 2008). Anders als in denjenigen Teilen Andalusiens, in denen traditionell der Großgrundbesitz in Form der sogenannten Latifundien vorherrscht, ist Almería durch eine besonders kleinteilige Landwirtschaft geprägt. Dieser Umstand hängt damit zusammen, dass gegen Ende der Franco-Diktatur Kleinbauer_innen in der Region angesiedelt wurden, denen Parzellen von wenigen Hektaren zugeteilt worden waren. In Konsequenz besteht das „Plastikmeer von Almería“, wie es sich in den darauf folgenden Jahrzehnten entwickelte, aus einer relativ großen Anzahl von Betrieben von nur zwei bis fünf Hektar. Dass infolge des zunehmenden Konkurrenzdrucks immer mehr Betriebe aufgeben und die verbleibenden Agrarunternehmen ihre Fläche vergrößern, ist jedoch ein Trend, der auch in Almería festzustellen ist (vgl. Kapitel 7).

Nach dem Zuzug von Spanier_innen in die Region setzte ab den frühen 80er Jahren auch die erste Immigrationswelle von Marokko nach Südspanien ein. Zu dieser Zeit war es weitgehend bekannt, dass, wer Arbeit suchte, nach Almería kommen müsse – in der boomenden Gemüse- und Plastikindustrie sei es besonders leicht, eine Anstellung zu finden (vgl. Kapitel 7.2.). Die wachsende Gemüseindustrie hing über die Jahre in immer größerem Ausmaß von der Verfügbarkeit migrantischer Arbeitskraft ab – im Jahr 2000 arbeiteten auf den rund 30.000 ha geschätzte 80.000 Landarbeiter_innen.

Hatte sich das utilitaristische Verhältnis der spanischen Gemüseindustrie gegenüber den Arbeitsmigrant_innen über die Jahre Schritt für Schritt aufgebaut, so wurde es mit der Wahl von Juan Enciso zum Bürgermeister von El Ejido im Jahr 1992 regelrecht institutionalisiert. Der

Politiker, der der rechts-konservativen Partido Popular (PP) angehört, verfolgte von Beginn seiner Amtszeit an eine offen-konfrontativ xenophobe Politik. Enciso, selbst Agrar-Unternehmer und in enger Verbindung stehend mit den Interessen-Vertretungen der lokalen Gemüse- und Plastikindustrie, gab der Segregation, für die die Region so berüchtigt werden sollte, ihren Namen. Zu besonderer Bekanntheit gelangte seine Aussage im lokalen Fernsehen im Vorfeld der Ausschreitungen, in der er sinngemäß sagte, dass die migrantischen Arbeiter_innen untertags zu wenige seien und in der Nacht zu viele. Worauf diese Spitze hindeutete war klar: Arbeitsmigrant_innen – zu dieser Zeit noch zum größten Teil aus Marokko – sind nur erwünscht, wenn sie arbeiten: unsichtbar, in den Plastikgewächshäusern. Als Bewohner_innen der Dörfer und Städte, ja als Mitbürger_innen in Spanien, seien sie aber gänzlich unerwünscht. So betont auch Gaston Kirsche: „Dass die Regierungspartei PP selbst an ihrem rechten Rand offen einen brutalen Rassismus unterstützt, wird an der Person des Bürgermeisters von El Ejido, Juan Enciso von der PP, deutlich: Mit Handys und Megafon ausgestattet, waren zwei Brüder von ihm aktiv an den Überfällen im Februar (des Jahres 2000, Anm. D.A.B.) beteiligt. Das prangerte der Schriftsteller Juan Goytisolo im März in der Zeitung El País an. In El Ejido ist er bereits 1998 wegen eines früheren Artikels, in dem er die Marginalisierung von Arbeitsmigrant_innen in El Ejido kritisiert hatte, zur unerwünschten Person erklärt worden“ (Kirsche 2000).

Besonders klaren Ausdruck fand diese offen rassistische Politik in der Wohnungsfrage: Trotz des erheblichen Leerstands in El Ejido von rund 3500 Wohnungen (vgl. Archipel Nr. 113, Februar 2004: 1) wurde die schrittweise Segregation der migrantischen Bevölkerung vorangetrieben. Dies führte dazu, dass sich in Almería ein Phänomen herausbildete, das nur in wenigen anderen ländlichen Gebieten (West-) Europas feststellbar ist – die massenhafte Abdrängung großer Teile des (Sub-) Proletariats in Elendsbehausungen außerhalb der Wohnsiedlungen und somit die Entstehung von Slum-ähnlichen Siedlungen in ländlichen Gebieten. So wurde seit dem Jahr 2000, also seit der europaweiten Skandalisierung der sozialen Verhältnisse in Almería nach den Februar-Ausschreitungen, der Begriff des „Chabolismo“ geprägt (vom oben erwähnten Begriff „Chabolas“ für die Elendsbehausungen der Landarbeiter_innen, die sich oftmals zwischen den Gewächshäusern finden. Neben „Chabolas“ sind Arbeiter_innen auch häufig in „Cortijos“ untergebracht, also in alten, meist verfallenen landwirtschaftlichen Gebäuden). Laut einer Untersuchung vom Jahr 2000 wiesen 55 % dieser Notunterkünfte kein Trinkwasser, keine sanitären Einrichtungen oder Toiletten auf, 31 % keinen Stromanschluss (EBF 2000: 62).

An Migrant_innen, die nicht dazu gezwungen waren, in Chabolas oder Cortijos zu leben, wurden Zimmer und Wohnungen oft zu extrem übereuerten Preisen vermietet. Noch heute sind Migrant_innen in der Region von Almería oft dazu gezwungen, in überbelegten und übereuerten

Wohnungen zu leben.

Neben der sozialen Segregation und Ausgrenzung im Wohnbereich wurde bewusst in Kauf genommen, dass sich in Almería mit dem Boom der industriellen Landwirtschaft ein Typus von hyper-prekären Arbeitsverhältnissen herausbildete, die durch geringe Bezahlung, Gesundheitsgefährdung durch Pestizideinsatz und fehlende Schutzkleidung, extreme Hitze in den Gewächshäusern und hohe Unfallgefahr gekennzeichnet ist. Parallel mit dem ökonomischen Aufstieg der Klasse der spanischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie des spanischen Landproletariats wurde die Arbeit in den Gewächshäusern nahezu zur Gänze Migrant_innen zugewiesen. Bezüglich der Migrationspolitik Europas und Spaniens waren die Voraussetzungen für einen relativ unkomplizierten Zuzug von marokkanischen Migrant_innen bis Anfang der 90er Jahre noch vergleichsweise gut. Mit der Einführung der Visapflicht für Marokko im Jahr 1991 änderte sich dies. Der Zuzug von in der Folge häufig illegalisierten Migrant_innen in die Region riss jedoch nicht ab – dies vorrangig aus zwei Gründen: Erstens begünstigte die geographische Nähe der Provinz Almería zu Marokko die Überfahrt von Bootsflüchtlingen und zweitens wurde für die weiter wachsende Exportbranche von industriell erzeugten Gemüsewaren eine immer größere Anzahl an Arbeitsmigrant_innen benötigt. Wie vielfach betont, wurde und wird bis heute der Zuzug von Migrant_innen – obwohl mittlerweile legalisiert - billigend in Kauf genommen, allerdings nur aus dem Grund, da undokumentierte oder unterdokumentierte Arbeiter_innen für die Agrarunternehmer oftmals billiger kommen als angemeldete und nach der Sozialgesetzgebung versicherte Arbeiter_innen. Des Weiteren ist die Verfügbarkeit einer „industriellen Reservearmee“ für die Unternehmen auch dann günstig, wenn sie momentan nicht zum Einsatz kommt – mittels der Anwesenheit einer großen Anzahl von Arbeitskräften können Löhne effektiver gedrückt und verschiedene Gruppen von Migrant_innen leichter gegeneinander ausgespielt werden. Mit einem Wort: der Boom der almerischen Gemüse- und Plastik-Industrie, der in den 1980er Jahren einsetzte, fußt auf der Verfügbarkeit von billigen, prekären und oft illegalisierten migrantischen Arbeiter_innen.

Die rassistischen Ausschreitungen von El Ejido vom Februar 2000 müssen aber auch als gezielter Gegenangriff der Unternehmensverbände und der etablierten Politik auf die Organisationsansätze der marokkanischen Arbeiter_innen interpretiert werden, die bereits vor dem Jahr 2000 Wirkung gezeigt hatten. Gegen Ende der 90er Jahre hatte sich die „Vereinigung der Marokkaner_innen“ (Asociacion des Marocies) gebildet, die beanspruchte, die Interessen der Landarbeiter_innen zu bündeln und ihnen Gehör zu verschaffen. Dies betraf die Arbeitsbedingungen in den Gewächshäusern genauso wie die sozialen und kulturellen Rechte der Migrant_innen. Die Unternehmensverbände, die lokale Verwaltung und allen voran Juan Enciso sahen diese

Organisierung als einen Affront – so musste ein Vorwand gefunden werden, um die organisierte migrantische Arbeiter_innenklasse der Region aufzureiben.

Die Krawalle vom Februar 2000 waren der Höhepunkt der antimarokkanischen Kampagne der Stadtregierung, der Triumph der Kreise um Juan Enciso. Hafid Arrachidi, der die Ausschreitungen in El Ejido unmittelbar miterlebt hat, berichtet im Interview vom 10.2.2010 (vgl. Seite 291): „Immer litten wir unter den Aggressionen seitens der Bevölkerung. Wir wussten, dass die Bürgermeisterei die einheimische Bevölkerung für rassistische Ausschreitungen vorbereitete. Das Lokalfernsehen war auch mit dabei. Wir spürten, dass da irgend etwas im Anzug war. Niemals hätten wir jedoch gedacht, dass es solche Dimensionen annehmen würde. Die Stimmung war seltsam. Unaufhörlich wurde in den lokalen Fernsehstationen zu Gewalttaten aufgewiegt, sie manipulierten die öffentliche Meinung. Ich hatte ein ungemein schlechtes Gefühl. Wir erwarteten gespannt, was sich da zusammenbraute.“ Arrachidi, der in den Jahren vor 2000 zusammen mit seiner spanischen Frau ein kleine Fleischerei in El Ejido betrieben hatte, meint zum Beginn der Gewalttaten im Februar 2000: „Plötzlich sah ich eine Masse von Männern, Frauen und Mädchen zu unserem Haus strömen. Im Parterre unseres Hauses befand sich meine Metzgerei, die Anschriften waren in spanisch und arabisch. Zuerst zertrümmerten sie zwei Türen und warfen Steine. Drinnen zerstörten sie alles. Sie schmissen das Fleisch auf die Strasse. Vieles wurde auch gestohlen, von den Leuten mitgenommen. Die Polizei auf der anderen Straßenseite schaute untätig zu. Während drei Tagen waren wir von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Die Menschenjagd war schrecklich. Das Ganze war gut organisiert. Die Einwohner versammelten sich mehrere Male, um sich die Aufgaben aufzuteilen. Sie griffen in der ganzen Gegend um El Ejido Häuser, Geschäfte und Höfe an, wo Marokkaner wohnten. Sie sperrten sogar die Zugangsstraßen und die Autobahn ab, die nach El Ejido führen, um fremden Journalisten den Zugang zu verwehren“ (vgl. Seite 291). Arrachidi beschreibt die schreckliche Auswirkung dieser Gewaltausschreitungen für ihn und seine Frau: „Zuerst wollten wir ausreisen. Meine Frau quälte sich damit, ob sie bleiben oder weggehen soll. Sie ist hier geboren und sagte, sie würde niemandem erlauben, mich zu verjagen. Gleichzeitig machte sie den Leuten, die alles ohne jeglichen Respekt zerstörten, Vorwürfe; sie hatte widersprüchliche Gefühle. Wir verloren unseren Besitz. Aber mehr als der materielle Schaden machte uns diese unglaubliche Aggression zu schaffen. Es war ein moralischer und psychologischer Schaden. Man konnte eine solche Aggression nicht akzeptieren. Unter den Leuten, die unser Haus und unsere Metzgerei zerstörten und plünderten, kannten wir einige ganz gut. Wir versuchten die Metzgerei neu aufzubauen. Aber die Moral war angeknackt und der Wille schwach. Während der ersten Zeit waren wir wie gelähmt. Wir können niemals vergessen, was wir erlitten haben, die Verletzungen sind nicht verheilt. Seit dieser Zeit besuchten wir nur noch selten Räumlichkeiten, Restaurants und Bars der Einheimischen.“ Retrospektiv betrachtet waren zwar die Menschenrechtsverletzungen und der materielle Schaden

der Ausschreitungen immens, nachhaltigen Erfolg hatte der Versuch der Zerschlagung der Strukturen der Arbeiter_innen aber nur bedingt: Unmittelbar nach den Ereignissen vom Februar 2000 traten die migrantischen Landarbeiter_innen der Region in einen Generalstreik; die täglichen Verluste für die Gemüseindustrie, die durch diesen Streik ausgelöst wurden, werden auf neun bis zwölf Millionen Euro geschätzt (vgl. Wakolbinger 2010; Kirsche 2000). Arrachidi dazu: „Wir zwangen die Unternehmer und die Behörden, ein Abkommen zu unterzeichnen. Zum ersten Mal waren es nicht die großen Gewerkschaften, die mit den Arbeitgebern verhandelten. Die Protagonisten waren die selbst organisierten Immigrant_innen, die Gewerkschaften waren abwesend, wir waren an vorderster Front“ (vgl. Seite 291).

Bei den auf den Streik folgenden Verhandlungen zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Migrant_innen-Vereinigungen wurde in einer Reihe von Punkten die Entschädigung der Opfer, die Zurverfügungstellung von leistbarem Wohnraum für alle Migrant_innen mittels eines sozialen Wohnbauprogramms und die Einhaltung des Kollektivvertrags für alle landwirtschaftlichen Arbeiter_innen festgeschrieben. Am 12. Februar wurde ein entsprechendes Abkommen zwischen den Unternehmerverbänden, den lokalen Behörden, der Regional- und Zentralregierung, den großen Gewerkschaften, Migrant_innen-Vereinigungen und NGOs unterzeichnet.

Um den Forderungen zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, besetzten rund 100 Migrant_innen aus El Ejido zusammen mit einer Reihe von Unterstützer_innen vom 24. April bis zum 4. Mai das Büro des Gewerkschaftshauses in Almería. Unterstützung für diese Aktion kam von den Gewerkschaften CGT und CNT. Die großen Gewerkschaftsverbände UGT und CC.OO weigerten sich hingegen, die symbolische Besetzung zu unterstützen, weil sie statt auf Protest auf Verhandlungen setzten. Die Aktion wurde abgebrochen, nachdem Vertreter der spanischen und der Regionalregierung in einem Gespräch Verbesserungen versprachen. Eine Hauptforderung war die Einhaltung des Vertrages, der in El Ejido am 12. Februar nach dem Streik der Landarbeiter_innen unterzeichnet worden war.

Doch der aufgebaute Druck reichte zu diesem Zeitpunkt nicht aus, um eine tatsächliche Durchsetzung der vereinbarten Forderungen zu erzwingen. Letztlich wurde kein einziger Punkt des Vertrags in die Praxis umgesetzt (vgl. EBF 2004: 11 f). Vor allem muss herausgestrichen werden, dass die 600 Klagen, die von Migrant_innen nach den Februarereignissen des Jahres 2000 eingereicht worden waren, nicht behandelt wurden (vgl. Archipel Nr. 81, März 2001). Arrachidi: „Die Unternehmer und die Behörden wollten nur eins: den Streik beenden. Sie versprachen das Blaue vom Himmel und hielten danach nichts ein. Ein Ziel der Behörden war auch, die Kontinuität des Kampfes der marokkanischen Arbeiter_innen zu brechen und Migrant_innen aus anderen Ländern auf den Arbeitsmarkt zu bringen. Aber auch nach zehn Jahren schafften sie es nicht, die Arbeitskräfte zu erneuern. Auch heute ist die Mehrheit der Landarbeiter_innen aus Marokko. Es

sind aber nicht jene aus dem Jahr 2000. Marokkaner_innen wurden durch andere Marokkaner_innen ersetzt“ (vgl. Seite 291).

Neben dem nicht eingehaltenen Vertrag, den nachhaltigen materiellen Schäden und den physischen und psychischen Verletzungen bestand eine weitere Folge der Ausschreitungen darin, dass die Region eine der wichtigsten lokalen Anlaufstellen, auf die Migrant_innen bisher zählen konnten, verlor: Das Büro der Mujeres Progresistas, der „Fortschrittlichen Frauen“, einer lokalen feministischen Organisation, wurde während der Februar-Ausschreitungen vom Mob vollständig demoliert, Computer wurden aus den Fenstern geworfen und den Protagonistinnen der Vereinigung öffentlich nahegelegt, El Ejido zu verlassen. Dies geschah, indem auf offener Straße Anschläge mit einschüchternden Bemerkungen und Drohungen plakatiert wurden, die die Namen der Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle enthielten. Die Gruppe hielt dieser Gewalt und dem Druck seitens der Öffentlichkeit nicht stand und schloss ihr Büro. El Ejido verlor somit eine wichtige feministische Anlaufstelle, die in erster Linie migrantische Frauen unterstützt hatte.

Gleichzeitig brachten die Ereignisse vom Februar 2000 jedoch auch mit sich, dass die andalusische Landarbeiter_innengewerkschaft SOC², die bisher in der Provinz von Almería nicht aktiv gewesen war, sich dazu entschloss, eine lokale Gewerkschaftssektion aufzubauen (vgl. Kapitel 11.2.). Somit entstand in diesem Jahr auch eine wichtige Gegenkraft zur agrarkapitalistischen und rassistischen Hegemonie in der Region. Die SOC begann ihre Arbeit mit zwei hauptamtlichen Aktivisten, Abdelkader Chacha aus Marokko und Gabriel M'Binki aus Senegal. Beide hatten über längere Zeit selbst in den Gewächshäusern der Region gearbeitet und kannten somit die Probleme in den verschiedenen Lebensbereichen der Arbeiter_innen aus eigener Erfahrung. Durch ihre Pionierarbeit gelang es, eine bis heute bestehende Gewerkschaftssektion in Almería aufzubauen. Ihr ist es zu verdanken, dass eine Vielzahl an Missständen im Bereich des landwirtschaftlichen Sektors bekannt wurde und überregional skandalisiert werden konnte.

Dass die Gefahr von massenhaften rassistischen Ausschreitung in der Region nach wie vor latent besteht, zeigen mehrere Ereignisse, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. So schrieb der Guardian vom 7.2.2011 mit Verweis auf den SOC-Gewerkschafter Spitou Mendy: „Mendy explained that they had seen the warning signs in San Isidro (Ortschaft im “Levante”, also im östlichen Teil von Almería; Anm. D.A.B.) last October when a farmer was murdered in his hothouse store and locals immediately pointed the finger at migrants. Thousands protested in the streets

2 Die SOC schloss sich im Jahr 2007 mit der Gewerkschaft „Autonomia Obrera“ zum Gewerkschaftsbund SAT (Sindicato Andaluz de Trabajador@s) zusammen. In der vorliegenden Arbeit wird dennoch die Bezeichnung SOC beibehalten, da der Gebrauch dieses Namens bei den Mitgliedern, den Aktivist_innen und den Unterstützer_innen der Gewerkschaft nach wie vor eher üblich ist.

following his funeral, brandishing racist placards picturing Africans as black sheep and saying: 'Immigrants: behave or get out'. It later transpired that the police were investigating the farmer's links to organised crime" (Guardian 2011).

Um diese Haltung zu verstehen, muss in Betracht gezogen werden, dass sich in den Jahren rund um die Ereignisse von El Ejido in ganz Spanien die Haltung gegenüber Migrant_innen stark verändert hat: „Von 1997 bis 2003 ist der Prozentsatz der Spanier, die eine ablehnende Haltung gegenüber Immigrant_innen äußerten, von 8% auf 32% gestiegen. 60% bringen Immigration direkt mit Verbrechen in Verbindung“ (Hoffman 2007: 36).

In den folgenden Kapiteln soll nun kurz skizziert werden, welche – von Almería aus betrachtet – externen Aktivitäten bisher gesetzt wurden, die zum Ziel hatten, die sozialen und ökologischen Verwerfungen in der Produktionsregion infrage zu stellen. Der Versuch, den „Status Quo des Protests“ zu beschreiben, kann als Ausgangspunkt für eine Untersuchung der Möglichkeiten und Grenzen weiterer gegenhegemonialer Strategien dienen.

2.2. Solidarität mit den Landarbeiter_innen von Almería nach dem Jahr 2000

Nach den Ausschreitungen von El Ejido vom Februar 2000 stellte eine Reihe von internationalen Journalist_innen, NGOs und gewerkschaftlichen Initiativen gründliche Recherchen an, um den Ausbruch der Gewalt vom Februar 2000 sowie ihre strukturellen Hintergründe zu erforschen. Dabei spielte die neu gegründete Gewerkschaftssektion der SOC eine wichtige Rolle: Sie war lokale Vermittlungsinstanz und Scharnier zwischen den externen Gewerkschafter_innen, Aktivist_innen, Forscher_innen und Journalist_innen auf der einen Seite und den Arbeiter_innen und lokalen Institutionen auf der anderen Seite.

Die erwähnten Bündnisse formierten sich vor allem mit dem Ziel, die europäische Öffentlichkeit über die Arbeitsverhältnisse in Almería zu informieren und neue Allianzen für eine Überwindung der Überausbeutung von Arbeiter_innen und der natürlichen Ressourcen in der Region zu schmieden.

Von den internationalen Akteur_innen kann beispielsweise das Europäische Bürger_innenforum³ erwähnt werden, das bereits im April 2000 eine internationale Delegation zusammenstellte und eine Reise in die Region antrat. Bei der Delegationsreise vertreten waren u.a. Akteur_innen aus Gewerkschaften, Umwelt-NGOs, sowie Initiativen bürgerlicher Landwirtschaft und kritischer Wissenschaft aus verschiedenen europäischen Ländern. Als Zusammenfassung der Reise wurde vom EBF die Broschüre „z.B. El Ejido – Anatomie eines Pogroms“ publiziert, die intensive Verwendung in der Kampagnenarbeit zur Unterstützung der SOC fand (EBF: 2000a; 2000b). Die Broschüre erschien auf spanisch, französisch, deutsch und holländisch und wurde in einer breit angelegten Kampagne in Spanien, Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Österreich und Holland vertrieben.

Zentrales Anliegen des EBF war es von Beginn an, die europäische Öffentlichkeit über die Hintergründe der sozialen Verwerfungen in Almería zu informieren sowie im Fall von weiteren Übergriffen auf Landarbeiter_innen oder Mitarbeiter_innen der Gewerkschaft rasch intervenieren zu können. Das „Foro Civico Europeo“, wie es auf spanisch heißt, war aufgrund seines konsequenten Engagements rasch Anfeindungen ausgesetzt: „Wir stießen auf eine allgemeine, fast

3 Das Europäische Bürger_innen Forum entstand nach dem Umbruch von 1989 und wurde von Aktivist_innen aus Ost- und Westeuropa gegründet, die schon zuvor im Rahmen des CEDRI (Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter_innen), in der freien Radiobewegung und der Europäischen Kooperative Longo Mai zusammengearbeitet hatten. Das EBF wollte die Öffnung Osteuropas nicht Wirtschaftsinteressen, internationalen Institutionen und westlichen Regierungen überlassen, sondern einen Austausch von Basisinitiativen und zivilgesellschaftlichen Gruppen organisieren. Mittlerweile hat sich die Arbeit des EBF auch auf andere Themenbereiche erweitert: so laufen eine Reihe von Aktivitäten zum Thema Migration und Bewegungsfreiheit oder zum freien Zugang zu landwirtschaftlich nutzbarem Land und bürgerlichem Saatgut. Das EBF bringt eine Monatszeitschrift mit dem Titel „Archipel“ heraus und veröffentlicht im Zuge laufender Kampagnen Hintergrundberichte, Broschüren und Bücher (www.forumcivique.org).

hysterische Ablehnung. Die lokale Presse sprach von Handelsterrorismus, von einer 'internationalen Verschwörung', von Sabotage der Gemüseproduktion“ (Archipel Nr. 79, Jänner 2001). Am 5. Februar 2001 wurde in Sevilla anlässlich des ersten Jahrestags der gewalttätigen Ausschreitungen gegen die marokkanischen Arbeiter_innen ein 'Manifest gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit' vorgestellt. Der als Medienaussendung aufbereitete Text, der konkrete Maßnahmen forderte, um der „Ausbeutung der Arbeitskräfte ein Ende (zu) setzen und die Segregation auf(zu)heben“ wurde von 1300 Künstler_innen, Schriftsteller_innen und Politiker_innen aus Spanien, Portugal, Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Ungarn und der Schweiz unterzeichnet (vgl. ebd.).

Am 10. Juni 2002 besetzten zwischen 400 und 500 migrantische Arbeiter_innen, die gerade bei der Erdbeerernte in der Provinz Huelva arbeiteten, die Universität Pablo de Olavide in Sevilla. Ihre Intention war, auf ihre miserablen Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen, für die Regularisierung ihrer Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse einzutreten, sowie gegen die spanische Migrationsgesetzgebung, dem „Ley de Extranjería“ zu protestieren. Die Besetzung fand auch im Kontext des EU-Gipfels statt, der von 20. bis 22. Juni 2002 unter spanischem Vorsitz in Sevilla tagte. Außerdem war für den 20. Juni ein Generalstreik in Spanien angesetzt, der sich in erster Linie gegen die neuen Gesetze zur Arbeitsflexibilisierung richtete und zu einem großen Teil von den etablierten Gewerkschaften getragen wurde.

Im Communiqué schrieben die Arbeiter_innen über ihre Besetzung: „Viele Gründe haben uns zu dieser Entscheidung gebracht: So die Arbeitsverträge, die mit verschiedenen osteuropäischen Ländern (vor allem Polen) ausgehandelt wurden und von den Landwirtschaftsunternehmen mit dem Segen der zentralen Regierung und Gewerkschaften wie der CC.OO und der UGT umgesetzt wurden. Wegen diesen Verträgen sind wir dazu verdammt worden, nur noch an Feiertagen auf den Erdbeerfeldern zu arbeiten, oder wenn es zu Engpässen in der Produktion kommt und das landwirtschaftliche Patronat nicht genügend Arbeitskräfte hat. In dieser Situation prekärer Arbeit konnten wir schon kaum noch überleben. Wir überlebten nur, indem wir uns Hütten aus Plastik und Karton errichtet haben und uns von der humanitären Hilfe des Andalusischen Rates (Junta de Andalucía) ernähren konnten“ (Communiqué der Migrant_innen in der Universität von Sevilla 2002). Die Arbeitgeber_innen würden „einmal mehr von unserer Situation als 'Papierlose'“ profitieren, um „die billige Arbeitskraft ohne soziale Kosten und ohne entsprechende Arbeitsrechte auszunutzen“ (ebd.). Dazu würden noch rassistische Ressentiments von Seiten der Unternehmen aus Huelva kommen. Diese hätten sie „aufgrund unserer Bedingung als Maghrebiner und Nordafrikaner_innen aus dem Markt vertrieben und im Gegenzug Arbeiter_innen aus Osteuropa eingestellt ohne dabei das Gesamtabkommen (Convención Colectiva) für Erntearbeiter_innen

einzuhalten. Die Arbeiter_innen aus Osteuropa sind in Massenunterkünfte zusammengepfercht, erhalten keinen Lohn für ihre Überstunden etc“ (ebd.). Der Artikel ist unterzeichnet mit „Die Jornaler@as von den Andalusischen Feldern, was auch immer unsere Nationalität, Hautfarbe oder Religion ist“ (ebd.).

Im Archipel, der Monatszeitschrift des EBF, wurde immer wieder von der Situation in Almería berichtet. So auch im Jahr 2003 über rassistische Gewalt: „Seit August 2003 gab es in El Ejido eine neue Serie von Anschlägen gegen marokkanische Einwanderer. Die SOC erstattete in fünfzehn Fällen Anzeige bei der Polizei. Es handelt sich um brutale Übergriffe von Individuen, die in der Nacht im Auto herumfahren, bewaffnet mit Baseballschlägern und Eisenstangen. Alle Opfer mussten ins Spital eingewiesen werden. (...) Die wirkliche Anzahl der gewalttätigen Übergriffe muss auf mindestens vierzig geschätzt werden. Oft klagen die Betroffenen diese Täglichkeiten nicht ein, aus Angst, ausgewiesen zu werden“ (Archipel Nr. 113, Februar 2004: 1).

Im Jahr 2004 intervenierten Aktivist_innen des EBF bei der ILO, um auf die Ausbeutung und den Rassismus in Almería aufmerksam zu machen.⁴

Parallel zu diesen Aktivitäten wurde bereits im Jahr 2001 bei einem Arbeitstreffen des EBF in Südfrankreich, bei dem auch ein Gewerkschafter der SOC anwesend war, beschlossen, ein europäisches Forschungsnetzwerk zur Untersuchung der sozialen Verwerfungen in der industriellen Landwirtschaft Europas zu gründen.

Denn von Beginn an war klar, dass es bei der Kampagne zur Unterstützung der SOC nicht darum ging, die Wirtschaft Spaniens oder Andalusiens anzukreiden und somit Ressentiments zu schüren – vielmehr sollten die strukturellen Hintergründe für rassistische Ausbeutung in der industriellen Landwirtschaft herausgearbeitet werden. Diese lagen der Analyse nach in einem hyperproduktivistischen Landwirtschaftsmodell begründet, das mit der sukzessiven Öffnung der Märkte den gesamten europäischen Raum prägt. Somit konnte festgestellt werden, dass strukturell vergleichbare soziale Verhältnisse wie in Almería auch im Süden Frankreichs, in Holland, in Apulien, in Großbritannien, in Deutschland und auch in Österreich bestehen (vgl. EBF: 2004). Im Rahmen dieses Forschungsnetzwerks entstanden eine Reihe von Studien, des weiteren fanden mehrere Konferenzen und Hearings statt, Delegations- und Austauschreisen wurden organisiert

4 „Mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger haben das EBF damit beauftragt, anlässlich der 92. internationalen Jahreskonferenz der IAO (Internationale Arbeitsorganisation, auch ILO) vom 1. bis 17. Juni 2004 in Genf, ihre Besorgnis über die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten in der industriellen Landwirtschaft Europas zum Ausdruck zu bringen“ (Archipel Nr. 118, Juli 2004: 1). Ein Aktivist des EBF stellte die Ergebnisse der Recherchen, die in Spanien, Frankreich und Holland angestellt worden waren, der Kommission der Arbeitsmigrant_innen, an welcher Vertreter_innen der Staaten, der Arbeitgeber_innen und der Arbeitnehmer_innen beteiligt waren, vor. Wegen der vorgetragenen Kritik an den vorherrschenden Verhältnissen in der industriellen Landwirtschaft wurde die Darstellung allerdings vom Kommissionspräsidenten unterbrochen, die Rede konnte nicht zu Ende gehalten werden (vgl. ebd.).

(Atrapasuenos editorial 2005; Gisti 2008; Herman 2008; Herman / Lamoulère 2006; Martin 2006; Ollivier 2006).

Obwohl sich die Aktivitäten des EBF zum Thema also auch auf andere europäische Länder erstreckten, wurde der Fokus auf die industrielle Landwirtschaft Andalusiens beibehalten und die Solidaritätsarbeit mit der Gewerkschaft SOC mit besonderer Intensität fortgeführt; dies schlicht aus dem Grund, da in vielen anderen Regionen, in denen es ebenso zu einer krassen Segregation zwischen Agrarunternehmen bzw. ansäßiger Bevölkerung und migrantischen Landarbeiter_innen gekommen war, keine oder nur sporadische lokale Strukturen der Selbstorganisation bestanden, die hätten unterstützt werden können. Die einzige Ausnahme bildete eine gezielte Unterstützungsaktion von Landarbeiter_innen aus Maghreb-Ländern im Sektor der industriellen Obstproduktion in Südfrankreich in den Jahren 2005 bis 2008 durch die Vereinigung COTEDRAS⁵.

Ab dem Jahr 2005 startete das EBF in mehreren europäischen Ländern eine Spendenkampagne zum Aufbau von sozialen Zentren im Plastikmeer von Almería. Dieser politischen Entscheidung vorausgegangen war die Analyse, dass sich die migrantischen Arbeiter_innen der Region nur dann wirksam organisieren können, wenn ihnen Freiräume zu Verfügung stehen, in denen sie die Möglichkeit haben, ohne Angst vor Übergriffen zusammenzukommen. Bezugnehmend auf die Beschreibung der Wohnsituation eines Großteils von Arbeiter_innen in Kapitel 2.1. war es offensichtlich, dass für kollektive Organisierung geeignete Orte geschaffen werden müssten. Denn die Lebensbedingungen in den Chabolas bringen nicht nur mit sich, dass es an allem fehlt, was zu einer würdigen Wohnsituation gehört – fließendes Wasser, Strom, Schutz vor Witterung usw. – sondern führen auch zu einer Vereinzelung und Isolation der Arbeiter_innen. Letzteres ist eng gekoppelt an den Umstand, dass gewalttätige Übergriffe, sowohl von Seiten der Guardia Civil als auch von neofaschistischen Gruppen, meist stattfinden können, ohne dass die Öffentlichkeit davon Kenntnis nimmt.

Im Jahr 2004 reiste der SOC-Gewerkschafter Gabriel M'Binki auf Einladung des EBF nach Österreich, um an einer einwöchigen Informationstour über die Lage in Almería und die Arbeit der Gewerkschaft teilzunehmen. Unter anderem wurde eine Veranstaltung beim österreichischen

5 Die Vereinigung COTEDRAS bestand ab dem Jahr 2001 und war eine Vereinigung von Landarbeiter_innengewerkschaften, bäuerlichen Interessenvertretungen, Menschenrechtsorganisationen und antirassistischen Gruppen. COTEDRAS wurde gegründet, nachdem das Europäische Bürger_innenforum seinen Bericht über die rassistischen Ausschreitungen in El Ejido herausgebracht hatte (vgl. EBF 2000) und in der Region von Arles auf Initiative des EBF mehrere öffentliche Versammlungen zum Thema Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft stattgefunden hatten, dem der Autor der vorliegenden Arbeit beiwohnte. Ziel war es, die Rechte der migrantischen Landarbeiter_innen in der Region „Bouches-du-Rhône“, Südfrankreich und darüber hinaus zu verteidigen (vgl. EBF 2007 bzw. <http://www.supermacht.nl/2007/06/13/juni-2007-bericht-van-waarnemersdelegatie-soc-almeria-26-29-april/>, aufgerufen am 12.11.2013).

Sozialforum in Linz organisiert, bei der auch die Vernetzung mit österreichischen Gewerkschafter_innen im Zentrum stand.

Die Kampagne zum Aufbau von Gewerkschaftszentren lief Hand in Hand mit der Denunzierung des rassistischen Mords an dem Gewerkschaftsmitglied Azouz Hosni im Februar 2005 in El Ejido. Der Marokkaner war auf offener Straße ermordet worden – die lokalen Medien und die Behörden zogen nicht einmal ansatzweise in Erwägung, dass der Mord einen rassistischen Hintergrund gehabt haben könnte und verbreiteten das Gerücht, dass Azzouz Hosni in kleinkriminelle Aktivitäten im Drogenmilieu verwickelt gewesen wäre (vgl. Kapitel 11.2.).⁶

Für die Kamapagne des EBF wurden eine Reihe von Methoden und Ansätzen gewählt: In Österreich, Deutschland, der Schweiz und Italien wurde an insgesamt rund 50 Orten die Ausstellung „Plastik/Meer“ von der Fotografin Lisa Bolyos gezeigt. Die Vernissagen wurden genutzt, um im Rahmen von Podiumsdiskussionen oder Vorträgen über die Lage der Arbeiter_innen in Almería zu informieren. Unter anderem wurde die Ausstellung auf der Infotour des Aktionsnetzwerks „g8 und globale Landwirtschaft“ gezeigt, die im März 2007 durch acht verschiedene österreichische und deutsche Städte unterwegs war, um für die Proteste gegen den g8 Gipfel in Heiligendamm zu mobilisieren (vgl. www.g8-landwirtschaft.net). Bei all diesen Anlässen wurde stets um finanzielle Unterstützung für die SOC geworben.

Neben den Publikationen, die im Laufe der Jahre entstanden (vgl. EBF: 2000a, 2000b, 2002, 2004; EBF/NoLager Bremen: 2008), wurden immer wieder internationale Delegationsreisen in die Region organisiert. Die Reise vom April 2000 blieb also nicht die einzige – vielmehr wurde vom EBF angestrebt, die internationale Präsenz in Almería aufrechtzuerhalten. Dies stets mit dem Ziel, die Realität in der südspanischen Gemüseproduktion einer Vielzahl an Multiplikator_innen aus dem Bereich Gewerkschaften, Parteien, Umweltverbänden, Menschenrechtsgruppen, sowie aus dem Bereich Journalismus und Universitäten bekannt zu machen.

Die Spendenkampagne für die Gewerkschaftslokale verlief erfolgreich und so konnte im November 2005 ein soziales Zentrum in El Ejido eröffnet werden, im Mai 2007 ein weiteres in San Isidro de

6 Die Liste von gewalttätigen Übergriffen gegen Migrant_innen in der Region ist lang. Folgender Umstand zeigt die breite Akzeptanz von rassistischer Gewalt innerhalb der Bevölkerung: „1997 verschleppten zwei Unternehmer von El Ejido drei nordafrikanische Arbeiter in einem Kleinbus, die von diesen des Materialdiebstahls im Wert von 200 Euro verdächtigt wurden. Sie wurden mit Baseballschlägern fast zu Tode geprügelt. Am 22. April 2004 bestätigte die höchste Gerichtsinstanz die Verurteilung der Täter zu 15 Jahren Gefängnisstrafe. Dieses Urteil verursachte in El Ejido ein Protestgeschrei. Eine Petition kursierte, unterstützt von Bürgermeister Juan Enciso und dem Gemeinderat. Sie verlangte die Begnadigung dieser Bürger der Stadt (...). Laut 'El País' unterzeichneten 56.000 Personen aus El Ejido diese Petition“ (Archipel Nr. 118, Juli 2004: 1). Da El Ejido rund 62.000 Einwohner_innen hat (davon 11.000 Migrant_innen), ist anzunehmen, dass ein Teil der Unterschriften aus umliegenden Gemeinden stammen. Der Vorsteher der sozialistischen Fraktion innerhalb des Gemeinderats wurde von seiner Parteibasis wegen seiner Unterzeichnung der Petition zum Rückzug gezwungen (vgl. ebd.).

Níjar, einer Kleinstadt rund 40 km westlich von Almería. In dieser Region begann sich das „Plastikmeer“ zu dieser Zeit auszubreiten und die Anwesenheit einer Vielzahl migrantischer Arbeiter_innen erforderte eine gewerkschaftliche Präsenz vor Ort. Beide Lokaleröffnungen wurden von internationalen Delegationsreisen begleitet. Das Gewerkschaftslokal in Níjar wurde „Ascen Uriarte“ getauft, nach einer EBF-Aktivistin, die im selben Jahr plötzlich und unerwartet verstorben war. Die neuen Räumlichkeiten in Níjar wurden mit einer zweitägigen Konferenz mit dem Titel „Die industrielle Landwirtschaft in Andalusien: Ausbeutung der Arbeiter_innen und Umweltzerstörung – gibt es eine Alternative?“ eingeweiht.⁷ Im Delegationsbericht des EBF wurde nach der Eröffnung bekannt gegeben: „Im Gebiet von Níjar gibt es noch weniger Bars, Geschäfte oder 'locutorios' (Telefonkabinenlokale), wo sich die Zugewanderten treffen können, als in El Ejido. Dem sozialen Zentrum in San Isidro kommt daher eine wichtige Funktion als Anlauf- und Beratungsstelle sowie als Versammlungsort zu“ (EBF 2007).

Bei der Konferenz wurde nicht nur über die sozialen Bedingungen der industriellen Produktion in Almería gesprochen, sondern auch über die entsprechenden ökologischen Aspekte: So gab es ein Panel mit Vertreter_innen von verschiedenen Umwelt-NGOs aus Almería, wie den „Ecologistas en Acción“ (Umweltschützer_innen in Aktion), der „Asociación Acuiferos Vivos de Almería“ (Wasserschutzvereinigung von Almería), der Vereinigung der Biolandwirt_innen und der landwirtschaftlichen Kooperative „Las Torcas“ aus der Bergregion Alpujarras und dem Küstengebiet von Granada.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz lag auf dem Thema der sogenannten Herkunftsverträge (contratos en origen). Fátima El Morabiti von der „Asociación de Mujeres Marroquíes en Almería“ (Vereinigung marokkanischer Frauen in Almería) und Spitou Mendy von der SOC berichteten über die Anwerbungspraxis von Arbeiter_innen aus Marokko und dem Senegal (vgl. Kapitel 7.2.)

Seit dem Jahr 2007 wurden die Aktivitäten des EBF auf den Themenkomplex der Supermärkte ausgeweitet – so entstand in mehreren europäischen Ländern ein Netzwerk vielfältiger Forschungs- und Solidaritätsarbeit zum Themenkomplex „Landwirtschaft – Migration – Supermärkte“. Denn bereits zu Beginn der Aktivitäten des EBF im Bereich Landwirtschaft und Migration im Jahr 2000 war klar, dass der Rolle der Supermarktketten sowie der zunehmenden Discountierung im

⁷ Neben dem EBF waren von außerhalb Spaniens Aktivist_innen der Confédération Paysanne aus Frankreich, der ÖBV – Via Campesina aus Österreich, der Schweizer Plattform für eine nachhaltige Landwirtschaft, sowie von verschiedenen Gewerkschaften aus der Schweiz, (UNIA, l’Autre Syndicat, SIT – Syndicat interprofessionel de travailleuses et travailleurs) und Österreich (AUGE – Alternative und unabhängige Gewerkschafter_innen im ÖGB), sowie Aktive der CODETRAS (Kollektiv zur Verteidigung der migrantischen Landarbeiter_innen im Département Bouches du Rhône, Südfrankreich) vertreten. Außerdem nahmen Wissenschaftler_innen und Journalist_innen an der Eröffnung teil.

Lebensmitteleinzelhandel besondere Aufmerksamkeit zuteil werden sollte (vgl. EBF 2000a; 2000b). Es lag also auf der Hand, dass Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit rund um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Landarbeiter_innen die Logik der Vermarktung und somit das Agieren der Supermarktketten in die Analyse miteinbeziehen muss. Preisdumping, Verletzung von Arbeits- und Sozialrechten sowie Umweltzerstörung und Industrialisierung der Landwirtschaft steht in engem Zusammenhang mit der Discountierung des Lebensmitteleinzelhandels, der in den letzten beiden Jahrzehnten besonders zugenommen hat (vgl. INKOTA: 2008; Giese/Hamann: 2004).

Aus diesen Gründen besteht also die Notwendigkeit, die einzelnen Schritte und Etappen unter die Lupe zu nehmen, die Gemüse- und Obstwaren von ihren Produktionsorten bis hin zu den Endverbraucher_innen durchlaufen.

Im Delegationsbericht des EBF aus dem Jahr 2007, aus dem weiter oben schon zitiert worden war, wird die angestrebte Fokussierung auf die transnationale Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette bereits erwähnt. So reiste Spitou Mendy von der SOC zu den Protesten gegen den g8-Gipfel nach Rostock, wo er an mehreren Kundgebungen und Versammlungen teilnahm. „Bei den Workshops lag der inhaltliche Schwerpunkt der Überlegungen auf der Vernetzung der Kämpfe entlang der Produktionskette (Produktion, Verpackung, Logistik, Supermarktketten etc.). Zu den wichtigsten Ergebnissen der SOC/EBF-Präsenz an den Veranstaltungen gegen den g8-Gipfel zählen die neu geknüpften Kontakte – unter anderem mit Gewerkschaftskolleg_innen und Aktivist_innen der Lidl-Kampagne (vgl. Kapitel 11.3.; Anm. D.A.B.) –, die Perspektiven für eine Verbreiterung der Unterstützungskampagne in Deutschland eröffnen“ (EBF 2007: 2).

Spätestens seit dem Jahr 2005 entstanden vermehrt journalistische Arbeiten über die soziale Realität in Almería. Drei journalistische Arbeiten über Almería wurden im deutschsprachigen Raum in der medialen Aufmerksamkeitsökonomie besonders breit rezipiert und regten die Debatte über die sozialen Verhältnisse im industriellen Gemüseanbau besonders stark an.

In chronologischer Reihenfolge waren dies der Film „We feed the world“ von Erwin Wagenhofer, das Buch „Gestürmte Festung Europa“ von Corinna Milborn und der Film „Unser täglich Brot“ von Nikolaus Geyerhalter (vgl. Wagenhofer 2005; Milborn 2006; Geyerhalter 2006). Alle drei Werke widmeten einen Teil ihrer Darstellungen der industriellen Gemüseproduktion in Almería aus einer kritischen Perspektive. In Kapitel 11.4. wird auf das Wechselspiel zwischen kritischem Journalismus und Kampagnenarbeit noch näher einzugehen sein. Fest steht, dass diese drei Arbeiten die öffentliche Debatte rund um die Arbeitsverhältnisse in Almería besonders befördert haben. Als jüngere journalistische Arbeiten in diesem Bereich, die aber ebenso eine breite Wirkung entfalten konnten, sind beispielsweise der Dokumentarfilm „Hauptsache Billig“ (2011) von Mirco

Tomic oder die Reportage der britischen Tageszeitung *Guardian* (2011) zu nennen. Letztere rief unter der Gemüse- und Plastiklobby wütende Reaktionen hervor, die sich v.a. über Presseartikeln in der Lokalzeitung „*La Voz de Almería*“ Gehör verschafften (vgl. Kapitel 11.4.).

Direkten Einfluss auf die Arbeitskämpfe in Almería hatte ein journalistischer Artikel von Shelina Islam aus dem Schweizer „*Tagesanzeiger*“ vom 21.2.2011 (Islam 2011), bei der sie die bisher weitgehend unbekannten Arbeitsbedingungen bei der in Almería ansäßigen Firma Bio-Sol aufdeckte. Bei dem biologischen Betrieb (sic!) kam es zu üblen Verletzungen des Arbeitsrechts, so etwa zur Nicht-Bezahlung von Überstunden, willkürlichen Entlassung von Arbeiter_innen, Verweigerung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisierung usw. Die Veröffentlichung dieser Reportage gab den Anstoß dafür, dass die Schweizer Supermarktkette Coop im April 2011 damit drohte, bei genanntem Unternehmen aufgrund der dort vorherrschenden schlechten Arbeitsbedingungen keine Waren mehr zu beziehen. Dies führte dazu, dass der Arbeitskonflikt zugunsten der Arbeiterinnen beigelegt wurde (vgl. Kapitel 11.6.a.)

Im Februar 2010, zum zehnten Jahrestag der gewalttätigen Ausschreitungen von El Ejido, fanden eine Reihe von Veranstaltungen mit europäischer Beteiligung statt, um der damaligen Ereignisse zu gedenken, um Bilanz über die gewerkschaftlichen und kampagnenförmigen Tätigkeiten zu ziehen und Pläne für die Zukunft zu schmieden. Der Archipel berichtete: „Vier Diskussionen fanden statt, zuerst im Lokal der SOC in El Ejido, danach an der Universität von Almería und schließlich im Saal 'Juan Goytisolo' in der Nähe des Hafens der Stadt. In den Debatten wurde versucht, die Geschichte nachzuzeichnen, die Gründe und Konsequenzen dieser Gewaltexplosion zu verstehen und eine Bilanz über die Entwicklung seither zu erstellen“ (Archipel Nr. 180, März 2010: 1). Nick Bell vom EBF konstatierte: „In den letzten zehn Jahren hat sich leider nur wenig geändert“ (ebd.).

3. Kriterien zur Auswahl der Bearbeitungsgebiete und Forschungsmethoden

Kriterien zur Auswahl des Bearbeitungsgebiets Almería

Im Folgenden soll zunächst argumentiert werden, warum für die vorliegende Arbeit als Ausgangspunkt die Region Almería gewählt wurde. Zum einen scheint es auf der Hand zu liegen: Das Europäische Bürger_innenforum, in dem der Autor dieser Arbeit seit Jahren aktiv ist, beschäftigt sich seit den Februarereignissen des Jahres 2000 intensiv mit dieser Region und mit den dortigen sozialen Verhältnissen.

Es gibt aber noch andere, „objektivere“ Gründe, die es nahelegen, die Region Almería genauer zu betrachten, will man das Verständnis über Landwirtschaft, Arbeitsmigration und die Expansion von Supermarktketten und Discountern genauer verstehen.

Denn Almería kann gewissermaßen als Prototyp eines industriellen Produktionsgebiets gelten, in dem eine große Zahl hyperspezialisierter Betriebe eine ungeheure Menge an Gemüsewaren für den europäischen Markt produzieren. Dabei ist die Geschwindigkeit, mit der sich die Region von Almería von einem rückständigen Viehzucht- und Fischereiregion zur wohl größten Konzentration von Plastikgewächshäusern des Kontinents entwickelte, atemberaubend (vgl. Kapitel 7.1.). Dieser Prozess ist nicht nur auf der Produzent_innenseite sondern auch auf der Abnehmerseite hochgradig voraussetzungsvoll. Oder mit anderen Worten: Der Aufstieg von Almería zu einer der wichtigsten Anbaugebiete für Exportgemüse kann nicht losgelöst betrachtet werden vom Aufstieg der Supermärkte und Discounters in Europa.⁸

Neben den objektiven Bedingungen der Größe und Relevanz der Produktionsregion Almería wählte ich dieses Forschungsgebiet, weil die Widersprüche eines arbeitsintensiven Sektors der industriellen Landwirtschaft sich in dieser Region Südspaniens wie unter einem Brennglas mit besonderer Intensität verdichten. Dies hat auch mit der geographischen Lage Almerías an der südlichen Grenze Europas und der Nähe zum afrikanischen Kontinent zu tun.

Gleichzeitig soll nicht in Zweifel gezogen werden, dass die Durchführung einer ähnlichen Recherche in anderen industriellen Produktionsregionen ebenso notwendig wäre: Als aktuellstes und dringlichstes Beispiel wäre die Region Rosarno in Süditalien zu nennen – diese Region hat mit Almería den traurigen Umstand gemeinsam, dass es auch dort schon zu rassistischen Massenausschreitungen gegen migrantische Landarbeiter_innen gekommen ist (Duflut 2011).

⁸ In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Rolle von frischem Obst und Gemüse (Fresh Fruit and Vegetables, kurz: FFV in Unterscheidung zu Trockenfrüchten, verarbeiteten Gemüse- und Obstwaren in Dosen usw.) im globalen Handel stark verändert: Die Waren der Kategorie FFV wurden „globalisiert“ und zu sehr ertragreichen und attraktiven Exportgütern. Dies kommt einerseits in der Erosion der Saisonalität des Konsums (durch internationale Beschaffung und Logistik) und andererseits durch die Ausweitung der Produktpaletten in Supermärkten zum Ausdruck.

Almería ist also ein Beispiel, bei weitem aber nicht das einzige. Das EBF veröffentlichte aus diesem Grund im Jahr 2004 die Publikation „Bittere Ernte – die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas“ mit Beiträgen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, der Schweiz und Polen (EBF 2004). Die vorliegende Arbeit kann mit ihrem empirischen Fokus also als exemplarisch gelten für zahlreiche andere Beispiele arbeitsintensiver agrar-kapitalistischer Produktion, die sich weltweit finden.

Kriterien zur Auswahl unterschiedlicher Supermarktkampagnen

Im Folgenden soll begründet werden, aus welchen Gründen für die vorliegende wissenschaftliche Arbeit Kampagnen untersucht wurden, die sich vorwiegend mit den Supermarktketten Lidl und Coop beschäftigten.

Zu diesem Zweck sollen die Publikationen, der Stand der Forschung sowie Interventionen und Proteste bei Supermärkten, die in den letzten Jahren stattfanden, zusammengefasst werden. Wie im vorhergehenden Kapitel erklärt, begann die intensivere Beschäftigung aus EBF-Kreisen mit dem Thema Supermärkte erst rund um das Jahr 2007.⁹ In diesem Jahr wurde die SOC- Kampagne v.a. in Österreich und Deutschland durch den Prozess der Mobilisierung gegen den g8-Gipfel in Heiligendamm inspiriert und erhielt neuen Schwung. Bereits ein Jahr vor dem Gipfel wurde auf einem Vorbereitungscamp in Norddeutschland herausgearbeitet und beschlossen, dass das Thema Landwirtschaft bei den Protesten ein wichtiger inhaltlicher Strang sein sollte. Das „Aktionsbündnis globale Landwirtschaft und G8“ wurde gegründet (vgl. www.g8-landwirtschaft.net). Das Thema der Arbeitsbedingungen von landwirtschaftlichen Saisoniers wurde dabei von Beginn an auf die inhaltliche Agenda gesetzt.

Die Infotour „g8 und globale Landwirtschaft“, die im März 2007 in acht verschiedenen Städten in Österreich und Deutschland statt machte, griff das Thema auf und verteilte gegen Spenden für die SOC in Straßenaktionen zwei Tonnen Orangen, die von einer biologisch wirtschaftenden Kooperative in der Nähe von Valencia stammten. Dabei wurden theatralisch die Arbeitsbedingungen auf den Feldern dargestellt. Eine Zeitung und ein ausführlicher Reader des Aktionsnetzwerks lieferten die Hintergrundinfos zu den Aktionen, mit denen auch dezidiert zu den Protesten gegen den g8-Gipfel mobilisiert wurde.

9 Einige Ausnahmen gab es aber dennoch, vor allem in der Schweiz. Bereits im Jahr 2001 startete eine Protestbriefaktion, bei der das EBF kritische Konsument_innen aufforderte, an die Supermarktkette Coop einen Brief zu richten, in denen die Einstellung des Einkaufs von Gemüse aus Almería gefordert wurde, sollten sich die Bedingungen für die Arbeiter_innen nicht ändern. Diese Protestaktion blieb jedoch weitgehend ohne Konsequenzen. Zwar begab sich ein Vertreter von Coop sowie ein Vertreter von Migros in die Region von Almería, der Status Quo der Gemüselieferungen blieb aber unangetastet. Migros und Coop reagierten auf den Druck der Konsument_innen und der kritischen Öffentlichkeit nur insofern, als dass sie danach trachteten ihr Image zu verbessern: Die Frage nach Interventionsmöglichkeiten in diesem Bereich soll in Kapitel 11.6.b. ausführlicher behandelt werden.

Im Laufe der weiteren Vorbereitungen wurde klar, dass es sinnvoll sein würde, in Sachen Landwirtschaft die Kritik an Supermarktketten und speziell an Discounter-Läden mit in die Agenda zu nehmen. Zumal ruinöse Preispolitik, Umweltzerstörung, Ausbeutung von Saisoniers sowie die Zerschlagung kleinbäuerlicher Lebensgrundlagen nicht zuletzt auf den Expansionskurs der marktführenden Supermarktketten und Discounter zurückzuführen sind (vgl. Kapitel 9.6.). Dazu kam, dass die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, beginnend im Jahr 2005, eine Kampagne gegen den Discounter Lidl gestartet und die Ausbeutung der Beschäftigten in den Filialen der Kette denunziert hatte. Lidl war über die Jahre immer wieder durch besondere Repression gegen die eigenen Beschäftigten sowie durch eine aggressiv gewerkschaftsfeindliche Politik aufgefallen. Im „Schwarzbuch Lidl“ (Giese/Hamann 2004) sowie im „Schwarzbuch Lidl Europa“ (Hamann 2006) wurden die Missstände auf bundesdeutscher wie auf europäischer Ebene zusammengefasst. Daneben hatten sich – mit jeweils unterschiedlicher inhaltlicher Gewichtung – andere politische Gruppen, so z.B. ATTAC, das INKOTA-Netzwerk und Weed dem Thema gewidmet (vgl. Kapitel 11.3.).

Bei den g8-Protesten gelang es dann erstmals, die Lidl-Kampagne und das Thema Arbeitsmigration in der Landwirtschaft zumindest symbolisch zusammenzubringen. Am 4. Juni – dem Migrations-Aktionstag – fand eine Kundgebung vor einem Lidl-Supermarkt außerhalb von Rostock statt, zu der ca. 200 Leute kamen. Ein Initiator der Lidl-Kampagne sprach über die Ausbeutung der Angestellten in den Filialen und über die vielfältigen Schikanen und Repressalien, die der Konzern gegenüber seinen Mitarbeiter_innen praktiziert. Der zweite Redebeitrag kam von Spitou Mendy, einem Aktivisten der SOC, der für die Tage des Protests nach Heiligendamm eingeladen war.¹⁰ Ein zweiter wichtiger Meilenstein in der Zusammenführung der Themen Landwirtschaft, Arbeitsmigration und Supermärkte war die symbolische Supermarktbesetzung im Rahmen des Klima- und Antirassistischen Camps, das im August 2008 in Hamburg stattfand. Auch diese Aktion, bei der eine Filiale der Supermarktkette Aldi für mehrere Stunden blockiert wurde, blieb auf einer symbolischen Ebene.

Die Lidl-Kampagne von ver.di und der oben erwähnten NGOs bot jedoch am meisten Gelegenheit, die Themen der Arbeitsbedingungen in der Primärproduktion und der Situation in den Filialen

10 Mendy erwähnte in seiner Intervention auch die Lage der bäuerlichen Bevölkerung im Senegal und spannte somit den Bogen zur ökonomischen Situation in den Herkunftsländern der Landarbeiter_innen. Die Situation habe sich in vielen dieser Länder in den letzten Jahren aufgrund der Billigimporte von landwirtschaftlichen Produkten aus der EU besonders verschlechtert. Dazu gehöre auch Gemüse, das am Markt von Dakar verkauft wird und dessen Preis weit unter dem von einheimischem Gemüse liegt. Aufgrund dieser Dumpingpolitik der EU seien viele Bäuer_innen dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen und in die Städte oder über die Grenzen zu migrieren (vgl. Kapitel 4.2.). In dieser Entwicklung spielt Lidl als Vorreiter der Discounter-Logik im Bereich des Lebensmittelhandels eine fatale Rolle. Mendy appellierte in seinem Redebeitrag an die Notwendigkeit einer solidarischen Bezugnahme zwischen den Beschäftigten bei Lidl, den Landarbeiter_innen in Almería und den Bäuer_innen im Senegal. Außerdem sprach er von der Rolle der Konsument_innen, die über all diese Zustände ein Bewusstsein entwickeln müssten.

zusammenzubringen. In Kapitel 11.3. wird die Lidl-Kampagne auf Grundlage einer Reihe von Interviews mit Protagonist_innen der Kampagne ausführlich behandelt und die Frage diskutiert, inwieweit es gelungen ist, Kämpfe entlang der Wertschöpfungskette miteinander zu verknüpfen.

Der Umstand, dass die Supermarktkette Coop in dieser Arbeit oft Erwähnung findet hat damit zu tun, dass im Jahr 2011 das Einlenken von Coop dazu führte, dass ein nicht unbedeutender Arbeitskampf in Almería zugunsten der Arbeiterinnen entschieden werden konnte. Die Supermarktkette hatte gegenüber einem ihrer Zulieferer, einem großen Biobetrieb der Region Almería, der immer wieder durch grobe Überausbeutung seiner Mitarbeiter_innen aufgefallen war, gedroht, alle Geschäftsbeziehungen einzustellen, sollten die Arbeits- und Sozialrechte im Betrieb nicht respektiert werden. Coop kam – wie unschwer zu vermuten ist – nicht selbst auf diese Idee, sondern wurde mittels Pressearbeit und dem Druck von NGOs und Konsument_innen dazu gedrängt, seine Einkaufspolitik zu überdenken. Die SOC hatte sich in enger Zusammenarbeit mit dem EBF und anderen Organisationen über Monate hinweg intensiv mit der Frage befasst, wie gemeinsam Druck gegen das Unternehmen und die Supermarktkette aufgebaut werden könnte. Die Erfahrungen aus dem Arbeitskampf und der dazugehörigen Kampagne werden ausführlich in Kapitel 11.6.a. diskutiert.

Erhebungsmethoden

Die Untersuchungen wurden mittels qualitativer Interviews und Expert_inneninterviews sowie mittels der Teilnahme an Konferenzen und Arbeitssitzungen von Gewerkschaften, NGOs, Zusammenhängen von Aktivist_innen und politischen Entscheidungsträger_innen durchgeführt. Insgesamt wurden 24 Gespräche mit Arbeiter_innen, Akteur_innen von Gewerkschaften, NGOs und politischen Initiativen geführt.

Zudem beinhalten die Untersuchungen die Recherche und Bearbeitung wissenschaftlicher Literatur, policy-papers und grey papers (Konferenzpapiere, Presseaussendungen und Protokolle von Arbeitstreffen, Agenden, Flugblätter, Plakate, Memos, Berichte, Protokolle). Für die Interviews und Recherchen wurde die spanische, französische, deutsche und englische Sprache verwendet.

Die Interviews der Arbeiter_innen in Almería folgen dem Ansatz der militanten Untersuchung, die nach dem Prinzip der „testimonies“, der „temoignages“ vorgeht (vgl. Seite 114 ff sowie Becksteiner 2011: 38ff; Brand 2011: 63). Dabei gelten die Erfahrungen von Betroffenen bzw. Organisierten als erkenntnisleitend.

4. Theoretische Grundlagen

4.1. Regulationstheorie und regulationstheoretische Erweiterungen

Im folgenden wird das theoretische Instrumentarium der Arbeit aufgefächert. Dabei gehe ich von der Regulationstheorie aus und nehme etliche Erweiterungen vor. Bei diesen Erweiterungen werden antirassistische Theorien eine wichtige Rolle spielen und hier im Speziellen die Arbeiten von Manuela Bojadžijev (2008). Des weiteren werde ich mich auf den Begriff der „globalen Apartheid“ beziehen, der v.a. in aktivistisch orientierten antirassistischen Netzwerken entwickelt wurde. Außerdem wird das theoretische Konzept der imperialen Lebensweise eine große Rolle spielen, das zuvorderst von Ulrich Brand und Markus Wissen (vgl. u.a. 2011a) entwickelt wurde. Der Massenkonsum von Wintergemüse (aus Almería) wird als Ausdruck der imperialen Lebensweise verstanden. Ein weiteres Theoriekapitel widmet sich den Theorien der Wertschöpfungsketten und der internationalen Produktionsnetzwerke (vgl. u.a. Plank / Staritz 2009). Des weiteren wird für diese Arbeit Kritik als Grundlegung der Gesellschaftstheorie und politischer Praxis gefasst. Der Begriff von Kritik, von dem ich ausgehe, sowie das Verhältnis von Kritik zu Wissenschaft und politischer Praxis wird in Kapitel 5 diskutiert.

Ulrich Brand (2011a) betont, dass kapitalismus- und modernisierungskritische Ansätze anderen Gesellschaftsdiagnosen darin überlegen sind, „dass sie sich um ein gesellschaftstheoretisch gehaltvolles Verständnis gelingender oder eben nicht-gelingender Reproduktion sozialer Verhältnisse bemühen. Sie insistieren zudem darauf, dass eben diese Verhältnisse historisch geworden und somit veränderbar sind, dass die Dynamiken historischer Entwicklungen an Interessen und Werthaltungen, an Macht und Herrschaft gebunden sind“ (Brand 211a: 149). Es würde also nicht um 'die' Menschheit und ihr zu rasches Wachstum oder – hinsichtlich ökologischer Probleme – um 'den' Planeten und seine Übernutzung gehen – vielmehr würden herrschaftlich organisierte soziale Verhältnisse – in ihren konkreten Ausdrucksformen Staat, Markt, Geschlecht usw. - in den Blick genommen. Dabei geht es stets um die Analyse der Bedingung der gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhänge (vgl. ebd.). Im folgenden soll mittels der Regulationstheorie und regulationstheoretischen Erweiterungen ein Rahmen für meine empirischen Untersuchungen geschaffen werden.

Die Regulationstheorie

Um die gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhänge, und um im Speziellen den Weg

Wertschöpfungskette von Obst und Gemüse zu erklären, steigen wir nun ein in die Klärung des Instrumentariums der Regulationstheorie. Die Regulationsweise beschreibt Alain Lipietz (1985) als „die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus“ (Lipietz 1985: 121). Im Gegensatz zur neoklassischen Gleichgewichtstheorie, die suggeriert, dass es auf Märkten über den Preismechanismus zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage und damit zu „effizienter“ Allokation von Kapital kommt, unterstreicht die Regulationstheorie, dass es sich bei Märkten um hochgradig voraussetzungsvolle Einrichtungen handelt (vgl. Alnasseri 2003; Lüthje 2001).

Bob Jessop betont, dass Regulation immer historisch spezifisch verläuft. Jessop argumentiert, dass „jeder Regulationsmodus, der mit kontinuierlicher Reproduktion vereinbar ist, dem Kapitalkreislauf eine eigene Struktur und Dynamik“ aufprägt - „inklusive von Formen der Krise und des Zusammenbruchs. Anstelle einer einzigen Logik des Kapitalismus gibt es eine ganze Bandbreite solcher Logiken“ (Jessop 2001: 15). Deshalb seien auch die sozialen Kämpfe, die die grundlegenden und innerhalb des Kapitalverhältnisses nicht aufzulösenden Widersprüche dieser Produktionsweise widerspiegeln, nicht auf ökonomische Klassenkämpfe reduzierbar. Die sozialen Kämpfe würden vielmehr viele verschiedene soziale Kräfte und viele Formen der Auseinandersetzungen umfassen (vgl. ebd.).

Eine wesentliche Voraussetzung für die aktuelle Form kapitalistischer Akkumulation ist neben anderen zweigeschlechtlichen Differenz und Ungleichheit. Lisa Haller und Silke Chorus (2011: 14ff.) betonen, „dass kapitalistische Produktionsweisen zwar auf abstrakte Differenz, nicht aber notwendigerweise auf Differenz entlang der Geschlechterhierarchien angewiesen sind.“

Dementsprechend verstehen sie „Geschlechterverhältnisse und kapitalistische Produktionsweise als in einer wechselseitigen Austauschbeziehung stehend sowie als eng aufeinander bezogene, ohne dass das Verhältnis in der einen oder anderen Richtung abzuleiten wäre. Auf derartige monokausale Ableitungen verzichtend, erscheint uns sowohl die Organisation der *privaten* Reproduktions- als auch die von *marktvermittelter* Lohnarbeit nicht einzig von Aushandlungen zwischen Kapital und Arbeit, sondern überdies von Aushandlungen zwischen den Geschlechtern und Deutung ihrer 'Differenz' abhängig“ (ebd.: 16).

Damit erklären Haller und Chorus, dass „die ökonomische Geschichte der Menschen eine soziale Geschichte (ist), die auf sozialem und somit stets auch vergeschlechtlichtem Handeln beruht. Diese Geschichte ist daher mehr als nur die Geschichte von Klassenkämpfen, sie ist ebenso die Geschichte ungleicher Geschlechterverhältnisse. Sie bringt unterschiedliche, miteinander verstrickte

Produktionsweisen hervor“ (ebd.: 21).

Haller und Chorus betonen weiters in diesem Zusammenhang, dass in der Regulationstheorie „eine wesentliche Bedingung für eine relativ stabile Entwicklung der Kapitalakkumulation (...) die Kohärenz zwischen Produktions- und Reproduktionsweise“ angesehen wird. Oder in anderen Worten: „Arbeits- und Lebensweise müssen zueinander 'passen'. Veränderungen in der gesellschaftlichen Organisation von marktvermittelter Lohnarbeit und Reproduktion müssen also über kurz oder lang mit Veränderungen in der Organisation von privater Reproduktion und Konsum einhergehen – und umgekehrt“ (ebd.: 22). Diese temporäre Kohärenz zwischen den Produktions- und Distributionsmustern einerseits und den Konsummustern andererseits, die ein Akkumulationsregime konstituieren, wird auch als Entwicklungsweise bezeichnet (vgl. Brand/Wissen 2011a: 81). In der vorliegenden Arbeit wird dieses Konzept bei der Erklärung des Zusammenhangs zwischen ursprünglicher Akkumulation und Zerschlagung bäuerlicher Lebensgrundlagen, Dynamiken der Migration, der Entstehung von industriellen Intensivregionen wie Almería, der Ausbreitung von Supermärkten und Discountern und letztlich dem hegemonial-Werden der imperialen Lebensweise angewandt. Der Massenkonsum im Supermarkt oder Discounter ist Bedingung für das aktuelle Akkumulationsregime sowie für die Wucht der Zerstörung von nicht-kapitalistischen Lebensweisen.

Haller und Chorus betonen, dass die Kohärenz zwischen Produktions- und Distributionsmuster sich nicht selbstverständlich und von selber herstellt. Sie ist vielmehr das prinzipiell erst mal immer offene Ergebnis von sozialen Konflikten, Bewegungen und Auseinandersetzungen“ (Haller/Chorus 2011: 22). Für den hier diskutierten Gegenstand bedeutet dies, dass die Lebensweise in den Industrieländern sich über die Zeit ändern musste, um Phänomene wie das „Plastikmeer von Almería“ möglich zu machen. Diese Änderungen gingen nicht konfliktfrei über die Bühne, sondern waren begleitet von vielfältigen Kämpfen und Auseinandersetzungen, so z.B. um das Verhältnis von privater Reproduktion und marktvermittelter Lohnarbeit, sprich um Veränderungen in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse, von Kämpfen der Migration sowie von Auseinandersetzungen um die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Brand (2005) argumentiert, dass die Regulationsweise bedingt ist durch spezifische Kräfteverhältnisse und Akkumulationsstrategien, bestimmte Formen der Arbeitsorganisation, Umgangsformen mit Natur usw., sprich Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen ist. Aus diesem wissenschaftlichen Ansatz ergibt sich weiters die Möglichkeit, krisenhafte Formen der Naturaneignung sowie Kämpfe um ihre Stabilisierung und Destabilisierung fassbar zu machen. Brand (2005) unterscheidet zwischen kleinen Krisen, die zu laufenden Anpassungen führen, und großen Krisen, bedingt durch veränderte Kapitalzusammensetzung, umgewälzte Technologien oder

verschobene Klassenverhältnisse. Aber auch die (Selbst-) Organisation von Lohnabhängigen entlang der Wertschöpfungskette kann Krisen auslösen oder verstärken.

Prinzipiell ist die kapitalistische Produktionsweise expansiv und auf die Steigerung von Mehrwert, Produktion und Konsum angelegt (vgl. Brand/Wissen 2011).¹¹ Dies geht einher mit der tendenziellen Ausbreitung des kapitalistischen (Welt-)Marktes und der weltweiten Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche. Der Einsatz von Wissenschaft und Technik spielen dabei eine wichtige Rolle, die Steigerung der Produktivität schafft eine zentrale Dynamik. In der Regulationstheorie wird zwischen intensiver und extensiver Akkumulation unterschieden. Brand und Wissen betonen, dass für die intensive Akkumulation, die in der historischen Phase des Fordismus prägend war, „eine Organisierung bzw. Intensivierung des Arbeitsprozesses, die hohe Produktivitätssteigerungen ermöglichte“ (ebd.) charakteristisch war. Der „zu verteilende Kuchen“ wurde größer, und die Beteiligung der Lohnabhängigen am steigenden Wohlstand wurde insbesondere in Westeuropa und Nordamerika über institutionalisierte Klassenkompromisse und sozialstaatliche Politiken abgesichert.

In den kapitalistischen Kernländern wurde in Bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln nach dem Zweiten Weltkrieg schrittweise eine warenförmig organisierte Lebensweise durchgesetzt, u.a. weil für die industrielle Landwirtschaft dringend Absatzmärkte gebraucht wurden. Gleichzeitig standen auf diese Weise mehr Menschen für marktvermittelte Arbeit und somit für die wachsende Wirtschaft zu Verfügung. Die Kosten für die Ware Arbeitskraft waren zwar aufgrund der relativen Macht der Gewerkschaften vergleichsweise hoch. Dennoch war das Akkumulationsregime weitgehend stabil. Dies nicht zuletzt aufgrund der kostenlosen Verfügbarkeit von nicht marktvermittelter Reproduktionsarbeit – die zum größten Teil von Frauen geleistet wurde – sowie durch die quasi selbstverständliche Verfügbarkeit von Billiglebensmitteln aus der industriellen Landwirtschaft.

Die Billigstpreise für Lebensmittel und andere Waren aus Supermärkten und Discountern können somit als wichtiger Bestandteil des Schmiermittels für immer niedrigere Lohnstückkosten bzw. für erhöhte Wettbewerbsfähigkeit gelten. In letzter Konsequenz ist also auch die Logik von Sozialabbau und Hartz IV nicht vorstellbar ohne die ungebrochene Verfügbarkeit von billigen Supermarktlebensmitteln (vgl. Kapitel 4.1.4.). Im Unterschied zu einer nicht-warenförmig organisierten Produktion von Lebensmitteln z.B. durch die Ausübung subsistenzorientierter

11 Bob Jessop ruft in Erinnerung, dass „alle strukturellen Widersprüche und strategischen Dilemmata, die dem Kapitalverhältnis inhärent sind, Ausdruck des Basiswiderspruchs zwischen Tausch- und Gebrauchswert in der Warenform“ sind. Jessop betont: „Die verschiedenen Formen dieses Widerspruchs reproduzieren sich zugleich mit dem Kapitalismus selbst. So ist die Ware sowohl Tausch- als auch Gebrauchswert; der Arbeiter ist sowohl eine abstrakte und ersetzbare Einheit von Arbeitskraft als auch ein konkretes Individuum mit spezifischen Fähigkeiten, spezifischem Wissen und spezifischer Kreativität“ (Jessop, Bob 2001: 14).

Landwirtschaft oder lokaler Tausch-Ökonomien, wie dies in weiten Teilen ländlicher Gebiete der BRD und Österreich noch bis in die 60er und 70er Jahre zutraf, steht in kapitalistischen Kernländern heute der Großteil der Menschen für den Arbeitsmarkt und somit auch potentiell für Billiglohnsektoren zur Verfügung und ist diesen stärker denn je ausgeliefert.

Brand und Wissen argumentieren, dass sich mit der Krise des Fordismus seit Beginn der 1970er Jahre und beschleunigt durch ökonomische Globalisierungsprozesse, wie sie sich vor allem seit dem Ende der 1980er Jahre entfalteten, eine Entwicklung hin zu einem extensiveren Akkumulationsregime beobachten ließe (vgl. Brand/Wissen: 2011a: 84), das im Unterschied zur intensiven Akkumulation weniger auf Produktivitätssteigerungen als auf dem Vordringen der Lohnarbeit in neue gesellschaftliche und geographische Räume (aktuell insbesondere in den Schwellenländern) sowie auf der Verlängerung der Arbeitszeit beruht.“

Das Paradoxon ist allerdings, dass diese Extensivierung der Akkumulation keineswegs zu einem Bruch mit der fossilistisch-fordistischen Produktions- und Lebensweise führte (vgl. ebd. bzw. Kapitel 4.1.4.). Ganz im Gegenteil: die fossilistische Produktions- und Lebensweise breitet sich tendenziell über die gesamte Welt aus, die fordristischen Produktionsmuster verschwinden nicht, sondern werden aus den ehemaligen industriellen Kernländern in die sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländer ausgelagert.

Die Verfügbarkeit von leistbarem frischen Wintergemüse und -Obst für breite Teile der Bevölkerung war denn auch ein relativ spät auftretendes Phänomen: erst im Laufe der 80er Jahren, also nach dem Ende des fordristischen Klassenkompromisses, verallgemeinerte sich der Konsum von asaisonalem Gemüse und Obst.

In der Regulationstheorie werden kapitalistische Gesellschaftsformationen als solche Gesellschaften verstanden, „in denen eine kapitalistische Produktionsweise zwar relativ bedeutend ist, jedoch stets mit anderen Produktionsweisen in einer historisch spezifischen Verbindung steht. Die kapitalistische Produktionsweise wird als krisenhafte und unvollständige Produktionsweise konzipiert, die allein aus sich selbst heraus nicht lebensfähig ist. Die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft beruht weiter nicht nur auf abstrakten Tauschvorgängen, sondern setzt immer auch die Existenz nicht markt- und warenförmiger sozialer Beziehungen und Verhältnisse voraus“ (Haller/Chorus 2011: 20). Diese Entwicklungen sind für das Kapital immer widersprüchlich und zweischneidig. Denn „eine nicht warenförmig – oder nur in Teilen warenförmig – organisierte Lebensweise der direkt und indirekt Lohnabhängigen kann die Reproduktion von Arbeitskraft aus der Perspektive des Kapitals senken, sie kann aber auch zu

Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals führen, wenn letzteres nach Ausdehnung strebt, diese nicht warenförmige Räume sich jedoch einer Vermarktlichung unter den jeweils historischen Bedingungen versperren“ (ebd.: 21).

Nicht vernachlässigt werden darf die Verfügbarkeit von sogenannten Extraktionsökonomien im globalen Süden als entscheidender Faktor für die Stabilität des Akkumulationsregimes: Ausbeutung von Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen finden dort zwar oft unter marktvermittelten Bedingungen statt, oft handelt es sich aber schlicht um Raub – ermöglicht beispielsweise durch Korruption – und moderne Formen der Sklaverei. Auch klassische, nicht marktvermittelte Reproduktionsarbeit in den Ländern des globalen Südens zählt zu den Voraussetzungen der Kapitalakkumulation in den kapitalistischen Kernländern. Die in globale Produktions-Netzwerke eingebundene Arbeitskraft im globalen Süden steht oftmals deshalb so billig zu Verfügung, weil für ihre Reproduktion gesorgt ist – sei es durch nicht-marktvermittelte Kinderbetreuung und Altenpflege oder Subsistenzproduktion – wiederum meist geleistet von Frauen. In vielen Gesellschaften des globalen Südens waren also bisweilen die Ausdehnungsbestrebungen des Kapitals noch nicht ausreichend dringend, als dass die Lebensweise eines Großteils der Bevölkerung umgewälzt werden musste: eine große Anzahl an Menschen in afrikanischen Gesellschaften lebt beispielsweise weiterhin von einem Mix aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Lohnarbeit und informeller Arbeit auf lokalen Märkten. Somit stehen sie zwar nicht als globale Konsument_innen zu Verfügung, sind jedoch weiterhin dazu gezwungen, ihre Arbeitskraft zu extrem niedrigen Preisen zu verkaufen. Dies bedingt die Integration dieser Gesellschaften auf der untersten Stufenleiter der internationalen Arbeitsteilung.

Der Staat aus regulationstheoretischer Perspektive

Eine wesentliche Bedeutung kommt in der Regulationstheorie der Analyse der Rolle des Staates zu. So wird in den regulationstheoretischen Ansätzen, die der Staatstheorie von Nicos Poulantzas folgen, der Staat weder als neutraler Akteur betrachtet, noch aber als reines Instrument der herrschenden Klassen und Kräfte. Der Staat stellt in dieser Blickweise immer ein soziales Verhältnis dar, in dem Interessen Subalterner immer auch zum Teil berücksichtigt berücksichtigt werden (vgl. Brand 2005: 45 ff.).

Die staatlichen Apparate sind jedoch selbstverständlich nicht für alle Kräfte gleichermaßen zugänglich – sie bilden vielmehr 'strukturelle Selektivitäten' heraus. Die Staatsapparate sind also selbstredend nicht allen Strategien und Zielen der verschiedenen sozialen Kräfte und Klassen gleichermaßen zugänglich (vgl. ebd.). Dennoch wird in Ansätzen der neo-poulantzianischen Staatstheorie betont, dass im bürgerlichen Staat selten einseitig die Interessen des 'Blocks an der

Macht' durchgesetzt werden – die Interessen der unterdrückten Klassen finden sich im Staat gebrochen wieder. Der Staat ist somit eine 'konfliktive Bündniseinheit', die immer wieder instabile Kompromissgleichgewichte sucht. Dies geschieht aber immer unter der Hegemonie der Bourgeoisie (vgl. ebd.).

Der Staat kann aus regulationstheoretischer Perspektive also als ein soziales Verhältnis oder genauer als ein institutionell verdichtetes gesellschaftliches Kräfteverhältnis angesehen werden. In ihm dominieren die gesellschaftlich herrschenden Kräfte; sie können ihre Interessen leichter durchsetzen als schwächere Akteure (vgl. Brand 2011: 76). Der Staat war auch in der Herausbildung des Neoliberalismus nicht neutral, er hat vielmehr (und dies trifft speziell auf die Länder der OECD zu), die Globalisierung kräftig vorangetrieben und wurde zum 'internationalen Wettbewerbsstaat' (vgl. ebd.). Brand argumentiert: „Dass die globalisierte Ökonomie eine Art selbstlaufender Prozess sei, der nun (in der Krise, Anm. D.A.B.) von der Politik 're-reguliert' werden müsse, gehört (...) zu einem der Globalisierungsmythen. Ausgeblendet wird: Internationale Politik findet ja statt – Stichworte hier sind die EU oder die WTO – , aber in marktradikaler Ausrichtung und als Absicherung der Interessen der Vermögensbesitzer“ (ebd.: 86). Aus regulationstheoretischer Perspektive wurde immer wieder betont, dass „der Staat nicht dem Markt gegenübersteht, sondern dessen Voraussetzung ist“ (ebd.: 161). Dennoch ist der Staat keineswegs ein einfach zu bedienendes „Instrument“ der herrschenden Klassen, sondern ein „Terrain, auf dem höchst ungleiche gesellschaftliche Interessen sich durchzusetzen versuchen und Kompromisse bilden“ (ebd.). Vielfältige Erfahrungen – v.a. in lateinamerikanischen Ländern – zeigen, „dass auch emanzipatorische Strategien darauf angewiesen sind, ihre Anliegen rechtlich zu kodifizieren und sie finanziell, diskursiv und physisch abzusichern“ (ebd.: 113).

Das Recht aus regulationstheoretischer Perspektive

Sonja Buckel hat sich ausführlich mit der Ambivalenz auseinandergesetzt, die Kämpfe um Rechte in bürgerlichen Verhältnissen kennzeichnen. Buckel formuliert: „Bürgerliche Herrschaft ist nach der Erkenntnis Gramscis auf Zugeständnisse an die Beherrschten angewiesen, auf eine Universalisierung der dominanten gesellschaftlichen Interessen, die nur auf diese Weise intellektuell, kulturell und politisch führend werden können. Die bürgerliche Klasse hatte zur Verallgemeinerung ihrer Lebensweise Superstrukturen (wie das Recht) hervorgebracht, als organisatorische Aktivitäten, die gesellschaftliche Ziele formulieren“ (Buckel 2008: 25). Wenn Anliegen von subalternen Akteur_innen nun rechtlich kodifiziert und abgesichert werden, wohnt diesen Kämpfen um Rechte eine bestimmte Ambivalenz inne: „Die Widersprüchlichkeit dieser Strategie kommt darin zum Ausdruck, dass mit der Forderung nach Rechten nichts geringeres in

Anschlag gebracht wird, als ausgerechnet ein wesentliches Strukturprinzip kapitalistischer Gesellschaften. Statt deren unmittelbare Aufhebung visiert die Strategie das Recht an: das Produkt der Verallgemeinerung der bürgerlichen wie auch der patriarchalen Lebensweise“ (Buckel 2008: 25). Buckel betont, dass rechtliche Inklusionskämpfe aus diesem Grund immer schon wirkmächtig und hoch umstritten zugleich waren (vgl. ebd.). Die Autorin weist darauf hin, dass das moderne Recht immer Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist. „Letztere schlagen sich jedoch nicht einfach im Recht nieder, sondern werden stets mit der dem Recht eigenen Logik konfrontiert. Das Recht befindet sich somit von Anfang an in einer Spannung zwischen gesellschaftlichen Kämpfen und Machtverhältnissen einerseits und der spezifischen rechtlichen 'Arbeitsweise' andererseits“ (ebd.). Das bedeutet auch, dass sich gesellschaftliche Kräfte „entsprechend ihrer Ressourcen und Strategien als hegemoniale und gegenhegemoniale Projekte in die Rechtsform ein(schreiben)“. Dies bringt notwendiger Weise mit sich, dass entsprechend dem aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen „immer auch subalterne Interessen im Recht zum Ausdruck kommen, sofern es ihnen gelingt, die Verfahrensfilter zu überwinden und in die juristische Argumentation und Praxis Eingang zu finden“ (ebd.). Diese prinzipielle Erkenntnis hilft bei der Einschätzung der jeweiligen Sinnhaftigkeit von konkreten Kämpfen um Rechte. So argumentiert Buckel: „Ein kritischer Umgang mit dem Recht kann weder in dem Versuch bestehen, sich des Rechts als neutralen Instruments zu bedienen, noch in einer rechtsnihilistischen Absage. Vielmehr ginge es darum, eine *Aufmerksamkeit für die widersprüchliche Arbeitsweise* des Rechts zu entwickeln – darum, in Kenntnis der Widersprüche der Rechtsform ihre Materialität in Anspruch zu nehmen und ihre Verheißen von realer Universalität und Gerechtigkeit weiterzutreiben. Dieses Einlassen auf die Rechtsform würde bedeuten, dass emanzipative gegenhegemoniale Politiken auch innerhalb des strategisch-selektiven Rahmens der Rechtsform verfolgt würden“ (ebd.: 26). Bei Kämpfen um Rechte stellt sich das Problem, dass organische Intellektuelle – beispielsweise Rechtsanwält_innen – sich in bestehende hegemoniale Terrains einschreiben müssen. Sie müssen in der Regel den Habitus annehmen, den das System des bürgerlichen Rechts von ihnen verlangt. Somit laufen sie Gefahr, mitunter zur Passivierung der Subalternen beizutragen. Buckel formuliert in Bezug darauf strategisch, dass „juridische(..) Intellektuelle(..) vorübergehend in Kauf genommen werden (können). Ihr Status wäre allerdings ein vorläufiger: als Übersetzer_innen der Rechtsform im Kontext einer breiteren sozialen Bewegung“ (ebd.: 26f).

In Bezug auf Kämpfe um Rechte im Kontext solcher breiter sozialer Auseinandersetzungen erläutert Buckel praktisch: „Insbesondere in den USA gibt es eine erfolgreiche politische Praxis in der Tradition der Bürgerrechtsbewegung, die Gerichte als Foren des Protests nutzt. Gerichtsprozesse bieten als Teil einer politischen Kampagne die Möglichkeit, an den implizit politischen Gehalt jedes

juridischen Verfahrens anzuschließen. An den Bruchstellen der juridischen Rechtsfiguren kann durch eine Praxis der Übersetzung und Politisierung der implizite politische Charakter offengelegt werden. Das Ziel beschränkt sich nicht auf den Sieg im Gerichtssaal, sondern visiert die Mobilisierung einer sozialen Bewegung an“ (ebd.: 27). Somit bleibe die Skandalisierung „nicht auf Demonstrationen beschränkt, sondern kann sich über exemplarische Gerichtsverfahren und Rechtsgutachten der materiellen Infrastruktur des Rechts bedienen“ (ebd.). So verstanden, würde die Aneignung des Rechts „sie ihrer bürgerlich-patriarchalen Herkunft entreißen, wenn diese Praxis in einen dauerhaften Lernprozess eingebunden ist, in dem immer wieder entlang konkreter strategischer Kontextanalysen die Erfahrungen mit der widersprüchlichen Grundstruktur des Rechts reflektiert werden“ (ebd.).

Die konkreten Erfahrungen der unterschiedlichen Protagonist_innen aus Gewerkschaften und NGOs in Bezug auf rechtliche Auseinandersetzungen rund um die Themen Migration und Arbeit sowie Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel wird in den Kapiteln 11.6.a und 11.6.b. diskutiert.

Die Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Die Reproduktion der materiell-stofflichen, das heißt „natürlichen“ Lebensgrundlagen der Menschen steht zur kapitalistischen Expansionsdynamik – gelinde gesagt – in einem widersprüchlichen Verhältnis (vgl. Brand/Wissen 2011). Aufgrund des inhärenten Wachstumszwangs und der Konkurrenz der Einzelunternehmen untereinander sind kapitalistische Gesellschaften per se nicht in der Lage, der Übernutzung von natürlichen Ressourcen Grenzen zu setzen. Zwar wird in Demokratien genau das immer wieder – mehr oder weniger scheinheilig – verhandelt. Unzählige Versuche, die Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen einzudämmen werden unternommen – sei es in Form von gesetzlichen Vorschreibungen oder moralisch-ethischen Appellen. Im Grund gelingt es aber nach wie vor nicht, eine nicht-zerstörerische Entwicklungsweise durchzusetzen. Brand und Wissen (2011) konstatieren: „Im Kapitalismus wird Natur in einem Ausmaß und mit einem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte transformiert wie in keiner anderen Produktionsweise vor ihm. Die kapitalistische Produktionsweise ist unter stofflichen Gesichtspunkten hochgradig abhängig von Natur und macht sich deren besondere Qualitäten zunutze, um immer neue Bedürfnisse zu kreieren sowie Produkte und Technologien für ihre Befriedigung zu entwickeln“ (ebd.: 17). Das perfide ist nun, dass die kapitalistische Produktionsweise völlig gleichgültig gegenüber den raum-zeitlichen Besonderheiten von Natur ist (vgl. ebd.). Mit Verweis auf Altvater (2005) argumentieren Brand und Wissen: „Anders ausgedrückt ist kapitalistische Produktion als Arbeitsprozess auf genau jene sozial-ökologischen Voraussetzungen angewiesen, die sie als Verwertungsprozess beständig unterminiert“

(ebd.). Dies würde erklären, warum der Kapitalismus gleichzeitig eine „schöpferische und (eine) destruktive Kraft gegenüber Mensch und Natur“ entwickeln würde (ebd.). Die kapitalistische Produktion schafft Möglichkeiten, die früheren Generationen gänzlich unbekannt waren, sie untergräbt jedoch gleichzeitig, nach einer bekannten Textstelle aus dem Marx'schen Kapital, die Springquellen allen Reichtums: „die Erde und den Arbeiter“ (Marx 1968: 530).

Nun versuchen die herrschenden Klassen, wie weiter oben bereits angedeutet, stets, die Widersprüchlichkeit, die den Kapitalismus grundlegend kennzeichnet, „institutionell und durch spezifische gesellschaftliche Normalisierungsprozesse bearbeitbar“ zu machen (Brand / Wissen 2011: 17). Wie dies geschieht, lässt sich mit Hilfe der Regulationstheorie begreifen. Zu Beginn war diese v.a. darauf konzentriert, das Lohnverhältnis unter kapitalistischen Bedingungen zu analysieren (Aglietta 1979). Die Regulationstheorie lässt sich allerdings auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse übertragen. Brand und Wissen (2011) argumentieren: „Die Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, also die herrschaftsformige Bearbeitung der kapitalistischen Produktionsweise inhärenten ökologischen Destruktivität, muss in enger Verbindung mit den makroökonomischen, institutionellen und in die Subjekte eingelassenen sozialen Reproduktionsmustern verstanden werden. Sie findet also über Institutionen, Normen, Wertvorstellungen, Subjektivierungsprozesse und normalisierte Praxen statt, die die strukturellen Widersprüche über einen bestimmten Zeitraum hinweg prozessierbar machen. Dabei werden die Wahrnehmung von und der Umgang mit Natur hegemonial hergestellt und damit notwendigerweise selektiv“ (Brand/Wissen 2011: 18).

Wichtig ist festzuhalten, dass über den Staat die verschiedenen gesellschaftlichen Naturverhältnisse institutionell abgesichert werden (vgl. Brand/Wissen 2011).

Zusätzlich zu diesen Aspekten der Regulationstheorie, die sich auf staatstheoretische, rechtsspezifische und geschlechterspezifische Überlegungen beziehen sowie auf Überlegungen zu den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, gibt es noch weitere regulationstheoretische Aspekte, die für die vorliegende Arbeit von wesentlicher Bedeutung sind. In den folgenden beiden Kapiteln werden deshalb regulationstheoretische Erweiterungen in die Bereiche der Migration und der „selektiven Inklusion“ von Arbeitskräften mittels des europäischen Grenzregimes vorgenommen.

4.1.2. Globale Apartheid

Kapitalismus benötigt stets Hierarchien und zielt auf soziale, geschlechtliche und ethnische Spaltungen. Die kapitalistische Produktionsweise ist in diesem Sinn höchst selektiv, d.h. sie privilegiert Menschen, während sie andere ausschließt, an den Rand drängt bzw. ihre materiellen Lebensgrundlagen zerstört. Dabei spielen insbesondere Grenzziehungen eine wichtige Rolle, mit denen soziale Zugeständnisse auf kleine Teile der weltweiten Arbeiter_innenklasse beschränkt werden. Kapitalistische Ausbeutung beruht somit auf einem globalen Gefälle, das durch Filter und Zonen, sowie durch äußere und innere Grenzen bewusst hergestellt wird und mittels derer immer wieder der ungleiche Zugang zu Ressourcen, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rechten reproduziert wird. Es handelt sich also um eine in sich zerrissene Ordnung, die fortwährend Spaltungen produziert und reproduziert. Die soziale Segregation ist meist eng verwoben mit der konkreten Ausformung der Arbeitsteilung im globalen Maßstab. Ulrich Brand betont: „Soziale Herrschaft konstituiert sich weiterhin ganz wesentlich über die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Über eine Arbeitsteilung zwischen Lohnabhängigen einerseits und Kapital- und Vermögensbesitzern andererseits, über geschlechtsspezifisch und ethnisch strukturierte Arbeit, über Formen regionaler und internationaler Arbeitsteilung“ (Brand 2011: 87).

Im globalen Maßstab bedeutet das unter anderem, dass die sozialen Garantien in den Metropolen immer kombiniert waren mit Überausbeutungsstrukturen in den Peripherien. In diesem Gefälle, das nicht zuletzt mit den Mitteln verschiedener Grenzregime aufrecht erhalten wird, versuchen die standortunabhängigen „Fluchtindustrien“ ihre Profite zu realisieren: in der Logik verlängerter Werkbänke wie z.B. einer nach Rumänien oder China ausgelagerten Niedriglohn-Produktion. In Sektoren, in denen eine Verlagerung nicht möglich ist, beispielsweise in der industriellen Landwirtschaft oder im Putz- oder Pflegesektor, werden die Produktionskosten gesenkt, indem billige und flexible, meist migrantische Arbeitskräfte eingestellt werden. In diesem Sinn sind auch immer Produktionsverhältnisse, die im globalen Süden hegemonial sind, im globalen Norden vorzufinden und umgekehrt. Das globale Gefälle ist somit von Zonierungen und Schattierungen überlagert, gleich einem „Leopardenfell“ (vgl. Precarious News 2005). Es bilden sich kleinere oder größere Inseln des Reichtums in den südlichen Kontinenten, bei gleichzeitiger weiterer Verarmung des größten Teils der Bevölkerungen – allem voran auf dem afrikanischen Kontinent. In den sogenannten Industrieländern werden jedoch zugleich immer mehr Menschen prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt.

Brand betont, dass die „zunehmende erzwungene Migration (...) Ausdruck der Krise neoliberaler Globalisierung in den Herkunftsländern“ ist (Brand 2011: 33). Insgesamt haben wir es laut Brand

mit einer „ökonomischen, militärischen und politischen Verteidigung des Wohlstandsmodells für einen Teil der Bevölkerung und die Entstehung einer am westlichen Lebensstil orientierten Mittelklasse im globalen Süden – vor allem in China und Indien“ zu tun (ebd.: 178).

Die herrschenden Migrationsregime sind ein wichtiges Instrument für die Aufrechterhaltung globaler Ungleichheitsverhältnisse. Dabei würde es für den Fall der europäischen Migrationspolitik zu kurz greifen, von Europa als „Festung“ zu sprechen. Die aktuelle Linie der EU lässt sich eher als ein äußerst komplexes System von Abschottung, Zugangsbeschränkungen und aktiver Anwerbung von Migrant_innen beschreiben: Illegalisierung und Abschiebung bei gleichzeitigem selektiven Einschluss und Anwerbung von migrantischen Arbeitskräften sind zwei Seiten derselben Medaille: erforderlich für die Akkumulationsdynamik ist ein Migrationsmanagement, dessen Ausbeutungsbedingungen auf der Produktion immer neuer Hierarchien und abgestufter Rechte sowie rassistischer Diskriminierungen basieren. Die Rekrutierung von Arbeitsmigrant_innen erfolgt auf Grundlage von beschäftigungspolitischen Bedarfserhebungen und zielt auf eine flexible Zugangsregulierung in Abhängigkeit vom nationalstaatlichen und für die EU als Gesamtregion prognostizierten Arbeitskräftebedarf. Der Migrationsforscher Frank Düvell betont in diesem Zusammenhang: „Migration wird einerseits als Potential und Quelle von ökonomischem Wachstum analysiert, andererseits als Bedrohung von Kapitalismus und Akkumulation. Daher liegen Rekrutierung und Abschottung so nah beieinander“ (Düvell 2003).

In den letzten Jahren fiel in antirassistischen Debatten deshalb oft der Begriff „globale Apartheid.“¹² Diese Bezeichnung, die dem südafrikanischen Apartheids-Regime entlehnt ist, versucht die Grenze in ihrer Regulierungsfunktion des globalen Kapitalismus zu denken. Das südafrikanische Apartheids-Regime war geprägt von rassistisch organisierten Zugangs- und Ausschlussmechanismen, von Abwehr bis Abkoppelung der Armutsghettos, von inneren Grenzziehungen und Zoneneinteilung, nicht zuletzt zugunsten einer gezielten Ausbeutung von Wanderarbeitskraft. Wenn auch nicht unmittelbar vergleichbar, kopiert und forciert das aktuelle Migrationsmanagement strukturell diese Ausgrenzungs-, Kontroll-, Filter- und Rekrutierungsstrategien auf globaler Ebene.

Migrationsbewegungen in den globalen Norden nehmen in dieser Situation eine wichtige Rolle ein, da sie hierarchisch definierte und abgegrenzte Räume und Territorien durchkreuzen und somit der

12 Samir Amin hat für oben beschriebene Formen der Krisenbearbeitung im globalen Kapitalismus die Begriffe „generalized apartheid“ sowie „world apartheid“ verwendet (Samir 2011). Étienne Balibar hat in Bezug auf die Illegalisierung von Migrant_innen in der EU den Begriff „europäische Apartheid“ benutzt (Balibar zit. bei Bojadžiev 2008: 282).

globalen Apartheid zuwiderlaufen, mittels derer verschiedene Segmente der globalen Arbeiter_innenklasse immer wieder gegeneinander ausgespielt werden. In diesem Sinn ist auch der Slogan aus migrantischen Kämpfen zu verstehen: „We didn't cross the border, the border crossed us!“ (siehe www.noborder.org)¹³

Die Arbeitsverhältnisse von Migrant_innen sind von Prekarisierung und Armut geprägt, sie lassen aber auch auf die Konstitution von Widerstand schließen. Zwar existieren prekäre Verbindungen, sie sind jedoch durchzogen von Trennlinien. „Precarious (Dis)connections“ nennen es antirassistische Aktivist_innen aus Italien und mahnen eine transnationale Perspektive ein: „Prekarität ist nicht eine Frage mangelnder Stabilität des individuellen Arbeiters in einem bestimmten Job, sie ist Ausdruck und Bedingung des Verhältnisses zwischen Arbeitskraft und Kapital. Daher kann sie nicht innerhalb nationaler Grenzen oder aus rein europäischer Perspektive betrachtet werden. Von den Baustellen Dubais zu den Fabriken in Nordost-Italien, von der Agroindustrie des mediterranen Raums zu den Wolkenkratzern New Yorks und Singapurs, von den libyschen Ölfeldern zu den Haushalten des Planeten - die Erpressung durch Aufenthaltserlaubnisse und die Angst vor der Illegalisierung haben migrantische Arbeit zum Testfeld werden lassen für die Prekarisierung aller Arbeitenden. Zeitgleich machen Lohnungleichheiten auf der einen und der anderen Seite der Grenze die Auslagerung der Produktion zum fundamentalen Hebel für die Schwächung von Rechten und Macht nationaler Arbeitskraft. Prekarität ist global, denn sie begründet sich auf der Durchquerung von Grenzen und ist zugleich Vorbedingung für alle Arbeit, in jedem Winkel der Erde“ (vgl. Precarious News 2005).

Beharrungskräfte – Hegemonie – passive Zustimmung

Die Errichtung und Aufrechterhaltung neuer Grenzen ist nicht nur das Werk von Staat und Kapital, sondern durchaus im Interesse von Beschäftigten mit etablierten sozialen Sicherungen (vgl. Precarious News 2005).

Denn nach wie vor sind viele Menschen in wohlhabenden Ländern „trotz der zunehmenden Polarisierung immer noch vergleichsweise vorteilhaft in die internationale Arbeitsteilung

13 In diesem Zusammenhang prägte das Netzwerk „Afrique Europe Interact“, das sich als Netzwerk europäischer und (west-) afrikanischer Basisinitiativen versteht, den Slogan „Für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben“ (www.afrique-europe-interact.net). Das Netzwerk organisierte im Jänner und Februar 2011 eine Protestkarawane von Bamako/Mali nach Dakar/Senegal. Die Aktivist_innen traten die Reise mit dem doppelten Slogan der Bewegungsfreiheit und der gerechten Entwicklung an. Die Karawane forderte also sowohl die Öffnung der Grenzen als auch die Beseitigung der strukturellen Ursachen für Flucht und erzwungene Migration. Bei diesen strukturellen Ursachen für Flucht und erzwungener Migration handelt es sich nicht zuletzt um die Zerschlagung von bürgerlichen Existenzgrundlagen im Rahmen globaler Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse. Die Aktivist_innen des Netzwerks betonen, dass die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit und die Forderung nach gerechter Entwicklung (das heißt die Möglichkeit auf ein gutes Leben für alle) zusammengehören (vgl. Afrique Europe Interact 2011: 33 ff.).

eingebunden“ (Brand 2011: 171). Sie erfahren die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bisweilen nur indirekt oder äußerst gedämpft. Anders in Weltregionen, in denen Klimawandel oder Verwüstung die natürlichen Ressourcen bereits zerstört haben und Menschen zur Migration zwingen.

Nicht Gewalt und Repression allein, wie in einer Vielzahl anarchistisch und orthodox-marxistisch geprägter Analysen angenommen, garantieren die Aufrechterhaltung von Herrschaft. Hinzu kommen subtilere Formen der Machtausübung, die über unhinterfragte alltägliche Praktiken, über Partizipation und Privilegien funktionieren. Antonio Gramsci sprach von „kultureller Hegemonie“, also der Vorherrschaft bestimmter Denk- und Verhaltensweisen, Pierre Bourdieu nannte diese nicht immer direkt erkennbaren Reproduktionsweisen „symbolische Macht.“

Historisch wie aktuell lässt sich ein Spannungsfeld zwischen etablierten und neu oder temporär eingewanderten Arbeiter_innen nachzeichnen, das sich in der ambivalenten Politik der traditionellen Gewerkschaften widerspiegelt. Dennoch kann im Kapitalismus selbst die Entwicklung auf dem „regulären Arbeitsmarkt“ niemals als wirklich gesichert gelten. Fabio Raimondi und Maurizio Ricciardi formulieren: „Die Situation der migrantischen illegalisierten Arbeit nimmt vorweg, was sich als verallgemeinernde Tendenz der Prekarisierung entwickelt und auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreift“ (Raimondi / Ricciardi 2004; Übersetzung D.A.B.). Es handelt sich hier aber auch um ein umkämpftes Terrain: Staatliche und suprastaatliche Kontrollansprüche werden von transnationalen Migrationsbewegungen unterlaufen und immer wieder praktisch infrage gestellt. Migration, verstanden als soziale Bewegung, trägt immer auch das Moment der (Wieder-) Aneignung von materiellen und immateriellen Ressourcen in sich. Die weltweit dominierenden „ökonomischen Migrant_innen“ wandern gegen das Ausbeutungsgefälle in die Akkumulationszentren und fordern, oftmals ohne jegliche politisch-kollektive Artikulation, ihr Recht auf Einkommen und auf ein selbstbestimmtes Leben. Das migrationspolitische „Frassanito-Netzwerk“ drückt es folgendermaßen aus: „Transnationalisation is not a slogan.

Transnationalisation is a process, and it is a project. Inside and outside Europe, migrants move from one country to another one, looking for a better future, refusing subordination and exploitation. Crossing the borders, migrants are transnationalising the world. This process is already taking place“ (Frassanito-Netzwerk 2008). Migration ist also nicht lediglich von ökonomischen „push“ und „pull“- Faktoren geprägt. Eigenwillen und die Autonomie der Migration (Bojadžijev 2008) spielen eine wichtige Rolle. „While they move, migrants are also self-organizing themselves both on a local and on a wider level, to appropriate their rights, building political communication and alliances with other social movements“ (Frassanito-Netzwerk 2008).

In diesem Sinn sind auch die Rücküberweisungen von Migrant_innen an ihre Familien oder

Freund_innen in den Herkunftsländern Ausdruck transnationaler Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum. Des weiteren stellt Wanderarbeit, temporäre, saisonale oder auch längerfristige Beschäftigung in den (relativen) Hochlohnzonen eine Möglichkeit für Menschen in den Niedriglohnländern dar, ihr Einkommen zu erhöhen, indem sie das Ausbeutungsgefälle unterlaufen. Für ukrainische Fabrikarbeiter_innen bringen zwei Monate landwirtschaftliche Saisonarbeit in Spanien, Italien oder Österreich unter Umständen mehr als ein Jahreseinkommen im respektiven Herkunftsland – vorausgesetzt natürlich, dieser Job ist überhaupt zugänglich. Oftmals lässt sich Arbeit in westeuropäischen Ländern für Drittstaatenangehörige nur irregulär finden. Migration und migrantische Arbeit ist also oftmals von Ausbeutung und Ausgrenzung geprägt, was aber nicht bedeutet, dass Migrant_innen eine willenlose und beliebig einsetzbare Verschubmasse darstellen. In Migrationsprozessen enthalten ist immer auch das Moment der Eigenständigkeit, der Autonomie und der Widerständigkeit.

In Bezug auf gewerkschaftliche Strategien ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass standortnationalistischer Protektionismus unweigerlich globale soziale Spaltungen verursacht und vertieft. Die Forderung nach dem gleichen Recht für alle muss insbesondere das Recht auf Bewegungsfreiheit miteinschließen. Und dennoch: Der Interessenunterschied oder sogar -gegensatz zwischen einheimisch-establierten und neugekommen-rechtlosen Arbeiter_innen lässt sich nicht einfach mit internationalistischen Parolen wegreden. Die Klassenzusammensetzung ist einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen, regelmäßig werden neue Spaltungslinien geschaffen. Als Tendenz lässt sich feststellen, dass der Niedriglohnsockel auch in den europäischen Kernländern größer wird – in sich ist dieser aber noch fragmentiert und in Sozial- und Rechtspositionen gestaffelt (vgl. Hckenbeck/Kopp 2006). Die Aufgabe von fortschrittlicher Gewerkschaftsarbeit besteht darin, die unterschiedlichen Sorgen und Existenzängste von Lohnabhängigen mit und ohne Papiere ernst zu nehmen, und jeweils mit den Problemen der „anderen“ zu vermitteln (vgl. ebd.).

Im Jahr 2004 hatte die deutsche Hilfsorganisation Medico International in ihren Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit formuliert: „Eine soziale Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen ist weder zu verteidigen noch gar auszubauen - es sei denn, man akzeptiere die strukturelle Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung. (...) Da nationalstaatliche Lösungen der sozialen Frage entweder nicht mehr zu realisieren oder an das asymmetrische Nord-Süd-Verhältnis gebunden sind, kann die Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Bürgerschaft nur in der Form einer

Weltbürgerschaft garantiert werden“ (medico 2004).

Dieser Ansatz weist jeglichen methodischen Nationalismus zurück. Die Überwindung von Armut und Unterdrückung wird nicht vom Zentrum, sondern von der Peripherie her gedacht. Karl Heinz Roth bestätigt diese Sichtweise: „Wir sollten Abschied nehmen vom methodischen Nationalismus, der sich seit 1914 tief in die Arbeiterbewegung eingegraben hat. Wir sollten auch vom Euro- und Atlantozentrismus Abschied nehmen, der sich in den 1950er und 60er-Jahren hier durchgesetzt hat und der sozusagen als Relikt des Kalten Kriegs weiter fortwirkt“ (Roth 2011: 21). Die vorliegende Arbeit folgt diesem Postulat.

Der analytische Begriff der globalen Apartheid soll im Folgenden durch antirassistische Ansätze ergänzt werden, die dem Ansatz der „Autonomie der Migration“ folgen. Die grundlegenden Thesen dieses Ansatzes kamen bereits zur Anwendung, im nächsten Abschnitt sollen sie jedoch systematisch erklärt werden.

4.1.3. Antirassismus und Autonomie der Migration

In der vorliegenden Arbeit spielen antirassistische Theorien und Positionen eine zentrale Rolle. Ist es doch der Umstand der Verfügbarkeit einer großen Anzahl an migrantischen Arbeitskräften, die das „Wirtschaftswunder“ Almería erst möglich gemacht haben. In Bezug auf Antirassismus-Forschung orientiere ich mich an Manuela Bojadžijev's Studie „Die windige Internationale“ (2008).¹⁴ Bojadžijev's Projekt besteht darin, „eine relationale Theorie des Rassismus zu entwickeln, in der die Konjunkturen des Rassismus im Verhältnis zu sozialen Kämpfen bestimmt werden, ein Verständnis von Rassismus zu erzielen, das sich die Kämpfe gegen Rassismus zur Grundlage macht und nicht die durch den Rassismus produzierten Subjekte“ (14). Das bedeutet laut Bojadžijev nicht weniger als „die Geschichte der Migration neu zu verstehen“ (ebd.).

Entgegen der Vorstellung, dass Migrationsströme entsprechend den konjunkturellen Erfordernissen „wie ein Wasserhahn“ (ebd.: 85) an- und abschalten lassen, „haben sich Migrations- und Ausländerpolitiken immer mit bereits existierenden Bewegungen, deren Sperrigkeiten, Widerständigkeiten oder Beharrlichkeiten auseinandergesetzt“ (ebd.).

Bojadžijev sieht, dass „die Politik in ihrer herrschenden Form rekuperativ funktioniert: Sie reagiert auf die in den Kämpfen erhobenen Forderungen, isoliert einige von ihnen und integriert andere“ (ebd.: 76). Dies lässt sich am Beispiel Almería bzw. Spanien anhand der verschiedenen Legalisierungswellen für Migrant_innen beschreiben (vgl. Kapitel 7.2.). Solcherlei Ereignisse müssten nicht als historische Niederlage verstanden werden, sie können „in einer historischen Analyse umgekehrt werden. Denn tatsächlich schreiben sich die sozialen Auseinandersetzungen in die Reorganisation von Rassismus, Politik und Produktion ein“ (ebd.). „Diese Reorganisation“, so Bojadžijev, „kann nur mit Blick auf die Geschichte“ verstanden werden. Die Autorin spricht von Konjunkturen des Rassismus, „auch, um die Singularität der Fälle zu bezeichnen, das heisst um eine Verallgemeinerung über den Rassismus zu vermeiden“ (ebd.: 25). Rassismus wird also als soziales Verhältnis gefasst. Bojadžijev betont: „(...) statt also den Rassismus vorauszusetzen und in einer historischen Untersuchung bloß noch aufzudecken, wollte ich die Perspektive wechseln und untersuchen, welche Formen und Praktiken migrantischen Widerstands es gegeben hat, wie diese zu einer Reorganisation des Rassismus beigetragen haben“ (ebd.: 13). Dies wird in meiner Arbeit vor allem am Beispiel der Zeit vor dem Jahr 2000 in Almería zu zeigen sein, als die Selbstorganisation der – v.a. aus Marokko stammenden – Migrant_innen vergleichsweise stark war. Die rassistischen

14 Der Titel Bojadžievs Buch geht von der Affirmation einer ursprünglich diffamierend gemeinten Bezeichnung aus: Migrantische Kämpfe hätten keine solide Verankerung in Arbeiterparteien oder Gewerkschaften. Doch mit der Perspektive, dass „es genau die unsteten, temporären und flüchtigen Aspekte“ der Organisierung der Kämpfe der Migration sind, wird es möglich, ein „anderes Verständnis sozialer Kämpfe, ihrer Geschichte und Zukunft“ zu denken. Auf dieser Perspektive beruht der Titel „die windige Internationale“ (ebd.: 19).

Ausschreitungen hatten – wie anhand der Interviews mit mehreren Zeitzeugen herausgearbeitet wird – die Funktion, die entstehende Bewegung der migrantischen Arbeiter_innen zu desorganisieren und zu zerschlagen. In diesem Sinn ist es auch mein Anliegen, nachzuweisen, „dass es die Kämpfe sind, die den Rassismus immer wieder zwingen, sich zu reorganisieren“ (ebd.: 15). Ziel der Kämpfe wiederum ist es, solcher Reorganisation letztlich die Grundlage zu entziehen.¹⁵

Dreh- und Angelpunkt Bojadžijev's Argumentation ist die Perspektiv-Verschiebung auf Migration als soziale Bewegung. Der Blick auf Migrant_innen als „Opfer der Verhältnisse“ wird abgelehnt, gesucht wird eine Perspektive der Selbstermächtigung – diese entsteht nicht zuletzt durch den Akt der Migration selbst. Kapital und Staat würden stets nur auf die veränderten Begebenheiten reagieren, die durch die Migration entstehen und versuchen, diese in Bahnen zu lenken, die für die Kapitalverwertung nützlich sind. So interpretiert Bojadžijev Anwerbeverträge als einen Versuch, „die zuvor bereits existierenden Migrationsbewegungen unter Kontrolle zu bringen“ (ebd.: 16). Die Autorin geht davon aus, dass „Einwanderung keineswegs so geordnet abgelaufen ist, wie dies häufig in den Repräsentationen von historischen Migrationsbewegungen nahe gelegt wird“ (ebd.). Bojadžijev thematisiert in ihrem Buch die mannigfaltigen Formen der Aneignung und Renitenz des migrantischen Proletariats: „In vielen Fällen des migrantischen Widerstands handelt es sich um Kämpfe des Alltags“, weshalb die Untersuchung von „Auseinandersetzungen um Wohnverhältnisse, die Fragen von Bildung und Gesundheit“ besonders wichtig ist. Eine wichtige Rolle spielen des weiteren die „sozialen Netzwerke der Migration“, die „mit der Zeit transnationale Räume etabliert haben“ (ebd.: 17).

Für kritische Wissenschaft formuliert Bojadžijev also folgende Anregung: „Theoretische Überlegungen zum Rassismus sind bisher selten im Zusammenhang mit den konkreten historischen Formen des Widerstands in der Migration diskutiert worden: Die Existenzweisen von Migrantinnen und Migranten, ihre Einwanderungspraktiken, ihr Alltag und ihre Versuche, sich gegen die ihnen aufgezwungenen Formen des Rassismus durch verschiedene soziale Praktiken oder politisch organisiert zu wehren, sind nach wie vor nicht systematisch erforscht. Zu fragen wäre also, wie sich Migranten und Migrantinnen im Einzelnen gegen Rassismen zur Wehr gesetzt, welche Formen von Widerstand sie im Kontext sozialer Kämpfe entwickelt haben, wann ihre Versuche scheiterten, welche Erfolge sie erzielten“ (ebd.: 94).

Bojadžijev betont, dass erst durch die Betrachtung der Tatsache, dass „Rassismus (...) historisch

15 Spätestens in den frühen 90ern stritt die kritische Migrationsforschung für den Begriff „Rassismus“ gegenüber dem zu dieser Zeit hegemonialen Begriff der „Fremdenfeindlichkeit“. Fremdenfeindlichkeit, so die Kritik, reproduziere juristische Kategorisierungen und staatliche Einwanderungsnormen, während völlig unklar bleibt, „wie sich das 'Fremde' bestimmt“ (ebd.: 26). Durch die Voraussetzung des „Fremden“ im Begriff der Fremdenfeindlichkeit – der Fremde ist der Eingewanderte – wird so die Funktionsweise des Rassismus nicht gebrochen sondern unterstützt.

unterschiedliche Artikulationen erfahren hat, (...) dass er also nicht immer die gleichen Gruppen und Personen auf die gleiche Weise unterworfen hat und unterwirft“, der historische, damit zugleich auch der überwindbare Charakter von rassistischen Ideologien hervortritt. Kurz: „Rassismus ist nicht stabil, er verändert sich, verbindet sich mit neuen Praktiken, entwickelt neue Konjunkturen“ (ebd.: 21). Der rassistisch segregierte Arbeitsmarkt in Almería gehorcht also ebenfalls Konjunkturen des Rassismus. So kann mit Verweis auf Bojadžijev (ebd.: 28) gesagt werden, dass rassistische Zuschreibungen stets sehr elastisch gehandhabt werden und stark von den ökonomischen und sozialen Umständen abhängen, sprich von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Deutungshoheiten. Denn: „Eine der Funktionen des Rassismus besteht in der Konstruktion von etwas, was es nicht gibt: Rassen“ (ebd.: 29). Rassismus ist somit „intrinsische Logik von Herrschaft“. Das impliziert, dass „Rassismus nicht als universalgeschichtliches Phänomen gedeutet werden kann, sondern als Ausdruck historisch spezifischer politischer und ökonomischer Bedingungen interpretiert werden muss, die an kapitalistische Gesellschaftsformationen gebunden sind“ (ebd.: 30).¹⁶ Die konkrete Ausformung dieser Bedingungen wird anhand des Untersuchungsgegenstands, der Arbeitsteilung im Gemüsesektor von Almería, zu zeigen sein. Oben angeführte These führt aber nicht zu der „monokausalen Annahme, Rassismus ließe sich einfach aus kapitalistischen Produktionsverhältnissen ableiten“ (ebd.). Vielmehr ist konkret nachzuweisen, „ob und inwiefern Rassismus der Herrschaftssicherung dient“ (ebd.). Diese Untersuchung muss u.a. auch deshalb geleistet werden, da unterschiedliche Kapitalfraktionen Rassismus immer wieder auf unterschiedliche Weise zum Einsatz bringen und in diesen Verhältnissen durchaus auch in Konkurrenz zueinander stehen können.

Dennoch erfüllt die „ideologische Rassenkonstruktion (...) die 'zentrale Funktion der Verkennung' des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, der ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und Fraktionen sowie innerhalb der postkolonialen Unterordnungsverhältnisse, indem durch sie die Individuen als Subjekte einer 'Rasse' oder 'Ethnie' angerufen werden“ (ebd.: 31). Dabei kommt dem Nationalstaat eine besondere Rolle zu, da er eine produzierte „fiktive Ethnizität“ immer wieder festschreibt und reproduziert. So wird „zwischen dem Imaginären und dem Realen eine Relation der Eindeutigkeit installiert.“ Dies führt dazu, dass „in

16 Zahlreiche Beispiele belegen diesen Umstand. Bojadžijev verweist auf Matthew Frye Jacobson und seine Studie „Whiteness of a different colour“. Darin beschreibt er „wie unterschiedliche europäische Einwanderergruppen wechselvoll in das rassistische Farbschema der USA eingeschrieben wurden“ (Bojadžijev 2008: 60). In Almería sind ähnliche Phänomene zu beobachten, wie weiter unten erklärt werden soll. Bojadžijev beschreibt die entsprechenden Gegenstrategien der Gewerkschaft IWW (Industrial Workers of the World): „Das Besondere (...) bestand nun darin, dass diese Spaltungen und ständige Neuzusammensetzung der Arbeitskraft zum Ausgangspunkt der Organisierung gemacht wurde. „Sie verfolgten keine Strategie der Klasseneinheit, sondern zeigten vielmehr, dass Frauen, Schwarze, Migrantinnen und Migranten, Wanderarbeiter sich durchaus organisieren konnten und nicht 'passiv und zurückgeblieben' waren, wie in der traditionellen Arbeiterbewegung zur Rechtfertigung ihrer Diskrimierung behauptet“ (ebd.: 76).

einem fast unentwirrbaren Konglomerat aus fiktiven Zuschreibungen und realen Begebenheiten ein ideologischer Effekt hervorgerufen wird, der sich in einem einfachen Satz zusammenfassen lässt: „So ist es!“ (Müller 1995: 96 zit. bei Bojadžijev 2008: 32).

Daraus ergibt sich die Materialität des Rassismus, dessen Auswirkungen in den alltäglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrant_innen sichtbar werden. Sie gilt es in dieser Arbeit am Beispiel von Almería zu beschreiben, um Gegenstrategien entwickeln zu können.

Rassismus ist eng verwoben mit den Dynamiken der internationalen Arbeitsteilung: Im Kapitel „Staat und Kämpfe“ schreibt Bojadžijev mit Verweis auf Sehat Karakayali und Vassilis Tsianos: „Unter Rückgriff auf die Weltsystem-Theorie von Immanuel Wallerstein konstatieren sie, dass Arbeitsmigration aus den Funktionserfordernissen des sich ständig verändernden kapitalistischen Weltsystems und seines Zwangs zum Wachstum entsteht. Prozesse der 'Ethnisierung' der Weltarbeitskraft und die rassistische Segmentierung des Arbeits- und Wohnmarktes sind davon begleitet. Rassismus ist demnach ein Ausdruck der Institutionalisierung der durch die internationale Arbeitsteilung durchgesetzten Hierarchien. Die strukturellen Spannungen und Ungleichheiten in der internationalen Arbeitsteilung existieren nicht automatisch und unvermittelt, sondern wirken über den Staat in die Strukturen der nationalen Segmentierung von Arbeitsmärkten“ (Bojadžijev 2008: 41). Ethnisierung könnte deshalb „als ein konstitutives Element der Klassenbildung bestimmt werden“, und zwar „in Bezug auf das kapitalistische (Staats-)Regime, das in der strukturellen Desorganisation der Beherrschten besteht“ (ebd.). Wenn also der Ein- und Ausschlussmechanismus von Klassen im Staat „durch den Klassenkampf strukturiert ist und die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf die Art und Weise sowie den Umfang markieren, in dem die Arbeiterklasse 'im Staat anwesend' ist, so müsste auch geklärt werden können, so Karakayali und Tsianos, auf welche Weise der Rassismus im Staat anwesend ist“ (ebd.: 42).

In Bezug auf die Etablierung eines Migrationsregimes von staatlicher Einwanderungs- und Ausländerpolitik schreibt Bojadžijev, dass diese „als institutioneller Kompromiss verstanden werden“ können, auf den „gesellschaftliche Akteure wie Unternehmen und ihre Verbände, Gewerkschaften, supra-nationale Agenturen und NGOs, Kirchen, Migrantenvereine und -organisationen, Wissenschaft, Medien, aber auch die Migrationsbewegungen selbst einwirken“ (ebd.: 45). Migrationspolitik sei also wie jede andere Form staatlicher Politik auch das Ergebnis von spezifischen Kräfteverhältnissen. In ihnen würden sich selektive Zugeständnisse an gewisse Teile der subalternen Klassen widerspiegeln. Somit kommt es zu einer Segmentierung und Spaltung der subalternen Klassen. Bojadžijev's Argumentation erinnert an die Argumentation von Buckel (2008), die sich aus rechtstheoretischer Perspektive mit Kämpfen gegen Exklusion beschäftigt (vgl. Seite 42

in dieser Arbeit): „Das Konzept der Bürgerrechte hat minorisierten Gruppen bis heute immer wieder dazu gedient, Partizipation und Repräsentation einzufordern“ (Bojadžijev 2008: 45). In diesem Sinn „können die Bürgerrechte als Formen sozialer Praxis konzeptualisiert werden, in der politische und soziale Kräfte zusammenwirken, die die formalen Institutionen der Staatsbürgerschaft infrage stellen“ (ebd.).

Bürgerrechte sind also für Bojadžijev wie auch für Buckel „eine dynamische Kategorie“. Moderne Bürgerschaft stellt also immer ein umkämpftes Feld dar (vgl. ebd.: 46).

Der Kampf um Bürgerrechte ist für die vorliegende Arbeit aus mehreren Gründen wichtig:

Einerseits werden auf diesem Weg „weniger prekäre Lebensbedingungen denkbar und es öffnet sich zugleich eine neue Ausgangslage für politische Organisierung. Darüber hinaus können sich im Prozess der Organisierung selbst neue Formen der Subjektivierung ergeben“ (ebd.).

Obwohl die Gewährung von Bürgerrechten, zum Beispiel in Form von Legalisierungsmaßnahmen in Europa, oft den Abschluss eines Kampfzyklus bedeutet haben, darf nicht unterschätzt werden, dass im Zuge des Kampfes um die entsprechenden Rechte auch meist „Forderungen erhoben werden, die jenseits staatlich kooptierender Maßnahmen stehen“ (ebd.) – so wurde beispielsweise in einer Vielzahl von antirassistischen Kämpfen der letzten Jahrzehnte die Forderung nach „Bleiberecht für alle!“ erhoben.

In der vorliegenden Arbeit wird es v.a. auch darum gehen, die konkrete Funktionsweise des Rassismus in der Arbeitsteilung Almerías herauszuarbeiten. Die Funktionsweise des Rassismus muss immer im Kontext der Klassenzusammensetzungen an einem bestimmten Ort analysiert werden. Bojadžijev beschreibt die These Theodore W. Allens, dem zufolge die herrschende Klasse eine Art „Pufferschicht“ ausbildet, „die sich üblicherweise aus selbstständigen, kleinen Landbesitzern oder Pächtern, selbstständigen Handwerkern und Teilen jener Berufe zusammensetzt, die in relativer ökonomischer Sicherheit leben, die zugleich in sozialer Unterordnung gegenüber den herrschenden Klassen und im täglichen Kontakt mit deren Untergeordneten stehen. Die unteren Klassen bilden jene, die nur über ihrer Hände Arbeit verfügen, die Mehrheit der Bevölkerung stellen und deren extreme Abhängigkeit und Unsicherheit essentiell für die Zwecke der herrschenden Klasse sind. Die Einrichtung eines sozialen Bollwerks im geschilderten Sinn kostet wenig und ist insofern effizienter als militärische Gewalt“ (ebd.: 50). Die bäuerliche Klasse Almerías trägt gewisse Kennzeichen einer „Pufferschicht“, wie sie Allen bzw. Bojadžijev beschreiben. Durch ihre ideologische Anrufung und ökonomische Stabilisierung (z.B. durch Förderprogramme) gelingt es, eine (prekäre) Hegemonie zu schaffen und das migrantische Landproletariat weiterhin auszugrenzen.

Die Funktionsweise von Grenzen

Wie im Kapitel über den Begriff der globalen Apartheid bereits gezeigt wurde, haben staatliche Grenzen immer die Funktion der selektiven Inklusion und der Zuweisung oder Aberkennung von Rechten. „Grenzen organisieren derart eine Topographie polyzentrischer Intensitätsgrade der Kontrolle gefährlicher Orte. So sind Grenzen um die sogenannten Grenzonen erweitert und gesetzlich auf eine Breite von 30 Kilometern festgelegt. Für Flüchtlinge, die Grenzen zu überschreiten versuchen, bedeutet das, dass ihre Rechte in dieser Zone territorial abgeschwächt oder außer Kraft gesetzt werden, weil sie in diesem Bereich kaum Chancen auf eine Asylantragstellung haben und von sofortiger Rückschiebung ins Nachbarland bedroht sind“ (ebd.: 82). Den in Grenzregionen ansäßigen Menschen (wie in Almería) kommt dabei ebenfalls eine „Bollwerkfunktion“ zu. Sie sollen in ihrer Haltung das „othering“ derjenigen, die die Grenze überschreiten, verstärken: „Die strategische Kombination des 'ins Recht setzen' der an den Grenzen lebenden Bevölkerung und der 'Entrechtung' der Migrerenden führt in diesen Regionen zu zahlreichen rassistischen Übergriffen. Das 'Klima des Verdachts' entsteht in diesem System nicht aufgrund von Hinweisen auf ein Delikt, sondern schlicht wegen vermuteter Migration, unter Rückgriff auf phänotypische Kriterien“ (ebd.). Auf diese Weise verwandeln sich „Flüchtlinge (...) in den Augen der Anwohner in Illegale und Kriminelle“ (ebd.).

Gleichzeitig ist aber auch wichtig zu betonen, dass die Grenze latent überall ist. Mit den Stichworten „selektive Inklusion“ oder „globale“ oder „europäische Apartheid“ (Balibar zit. bei Bojadžijev 2008: 282) lässt sich beschreiben, wie mittels Razzien an Arbeitsorten, auf der Straße, in Wohnvierteln etc. die Grenze jeweils temporär installiert wird. Dies findet mit der polizeilichen Kontrolle nur ihren Höhepunkt. Die Grenze drückt sich auch in der sozio-ökonomischen Strukturierung des Raums selbst aus. Dies zeigt sich in Almería deutlich anhand der Tatsache, dass die Wohnorte der migrantischen Arbeiter_innen sich oft inmitten der Gewächshäuser befinden. In diesen Räumen sind sie doppelt entrichtet: Einerseits durch Ausschluss vom sozialen Leben in den spanischen Dörfern und Städten, zweitens durch Polizeiübergriffe und Angriffe aus der Bevölkerung, die selten Konsequenzen für die Täter haben (vgl. Kapitel 7.3.).

Bojadžijev verschiebt in ihrer Studie den Blick auf die Autonomie der Migration. Dieser Perspektivenwechsel stellt einen enorm wichtigen Beitrag zur kritischen Migrationsforschung dar. Die Autorin kritisiert die Annahme, Migration ließe sich ausschließlich aus „objektiven“ ökonomischen Kriterien ableiten; Migrant_innen können niemals lediglich als „Verschubmasse“ des Kapitals betrachtet werden. Bojadžijev bringt den Eigenwillen und das widerständige Handeln ins Spiel, das Planungen von Kapital und Staat unterläuft. Bei der These der „Autonomie der

Migration“ würde es sich um ein *methodisches Postulat*, und weniger um einen *empirischen Befund* handeln. Dies wiederum nicht aus dem Grund, da die Empirie der Theorie widerspräche, sondern vielmehr deshalb, weil die Empirie als „eigene Wirklichkeit“ schlicht nicht existiert! Es ist nämlich überaus entscheidend, durch welche Brillen das komplexe Thema der Migration betrachtet wird. Eine Schwäche Bojadžijev's Argumentation liegt darin, dass sie die Dynamiken von Enteignung und Vertreibung in Ländern des globalen Südens unterbelichtet. In Kapitel 4.2. soll deshalb der Versuch unternommen werden, die Zusammenhänge zwischen Flucht und Migration einerseits und Enteignungsprozessen und somit aktuellen Formen der ursprünglichen Akkumulation andererseits zu erforschen.

Meine These ist, dass es stets ein starkes wechselseitiges Verhältnis zwischen Schüben von Enteignung und Vertreibung, sowie von gezielter Abwehr und Anwerbung von Migrant_innen auf der einen Seite und autonomen Bewegungen auf der anderen Seite gibt.

Illegalisierung als zentrales Merkmal der Prekarisierung migrantischer Arbeit

Ein weiterer Autor, der sich dem Zusammenhang von Migration und kapitalistischer Gesellschaftsordnung widmet, ist Michael Willenbürger. Er geht in seinem Buch „Das Scharnier der Macht – der Illegalisierte als homo sacer des Postfordismus“ (2007) von der These aus, dass Entrechtung von Migrant_innen das wichtigste Element der aktuellen Migrationspolitik darstellt. „Illegal Migration (trifft) auf ein konstitutives Moment der Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen in den industriellen Kernländern (...) und (geht) mit ihm eine funktionale Verbindung ein“ (10). Damit ist die mit „Prekarisierung und Flexibilisierung beschreibbare(n) Deregulierung der Ware Arbeitskraft“ gemeint, „bei der Entrechtung im Sinne des Wegfalls von Mechanismen kollektiver Interessenvertretung eine wichtige Rolle spielt“ (ebd.).

Behandelt wird die Frage, „ob und wie in der Figur des illegalisierten Migranten (der illegalisierten Migrantin, Anm.) zwei gesellschaftliche Entwicklungstendenzen zusammenkommen“ nämlich „der biopolitische Mechanismus des einschließenden Ausschlusses und die postfordistische Entwicklung der Prekarisierung“ (ebd.: 12).

Seit den groben Veränderungen, denen das fordristische 'Normalarbeitsverhältnis' unterworfen war, hat sich also „illegalisierte Arbeitskraft als unfreiwillige Avantgarde prekarisierter Arbeits- und Lebensbedingungen“ herausgebildet (ebd.: 51). Betrachtet man den prekären Charakter der Arbeit als Ausgangspunkt, „dann bildet die illegalisierte Arbeitskraft in gewisser Weise die Utopie des postfordistischen Arbeitsverhältnisses: Ohne Rechte, weit unter dem Wert einer einheimischen Arbeitskraft, jederzeit kündbar und austauschbar“ (ebd.: 72).

Willenbürger bezieht sich auf Agamben und seine Theorie der Souveränität, „die auf der Macht

beruht, den Ausnahmezustand zu definieren“ und „in der provozierenden These (kulminiert), dass das Lager die verborgene Matrix der Moderne darstellt“ (ebd.: 11). Ebenfalls mit Agamben kommt der Autor zu einer der zentralen Thesen in Walter Benjamins Werk „Über den Begriff der Geschichte“: „Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der 'Ausnahmezustand', in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht“ (ebd.: 22). Willenbücher argumentiert mit Agamben, dass „die Geschichte des modernen Staates seit der Französischen Revolution eine zwar zunächst nur selektiv einsetzende und immer wieder unterbrochene Geschichte von Ausnahmezuständen darstellt“ (ebd.:). Gleichzeitig, so ein zentraler argumentativer Einsatz des Buches, „erlaubt die Ausweitung der Kontrollmechanismen und ihre Dispersion in alle gesellschaftlichen Bereiche, die nicht zuletzt durch die Digitalisierung der Polizeitechniken ermöglicht wird, die These, dass in der heutigen Zeit die Grenze zwischen Ausnahmezustand und Normalität zunehmend weniger zu bestimmen ist und eigentlich nur mehr von Zonen der Verdichtung gesprochen werden kann“ (ebd.: 28). Das hat u.a. zur Konsequenz, dass „die Grenze (...), ähnlich dem Ausnahmezustand, unerwartet und plötzlich an jeder Stelle im Raum auftreten“ kann (ebd.).

Entgegen dem hegemonialen Verständnis von „illegaler Migration“ plädiert der Autor dafür, „Illegalisierung (...) in seiner Prozesshaftigkeit (...) zu verstehen. Niemand kommt ohne Rechte in ein Land, sondern wird durch das Migrationsregime erst rechtlos gemacht. Illegalisierung verweist auf ein ganzes Repertoire verschiedener staatlicher, juristischer, polizeilicher und verwaltungstechnischer Praktiken“ (ebd.: 32).

Ähnlich wie Bojadžijev plädiert Willenbücher für einen Perspektivenwechsel in der kritischen Migrationsdebatte. Kritisiert wird die Annahme, dass, gemäß eines Wechselspiels von „pull“ und „push“-Faktoren, „internationale Migration ein bloßes Anhängsel der kapitalistischen Akkumulation“ sei. Demgegenüber sei es wichtig, „die sozialen und subjektiven Dimensionen der Migrationsbewegungen zu betonen“ (ebd.: 34). Somit rücken „die subjektiven Wünsche, das persönliche Leben zu verändern, indem man woanders hingehet“ ins Blickfeld bzw. „die Netzwerke, die in Anspruch genommen werden, um ein solches Vorhaben zu realisieren“ (ebd.: 35).

Willenbücher argumentiert ähnlich wie Bojadžijev und kritisiert die Theorien, die ökonomische Pull- und Pushfaktoren als ausschlaggebend für die Realitäten der Migration ausweisen. Kritisiert wird die Annahme, dass Migrant_innen selbst als Objekte von Prozessen dargestellt werden, die hinter ihrem Rücken ablaufen und auf deren Verlauf sie rein reaktiv handeln würden (vgl. ebd.: 33). Auch Sandro Mezzadra gibt zu bedenken, dass „die Kritik am Neoliberalismus, wie sie einflussreiche Publikationen wie etwa Le Monde Diplomatique formulieren“, die Tendenz hätte,

„diejenigen, die unter den Auswirkungen der Globalisierung leiden, als bloße Opfer darzustellen. In diesem Denken sind sie keine Protagonisten, sie werden nicht als gesellschaftliche Subjekte in den gegenwärtigen Prozessen globaler Veränderung gesehen. In dieser Perspektive erscheint Migration als ein Moment in einer Reihe von Katastrophen, die der Neoliberalismus bewirkt. Die Globalisierung erscheint als ein Prozess, der über die Köpfe der Leute hinwegwalzt. Die Kritik nimmt einen nostalgischen Standpunkt ein“ (Mezzadra 2003).

Trotz der berechtigten Kritik an funktionalistischen Interpretationsmustern von Migration ist es, wie oben expliziert, wichtig, den komplexen Ursachen für Flucht und Migration Rechnung zu tragen und sie in eine Diskussion der Autonomie der Migration einfließen zu lassen (vgl. Mezzadra 2010). Dies vor allem vor dem Hintergrund der auch von Willenbücher beschriebenen Änderungen im Verhältnis Kapital – Arbeit mit dem Ende des fordistischen Zeitalters und dem Übergang zur neoliberalen Epoche. Die „neoliberale Konterrevolution“ (Altvater 1981: 5ff) zeitigte nämlich in den Ländern des globalen Südens ungleich schwerwiegender und unmittelbar existenzbedrohender Auswirkungen als in kapitalistischen Kernländern. Während in letzteren ein sukzessiver Rückgang von 'Normalarbeitsverhältnissen' zu beobachten war, gekoppelt mit einer relativ langsamen und abgefederten Umverteilung von Unten nach Oben (vgl. Willenbücher 2007: 69), so bewirkte die Zinspolitik Reagans und der Würgegriff des IWF in nicht wenigen Ländern des globalen Südens handfeste Nahrungsmittelkrisen und brutale Repression gegen emanzipatorische Bewegungen. In nicht wenigen Ländern des globalen Südens folgte ein regelrechter ruraler Exodus, da bäuerliche Lebensgrundlagen zerschlagen wurden. Versuche, dem Zugriff von IWF, Weltbank & Co., die die Rolle der Länder des globalen Südens als Extraktionsökonomien festschreiben wollten, Paroli zu bieten, wurde in einer ganzen Reihe von Fällen mit Militärputsches beantwortet. In kapitalistischen Kernländern hingegen wurden Klassenkonflikte institutionalisiert, reguliert und damit in ihrer gesellschaftlichen Explosivität weitgehend gezähmt. Diese Stabilisierung der Hegemonie konnte nur gelingen, indem großen Teilen der Bevölkerung westlicher Industrieländer bis heute eine gewisse Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand zugestanden wird. Ganz anders verhält es sich in Ländern der Peripherie: Das Kapital konnte und kann sich locker leisten, eben nicht auf mühsame hegemoniestabilisierende „sanfte“ Maßnahmen zurückzugreifen. Regelmäßig kommt es zu offener Repression gegen Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Im Verhältnis Frankreich – Westafrika bzw. USA – Lateinamerika kann für diese Epoche anschaulich durchdekliniert werden, wie das Zentrum in Abstimmung mit der „Compratore-Klasse“ (Ziegler 2005: 71 ff) der Länder des Südens die neokolonialen Verhältnisse stabilisierte bzw. re-organisierte. In dieser Zeit begann v.a. am lateinamerikanischen Kontinent auch die Stabilisierung, Ausweitung

und Neuorientierung der exportorientierten Landwirtschaft, die zu Landflucht und Vertreibung, aber auch zu einer Vielzahl an bäuerlichen Kämpfen führte. So in Nicaragua, El Salvador, Mexiko oder Brasilien. Die brasilianische Landlosenbewegung MST wurde in den 1980er Jahren ins Leben gerufen und muss als Antwort auf Landraub und Exportlandwirtschaft gesehen werden. Mit anderen Worten: Die Zurichtung der Länder des globalen Südens im Zuge der neoliberalen Entwicklung seit Beginn der 80er Jahre verstärkte Armutsspiralen und erzwungene Migration zusehends und muss in der Debatte der Autonomie der Migration in Rechnung gestellt werden.

Willenbücher gesteht zwar zu, dass „die Effekte der Maßnahmen von IWF und Weltbank bzw. internationale Handelsabkommen der WTO für eine massive Verarmung der Entwicklungsökonomien des Südens verantwortlich“ sind, „die in einer Erosion der sowieso nur rudimentär vorhandenen Wohlfahrts- und anderer sozialer Institutionen resultieren“ (Willenbücher 2007: 65). Diese Analyse bleibt aber zu dünn und trägt der Dimension von modernen Enteignungen nicht Rechnung. Gerade das komplexe Verhältnis zwischen ursprünglicher Akkumulation und Migration, Landgrabbing und Hungerrevolten, Nahrungsmittelkrisen und der Spekulation mit Nahrungsmitteln muss jedoch herausgeschält werden, um zu einem umfassenderen Verständnis der Dynamik von Migrationsbewegungen zu gelangen. In Kapitel 4.2. soll eine entsprechende Argumentationslinie entwickelt werden.

4.1.4. Imperiale Lebensweise und der Konsum von industriellem Obst und Gemüse

Brand und Wissen (2011: 29) betonen, dass eine Stärke der Regulationstheorie darin besteht, „dass sie im Unterschied zu anderen historisch materialistischen Ansätzen überhaupt einen Begriff von Konsumnormen entwickelt.“ So kann auf Basis der Regulationstheorie erklärt werden, warum unter kapitalistischen Verhältnissen gewisse Lebensweisen hegemonial werden und andere nicht. Brand und Wissen haben in diesem Zusammenhang den Begriff der imperialen Lebensweise geprägt. Dieser soll im Folgenden erläutert und für den Gegenstand der vorliegenden Arbeit nutzbar gemacht werden.

Um den Begriff der imperialen Lebensweise einzuführen, muss zunächst eine grundsätzliche Klärung zur Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften, unter Rückgriff auf die Hegemonietheorie Antonio Gramscis vorgenommen werden. Die Erkenntnis, dass bürgerliche Herrschaft, um stabil zu sein, mehr als Zwang und Gewalt beinhalten muss, und dass sich unterschiedliche Interessen, gerade auch die der Beherrschten, in einem Gesellschaftsprojekt wiederfinden müssen, damit es sich auf deren freiwilliger Zustimmung (in Form von aktivem oder passivem Konsens) stützen kann, bündelt Antonio Gramsci im Begriff der Hegemonie. Kapitalistische Gesellschaften stellen sich also nicht nur über Zwangsverhältnisse her, sondern auch „über die mehr oder weniger konsensuale Einbindung der Subalternen über vielfältige institutionelle wie nicht-institutionelle Mechanismen, die wiederum mit der konkreten sozio-ökonomischen, politischen, kulturellen und subjektiv verankerten Lebensweise zu tun haben“ (Brand 2011: 13). Brand betont weiter: „Konsens ist weder eine passive Angelegenheit noch harmonischer Interessenausgleich. Der Begriff ist vielmehr zu verstehen vor dem Hintergrund sozialer Auseinandersetzungen und sich im politischen Prozess artikulierender (und teilweise erst bildender) Interessen, Normen und Identitäten“ (ebd.: 145 f). Brand betont, dass die „relative Stilllegung oder Institutionalisierung von Kämpfen (...) über soziale (asymmetrische) Kompromisse (erfolgt), in denen sich die relevanten und artikulierten Interessen berücksichtigt sehen. Der Staat ist ein wesentliches Moment der Formierung und Stabilisierung von Kompromissen“ (ebd.: 146). Im postfordistischen Kapitalismus der westlichen Industrieländer gewinnt die Absicherung von Herrschaft durch passive Konsense und Hegemonie gegenüber den Elementen von direkter Gewalt noch mehr an Bedeutung. Das Fabrikregime mit seinen autoritären und despatischen Kennzeichen wurde zu einem großen Teil in den globalen Süden ausgelagert und weitgehend durch Arbeitsbeziehungen mit flacheren Hierarchien und den Zwang zur Selbstvermarktung der Individuen ersetzt. Christoph Scherrer formuliert deshalb mit Bezug auf Klaus Offe, dass in „westlichen Demokratien (...) Herrschaft 'dementiert'“ wird (Scherrer 2007: 78). Scherrer weiter:

„In der Phase der 'reellen Subsumption' wird somit der Zwang kaum noch von Personen direkt über Personen ausgeübt. Lohnarbeit ist strukturell alternativlos geworden und entsprechend erfährt sie und damit das Kapitalverhältnis durch die tägliche Routine ihrer Ausübung Zustimmung“ (ebd). Diese Stilllegung, Befriedung und Einbindung von sozialen Kämpfen erfolgte in vielen Ländern Westeuropas durch Modelle der Sozialpartnerschaft als Form des „Interessenausgleichs“. Diese Einbindung erfolgte aber nie in einem globalen Maßstab. Vielmehr wurden ganze Weltregionen systematisch auf den unteren Stufenleitern der internationalen Arbeitsteilung gehalten. Nach wie vor kommt es zu einer fortwährenden Spaltung zwischen verschiedenen Gruppen von Subalternen. Diese Asymmetrie-Ebenen verlaufen nicht zuletzt entlang von Nord-Süd-Grenzen.

Auf der Ebene der Zugeständnisse an subalterne Klassen im globalen Norden kommt nun die imperiale Lebensweise ins Spiel. Sie bezeichnet die „Hegemonie von global nicht verallgemeinerbaren 'fossilistischen', also auf der Verbrennung von fossilen Energieträgern beruhenden, Produktions- und Konsummustern (Auto-Mobilität, hoher Fleischkonsum¹⁷, Billigflüge etc.) sowie die Externalisierung der sozial-ökologischen Kosten, die diese verursachen. 'Imperial' sei die Lebensweise insofern, „als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt“ (Brand/Wissen 2011a: 83). Nutznießer der imperialen Lebensweise sind die Gesellschaften des globalen Nordens sowie die aufsteigenden Verbraucherklassen gewisser Länder des globalen Südens. Diese „transnationale Verbraucherklasse“ der globalen oberen Mittel- und Oberschichten, die vor allem durch ihren Konsum von Fleisch, a-saisonalem Gemüse und Obst, Autos und Elektrogeräten sowie durch ihre Teilnahme am Flugverkehr die Umwelt stark belasten, macht nach der Schätzung von Norman Myers und Jennifer Kent mittlerweile insgesamt knapp zwei Milliarden Menschen aus, „von denen 850 Millionen im Globalen Norden und 1,1 Milliarden als „neue Konsument_innen“ im Globalen Süden leben (vor allem in 17 südlichen Ländern sowie Russland, Polen und der Ukraine); in China etwa so viel wie in den USA“ (Brand 2008: 139). Der größte Teil der Weltbevölkerung lebt indes weiterhin in großer bzw. absoluter Armut. An dieser Stelle versucht der Ansatz der imperialen Lebensweise, den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Unterentwicklung zu problematisieren. Denn für die Stabilisierung und Ausdehnung der

17 In der Broschüre „Ernährungssouveränität - Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa“ (Choplin/Strickner/Trouvé 2011) wird der hohe Fleischkonsum als Ausdruck der imperialen Lebensweise beschrieben. Laut Broschüre ist der hohe Fleischkonsum „nicht nur hinsichtlich der Gesundheit der Menschen, sondern auch im Sinne einer 'weltweiten Ernährungsgerechtigkeit' problematisch“. So liegt der „durchschnittliche Fleischkonsum pro Person und pro Jahr bei ca. 124 kg in den USA und 89 kg in der EU (Zahlen von 2004). In Indien beläuft er sich auf 5,5 kg pro Jahr. 90% der weltweiten Sojaproduktion gehen in die Fleischindustrie (...). Mit den zurzeit genutzten Ackerflächen könnte die Erde die Bedürfnisse von 12 Milliarden Menschen befriedigen, wenn wir alle die indische, hauptsächlich vegetarische Ernährungsweise übernehmen (...). Es ist offensichtlich, dass die Menschheit sich nicht nach dem abendländischen, d.h. nordamerikanischen und europäischen Modell ernähren kann (ebd.: 5f).

imperialen Lebensweise ist die Aufrechterhaltung von Nord-Süd-Asymmetrien nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Die „Welt-Ressourcenordnung“ (Altvater 1992) stabilisiert die beschriebenen Ungleichheitsverhältnisse und ist die – oftmals militärisch abgesicherte – Voraussetzung für die mannigfaltigen Erscheinungsformen der imperialen Lebensweise im globalen Maßstab.

Auf institutionell-politischer Ebene beruht die imperiale Lebensweise auf einer extrem machtförmig strukturierten Welthandelsordnung, wobei durch globale, regionale und bilaterale Abkommen sowie durch militärische Gewalt der Zugang zu fossilen Energieträgern, die sich zum großen Teil im globalen Süden befinden, gesichert wird. Ebenso zentral wie die Beschaffung von fossilen Energieträgern ist die Möglichkeit, die ökologischen Kosten, die die Verbrennung fossiler Energieträger verursacht, externalisieren zu können. Wichtig ist hier die exklusive Inanspruchnahme von Senken, also jener Ökosysteme, die in der Lage sind, CO₂ zu absorbieren (neben der Atmosphäre sind das Wälder und Ozeane). In Anlehnung an Harvey (2004: 207 f) ließe sich dies als „spatio-ecological fix“ bezeichnen, also als eine Form der Bearbeitung der ökologischen Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, die ungleiche Entwicklung und damit die ungleiche Nutzung der globalen Senken voraussetzt.

Brand und Wissen (2011a) weisen darauf hin, dass sich die Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die für die imperiale Lebensweise charakteristisch sind, oft mit staatlicher Unterstützung verstetigen und verallgemeinern. Dies geschieht trotz des Umstands, dass die ökologische Krise in jüngerer Zeit politisiert und auch im herrschenden Diskurs als Problem wahrgenommen wurde (vgl. Brand/Wissen 2011a: 80).

Brand argumentiert in diesem Sinn: „Das Perfide in dieser Situation ist nun, dass es einen breiten, wenn auch diffusen und nicht offen eingestandenen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, dass Umweltpolitik nicht das hiesige Wohlstandsmodell infrage stellen darf. Wir wissen längst, dass der Ressourcen- und Energieverbrauch dramatisch sinken muss, aber es geschieht dann doch relativ wenig. Selbst auf der Hand liegende Politiken wie ein Verbot der Stand by-Funktionen bei Elektrogeräten, ein Abbau der Agrar-Subventionen für die Fleischproduktion oder eine stärkere Förderung haltbarer Konsumgüter findet nicht statt“ (Brand 2008: 140). Auch wenn die imperiale Lebensweise über einen breiten Konsens in den westlichen und nördlichen Bevölkerungen abgesichert ist, sind es „letztlich die miteinander konkurrierenden privat-kapitalistischen Unternehmen, welche die Produktions- und damit Konsumnormen setzen“ (Brand 2012a: 4 ff). Die Triebkraft für technische Innovation, Wirtschaftswachstum und der breit etablierten Verfügbarkeit von „allem zu jeder Zeit“ geht nicht in erster Linie von den Konsument_innen aus. Den allerwenigsten Konsument_innen wäre es vor 40 Jahren in den Sinn gekommen, einzufordern, dass

es Erdbeeren und Tomaten zur Winterzeit geben solle (außer vielleicht in besser betuchten Familien an den Weihnachtsfeiertagen). Die vorliegende Situation resultiert vielmehr aus der stetig propagierten Exportorientierung in der Landwirtschaftspolitik sowie aus dem dem Kapitalverhältnis innewohnenden Wachstumsparadigma.

Heute scheint es ganz und gar unvorstellbar, in einem breiten, anerkannten Rahmen über eine Besteuerung oder gar ein Zurückfahren von unnachhaltigen Produktions- und Konsumweisen zu diskutieren. Statt also das hegemoniale Konsumniveau infrage zu stellen, wird auf technische Lösungen und Steuerungsoptimismus gesetzt. Diese Orientierung läuft allerdings oftmals ins Leere. Ulrich Brand weist darauf hin, dass „der Sachverhalt beleuchtet werden (muss), dass die Effizienzgewinne meist aufgewogen werden durch einen dramatischen Anstieg von Produktion und Konsum. Das betrifft vor allem die westlichen Industriegesellschaften, wo die Motoren zwar effizienter, die Autos aber größer werden. Wo der Energie- und Papierverbrauch drastisch zunimmt“ (Brand 2008: 139).

Die vorliegenden Widersprüche können nicht durch einfache Lenkungsmanöver „von oben“ gelöst werden, da sie vielen Menschen zum Vorteil gereichen. Markus Wissen argumentiert: „Die imperiale Lebensweise ist tief in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, im Alltagsverständ und in den Alltagspraktiken der Menschen sowie in der grundsätzlichen Orientierung an Wirtschaftswachstum und Standortwettbewerb verankert. Sie ist eingelassen in die staatlichen Apparate und prägt die Wahrnehmungs- und Handlungsmuster von Politiker_innen. Dies äußert sich beispielsweise in Abwrackprämien, die die Nachfrage nach Autos ankurbeln sollen, die fortwährende Subventionierung der industriellen Landwirtschaft sowie des Baus weiterer Kohlekraftwerke und Gaspipelines“ (Wissen 2010: 30ff). Brand betont weiter, dass die „Problemdeutungen (...) und die davon ausgehenden Politiken (...) einer westlich-rationalistischen, naturwissenschaftlichen und männlich-bürokratischen Perspektive verhaftet“ seien (Brand 2012: 76).

Zur Beschreibung der relativen Stabilität der herrschenden Verhältnisse ist die Kategorie der Zivilgesellschaft wichtig. Diese soll als analytische Kategorie Verwendung finden und weniger zur Benennung gegenhegemonialer Akteur_innen. Brand kritisiert an dieser Stelle die „Vorstellung vom demokratisierenden Potential der Zivilgesellschaft“, die „zusätzlich (...) mit der Konnotation 'zivilisierend'“ aufgeladen ist, und schlägt vor, den Begriff von seinem „politisch-normativen Überhang als öffentliche Sphäre der guten und altruistischen Anliegen und Akteure“ zu befreien (Brand 2011: 144). Vielmehr sollten Staat und Zivilgesellschaft nicht als mehr oder weniger stark getrennte Sphären verstanden werden, sondern als relative Einheit. „Zivilgesellschaft“, so Brand, „ist bei Gramsci eine Staats- und gesellschaftstheoretische Kategorie“ - und somit auch eine

wesentliche Kategorie, um Herrschaft zu verstehen (ebd.: 145).

Imperiale Lebensweise und Hegemonie

Die praktische Infragestellung der imperialen Lebensweise ist eine schwer zu knackende Nuss.

Brand argumentiert, dass „die alltägliche Wiederholung von 'Geiz ist geil!' ein wirksamer erfahrungsbasiertes didaktisches Mittel als viele politische Analysen und Strategien“ ist (Brand 2011: 12). Entsprechend tief ist auch die Akzeptanz ruinöser Konkurrenz und unsolidarischer Verhältnisse in die Gesellschaft eingelassen.

Diese Tatsache begründet die oben ins Feld geführten großen Beharrungskräfte, die die imperiale Lebensweise (noch) auszeichnen. An die Stelle von aktiver Veränderung der eigenen Konsumnormen im Alltag tritt oftmals zynische Distanz.¹⁸ Sogar in weiten Teilen emanzipatorischer Bewegungen ist solch eine Haltung weit verbreitet. Die Zeitschrift „brennstoff“ schreibt zu diesem Zusammenhang: „Günther Anders nennt das Zerstörungspotential, das zwischen unserer Lebenspraxis und unserem mangelhaften Vorstellungsvermögen liegt, das 'prometheische Gefälle': Wir wissen alles über die kommenden Verhängnisse, sind aber so installiert in unserer Komfortzone, dass uns jede Bewegung aus ihr heraus nicht bloß als lästig, sondern als ganz und gar unmöglich erscheint“ (brennstoff 2011: 8). Auch Nnimmo Bassey, nigerianischer Umweltaktivist und Vorsitzender der NGO „Friends of the Earth“ betont in Bezug auf die aktuellen Herausforderungen emanzipatorischer Umweltpolitik: „Ein dickes Brett, das es dabei zu bohren gilt, ist der derzeitige Grad an Überkonsumption und Verschwendungen in den reichen Ländern“ (INKOTA 2010: 16).

All diese Aussagen legen nahe, dass es gänzlich falsch wäre, zu behaupten, kapitalistische Herrschaft würde sich heute nur noch „parasitär über ein längst nicht-kapitalistisch organisierbares und funktionsfähiges soziales Zusammenleben legen“ (Brand 2011: 14). Diese Sichtweise ignoriert, wie tief herrschaftliche Verhältnisse – unter anderem über den Konsum - in die Alltagspraxen der Individuen eingeschrieben sind. Denn der Kern des erfolgten neoliberalen Gesellschaftsumbaus

18 Thomas Seibert bezeichnet die heutige Gesellschaft als eine „post-politische und post-ideologische und in diesem Sinn eine postmoderne“ (...) deren erster und letzter Glaube zuerst von Margaret Thatcher formuliert wurde: 'There is no alternative.'“ Der wesentliche Punkt sei „dass der in diesem Satz ausgesprochene Glaube wirklich geglaubt wird, also wirklich hegemonial ist. Post-politisch ist die Post-Moderne, weil sich Politik ohne Alternative und ohne Antagonismus auf die betriebswirtschaftliche Verwaltung des Bestehenden und deshalb auch auf die durchgängige Finanzialisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse reduziert. Post-ideologisch ist sie, weil diese Gesellschaft ihre Artikulation nur mehr im Liberalismus finden kann. Liberalismus garantiert Meinungsfreiheit, bindet diese Freiheit aber an die bedingungslose Gleichgültigkeit aller Meinungen, indem er den Unterschied zwischen Meinung und Wahrheit auslöscht.“ Diese Haltung sei, so Seibert, eng mit dem „Besitz- und Konkurrenzindividualismus des homo oeconomicus“ verknüpft. „Er gibt das Muster vor, in dem die Post-Ideologie aus Individuen Subjekte macht“ (Seibert, 2011).

bestand ja gerade darin, „den Markt- und Konkurrenzimperativ tief in der Gesellschaft, ja bis in die Subjekte hinein zu verankern (ebd.: 75). Somit macht auch die imperiale Lebensweise „einen Gutteil der gegenwärtigen politischen Passivität bei einem Großteil der Bevölkerung aus. Der neoliberalen Gesellschaftsumbau wurde und wird auch deshalb breit akzeptiert, weil er die imperiale Lebensweise der Bevölkerungsmehrheit in den Ländern des globalen Nordens und der Mittelklassen in den Ländern des globalen Südens absichert: Durch die enormen Ressourcenflüsse von Süd nach Nord bzw. in die Zentren des Südens, etwa im Bereich der Ernährung oder mittels Aluminium, Erdöl und zukünftig Agrartreibstoffen zur Absicherung der Auto-Mobilität.“ (ebd.: 80). Diese „tief verankerte imperiale Subjektivität“ (ebd.: 115) hält den Akteur_innen der herrschenden Kapitalinteressen den Rücken frei und verhindert, dass es zu Unruhen kommt. Dort, wo die ohnehin prekäre Einbindung der subalternen Klassen nicht mehr funktioniert und die Situation aus dem Ruder läuft, kommt es allerdings auch heute noch zu Hungerrevolten – ein aktuelles Beispiel sind die entsprechenden Unruhen unmittelbar nach dem Beginn der Wirtschaftskrise vom Jahr 2008 (vgl. Behr / Bolyos 2008a).

Aus den oben beschriebenen Gründen müssen Akzente für eine Veränderung der aktuellen Situation immer die vorherrschenden Kräfteverhältnisse berücksichtigen und analysieren, welche Lebens- und Konsumweisen hegemonial sind, welche sich tendenziell ausbreiten und welche marginalisiert werden. Jan Rehmann argumentiert beispielsweise mit Gramsci, dass für „die Philosophie der Praxis (...) der Ausgangspunkt immer der Alltagsverständ sein (muss), der spontan die Philosophie der Volksmengen ist“ (Rehmann 2008: 86).¹⁹ Rehmann weiter: „(...) die methodische Forderung, vom Alltagsverständ auszugehen, bedeutet, die dort enthaltenen Erfahrungen und Einsichten als 'spontane Philosophie' des Volks ernstzunehmen und an ihrer Weiterentwicklung zu arbeiten“ (ebd.: 86). Es müsse also vom bestehenden Status Quo ausgegangen werden; dieser müsse kritisch weiterentwickelt werden. Rehmann schreibt dazu, wiederum bezugnehmend auf Gramsci: „Kritisch an der Kohärenz des Alltagsverständs arbeiten ist etwas anderes, als zu versuchen, 'richtiges' Klassenbewußtsein 'von außen' in es hineinzutragen“ (ebd.: 88 f.).

Auch Christoph Scherrer betont: „Für Gramsci stellt der Alltagsverständ kein 'falsches Bewusstsein' dar, sondern eine eklektische, auf Ablagerungen vergangener philosophischer und religiöser Strömungen beruhende Lebensanschauung, die den Mitgliedern der jeweiligen Schichten eine praktische Orientierung bietet. Dennoch steht ihm das 'richtige Bewusstsein' nicht diametral

19 Zum Begriff des Alltagsverständs merkt Rehmann an, dass dieser in bürgerlichen Verhältnissen stets „bizar“ zusammengesetzt sei: „Es ist, als hätten sich unterschiedliche historische Epochen wie Gesteinsschichten im Alltagsbewusstsein niedergeschlagen. Dort bilden sie das Rohmaterial für die Be- und Einarbeitung durch unterschiedliche Ideologien“ (ebd.: 87ff).

gegenüber, sondern der *senso commune* ist zum *buon senso*, zum 'gesunden Menschenverstand' weiterzuentwickeln. Dies sei eine Aufgabe für Intellektuelle eines ethischen Hegemonialprojekts.“ Hingegen würde eine Hegemonie ohne diesen ethischen Anspruch „lediglich demagogisch am Alltagsverständ“ anknüpfen (Scherrer 2007: 74).²⁰

Billignahrungsmittel und Exportgemüse aus Almería als Ausdruck der imperialen Lebensweise

Die Verfügbarkeit von Gemüse und Obst zu jeder Jahreszeit wurde in den letzten 30 Jahren sukzessive in der alltäglichen Konsumpraxis eines Großteils der Menschen Europas verankert. Die Discountierung des Lebensmitteleinzelhandels hat die Leistbarkeit von Tomaten, Paprika und Erdbeeren im Winter auch für einkommensschwache Segmente der europäischen Bevölkerung gewährleistet. Heute stehen europäische Konsument_innen vor der extrem paradoxen Situation, dass gesunde, regionale, saisonale und biologisch produzierte Lebensmittel in der Regel relativ teuer und wenig niedrigschwellig zugänglich sind (beispielsweise auf lokalen Märkten, die tendenziell in Mittelschichtsquartieren vorzufinden sind), während Lebensmittel mit (extrem) langen Transportwegen, die unter dem Einsatz von Pestiziden in konventioneller Landwirtschaft und „off season“ produziert wurden, an jeder Ecke billigst zu haben sind. Auch wenn biologisch produzierte und fair gehandelte Produkte in die konventionelle Vermarktung Einzug gefunden haben, beruhen die hegemonialen Formen der landwirtschaftlichen Produktion und des Konsums nach wie vor auf Ausbeutung und ökologischer Zerstörung.

Gerade im Bereich der Lebensmittelproduktion sind die hegemonialen Produktions- und Konsummuster breit akzeptiert, institutionell abgesichert und in den Alltagspraktiken der Menschen tief verankert. Sie sind eng gekoppelt an Vorstellungen von Fortschritt und hierarchisierten Wertigkeiten: „Computer müssen immer leistungsfähiger, Nahrungsmittel sollen billiger werden – ganz ungeachtet der sozialen und ökologischen Bedingungen, unter denen sie produziert werden“ (Brand/Wissen 2011a: 82).²¹ Der Gang zum Supermarkt ist für die meisten Menschen alltäglich und in vielen Fällen – v.a. in benachteiligten städtischen Gebieten – auch zunehmend alternativlos geworden. Für die Stabilisierung der globalen Ungleichheits-Ökonomie ist die Verfügbarkeit von billigen Lebensmitteln von entscheidender Bedeutung: Die Bearbeitung sozialer Widersprüche im globalen Norden wurde und wird erst durch die Externalisierung der ökologischen Kosten, die bei der Reproduktion der Arbeitskraft anfallen, möglich (vgl. ebd.: 83).

20 Scherrer betont: „Hegemonie ist ethisch, wenn sie die untergeordneten Gruppen zum *buon senso* hinführt. Wenn sie ihre eigenen Versprechen nicht einhält, demnach mit List arbeitet, dann ist sie es nicht“ (ebd: 75).

21 Mit der Feststellung der Hegemonie der imperialen Lebensweisen in den Ländern des globalen Nordens soll nicht verschleiert werden, dass Sozialstruktur meist hochgradig ausdifferenziert ist (vgl. ebd.). Dies mit dem krassen Effekt, dass v.a. die südlichen Länder Europas seit dem Jahr 2008 drastisch verarmen. Aber auch innerhalb der Länder Nordeuropas klafft die Einkommensschere immer weiter auseinander.

So trug die Möglichkeit, billige Lebensmittel auf den Markt zu bringen, wesentlich dazu bei, die Lohnkosten in den Industrieländern gering zu halten. Die Industrialisierung der Landwirtschaft in der Zeit des Fordismus schuf dafür die Grundlage. Bemerkenswert ist nun, „dass die für den Fordismus prägenden fossilistischen Konsummuster die Fordismuskrisen nicht nur unbeschadet überstanden, sondern sogar noch intensiviert wurden“ (ebd.: 85). In postfordistischen Verhältnissen setzt sich nun der Trend zu billigen Lebensmitteln ungebrochen fort. Die Rede von der heutigen „Virtualisierung“ der Ökonomie übersieht geflissentlich, dass das aktuelle Food-Regime (vgl. Vinz 2007), ebenso wie moderne Kommunikationstechnologien, Hi-Fi Geräte usw. außerordentlich ressourcenintensiv sind – und zwar sowohl was die Herstellung, den Transport, als auch die verwendeten Materialien betrifft. Ulrich Brand betont: „Der aktuelle Kapitalismus ist nicht nur Wissensgesellschaft, sondern weiterhin auch Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit allen Implikationen für die höchst asymmetrischen und oft ausbeuterischen Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung“ (Brand 2011: 175). Deshalb sind soziale Kämpfe in diesen Bereichen nach wie vor von hoher Relevanz. Kritik an der theoretischen Prämissen der Hegemonie der immateriellen Arbeit, die davon ausgeht, dass Wissens- und affektive Arbeit zum bestimmenden Produktionsmodus werden, formulieren auch Silvia Federici und George Caffentzis: „Information and cognition are very important for humanity. It is important to assess the theory of cognitive capitalism (and of immaterial labor). First, the theorists of cognitive capitalism only focus on one side of capitalism; they often forget that development and underdevelopment go together. In order to develop the internet you must underdevelop many regions (e.g., coltan mining in the Congo becomes even more degraded in the effort to create the most sophisticated computing machines). Even elementary schooling in Africa has been underfunded as the development of technology for profit becomes the center of venture capital“ (Federici / Caffentzis 2009). Aus diesem Grund entstehen mit der internationalen Arbeitsteilung auch vielfältige Abhängigkeiten: „...we should recognize that (1) cognitive labor still depends upon a vast accumulation of non-cognitive labor (in the form of machines, cables, mines, etc.); (2) cognitive laborers do not control the means of production (e.g. the sciences knowledge production requires access to expensive laboratories, electron microscopes, powerful computers etc.)“ (ebd.).

Heute ist der Aufstieg und die hegemoniale Position der Discounter mit ihrem Angebot an teilweise extrem billigen Lebensmitteln Voraussetzung für die Schaffung und Ausweitung von Niedriglohnsegmenten sowie für den Abbau von sozialen Stützungssystemen. So wird in Deutschland der Richtwert für Lebensmittelkonsum für Hartz IV Bezieher_innen an den Preisen in

den Discountern gemessen (vgl. Jürgens 2011: 139).²²

Billige Lebensmittel sind vor allem in Deutschland sehr stark verbreitet. So gibt Moritz Lange, der in der Lidl-Kampagne von ver.di aktiv war, an: „Wal Mart hatte ja versucht, in Deutschland Fuß zu fassen und hat sich nun zurückziehen müssen – die hatten ja die Taktik, immer ein paar Grundnahrungsmittel ganz billig anzubieten, um so die Leute in die Märkte zu locken und den Rest teuer zu verkaufen; diese Strategie hat in Deutschland einfach nicht funktioniert, weil die Grundnahrungsmittel dermaßen billig sind, dass es für sie nicht geklappt hat. Deutschland ist ja das Land mit den niedrigsten Lebensmittelpreisen, wenn man diese mit den durchschnittlichen Einkommen ins Verhältnis setzt. Das ist auch eindeutig Ergebnis von diesem knallharten Wettbewerb, der lange nicht thematisiert worden ist.“

Billige Lebensmittel zu jeder Jahreszeit sind nur zu haben, indem im landwirtschaftlichen Sektor mit den Rhythmen der bäuerlichen Produktion und den natürlichen Voraussetzungen gebrochen wird. Dies trifft in besonderem Maß auf Intensivregionen wie Almería zu. Die Produktion wie der Konsum von off-season Exportgemüse kann also als *Erscheinungsform* der imperialen Lebensweise bezeichnet werden.²³ Die wesentlichen, oben formulierten Merkmale der imperialen Lebensweise treffen auch hier zu: Krisen und Probleme der Produktion werden in der Regel externalisiert und es gibt keine Kostenwahrheit in den Produkten. Die Kosten für die Arbeitskraft werden durch die Schaffung einer industriellen, meist migrantischen Reservearmee gering gehalten; die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft werden in die migrantischen Communities bzw. in die Herkunftsländern der Migrant_innen verlagert. Die ökologische Zerstörung, die die industrielle Landwirtschaft verursacht, wirkt sich vor Ort unmittelbar aus, wird aber auch von kommenden Generationen bezahlt. Die CO2 Belastung, die durch die Produktion und den Transport der Gemüsewaren quer durch Europa sowie durch das Konsummodell Supermärkte entsteht, wirkt global. Von den Folgen des Klimawandels sind allerdings bisweilen Menschen im globalen Süden viel stärker betroffen als Menschen in wohlhabenden Ländern. Diese Folgen wirken in vielen Ländern aktuell als Armutsvstärker wie auch als Entwicklungshemmnis.²⁴

22 Angesichts der aktuellen Krisendynamik ist es den ökonomischen und politischen Eliten besser als erwartet gelungen, etwaige Krisenfolgen abzufangen – ein Umstand, der allerdings nur darauf hindeutet, dass die Abwälzung der krisenbedingten Milliardenschulden auf die Allgemeinheit ihre fatalen Effekte nicht in einem großen Showdown, sondern vielmehr scheibchenweise – das heißt auf Jahre gestreckt – entfalten dürfte (vgl. Bernau 2009). Die Ausweitung von Discountern bietet dafür einen geeigneten Puffer.

23 In Bezug auf den ökologischen Fußabdruck von Wintergemüse, das von Spanien nach Nordeuropa exportiert wird, wurde nachgewiesen, dass beheizte Glashäuser in nördlichen Teilen Europas keinen Vorteil bringen (Theurl 2008: 84 ff.). Diese Frage negiert allerdings den Umstand, dass eine nicht-imperiale Lebensweise die Produktion und den Konsum von Wintergemüse im Allgemeinen in Frage stellen müsste.

24 Ulrich Brand macht den Begriff der Klimagerechtigkeit stark und benennt ihn als wichtigen Orientierungspunkt sozial-ökologischer Konflikte (vgl. Brand 2011: 114), denn „viele Umweltprobleme sind nicht gesellschaftlich neutral, sondern betreffen verschiedene soziale Gruppen, Regionen und Gesellschaften unterschiedlich“ (ebd.).

Mit der weiteren Ausbreitung fossilistischer Produktions- und Konsummuster in den Ländern Ost- und Mitteleuropas (MOEL; Polen, Rumänien, Bulgarien etc.) durch die kapitalistische Restauration veränderten sich auch in diesen Ländern die Konsummuster radikal. Mit der Expansion von Supermärkten und Discountern in den MOEL erschien auch dort Wintergemüse aus Südeuropa und anderen Teilen der Welt zum ersten Mal auf der Bildfläche (vgl. Kapitel 9.4.).

Bisweilen kommt es auch vor, dass Vertreter_innen von großen Handelsketten – meist nach ihrer Pensionierung – die Strategien, die sie in ihrem Berufsleben verfolgt haben, kritisch hinterfragen und die Auswirkungen ihres Agierens erkennen. So im Fall von Klaus Wiegandt, der bis zum Jahr 1998 Vorstandsvorsitzender der Metro AG war. Die „Mitbestimmung“, die Zeitschrift der Hans Böckler Stiftung schreibt dazu in ihrer Ausgabe vom November 2010: „Lange genug hatten die Gewerkschaften gute Gründe, Klaus Wiegandt zu bekämpfen: Bis 1998 trieb er als Vorstandsvorsitzender der Metro AG Umsatzzahlen nach oben und Löhne nach unten. Er sorgte dafür, dass Essbares nicht mehr aus der Region, sondern auf dem Seeweg oder mit dem Flugzeug kam. Wiegandt vernichtete Jobs, belastete die Umwelt, verkleinerte die Vielfalt. Und heute? Heute hat der Ex-Metro-Chef große Teile seines Vermögens in eine Stiftung überführt, die sich für Nachhaltigkeit einsetzt; auch eine Buchreihe hat er zu dem Thema herausgegeben. Mit großer Überzeugungskraft sagt er Sätze wie: 'Wir lassen Krabben in Marokko pullen, Holz in China schneiden, Kartoffeln südlich der Alpen wachsen. Das ist ökologisch schwachsinnig, volkswirtschaftlich auch.' Ja, und warum passiert es dann? 'Weil es betriebswirtschaftlich unerlässlich ist. Und das müssen wir ändern'“ (Mitbestimmung 2010). Solcherlei Einsichten sind zwar selten, aber dennoch bemerkenswert. Denn sie eröffnen die Möglichkeit, die Hegemonie des unnachhaltigen Konsums und der imperialen Lebensweise mit Argumenten zurückzudrängen, die aus einer ungewohnten Richtung kommen.

Um zu einer Politisierung der oben beschriebenen zutiefst ungerechten Verhältnisse zu gelangen, ist es auch wichtig, das Abstraktionsniveau der Diskussionen rund um Umweltzerstörung zu senken: Denn, so Brand und Wissen, „der Weltmarkt ist ein die tägliche Lebensweise organisierendes Verhältnis“ (Brand/Wissen 2011a: 91). Im Fall von Gemüse aus industrieller Produktion betrifft diese Alltäglichkeit die Art, wie Supermärkte in die Reproduktionszusammenhänge der Individuen selbstverständlich eingebunden sind. Diese Zusammenhänge sollen in der vorliegenden Arbeit exemplarisch anhand des Beispiels der Tomate aus Almería auseinandergesetzt werden.

Gegenhegemonie

Brand argumentiert, dass eine grundlegende kulturelle Umorientierung stattfinden und eine breite Diskussion über den Wohlstandsbegriff beginnen müsse. Es sei notwendig, attraktive,

postmaterialistische Vorstellungen eines 'guten Lebens' und entsprechende 'öko-soziale Subjektivitäten' zu schaffen“, Subjektivitäten also, die nicht in erster Linie „aus dem Glück des Konsums bestehen“ (Brand 2008: 142). Dies schließt daran an, emanzipatorische Projekte zu entwerfen, die mit dem linken Fortschrittoptimismus aus früheren Zeiten brechen (vgl. Brand 2011: 18). Eine Kritik am ökonomischen Wachstumszwang ist also unbedingt notwendig. Aufgabe wird sein, „Kriterien und Konturen einer alternativen Lebensweise zu entwickeln“ sodass „immer mehr Menschen zumindest ahnen und Wünsche entwickeln, dass eine andere, weniger herrschaftliche und zerstörerische Art gesellschaftlichen Zusammenlebens denkbar, notwendig und vielleicht sogar attraktiv ist“ (ebd.).²⁵

Das Wachstumsparadigma findet seinen konkreten volkswirtschaftlichen Ausdruck im Wirtschaftswachstums – also der jährlichen Steigerung geldvermittelter Produktion, Distribution und Konsumtion von Waren. Frigga Haug argumentiert: „Weltweit steigt das Bewusstsein von der Unmöglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise: Ressourcen wie Öl sind endlich, der CO2-Ausstoß erschüttert das Klima der Erde, die Arbeitenden leiden unter Überarbeit, viele unter dem Gegenteil. Zerstörerisch sind auch die menschlichen Beziehungen: Gewinn, Leistung, Aufstieg, Konsum sind barbarische Ziele, die die gesellschaftlichen Menschen gegeneinander richten. Die Frage kann keinesfalls lauten, wie können wir Wachstum anfeuern, sondern umgekehrt: Was müssen wir tun, damit die Menschen ihre Verhältnisse mit nüchternen Augen sehen und erkennen, dass alles umgewälzt werden muss – auch die eigene Lebensweise“ (Haug 2011: 125). Haug schlägt als Pfad zur Erreichung einer post-kapitalistischen Lebensweise die Reduzierung der Lohnarbeitszeit vor. So ist Haug der Überzeugung, dass „die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit – von Elmar Altvater kürzlich als notwendige 'Kulturrevolution' bezeichnet – gerade jetzt an der Zeit“ sei (ebd.: 123). In der aktuellen Krisenbearbeitung entsteht die paradoxe Situation, dass „(d)er durch die Produktivkraftentwicklung enorm gewachsene Reichtum der Arbeit (...) auf die Arbeitenden als Arbeitslosigkeit zurück(schlägt), statt dass die Einzelnen freigelassen werden, aus dem Zwang des Acht-Stunden-Tags auszusteigen und die anderen liegen gelassenen oder meist Frauen unentgeltlich übergebenen Bereiche des Lebens zu ergreifen“ (ebd.: 124 ff). Haug argumentiert, dass eine solche Transformation „damit zugleich ein kulturelles Projekt (sei), weil es auf einen Umbruch in der Lebensweise abzielt, und ein kapitalismuskritisches, weil es die spaltenden Teilungen der Arbeit (in Männer- und Frauenarbeit, Stadt und Land, Kopf und Hand, Arbeit und Nichtarbeit) aufgreift“ (ebd.: 125).

25 Dazu ist es sinnvoll, sich die marx'sche Wirtschaftslehre kritisch anzueignen. Die teleologische Geschichtstheorie des dominanten Marxismus mitsamt seiner politischen Fortschrittsideologie, die die Bewohner_innen ganzer Erdteile zu Geschichtslosen erklärte, muss infrage gestellt werden; ebenso muss die Anschauung, dass Produktivkraftentwicklung und technische Neuerungen unter allen Umständen zu befürworten seien, zurückgewiesen werden.

Ähnlich wie die Wissenschaftlerinnen der Subsistenz-Perspektive (Mies 1988) argumentiert auch Haug, dass „Wachstum an sich als eine äußerlich aufgesetzte Größe, als Produktion um der Produktion willen“ erscheint. „Nicht um dieses Wachstum kann es gehen, sondern um vorsorgendes Wirtschaften“ (ebd.).

In diese Kerbe schlägt auch Brand (2011): „Ein wichtiger innergesellschaftlicher Ansatzpunkt wäre eine radikale Verkürzung der Wochen- und keine erzwungene Verlängerung der Lebensarbeitszeit. (...) Mit Arbeitszeitverkürzung kann zum einen der aktuell herrschende Produktivismus (Produktion um jeden Preis) und Konsumismus (Geiz ist geil) hinterfragt und nachhaltige Produktions- und Konsumweisen gestärkt werden“ (Brand 2011: 41). Dringend notwendig sei nämlich eine „Diskussion um die gesellschaftliche Umverteilung von Arbeit (...): 'Welche Tätigkeiten sind notwendig, wer soll sie ausführen (Frauen, Männer, Menschen mit Migrationshintergrund), wie sollen sie bezahlt und sozialversichert sein?'“ (ebd.). Wenn sich die meisten Menschen im Hamsterrad der Lohnarbeit befinden, sei dies allerdings keine gute Voraussetzung dafür, dass solcherlei Debatten geführt werden. Denn die „herrschenden, weitgehend entfremdeten Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung bestimmen (...) den Alltag der Menschen entscheidend mit und sind ein Hindernis auf dem Weg zu einer öko-sozialen Transformation“ (ebd.). Die aktuelle Form der Lohnarbeit – mit der 40 Stunden-Woche als offensichtlichen Ausdruck des Zwangs zur Arbeit – zwingt die Menschen zu einer Strukturierung ihres Alltags, die notwendigerweise Widersprüche ausblendet und zum „Funktionieren“ zwingt. Zentral ist also, dass ein Abwurf des durch den Zwang zur Lohnarbeit erst geschaffenen Wohlstandsballasts erreicht wird. Innovationsorientierung und Technikgläubigkeit, die im Kern strukturkonservativ ist, läuft jeglicher Orientierung auf Genügsamkeit oder Zurückhaltung entgegen, die Selbstverwirklichungsansprüchen quantitative Grenzen setzen könnte (vgl. ebd.).

Statt dem vorherrschenden ökonomischen und technischen Machbarkeitswahn sollte es viel eher gelingen, Lebensweisen zu politisieren und sie in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Eine Postwachstumsökonomie würde zudem bedeuten, nichtkommerzielle Formen der Versorgung zu reaktivieren: Eigenarbeit, handwerkliche Fähigkeiten, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, gemeinschaftliche Nutzung von Geräten sowie regionale Kreisläufe auf Basis zinslos umlaufgesicherter Komplementärwährungen (vgl. Paech 2010: 12f). Diese Strategien sollten mit einer Halbierung der durchschnittlichen Erwerbsarbeit kombiniert werden, was dazu führen würde, dass die Neuproduktion von Gütern eine eher untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus sollte verschoben werden „auf den Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände und Infrastrukturen und auf der längeren und intensiveren Nutzung von Gegenständen“ (ebd.).

Obwohl ökologisch produzierte und fair gehandelte Produkte zu einem nicht unwichtigen Nischenmarkt geworden sind, formulieren ihre Protagonist_innen immer weniger eine praktische Kritik an der „Geiz ist geil“-Kultur, sondern nähern sich dieser eher noch an. Wichtig wäre eine Kulturrevolution, die gegen Konsumismus und Konkurrenzdenken aufbegeht (vgl. Haug 2011: 125 ff). Notwendig sind Kritik und Lernprozesse, in denen die „Geiz ist geil“-Kultur und die bisherige Attraktivität der Riesenautos für immer mehr Menschen eine eher unerträgliche, unattraktive und unmoralische Sache wird (Brand 2008: 143). Diese Politik darf sich nicht auf eine grün-alternative Mittelklasse beschränken, sondern muss verallgemeinert werden.

Abseits der individuellen Verantwortung gilt es, dass „Staat und Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden“. Brand argumentiert: „Auf wirkliche Veränderungen abzielende Politik versucht nicht nur, tief verankerte Wertvorstellungen zu verändern, sondern legt sich auch mit mächtigen Akteuren an, die im Kapitalismus in hohem Maße in der Lage sind, ihre Interessen durchzusetzen. Die private und damit exklusive Verfügung über Eigentum, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung ist Bestandteil nicht-nachhaltiger gesellschaftlicher Verhältnisse“ (ebd.).

Als eine Strategie für emanzipatorische Bewegungen rät Brand „den Preis der falschen Versprechen in Form des Verlustes von Glaubwürdigkeit und Legitimität hoch zu treiben.“ Staat und Parteien sollten sich gegenüber der Gesellschaft verantwortlich zeigen. „Nur – das lehrt die Geschichte – machen sie das nicht von selbst, sondern es muss ihnen abgerungen werden“ (ebd. 145). Ähnliches gilt für Konzernkritik in Zusammenhang mit Supermärkten. Auch hier muss der Preis für falsche Vorgaben von Supermärkten in Bezug auf Respektierung von Arbeitnehmer_innenrechten und umweltschonende Produktion hoch getrieben werden. Für die respektiven Unternehmen muss klar sein, dass sie nicht alles behaupten können, was ihren Geschäftsinteressen nützt, sondern dass kritische Konsument_innen, die in Kontakt mit Initiativen und Gewerkschaften an den Orten der Produktion stehen, falsche Behauptungen immer wieder aufdecken werden (vgl. Kapitel 11.5.).

In Anlehnung an Brand (2008: 67) ist gerade im Bereich der industriellen Landwirtschaft ein Stopp der „sozial-ökologischen Raserei“ vonnöten. Individualistisches Konkurrenzdenken – das sowohl zwischen den einzelnen Subjekten als auch zwischen unterschiedlichen „Wirtschaftsstandorten“ vorherrscht – muss infrage gestellt werden. Der Hyperkonsum, der im wesentlichen für das ökologische Desaster verantwortlich ist, muss aufgegeben werden. Es führt kein Weg daran vorbei, dass mit den herrschenden Vorstellungen von Wohlstand gebrochen wird. So z.B. mit der Vorstellung, dass „der Neuwagen alle fünf Jahre für die Mittelschichten eine Art Menschenrecht sei“ (Brand 2011: 183).

Josef Hoppichler, Forscher an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen Wien geht mit seiner Kritik in eine ähnliche Richtung. In einem Beitrag zur Thematik der Agrartreibstoffe schreibt er: „Die westliche Zivilisation sollte sich auf den unumgänglichen Lernprozess vorbereiten, dass die Öko-Systeme und schon gar nicht die Agrar-Ökosysteme geeignet sind, den bisherigen Energiehunger der Industriegesellschaft zu decken“ (Hoppichler 2011: 19). Gleichzeitig ist es aber wichtig, nicht einen „herrschaftlichen Katastrophismus“ zu reproduzieren, der eher autoritäre und technokratische Umweltpolitiken befördert anstatt demokratische Prozesse einzuleiten (vgl. Brand 2011: 69). Worum es dementsprechend vorrangig gehen muss, ist die „Transformation der hegemonialen Produktions- und Konsumnormen“ (Brand 2009). Es wird wichtig sein, offensiv mit der Tatsache umzugehen, dass viele Menschen ein subjektiv verankertes persönliches als auch politisches Unbehagen darüber in sich tragen, dass „globale Klimagerechtigkeit“ zwangsläufig mit einer massiven Senkung des materiellen Lebensstandards in den reichen Industrieländern einhergehen wird müssen. Aufgabe ist es somit auch, die individuelle wie gesellschaftliche Verdrängung der sozialen und ökologischen Folgen der imperialen Lebensweise zu thematisieren. Welche Pfade möglicherweise dahin führen können, sei in dieser Arbeit in Form von Analysen und Vorschlägen ausformuliert (vgl. Kapitel 11).

Wie betont, ist die Problematik der imperialen Lebensweise ganz wesentlich auf der gesellschaftlichen Ebene angesiedelt. Deshalb soll es in der vorliegenden Untersuchung auch zentral um Strategieentwicklung für gegen-hegemoniale Akteur_innen aus der Gesellschaft gehen. Adressat_innen für diese Diskussion sind Gewerkschaften, NGOs, aber auch autonome Gruppen und Individuen, die aktiv werden wollen. Denn erst eine wechselseitige Bezugnahme, Kommunikation und solidarische Kritik der unterschiedlichen in das Feld der industriellen Gemüseproduktion involvierten Gewerkschaften, Konsument_innen, NGOs und sozialen Bewegungen kann, so eine weitere vorläufige These, zu einer Infragestellung und Überwindung des ökologischen Raubbaus und der sozialen Ausbeutung führen.

4.1.5. Theorie der Wertschöpfungsketten

„Enträumlichung“ und „Entzeitlichung“ landwirtschaftlicher Produktion

David Harvey hat treffender Weise formuliert, dass die Trauben im Supermarktregal „stumm“ seien (Harvey 2007: 44). Es gäbe eine tiefe Kluft zwischen der komplexen Geschichte von Supermarktwaren und der tiefen Unkenntnis über eben diese Geschichte, über Produktionsbedingungen entlang der Wertschöpfungskette: „Tracing back all the items used in the production of that meal reveals a relation of dependence upon a whole world of social labour conducted in many different places under very different social relations and ecological conditions of production. That dependency expands even further when we consider the materials and goods used indirectly in the production of goods we directly consume. Yet we can in practice consume our meal without the slightest knowledge of the intricate geography of production and the myriad social relationships embedded in the spatio-temporal systems that puts it upon our table. The spatio-temporality of my experience (...) is very different from that embodied in the production and exchange of the commodities I buy“ (Harvey 1996: 241).

Es geht also um das Erzählen und Sichtbarmachen der in Waren enthaltenen „Geschichten“. In der vorliegenden Arbeit werden dafür soziale Verhältnisse und ökonomische Strukturen des Kapitalismus durch das „Prisma“ von frischem Obst und Gemüse aus dem Supermarkt betrachtet. Auf diese Weise soll ein tiefergehendes Verständnis von marktvermittelter Lebensmittelproduktion, von globalisiertem Lebensmittelhandel und Konsum geschaffen werden.

Dagmar Vinz hat für moderne Güterketten im landwirtschaftlichen Sektor den Begriff der „Entzeitlichung“ geprägt (Vinz 2007: 43). Laut ihrer Analyse ist die Einsparung von Zeit angesichts der in der Logik des Marktes ineffizient erscheinenden tier- und pflanzeneigenen Wachstums- und Reifezeiten wesentlich für die Schaffung von Wettbewerbsvorteilen in der Agrarwirtschaft: „Aus der Perspektive des Marktes reifen Tomaten zu langsam, brauchen Erdbeeren zu viel Sonnenschein, um ihren Geschmack zu entfalten, und Kälber legen nicht rasch genug an Gewicht zu, um geschlachtet werden zu können“ (Vinz, 2007: 39). Vinz argumentiert weiter: „Da Geschwindigkeit ökonomisch und politisch zu einem wichtigen Faktor gemacht wird, ist in der landwirtschaftlichen Produktion mit einem enormen Aufwand an Ressourcen, Ideen und Technologien versucht worden, die komplexen Temporalitäten der tier- und pflanzeneigenen Reife- und Wachstumsprozesse zu kontrollieren, zu gestalten und zu beeinflussen“ (ebd.). Ein zweiter Begriff, den Vinz als wichtig herausstreckt, ist der der Enträumlichung. „Eine ‚Enträumlichung‘ der Ernährung ist dann gegeben, wenn der räumliche Zusammenhang zwischen Orten der Nahrungsmittelproduktion und Orten ihres Verzehrs radikal aufgehoben worden ist“ (vgl. Vinz 2007: 43). Diese Entkoppelung basiere zum

einen auf einer „Verdichtung von Raum und Zeit“ (ebd.) durch raumübergreifende Distributions- und Transportsysteme. Moderne Transportmittel wie Flugzeuge oder LKWs hätten in Verbindung mit der Entwicklung komplexer Logistiksysteme die Bildung globaler Märkte wesentlich gestützt. Vinz konstatiert mit Verweis auf das gegenwärtige Dauerangebot an frischen Nahrungsmitteln aus aller Welt einen extremen Anstieg des Transportaufwandes im Ernährungssystem. Möglich sei dies durch den Einsatz moderner Konservierungstechniken, die oftmals auch sehr energieaufwändig sind und ein hohes Maß an fossilen Treibstoffen verbrauchen. Vinz zufolge ist die gegenwärtige sozial-ökologische Krise des Ernährungssystems wesentlich eine Beschleunigungskrise, mit der ein Verlust von Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten in Produktion, Verarbeitung und Konsumtion von Lebensmitteln einhergehe. Kapitalistische Lebensmittelproduktion sei somit durch eine Tendenz sowohl der permanenten Beschleunigung von Produktions- und Vertriebsprozessen als auch der Überwindung räumlicher Barrieren gekennzeichnet.

Laut Vinz sind also Raum und Zeit nicht, wie etwa in der Newtonschen Physik behauptet, vom Menschen unabhängige Kategorien – sie müssten vielmehr in ihrer gesellschaftlichen Gemachtheit analysiert werden (vgl. Vinz, 2005a: 19 ff).

Auch Harvey betont, dass unter kapitalistischen Verhältnissen, und im speziellen in Krisensituationen, der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle für die Kapitalakkumulation spiele. Beschleunigungzwang sei also dem Kapitalverhältnis eingeschrieben, „(...) because speed-up (in production, in marketing, in capital turnover) is a powerful means for individual capitalists to augment profits. In times of economic crisis and of particularly intense competition, capitalists with a faster turnover time survive better than their rivals, with the result that social time horizons typically shorten, intensity of working and living tends to pick up and the pace of change accelerates“ (Harvey 1996: 241). Auf diese Weise entstehen jedoch grobe raumzeitliche Widerspruchskonstellationen, die im sogenannten uneven-development-Konzept beschrieben werden (vgl. Behr, Forster, Fuchs, Zortea, 2010: 13ff). Im Mittelpunkt des *uneven-development*-Konzepts steht die Annahme, dass dem Kapitalismus eine Dialektik zwischen räumlicher Angleichung und Differenzierung innewohnt. Aus der Notwendigkeit der Überwindung räumlicher Barrieren mittels einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der nötigen Infrastruktur sowie von Transport- und Kommunikationsmitteln resultiert demnach einerseits eine zunehmende Angleichung von Produktions- und Konsumtionsmustern; andererseits werden aber ganze Weltregionen systematisch auf den unteren Stufenleitern der internationalen Arbeitsteilung gehalten. Ungleiche Entwicklung ist also sowohl das Produkt als auch die Bedingung für eine gelingende Kapitalakkumulation. David Harvey hat hierfür den Begriff des spatio-temporal fix eingeführt. Mit diesem Begriff kann die raumzeitliche Mobilisierung aber auch die raumzeitliche

Fixierung von Kapital und Arbeit als Strategie für eine – immer nur temporär aufrecht zu erhaltende – Lösung von Überakkumulationskrisen beschrieben werden (Harvey, 2004: 207ff).

Mit der oben beschriebenen „Enträumlichung“ und „Entzeitlichung“ der Herstellung von Lebensmitteln wird also eine extrem ungleiche internationale Arbeitsteilung stabilisiert bzw. immer wieder neu hergestellt. Die Standortkonkurrenz verschiedener Produktionsstandorte spielt dafür eine wesentliche Rolle. Die Komplexität moderner Produktionsnetzwerke bedingt allerdings auch eine hohe Störanfälligkeit von Produktions- und Distributionsvorgängen. Gerade dieser Umstand ist es, der politische Handlungspotentiale mit sich bringen kann.

Güterkettenforschung – der „Global Commodity Chain“-Ansatz und der „Global Value Chain“-Ansatz

Das Gros der aktuellen GCC (Global Commodity Chain) und GVC (Global Value Chain) – Literatur konzentriert sich „auf das Upgrading von individuellen Unternehmen im Kontext einer bestimmten Wertschöpfungskette“ (Bair 2010: 35), das heisst also auf die Möglichkeit für private Unternehmen, in einer spezifischen Warenkette „aufzusteigen“, sprich günstigere Verkaufskonditionen zu erlangen oder einen höheren Grad der Wertschöpfung einzubehalten. Dieser Ansatz wird den Konkurrenz- und Verdrängungsmechanismen, die dem globalen Kapitalismus innewohnen, nicht gerecht. Auch wenn einzelne Firmen, wie auch einzelne Branchen in gewissen Regionen oder Ländern immer wieder in der Lage sind, ihre spezifische Position über eine gewisse Zeitspanne hinweg zu verbessern, wird dadurch gerade nicht das Konkurrenzprinzip angetastet – ganz im Gegenteil. Upgrading auf der einen Seite bedeutet immer auch ein „Downgrading“ an einem anderen Ort oder zu einer anderen Zeit. Eine beträchtliche Anzahl an sogenannten Entwicklungsländern verharrt unverändert im ökonomischen Abseits der Weltwirtschaft; diese Länder dienen als Extraktionsökonomien, auf die die moderne Warenproduktion fast ausnahmslos angewiesen ist.

Auch Plank und Staritz bemängeln an der konventionellen Güterkettenforschung zurecht, dass „the initial critical impetus has been partly lost over the last decade, particularly due to the increasing dominance of the GVC approach“ (Plank / Staritz 2009: 10). Im Gegensatz zu holistischen und auf die Makro-Ebene konzentrierten Ansatz der Güterketten – stark beeinflusst von der Weltsystemtheorie - „much of the recent chains literature (...) has become increasingly oriented analytically towards the meso level of sectoral dynamics and/or the micro level of firm upgrading“ (ebd.). Plank und Staritz kritisieren, dass viele aktuelle Forschungen „depart from the increasingly narrowing agenda and 'discourses of innovation, learning, upgrading and economic growth', as well as from the ontological assumptions that global production networks are generally 'positive' forces

with regard to industrial upgrading“ (ebd.: 10 f).

Ein zweites zentrales Problem ist, dass „the current literature has to a large extent focused on the analysis of TNCs and inter-firm relations to the detriment of relations between firms and non-firm actors“ (ebd.: 11). Damit geht allerdings ein entscheidender Aspekt für die Analyse verloren: Die Wichtigkeit „of (pre-) existing structures and thus of the institutional and regulative contexts within which production networks are embedded and (re-)produced by firm and non-firm actors“ wird nicht erkannt (ebd.).

Schlechte „terms of trade“ basieren in der Regel auf der geopolitischen Konstellation und den zutiefst ungerechten Welthandelsstrukturen. Das wohl schwerwiegendste Manko der aktuellen GVC-Literatur ist aber wohl zweifelsohne, dass „workers are rarely mentioned in chain and networking approaches, as the firm is generally treated as a 'black box'“ (ebd.: 13). Wenn Arbeiter_innen aber erwähnt werden, dann werden sie oft als homogene Gruppe dargestellt, „despite important differences regarding gender, qualification, ethnicity or status (e.g. informal, migrant, temporary)“ (ebd.). Klassische Wertschöpfungsketten-Theorien sind somit Theorien, die das Kapital affirmativ in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken.

Wichtig wäre hingegen, „labour“ stärker in den Fokus der Betrachtung zu rücken. So betont auch Martin Franz: „(...) labour plays a fundamental role in GPNs. Labour in the abstract sense refers to all the work involved in securing continued accumulation in a capitalist system. (...) GPNs are ultimately networks of embodied labour“ (Franz 2010: 282).

Laut Plank und Staritz geht die konventionelle Literatur davon aus, „that upgrading automatically benefits workers“. Entgegen dieser Annahme sollte eigentlich nicht erst erwähnt werden müssen, dass „potential rewards from upgrading efforts may not be passed on to workers in the form of higher wages, greater job security or improved working conditions“ (Plank / Staritz 2009: 13). Auch Jennifer Bair betont, dass Unternehmen, die erfolgreich an globalen Wertschöpfungsketten teilnehmen, die Gewinne selbstredend nicht automatisch an Arbeiter_innen in Form höherer Löhne, größerer Beschäftigungssicherheit oder verbesserter Arbeitsbedingungen weitergeben (Bair 2010: 36). Im Gegenteil: Ein Prozess, der sich aus der Sicht der entsprechenden Firma als „upgrading“ verbuchen lässt, ist oftmals mit einem „downgrading“ für die Arbeiter_innen verbunden. Dies aus dem einfachen Grund, da oftmals erst ein „Aufstieg“ in der Wertschöpfungskette eine verstärkte Einbettung in transnationale Wettbewerbsdynamiken zur Folge hat – was wiederum den Druck auf Rationalisierung und Flexibilisierung steigen lässt.

Falls ein „upgrading“ allerdings auch für Arbeiter_innen einer Region oder eines Landes positive Effekte zeitigt, so ist die Kehrseite dieser positiven Entwicklung in vielen Fällen die simple geographische Verschiebung von Überausbeutung und Umweltzerstörung: Entsprechend der

globalen Wettbewerbsdynamik wechselt die Produktion am unteren Ende der Wertschöpfungskette einfach den Ort. In anderen Worten: Das „upgrading“ der ehemals unterprivilegiertesten Region in der Wertschöpfungskette wird in der Regel erst möglich, wenn eine Region gefunden ist, die für das Kapital noch günstigere Produktionsbedingungen verspricht.

Somit zeigt sich, dass der Diskurs vom „industriellen upgrading“ lediglich dann Berechtigung hat, wenn ein Land oder eine Region isoliert betrachtet wird. Wenn ein wissenschaftlicher Ansatz globaler Güterketten oder Produktionsnetzwerke seinem Namen gerecht werden will, sprich die *globalen* Implikationen von „upgrading“ erfasst werden sollen, so ist es unabdingbar, einen Theorieansatz zu wählen, der die historische Expansion der kapitalistischen Produktionsweise unter die Lupe nimmt. Karl August Wittfogel spricht in diesem Zusammenhang von den Phänomenen der „Aktualisierung und Entaktualisierung bestimmter Teile oder Eigenschaften der Natur (...), die dem Menschen infolge einer im Laufe des Arbeitsprozesses erfolgten Standpunktänderung wichtig zu werden beginnen, oder die aus eben diesen Gründen aufhören, für seinen Produktionsprozess weiterhin von Bedeutung zu sein“ (Wittfogel 1929: 482). Jörg Flecker bezeichnet die Tendenz des globalen Kapitalismus, ständig auf der Suche nach dem größtmöglichen Profit zu sein, damit, dass stets „ein Teil der Karawane weiterzieht“ (Flecker 2010: 52). Im Gegensatz zur Upgrading-Fokussierung der traditionellen GCC Modelle „wäre es vorteilhaft, mehr Augenmerk auf die strukturelle Beschaffenheit des zeitgenössischen Kapitalismus zu richten“ (Bair 2010: 38). Bair argumentiert mit Verweis auf Arrighi (1994): „Eine Reihe von Analysen begreift die Finanzialisierung des globalen Kapitalismus unter US-Schirmherrschaft als zentral für das Verständnis einer Reihe von Phänomenen, die mit der zeitgenössischen Ära verbunden werden: Die Deindustrialisierung der Zentren, das ostasiatische 'Wunder' einerseits und die 'verlorene Dekade' Lateinamerikas andererseits sowie der Washington Konsens“ (ebd.: 38). Somit wäre die Entwicklung hin zum Neoliberalismus seit Beginn der 80er Jahre ins Blickfeld gerückt. Bair zitiert Arrighi an dieser Stelle direkt und argumentiert, dass die Glieder und Knotenpunkte in Güterketten weltweit durch steigenden Wettbewerb gekennzeichnet sind, was zur Folge hat, dass „the industrialisation of the semiperiphery and periphery has ultimately been a channel, not of subversion, but of reproduction of the hierarchy of the world economy“ (ebd.: 39). In diesem Sinn ist auch das Schlusspläoyer von Bair sinnvoll: Es sei wichtig, Verständnis zu fördern „nicht nur hinsichtlich der Frage, wie die Dynamiken der Güterketten für industrielles Upgrading auf der Unternehmensebene genutzt werden können, sondern insbesondere dafür, wie diese Ketten und die politischen und sozialen Verhältnisse, in die diese eingebettet sind, zum Prozess ungleicher Entwicklung beitragen, die den globalen Kapitalismus kennzeichnet“ (ebd.).

Konfliktorientierung statt kapitalistischem Fortschrittsoptimismus

Das Verständnis des konservativen GGK Ansatzes ist nicht in der Lage, gesellschaftliche Antagonismen und Konflikte zu analysieren, da dieser Blickwinkel eine spezifische Art von kapitalistischem Fortschrittsoptimismus verkörpert, der suggeriert, dass durch schrittweises „upgrading“ Armut und Not aus der Welt geschafft werden könnten.

Dies hat seine Ursache in der Orientierung der Forschung hin auf die „Möglichkeiten und Bedingungen von Kooperation und Konsens“ sowie auf Kompromisse im kapitalistischen Normalbetrieb. „Konflikte werden eher als störend empfunden und zuvorderst als unmittelbare politische Konflikte angenommen, die durch Argumentieren oder Verhandeln überwunden werden können. Politikwissenschaftlich zeigt sich das an der Dominanz der Regimetheorie zumindest in der englisch- und deutschsprachigen Diskussion“ (Brand 2010a: 239).

Brand schlägt vor, der Analyse von gesellschaftlichen Konflikten, der Konflikthaftigkeit und Umkämpftheit von gesellschaftlichen Prozessen eine größere Rolle beizumessen und eine theoretische Grundlage zu geben.²⁶

Durch die Wahl einer historisch-materialistischen Gesellschaftsanalyse könne es laut Brand gelingen, „neben Kooperation, Konsens, Kompromiss und Konkurrenz – Konflikte und ihre Bearbeitung in spezifischer Weise in den Blick“ zu nehmen (ebd.).

Brand geht davon aus, dass sich in kapitalistischen Gesellschaften mit den ihnen spezifischen Formen der Lohnarbeit, von Geld und Kapital sowie des kapitalistischen Staats notwendigerweise antagonistische Verhältnisse herausbilden. Diese werden prozessierbar gemacht und in einer bestimmten Weise neutralisiert und institutionalisiert. „Diese Bearbeitung erfolgt über Konflikte, Konkurrenz, Kompromisse, Konsense und Kooperation und ermöglicht überhaupt erst die dynamische Reproduktion der (Welt-)Gesellschaft“ (ebd.: 240).

Aus der Perspektive der historisch-materialistischen Gesellschaftsanalyse gehen gesellschaftliche Konflikte auf die spezifische Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zurück, die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt wirksamäßig ist. In diesem Sinn wird in der vorliegenden Forschungsarbeit versucht, die Arbeitsteilung in der dualen Geschlechter-Matrix, zwischen Klassen, und weiter unterteilt, zwischen „einheimischen“ und „migrantischen“ Arbeiter_innen, zwischen Bürger_innen des globalen Nordens und des globalen Südens, zwischen indigener und nicht-

26 Brand formuliert: „Konflikte bestehen dort als manifeste, wo (kollektive) Akteure in der Lage sind, sich gegen bestehende Verhältnisse zu artikulieren und sie zu verändern versuchen – und andere Akteure eben die bestehenden Verhältnisse verteidigen oder in eine andere Richtung verändern wollen“ (ebd.). Der Begriff der Hegemonie, der eine Form bürgerlicher Herrschaft bezeichnet, in der Zwangselemente hinter jene von Konsens und Kompromiss zurücktreten, ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis von Konflikthaftigkeit von Gesellschaften. Brand argumentiert, dass der Hegemoniebegriff „Hinweise auf die Reichweite von Konflikten bzw. die Formen der Konfliktaustragung“ (ebd.) geben kann.

indigener Bevölkerung etc. zu beleuchten und auf ihre spezifischen Machteffekte zu befragen. In dieser Perspektive wird Konfliktualität betrachtet als gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Aneignung von gesellschaftlich produziertem Reichtum, aber auch um den Zugang zu natürlichen Ressourcen (oder weiter gefasst: die Verfügbarkeit von Produktionsmitteln), zu Rechten sowie um Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung.

Triebkraft für die Konfliktualität ist das dem Kapitalverhältnis innewohnende Prinzip der Konkurrenz (zwischen einzelnen Unternehmen, „Standorten“, Staaten, Weltregionen etc.) sowie Formen von Herrschaft, die nicht zwingend an das Kapitalverhältnis gebunden sind, wie Rassismus oder Sexismus.

Für die vorliegende Arbeit ist die Analyse der Konflikte rund um die Produktion von (Winter-) Gemüse wichtig, weil so die relative Stabilität, aber auch die Brüchigkeiten in der Wertschöpfungskette von Obst und Gemüse herausgearbeitet werden können. Diese Analyse ist wichtig, um zu einer Einschätzung des Potentials für gegenhegemoniale Akteur_innen wie Gewerkschaften, NGOs, soziale Bewegungen und kritische Wissenschaft zu kommen – sprich im Sinne der Lohnabhängigen, der Konsument_innen und im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft. Am Beispiel von Almería soll in dieser Arbeit gezeigt werden, dass das „upgrading“ der landwirtschaftlichen Produktion in der Region mit einem permanenten „downgrading“ für die Arbeiter_innen einhergegangen ist. So funktioniert die Region von Almería für landwirtschaftliche Arbeiter_innen oftmals wie ein „Durchlauferhitzer“: Arbeiter_innen, die den Wert ihrer Arbeitskraft „upgraden“ konnten – beispielsweise weil sie einen legalen Aufenthaltsstatus erreicht haben – werden unmittelbar durch Arbeiter_innen, die aufgrund von Illegalisierung unterprivilegiert sind, ersetzt.

4.2. Prozesse ursprünglicher Akkumulation und Freisetzung von Arbeitskräften – zum komplexen Verhältnis von Landwirtschaft und Migration

Vielfach wurde betont, dass die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung stets auch eine Geschichte der Freisetzung und Mobilmachung von Arbeitskräften war (Marx 1968: 741 ff; Mies 1988; Harvey 2004). Dem voran gingen Prozesse der Enteignung und Einhegung. Karl Marx prägte dafür den Begriff der ursprünglichen Akkumulation²⁷. In diesem Kapitel soll das Verhältnis zwischen ursprünglicher Akkumulation und den Dynamiken von Flucht, Vertreibung und Migration sowie den Bedingungen der prekären Lohnarbeit für Arbeitsmigrant_innen behandelt werden. Dazu werden in einem ersten Schritt die Überlegungen von Karl Marx zur ursprünglichen Akkumulation, wie sie im 24. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals erklärt werden, nachvollzogen. Darauf folgt ein Abschnitt über die große Hungersnot in Irland Mitte des 19. Jahrhunderts und die Rolle, die die kapitalistische Entwicklung jener Zeit sowie die Auswanderung der Ir_innen nach Amerika darin spielte. Schließlich wird der Versuch unternommen, den Begriff der ursprünglichen Akkumulation auf heutige Enteignungsprozesse anzuwenden und deren Wechselwirkung mit aktuellen Dynamiken der Migration, die für den Gegenstand der vorliegenden Arbeit von Bedeutung sind, zu diskutieren.

Der Begriff der ursprünglichen Akkumulation

Nach Marx setzt die kapitalistische Produktion voraus, dass im doppelten Sinne freie Arbeiter_innen, also frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber auch frei von Produktionsmitteln, auf Eigentümer_innen von Produktionsmitteln und Kapital zum Ankauf von Arbeitskraft treffen. Diese „doppelte Freiheit“ wird erst durch den Prozess der ursprünglichen Akkumulation geschaffen. Es handelt sich dabei um einen gewaltvollen Prozess, „worin große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden“ (Marx 1968: 744). Nach Marx ist also die ursprüngliche Akkumulation „nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel. Er erscheint als 'ursprünglich', weil er die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise bildet“ (ebd.: 660). Marx fügt hinzu, dass die „Expropriation der Arbeiter von Grund und Boden (...) die Grundlage des ganzen Prozesses“ sei.

Als prototypisches Beispiel dieser Entwicklung gilt seit Marxens Ausführungen zur ursprünglichen

27 Der Begriff „ursprüngliche Akkumulation“ wird von Marx von den Ökonomen seiner Zeit übernommen. Wie Marx in der Schrift „Lohn, Preis und Profit“ festhält, sollte man, „was die Ökonomen als 'vorgängige oder ursprüngliche Akkumulation' bezeichnen“, seiner Ansicht nach vielmehr als „ursprüngliche Expropriation“ (Enteignung) fassen“ (Marx 1976b: 131), da dieser den gewaltsamen Charakter des Prozesses klar macht. Marx bleibt bei seinen Ausführungen in der Regel beim Begriff der „ursprünglichen Akkumulation“, ohne jedoch die Gewalt, die sich dahinter verbirgt, zu relativieren.

Akkumulation die Durchsetzung der Weidewirtschaft im England Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts (ebd.: 664). Zu dieser Zeit gelang es den britischen Gutsbesitzern durchzusetzen, dass Grund und Boden, der vormals als Ackerland zur Subsistenzproduktion bzw. zur Versorgung der lokalen Bevölkerung gedient hatte, nun für die Schafzucht und somit für die Produktion von Wolle für die aufstrebende Textilindustrie verwendet wurde. Das Land wurde buchstäblich eingehetzt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde der bekannte Spruch „Schafe fressen Menschen“ geprägt – die Schafzucht der Großgrundbesitzer wurde zum Symbol für Verarmung und Hunger eines großen Teils der britischen bäuerlichen Bevölkerung. Marx zur „Usurpation des Gemeindelandes“: „Den unmittelbaren Anstoß dazu gab in England namentlich das Aufblühn der flandrischen Wollmanufaktur und das entsprechende Steigen der Wollpreise.“ Aus diesem Grund war für den Feudaladel jener Zeit die Umwandlung von Ackerland in Schafweide das Gebot der Stunde. Marx zitiert in den entsprechenden Passagen Chronisten jener Zeit, die von einer „entvölkerten Usurpation der Gemeindeländereien (depopulating inclosures) und die ihr auf dem Fuß folgende entvölkernde Weidewirtschaft (depopulating pasture)“ sprechen (ebd.: 664).

Während die Enteignungsprozesse in Form der Umwandlung von Ackerfläche in Viehweide zunächst von der Gesetzgebung bekämpft werden, wird im 18. Jahrhundert „das Gesetz selbst (...) zum Vehikel des Raubs an Volksland“ (ebd.: 669). „Die parlamentarische Form des Raubs ist die der 'Bills for Inclosures of Commons' (Gesetze für Einschluß des Gemeindelandes), in andren Worten Dekrete, wodurch die Landlords Volkseigentum sich selbst als Privateigentum schenken, Dekrete der Volksexpropriation“ (ebd.: 669ff). Chronisten jener Zeit stellen fest, dass so eine große Masse an Menschen entsteht, „die ihre Subsistenz durch Arbeit für andre gewinnen müssen und gezwungen sind, für alles, was sie brauchen, zu Markte zu gehn“ (ebd.: 671).

Eine Konsequenz dieses Enteignungsprozesses war die Abwanderung großer Teile der ländlichen Bevölkerung in die aufstrebenden Industriemetropolen Großbritanniens. Dies entsprach durchaus den Interessen der herrschenden Klasse jener Zeit. Marx zitiert einen Verfechter der Politik der „inclosures“: „Es ist ein durchaus falscher Schluss, dass Entvölkern vorhanden, weil man Leute nicht länger ihre Arbeit im offnen Feld verschwenden sieht. Sind ihrer jetzt weniger auf dem Land, so sind ihrer desto mehr in den Städten... Wenn nach Verwandlung kleiner Bauern in Leute, die für andre arbeiten müssen, mehr Arbeit flüssig gemacht wird, so ist das ja ein Vorteil, den die Nation (Marx fügt ein: 'wozu die Verandelten natürlich nicht gehören') wünschen muss... Das Produkt wird größer sein, wenn ihre kombinierte Arbeit auf einer Pacht angewandt wird: so wird Surplusprodukt für die Manufakturen gebildet, und dadurch werden Manufakturen, eine der Minen dieser Nation, im Verhältnis zum produzierten Kornquantum vermehrt“ (ebd.: 672). Marx rückt diese naive Darstellung ins rechte Licht, wenn er kommentiert, dass dem Autor die „ganze Reihe

von Raubtaten, Greueln und Volksdrangsalen, welche die gewaltsame Volksexpropriation vom letzten Drittel des 15. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts begleiten, unerwähnt lässt“ (ebd.). Die exproprierten Bauern und Bäuerinnen landeten als Billigarbeitskräfte in den aufstrebenden Industrien Englands und Schottlands, wanderten aus oder wurden zwangsweise nach Übersee verschifft. Marx schreibt dazu: „Im 18. Jahrhundert wurde zugleich den vom Land verjagten Gaalen die Auswanderung verboten, um sie gewaltsam nach Glasgow und andren Fabrikstädten zu treiben“ (ebd.: 674). Gleichzeitig berichtet Marx, dass im Jahr 1860 „gewaltsam Exproprierte nach Kanada exportiert (wurden) unter falschen Versprechungen. Einige flohen in die Berge und benachbarte Eilande. Sie wurden von Polizisten verfolgt, kamen zum Handgemenge mit ihnen und entkamen“ (ebd.).

Marx geht ausführlich auf die Expropriationen ein, die von der Herzogin von Sutherland durchgeführt wurden: „Diese ökonomisch geschulte Person beschloss gleich bei ihrem Regierungsantritt eine ökonomische Radikalkur vorzunehmen und die ganze Grafschaft, deren Einwohnerschaft durch frühere, ähnliche Prozesse bereits auf 15.000 zusammengeschmolzen war, in Schaftrift zu verwandeln. Von 1814 bis 1820 wurden diese 15.000 Einwohner, ungefähr 3000 Familien, systematisch verjagt und ausgerottet. Alle ihre Dörfer wurden zerstört und niedergebrannt, alle ihre Felder in Weide verwandelt. Britische Soldaten wurden zur Exekution kommandiert und kamen zu Schlägen mit den Eingeborenen. Eine alte Frau verbrannte in den Flammen der Hütte, die sie zu verlassen sich weigerte (...). Den vertriebenen Eingeborenen wies sie am Seegestad ungefähr 6000 Acres zu, 2 Acres per Familie. Die 6000 Acres hatten bisher wüst gelegen und den Eigentümern kein Einkommen abgeworfen.“ Für die Nutzung dieses schlechteren Ackerbodens hob die Herzogin Pacht ein. Das geraubte Land hingegen „teilte sie in 29 große Schafpachten, jede bewohnt von einer einzigen Familie, meist englische Pachtknechte. Im Jahr 1825 waren die 15.000 Gaalen bereits ersetzt durch 131.000 Schafe“ (ebd.).²⁸

Im Zuge der ursprünglichen Akkumulation eroberte also der Feudaladel sowie die Kirchen „das Feld für die kapitalistische Agrikultur, einverleibten den Grund und Boden dem Kapital und schufen der städtischen Industrie die nötige Zufuhr von vogelfreiem Proletariat“ (ebd.: 678). Marx

28 „Tony Cliff (1917-2000) fasste die Sowjetunion kritisch als einen Staatskapitalismus und brachte sie mit der ursprünglichen Akkumulation in Verbindung. So argumentiert er analog zu Marx hinsichtlich der Vertreibung der englischen Bauernschaft von Grund und Boden, wenn er bezüglich der Entwicklung Russlands festhält, dass die Kollektivierung 'die landwirtschaftliche Produktion für die Bedürfnisse der industriellen Entwicklung verfügbar' machte, und fortfährt, dass sie 'die Bauern von ihren Produktionsmitteln (befreite) und einen Teil von ihnen in ein Arbeitskräfteervoir für die Industrie (verwandelte). Die übrigen wurden teils Bauern, teils Arbeiter und teils Leibeigene auf den Kolchosen.' Nach Cliff sei die ursprüngliche Akkumulation in Russland schneller und brutaler vonstatten gegangen als in England, 'Stalin vollbrachte in wenigen hundert Tagen, wozu England einige hundert Jahre gebraucht hatte. Das Ausmaß, in dem er es tat, und die Erfolge, die er erreichte, stellen die Taten der Herzogin von Sutherland (...) weit in den Schatten“ (vgl. wikipedia.org, Eintrag zum Begriff 'ursprüngliche Akkumulation'). Auch Leo Kofler (1907 – 1995) interpretierte den Stalinismus als nachgeholt ursprüngliche Akkumulation (ebd.).

beschreibt, wie sich die „aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten (...) nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustands finden“ konnten. „Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden...“ (ebd.: 679). So wurden Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts in Westeuropa Gesetze gegen Vagabundage erlassen. „Die Väter der jetzigen Arbeiterklasse wurden zunächst gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als 'freiwillige' Verbrecher und unterstellte, dass es von ihrem guten Willen abhänge, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten“ (ebd.). Die Gesetze gegen Vagabundage wurden unter Heinrich VIII im Jahr 1530 eingesetzt und von Edward VI im Jahr 1547 noch verschärft. Das Gesetz beinhaltete unter anderem, dass Arbeitsverweigerer „als Sklave der Person zugeurteilt werden (sollen), die ihn als Müßiggänger denunziert hat.“ Bei versuchter Flucht sollte die betreffende Person „auf Stirn oder Backen mit dem Buchstaben S gebrandmarkt (werden), wenn sie zum drittenmal fortläuft, als Staatsverräter hingerichtet werden.“ Die Besitzer der Sklav_innen konnten diese „verkaufen, vermachen, als Sklaven ausdingen, ganz wie andres bewegliches Gut und Vieh (...). Findet sich, dass ein Herumstreicher drei Tage gelungert hat, so soll er nach seinem Geburtsort gebracht, mit rotglühendem Eisen auf die Brust mit dem Zeichen V gebrandmarkt, und dort in Ketten auf der Straße oder zu sonstigen Diensten verwandt werden“ (ebd.). „Zu Elisabeths Zeiten (1572, Anm.) wurden Landstreicher reihenweise aufgeknüpft; indes verstrich gewöhnlich kein Jahr, worin nicht 300 oder 400 an einem Platz oder dem andren dem Galgen anheimfielen“ (ebd.: 681). Diese gesetzlichen Anordnungen, die auch in anderen Ländern Westeuropas bestanden, wurden erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufgehoben.

Marx kommentiert treffend: „So wurde das von Grund und Boden gewaltsam exproprierte, verjagte und zum großen Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefollert“ (ebd.: 681).

So geschehen, stehen nun für das Kapital sowohl Lohnarbeiter_innen als auch fixes Kapital in Form von Grund und Boden zu Verfügung: „Mit dem freigesetzten Teil des Landvolks werden also auch seine früheren Nahrungsmittel freigesetzt. Sie verwandeln sich jetzt in stoffliches Element des variablen Kapitals. Der an die Luft gesetzte Bauer muß ihren Wert von seinem neuen Herrn, dem industriellen Kapitalisten, in der Form des Arbeitslohns erkaufen. Wie mit den Lebensmitteln, verhielt es sich mit dem heimischen agrikolen Rohmaterial der Industrie. Es verwandelte sich in ein Element des konstanten Kapitals“ (ebd.: 689ff). So wird nun also auch ein innerer Markt geschaffen: „Die Expropriation und Verjagung eines Teils des Landvolks setzt mit den Arbeitern nicht nur ihre Lebensmittel und ihr Arbeitsmaterial für das industrielle Kapital frei, sie schafft den

inneren Markt. Der Pächter verkauft nun als Ware und massenhaft Lebensmittel und Rohmaterial, die früher großenteils von ihren ländlichen Produzenten und Verarbeitern als unmittelbare Subsistenzmittel verzehrt wurden. Die Manufakturen liefern ihm den Markt. Andrereits konzentrieren sich nicht nur die vielen zerstreuten Kunden, die von den vielen kleinen Produzenten ihre lokale Detailzufuhr bezogen, in einen großen Markt für das industrielle Kapital; ein großer Teil der früher auf dem Land selbst produzierten Artikel wird in Manufakturartikel verwandelt, und das Land selbst in einen Markt für ihren Verkauf. So geht Hand in Hand mit der Expropriation und Losscheidung früher selbstwirtschaftender Bauern von ihren Produktionsmitteln die Vernichtung der ländlichen Nebenindustrie, der Scheidungsprozeß von Manufaktur und Agrikultur“ (ebd.: 691). Dort wo früher geldlose Selbstversorgung stattgefunden hatte, muss nun für weite Teile der Reproduktion der Arbeitskraft ein Teil des Lohns verausgabt werden. Marx streicht die Bedeutung der Schaffung von inneren Absatzmärkten nachdrücklich heraus: „Und nur die Vernichtung des ländlichen Hausgewerbes kann dem inneren Markt eines Landes die Ausdehnung und den festen Bestand geben, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf“ (ebd.).

Des weiteren verweist Marx auf den großen Stellenwert derjenigen ursprünglicher Akkumulation, die durch imperialistische Expansion zustande kommt: „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. Auf dem Fuß folgt der Handelskrieg der europäischen Nationen, mit dem Erdgrund als Schauplatz“ (ebd.: 694). Die Schaffung von Reichtum in Europa beruht also wesentlich auf brutalste Enteignungsprozesse, auf ursprüngliche Akkumulation nicht nur innerhalb, sondern vor allem auch außerhalb des Kontinents: „Der außerhalb Europa direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floß ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital“ (ebd.: 697).

Karl Marx bleibt im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation eindeutig fortschrittsoptimistisch und hofft auf die emanzipatorischen Potentiale, die in derlei Konzentrationsprozessen stecken: „Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eignen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere

Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter expropriierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. (...) Hand in Hand mit dieser Konzentration oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit (...). Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werde expropriert“ (ebd.: 705). In der vorliegenden Arbeit wird versucht, nachzuweisen, dass dieser Entwicklungspfad v.a. im Lichte der ökologischen Krise des Planeten weder wünschenswert noch besonders wahrscheinlich ist (vgl. u.a. Kapitel 4.1.4.).

Ursprüngliche Akkumulation und Migration in Irland Mitte des 19. Jahrhunderts

Als in Irland Mitte des 19. Jahrhunderts die Große Hungersnot ausbrach, verließen in den zehn Jahren von 1845 bis 1855 schätzungsweise zwei Millionen Irinnen und Iren das Land. Ungefähr drei Viertel von ihnen wanderten nach Nordamerika aus, die restlichen 25 Prozent gingen nach Großbritannien und Australien. Schätzungsweise 500.000 bis 1. Mio. Menschen kostete die Hungersnot das Leben (vgl. Behr 2010: 96).

Manche Großgrundbesitzer förderten und finanzierten die Ausreise ihrer Pächter_innen, aus der Überlegung heraus, dass es günstiger käme, einmalig eine Überfahrt zu bezahlen als längerfristig für den Unterhalt in einem Armenhaus aufkommen zu müssen. Es gab Jugendliche, die kleine Straftaten begingen, um in Sträflingskolonien wie Australien deportiert zu werden, wo sie zwar unfrei sein würden, aber immerhin zu essen erhielten.

Auch nach der Hungersnot hielt die Auswanderung aus Irland an – bis um 1900 verließen jedes Jahr Zehntausende das Land. Die Bevölkerungszahl Irlands erreichte nie mehr den Stand vor der Hungersnot. 1901 wurde der Tiefpunkt mit 3,5 Millionen Einwohner_innen erreicht, seitdem stieg die Bevölkerungszahl von Irland wieder an.

Wie war es zu der Hungersnot gekommen? Irland stand seit 1541 unter englischer Herrschaft, der Boden in Irland war „privatisiert“ und gehörte den sogenannten „plantations“, englischen Großgrundbesitzern. Die irischen Bauern und Bäuerinnen bearbeiteten als Pächter_innen das Land,

bauten darauf Getreide und Kartoffeln an und hielten kleine Mengen Vieh. Getreide und tierische Produkte dienten zur Pachtzahlung an die Großgrundbesitzer und wurden nach England verfrachtet, wohingegen die Kartoffeln, welche einfach und billig anzubauen waren, das Grundnahrungsmittel der armen irischen Bevölkerung waren.

Irland war für das große britische Empire zu jener Zeit also eine Extraktionsökonomie, wie sie im Buche steht. Die Subsistenzproduktion der Bauern und Bäuerinnen, die über 70% der arbeitenden Bevölkerung ausmachten, war im Wesentlichen auf eine einzige Kultur geschrumpft, was sie gegenüber Naturkatastrophen und Krankheiten besonders anfällig machte (vgl. Behr 2010: 96 ff). Die Hungersnot veränderte Irland nachhaltig. Gleichzeitig blieb das Land peripherisiert und arm, die Auswanderung dauerte an. Karl Marx notierte im Jahr 1867 zur „Irischen Frage“ fragmentarisch: „Die Umwälzung des alten Agrikultursystems erst natürliche Folge der brachliegenden Felder. Fliehende Menschen. (Die Familien legten zusammen, um die Jüngsten und Wagemutigsten hinauszuschicken.) Daher natürlich Zusammenwerfung der kleinen Pachten und Verdrängung von Ackerbau durch Viehweiden. (...) Eine der unmittelbaren Folgen der irischen Katastrophe war die Abschaffung der Korngesetze. Damit verlor das irische Getreide sein Monopol des englischen Markts in gewöhnlichen Jahren. Fallen der Getreidepreise. Unmöglichkeit, die Renten zu zahlen. Gleichzeitig fortwährendes Steigen in den letzten 20 Jahren der Fleischpreise, Wolle und anderer tierischer Produkte. Ungeheuerer Aufschwung der Wollindustrie in England“ (Marx 1975: 448).

Das irische Beispiel zeigt auf tragische und eindrückliche Art und Weise das Schicksal weiter Teile der ländlichen Bevölkerung, die angesichts einer erbarmungslosen Naturkatastrophe, der Kartoffelfäule, aber auch Missständen mit klar benennbaren politischen Ursachen, fliehen. Die Getreide- und Tierproduktion sowie die Wollindustrie waren die „Cash Crops“ der damaligen Zeit. Im Gegensatz zu Hungerflüchtlingen heute stand den Irinnen und Iren jedoch die legale, ja sogar protegierte und aktiv geförderte Option der Auswanderung offen, zumindest solange der Hunger nicht jegliche Möglichkeit zur eigenmächtigen Gestaltung des Lebens zerstört hatte (vgl. Behr 2010: 96 ff).

Fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation

Eine Vielzahl an Wissenschaftler_innen hat nun darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche Akkumulation weder einmalig noch abgeschlossen ist. Rosa Luxemburg spricht in diesem Zusammenhang von „inhärent-kontinuierlicher ursprünglicher Akkumulation“. Samir Amin weist ebenfalls auf den permanenten Charakter der ursprünglichen Akkumulation hin und geht dabei kritisch auf Marx ein: „Marx (...) relegated this dispossession to a temporary phase of 'primitive

accumulation' that I, on the contrary, have described as permanent“ (Samir 2011).²⁹

David Harvey hat den andauernden Charakter der ursprünglichen Akkumulation mit dem Stichwort der „Akkumulation durch Enteignung“ beschrieben. Harvey betont des weiteren, dass es speziell seit dem Krisenjahr 2008 zu „neuen Schüben von ursprünglicher Akkumulation, die sich gegen indigene und bäuerliche Bevölkerungen richten“, gekommen ist (Harvey 2010: 2).

Auch feministische Wissenschaftler_innen wie Claudia von Werlhof, Maria Dalla Costa und Selma James haben immer wieder auf den permanenten Charakter der ursprünglichen Akkumulation verwiesen (Werlhof 1988; Dalla Costa/James 1973). Obwohl das Kapital darauf drängt, möglichst viele Bereiche des Lebens zu Waren zu machen, ist Reproduktionsarbeit wie Kindererziehung und Hausarbeit, die nicht direkt kommodifiziert wird, weiterhin notwendig. Diese Arbeit wird hauptsächlich von Frauen geleistet. Werlhof schlägt vor, nicht-entlohnte Arbeit als Rente zu betrachten, die neben dem Mehrwert aus der kapitalistischen Produktion in die Kapitalbildung eingeht. Ursprüngliche Akkumulation umfasst also nicht nur die Trennung von Produzent_innen von ihren Produktionsmitteln sondern auch den Raub der Rente, die in den Produktionsprozess eingeht, in Form von natürlichen Ressourcen und Reproduktionsarbeit.

Die Tatsache, dass die Prozesse der ursprünglichen Akkumulation bei weitem nicht abgeschlossen sind, wird auch durch den Umstand verdeutlicht, dass weltweit große Menschenmassen nach wie vor zu einem mehr oder weniger großen Teil von subsistenzorientierter Landwirtschaft leben. Im globalen Maßstab setzte sich die Zerstörung bäuerlicher Lebensgrundlagen bis heute bei weitem nicht zur Gänze durch: Nach wie vor leben im weltweiten Maßstab knapp die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung (je nach Zählung 1,3 bis 1,7 Milliarden Menschen) ganz oder teilweise von erwähnter subsistenzorientierter Landwirtschaft – die große Mehrheit davon im subsaharischen Afrika, auf dem indischen Subkontinent, in Südostasien und Ostasien.³⁰

29 Amin vertieft sein Argument imperialistisch und schreibt: „I have described imperialism as a 'permanent phase of capitalism' in the sense that globalized historical capitalism has built up, and never ceases from reproducing and deepening, the center / periphery polarization“ (Amin 2011).

30 Selbst Europa blieb bis in die 1950er Jahre sehr stark agrarisch geprägt: Noch am Vorabend des Zweiten Weltkriegs waren Großbritannien und Belgien die einzigen beiden Industrieländer, in denen weniger als 20 Prozent der Einwohner_innen direkt mit Landwirtschaft bzw. Fischerei zu tun hatten. Erst im Zeitalter des Spätfordismus wurde die Zahl der Bauern und Bäuerinnen zumindest in westeuropäischen Gesellschaften auf unter 10 Prozent der Erwerbspersonen dezimiert.

In Westeuropa konnte die massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften aus der Primärproduktion, die noch in den 50er, 60er und 70er Jahren stattfand, größtenteils durch die Einbindung der ehemaligen Bauern und Bäuerinnen bzw. der jungen Generation aus bäuerlichen Familien in Strukturen des fordistischen Leistungs- und Wohlfahrtsstaates abgedeckt werden. Die konjunkturelle Entwicklung ließ es zu, dass eine große Anzahl von Arbeitskräften in neuen Wirtschaftszweigen – vor allem dem industriellen Sektor – Beschäftigung fanden.

Ungleicher fragiler war der Klassenkompromiss allerdings in gewissen Ländern der westeuropäischen Peripherie: Im frankistischen und postfrankistischen Spanien beispielsweise tobten im Süden des Landes bis in die 80er Jahre Klassenkämpfe des Landproletariats, das durch Modernisierungs- und Maschinisierungs-Schübe im landwirtschaftlichen Sektor schlachtweg „überflüssig“ gemacht werden sollte. Ein wesentliches Merkmal der Landwirtschaftspolitik in Spanien bestand in der Repression gegen Kleinbauer_innen und Landarbeiter_innen. Beide Gruppen hatten im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der republikanischen Truppen gestanden und

Es wäre also grob fahrlässig und schlichtweg eurozentristisch, subsistenzorientierte Landwirtschaft im 21. Jahrhundert als Randphänomen ökonomischer Realität abzustempeln. Umso bedeutsamer ist aus diesem Grund die kritische Analyse von Prozessen fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation, sprich der Zerschlagung von noch existierenden bäuerlichen Lebensgrundlagen, von Einhegungen und Vertreibungen.³¹

Im folgenden soll also der Versuch unternommen werden, zu klären, welche kontemporären Formen von ursprünglicher Akkumulation sich bestimmen lassen. Für die vorliegende Arbeit ist eine dementsprechende Untersuchung v.a. deshalb wichtig, weil die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrant_innen in Almería erst vor dem Hintergrund der ökonomischen Situation in ihren Herkunftsländern zu verstehen sind. Dabei geht es darum, gewaltförmige Ursachen von Flucht und Migration zum Thema der wissenschaftlichen und politischen Diskussion zu machen.

Gregor Samsa nennt in seinen Thesen zu „globale Landwirtschaft, Migration & Mega-Cities“, die im Sammelband „Peripherie & Plastikmeer“ (Samsa 2008) erschienen sind, eine Reihe von Ursachen für die fortwährende Zerschlagung bäuerlicher Lebensgrundlagen in den letzten Jahrzehnten: Die Strukturanpassungsprogramme des IWF seit den frühen 1980er Jahren, der Abbau der Zölle für landwirtschaftliche Produkte, forcier durch die WTO, die gezielte Ausweitung der auf Großplantagen betriebenen Exportproduktion – einschließlich der Produktion von Agrartreibstoffen, der fehlende Zugang zu (unbelastetem) Wasser, nicht selten verursacht durch Privatisierungen sowie

kämpften nach dem Zweiten Weltkrieg – und zum Teil bis heute – weiterhin für eine umfassende Bodenreform. Die Verhinderung dieser Bestrebungen und die Niederschlagung der dafür eintretenden Gruppen war ein wesentliches Merkmal für die Konstituierung des faschistischen Regimes in Spanien. Auf der Grundlage der Zerschlagung dieser (agrar-) revolutionären Bewegungen war es lange Zeit nicht nötig, Hegemonie herzustellen – die Unterdrückung und Marginalisierung weiter Teile des Landproletariats wurde durch direkte staatliche Gewalt sowie durch die Armut „erledigt“.

Gleichwohl gelang es in den industriellen Kernländern Europas von den 50er Jahren an, die Anzahl an landwirtschaftlichen Betrieben beträchtlich zu reduzieren und gleichzeitig Hegemonie abzusichern, sprich: den Ausbruch größerer Klassenkämpfe von Bäuer_innen, die durch strukturelle Zwänge zum Aufgeben ihres Hofes mehr oder weniger gezwungen waren, zu verhindern. V.a. in Frankreich muss diese Tatsache allein aus dem Grund zu denken geben, da innerhalb der letzten 50 Jahre der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 30% auf 3% sank (vgl. Choplin/Strickner/Trouvé 2011). Obwohl es in Frankreich eine starke Tradition ländlicher sozialer Kämpfe gibt, gelang es dem herrschenden Block selbst in den Jahren um 1968, eine Ausbreitung der Kämpfe auf ländliche Regionen weitgehend zu verhindern.

31 Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass es sich meist nicht um reine Subsistenzproduktion handelt. Samsa (2008) betont, dass immer mehr Familien im globalen Süden ihr Einkommen aus einem Mix kleinbäuerlicher Produktion einerseits sowie selbstständiger bzw. lohnabhängiger Beschäftigung im nicht-agrarischen Bereich andererseits bestreiten. Viele Arbeitsverhältnisse im nicht-agrarischen Bereich würden jedoch in den informellen Sektor fallen; es handelt sich also meist um extrem prekäre Arbeit und nicht um Beschäftigungsverhältnisse nördlichen Zuschnitts. Oft können sich Familien auch nur über Wasser halten, indem sie auf „remittances“, also Rücküberweisungen von Familienmitgliedern, die außerhalb des Landes arbeiten, zählen. Diese Rücküberweisungen kompensieren oft jene Löcher, welche in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten durch die neoliberalen, von IWF, Weltbank & Co. aufgenötigten Strukturanpassungsprogramme in öffentlichen und privaten Haushalten entstanden sind (vgl. Bernau 2011: 26ff). Migrant_innen gleichen also oftmals mit transnationalen Beschäftigungsverhältnissen die destabilisierenden Effekte der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in ihren Herkunftsländern aus.

durch die Vormachtstellung transnationaler Konzerne und Supermarktketten in der Agrar-Wertschöpfungskette. Samsa betont, dass es bei Lebensmitteln weltweit nur noch dreißig Supermarktketten sind, welche ein Drittel des gesamten Handels abwickeln. Diese Tatsache ist schwerwiegender, als sie auf den ersten Blick vermuten lässt: Supermarktketten und Discounter drücken die Agrarpreise nicht nur in denjenigen Ländern, in denen sie traditionell verankert sind. Durch ihre Expansion – ermöglicht u.a. durch oben erwähnten Abbau von Handelsbarrieren zu Beginn der 80er Jahre - üben sie mittlerweile beträchtlichen Druck auf die Produzent_innen und lokalen Märkte peripherer Gesellschaften aus. Am augenscheinlichsten vollzieht sich diese Entwicklung in ehemals sehr agrarisch geprägten Gesellschaften der früheren Staaten des Warschauer Pakts wie Polen oder Rumänien. Aber auch in Südostasien oder afrikanischen Staaten wie Kenia gewinnen Supermarktketten an Terrain. Die Verdrängungsprozesse betreffen nicht nur die landwirtschaftliche Produktion selbst sondern auch die Straßen- und Kleinmärkte, die in Ländern des globalen Südens für breite Teile der Bevölkerung Arbeitsplätze bereitstellen. In Vietnam beispielsweise würde eine Arbeitskraft im Supermarkt 4 bis 5 Straßenhändler_innen ersetzen, so Samsa. Das stiftet nicht nur Verarmungsdynamiken, vielmehr kommt es dadurch auch zur Verödung ganzer Stadtteile oder Dörfer und somit zur Zerstörung von Nachbarschaftsnetzwerken – einschließlich des Wegfalls wohnortnaher Versorgungsmöglichkeiten (vgl. ebd. bzw. ausführlich in Kapitel 9.3.).

Bäuerliche Landwirtschaft ist rund um den Globus des weiteren von den zunehmenden Folgen des Klimawandels gefährdet. Die Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsgrundlagen und der Klimawandel stehen dabei in einem sich wechselseitig verstärkenden Verhältnis: Je mehr Kleinbauer_innen ihre Existenzgrundlagen verlieren, desto stärker ist auch die Erderwärmung. Darauf wird im speziellen im Atlas der Globalisierung zum Schwerpunkt „Klimawandel“, herausgegeben von der Zeitung „Le Monde Diplomatique“, hingewiesen (2007). Aus diesen Gründen wurde in bäuerlichen Widerstandsnetzwerken wie der Via Campesina der Slogan geprägt: „Small farmers cool the planet“. Dabei ist stets zu unterstreichen, dass die Folgen des Klimawandels nicht an allen Orten gleich ausfallen. Karl-Albrecht Immel betont: „Kein anderer Kontinent wird in den kommenden Jahrzehnten so vom Klimawandel betroffen sein wie Afrika. Dürren und Überschwemmungen werden zunehmen, der steigende Meeresspiegel die Siedlungsgebiete von Millionen Küstenbewohnern vor allem an der Westküste gefährden. Schon heute wird in vielen Ländern die Wasserversorgung immer schwieriger. (...) Besonders gravierende Folgen wird der Klimawandel für die Landwirtschaft haben. Kürzere Vegetationsperioden werden zu geringeren Ernten führen. In Nord- und Westafrika werden wichtige Anbaufrüchte wie Mais,

Hirse und Sorghum kaum noch gedeihen. Der Weizen wird in den kommenden 70 Jahren ganz aus Afrika verschwinden. Steigende Temperaturen bedrohen den Teeanbau in Kenia und die Kaffeepflanzungen in Uganda. Vermehrte Niederschläge beschleunigen schon heute die Bodenabtragung im entwaldeten Hochland von Äthiopien“ (Immel 2007).

Ursprüngliche Akkumulation und Welt-Agrarmarkt

Ein weiterer Aspekt der Zerstörung der Lebensgrundlagen im globalen Süden sind die Exportsubventionen der EU. Armin Paasch schreibt anlässlich des Reformvorschlags für eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union vom November 2010:

„Verantwortlich für die (...) negativen Auswirkungen der GAP waren in den 1980er und 1990er Jahren vor allen Dingen die umfangreichen Exportsubventionen. Zwar wurden diese zwischen 1993 und 2009 von 10,2 Milliarden auf 649 Millionen Euro reduziert. Zeitgleich senkte die EU aber systematisch die Erzeugerpreise für europäische Bauern, verschaffte der Agrarindustrie Zugang zu billigen Rohstoffen und ermöglichte ihr somit Exporte zu international wettbewerbsfähigen Preisen“ (Paasch 2011: 5). Bemerkenswert und absolut inakzeptabel ist dabei der Umstand, dass „diese Niedrigpreispolitik durch Steuergelder“ abgesichert wurde. „Denn der Agrarhaushalt der EU insgesamt ist keineswegs geschrumpft und umfasste 2009 über 54 Milliarden Euro. Rund 39 Milliarden Euro Direktzahlungen kompensieren die Landwirte zumindest teilweise für die extrem niedrigen Erzeugerpreise, von denen die meisten nicht einmal ihre Kosten decken, geschweige denn Gewinne erzielen könnten. Laut Bundesregierung machen die Direktzahlungen in Deutschland durchschnittlich 40 Prozent der Einkommen der Bauern aus“ (ebd.). Eine Konsequenz dieser Politik besteht darin, dass „europäische Exporte von Milchpulver nach Burkina Faso, Kamerun und Bangladesch, Tomatenpaste nach Ghana, Geflügelteile nach Kamerun, Ghana und Benin sowie Schweinefleisch in die Elfenbeinküste“ kommen, dort die lokalen Preise unterbieten und somit die lokalen Bäuer_innen in den Ruin treiben. Paasch weiter: „Absurd ist, dass diese Milch- und Fleischexporte der EU in hohem Maße erst durch massive Importe von Futtermittel ermöglicht werden. Bei Eiweißfuttermitteln ist die EU fast zu 80 Prozent auf Importe angewiesen. Deren Anbau im Ausland, insbesondere Soja aus Brasilien, Paraguay und Argentinien, beansprucht rund 19 Millionen Hektar Agrarland: Flächen, die zur heimischen Nahrungsmittelproduktion und zum Teil für überfällige Landreformen dringend gebraucht werden.“ (ebd.). Armin Paasch betont in einem weiteren Artikel mit Verweis auf eine Studie des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), „dass die Elfenbeinküste in den letzten zehn Jahren mehrfach durch massive Importfluten von Schweinefleisch aus der EU heimgesucht wurde. Tatsächlich stieg die jährlich aus der EU importierte Menge zwischen 2000 und 2006 von 5000 auf 35.000 Tonnen. Die lokale Produktion

brach dagegen im Zeitraum zwischen 2000 und 2009 von etwa 18.000 auf 5.000 ein“ (Paasch 2010: 78 ff). Laut Oxfarm hatten im Jahr 2007 68 % der EU-Exporte von Milchprodukten Entwicklungsländer zum Ziel. Nach Westafrika sind die Milchexporte zwischen 2005 und 2008 um 48% gestiegen. Die Milchexporte in die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries / LDC) wuchsen um 45 %. Paasch: „Zu welchen Verwerfungen dies führen kann, hat bereits 2005 eine Studie des katholischen Hilfswerks Misereor am Beispiel Burkina Fasos aufgezeigt. Damals wurde Milchpulver aus der EU in dem westafrikanischen Land zu umgerechnet 30 Cent pro Liter feilgeboten. Dieser Preis lag nicht nur 18 Cent unterhalb der durchschnittlichen Produktionskosten einer deutschen Molkerei; auch die lokalen Erzeugungskosten der Peul-Nomaden in Burkina Faso wurden um sieben bis zehn Cent unterboten. Der logische Effekt war, dass burkinische Molkereien – etwa bei der Herstellung von Joghurt – fast ausschließlich auf das subventionierte Milchpulver aus der EU zurückgriffen und die lokalen Erzeugnisse den Weg in die Regale der Supermärkte nicht mehr fanden. Dadurch wurde die Entwicklung der heimischen Viehzüchter massiv blockiert. Diese machen in Burkina Faso etwa zehn Prozent der Bevölkerung aus und sind überdurchschnittlich von Armut und Hunger betroffen“ (ebd.: 81). Auch andere Fallstudien zu den Ländern Ghana, Kamerun oder Benin bzw. den Export-Produkten Tomatenpaste oder Geflügel hätten gezeigt, wie Exporte aus der EU die lokalen Märkte überfluten und das Menschenrecht auf Nahrung bedrohen und verletzen. Als besonders fatal beschreibt Paasch in diesem Zusammenhang den seit den 80er Jahren vor allem durch den IWF erzwungenen Abbau von Importzöllen. Ebenso verheerend würden sich, so Paasch, bilaterale Freihandelsabkommen auswirken, welche die EU mit zahlreichen Ländern Afrikas, aber auch Lateinamerikas und Asiens aushandeln würde.³²

32 Im Oktober 2008 organisierte das Jenaer Aktionsnetzwerk gegen Agrarsubventionen eine Protestaktion, indem eine Aldi Filiale mit Farbeiern verschönert wurde. In einer Presseaussendung begründete das Bündnis seine Protestaktion mit dem 50. Jahrestag des Beginns der GAP und den seit damals geschaffenen ungerechten Agrarsubventionen: „Das Aktionsnetzwerk startete seine Kampagne mit einer symbolischen Aktion gegen den Lebensmitteldiscounter ALDI, dessen Produkte, wie fast alle europäischen Lebensmittel, nur aufgrund von massiven Subventionen, Einfuhrzöllen und Handelshemmnissen für außereuropäische Produkte zu den uns vertrauten Dumpingpreisen angeboten werden können. Allein im Jahr 2007 unterstützte die der europäische Steuerzahler in die europäische Agrarpolitik mit mehr als 50 Mrd. Euro. Somit entfielen mehr als 40% der Ausgaben des EU-Haushalts auf einen Wirtschaftszweig, in dem kaum 5% der europäischen arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind. 'Vor allem für die Länder der südlichen Halbkugel', so die Sprecherin des Aktionsnetzwerkes Frauke Boßwaldt, 'sind die Folgen katastrophal'. Der Export europäischer Dumpingprodukte zerstört die Agrarmärkte besonders in Lateinamerika und Afrika. Die Preise europäischer Produkte liegen oft sogar unter den Herstellungskosten lokaler Produkte aus den betroffenen Regionen und verhindern so jede Möglichkeit zur Entwicklung wirtschaftlicher Eigenständigkeit (vgl. <http://de.indymedia.org/2008/10/230578.shtml>, aufgerufen am 31.10.2013). In der Presseaussendung wird der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung zitiert, der „kürzlich die EU-Agrarsubventionen als einen der Hauptgründe dafür (nannte), dass heute mehr als 920 Millionen Menschen auf der Welt hungern“ (ebd.). Der ALDI-Lieferant Sachsenmilch AG, ein Tochterunternehmen der Theo Müller Gruppe, gehört laut der Presseaussendung zu den größten Empfängern von EU-Exportsubventionen. „Ihr einziges Ziel ist es, die marktbeherrschende Stellung europäischer Agrarprodukte, ungeachtet der existenzvernichtenden Folgen, global zu sichern.“ Die Aktion gegen die ALDI-Filiale in Jena-Winzerla soll laut den Aktivist_innen „aufmerksam machen auf die 'blutigen' Folgen, die die vergangenen 50 Jahre GAP hatten und zum Nachdenken und zur Diskussion über Alternativen anregen“ (ebd.).

Die Dynamik der Exportsubventionen ist ursächlich verknüpft mit Prozessen der Industrialisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft in Europa. Dabei spielen die Förderstrukturen im Agrarbereich eine entscheidende Rolle. Paasch kritisiert v.a. die „ungerechte, da lediglich an die Betriebsfläche gebundene (...) Verteilung der entkoppelten Direktzahlungen. Während die 5600 größten Betriebe (1,5 Prozent der Betriebe) in Deutschland beinahe 30 Prozent dieser Subventionen auf sich vereinen, werden die 190.000 kleinsten Betriebe (50 Prozent aller Betriebe) mit insgesamt 5,4 Prozent abgespeist. Zu den größten Absahnern von Agrarsubventionen gehörten 2008 die Südzucker AG mit 34,4 Mio. Euro, Tönnies-Fleisch mit 2,7 Mio. und Nordmilch mit 1,8 Mio. Euro. Sie alle zählen gleichzeitig zu den wichtigsten Exporteuren“ (ebd.: 84).

All das ist laut Paasch keineswegs von Vorteil für die Verbraucher_innen: „Während etwa die Erzeugerpreise für Milch seit 2000 um 17 Prozent fielen, steigen laut Europäischem Rechnungshof die entsprechenden Verbraucherpreise um sechs Prozent. Gewachsen ist vor allem die Gewinnmarge der Supermarktketten, die im Zuge der atemberaubenden Konzentration eine oligopolistische Marktposition errungen haben“ (ebd.: 84 ff). Somit wird klar, dass die Konfliktlinie nicht zwischen europäischen und afrikanischen Bauern und Bäuerinnen liegt, ebensowenig zwischen Bäuer_innen und Konsument_innen, sondern zwischen den kleinen Produzent_innen und den großen Akteuren wie Molkereiketten und Supermärkten (vgl. Paasch 2009: 28ff).

Victor Nzuzi, kongolesischer Bauer und Aktivist im Migrationsnetzwerk „Manifeste Euro-Africain“, beschreibt eine Ursache der Verdrängung der Landwirtschaft, nämlich die Billigimporte von Grundnahrungsmittel, anhand der Politik in der D.R. Kongo: „Heute heißt es, man muss, anstatt lokale Produkte zu kaufen, Weißbrot kaufen, das mit importiertem Weizen hergestellt wurde. Die Konsequenz ist, dass diejenigen, die lokale Produkte herstellen, kein Einkommen mehr haben. Kurz gesagt, die Bauern und Bäuerinnen verlieren ihre Arbeit. Wenn man nun ein Kind aus einer bäuerlichen Familie fragt, ob es Landwirtschaft betreiben will, wird es antworten: 'Was werde ich damit gewinnen? Ich ziehe es allemal vor, in die Stadt zu gehen'. Aber in der Stadt gibt es auch wenig Arbeit oder nur schlecht bezahlte Arbeit. Natürlich versuchen die Jungen da, anderswo hinzugehen, dort wo sie sich ein Leben aufbauen können. Die Migration ist also eine direkte Konsequenz der Zerstörung der Landwirtschaft“ (EBF/NoLager Bremen 2008: 45).

Im Gegensatz zum Europa des 19. Jahrhunderts steht in der D.R. Kongo, einem riesigen, krisengeschüttelten Land, in dem aktuell 35% der Bevölkerung an Unterernährung leiden, weder der städtische Arbeitsplatz in der Industrie zur Verfügung noch ist die legale Auswanderung nach Europa oder die USA möglich. Gleches gilt für viele andere Länder des globalen Südens. Den exproprierten Bauern und Bäuerinnen der europäischen Länder stand hingegen – so sie die

notwendigen Mitteln aufbringen konnten - die legale und offiziell protegierte Option der Auswanderung in die „neue Welt“ offen.

Ursprüngliche Akkumulation und industrielle Entwicklung

Europa konnte sich während des 18. und 19. Jahrhunderts durch die protegierte Emigration von Millionen von Menschen aus dem Proletariat und Sub-Proletariat nicht nur großer Teile der stark verelendeten Bevölkerung entledigen, es deckte auch durch billige Getreideimporte aus der „Neuen Welt“ den Bedarf an billigen Nahrungsmitteln für die neuen Lohnabhängigen. So betont auch Samir Amin: „Without this massive emigration, the accumulation model of historical capitalism, based on the accelerated disappearance of the peasant world, would have simply been impossible. This is why the model cannot be reproduced in the peripheries of the system, which have no 'Americas' to conquer“ (Amin 2011).

Die Voraussetzungen für die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft als eine Erscheinungsform der ursprünglichen Akkumulation sind also in Ländern des globalen Südens grundlegend verschieden als im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts. Statt qualmenden Fabriksschlotten, einem großen Bedarf an Arbeitskräften sowie einer dynamischen Arbeiter_innenbewegung warten riesige Slums Cities.³³ So betont auch Tania Murray Li im Zusammenhang mit dem Phänomen des Landgrabbing: „Was es für landlose Menschen schwer macht, ihren de facto proletarisierten Status zu akzeptieren ist, dass es keine Anzeichen dafür gibt, dass sie eine proletarische Zukunft vor sich haben. Der abgeschnittene Pfad des agrarischen Übergangs in weiten Teilen des globalen Südens, wo es keinen Weg vom Land in die Stadt, von der Landwirtschaft in die Industrie, nicht einmal einen klaren Pfad in eine stabile Plantagenarbeit gibt, die den Lebensunterhalt deckt, ist die entscheidende Skalenebene, um die land-grabbing-Debatte einem Review zu unterziehen“ (Li 2011: 281ff).

Die Mehrzahl der Großstädte und Megacities des globalen Südens wächst heute weitgehend ohne Industrialisierung, oftmals sogar ohne jegliche Entwicklung. Der Stadtsoziologe Mike Davis betont in einem Interview, dass „die großen Industriestädte des Südens wie Johannesburg, Sao Paolo, Mumbai, Belo Horizonte oder Buenos Aires in den letzten 20 Jahren eine massive Deindustrialisierung erlitten. Die absolute Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe ist um 20 bis 40 Prozent gefallen“ (Davis 2007a: 24). Davis ergänzt, dass die heutigen Mega-Slums meist in den 70er und 80er Jahren entstanden. In den 70er Jahren begann sich der Staat

33 Prominente Ausnahme ist wahrscheinlich China, dessen boomende Industrie in den Küstenregionen Millionen Wanderarbeiter_innen aus bäuerlich geprägten Provinzen aufnimmt. China gilt damit auch zurecht als Werkbank der Welt. Vor optimistischen Einschätzungen dieser Entwicklung ist allerdings gefeit, wer die Arbeitsbedingungen in den Industriestädten Chinas näher betrachtet. Parallel dazu gibt die Umweltzerstörung, verursacht durch Chinas Industrie, genügend Grund zur Sorge.

zurückzuziehen, und in den 80er Jahren, mit dem Einsetzen der Strukturanpassungsprogramme, seien in Lateinamerika und besonders in Afrika die Rückschritte enorm gewesen (vgl. ebd.). Mike Davis nennt dieses Phänomen „Urbanisierung ohne Urbanität“ (ebd.).

Während dem weißen Proletariat und Subproletariat Europas zur Zeit der Industrialisierung also die vollkommen legale und in vielen Fällen auch protegierte Option der Auswanderung offenstand, sehen sich Migrant_innen heute mit der Grenzschutzagentur FRONTEX³⁴ sowie mit rassistischen Asylgesetzen konfrontiert. Millionen Menschen konnten im Europa des späten 19. Jahrhunderts – war das Geld für eine Überfahrt gespart – die überfüllten Elendsvierteln von London, Berlin oder Wien oder aber verarmte ländliche Regionen zurücklassen, um zu neuen Ufern aufzubrechen, ihre Träume zu verwirklichen oder der blanken Not zu entfliehen.³⁵ Hätte diese „Exit-Option“ gefehlt, wäre es in Europa zu jener Zeit wohl zu noch schlimmeren sozialen Verwerfungen gekommen. Gleichzeitig wurde die europäische Arbeiter_innenklasse auf historisch einzigartige Weise geschichtsmächtig. Sie wurde, mit den Worten von Marx, von einer „Klasse an sich“, zu einer „Klasse für sich“. Ihr gelang es auch, wesentliche Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung durchzusetzen, bzw. Verschlechterungen immer wieder abzufedern.³⁶ In vielen Ländern des Trikons konnte sich – mit Ausnahme des oftmals leider nur kurzen Aufblitzens einer Befreiungsperspektive in der sechziger und siebziger Jahre – solch eine Perspektive nie nachhaltig durchsetzen. Am augenscheinlichsten ist dieses Defizit nach wie vor auf dem afrikanischen Kontinent. 'Auswandern!', das erscheint zahllosen Menschen als einzige Alternative.

Auch Samir Amin weist auf die grundlegende historische Differenz zwischen der europäischen und

34 Die europäische Agentur Frontex (aus dem französischen für frontières extérieures) koordiniert den Schutz der europäischen Außengrenzen. Die Agentur wurde 2004 auf der Grundlage einer Verordnung des Rates der Europäischen Union gegründet. Danach steht Frontex ein eigener Etat zur Verfügung, der sich zum größten Teil aus Beiträgen der Schengen-Mitgliedsstaaten zusammensetzt. Die Agentur hat ein Verfahren der Überwachungs- und Sicherungstechnologien für Grenzen entwickelt. Frontex unterstützt die EU-Mitgliedsstaaten auch bei der Rückführung von Flüchtlingen und patrouilliert selbst an den europäischen Luft-, Land-, und vor allem an den Wassergrenzen rund um den Mittelmeerraum. FRONTEX koordiniert „die operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen, unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von nationalen Grenzschutzbeamten und legt unter anderem gemeinsame Ausbildungsnormen fest, erstellt Risikoanalysen, verfolgt die Entwicklungen der für die Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen relevanten Forschung, unterstützt die Mitgliedstaaten in Situationen, die eine verstärkte technische und operative Unterstützung an den Außengrenzen erfordern, und leistet die erforderliche Unterstützung für die Organisation gemeinsamer Rückführungsaktionen der Mitgliedstaaten“ (vgl.

http://de.wikipedia.org/wiki/Europäische_Agentur_für_die_operative_Zusammenarbeit_an_den_Außengrenzen, aufgerufen am 7.11.2013). Frontex zwingt Migrant_innen auf immer gefährlichere Routen und ist somit mitverantwortlich für den Tod von tausenden Menschen, die in den letzten Jahren bei ihrem Versuch, die Europäische Union zu erreichen, starben.

35 Allein im Jahr 1888 wanderten knapp 540.000 Menschen von Europa in die Vereinigten Staaten aus. Der größte Anteil entfiel mit 110.000 Personen auf Deutschland, danach folgte England, Schottland, Schweden, Italien, und Österreich-Ungarn, mit 46.000 Personen (vgl. Pollack 2010).

36 In diesem Zusammenhang darf allerdings nicht vergessen werden, dass relativer Wohlstand und die relative Stabilisierung sozialer Verhältnisse in Europa ein Ergebnis der imperialen internationalen Arbeitsteilung war. Die Zugeständnisse an subalterne Klassen wurde möglich durch Zuflüsse billiger Energie und anderer Rohstoffe aus dem globalen Süden (vgl. ausführlich Kapitel 4.1.4.).

der trikontinentalen „Entbäuerlichung“: „The Europeans, who had constituted 18 percent of the planet's population in 1500, represented 36 percent by 1900 – increased by their descendants emigrating to the Americas and Australia. Without this massive emigration, the accumulation model of historical capitalism, based on the accelerated disappearance of the peasant world, would have simply been impossible. This is why the model cannot be reproduced in the peripheries of the system (...)“ (Amin 2011).

In der internationalen Arbeitsteilung wurde vielen Ländern des globalen Südens die Rolle von billigen Rohstoffquellen, Müllsenken sowie Reservoirs von Billigarbeitskräften für den Weltmarkt zuteil.³⁷

Diese asymmetrischen Verhältnisse entstanden nicht zufällig und auch nicht von heute auf morgen – sie sind Ergebnis der jahrhundertelangen Geschichte von Kolonialisierung und Ausbeutung. So betont Andrea Plöger: „Denn nicht nur die Versklavung und Verschleppung von Millionen Afrikaner_innen hat das Gemeinwesen auf dem Kontinent nachhaltig geschädigt, sondern auch die Grenzziehungen, wie sie die europäischen Kolonialmächte auf der Berliner Kongokonferenz 1884/85 festlegten, haben zu zahlreichen Kriegen und Konflikten geführt und geben Richtungen und Ziele von innerafrikanischer und transkontinentaler Migration bis heute vor“ (Plöger 2011). Ebenso schreibt Olaf Bernau: „Es bleibt immens wichtig, sich mit der Geschichte des Kolonialismus und dem Fortbestehen postkolonialer Machtverhältnisse durch ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu befassen. Weder Rassismus noch globaler Kapitalismus können ohne diesen Hintergrund analysiert werden“ (Bernau 2010: 26).

Ebenso wichtig ist es, von fortgesetztem Raub und Aneignungen von natürlichen Reichtümern aus Ländern des globalen Südens zu sprechen. Ulrich Brand greift das Beispiel des Raubs an genetischen Ressourcen auf und schreibt: „Der Soziologe Kloppenburg (...) spricht im Kontext historischer Forschungsreisen von einer 'ursprünglichen Akkumulation pflanzengenetischer Ressourcen'. De facto gibt es bereits seit langer Zeit eine private Aneignung genetischer Ressourcen durch Saatgut- und Pharmaunternehmen, etwa in Form von Patenten auf Medikamente, Sortenschutz auf Saatgut, beispielsweise durch Lizenzgebühren“ (Brand 2011: 133 ff). Es handelt sich dabei um seit der Kolonialzeit bestehende Aneignungspraxen.

Historisch war es unabdingbar, dass nach der Entkolonialisierung in den 1960er Jahren strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse von vielen Ländern des globalen Südens neu organisiert wurden, sodass ungebrochen billige Rohstoffe, erzeugt von billiger Arbeitskraft im Süden, für die industrielle

³⁷ So gibt auch Henri Lefebvre zu bedenken: „Capitalism has found itself able to attenuate (if not resolve) its internal contradictions for a century, and consequently, in the hundred years since the writing of Capital, it has succeeded in achieving 'growth.' We cannot calculate at what price, but we do know the means: by occupying space, by producing a space“ (Lefebvre 1976: 21).

Verwertung zur Verfügung stünden. Seien es landwirtschaftliche Rohstoffe, Bodenschätze, Textilien, Computer-Hardware oder auch Dienstleistungen – die gesellschaftliche Wertschöpfung in westlichen Industrieländern kommt nach wie vor ohne eine entsprechende Hierarchisierung der internationalen Arbeitsteilung in globalen Produktionsketten und -netzwerken nicht aus (vgl. Behr 2011: 24 ff).

Migration als wichtigste Verlaufsform der Proletarisierung

In migrationspolitischen Zusammenhängen wurde aus diesen Gründen in den letzten Jahren mit dem Slogan „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ eine wichtige diskursive Bresche geschlagen. Denn ob es sich um die Überfischung der Küstengewässer vor dem Senegal oder Angola durch europäische Fischereiflotten³⁸, um Coltan-Abbau in der Demokratischen Republik Kongo, „Landgrabbing“, also das Aufkaufen ganzer Landstriche durch transnationale Konzerne zum Anbau von Agro-Fuels, oktroyierte Handelsabkommen im Zuschnitt von NAFTA bzw. EPA oder die Auswirkungen des Klimawandels auf bäuerliche Produktion handelt: Dynamiken der Vertreibung, Landflucht und Migration sind oftmals eng verzahnt mit Prozessen fortgesetzter Kolonialisierung, Umweltzerstörung und ursprünglicher Akkumulation (vgl. Behr 2011: 24 ff).

Durch Landgrabbing³⁹ geraten Millionen Menschen ins Mahlwerk der stummen Sachzwänge des Weltmarktes, ganze Länder werden zu Statisten im geostrategischen Machtpoker. Wer von Flucht und Migration spricht, darf von Gewalt-, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen in den Herkunftsländern nicht schweigen. Zur Sprache kommen müssen also auch ökonomische und soziale Verwerfungen, die mit wirtschaftlichen Interessen westlicher Länder zu tun haben. In diesem Sinn ist es notwendig, ein realitätstaugliches Verständnis davon zu gewinnen, was in Zeiten neoliberaler, mithin imperialer Restrukturierung des globalen Kapitalismus unter dem Begriff der Peripherisierung zu verstehen ist (vgl. Samsa 2008a: 30). Dabei sind militärische Interventionen – wie etwa im Irak – nur die Spitze des imperialistischen Eisbergs. Wesentlicher dürfte hingegen die Peripherisierung ganzer Weltregionen mit „friedlichen“ Mitteln sein, sprich mittels

38 In einer Studie des Robert Schuman Centre for Advanced Studies heisst es, dass eine große Anzahl an Migrant_innen, die innerhalb des letzten Jahrzehnts mit Pirogen von Senegal Richtung Europa aufgebrochen sind, davor vom Fischfang gelebt hatten (vgl. (Tall / Tandian 2010). Als Grund für ihre Emigration geben ehemalige Fischer_innen in der Studie an, dass sie aufgrund der gestiegenen Spritpreise und der großen Fischflotten, mit denen sie nicht konkurrenzfähig seien, ihr Einkommen nicht mehr sichern könnten.

39 Landgrabbing ist immer auch ein verstecktes „water grabbing“. Landwirtschaftliche Produkte, die vom globalen Süden in den globalen Norden exportiert werden bzw. von den ländlichen Gebieten in die städtischen Agglomerationen, beinhalten riesige Mengen Wasser, die in den Entwicklungsbilanzen nicht ausgeglichen werden. Sissel Brodal, die mit einem weiteren Mitglied des europäischen Bürger_innen Forums im Dezember 2011 zur Konferenz „die Landwirtschaft nach der Revolution“ nach Tunesien reiste, berichtet: „Durch eine Reihe von Staudämmen und intensiven Bohrungen sind die bewässerten Flächen von 50.000 ha auf 300.000 ha gestiegen. Ein Redner sagt: 'Wir, ein trockenes Land, exportieren Wasser nach Europa – als Salatköpfe!“ (Brodal, Sissel: „Unruhige Eindrücke von einem Land im Umbruch“, Archipel Nr. 201, März 2012, Seite 3).

Strukturanpassungsprogrammen, Marktöffnungen, des weiteren durch Nutzung der freigesetzten Arbeitskräfte für die verlängerten Werkbanken der globalen Warenproduktion. Es ist also die Existenz ungleicher ökonomischer „Entwicklungs-“ Level, bzw. eines nicht kapitalistischen „Außen“, das die Etablierung einer globalen profiträchtigen Kapitalakkumulation ermöglicht (vgl. ebd.: 31).

Kwasi Adu-Amankwah, Generalsekretär der African Regional Organisation der ITUC (International Trade Union Confederation) gibt zu bedenken: „Because of the lack of a social dimension to globalisation, competition within each individual country and between countries to attract multinational companies and foreign investment is mainly based on keeping wages low and using production methods that are unsustainable and harmful for the environment“ (Rojo 2011). Adu-Amankwah betont des weiteren auch den Zusammenhang zwischen forcierte Unterentwicklung und Migration: „As long as there is a significant development gap between Europe, on the one hand, and Asia, Africa and Latin America, on the other, Europe will have to deal with the arrival of immigrants. This migration pressure originates mainly from Africa, whose geographical borders are also the dividing line between the greatest inequalities in the world“ (ebd.).

Die finanziellen Unterstützungen aus Europa in Form von „Entwicklungs hilfe“ stellen in diesem Sinn eher ein entwicklungspolitisches Zuckerbrot zur realkapitalistischen Peitsche in Form von neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen, Exportlandwirtschaft und erzwungenen Grenzöffnungen dar. So gibt auch Philip McMichael zu bedenken: „Conservative (FAO) estimates suggest upwards of 30 million peasants lost their land in the decade after the WTO was established (...). The functional consequence of such a regime of course has been to swell the reserve labour force for manufacturing and service industries at the same time, underpinning the militarised proliferating export processing zones across the global South“ (McMichael 2009: 154).

Als weiteres Beispiel für den Zusammenhang zwischen strukturell erzwungener Migration und ursprünglicher Akkumulation in Form von internationalen Handelsabkommen können die Auswirkungen der Handelspolitik der USA auf die Situation in Mexiko zitiert werden. So betont Dennis Olson, Senior Policy Analyst des „Instituts for Agriculture & Trade Policy“ in einem Kommentar vom 3. Dezember 2007 mit dem Titel „Trade Deals Ignore Agricultural Impacts on Immigration“, dass das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens NAFTA Mitte der 90er Jahre entgegen den Versprechungen der politischen Analysten und Entscheidungsträger_innen in den USA in Mexiko maßgeblich zur Landflucht und Migration in die größeren Städte bzw. in die USA beigetragen hat. Olson betont, dass die Immigrationspolitik der USA nicht losgelöst von der – in seinen Augen – gescheiterten Landwirtschafts- und Handelspolitik behandelt werden kann:

„Perhaps paying closer attention to NAFTA’s track record would help Democrats and Republicans alike understand why we will never be able to find viable solutions to the seemingly intractable challenge of immigration reform without first addressing our failed agriculture and trade policy“ (Olson 2007). Laut Olson hat der Migrationsdruck auf die USA zu tun mit der Exportorientierung der US-amerikanischen Landwirtschaft: „In 1994, NAFTA advocates — including then President Bill Clinton — promised that its passage would reduce immigration by creating more good paying jobs in Mexico. In 1996, the Republican Congress passed, and President Clinton signed the Freedom-to-Farm Bill, promising a new approach that would allow farmers to export their way to prosperity. While NAFTA deregulated the border with Mexico, the 1996 Farm Bill deregulated domestic agricultural markets. The combination was lethal.“ Profiteur des Handelsabkommens waren Agrarmultis: „Agricultural trade deregulation allowed the unfettered overproduction of essential crops like corn, which caused farm prices to plunge. Multinational agribusinesses then proceeded to dump these crops into Mexico at below the cost of production, displacing Mexican farmers from their own market. By 2006, Mexico had lost over two million agricultural jobs, including as many as 1.7 million small farmers who were forced from their land and into urban areas within Mexico or north to the U.S“ (ebd.). Als Konsequenz der verfehlten Landwirtschafts- und Handelspolitik und der dadurch ausgelösten Migration wurde die US-Grenze weiter militarisiert: „The U.S. response has been to further militarise the border, with an estimated 2000-3000 migrants having died trying to cross the border since 1995. As many predicted, the militarization of the border failed. Mexican migration to the U.S. increased by 1.5 million from 2000-2005, peaking at an estimated 500,000 undocumented Mexicans entering the country annually by 2005 and 2006“ (ebd.).⁴⁰ Aber auch in den USA musste eine große Anzahl an Bauern und Bäuerinnen ihren Beruf aufgeben: „On the U.S. side of the border, the promise of expanded exports

40 Bauern und Bäuerinnen, die durch NAFTA ihre Existenzgrundlage verloren und als Landarbeiter_innen in den USA arbeiten, sind gleichzeitig oftmals Protagonist_innen von sozialen Kämpfen. So beispielsweise im erfolgreichen Boykott der Immokalee Workers Coalition (CIW) gegen Taco Bell vom Jahr 2005: „The CIW’s base is over 90 percent male and young, corresponding to the demographics of the people who come each season to work in the fields. Young men have been sent by their families to *el Norte* to help subsidize their peasant families back home who have been priced out of agriculture by the North American Free Trade Agreement (NAFTA) and other IMF/World Bank neoliberal programs and agreements“ (Leary 2005). Bei dem Arbeitskampf der CIW wurden wichtige Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen geknüpft. Die Arbeiter_innen stellten außerdem einen politischen Zusammenhang her zwischen dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen in Mexiko und ihren aktuellen Arbeitsbedingungen auf den Feldern der USA: „The boycott provided a great opening for farm workers to talk about why Mexicans and other immigrants had come to the fields of Immokalee, and this strengthened their ties to the global justice and fair trade movements. Over the last several years, farm workers have developed into effective speakers about the cycle of dislocation in which globalization and treaties like NAFTA have savaged the peasants and small farmers. The cycle, as detailed by CIW members, began with displacement from the countryside when corn imported from the United States completely undercut corn produced in Mexico. Young family members were first sent to the *maquilas* to work. Once this proved inadequate to support families, folks continued to move northward. For many, the only jobs were in the fields. Workers link their personal stories to macroeconomic events like NAFTA and globalization“ (ebd.).

now rings hollow as our country is poised to become a net importer of food for the first time in half a century. And the low commodity prices resulting from the 1996 Farm Bill have caused 200,000 U.S. farmers to join the ranks of their Mexican counterparts in being forced off their farms to seek work elsewhere“ (ebd.). Olson's Prognose zu den weiteren Auswirkungen des NAFTA-Abkommens weisen in eine besorgniserregende Richtung: „Unfortunately, the only remaining promise of the failed NAFTA model is that its further expansion into Latin America will inevitably increase the migration of small farmers from the countryside to urban areas and to the United States. This will make it even more difficult to resolve the volatile immigration debate“ (ebd.).

Der Kampf gegen ursprüngliche Akkumulation und für globale Bewegungsfreiheit als doppelte Herausforderung für soziale Bewegungen

Kritisch-analytisch stehen emanzipatorische Bewegungen vor einer doppelten, vielleicht sogar paradox anmutenden Herausforderung: Einerseits gilt es, gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen und der natürlichen Ressourcen anzutreten, die für Millionen von Menschen in ländlichen Gebieten mit der Vernichtung ihrer ökonomischen Grundlagen einhergehen. Sprich jene Mechanismen unter die Lupe zu nehmen, die Menschen zwingen, ihre Länder zu verlassen. Weiter oben wurden diese Ursachen bereits ausgeführt: Dazu gehören Marktöffnungen genauso wie Exportsubventionen, der aktuelle Run auf Agrarland zur Produktion von Agro-Treibstoffen oder die Konsequenzen von Verwüstung und Klimawandel.

Andererseits geht es aber darum, die Migrationsbewegungen – sei es als Binnenmigration im Land oder als grenzüberschreitende Migration – als soziale Bewegungen mit emanzipatorischem Charakter anzuerkennen – wie das beispielsweise von Manuela Bojadžijev eingefordert wird. So muss immer wieder betont werden, dass es um die Aufhebung globaler Machtasymmetrien geht; dass die Kriminalisierung von Menschen, die Grenzen überschreiten, lediglich einen hilflosen Versuch darstellt, die Wohlstandsinseln abzusichern und dem größten Teil der Menschheit ökonomische und soziale Privilegien vorzuhalten. Migration ist also „Umverteilung in Action“: Sie ist ein Weg, den Menschen bestreiten, um ihre individuelle Lebenssituation und die ihrer Freund_innen und Familien zu verbessern. In diesem Sinn kann Migration und Flucht als etwas begriffen werden, was stets durch strukturelle Gewalt *und* Selbstbestimmung zustande kommt.

Der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung ist immer wieder Gegenstand politischer Interventionen, auch von staatlicher Seite. So protestierte beispielsweise der Präsident Boliviens, Evo Morales, mit einem höchst eindrucksvollen offenen Brief ans europäische Parlament vom 10. Juni 2008 gegen die zu dieser Zeit geplante Abschieberichtlinie der EU. In dem Schreiben brachte

er mit beeindruckender Klarheit auch sehr grundsätzliche Kritik zur Sprache⁴¹: „Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war Europa ein Kontinent der Emigrant_innen. Dutzende Millionen Europäer_innen gingen nach Amerika, als Kolonisten, vertrieben von Hunger, Finanzkrisen, Kriegen oder auf der Flucht vor totalitären Regimen und der Verfolgung ethnischer Minderheiten. Heute verfolge ich mit Besorgnis die Verhandlungen über die sogenannte Abschieberichtlinie der EU. Der Text, der am 5. Juni von den Innenminister_innen der 27 Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde, soll am 18. Juni im Europäischen Parlament zur Abstimmung stehen. Ich bin sicher, dass die Regelung auf drastische Weise die Voraussetzungen für Inhaftierung und Ausweisung von Migrant_innen ohne Papiere verschärfen würde, wie lange sie sich auch schon in den europäischen Ländern aufhalten mögen; ungeachtet ihrer Arbeitssituation, ihrer familiären Beziehungen, ihres Integrationswillens und ihrer Integrationsfortschritte“ (Junge Welt 2008). Morales erteilt den europäischen Leser_innen seines Briefes Nachhilfeunterricht in Geschichte: „In die Länder Lateinamerikas und nach Nordamerika kamen die Europäer_innen massenweise, ohne Visa und ohne Bedingungen, die ihnen von den Behörden gestellt wurden. Heute wie damals sind sie willkommen in unseren Ländern des amerikanischen Kontinents, der damals mit den Flüchtlingen auch das wirtschaftliche Elend Europas und seine politischen Krisen aufgenommen hat. Die Europäer_innen waren auch auf unseren Kontinent gekommen, um seine Reichtümer auszubeuten und nach Europa zu schicken. Der Preis für die Urbevölkerungen Amerikas war hoch, wie das Beispiel der Stadt Potosí am Fuße des Cerro Rico mit seinen berühmten Silberminen zeigt. Sie lieferten dem europäischen Kontinent seit dem 16. Jahrhundert und bis zum 19. Jahrhundert den Rohstoff für Münzen. Die europäischen Migrant_innen, ihr Hab und Gut sowie ihre Rechte wurden bei uns immer respektiert“ (ebd.). Morales über Migration und Arbeit: „Heute ist die Europäische Union das Hauptziel der Migrant_innen der Welt. Der Grund ist der gute Ruf der Europäischen Union als Region von Prosperität und öffentlichen Freiheiten. Die Migrant_innen kommen mehrheitlich in die EU, um zu dieser Prosperität beizutragen, nicht um sich ihrer zu bedienen. Sie wirken bei öffentlichen Arbeiten mit, in der Baubranche, im Bereich der Dienstleistungen und in Krankenhäusern. Sie übernehmen meist Tätigkeiten, die Europäer_innen nicht ausüben können oder wollen“ (ebd.). Der bolivianische Präsident schließt, indem er die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts benennt und die Verantwortlichkeiten an die richtige Stelle rückt: „Die Welt, ihre Kontinente, ihre Ozeane und ihre Pole sind von Problemen belastet: die globale Erwärmung, die Verschmutzung, der langsame aber sichere Verbrauch der Energieressourcen und die bedrohte Biodiversität. Hunger und Armut wachsen in allen Ländern und schwächen unsere Gesellschaften.“

41 Die gesamte Rede wurde am 12.6.2008 von der Zeitung „Junge Welt“ unter dem Titel „Negation der Freiheit - Die Abschieberichtlinie der Europäischen Union bedroht die Menschenrechte und die internationale Zusammenarbeit. Ein Appell des bolivianischen Präsidenten Evo Morales Ayma“ abgedruckt (Junge Welt: 2008).

Die Migrant_innen, ob mit oder ohne Papiere, zu Sündenböcken für diese globalen Probleme zu machen, ist keine Lösung. (...) Diese Probleme sind das Ergebnis eines vom Norden aufgezwungenen Entwicklungsmodells, das den Planeten zerstört und die Gesellschaften der Menschen fragmentiert“ (ebd.). Morales' Forderungen zielen deshalb stark auf das Recht auf globale Bewegungsfreiheit wie auch auf die Abschaffung neokolonialer Ausbeutungsstrukturen. Dabei geht er besonders auf die historische Schuld Europas gegenüber Ländern des globalen Südens ein: „Ich appelliere an die EU, in den nächsten Monaten eine Migrationspolitik zu erarbeiten, die die Menschenrechte respektiert, die es ermöglicht, diese vorteilhafte Dynamik zwischen den beiden Kontinenten zu erhalten. Ich appelliere an Sie, die gewaltigen historischen, wirtschaftlichen und ökologischen Schulden zu begleichen, die die Länder Europas gegenüber einem großen Teil der Dritten Welt haben. Die offenen Adern Lateinamerikas müssen verheilen. (Anspielung auf das Buch 'Die offenen Adern Lateinamerikas' von Eduardo Galeano, Anm.). Die 'Integrationspolitik' darf heute nicht auf die gleiche Weise versagen, wie die 'zivilisatorische Mission' in der Zeit der Kolonien gescheitert ist. Nehmen Sie alle, Regierungsvertreter, Europa-Parlamentarier, Compañeras und Compañeros, brüderliche Grüße aus Bolivien entgegen. Unsere Solidarität gilt besonders allen 'Illegalen'“ (ebd.).

Besonders Morales' letzter Satz im zitierten offenen Brief ist beeindruckend. Tatsächlich gilt es, die Abschottung Europas gegenüber Migrant_innen und die gleichzeitig stattfindende selektive Anwerbung von Arbeitskräften für bestimmte Wirtschaftszweige als Wohlstandschauvenismus zu denunzieren, als neo-koloniales Erbe, als brutalen und letztlich zwecklosen Versuch, die letzten Wohlstandsinseln zu bewahren.

5. Kritik als Grundlegung von Gesellschaftstheorie und politischer Praxis

„Es ist und bleibt die revolutionärste Tat, zu sagen, was ist.“

Rosa Luxemburg

a. Zum Begriff der Kritik

Im Folgenden soll holzschnittartig umrissen werden, welches Wissenschaftsverständnis der vorliegenden Dissertation zugrunde liegt. Ich orientiere mich dabei grundsätzlich an den Argumenten, die Alex Demirović in seinem Aufsatz „Leidenschaft und Wahrheit – Für einen neuen Modus der Kritik“ (2008) formuliert.

Kritik zielt, nach dem berühmten Ausspruch von Karl Marx zuvorderst darauf ab, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist“ (Marx 1976: 385). Kritik ist somit eine politische und ethische Haltung, „sie nimmt sich heraus, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen (Demirović 2008: 31). Somit ist Kritik auch die Kunst der reflektierten Unfügsamkeit, sie hat gleichsam die Funktion der Entunterwerfung (vgl. Foucault 1992: 15). Dies wird allerdings nicht bloß verstanden als individuelle Strategie, die eine Hilfestellung gegen die Zumutungen einer herrschaftlich verfassten Gesellschaft bieten soll.

Vielmehr sollen die Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden, die Herrschaft erst möglich machen. Dabei nimmt die Analyse der historischen Genese von Herrschaft eine zentrale Rolle ein. Sie fragt danach, wie es zur vorherrschenden Ordnung der Dinge gekommen ist, was sie konstituiert hat, aber auch, welche Risse, Brüche und Widerstände gegen Herrschaft es gegeben hat und gibt – sprich, wo Konturen einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung aufgeschienen sind und aufscheinen.

Zentral ist die Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie der fremdbestimmten Zuweisung von Identität. Kritik zielt auf eine Entnaturalisierung von vermeintlich „naturgegebenen“ gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Sie nimmt, so Demirović, „dogmatische, starr gewordene Wissensbestände und Reflexionsfiguren“ aufs Korn, ebenso „fixierte Identitäten und gesellschaftliche Prozesse, die als durch das Handeln von Individuen unvermittelt wie reine Natur erscheinen“ (Demirović 2008: 22). „Kritik spricht im Namen einer Wahrheit und weist nach, dass sich eine Erscheinung – eines schlecht rationalisierten, bloß partikularen Interesses, das sich als Naturordnung gibt – vor sie schiebt“ (ebd). Demirović folgt in seinem Argumentationsgang Judith Butler und betont, dass Kritik darauf abziele, „Kategorien des Geschlechts, Identitäten, Marktgesetzmäßigkeiten, in Gesetze geronnene Entscheidungen den Charakter des Naturhaften zu nehmen“ (Demirović 2008: 22). Entnaturalisierung meint also die Kritik an Anschauungen, die

gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten in Naturgesetze verkehren und somit als unveränderlich darstellen. Es handelt sich um die Kritik an der Sichtweise, die die Geschichte der menschlichen Gesellschaft als naturgeschichtlichen und unverfügaren Verlauf darstellt (vgl. ebd.: 25). Kritik bemüht sich also darum, Naturalisierungen aufzustöbern.

Dabei ist es mit einer einmaligen Kritik nicht getan. Denn Kritik fällt nicht vom Himmel, sie wird immer auf der Grundlage widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse formuliert und ist deshalb selbst zeitlichen Veränderungen unterworfen. Somit sind selbst die Kategorien der Kritik ein Aspekt der gegenständlichen Welt, sie sind ein Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Kritischer Wissenschaft geht es darum, zu begreifen, warum es zu gewissen Phänomenen kommt und „welche sozialen Kräfte dahin wirken, dass der gesellschaftliche Reproduktionszusammenhang immer wieder krisenhaft ist, um endlich einmal darüber hinaus zu kommen“ (ebd.: 32).

Nach Demirović kennzeichnet kritische Wissenschaft ein besonderes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis. Dass diese beiden Sphären „voneinander getrennt und arbeitsteilig auf verschiedene Berufsgruppen verteilt sind, spricht für einen Mangel an Vernunft“ (ebd.: 33). Demirović betont, dass die Kritische Theorie die Verhältnisse nicht von außen beurteilt, „denn sie ist arbeitsteilig in sie verwoben und direkt beteiligt“ (ebd.: 33). Mehr noch: mit ihren Begriffen, Analysen und Reflexionen greife sie direkt in die gesellschaftliche Arbeitsteilung ein. Kritisches Denken und Handeln bezieht seine Träger_innen mit ein, weil sie selbst, sowie „ihre Begriffe, ihre Gefühle, in diese Arbeitsteilung mit einbezogen sind“ (ebd.: 34). Kritik ist also immer historisch-konkret und nicht zeitlos abstrakt und absolut. Kritik sei ein Verhalten, „das die Kategorien, die Sinne, die Leidenschaften umfasst“ (ebd.: 34). Demirović rekurriert auf Marx, der postulierte, dass Kritik keine Leidenschaft des Kopfes, sondern der Kopf der Leidenschaft sei (vgl. Marx 1976: 380). Kritik muss sich immer durch ein gesellschaftliches Dickicht schlagen: „(...) die Wahrheit besteht nicht in einer prophetischen Rede, in der Verkündung der tiefen historischen Gesetzmäßigkeiten, so als hätten sie mit den Kritiker_innen nichts zu tun“ (Demirović 2008: 34). Marx betont die Ablehnung eines Ansatzes, „der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip (zu) entgegnen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien“ (Marx 1976a: 345).

Es gibt keine Kritik in einem gänzlich herrschaftsfreien Raum. Genauso wenig kann Kritik das Handwerkszeug bieten, aus der gegenwärtigen Perspektive eine positive Utopie auszuformulieren. Kritik ist die Negation der herrschenden Verhältnisse, aber auch Kritik der vorgefertigten Lösungen und der „reinen Lehre(n)“. Keine Kritik ist unversehrt.

Die Wahrheit soll also nicht für einen gesicherten Bestand gehalten werden. Vielmehr handelt es sich bei Kritik um „wahrheitsorientierte Diskurse, die sich berichtigen, sich korrigieren und die an

sich selbst eine Arbeit vollziehen, die ihr Ziel darin sieht, 'die Wahrheit auszusprechen' und in den ständigen Revisionen schließlich zu neuen Weisen führen wird, die 'Wahrheit auszusprechen'" (Demirović 2008: 38). Grundsätzliches Ziel, so Demirović in Anlehnung an Michel Foucault, sei „die Überwindung der gesellschaftlichen Unterscheidung zwischen Führern und Geführten, von Menschen, die in Anspruch nehmen zu denken, und jenen anderen, die von Leidenschaften bestimmt scheinen, die bloß ausführen – also das Erübrigen des Regierens“ (ebd.). Somit sind die Leitplanken für Kritik gelegt, ohne jedoch der Anmaßung zu erliegen, dass mittels dieser konkrete Handlungsanweisungen abgeleitet werden können. Schließlich geht es, wie wir gehört haben, nicht darum, die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse abstrakt und prophetisch zu überspringen. Dies ist unmöglich. Karl Marx fasst diesen Umstand in die Formulierung, dass die Menschen stets ihre eigene Geschichte machen, aber nicht unter selbst gewählten, sondern unter vorgefundenen Bedingungen.

Radikale Kritik bedeutet nicht eine abstrakte Infragestellung von Herrschaft, sondern Kritik im Handgemenge. Es gilt, grundsätzliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen praktisch werden zu lassen und mit konkretem politischen und sozialen Engagement zu verbinden.

Gleichzeitig muss Kritik unter den herrschenden Verhältnissen „ihre zukünftige Absorbtion und Funktion in einer passiven Revolution mit bedenken. Weder integriert sich die kapitalistische Gesellschaftsformation zunehmend zu einem System, das Kritik ausschließt; noch kommt es zu einer immer größeren Öffnung und damit zu einer immer umfassenderen Möglichkeit zur Kritik.“ (ebd.: 19). Für die vorliegende Arbeit wird dieses Argument eine große Rolle spielen. Denn die Kritik an den negativen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft wie auch der Logik der Discounter wird immer wieder kooptiert, in die Logik der Produktion und der Werbung integriert und somit unschädlich gemacht.

Da es sich bei der bürgerlichen Gesellschaftsformation um einen sich selbst stetig revolutionierenden und transformierenden Organismus handelt, gehört es auch zu ihren konstitutiven Merkmalen, dass sie sich „in widersprüchlichen Prozessen ununterbrochen selbst überholt“ (ebd.). In gesellschaftlichen Prozessen, die stets von Statik und Dynamik geprägt sind, operiert Kritik als Katalysator: „Kritik wird absorbiert, durch die Kritik hindurch erneuert sich die kapitalistische Gesellschaftsformation und setzt die Kritik von neuem frei, um die Verhältnisse aufzustören. Sie trägt auf ihre Weise dazu bei, diese Verhältnisse auf einem immer höheren Niveau zu reproduzieren“ (ebd.). In Kapitel 11.5., in dem die Fragen der Möglichkeiten und Grenzen von „kritischem Konsum“ ausgelotet werden, wird diese theoretische Grundlegung eine besonders große Rolle spielen.

Ein Problem materialistischer Kritik bestand zuweilen darin, dass die Anknüpfung an Marx' Kritik

der politischen Ökonomie zu einer Kluft zwischen der Analyse ökonomisch vermittelter Herrschaftsverhältnisse und anderer Formen von Herrschaft führte. Diese anderen Formen von Herrschaft, seien es herrschaftlich verfasste Geschlechterverhältnisse und Heteronormativität oder Rassismus sind gegenwärtig konstitutiv für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse, können aber nicht zur Gänze aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit erklärt werden. Materialistische Gesellschaftstheorie und –kritik muss daher versuchen, den Zusammenhang der verschiedenen Formen von Herrschaft zu erklären und vermeiden, unterschiedliche Herrschaftsmodi gegeneinander in Stellung zu bringen.

b. Kritik in der akademischen Welt

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Ausdrucksformen sowie der soziale und gesellschaftspolitische Kontext für kritische Wissenschaft stark verändert.⁴² Um diese Veränderungen nachzuzeichnen, ist es wichtig, zu analysieren, welche Rolle kritische Wissenschaft in der gegenwärtigen Arbeitsteilung im Verhältnis zu den sozialen Bewegungen einnimmt.

Im Zeitraum nach 1968 erschienen unzählige Publikationen zur Kritik der Universität bzw. des universitären Wissens: die Rolle der staatlich-kapitalistischen Institutionen der Produktion und Distribution von Wissen(schaft) im Rahmen kapitalistischer Arbeitsteilung wurde eindringlich beleuchtet, ebenso die Rolle der Studierenden als künftige Agent_innen der Herrschaft des Kapitals (vgl. Gorz 1970). All dies sollte sich grundlegend ändern, und zwar untrennbar verbunden mit einer Veränderung des Kapitalismus in seiner Totalität. Heute hat nur noch wenig von dieser Kritik überlebt. Die Veränderung des Kapitalismus hin zum Postfordismus und die damit einhergehende Neoliberalisierung der Bildungspolitik haben zwar die Parameter der Wissenschaftskritik verschoben, die Notwendigkeit ihrer – theoretischen wie praktischen – Durchführung sind jedoch mehr denn je gegeben (vgl. Grundrisse 2011).

In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat sich das Hauptaugenmerk kritischer Intellektueller auf die Produktion kritischer Wissenschaft verlagert. In diesem Zusammenhang kann gesagt werden, dass die Entwicklung eigener methodischer Zugänge und Netzwerke kritischer Wissenschaftler_innen aktuell einen äußerst wichtigen Beitrag zum Kampf um die Hegemonie herrschaftskritischer Deutungsweisen gesellschaftlicher Entwicklungen leisten; dabei ist jedoch die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Wissensproduktion, ihrer Institutionalisierung und

42 Ulrich Brand betont: „Ob wir die aktuelle Konstellation als Postfordismus, Neoliberalismus, Wissensgesellschaft oder anders bezeichnen und wie wir die aktuelle Krise auch einschätzen: Wir erleben eine enorme Aufwertung von empirisch-wissenschaftlichem und technologischem, insbesondere ökonomisch verwertbarem Wissen, die einhergeht mit der Ent- oder Abwertung anderer Wissensformen wie etwa des Erfahrungswissens oder auch von Reflexivität. Das hat Auswirkungen auf die institutionellen Formen wie Inhalte der Wissensproduktion“ (Brand 2010a: 36).

ihrer Rolle im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ins Hintertreffen geraten. Die neoliberalen Umstrukturierungen, die während der letzten Jahrzehnte an den Universitäten stattgefunden haben, sind insofern an der kritischen Wissenschaft nicht spurlos vorübergegangen, als dass kritische Sozialwissenschaftler_innen heute aufgrund der Hegemonie neoliberaler Wissensproduktion (scheinbar) dazu gezwungen sind, ihre Lehre und Forschung ungleich zaghafter vorzutragen als noch vor einigen Jahrzehnten – dies äußert sich beispielsweise darin, dass Strukturanalysen weit mehr Raum beigemessen wird als der Analyse von politischen Kämpfen. Dass weiters der relativen Stabilität kapitalistischer Verhältnisse größere Aufmerksamkeit zuteil wird als der Brüchigkeit eben dieser Verhältnisse. Und dass sich kritische Wissenschaft in den aller seltensten Fällen offensiv als Katalysator von Protestbewegungen begreift. Mit anderen Worten: Während die kritische Wissenschaft – wenn auch kleine – diskursive Erfolge zu verzeichnen hat, ist die Wissenschaftskritik in den letzten Jahren zunehmend ins Hintertreffen geraten. Die Formen der Beurteilung in den Naturwissenschaften (Peer Review, Publikationserfolg und Rezeption, zitiert werden in einschlägigen Organen) werden auf alle Formen der akademischen Wissensproduktion ausgedehnt.⁴³ Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen für das Verhältnis von kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen.

Wie könnte ein nicht-hierarchisches Verhältnis von Wissenschaft und sozialen Bewegungen heute aussehen? Ist es notwendig, alternative Institutionen der Wissensproduktion aufzubauen oder gilt es in der aktuellen Situation in erster Linie, um Positionen innerhalb der Universitäten und Akademien zu kämpfen? Weshalb ist die gegenwärtige disziplinäre Teilung der Wissenschaften nahezu unumstritten und wird kaum kritisiert? (vgl. grundrisse 2011).

Progressive Impulse für die Lehre und Forschung an Universitären kamen oft von außerhalb der Hochschule. Die entscheidenden Impulse für die Institutionalisierung von Studien der biologischen Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien wurden beispielsweise von autonomen Studierendengruppen gesetzt, die seit Mitte der 1970er Jahre in enger Tuchfühlung mit Bewegungen arbeiteten, die sich der Praxis biologischer Landwirtschaft annäherten. Die kritischen Studierenden hatten auch Fürsprecher_innen in den Gremien und in den Institutionen.⁴⁴ Die

43 Brand betont: „Es geht bei den Publikationen um einen vermeintlichen 'Goldstandard', wie es ein Kollege treffend formuliert hat, und der heißt Publizieren in wissenschaftlichen Zeitschriften, die im Social Science Citation Index geführt werden. Die weitgehend unreflektierte Fokussierung auf begutachtete, vorzugsweise englischsprachige und möglichst „highly ranked“ Zeitschriften mit einem kompliziert ermittelten hohen 'impact factor' soll wissenschaftliche Praxis orientieren. Es geht – und das sollte kritische Wissenschaft wirklich sorgen – zu Lasten von Inhalten. Und es führt zu einer Abwertung anderer, wissenschaftlich valider Publikationspraxen“ (Brand 2010a: 38ff). Brand weiter: „Die Zeitschriften-Rankings sind zudem eine Machttechnik der angelsächsischen Hochschulen und Zeitschriftenverlage, die damit ihre Vormachtstellung über wissenschaftliche Anerkennungsverhältnisse und Praxen untermauern. Und sie sind die Existenzbedingung der meist kostenpflichtigen Ranking-Agenturen selbst. Kritische Wissenschaft und Gesellschaftskritik sind möglich, müssen sich jedoch einer bestimmten Form anpassen und verlieren dadurch gesellschaftspolitische Relevanz“ (ebd.: 39).

44 Für einen Abriss der Geschichte des Instituts für ökologischen Landbau siehe: <http://www.nas.boku.ac.at/9813.html>,

Durchsetzung der Gründung des Instituts für ökologischen Landbau an der Boku Wien im Jahr 1996 war also möglich, weil über die Jahre entsprechende Kommunikationskorridore zwischen sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Repräsentant_innen der Universitäten etabliert wurden. Diese Verbindungen spielen – gekoppelt mit entsprechendem Druck von der Basis – oft eine wichtige Rolle für die Durchsetzung von Freiräumen an Universitäten.

Für die vorliegende Arbeit teile ich methodisch den Zugang von Brand (2011: 13), wenn er schreibt, dass „progressive Ansätze und Akteure nicht 'nachträglich' am Ende einer systematischen Analyse“ dazugenommen werden sollen, sondern dass diese „bereits bei der Analyse vielfältiger Herrschaftsverhältnisse – ihrer Widersprüche, Stabilität oder Krisenhaftigkeit“ berücksichtigt werden müssen. Somit wird proaktiv vermieden, dass „die herrschenden Verhältnisse als sehr geschlossen, für alternative Praxen kaum angreifbar“ dargestellt werden und somit das Bild reproduziert wird, „das Herrschaft zu gerne selbst von sich hat – als mehr oder weniger funktionierend und gegenüber Problemen und Krisen handlungsfähig“ zu sein (ebd.: 14). Umgekehrt sollten genauso „emanzipatorische Widerständigkeit und Ansätze nicht als den herrschaftlichen Verhältnissen außen oder gegenüberstehend“ (s 196) konzipiert werden. Deshalb ist auch kritische Wissenschaft diesen Verhältnissen nicht äußerlich – was wiederum auf die Notwendigkeit der Kritik im Handgemenge verweist.

Für kritische Wissenschaft ist es wichtig, dass in den Reflexionsfaden immer auch ein Handlungsfaden eingewoben wird. Aus der wissenschaftlichen Analyse heraus müssen sich auch konkrete Handlungsvorschläge für emanzipatorische Organisierungsprojekte ergeben. Ulrich Brand betont: „Ein anderer Aspekt, der kritische Wissenschaft dem Mainstream verdächtig macht, ist die kritisch-solidarische Bezugnahme auf vom Anspruch her progressive gesellschaftliche und politische Akteure. Das geht einher mit einer Bezugnahme auf marginalisiertes und herrschaftskritisches Alltagswissen. Damit will kritische Wissenschaft auch einen Beitrag leisten, um die oft frustrierenden Erfahrungen von herrschaftskritischen Praxen zu reflektieren.“ (Brand, 2010: 38).

Das meint allerdings nicht, dass kritische, bewegungsnahe Theoriebildung in dem Dreischritt „Analyse der Verhältnisse – Aufdeckung der Widersprüche – politische Strategiebildung und Aktion“ vonstatten gehen soll (Brand 2011: 167). In solch einer Perspektive würde „Theorie und der entsprechenden strukturellen Analyse immer einer Art Metasicht zugeschrieben“ (ebd.: 167). Diese Sichtweise wäre arrogant und würde die eigene Position überschätzen. Gegen-hegemoniale Strategien folgen „keinem ausdrücklichen – etwa von einer Partei entwickelten – oder versteckten

aufgerufen am 25.10.2012.

'Masterplan'" (ebd.: 168). Deshalb kann auch Theorie nicht in Geiselhaft für Parteiprojekte und „Linientreue“ genommen werden.

c Die Universität als Ort der Kritik

Wichtig für Kritik ist es, den Bezugsrahmen zu erweitern und Impulse nicht nur aus akademischen Diskussionszusammenhängen zu ziehen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, offenzulegen, an welcher Position im Produktionsprozess bzw. der internationalen Arbeitsteilung sich der / die Forscher_in selbst befindet. Denn die Universität ist kein unschuldiger Ort. Oder anders formuliert: Im universitären Betrieb selbst spiegeln sich die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse wider, die in Bezug auf verschiedene Verhältnisse „außerhalb“ der Universität beschrieben werden. Die Logik der wissenschaftlichen Forschung ist rückgebunden an Karriereerwartungen, Aufstiegschancen oder Abstiegsängste, sie hängt eng ab vom Leistungsdruck des hegemonialen Wissenschaftsbetriebs und nicht zuletzt von der Normierung durch den allgegenwärtigen akademischen Habitus. Diese Umstände verhindern eine freie Entfaltung kritischer Wissenschaft. Am unmissverständlichsten haben Caffentzis und Federici den Stellenwert der Arbeitsteilung zwischen unterschiedlichen Segmenten der Beschäftigten an der Universität analysiert (Caffentzis/Federici 2009). Die beiden Autor_innen kritisieren, dass an den Universitäten die Hierarchie zwischen Wissensproduktion und Reproduktion meist unhinterfragt hingenommen werde. Nicht zufällig werden derartige Überlegungen erst verhandelt, wenn es an Universitäten zu breiten Protestbewegungen und Besetzungen kommt. Erst dann wird die Rolle der Universität sowie der eigenen Position im Wissenschaftsbetrieb offen zur Disposition gestellt. Caffentzis: „The important thing about occupations is that they transform the relations among those who participate in them, break down hierarchies (e.g. power relations between students and teachers, graduate and first year students), create an egalitarian cooperative environment, expand our consciousness, our sense of possibility and power, and are moments of truth“ (Caffentzis 2010). Caffentzis streicht weiter heraus, dass „universities are places that hold a tremendous amount of accumulated social wealth; wealth that our work has produced - and this wealth (both physical and intellectual) should be reclaimed, re-appropriated, turned into a common“ (ebd.).

In eine ähnliche Richtung geht das Verständnis von wissenschaftlicher Diskussion, wie sie im Aufruf zur Teilnahme am „Seminar on Debt & the Commons“, das von 18. bis 20. August 2011 in New York stattfand und von Silvia Federici, George Caffentzis, David Graeber und der Gruppe „<http://www.16beavergroup.org>“ organisiert wurde (Caffentzis/Graeber/Federici: 2011). Für das Seminar drücken die Organisator_innen folgenden Wunsch aus: „The hope is to achieve some focus, to sharpen our terminologies and analytical tools, to direct our collective intelligence toward

a new orientation of existing organizing efforts and guide new interventions as well as to better know what, how and with whom. It is a difficult and elusive hope. It also relies on enough of us approaching the seminar with the idea of collectively enacting an enlarged framework for political action (which implicates many different practices)“ (ebd.). Damit stellen sie einen klaren Bezug zwischen ihrer Forschung und den sozialen Bewegungen her. Federici und Caffentzis organisieren Seminare bei denen es darum geht, „to give participants an opportunity to have a rich intellectual experience attempting to raise critical questions about how we live, think, struggle - in an open, autonomous, non-institutional, non-commodified, non-authored situation. Those seminars have attempted to cross-weave intellectual efforts with activist and artistic practices. Moreover, rather than merely become attempts to represent ideas, knowledge, or knowingness, the seminars have been a part of an effort to situate and suggest, through the work of specific individuals, where we may devote further work collectively in the coming years. And to build potential solidarities across disciplines, practices, and approaches“ (ebd.). Situiert in New York, schreiben sie in Bezug auf ihre Seminare: „At their best, they have been like small, concise, intellectual bombs detonated carefully, collectively, not far from Wall Street, with all intents to illuminate the cracks in the edifices of those buildings, and on the ground, on the very terrain we cohabit. They have been suggestions for paths of individual, collective projects, militant investigations: artistic, intellectual, political, economic, activistic, and beyond“ (ebd.). In der Aussendung wird betont, dass es um „sustained, collective, engaged research outside of the disciplining / enclosing that can happen in the university or academy“ geht (ebd.). Diese Haltung drückt keine generelle Ablehnung der akademischen Welt aus – die Universität wird auch als Ort der Wissensproduktion verstanden – nur nicht als einziger. Außerdem kennzeichnet dieser Ansatz eine realistische Einschätzung ob der Möglichkeiten für bewegungspolitische Interventionen und kritische Wissenschaft. Bezugnehmend auf die Proteste und Revolten, die kurz vor Beginn des Seminars im Jahr 2010 in London und Griechenland stattfanden, schreiben die Seminarleiter_innen: „Thus, this seminar takes place in the midst of these events and struggles. Thus, there is an additional hope that collectively we can consider what global solidarity can look like, unfolding across different modes of doing, producing, and thinking in light of such events“ (ebd.). Die Intention dahinter ist, das Auseinanderdriften von Aktivismus und Theoriebildung zu verhindern.

Als ein weiterer gelungener Versuch, die Grenzen traditioneller Sozialwissenschaft offensiv in Frage zu stellen kann das Lehrforschungsprojekt „Grenzen in Bewegung“ gewertet werden, das von Studierenden und Lehrenden aus Berlin, Costa Rica und Nicaragua, unter der Leitung von Prof. Marianne Baig von der FU Berlin durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt des Projekts stand eine gemeinsame Reise in die costa ricanisch-nicaraguanische Grenzregion Guanacaste-Rivas sowie

nach San Jose und Managua im März und April 2008. Laut einem Bericht über das Projekt in der Zeitung iz3w folgte die Gruppe „dem Appell des Anthropologen Alejandro Grimson, Grenzen zu besuchen sowie Grenzzäune und -bewegungen in den Mittelpunkt wissenschaftlicher und politischer Überlegungen zur Globalisierung zu stellen. Denn nirgendwo, so Grimson, zeigten sich die dramatischen Widersprüche zwischen lokalen, nationalen und globalen Prozessen deutlicher als hier“ (Hernández/Kron 2009: 14). Das Lehrforschungsprojekt verbindet somit Wissensproduktion mit politischem Handeln und versucht damit, neue Räume für soziale Bewegungen zu öffnen. Ein solches Ziel steckt sich auch die vorliegende Arbeit.

Generell gilt es, die Wahrnehmung dahingehend zu schärfen, dass emanzipatorische Theorieproduktion nicht unabhängig von sozialen Bewegungen entstehen kann. Bini Adamczak erinnert deshalb im Sinne einer materialistischen Historiographie an die Aussage der queer-Theoretikerin und Aktivistin Judith Butler zu ihrer bedeutenden Theorie-Arbeit: „Gender trouble was written in a gay bar“ (vgl. Adamczak / Laufenberg 2011).

Wichtig ist des weiteren die Frage nach Form und Rahmen, in denen die gewonnenen Erkenntnisse kritischer Wissenschaft verhandelt werden. Generell kann gesagt werden, dass der Zungenschlag, mit dem kritische Wissenschaft vorgetragen wird, sich heute, nach über drei Jahrzehnten des neoliberalen Backlash, gewaltig verändert hat. Kritische Wissenschaft geriet zunehmend in die Defensive und ist heute oftmals gezwungen, mit einem falschen 'Objektivitätsparadigma' zu operieren, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Bei einem großen Teil der Wissensproduktion geht es vordergründig um die habituelle Selbstvergewisserung der akademischen Klasse. Durch die Hegemonie dieser Art zu schreiben wird kritischer Wissenschaft die Legitimation genommen, sich parteiisch an aktuellen sozialen Auseinandersetzungen zu beteiligen und Forschungsergebnisse aus der praktischen Kritik im Handgemenge heraus zu entwickeln. Impulse aus den sozialen Bewegungen sind jedoch für kritische Wissenschaft ungemein wichtig, wenn nicht unerlässlich: Viel Wissen wird erst über militante Recherche geschaffen (vgl. Behr / Deimel 2011). Aus diesem Grund sind Zusammenschlüsse progressiver Wissensarbeiter_innen, die diese Themen offen verhandeln, von entscheidender Bedeutung. Ulrich Brand schlägt die Bildung von Netzwerken kritischer Wissenschaftler_innen vor: „Netzwerke kritischer Wissenschaft und die Reflexion der eigenen Praxis können zudem davor bewahren, in bestimmte Fallen zu treten: das akademische Distinktionsspiel um der Distinktion willen mitzumachen, beim Mainstream um Anerkennung zu buhlen, aber auch den Kritikbegriff zu einer unhinterfragten und bequemen Selbstbezeichnung werden zu lassen“ (Brand 2010: 42ff).

Für kritische Wissenschaft ist es deshalb wichtig, einzufordern, dass Erfahrungswissen von

Marginalisierten gegenüber „Expert_innenwissen“ aus der Wissenschaft aufgewertet wird.

Brand benennt die Rolle von kritischer Wissenschaft als das Erarbeiten von „Strukturwissen emanzipatorischen Handelns“ (ebd.: 43).

d. Militante Untersuchung und kritische Wissenschaft

Um diesem Postulat gerecht zu werden, müssen auch alternative Formen der Wissensproduktion und Wissensweitergabe gefunden werden. Ein wichtiger Ansatz ist die Methode der militanten Untersuchung. Nach Becksteiner (2011) bezeichnet der Begriff der Militanz die „Aktivität antagonistischer Subjekte an der gesellschaftlichen Basis“ (39) und hat nichts mit der Propagierung von Gewaltanwendung zu tun. Im deutschsprachigen Raum konnte sich die Methode der militanten Untersuchung trotz ihrer langen Geschichte nicht verankern. In seinem Text „Militant Research and Research Militancy“ betont Mario Becksteiner: „Militanz ist offensichtlich nur schwer vereinbar mit dem Postulat einer Mainstreamwissenschaft, die sich an Sachlichkeit, Objektivität und Distanzierung orientiert. Insbesondere der humboldtsche Bildungsbegriff und das darauf aufsetzende Wissenschaftsverständnis ist geprägt von einer Trennung des noblen Räsonierens über Gesellschaft und der mit Anrüchigkeit in Verbindung gebrachten Tat, der theoretisch unterfütterten politischen Aktion im Sinne gesellschaftlicher Veränderung“ (ebd.: 38). Historisch sei dies verbunden mit dem Scheitern bürgerlicher Revolutionen im deutschsprachigen Raum: „Die der Bildungstheorie immanente Kritikfähigkeit wurde in die Köpfe der Menschen verbannt, ab nun erschöpft sich Bildung in der Reflexion – die Aktion erhielt den Nimbus des Primitiven und Anrüchigen“ (ebd.).

Becksteiner betont, dass sich, dem humboldtschen Wissenschaftsparadigma folgend, „im deutschsprachigen Raum eine fetischisierte Trennung im wissenschaftlichen Bereich (vollzog), nämlich der zwischen Kopfarbeit im Sinne von Forschung und Theoriebildung und der politischen Handarbeit im Sinne einer praktischen Involviertheit der Wissenschaft in gesellschaftliche Kämpfe“ (ebd.). Unter den speziellen Voraussetzungen des österreichischen corporatismus seit den 1950er Jahren konnte sich der arbeitssoziologische Begriff der Militanz, der in anderen europäischen Ländern wie beispielsweise Frankreich zwar nicht als Mainstreambegriff existiere aber durchaus „als heuristische Provokation eine Existenzberechtigung verteidigen konnte“, nicht durchsetzen. „Spricht man in Österreich über 'Militanz' so werden in erster Linie zwei Assoziationsketten damit verknüpft. Zum ersten die dem Wortstamm entsprechende Kette, nämlich 'militare', 'als Soldat dienen', wobei Militanz auch sehr schnell als Keimform nicht-demokratischer politischer Eskalationsstrategien angesehen wird, welche nicht selten als Springquelle autoritärer Tendenzen identifiziert werden. Der zweite Strang verknüpft sich, insbesondere in den Sozialwissenschaften

mit der verkürzten Assoziation eines bestimmten 'Milieus' politischer Aktivität, die auf Gewaltanwendung verkürzt wird, auf *die Autonomen* oder *die Anarchist_innen*. Insbesondere dieser Strang wird entweder als denunziatorischer Begriff in der Öffentlichkeit verwendet (siehe die Debatte um 'militante Tierschützer' oder 'militante Feministinnen') oder als Signifikation der nicht mehrheitsfähigen Ablehnung des politischen Systems“ (ebd.: 39; Hervorhebungen Becksteiner). Der Begriff der Militanz bzw. der militanten Forschung ist andernorts jedoch durchaus nicht auf diese Weise belegt: „So weisen Länder mit weniger engen integrativen Tendenzen im Bereich der industriellen Beziehungen auch in der Arbeitsforschung einen heuristischen Begriff der Militanz auf, der die Basisaktivität als wichtigen Moment gesellschaftlicher Kämpfe stärker wahrnimmt. Das bedeutet nicht, dass nicht von vielen diese Militanz als Störfaktor institutionalisierter Konfliktlösungsmechanismen gesehen wird und damit zum Objekt von Regierungstechniken erklärt wird, sondern es bedeutet schlichtweg, dass auch aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung Militanz an der Basis - von zum Beispiel Gewerkschaften - nicht vollkommen negiert werden kann“ (ebd.).

Bei militanter Untersuchung geht es laut Becksteiner „um ein Wissen, das die Subjekte ins Zentrum stellt, das ihre Selbstverortung in widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnissen und ihren eigenen Standpunkt und Möglichkeiten der Intervention in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zum Ausgangs- und Zielpunkt der Wissensproduktion macht. Also ein Wissen, das die eigenen widersprüchlichen Existenzbedingungen in kapitalistischen, patriarchalen, bürokratischen oder staatlichen Herrschaftsverhältnissen erforscht“ (ebd.).

Beim Konzept der militanten Untersuchung stellen sich „Forscher_innen selbst (...) militant in der geistigen Haltung gegen die bürgerliche Wissenschaft und positionieren sich selbst als forschende Aktivist_innen. Das so produzierte Wissen wird zur Waffe in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen“ (ebd.: 40). Becksteiner betont, dass „'Militant research' (...) auf eine lange Praxis einer Theoriebildung von unten (verweist), die ihren Resonanzraum zumeist nicht im bürgerlichen Wissenschaftskanon gesucht und gefunden hat, sondern in historischen und aktuellen Auseinandersetzungen in und über unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche“ (ebd.). Dabei sei allerdings der Begriff der Theoriebildung selbst zu problematisieren. „Theorie“, so Becksteiner, „als die systematische Ausarbeitung synthetisierender Begriffssysteme, liegt in der Tradition des 'militant research' nicht immer vor. Viel mehr handelt es sich häufig um ein (Erfahrungs-)Wissen, das aus der Notwendigkeit widerständiger Praxis gegenüber den unterschiedlichsten Formen von Unterdrückung entsteht und dafür offen bleibt“ (ebd.). Es handle sich hierbei nicht um ein Wissen, das vollständig systematisiert vorliegen würde, da die Motivation für die Schaffung dieses Wissens nicht darin bestand, es theoretisch auszuformulieren, sondern praktische Formen „des sich zur Wehr

Setzens zu erkennen und kommunizierbar zu machen“ (ebd.). So ist es auch zu erklären, dass es sich um ein Wissen handelt, „das nur schwer oder kaum den Eingang fand in den Kanon der bürgerlichen Theoriebildung“. Dies in erster Linie, „weil es sich oft der akademischen Kultur und einer theoretischen Diskurssprache“ entzog, aber auch „weil es sich nicht einfach aus seinem spezifischen (widerständigen) Kontext herauslösen und in die Ordnung theoretischer Normierung einpassen lässt“ (ebd.). Das spannende an diesen Formen des Wissens ist, dass es stets dort entsteht, „wo die Ordnung der bürgerlichen Welt und deren theoretische Erfassung an die Schranken ihrer eigenen konstruierten Objektivität stoßen“ (ebd.).

e_ Die „témoinage“ als Gegenentwurf zum sozialwissenschaftlichen Interview

Die französische Gruppe „Socialisme ou Barbarie“ veröffentlichte in ihrem Wirkungszeitraum von 1949 bis 1967 in ihrer gleichnamigen Zeitschrift sogenannte „témoinages“, Selbstzeugnisse von Arbeiter_innen über ihre Lebenssituation und ihrem alltäglichen Kampf gegen die betriebliche Tyrannie, die den Ausgangspunkt weiterer Untersuchungen bildeten. Mario Becksteiner analysiert diese Methode als „anklagende(s) 'zur Sprache bringen', das sich stimulierend für viele linke Wissenschaftler_innen“ auswirkte. „Nicht nur wurde damit die Anonymität, Uniformität und vermeintliche Rationalität der Fabrik aufgebrochen und die Widersprüche ans Licht gezerrt, sondern es erschloss sich zudem für viele Wissenschaftler_innen auch eine vollkommen andere gesellschaftliche Realität. Die von den Arbeiter_innen zur Sprache gebrachten Selbsteinschätzungen und Sichtweisen der Welt konstituierten eine Realität, die über weite Strecken im Widerspruch stand zur herrschaftlich geformten Öffentlichkeit im Betrieb, im Staat, in den Medien, in den Parteien, aber auch zur Öffentlichkeit, die durch die bürgerliche Wissenschaften konstruiert wurde“ (Becksteiner 2011: 40).

In der vorliegenden Arbeit sind mehrere „témoinages“ eingeflossen, v.a. von migrantischen Arbeiter_innen in Süds Spanien. Ohne diese „témoinages“ wäre es gar nicht möglich gewesen, eine wissenschaftliche Arbeit über die Arbeits- und Lebensbedingungen im industriellen Gemüsesektor zu schreiben, geschweige denn, konkrete Solidarität für die Betroffenen zu organisieren. Wie auch in der vorliegenden Arbeit spielt die Frage der Verbindung von Theorie und Praxis in den Untersuchungen, die rund um die Strömung des italienischen Operaismus, der theoretisch und politisch wohl einflussreichsten Strömung des autonomen Marxismus, entstanden, eine große Rolle. Wichtig dafür war die Idee der „conricerca“, das Konzept der „Mit-Untersuchung“. Den Kern dieses Konzeptes bildete der Versuch, das Subjekt – Objekt Verhältnis zwischen Forscher_in und „Beforschten“ aufzulösen. Forschung und Erfahrung sowie Aktion sollten sich befruchten und neue Formen des Wissens und neue Subjektpositionen sowohl von Wissenschaftler_innen als auch von

Arbeiter_innen entstehen lassen.

Eine wichtige Kritik am Konzept der militärtenden Untersuchung liegt in der tendenziellen Negierung oder Unterschätzung der „objektiven“ ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen, in die soziale Kämpfe eingelassen sind. Becksteiner betont: „Die Gefahr des 'militant research' besteht in der Hypostasierung der Subjektivität gegenüber dem System der toten Arbeit“ (ebd.). Sie droht also, voluntaristische Positionen einzunehmen und die Möglichkeiten von Aktivismus und Selbstaktivierung zu überschätzen. Es bleibt also wichtig, eine gute Kenntnis der möglichen Gestaltungsspielräume, mithin der Zeitfenster oder räumlichen Interventionsmöglichkeiten für emanzipative Bewegungen zu erarbeiten (vgl. Brand 2003a: 18).

f_Kritische Wissenschaft als Strukturwissen emanzipatorischen Handelns

Kritische Wissenschaft sollte mit dem normativen Ziel antreten, jegliche Herrschaftsverhältnisse abzuschaffen und eine unbequeme Parteinahme einer vorgeblichen „Objektivität“ vorziehen. Das setzt voraus, dass wissenschaftliche Arbeit an emanzipatorische politische Bewegungen und Basisinitiativen rückgekoppelt bleibt. In diesem Sinn hat kritische Wissenschaft stets die Aufgabe, das Bewusstsein für die Unvernunft der bestehenden Ordnung wach zu halten.

Dabei ist es wichtig, sich auf die komplizierte und widersprüchliche, prozesshafte Herangehensweise einzulassen und die „Mühen der Ebene“ nicht zu scheuen. Wenig vielversprechend sind hingegen Ansätze, „die abstrakt das ganz Andere fordern, ohne die widersprüchlichen Handlungsbedingungen wie auch die politisch-praktischen Anstrengungen in den Blick zu nehmen, mit denen dieses Andere anzugehen ist“ (Brand 2011: 19). Im Rückzug auf abstrakte Kritik, die die vorherrschenden Kräfteverhältnisse außer Acht lässt, offenbart sich keine radikal herrschaftskritische Perspektive als vielmehr politische Resignation. „Häufig wird verbalradikal 'das System' infrage gestellt, ohne einen genaueren Begriff desselben zu haben.“ (ebd.: 165). Denn selbst der Staat ist als verdichtetes Kräfteverhältnis ein Terrain sozialer Kämpfe und deshalb als Resonanzraum sozialer Auseinandersetzungen von Bedeutung! Insofern kann es nicht richtig sein, lediglich ein „antagonistisches und auf Autonomie pochendes sozialbewegtes radikales Gegenüber zu den herrschenden Politiken“ zu konstituieren (ebd.: 195). Die herrschenden Institutionen müssen in ihrem umkämpften Charakter gesehen werden. Denn ob man es will oder nicht, es besteht ein dialektisches Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und den Institutionen des Kapitalismus: „Auch emanzipatorische und auf den ersten Blick 'staatsferne' Akteur_innen wirken (...) auf die Stabilisierung bzw. Veränderung gesellschaftlicher Diskurse und Kräfteverhältnisse und damit auf das soziale Verhältnis Staat hin, denn Auseinandersetzungen schreiben sich in die staatliche Apparatur, Diskurse und Politiken ein. Gleichzeitig prägt der Staat

die sozialen Kämpfe“ (ebd.: 198). Wenn kritische Wissenschaft Strukturwissen für soziale Bewegungen bereitstellt, muss sie den komplexen Vergesellschaftungsformen Rechnung tragen und kann sich nicht in billigen Dichotomien erschöpfen.

Wenn Gesellschaftsveränderung als das stetige Verschieben von Kräfteverhältnissen gefasst wird, muss jeweils konkret bestimmt werden, ob ein grundlegender Bruch mit der herrschenden Ordnung realistisch ist, oder ob dafür die Kräfte nicht ausreichen. Bei diesen Überlegungen stellt sich heraus, dass der Dualismus zwischen Reform und Revolution eine falsche Dichotomie aufmacht. Jan Rehmann verweist auf Frigga Haug, die „in der Perspektive einer aktualisierten 'Linie Luxemburg-Gramsci' versucht, Gramscis Konzept einer hegemoniefähigen linken Strategie zu vermitteln mit Rosa Luxemburgs Konzept einer 'revolutionären Realpolitik', die sich dadurch auszeichnet, die Widersprüche zwischen Reform und Revolution, außerparlamentarischer Aktion und Parlamentsbeteiligung, Fern- und Nahzielen zu artikulieren und dialektisch zu verbinden“ (Rehmann 2008: 96).

All diese Punkte zielen letztendlich auf die wissenschaftliche Frage, wie die *praktische Überwindung* herrschaftsförmiger sozialer Verhältnisse gedacht und konkret angegangen werden kann. Schon das Aufwerfen dieser Frage selbst, die im offiziösen intellektuellen Betrieb als unwissenschaftlich und subjektiv denunziert wird, sollte als Ausgangspunkt schlechthin für kritische Wissenschaft gesehen werden. Die vorliegende Arbeit versucht, im Bereich des Aufbaus von Gegenhegemonie gegen die industriell-kapitalistische Lebensmittelproduktion und -Vermarktung Strukturwissen bereitzustellen und eine breite Diskussion über mögliche Widerstandsstrategien zu fördern.

Bezogen auf die aktuellen Bedingungen für kritische Wissenschaft schreibt Becksteiner in seinem weiter oben zitierten Essay: „Die auf unterschiedlichen Ebenen krisenhafte Entwicklung des 'real existierenden Kapitalismus' eröffnet zurzeit auch Realität eine Perspektive der Hinwendung zu antagonistischer Subjektivität im Wissenschaftsbetrieb“ (Becksteiner 2011: 39). Die sich verschärfende Krisendynamik seit 2008 stützt diese These durchaus.

f_Kritik des „Expert_innentums“, alternative Lehr- und Lernformen

Im akademischen Betrieb wird Expertenwissen durch habituelle und formelle Grenzziehungen abgesichert. Auftreten, Sprache und Form des Vortrags eines Arguments kann somit sofort klassifiziert und beurteilt werden. Eine Universitätsprofessorin und eine Reinigungsbedienstete werden deshalb im Vortrag des möglicherweise gleichen Arguments unterschiedlich ernst genommen. Wissensproduktion an den Universitäten wird im Gegensatz zu Wissensproduktion in

aktivistischen, proletarischen oder subalternen Zusammenhängen durch gesellschaftlich anerkannte Titel und Zertifikate geadelt: Der Doktor ist nicht zu unrecht als der Adelstitel der Bürgertums bezeichnet worden – er signalisiert die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Elite. Des weiteren gilt es anzuerkennen, dass nicht alle Wissenschaft akademisch ist. So ist es beispielsweise dringend notwendig, Wissensproduktion in indigenen Gemeinschaften endlich als gleichwertig anzuerkennen und nicht als Objekt der akademischen Forschung zu degradieren. Nur so kann ein ernsthafter Dialog und Austausch entstehen.

In diesem Sinn müssen also kritische Wissenschaftler_innen die privilegierte Rolle von „Expert_innen“ ablegen. Denn nur wenn das Monopol der Wissenschaft auf überprüfbare und zitierbare Wissensproduktion aufgegeben wird, kann eine wirklich gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Universitäten und sozialen Bewegungen im weitesten Sinn aufgebaut werden. So gibt auch David Harvey das Beispiel: „Wer Bauernführern der MST in Brasilien oder Führern der bäuerlichen Bewegungen gegen Landraub in Indien zuhört, genießt das Privileg einer ganz besonderen Ausbildung. In diesem Fall ist es die Aufgabe der Entfremdeten und Unzufriedenen aus gebildeten Kreisen, die Stimme der Subalternen zu verstärken, damit ihre Berichte über Ausbeutung und Repression gehört und ihre Antworten darauf Bestandteile eines antikapitalistischen Programms werden können“ (Harvey 2010: 24). Eine der wichtigsten Herausforderungen für akademische Wissenschaftler_innen besteht also nach wie vor darin, die von ihnen traditionell erwarteten Rollen nicht zu erfüllen und gegebenenfalls (Aufstiegs-) Privilegien auszuschlagen.

Des weiteren geht es darum, wissenschaftliche Debatten mit einem anderen Zungenschlag zu führen. Akademische Sprache und akademischer Habitus sind einer emanzipatorischen Ausrichtung von Wissenschaft in vielen Fällen schlichtweg abträglich, oder laufen ihr sogar eindeutig zuwider. Wenn sich allerdings der soziale Bezugsrahmen von kritischen Wissenschaftler_innen ändert – von Fachkonferenzen und inneruniversitärer Anerkennungspolitik (Stichwort peer review) hin zu offenem und gleichberechtigtem Austausch mit außeruniversitär Aktiven, Gewerkschaften und ihrer Basis, sozialen Bewegungen und subalternen Akteur_innen – ändert sich auch die Sprache der Wissenschaftler_innen.

Gerade beim vorliegenden Thema ist es wohl wichtig, Formulierungen zu verwenden, die niedrigschwellig verständlich sind – denn wenn die Erkenntnisweitergabe im Bereich Landwirtschaft und Migration auf den akademischen Rahmen beschränkt bleibt, sind die Voraussetzung für den Aufbau von Gegenhegemonie und Widerstand denkbar schlecht. Das bedeutet aber nicht, unterkomplex argumentieren zu müssen. Ziel sollte es sein, komplexe Sachverhalte für Kampagnenarbeit und gezielte Interventionen verständlich zu machen und so die

analytische Schärfe hinter den durchgeführten Aktionen, bei der Kampagnenarbeit sowie bei der Bildung von Allianzen zu erhöhen.

Das Problem besteht heute weniger darin, dass Wissen über den Zustand der Welt – beispielsweise in Bezug auf die ökologische Krise – fehlen würde; vielmehr fehlt es an Wissen über die Möglichkeiten der *Verbreiterung* dieses Wissens und über die Möglichkeit der Allianzenbildung zur effektiven Verschiebung von Hegemonie. Was kritische Wissenschaft verstärkt leisten müsste, wäre die Evaluierung, Ausarbeitung und praktische Vorbereitung der Möglichkeiten der breiten gesellschaftlichen Streuung von gegenhegemonialem Wissen. Voraussetzung dafür ist die Kenntnis der politischen Kräfteverhältnisse und der Bündnisoptionen. Oder anders formuliert: Notwendig sind in der heutigen Zeit Machbarkeitsstudien für revolutionäre Projekte – denn was oft fehlt, sind wissenschaftliche Arbeiten, die die konkreten Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, die Akteur_innen der sozialen Bewegungen im Lichte der vorherrschenden strukturellen Rahmenbedingungen offenliegen. Solche Prozesse an den Universitäten müssten in enger Tuchfühlung mit außeruniversitären Forscher_innen und Aktivist_innen erarbeitet werden. Es wäre notwendig, über die möglichen Kommunikationskorridore zwischen Wissenschaft und sozialen Bewegungen bzw. Gesellschaft im Allgemeinen nachzudenken. Studierende sollten sich mehr in Zeitungsprojekten engagieren, die an den Lehrbetrieb angegliedert sind, anstatt Dutzende Seminararbeiten zu schreiben, die meist nur von einer einzigen Person gelesen werden und darüber hinaus einer einseitigen und autoritativen Beurteilung unterliegen statt eines kollektiven Diskussionsprozesses in Lerngruppen und offenen Redaktionen. Die kollektive Teilnahme an Protestveranstaltungen im lokalen und transnationalen Rahmen sollte zum täglichen Brot kritischer Wissenschaft gehören. Last but not least sollten kritische Wissenschafter_innen im Ernstfall in der Lage sein „den Kalender wegzwerfen“. Die Geschichte erlaubt es manchmal schlachtweg nicht, den Normalbetrieb an einer Universität aufrecht zu erhalten. In diesen Momenten (z.B. während Besetzungen) sollte die Teilnahme an der kollektiven Selbstverwaltung im revolutionären Prozess einen höheren Stellenwert einnehmen als das an und für sich vorgesehene Lehrprogramm.

Nach diesen methodischen und wissenschaftstheoretischen Grundlegungen beginne ich mit der Darstellung meiner Forschungsergebnisse aus Almería sowie rund um das Thema der Supermarktkampagnen. Dafür stelle ich zunächst einige Thesen voran, die in den darauffolgenden Kapiteln geprüft werden sollen.

6. Arbeitsthesen

- Die industrielle Produktion von Obst und Gemüse fußt auf Prozessen der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation. Diese sichert den Unternehmen ein Reservoir an billigen Arbeitskräften und schafft neue Absatzmärkte für industriell gefertigte Waren (u.a. auch Obst und Gemüse). Durch die Regulation der Migrationspolitik im Sinne der Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften, durch die Regulation der Agrarsubventionen und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, sowie durch die Unterstützung der Expansion von Supermarktketten durch öffentliche Mittel versuchen staatliche und suprastaatliche Akteure das Modell der industriellen Obst- und Gemüseproduktion zu stabilisieren.
- Supermarktketten und Discounter üben enormen Konkurrenzdruck auf die verschiedenen Anbauregionen von Obst und Gemüse aus. Die landwirtschaftlichen Betriebe geben diesen Druck in Form von geringen Löhnen, langen Arbeitszeiten sowie maximaler Kosteneinsparung (v.a. bei Arbeitssicherheit und Unterbringung) an die Landarbeiter_innen weiter. Verschiedene Gruppen von Arbeiter_innen werden gegeneinander in Konkurrenz gesetzt.
- Der Konsum von Wintergemüse aus Almería und anderen Intensiv-Produktionsregionen ist ein Ausdruck der imperialen Lebensweise.
- Die Wertschöpfungskette von industriellem Obst und Gemüse ist an verschiedenen Stellen mehr oder weniger stark krisenanfällig. Dies zeigt sich beispielsweise an der Verknappung der für die Produktion unerlässlichen Ressource Wasser, an Arbeitskämpfen und Kämpfen der Migration oder an Schranken, die der Expansion von Supermarktketten und Discountern durch begrenzte Absatzmärkte gesetzt sind. Breite Allianzen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Gewerkschaften, NGOs, Verbraucherorganisationen, Bäuerinnen und Bauern, Vereinigungen von Migrant_innen, Wissenschafter_innen u.a. können im Bereich der Obst- und Gemüseproduktion dem Konkurrenzprinzip und der Umweltzerstörung entgegenwirken. Sie können Alternativen vorschlagen und auch verwirklichen.
- Die Veränderung der Geschäftspolitik der Discounter kommt nicht von selbst, sondern ist immer ein Ergebnis von Druck von unten, der auf verschiedenste Weise – organisiert oder nicht organisiert – auftritt.

7. Landwirtschaftliche Produktion und Arbeitsmigration in der Region Almería

7.1. Von der Semiperipherie zur boomenden Exportregion – die landwirtschaftliche Entwicklungsgeschichte von Almería

Im Folgenden soll nachgezeichnet werden, wie sich Almería von einer semi-peripheren Region zu einer boomenden Exportregion entwickelte. Dies ist für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung, da nur über die Entwicklungsgeschichte die aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse verstanden und möglicherweise verändert werden können.

Noch im Jahr 1962 schrieb der Schriftsteller Juan Goytisolo über die Region: „Almería ist keine spanische Provinz. Almería ist eine spanische Besitzung, die von der Guardia Civil besetzt ist. Jahrhundert auf Jahrhundert hat die Nachlässigkeit der aufeinanderfolgenden Regierungen die ursprünglichen Quellen ihres Reichtums zerstört und hat sie auf ihre gegenwärtige Lage einer Kolonie reduziert. Der in seiner Heimat versklavte Almerienser wandert aus und wird in den Industriegebieten Spaniens ausgebeutet. Die wirtschaftliche Benachteiligung verfolgt ihn überall, wo immer er seinen Lebensunterhalt verdienen will“ (Goytisolo 2006).

Almería gehörte bis in die 1970er Jahre zu den strukturschwächsten Gebieten Spaniens. Der Küstenstreifen zwischen dem Mittelmeer und dem Gebirgszug der Alpujarras war geprägt von extensiver Landwirtschaft: Viehzucht und Fischerei waren die wichtigsten Einnahmequellen, die Region war dünn besiedelt. Die rasante Entwicklung der südöstlichen Region Spaniens (Alicante, Murcia und Almería) ab den achtziger Jahren wird auch in einem Bericht des WWF aus dem Jahr 2003 beschrieben: „The Southeast region of Spain is changing. Only 20 years ago this region was one of the poorest in Spain (in 1980 the Southeast region contributed nearly 6% to the Gross Domestic Product, GDP). At this moment, the region, with only 8% of the national population, contributes 15% of the GDP. These economic changes are reflected in the landscape: large surfaces of agricultural terrain, urban development and advertising signs and less natural landscape. The economic growth of the past few years has produced severe impacts in the Southeast region of Spain“ (WWF 2003: 4).

Der Ort El Ejido existiert als selbständige Gemeinde erst seit dem Jahr 1982. Davor war das Umland des Ortes staubiges Brachland, das der Nachbargemeinde zugeordnet und für die kommunale Nutzung vorgesehen war. Daher stammt auch der Name El Ejido – der spanische Begriff für den gemeinsamen Landbesitz eines Dorfes.

Hafid Arrachidi, der in den 80er Jahren aus Marokko nach Almería kam, früher Landarbeiter war und heute einen kleinen Laden in El Ejido betreibt (vgl. Kapitel 2.1.), gibt in einem Interview vom

Februar 2010 an, dass die Bäuer_innen aus den Alpujarras während der Diktatur Francos mit dem Versprechen nach Almería angeworben wurden, dass sie „eine Kuh, eine Parzelle Land und ein kleines Bauernhaus“ bekommen würden. Die Region wurde also mittels dieser Maßnahmen besiedelt. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich eine Vielzahl von Kleinbetrieben, die die Region noch heute prägen. Anders als im Kernland von Andalusien, in der Region rund um Sevilla und Jaen, wo auf großen Latifundien Orangen oder Oliven kultiviert werden, setzt sich die industrielle Produktion in Almería aus einer Vielzahl von Kleinbetrieben, die meist von einer Familie geführt werden, zusammen. Geht man von einer Schätzung des Chefs von Agrupa-Ejido, eines der größten Gemüseexportunternehmen der Region, aus, ist dieses Land im Besitz von 12.000 bis 13.000 Landwirt_innen. Im Jahre 2003 hat die Subventionierung der Landwirtschaft in Almería einen Höchstsatz von knapp 25 Millionen Euro erreicht (vgl. Hoffmann 2007: 16).

Die Gesamtbevölkerung von Almería beträgt rund 406.000 Einwohner_innen. Die Gesamtfläche beträgt 8.774 m², die Küste Almerías ist rund 120 km lang. Heute hat das Plastikmeer eine Gesamtausdehnung von rund 45.000 ha erreicht, das entspricht in etwa 90.000 Fußballplätzen oder der Gesamtfläche von München. Über die Exportmengen von Gemüse aus Almería berichtet die Zeitung „Le Monde Diplomatique“: „Die Handelsbilanz der andalusischen Tomate ist schwindelerregend. Seit 1995 exportiert Spanien jedes Jahr etwa 900.000 Tonnen frische Tomaten, damit ist das Land in dieser Hinsicht die führende Exportnation Europas (und die drittgrößte der Welt nach Mexiko und Syrien). Es folgen die Niederlande (834.000 Tonnen im Jahr 2007), die Türkei (372.000), Marokko (297.000), Belgien (203.000), Frankreich (167.000) und Italien (110.000). (...) Im Jahr 2008 hat Deutschland 201.000 Tonnen spanische Tomaten eingeführt, Großbritannien 174.000, Frankreich 152.000, die Niederlande 145.000, Polen 57.000, Italien 33.000, Tschechien 28.000 usw. Nach der Kartoffel ist die Tomate das meistverehrte Gemüse in Europa“ (Le Monde Diplomatique 2010).

Spitou Mendy von der SOC schätzt, dass pro Hektar zwei bis drei Arbeitskräfte benötigt werden - das wären bei 45 000 Hektar zwischen 90.- und 135.000 migrantische Arbeiter_innen; Juan Carlos Checa von der Universität Almería schätzt, dass in der Region 80.- bis 90.000 Arbeiter_innen beschäftigt seien (Guardian 2011). José Ángel Aznar, ebenfalls von der Universität Almería, schätzt den Umsatz der Gemüseproduktion in Almería auf 2 Milliarden Euro jährlich (vgl. ebd. bzw. Seite 124).

Almería ist das Gebiet mit den meisten Sonnenstunden und zugleich die trockenste Gegend Europas. Im Durchschnitt gibt es in einem Jahr fast 3.000 Stunden Sonnenschein. In der Region kam es ab den frühen 80er Jahren zu einem Ensemble von Bedingungen, die die Grundlage für die Entstehung des „Plastikmeers“ schufen. So betont Felix Hoffmann: „In Almería

herrscht ein Wirtschaftssystem, das auf klimatisch vorteilhaften Bedingungen, internationaler Nachfrage und der Verfügbarkeit von Arbeitskräften beruht, die sich auf Grund ihrer Austauschbarkeit und ihrer rechtlichen Wehrlosigkeit als billigste Tagelöhner eignen, die sozial ausgesgrenzt werden und tatsächlich nichts als ihre blanke physische Arbeitskraft zu Markte tragen dürfen“ (Hofmann 2007: 7).

Selbst im Winter sinken die Temperaturen in Almería selten unter 20 Grad. Für die Gewächshäuser ist dementsprechend keine Beheizung notwendig. Der Boom der Gemüseindustrie führte dazu, dass in der Region, die durch das Mittelmeer und den Gebirgszug der Alpujarras begrenzt wird, durch künstliche Aufschüttungen neuer Raum für Gewächshäuser geschaffen wurde. Des weiteren wurde auch in steilen Hanglagen Gelände begradigt, um das Errichten von Plastiktunnels zu ermöglichen. Almerías Gemüseindustrie schaffte eine im europäischen Vergleich frühe Erschließung der nordeuropäischen Importmärkte. Neben dem Export liefert die Region heute 80% des spanischen Gesamtbedarfs an Gemüse (*productos hortícolas*). Mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion sind allerdings für die Vermarktung im Ausland bestimmt. Im Jahr 2008 wurden in der Provinz Almería 2.990.400 Tonnen Gemüsewaren produziert. Dies entspricht einer Zunahme der Produktionsmenge gegenüber dem Jahr 2007 von 7,8 % (Instituto de Estadística de Andalucía 2009: 26).⁴⁵ Der Umsatz im Bereich der Pflanzenproduktion (*Producción vegetal*) betrug in Almería im Jahr 2007 knapp 2 Milliarden Euro (genau: 1.955,5 Millionen Euro), was einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2006 von 8,8 % gleichkommt (ebd.). Von diesen knappen 2 Milliarden Euro wurden rund drei Viertel durch Export erwirtschaftet (genau: 1.439.566.000 Euro).⁴⁶

In Bezug auf die Vermarktung von frischem Obst und Gemüse ist offensichtlich, dass „the time-distance in the transportation of fresh fruit and vegetables (FFV) is of great importance in order to get the products fresh and marketable to their respective destination“ (Dannenberg/NDuru/Kunze 2011). In diesem Sinn schlägt die Logik der 'Just in Time'-Produktion für die Vermarktung bei Supermarktketten voll durch: „Regarding the direct effects, first, a longer transport time increases the amount of work on transport and therefore the costs for transport. Second, a longer transport time negatively effects the quality of the highly perishable goods and increases the rate of defective goods and discard“ (ebd.).

45 Zitrusfrüchte nahmen mit einer Produktionsmenge von 250.773 Tonnen im Jahr 2008 hinter der Kategorie Gemüsewaren die zweite Stelle in Almerías landwirtschaftlicher Produktion ein. Diese ebenfalls arbeitsintensiven Kulturen (v.a. für die Ernte) verzeichneten gegenüber dem Jahr 2007 sogar einen Produktionszuwachs von 44,5 % (ebd.: 26).

46 An zweiter Stelle der Exportgüter Almerías kommt weit abgeschlagen die Kategorie „Steine, Gips, Zement und keramische Produkte“ („Piedra, yeso y cemento; *productos cerámicos*“), mit einem Exportumsatz von 97.277.000 Euro im Jahr 2007 (ebd.: 39).

In Almería musste deshalb über die Jahrzehnte ein Netzwerk von Transportwegen aufgebaut werden, das dem Export von großen Mengen an Gemüsewaren gerecht wird. Angesichts der Tatsache, dass die Region, wie weiter oben skizziert, bis in die 80er Jahre zu den strukturschwächsten Spaniens und somit auch zu den strukturschwächsten der gesamten westeuropäischen Wirtschaftszone gehörte, mussten erst die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Almería später zur wichtigsten gemüsexportierenden Produktionszone des Kontinents werden konnte. Peter Dannenberg und Gilbert NDuru beschreiben diesen Prozess der infrastrukturellen Erschließung eines Produktionsgebiets – durchaus unkritisch-affirmativ – im Fall der kenianischen Gemüseproduktion: „Road quality and networks do not only influence the transportation of the products, but likely also impact transport cost, the quality of the products and farmers access to the export market and business relevant information. This indicates that infrastructural projects in the Mt. Kenya region have strong influence on the time distances to Nairobi and can therefore contribute to the economic development of export-oriented horticultural production in the region. In this way, the improvement of transport infrastructure can lead to a better integration of otherwise poorly linked farmers and contribute to mitigating poverty in peripheral regions“ (ebd.).

Die wirtschaftliche Entwicklung Almerías ging Hand in Hand mit einer demographischen. War die Region Almería bis in die 80er Jahre von Abwanderung geprägt, entwickelte sich danach ein reger Zuzug. Jean Duflot schreibt im Jahr 2006 über den Charakter der aufstrebenden Provinz: „Diese Region Andalusiens erlebt wie keine andere in Spanien einen demographischen Boom. Das Bevölkerungswachstum beträgt 5,56 %, für Spanien bloß 2,11 %. Laut neuester Statistik wuchs Almería zwischen 2004 und 2005 von 580.077 auf 612.315 Einwohnern an. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich El Ejido von 63.914 auf 68.828 Einwohner“ (Duflot 2006: 2).

Das Plastikmeer breite sich seit den 2000er Jahren weiter Richtung Osten aus. So berichtet das EBF im Dezember 2006 im Zuge der europäischen Kampagne zur Finanzierung von sozialen Zentren in der Region: „Das Gebiet von Níjar, wo das neue soziale Zentrum für Landarbeiter_innen der SOC in San Isidro entstehen soll, liegt 32 km östlich von der Provinzhauptstadt Almería entfernt. Das Gemeindegebiet umfasst 600 Quadratkilometer und mehr als 6.000 ha Plastikgewächshäuser für die intensive Produktion von Wintergemüse. Es ist damit neben El Ejido das zweite Plastikmeer in der Region mit den gleichen Problemen: Verseuchung des Bodens und des Wassers, Ausbeutung der Immigrant_innen als billige und rechtlose Arbeitskräfte. Heute leben 90 % der rund 22.000 Einwohner_innen der Gemeinde von dieser Aktivität“ (Archipel Nr. 144, Dezember 2006, Seite 1). Des weiteren berichtet das EBF: „Auf dem Gebiet von Níjar liegt jedoch

auch der große Naturpark von Cabo de Gata mit seiner einzigartigen Flora und Fauna. Dieses aussergewöhnliche Naturreservat ist heute einerseits durch den Massentourismus gefährdet und andererseits durch die illegale Landnahme der Gemüseunternehmer, die immer mehr Platz für ihre Plastiktunnel suchen. Der Direktor des Parks und eine kleine Gruppe von Mitarbeiter_innen kämpfen gegen diese Entwicklung und zeigen gleichzeitig auf einer 700 ha großen Landfläche, dass eine traditionelle und umweltschonende Landwirtschaft möglich ist“ (ebd.).

Das Produktionssystem von Almería beruht also auf einem exklusiven Entwicklungsmodell, das sich nur mittels Konkurrenz- und Ausschlussmechanismen aufrecht erhalten lässt. Aufgrund der Krisenhaftigkeit der hegemonialen Produktionsweise lässt sich somit von einem „Management am Limit“ in Almería sprechen; diese These soll im Laufe der nächsten Kapitel ausführlich erklärt werden.

Die Krise der Gemüseproduktion in Almería

Im Zuge eines Interviews vom Mai 2011 mit A., einem Gemüsebauern, der aus Marokko stammt und der in der Region von Níjar einen kleinen Betrieb aufbauen konnte, wird deutlich, dass in der Region zum Zeitpunkt des Besuchs nur 20 % der Migrant_innen Arbeit finden würden. Der Bauer berichtet, dass er gerade mit der Melonenernte fertig sei und dass er am 15. August die neuen Tomaten für die Wintersaison anpflanzen würde. In unmittelbarer Nähe des Betriebs befindet sich eine Chabola-Siedlung mit rund 200 Bewohner_innen.⁴⁷ Der Gemüsebauer gibt an, dass das größte Problem die niedrigen Preise für die Gemüsewaren seien. Er spricht von einem Preis von ca. 10 Cent pro Kilo Tomaten. Im Normalfall würden die Kosten für den Betrieb von einem Hektar Gewächshaus ca. 30.000-40.000 Euro jährlich betragen. Pro Hektar werden 1-2 Arbeiter_innen beschäftigt. Der Landwirt beziffert die anfänglichen Investitionskosten für Treibhausgemüse auf rund 100.000 Euro pro Hektar. Diese Kosten müssen sich erst einmal amortisieren. Weiters spricht A. davon, dass es für kleine Betriebe auch deshalb besonders schwierig sei, sich durchzuschlagen, da sie bei der Bank gar keinen Kredit bzw. nur Kredite zu schlechten Konditionen bekommen würden. Gerade aber in Krisenzeiten wären kleine Betriebe auf Fremdkapital angewiesen. Wenn die Bäuer_innen in schlechten Zeiten dann die Raten nicht mehr zahlen können, sind sie durch den Kreditvertrag im Griff der Banken. Wenn der Verkaufspreis allerdings nur zwischen 5 und 15 Cent pro Kilogramm Tomaten beträgt, deckt das meist nicht einmal die Fixkosten wie Strom, Wasser, Sozialversicherung, etc.

A. selbst habe früher während 12 Jahren im Gewächshaus gearbeitet, bevor er Bauer wurde. Als er

⁴⁷ Eine spanische Fernsehreportage schätzt die Zahl der obdachlosen Migrant_innen in der Provinz Almería auf rund 20.000 (http://www.antena3.com/videos-online/programas/7dias-7noches/esclavos-siglo-xxi_2011031000037.html, aufgerufen am 7.11.2013).

damals in den Gewächshäusern gearbeitet hat, hat man noch gutes Geld verdient, von dem er sich auch etwas ersparen konnte. Diese Ersparnisse haben ihm den Kauf seiner Finca ermöglicht. Der Landwirt ist der Auffassung, dass die Bäuer_innen nur ein relativ schwaches Glied in der Produktionskette sind. Wenn die Abnehmer nicht gut zahlen, wirkt sich dies auf alle Glieder der Kette aus. Die Arbeiter_innen als das unterste Glied der Kette trifft es dann aber am schlimmsten.

So ergibt sich ein Bild, bei dem die Großunternehmer oben abschöpfen und es „unten“ immer mehr zu brodeln beginnt. Das Land gehört den Banken, viele Betriebe sind verschuldet. Winnie Medina, Mitarbeiter der SOC, betont daher beim Besuch der Region im Mai 2011, dass es besonders wichtig wäre, dass die Kleinbäuer_innen der Region sich gegen den starken Preisdruck organisieren. Wenn Bäuer_innen protestieren, richten sie sich mit ihren Forderungen allerdings maximal gegen die Regierung und verlangen Entschädigungszahlungen, protestieren aber nicht gegen die Auswirkungen durch den Markt.

Die aktuelle Krisensituation in Almería kann als Ergebnis der Instabilität eines Modells nachholender Entwicklung interpretiert werden, das auf der Integration in die europäische Union und dem damit verbundenen Zugang zu Subventionen, billigen Krediten und Absatzmärkten gründet. Für das Jahr 2012 wurde eine staatliche Verschuldung von 74,3 % des BIP anvisiert – dies entspricht einer Verdoppelung seit 2007 (vgl. wildcat 2010). Diese Entwicklung schließt an die allgemeine Situation in Europa nach den Umwälzungen des Jahres 2011 an. So schreibt Helmut Dietrich: „Die EU droht an ihrer Südgrenze zu scheitern: Jenseits der Grenze geht das Konzept des arabischen Hinterhofs nicht auf, diesseits der Grenze misslingt die Integration der europäischen Mittelmeerländer. Es zeichnet sich ein autoritär-rassistisches Kerneuropa ab, das sich mit einem südeuropäischen Protektoratsgürtel umgibt. Südeuropa wird verarmen; es soll zur Pufferzone angesichts der arabischen Welt im Umbruch werden. Oder aber, ganz anders: Getrieben von den Erhebungen im Süden, entsteht ein neues euromediterranes Projekt, das sich der Freizügigkeit und einer sozial gerechten Zukunft verschreibt“ (Dietrich 2011: 25).

Das Verhältnis von konventioneller und biologischer Landwirtschaft in Almería

Laut Jose-Luis Guerrero Alarcon, Bio-Bauer in El Ejido, liegt das größte Problem der Landwirtschaft in Almería heute im sozialen Bereich: Vor allem Kleinbäuer_innen und Arbeiter_innen gehe es sehr schlecht. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte seien zu niedrig, die Produktionskosten jedoch sehr hoch.

Guerrero ist Mitglied des Vereines „Bioindalo“, in dem Bäuer_innen, Konsument_innen und

Landwirtschafts-Ingenieur_innen vertreten sind, und beschäftigt sich seit 24 Jahren mit biologischer Landwirtschaft. In einem Interview, das ebenfalls im Mai 2011 im Zuge einer Delegationsreise mit dem gewerkschaftlichen Bildungsverein „Weltumspannend Arbeiten“⁴⁸ geführt wurde, vertritt er die Ansicht, dass zumindest die Verschwendungen des Grundwassers, die früher maßlos war, eingedämmt werden konnte. Dies geschah v.a. durch die sukzessive Einführung von Tröpfchenbewässerung. Heute sind 11 Anzapfungen aus dem Gebirgszug der Alpujarras für die Wasserversorgung von Almería notwendig. Wasser aus unteren Schichten, das sehr mineralhaltig und qualitativ geringwertig ist, wird hauptsächlich für die Landwirtschaft verwendet. Dort sei auch ein Sinken des Grundwasserspiegels zu bemerken. Das Wasser in den darüber liegenden Schichten ist für die nicht-landwirtschaftliche Wasserversorgung vorgesehen – dort bliebe der Wasserspiegel konstant.

In der Region Almería gibt es bereits Meeresentsalzungsanlagen, die aber bisweilen noch nicht in Betrieb genommen wurden. In Níjar befindet sich außerdem ein thermisches Kraftwerk, zu dessen Kühlung Salzwasser verwendet und gleichzeitig für die landwirtschaftliche Nutzung entsalzt wird. Früher sei auch die Verwendung von Pestiziden ungleich schlimmer gewesen als heute. Laut Guerrero habe der Umstand, dass Greenpeace vor einigen Jahren die hohe Belastung von Gemüse aus Almería aufgedeckt habe, den Druck entschieden verstärkt; dies kann letztlich als ein wesentlicher Grund für die Umstellung angesehen werden.⁴⁹ Seiner Einschätzung nach hat der Druck von Konsument_innen hier in der Region das Potential, eine hohe Wirkung zu entfalten. Ein weiteres Beispiel für die Änderung der Produktionsweise aufgrund des Drucks der Konsument_innen sei die frühere Verwendung eines Produkts, das zur Bodendesinfektion verwendet wurde. Dieses habe sich als äußerst schädlich für die Ausbreitung des Ozonlochs erwiesen. Als Reaktion auf Proteste wurde eine neue Methode entwickelt: so wird heute dünnes Plastik aufgelegt, unter dem sich eine Schicht Wasser befindet. Durch die so entstehende Hitze wird

48 Mitte Mai 2011 besuchte rund ein Dutzend österreichischer Gewerkschafter_innen die Region Almería, um sich über die Arbeitsbedingungen in der industriellen Landwirtschaft zu informieren und Kontakte zur SOC zu knüpfen. Die Delegationsreise war aus mehreren Gründen bedeutsam: Erstens kam von der Basis her ein Austausch von Informationen und Know-How zwischen Gewerkschaftskolleg_innen unterschiedlicher Länder in Gang - ein Umstand, der gerade angesichts der Krisendynamik in Europa besonders wichtig ist. Zweitens stand das Thema Rassismus sowie mögliche Gegenstrategien aus gewerkschaftlicher Perspektive ganz oben auf der Agenda. Und drittens wurde konkret diskutiert, welche Möglichkeiten der Solidarität entlang der Wertschöpfungskette landwirtschaftlicher Produkte möglich sind. Als Ergebnis der Reise wurden seit Juni 2011 mehrere Dutzend Infoveranstaltungen über die SOC in Österreich abgehalten, bei denen auch der Kurzfilm „Der Preis für unser Gemüse - Migration, Ausbeutung und Landwirtschaft in Almería“ gezeigt wurde (Weltumspannend Arbeiten, 2011).

49 Nachdem Ende 2006 in einer für den Export nach Deutschland bestimmten Paprikalieferung aus Almería das verbotene Pestizid „isophenphos methyl“ gefunden wurde, kam es in der Region zu einer regelrechten Krise. Bereits im Jänner 2007 wurden bei Lebensmittelkontrollen in Großbritannien, Finnland und Ungarn ebenfalls Spuren des genannten Pestizids in Paprika aus Almería gefunden. Zusammen reichten diese Länder Klage in Brüssel ein, danach wurde das Pestizid „isophenphos methyl“ verboten. Im Februar entdeckten holländische Lebensmittelbehörden Reste eines anderen verbotenen Gifts in Tomaten, Gurken und Auberginen aus Almería. Laut Angaben aus dem Jahr 2007 von Juan Carlos Perez von Coexphal, der wichtigsten Erzeugergenossenschaft in der Region, war die Produktion von Paprika seit Beginn der Kampagne von Greenpeace um 15% gesunken, der Absatz derselben gar um 30% (vgl. EBF 2007).

der Boden pasteurisiert, was zur Abtötung der Keime ausreicht.

Guerrero ist der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit zwischen Produzent_innen, Konsument_innen und Agrar-Ingenieur_innen sehr effektiv sein könne – die großen Konzerne seien so gezwungen, zu reagieren und auf die entsprechenden Forderungen einzugehen.

Laut Guerrero werden heute in der Region Almería 30.000 ha Fläche konventionell bewirtschaftet, rund 1.500 ha biologisch. Auch in der Bevölkerung von Almería habe sich biologische Landwirtschaft zumindest als Nische etablieren können: In der Stadt gibt es mittlerweile drei Bioläden, zwei Betriebe bieten Ab-Hof Verkauf an. Im Jahr 2005 gab es außerdem einen guten politischen Impuls bei den andalusischen Wahlen. Die grüne Partei bekam das Ressort Landwirtschaft und Umwelt – dadurch gibt es heute größere Abnahmen von biologischen Lebensmitteln bei Schulausspeisungen; zwei Krankenhäuser der Region decken ihren Bedarf an Lebensmitteln aus regionaler Bio-Landwirtschaft ab. Auch kleinere Märkte mit biologischen Lebensmitteln wurden eröffnet. Des weiteren gibt es Subventionen für Direktvermarkter_innen bzw. für die Viehwirtschaft

(vgl. <http://www.juntadeandalucia.es/agriculturaypesca/portal/areas-tematicas/produccion-ecologica/index.html>, aufgerufen am 6.11.2013). Dennoch sei der Trend zur industriellen Gemüseproduktion ungebrochen. Für Infrastrukturmaßnahmen in der Gewächshausproduktion erteilt die EU zum Teil hohe Subventionen. Für Gerüste oder Ventilatoren betragen diese Förderungen bis zu 40%. Das entsprechende Förderprogramm trägt den Titel FEADE. Die landwirtschaftliche Förderung läuft in erster Linie über Infrastruktur – z.B. auch Straßenbau – und nicht über die Produktion selbst. Der Aufbau eines LKW-tauglichen Straßennetzes war unbedingte Voraussetzung für die überregionale Gemüsevermarktung.

Guerrero gibt zu bedenken, dass die biologische Landwirtschaft der Region sich in das Fahrwasser der konventionellen Landwirtschaft begibt: So sei auch diese Sparte von hohen Investitionskosten und – wenn die Vermarktung über Supermarktketten erfolgt – von Preisdrückerei betroffen.⁵⁰ Die Ausbeutung von Arbeitskräften sei auch in der biologischen Landwirtschaft weit verbreitet (vgl. auch Kapitel 11.6.a.).

Laut Guerrero wird in Almería kein gentechnisch verändertes Saatgut verwendet. Allerdings kommt es zur Verwendung von patentiertem Hybridsaatgut und industriell gezüchteten Jungpflanzen; die Kosten für den Ankauf von Saatgutkauf und Jungpflanzen seien sehr hoch. Er selbst propagiere den

⁵⁰ In Bezug auf die Preisentwicklung nennt Guerrero das Beispiel der biologischen Tomatenproduktion: Die Produzent_innen von Bio-Tomaten würden um bis zu 30 % mehr für ihre Ware bekommen; im Handel kosten Biotomaten jedoch bis zu 100 % mehr. Der Wiederverkaufspreis steht also oft in keinem Verhältnis zum Einkaufspreis.

Umstieg auf alte, lokale Sorten, die eigenständig vermehrt werden können.

Guerrero betont, dass ein Großteil des ökologischen Problems darin begründet liege, dass die Gemüsewaren oft extreme Umwege nehmen, um letztendlich, nach tausenden Kilometern Autobahn, bei den Endverbraucher_innen anzukommen.

Im Gegensatz zu Jose-Luis Guerrero Alarcon konstatiert ein Bericht des WWF aus dem Jahr 2003 massive Probleme in Bezug auf die Übernutzung von Wasser in der Region des südlichen Spanien (dazu zählen die Autor_innen die Provinzen Alicante, Murcia und Almería): „The economic growth is linked to a major demand for water. Meanwhile, water resources are disappearing, which is, among others things, caused by climate change. Water use has increased without control and in an illegal way, and as a consequence, water availability decreases every day“ (WWF 2003). Der Bericht misst dabei dem Wasserverbrauch durch die industrielle Landwirtschaft eine besonders große Rolle bei⁵¹: „The most important non-natural cause of reduction of water resources is the continuous growth of irrigated agriculture, in spite of the fact that the implementation of new irrigation is prohibited since the Water Law of 1987“ (ebd.: 4). Der Bericht spricht die Gefahr der Übernutzung von Wasserressourcen im Zusammenhang mit der Gefahr der Desertifikation an: „The natural landscape is threatened from two fronts. From the coast, tourist urbanizations are spreading and from the inner land, agriculture is expanding. Desertification and erosion are severe problems in the Southeast region of Spain. The overuse of groundwater could easily produce overexploitation of the aquifers, resulting in desertification. Nevertheless, in Murcia and Almería there is still irrigated agriculture inside areas with high risks of erosion, which accelerates the process of desertification“ (ebd.: 5).

Alternativen – der Bio-Hof der Familie Canton

Paco Canton, Biobauer in Almería, der ebenfalls im Rahmen der gewerkschaftlichen Austauschreise vom Mai 2011 besucht wurde, betont, dass die Landwirtschaft in Almería mit dem hegemonialen System der Vermarktung brechen müsse. Er selbst und seine Frau betreiben Direktvermarktung, haben rund 300 Abonent_innen ihrer Gemüsewaren und beliefern darüber hinaus drei Bioläden in der Stadt Almería. Auf diesem Betrieb wird über dem Kollektivvertrag entlohnt, es werden 50 Euro

51 Neben der industriellen Landwirtschaft nennt der Bericht den wachsenden Tourismus, und in diesem Sektor speziell die wachsende Anzahl von Golfplätzen für den hohen Wasserverbrauch: „There is an increase of urban water consumption due to the increase of tourism and not due to the growth of local population. The modern tourist demands quality and this is translated in Spain into pools, gardens and most importantly golf courses. It is estimated that annually nearly 90 hm³ of water (7% of the capacity of the Ebro water transfer and equivalent to the consumption of a city with over one million inhabitants) will be used in 2012 to irrigate the golf courses in the Southeast region of Spain“ (ebd.: 4).

pro gearbeiteten Tag bezahlt.⁵²

Paco Canton ist in der Region geboren, lebte 16 Jahre in der Region von Sevilla, wo er ebenfalls biologische Landwirtschaft betrieb, und kehrte vor 12 Jahren nach Almería zurück, um den Hof aufzubauen. Canton ist der Auffassung, dass es selbst hier, unter den schwierigen Bedingungen dieser Region, möglich sei, ökologische und regionale Landwirtschaft zu betreiben. Der Betrieb umfasst 1,5 ha Freilandbewirtschaftung von Gemüse und ist umringt von Plastikgewächshäusern. Für Paco Canton hat soziale Gerechtigkeit in der ökologischen Landwirtschaft einen großen Stellenwert. Er betont, dass er und seine Frau hier Schulter an Schulter mit den Landarbeiter_innen zusammenarbeiten würden. Insgesamt sind fünf Arbeiter_innen am Betrieb beschäftigt. Entscheidender Veränderungsbedarf bestehe darin, dass die landwirtschaftlichen Betriebe wieder die Kontrolle über Produktion und Vermarktung erlangen müssten. Das sei aktuell nicht der Fall, da einige wenige Saatgutfirmen ein Oligopol auf Saatgut, sowie Düngemittel und Pestizide hätten, dass weiters die Vermarktung von den Supermarktketten bestimmt werde. Außerdem wäre es essentiell, dass die Produzent_innen mit der Logik der Monokulturen brechen. Die Bio-Landwirtschaft, die in den Supermarktketten landet, ist laut Cantón nicht mehr als ein „Klon“ der industriellen Landwirtschaft.

Der Betrieb ist in der Bio-Vereinigung Ecoindalo organisiert, die aktuell 40 bis 50 Betriebe umfasst. Aufgrund der Direktvermarktung in Gemüsekisten bzw. zu Bioläden in der Region könne eine wesentlich höhere Wertschöpfung erzielt werden als bei der Vermarktung zu Supermärkten. Der Betrieb stehe trotz seiner geringen Größe ökonomisch nicht schlecht da, während viele andere Betriebe der Region mittlerweile die Ware unter den Produktionskosten verkaufen müssen. Der Erfolg des untersuchten Modells lässt sich v.a. daran ablesen, dass während der letzten vier Jahre von Seiten der beiden Betriebsinhaber_innen der Preis der angebotenen Gemüsekisten nicht angehoben wurde. Auf dem Betrieb vor Ort wird saisonales Gemüse produziert, im Winter werden Jungpflanzen in Treibhäusern vorgezogen.

Entsprechend dieser Praxis besteht Cantóns Rat an die Teilnehmer_innen der österreichischen Gewerkschaftsdelegation darin, sich in Produzent_innen-Konsument_innen-Genossenschaften zu organisieren. Cantón kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung nicht über Alternativen zur industriellen, konventionellen Landwirtschaft gesprochen würde. Ebenso kritisiert er die gemeinsame europäische Agrarpolitik, die in einer neoliberalen Logik verfahren und so immer mehr kleine Betriebe zum Aufgeben zwingen würde.

52 Cantón schätzt, dass ca. 3 bis 4 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Almerías biologisch bewirtschaftet wird.

7.2. Entwicklung der Migrationsbewegungen in der Region

„Obwohl die Provinz von Almería ein traditionelles Auswanderungsland ist, hatte die Emigration wenig Einfluss auf ihre Kultur (...). Die Erinnerung an eine vom Wunsch nach Flucht vor der Misere geprägte Vergangenheit hat weder das Verständnis für die Armut anderer hervorgebracht, noch eine solidarische Ethik. Die Ankunft von Afrikanern aus dem Maghreb und aus der Sahelzone in den letzten 15 Jahren, welche die Arbeiten ausführen, die kein Spanier mehr machen will, unter Bedingungen, die unserer flammenden europäischen Persönlichkeit unwürdig sind, erweckt weder Mitleid mit der eigenen Vergangenheit noch Sympathie mit den Opfern dieser Situation. Im Gegenteil: Die Mauren und die Schwarzen als Sklaven in den Treibhäusern – notwendig drinnen, aber unerwünscht draußen – rufen Gefühle von Überlegenheit hervor und erlauben es den ehemaligen Emigranten und ihren Nachkommen, der Inszenierung der Dramen ihres eigenen Lebens beizuwollen, gespielt von anderen Akteuren, wie eine exemplarische Rache.“

Juan Goytisolo, El País, 19.2.1998

(Auszug, abgedruckt in Archipel Nr. 134, Januar 2006, Seite 3)

Von den Anfängen der marokkanischen Immigration bis zum Jahr 2000

Wie bereits im vorhergehenden Kapitel bzw. im Kapitel 2.1. erläutert wurde, wanderte eine große Anzahl von Andalusier_innen bis in die 70er Jahre aus, um in anderen Teilen Spaniens bzw. im Norden Europas nach Perspektiven zu suchen. So schreibt Liliana Suárez-Navaz mit Bezug auf die gesamt-spanische Situation: „In the 1960s and 1970s Spanish agriculture lost some 2.5 million workers as a result of outmigration, a pattern that affected Andalusia in particular (...). These decades initiated a process described as the ‘Europeanization of Spain’, when poor peasant farmers migrated to more developed areas in northern Europe, thereby contributing to the formation in the Mediterranean area of a reserve army of labour“ (Suárez-Navaz 2007: 209).

Als die reichen europäischen Länder nach der Ölkrise 1973 die Einreisebestimmungen für Arbeitsmigrant_innen immer mehr erschwerten, befand sich Spanien kurz vor dem politischen Umbruch der „transición“ vom Francoregime und hatte den südspanischen Landarbeiter_innen nach wie vor keine wirtschaftlichen Perspektiven zu bieten (vgl. Hoffmann 2007: 21). Erst durch den wirtschaftlichen Aufschwung zu Beginn der 1980er Jahre wurde eine Rückkehr der andalusischen Emigrant_innen, die das Geld, das sie im Ausland verdient hatten unter anderem in die aufstrebende Landwirtschaft investierten, wieder möglich.

Felix Hoffmann ebenso wie Goytisolo beschreibt das Paradoxon, dass „viele ältere Andalusier

selbst einen Leidensweg der Emigration, der Ausgrenzung und Ausbeutung zu bewältigen hatten, der im historischen Bewusstsein auch der jüngeren Menschen der Region Assoziationen zur heutigen Immigrationsproblematik wecken müsste“ (ebd.: 21). Diese Erinnerungsarbeit scheint aber in der Mehrheitsgesellschaft Südspaniens bisweilen kaum stattzufinden. Sie wäre eine wichtige Voraussetzung, um sich bezüglich der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung im heutigen Almería ins Verhältnis setzen zu können und den Rassismus zu überwinden. Statt einer Annäherung über die zeitlich verschobenen biographischen Ähnlichkeiten im Leben vieler Andalusier_innen und Migrant_innen kommt es aber bisweilen eher dazu, dass die kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Klasse in Almería eine „Pufferschicht“ darstellt und die Interessen des Großkapitals stützt (vgl. Bojadžijev 2008: 50 bzw. Seite 56 in dieser Arbeit). Auch Suárez-Navaz argumentiert, dass „in order to establish control over migration inland, the Spanish state has allocated to Andalusian peasants a ‘frontline’ role in forging a European identity in opposition to the migrant ‘other’, although this involves what is essentially a class struggle between peasants who – themselves migrants once – are now ‘insiders’ and rural employers, and migrants who are their agricultural workers and the new ‘outsiders’“ (Suárez-Navaz 2007: 207 ff). Die Autorin teilt die Sicht von Goytisolo und Hoffmann, indem sie schreibt: „Peasantry has experienced a dramatic shift: from being impoverished emigrants to northern Europe, to being privileged citizens on the southernmost borderland of the European Union“ (ebd.). Dieser radikale Wandel brachte eine starke Veränderung des Klassenbewusstseins der Andalusier_innen mit sich. Suárez-Navaz argumentiert, dass afrikanische Migrant_innen früher oftmals Seite an Seite mit andalusischen Migrant_innen in der Emigration in Nordeuropa gearbeitet hatten. Letztere hätten Menschen aus afrikanischen Ländern damals als Arbeitskolleg_innen betrachtet und nicht als „Fremde“: „Given that, historically, many local agricultural workers and poor peasants from this part of Spain have themselves been migrants, there is an unavoidable irony in the way the Andalusians now stereotype the African immigrants they employ as ‘Moors’, ‘fickle’, ‘dishonest’, ‘backward’, ‘cruel’ and ‘lazy’. This is especially true if it is recalled that, not so long ago, these same Spanish peasants emigrated to distant parts of Europe where they worked alongside Africans. Then migrant Spaniards embraced a very different image of what it meant to be a ‘Moor’: they saw Africans as fellow workers, people who lived in the same neighbourhood and buildings, and described them as ‘religious and upstanding people’“ (ebd.: 217).

Der Blick, den Andalusier_innen auf nicht-europäische Migrant_innen hatten, verschob sich mit den veränderten, oben beschriebenen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen. Suárez-Navaz führt ins Feld, dass die politische und mediale Einflussnahme auf die öffentliche Meinung eine wesentliche Triebfeder für die Verbreitung von rassistischen Ansichten war: „Local solidarity with

and tolerance shown to migrants has, however, changed during the new millennium. In the context of rapid accumulation in this peripheral area of Spain, the meaning of what it is to be an immigrant from Africa has undergone a complete transformation in the eyes of locals. This ideological change, it should be emphasized, is not simply a locally produced (and reproduced) phenomenon, since national institutions have actively contributed to the formation and consolidation of the stereotypes that circulate in today's discourse. Unsurprisingly, the mass media have played an important role in creating and maintaining a negative public view about recent immigration, the predominant image being that of a 'foreign' invasion that threatens the limited resources available to the nation“ (ebd.: 218). Ironischerweise waren Andalusier_innen in der Emigration von ähnlichen rassistischen Zuschreibungen betroffen wie Arbeitsmigrant_innen – seien sie aus afrikanischen, lateinamerikanischen oder asiatischen Ländern – , die heute in Andalusien arbeiten. Suárez-Navaz zeigt, wie bekannte rassistische Diskurse in den 1960er Jahren auch auf spanisches Landproletariat, das in Andalusien lebte und arbeitete, angewandt wurden: „The presence of such a stigmatizing discourse, linked in part to the reoccupation of old spaces (marginal people - marginal places) emerges clearly from testimonies collected in the course of my fieldwork, and is also confirmed by evidence contained in the findings of ethnographic research in 1960s Andalusia. Those in the most impoverished socio-economic categories are depicted as wholly 'other', 'different' from the rest of the rural population in the locality: that is to say, not just in relation to their economic resources or the conditions and pattern of their life, but also in their physical appearance. They are described by locals as 'sun-burnt', 'dark-skinned', 'unshaven', 'badly dressed' and wearing second-hand clothes that are not only ill-fitting but also make them look ridiculous in the eyes of others“ (ebd.: 221). Die Autorin argumentiert, dass zu Beginn der afrikanischen Immigration ein anderes Verhältnis zwischen Migrant_innen und Andalusier_innen bestanden hätte. Wiederum sei es die politische Einflussnahme – von Seiten des spanischen Staates, von Seiten der Medien aber auch von Seiten der EU – gewesen, die rassistische Spaltungen wesentlich verstärkt, wenn nicht sogar erst vorgebracht hätten. Suárez-Navaz beschreibt diese Entwicklung anhand des Beispiels eines konkreten Dorfes in Andalusien: „When the first Africans arrived, the local understanding of immigrants was at odds with that held by the Spanish state and the European Union: for the latter, illegal immigration represented an illicit intrusion, and one that should be punished with expulsion. As noted above, however, in Alfaya and many other villages in the area immigrants were greeted with an inclusive notion of 'belonging', an acceptance combined explicitly with resistance to anti-immigrant legislation. Workers from Africa were perceived to be no different from villagers who had gone north to work in Catalonia or in other European countries“ (ebd.: 222).

Im Folgenden soll mittels Interviews mit Arbeitsmigrant_innen und Gewerkschafter_innen die

Entwicklung der Migrationsbewegungen in der Region nachgezeichnet werden. Hafid Arrachidi, der bereits seit den 1980er Jahren in der Region lebt, erzählt: „1990 kamen zahlreiche Migrant_innen in die Gegend, und 1991 fand eine Regularisierung statt, die vielen Leuten ermöglichte, ihre Rechte einzufordern. Vorher besaßen nur sehr wenige eine Aufenthaltsbewilligung. Die meisten hatten keine Papiere und konnten keine Ansprüche geltend machen. Erst nach der Regularisierung von 1991 begannen wir uns zu organisieren. Wir wollten unsere Rechte einfordern und unsere Situation verbessern. Wir fanden nämlich hier die gleiche Situation vor, die wir in Marokko hinter uns gelassen hatten: einen Lohn, mit dem man nicht würdig leben konnte, miserable Wohnverhältnisse, Arbeitsrechte, die nicht respektiert wurden... In der marokkanischen Gemeinschaft befanden sich Leute, die wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements oder weil sie in Studierendenorganisationen aktiv gewesen waren, in Marokko im Gefängnis gesessen hatten. Es waren nur wenige, aber es gab sie. Dies machte es möglich, zuerst kleine Gruppen zu formen, um die Organisation des Kollektivs zu verstärken. Ab 1992 kämpften wir mit Aktionen für unsere Rechte“ (vgl. Seite 291).

Der „turn“ von einer Emigrations- zu einer Immigrationsregion wird in der hegemonialen Geschichtsschreibung in Almería als Erfolgs-Story interpretiert. So betont auch Felix Hoffmann: „Der vom Landwirtschaftsamt von Roquetas del Mar (einem Ort der Provinz, dessen wirtschaftlicher Aufschwung ebenfalls auf dem Anbau von industriellem Obst und Gemüse beruht) in Auftrag gegebene und dem Ton nach stark lobbyistisch geprägte Sammelband 'La historia de la agroindustria de Almería', dokumentiert den Stolz, der hier in Bezug auf die industrietechnische Entwicklung der Landwirtschaft gelegt wird. Die Rolle menschlicher Arbeitskraft, speziell die der Immigrant_innen, wird jedoch nur äußerst einseitig thematisiert“ (vgl. Hoffmann, 2007: 19). Der 'Paradigmenwechsel' vom Emigrations- zum Immigrationsland sei als wirtschaftliche Einflusserweiterung und damit als Statussteigerung des einheimischen Arbeitsmarktes gegenüber anderen Kontinenten verbucht worden (vgl. ebd.).

Im Jahr 1992 übernahm mit dem neu gewählten Bürgermeister Juan Enciso die Rechte mit der Partido Popular (PP) die Macht in der Stadt El Ejido. Enciso gehört den traditionellen, frankistischen Elementen an, die nach dem Tod Francos in der PP aufgingen. Dies war der Beginn der offen feindseligen, institutionell getragenen Politik gegenüber den Migrant_innen. Seitdem kam es vielfach vor, dass marokkanische Migrant_innen mittels der Attestierung von „mangelnder Hygiene“ aus bestimmten Wohnquartieren vertrieben wurden. Das marokkanische Kollektiv wehrte sich gegen diese fadenscheinig begründeten Zwangsversetzungen. Die politische Konfrontation zwischen dem Kollektiv der Marokkaner_innen und der Stadtverwaltung von Juan Enciso, der

später, gegen Ende der 2000er Jahre, wegen Veruntreuung von öffentlichen Geldern im Gefängnis saß, fand hier ihren Anfang. Hafid Arrachidi dazu: „Wir hätten es vorgezogen, dass er aus anderen Gründen ins Gefängnis gesteckt würde, zum Beispiel für Apologie des Rassismus, für seine verheerende Politik, für seine Verantwortung am Aufruhr im Jahre 2000. Aber leider war dies nicht der Fall, ähnlich wie bei Al Capone, der nicht für seine Gewalttaten eingekerkert wurde, sondern aus steuerlichen Gründen“ (vgl. Seite 291).

Die Politik von Juan Enciso – selbst Besitzer eines Landwirtschaftsunternehmens – bestand darin, Migrant_innen aus dem sozialen Stadtleben völlig auszugrenzen. Arrachidi interpretiert die Ausschreitungen vom Jahr 2000 ebenfalls als Repression gegen den Aufbau von Strukturen migrantischer Selbstorganisation (vgl. Kapitel 2.1.).

Doch weiterhin war klar, dass die Region essentiell von der Anwesenheit der Arbeitsmigrant_innen abhängen würde – ohne billige Arbeitskraft kein Wirtschaftswunder Almería. Aus diesem Grund wurden in den frühen 2000er Jahren sogar Bootsflüchtlinge, die auf den Kanarischen Inseln ankamen, nach Almería gebracht, um sich des „Problems“ zu entledigen und die Arbeitskräfte dorthin zu bringen, wo sie benötigt wurden. Hermana Purification (oder kurz Puri), eine christliche Ordensschwester im Gebiet von San Isidro de Níjar, die karitative Hilfeleistungen für Migrant_innen organisiert, beschreibt im Interview mit dem Guardian diese Umstände: „The detention centres in the Canaries that received migrants arriving illegally in boats from Africa were full. In order to process new arrivals, the Spanish authorities began flying those already there out to mainland airports to disperse them to areas where labour was needed. They hired a coach to take about 30 Africans from Madrid airport to the centre of San Isidro, where the driver was instructed to open the doors at Plaza Colonización, the main square, and simply release them. That was the first time black people came here“ (Guardian 2011).

San Isidro wurde in den folgenden Jahren für eine große Chabola-Siedlung bekannt, in der rund 300, vorwiegend aus Subsahara-Afrika stammende Migrant_innen unter entwürdigenden Bedingungen leben mussten. Als im September 2005 ein Feuer die Barackensiedlung zerstörte, leisteten die lokalen Behörden keinerlei Hilfe. Schwester Puri und die Infrastruktur ihres Ordens war in der Region die einzige Institution, die Hilfe anbot. „Today the nuns run a feeding centre where they hand out food and clothes to migrants. They have more than 4.000 recipients registered on their computer in this small agricultural community of 7.000 inhabitants alone“ (Guardian 2011). Die Einwohner_innen San Isidros profitierten damals vom Brand der Chabola-Siedlung und vermieteten im Anschluss Garagen und Nebengebäude zu übereuerten Preisen.

Laut der Schätzung von Francisco Vicente vom Roten Kreuz Almería gab es in dieser Zeit „between 15.000 and 20.000 homeless migrants in this province alone, of which some 5.000 live in

abandoned houses and shacks without running water or electricity“ (ebd.).

Laroussi El Morabiti, der lange Zeit bei der SOC arbeitete, berichtet im Gespräch mit österreichischen Gewerkschafter_innen vom 15.5.2011 im SOC Lokal von El Ejido, dass es praktisch drei Systeme der Anwerbung von Landarbeiter_innen gäbe. Erstens die Anwerbung an der Straße – sprich an Straßenecken und Kreisverkehren –, zweitens die Vermittlung durch Freunde oder Freundinnen, die bereits in einem bestimmten Betrieb arbeiten und ein_e Kolleg_in „empfehlen“ können, und drittens – seit dem Jahr 2001 vermehrt – die Anwerbung durch Herkunftsverträge – also „contratos en origen“. Laroussi betont im Gespräch wiederholt, dass die Arbeiter_innen gegeneinander ausgespielt werden.

Es sei schon vorgekommen, dass sich Arbeiter_innen mit einem Schild am Straßenrand positionieren, auf dem der Lohn für den Arbeitstag geschrieben steht. 15 Euro oder 20 Euro seien durchaus nicht unüblich. Jüngst seien sie auf einen Fall in der Region von El Ejido gestoßen, bei dem den Arbeiter_innen 1,50 Euro pro Stunde bzw. 7 bis 8 Euro pro Tag bezahlt wurde. Spitou Mendy von der SOC ergänzt, dass eines der Hauptprobleme darin bestünde, dass Leute erst dann zur Gewerkschaft kämen, wenn ihnen ein konkretes, oft individuelles Problem unter den Nägeln brennt. Aus diesem Grund sei kollektive Organisierung besonders schwierig.

Nach der Krise vom Jahr 2000: Anwerbung von Arbeiter_innen & „contratos en origen“

Ab dem Jahr 2001 begannen die Unternehmen von Almería zunächst, gezielt Migrant_innen aus Osteuropa für die Arbeit in der industriellen Landwirtschaft anzuwerben. Die neu angeworbenen Migrant_innen sollten gegenüber dem starken marokkanischen Kollektiv direkt oder indirekt als Streikbrecher_innen fungieren und verhindern, dass es zu Unregelmäßigkeiten in der Produktion durch Proteste und Lohnforderung kam.

So stieg beispielsweise die Anzahl an Arbeiterinnen, die für die Erdbeerernte in Huelva mit „contratos en origen“, also sogenannten „Herkunftsverträgen“ angeworben wurden, von 7.000 im Jahr 2002 auf 22.000 im Jahr 2005 (vgl. Brodal 2005a: 2). Die Konkurrenzdynamik zwischen verschiedenen Gruppen von Migrant_innen, die mit den „contratos en origen“ geschaffen wurde, gewann ab diesem Jahr an Systematik. Das „Observatorio Permanente de la Inmigración“ der spanischen Regierung (Ständiger Immigrationsausschuss) geht davon aus, dass in Almería im Jahr 2005 40.675 „offizielle“ Migrant_innen lebten, 90% davon Marokkaner_innen. Die SOC zählt in ihrer Schätzung noch einmal die gleiche Anzahl an illegalisierten Migrant_innen dazu (Hoffmann 2007: 8).

Bei den „contratos en origen“ handelt es sich nun um Verträge, die zum größten Teil mit

Arbeiter_innen aus osteuropäischen Ländern, aber auch aus afrikanischen Ländern wie Senegal und Marokko abgeschlossen werden. Bemerkenswert ist, dass die CC.OO und die UGT als die beiden großen Gewerkschaftsverbände der Einführung der Herkunftsverträge im Jahr 2006 zustimmten und diese als Lösung für das Problem der Arbeitgeberwillkür präsentierten. Die SOC schickte zu diesem Zeitpunkt hingegen eine Presseaussendung aus, um Kritik an den Herkunftsverträgen zu üben. Durch die Krise verstärkte sich der Konkurrenzdruck und spätestens seit der Saison 2008 drängten viele spanische Arbeiter_innen aus dem darnieder liegenden Bausektor zurück in die Landwirtschaft. In derselben Saison wurden erstmalig 12.000 marokkanische Arbeiterinnen für die Erdbeerernte in Huelva – westlich von Almería – angeworben. Dabei waren die Kriterien für die Anwerbung äußerst fragwürdig: Die Antragstellerinnen mussten zwischen 18 und 40 Jahre alt, verheiratet und Mütter von Kindern sein; letzteres, weil davon ausgegangen wurde, auf diesem Weg garantieren zu können, dass die Frauen nach dem Ernteeinsatz zurück nach Marokko gehen würden. So berichtet Nicholas Bell im Archipel vom Mai 2008 unter dem Titel „Neue Verträge, alte Probleme“ über die Tatsache, dass nach der Krise vom Jahr 2000 immer mehr Herkunftsverträge abgeschlossen wurden. Diese Praxis sei vor allem in Huevla, einem Gebiet industrieller Erdbeerproduktion, weit verbreitet: „Dort handelt es sich vor allem um Frauen, erst Polinnen und Rumäninnen, später Marokkanerinnen, die in ihren Heimatländern nach ganz präzisen Kriterien ausgewählt werden. Man sucht junge Frauen, die an körperliche Arbeit gewöhnt sind (...), mit kleinen Kindern, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie nach Ablauf des Arbeitsvertrages wieder in ihre Länder zurückkehren“ (Bell 2008: 4). Auch in Almería hielt diese Praxis Einzug. Die SOC stellte zu dieser Zeit zahlreiche Verstöße gegen das Arbeitsrecht fest. Im Archipel berichtet Nicholas Bell von 75 Arbeiter_innen aus dem Senegal, die im September 2007 vom Unternehmen Hortalizas del Almanzora angeworben worden waren. Diese hatten einen Arbeitsvertrag für neun Monate unterzeichnet. Bereits vier Monate später wurden vierzehn Arbeiter_innen auf illegale Weise entlassen, wie selbst die Betriebsinhaber später zugeben mussten. Letztere begründeten die Entlassungen mit „Mangel an Respekt gegenüber ihren Vorgesetzten, sowie Mangel an Produktivität und Interesse an der Arbeit.“ Ein Teil der Arbeiter_innen wandte sich daraufhin an die SOC, die sie dabei unterstützte, eine Klage gegen das Unternehmen und gegen die Unternehmervereinigung Coexphal (Cosecheros-Exportadores de Productores Hortifruticolas), die die Rekrutierung ermöglicht hatte, einzureichen. Die Verstöße reichen von Lohnraub (Tagesgehalt für 8 Stunden Arbeit von 30 Euro statt den kollektivvertraglich festgeschriebenen 45,84 Euro)⁵³,

53 Im Convenio de Trabajo en el Campo vom Jahr 2011 ist in der Kategorie „Peón“ (in etwa: „ungelernter Arbeiter“) des Kapitels über die Bezahlung von „Gelegenheitsarbeiter_innen“ („Eventuales“) ein Stundenlohn von 5,73 Euro festgeschrieben. Dieser Betrag beinhaltet laut Kollektivvertrag bereits Feiertags- und Urlaubsgeld, genauso wie die Abgeltung von Zusatzkosten („pagas extraordinarias“).

unregelmäßigem Arbeitsrhythmus (im Monat Dezember waren die Arbeitenden lediglich neun Tage real beschäftigt und erhielten dafür 157 Euro), bis hin zu Schikanen, dem Einbehalten von Reisepässen und völlig unzureichender Unterbringung, 100 km vom Arbeitsort entfernt. Des weiteren wurden von den Arbeitgeber_innen 400 Euro des Lohns einbehalten, um die Kosten für das Flugticket zu begleichen, obwohl im Vertrag festgehalten war, dass diese Kosten von den Arbeitgeber_innen getragen werden müssen. Spitou Mendy meinte dazu in der oben zitierten Ausgabe des Archipel, dass die Vertragsabschlüsse in den Herkunftsländern der Arbeiter_innen, welche von der Staatssekretärin für Migration, Consuela Rumi, als Lösung präsentiert wurden, die Lage der Arbeiter_innen nur noch verschärfen würde: „Arbeiter_innen, die trotz solcher Bedingungen kommen, sind von der Angst besessen, nicht mehr eingeladen zu werden“ (ebd.: 4). Brodal schreibt mit Blick auf Huelva: „Die Erdbeerfelder erwecken den Eindruck eines riesigen Experimentierfelds, wo moderne Methoden der Arbeitsorganisation ausprobiert werden und wo die einen die anderen durch ein ständiges Hin und Her ersetzen“ (Brodal 2005a: 2). Brodal weiter über die generelle Logik der Anwerbung von Arbeiter_innen mit „contratos en origen“: „Die 'Ursprungsverträge' werden als ein Mittel gegen die Schattenwirtschaft und die 'illegale' Arbeit dargestellt. Sie sind keineswegs eine spanische Erfindung, ähnliche Verträge gibt es unter anderen Namen in vielen europäischen Ländern. Die Vorteile sind auffallend: Der Unterzeichner eines solchen Vertrages hat fast gleich wenig Rechte wie ein 'Illegaler', dazu kommen einige Verpflichtungen, vor allem an die Staatskasse“ (ebd.).

Die marokkanische Arbeiterin K., die wir in einer Chabola-Siedlung in der Nähe von El Ejido im Mai 2011 trafen, berichtet von ihren Erfahrungen mit der Beschäftigungspraxis mit „Contratos en Origen“: Arbeitslose Personen könnten sich beim marokkanischen Arbeitsamt melden, das daraufhin den Kontakt zu den Arbeitgebern in Spanien herstellt. Potenzielle Migrant_innen müssten sich vor der Vermittlung einer gesundheitlichen Untersuchung unterziehen, die einen Aidstest miteinschließt. Auch in diesem Interview wird bestätigt, dass bei der Anwerbung Frauen mit kleinen Kindern bevorzugt werden, um auf diese Weise zu gewährleisten, dass die Frauen nach der Erntesaison wieder nach Marokko zurückkehren. Andalusische Arbeitgeber_innen würden des weiteren Personen nach Marokko schicken, um Arbeitskräfte zu rekrutieren. Offiziell müssen die Arbeitgeber_innen für die Reisekosten der Arbeiter_innen aufkommen; in der Praxis ziehen diese jedoch meist die entsprechenden Kosten später vom Lohn ab. Oft sei völlig unklar, bei welchem Betrieb die Migrant_innen letztendlich landen und arbeiten, da es häufig vorkomme, dass Subunternehmen eingeschaltet werden. Die interviewte Arbeiterin gibt an, dass Akkordarbeit üblich sei – zwar würde man offiziell für 6,5 Stunden angestellt, aber es wird verlangt, dass 28 Kisten pro

Tag geerntet werden, was in dieser Zeit kaum zu schaffen ist.

Laut der Arbeiterin K. braucht man zwischen 500 und 1000 Euro, um die Reise von Marokko nach Spanien zu organisieren. Die meisten Migrant_innen wären gezwungen, Schulden zu machen, um die Reise antreten zu können. Der Ursprungsplan der Befragten war, sechs Monate in Spanien zu bleiben und dann nach Marokko zurückzukehren. In Agadir hatte sie zuvor in einer Sardinenfabrik für 5 Euro pro Tag gearbeitet – das Angebot, nach Spanien zu gehen war sehr verlockend. K. kam zunächst für die Erdbeernte nach Huelva – das größte Problem war die fehlende Kenntnis der Verhältnisse vor Ort. Am Betrieb kam es zu Übergriffen von Seiten der Arbeitgeber bzw. der Vorarbeiter. K. flüchtete daraufhin von der Plantage und schlug sich bis nach El Ejido durch, wo sie zum Zeitpunkt des Gesprächs in einer Chabola-Siedlung lebte. Die Möglichkeit der Rückreise war zu dieser Zeit versperrt, da K. auch jegliche Einkommensmöglichkeit fehlte. Es fehlte K. außerdem an Geld, um die Schulden, die sie zu Hause gemacht hatte, zurückzuzahlen. Vor allem gab die Arbeiterin im Interview an, nicht „mit leeren Händen nach Hause kommen“ zu wollen. Eine Rückreise würde auch bedeuten, dass sie keinen Anspruch mehr auf einen Herkunftsvertrag hätte. K. lebt mittlerweile seit drei Jahren in der Chabola-Siedlung, in der die Lebensbedingungen sehr schwierig seien. Vor kurzer Zeit brannten drei Chabolas nieder, nachdem improvisierte Stromkabeln durchgebrannt waren. Laut den Angaben von K. käme es häufig zu Übergriffen seitens der Polizei.

Derartige Begebenheiten und Geschichten von Migrant_innen sind mehr als bloße Anekdoten. Sie zeigen den Zusammenhang zwischen Erpressbarkeit von Arbeiter_innen und dem Funktionieren der Contratos en Origen auf.

Die Regularisierungskampagne von 2005

Seit dem Jahr 1990 hat der spanische Staat acht Mal das Legalisierungsventil geöffnet. Die letzte und gleichzeitig größte Regularisierungskampagne, genannt 'Normalisierungsprozess' ('Proceso de Normalización'), dauerte vom 7. Februar bis zum 7. Mai 2005 und verschaffte spanienweit rund 600.000 Migrant_innen einen legalen Aufenthaltsstatus. Die Voraussetzungen für eine Regularisierung waren, dass die Arbeitgeber_innen den Antragsteller_innen im Voraus einen Arbeitsvertrag über drei Monate in der Landwirtschaft bzw. über sechs Monate in anderen Branchen ausstellten. Diese Regelung brachte mit sich, dass viele Migrant_innen von ihren Arbeitgeber_innen abhängig waren; die Dauer der Regularisierungskampagne fiel in Almería mit dem Ende der Hochsaison zusammen; aus diesem Grund stellten die Unternehmer in dieser Zeit kaum mehr neue Arbeitsverträge über drei Monate aus. Zusätzlich mussten die Betriebe die Arbeiter_innen – bis spätestens ein Monat nach der Regularisierung – bei der Sozialversicherung angemeldet haben,

sonst verlor die Aufenthaltsgenehmigung ihre Gültigkeit; des weiteren musste die antragstellende Person mittels Wohnsitznachweis von der Gemeinde einen durchgehenden Aufenthalt in Spanien seit August 2004 nachweisen. Dieser Punkt war für viele Migrant_innen in Almería am schwierigsten zu erfüllen, da viele Migrant_innen in Chabolas oder anderen „irregulären“ Unterkünften wohnten. Zu guter Letzt mussten die Migrant_innen einen Strafregisterauszug aus ihrem Herkunftsland vorweisen, der bescheinigte, dass sie keine Vorstrafen begangen hätten. Das spanische Strafregister wurde ebenso geprüft. Fazit: Die Bedingungen waren für illegalisierte Migrant_innen in Almería besonders schwer zu erfüllen – rund 70 Prozent der Illegalisierten (geschätzte 40.000 Personen) waren daher im Jahr 2005 von der Kampagne ausgeschlossen (vgl. EBF 2005). Hoffmann (2007) schreibt dazu: „Vor allem durch die Abhängigkeit vom Patrón und dem geforderten Meldenachweis auf der Gemeinde wird die Filterwirkung dieser Normalisierungskampagne deutlich: Es hatten nur diejenigen eine Chance, deren Patrón überhaupt bereit dazu war, ihnen zu helfen, die also, so ist zu vermuten, zuvor jedem Konflikt mit ihm aus dem Weg gegangen waren“ (41).

In einem Artikel von SOS-Racismo wird zusammenfassend gefragt: „Wie bekämpft man die Illegalität mit einem System, das einfordert nachzuweisen, dass man drei Jahre in der Illegalität gelebt hat? Wie bekämpft man die Schattenwirtschaft, indem man einen Einjahresvertrag fordert?“ (SOS Racismo 2006). Diese paradoxe Gesetzeslage erschwerte es also einer großen Anzahl von Migrant_innen, sich zu legalisieren, gleichzeitig „legalisierte“ sie quasi die bestehenden Schattenwirtschaftsverhältnisse.

Verschärfungen im Krisenjahr 2008

Das Krisenjahr 2008 brachte indes mit sich, dass spanische Arbeiter_innen, die ihre Jobs im Baugewerbe verloren hatten, in den landwirtschaftlichen Sektor zurückströmten und die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Segmenten der Landarbeiter_innen noch verschärften. Zu dieser Situation betont Federico Pacheco von der SOC: „Die allgemeine Wirtschaftskrise hat in Spanien zu einer beträchtlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt. In Andalusien sind 25 % der Bevölkerung davon betroffen – vor allem aufgrund des Zusammenbruchs vom Bau- und Immobiliensektor. Im intensiven Gemüse- und Obstbau in Almería, dessen Produktion zum größten Teil für den Export bestimmt ist, hat sich hingegen kaum etwas geändert. Sowohl die produzierte Menge als auch der Umsatz sind gleich geblieben“ (Pacheco 2012).

Bereits drei Jahre zuvor, am 22. März 2009, berichtete schon „die Welt am Sonntag“: „Die Stadt Huelva, einer der größten Erdbeerproduzenten der Welt, ist in den vergangenen Jahren zu einem riesigen Magneten für Gastarbeiter geworden. Spanische Farmer, die nicht ausreichend Hilfskräfte

vor Ort finden konnten, holten tausende Fruchtpflücker aus Ländern wie Marokko oder Rumänien auf die Iberische Halbinsel. In wirtschaftlich gesunden Zeiten, als es genug zu tun gab, konnte die Region die zusätzlichen Zeitarbeiter problemlos aufnehmen. Jetzt, da die Arbeitslosigkeit in Spanien merklich ansteigt, wird Andalusien mehr und mehr zu einem Beispiel anschwellender Streitigkeiten zwischen nationalen und ausländischen Arbeitern, zwischen Gewerkschaften und Bauern. Die Erwerbslosenquote in der Region stieg Ende vergangenen Jahres auf 22 Prozent, deutlich über dem Landesdurchschnitt von 14 Prozent und dreimal so hoch wie in der gesamten Europäischen Union“ (Burnett 2009). Im Februar 2009 waren plötzlich viele heimische Arbeiter_innen auf der Suche nach Arbeit. Das Konfliktpotential stieg: „Rund um den sogenannten Erdbeergürtel protestierten Dorfbewohner lautstark und drohten damit, Höfe zu besetzen, sollten die Bauern nicht mehr Ortsansäßige einstellen. Mancherorts gingen die Spannungen in Gewalt über. Ein 40 Jahre alter Mann aus Algerien erlag seinen Kopfverletzungen, die er sich in einem Kampf mit zwei Dorfbewohnern in Lepe zugezogen hatte. Eine große Gruppe von Migranten versammelte sich am Tag darauf vor dem Büro des Bürgermeisters, um zu protestieren“ (ebd.). Jose Ignacio García Pérez, Professor der Ökonomie an der Universität Pablo de Olavide in Sevilla gibt an, dass sich Andalusier_innen in Zukunft wohl oder übel daran gewöhnen müssten, als Wanderarbeiter ihr Geld zu verdienen – eine unbeliebte Aufgabe, die sie eigentlich schon den Immigrant_innen überlassen hatten. „Die Erwartungen der Menschen haben sich verändert“, erklärt Perez. „Sie haben nur immer noch nicht begriffen, dass sich die Dinge für einige Zeit zum Schlechten hin entwickeln und dass sie womöglich umherziehen müssen, um Arbeit zu finden“ (ebd.).

Die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Arbeiter_innen haben sich in Almería und in ganz Andalusien also weiter verschärft. Angesichts der Konkurrenz von Gemüsewaren aus anderen Intensivregionen Europas, u.a. aus den Ländern des Maghreb (vgl. Kapitel 8) kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Situation rasch wieder verbessert. Eher Gegenteiliges scheint der Fall zu sein.

Dennoch sind auch in Zeiten der Krise die Aufstiegschancen von Spanier_innen ungleich größer als die von Migrant_innen. Denn auch wenn nach Schätzungen der SOC 30% der immigrierten Landarbeiter_innen einen Hochschulabschluss vorzuweisen haben, bietet der spanische Arbeitsmarkt für sie oft nur die Möglichkeit der Feldarbeit; die Mehrzahl der Einheimischen könne sich hingegen nach wie vor leisten, diese abzulehnen (vgl. Hoffmann 2007: 7).

Über den allgemeinen Rassismus in Spanien gibt die Studie „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit 2009“ Auskunft, die vom spanischen Ministerium für Arbeit und Migration veröffentlicht wurde und

die auf einer Umfrage vom Jahr 2008 beruht. Die Ergebnisse weisen einen Rechtsruck nach: 77 % der Befragten waren im Jahr 2009 der Meinung, es gäbe zu viele Migrant_innen in Spanien (1996 waren es 28%, 2005 60%); drei von vier Spanier_innen wollen ein härteres Ausländerrecht. 40 % sind mit der folgenden Aussage einverstanden: „Wenn jemand zum Arbeiten herkommt und lange arbeitslos ist, sollte er abgeschoben werden“; politisches Asyl soll, so denken 26 % (2007: 11%), nur noch einer eingeschränkten Zahl von Bewerber_innen gewährt werden (vgl. Medina 2010: 23).

Almería, zehn Jahre nach den Ausschreitungen

Zum Zeitpunkt des Delegationsbesuchs des EBF anlässlich des zehnten Jahrestags der Ausschreitungen von El Ejido musste festgestellt werden, dass sich strukturell wenig an der Situation von vor zehn Jahren geändert hatte.

Mustapha Ait Korchi ist wie auch Hafid Arrachidi der Auffassung, dass die Übergriffe vom Jahr 2000 als Angriff auf die Widerstandsbewegungen, die bis dato entstanden waren, begriffen werden müssen. Die aktivsten Organisationen waren damals die „Mujeres Progresistas“ und die ADM „Asociación des Maroquis“. Mustapha Ait Korchi war damals Sprecher der ADM und verhandelte nach dem Streik vom Jahr 2000 mit den Behörden und den Agrarunternehmen.

Mustapha Ait Korchi, der vor seiner Emigration aus Marokko in einer kommunistischen Gewerkschaft organisiert war und ins Exil gehen musste, arbeitete bis vor kurzer Zeit als Übersetzer beim Gericht in El Ejido. Im Jahr 2010 wurde er ohne weitere Angabe von Gründen entlassen. Dies zeigt die anhaltende Segregation und Diskriminierung von migrantischen Arbeitnehmer_innen auf dem Arbeitsmarkt in Almería.

Auch finden nach wie vor rassistische Angriffe auf Migrant_innen und migrantische Einrichtungen in der Region statt. So wurde am 22. Dezember 2010 das SOC Lokal in El Ejido von einer Gruppe Jugendlicher mit Steinen attackiert.

Bei einem Treffen in der Universität von Almería vom Januar 2010 wies Francisco Checa, Professor für Anthropologie und Direktor des Instituts für Migrationsforschung, das jüngst gegründet wurde, darauf hin, dass ein neuer Gewaltausbruch am ehesten in der Region San Isidro de Níjar möglich sei. Für solcherlei Vermutungen gibt es eine Reihe von Indizien: Aufgrund eines Mordes an einem Landwirt organisierten lokale Einwohner_innen eine Demonstration mit xenophoben Inhalten – der erste Verdacht für die Verantwortlichen war sofort auf die Migrant_innen aus dem Ort gefallen.

Letztendlich stellte sich heraus, dass die schuldige Person ein Familienmitglied des Bauern war. Während der erwähnten Demonstration schlossen alle marokkanischen Geschäfte des Ortes aus Angst vor Ausschreitungen. Alles wurde verriegelt, um zu verhindern, dass es bei einem Gewaltausbruch zu Beschädigung kommen könnte. Die SOC schickte im Zuge der erwähnten Demo eine

Presseaussendung aus, um vor einem „neuen El Ejido“ zu warnen.

C., ein Arbeiter aus Senegal, teilt die Auffassung, dass es wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen könnte: „Nach meiner Auffassung sind alle Zutaten dafür vorhanden, dass das in Nijar explodiert. Nehmen wir die schlagartige Ausbreitung der Chabolas, der Plastikhütten; damit verbunden die Anzahl der Immigrant_innen ohne Papiere und ohne Arbeit, ein rechtsgerichteter Bürgermeister, der in bestimmter Hinsicht das Verhalten der Unternehmer willkommen heißt, die die Immigrant_innen arbeiten lassen, ohne sie zu bezahlen. Mit all dem ist eine Explosion von zwei Seiten aus möglich. Die Chabolas sind nicht mehr so weit von den Ortschaften entfernt. Nur 50 oder 100 Meter trennen sie von den schönen Häusern und Autos. Die Grenze ist schnell überschritten - von einer Seite oder von der anderen“ (Interview vom Februar 2010). C. weiter: „Es muss festgestellt werden, dass die Voraussetzungen für Gewalt gegeben sind – dass davor gewarnt werden und dass es verhindert werden muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die ganze lokale Bevölkerung rassistisch ist, der Ausgrenzung und der Apartheid das Wort redet. Ich glaube, dass es hier auch gute Leute gibt, mit denen man reden und denen man die Situation erklären muss. Das wird weder schnell gehen noch einfach sein, aber das ist, was im Bereich des Möglichen übrig bleibt.“

Seit dem Jahr 2000 hat es auch etliche positive Entwicklungen in Almería gegeben. Im Vergleich zum Beginn der 00er Jahre haben sich in der Stadt El Ejido viele Migrant_innen an die Ränder der Gesellschaft herangekämpft: Es gibt inzwischen viel mehr Geschäfte, Restaurants und Telefonläden, die von Menschen aus den Maghreb-Ländern oder aus Subsahara-Afrika betrieben werden. Weiters entstehen Wohnviertel, die migrantisch geprägt sind. Dies verweist aber gleichzeitig auch auf die nach wie vor existierende Segregation. Ein Beispiel dafür ist die Siedlung „Dos Cientos Viviendas“ in der Ortschaft Roquetas del Mar. Dieser Ortsteil wird zum größten Teil von Migrant_innen bewohnt – die Polizei nimmt regelmäßig Absperrungen und Kontrollen vor. Trotz des Umstandes, dass viele marokkanische Läden in der Region gegründet wurden, betont Hafid Arrachidi: „Es gibt eine soziale Trennung, da gibt es keinen Raum für Beziehungen zwischen Ausländern und Einheimischen. Es gibt noch viele spanische Geschäfte und Einrichtungen, die Marokkaner_innen den Zugang verbieten oder den doppelten und dreifachen Preis verlangen. Vielleicht hat dieses Verbot das marokkanische Kollektiv veranlasst, eigene Treffpunkte zu schaffen. Man hat viel von Integration der Immigrant_innen geredet. Aber diese Integration ist nicht möglich, wenn unsere sozialen und politischen Rechte, die Arbeitsrechte, das Wahlrecht auf Gemeindeebene und auch die Anerkennung unserer Rechte als Mitbürger_innen nicht respektiert werden“ (vgl. Seite 291).

7.3. Arbeits- und Lebensbedingungen im Plastikmeer von Almería

Im Folgenden sollen die Arbeitsbedingungen in Almería anhand von Interviews, die in den Jahren 2010 und 2011 geführt wurden, dargestellt werden. Dabei möchte ich mich an die Darstellungsweise der Interviews als „témoignages“ halten (vgl. Kapitel 3 und 5). Die erste Abfolge an Gesprächen wurde vom 26. bis 29. April 2007 im Rahmen eines Delegationsbesuchs anlässlich der Eröffnung des sozialen Zentrums in Níjar aufgenommen (vgl. auch EBF 2007). Ismail Camara, ein Arbeiter aus Mali, berichtet: „Es gibt eine Menge Dinge hier, die für uns sehr schwierig sind. Ich komme aus Mali, ich lebe seit zweieinhalb Jahren hier. Als erstes, was die Arbeit betrifft, gibt es kein Limit. Wir arbeiten in den Gewächshäusern 8 Stunden lang für 30 Euro Lohn. Jetzt haben sie zwar auf 33 Euro erhöht, aber das ist noch immer sehr wenig. Es gibt keine fixen Löhne. Außerdem gibt es keinen Respekt im alltäglichen Leben. Der Patron fragt dich nicht einmal nach deinem Namen, sondern ruft dich nur „moreno“ („Dunkelhäutiger“). Wir werden nur nach unserer Hautfarbe beurteilt. Es kommt auch vor, dass wir weiterarbeiten müssen, auch wenn unser Arbeitstag schon vorbei ist. Wir müssen so lange arbeiten, wie es uns der Patron gerade vorschreibt. Es gibt viele Probleme beim Umgang mit chemischen Produkten. Wir erhalten bei der Arbeit keine Schutzkleidung oder Schutzmasken. Es gibt viele hier, die krank sind und die im Krankenhaus nicht versorgt werden. Ich war in Frankreich, dort werden auch Sans Papiers versorgt, aber hier ist das anders, hier kennt man das nicht.“ Ein anderer Arbeiter wirft ein: „Wenn du keine Papiere hast, werden sie dich im Spital nicht behandeln, bis du am Boden liegst und beinahe stirbst.“ Ein wichtiger Punkt, der auf der Konferenz immer wieder zur Sprache kommt, ist der Unterkünfte. Ismail Camara darüber: „Wir haben große Schwierigkeiten, eine Unterkunft zu finden. Die Appartements hier im Dorf kosten mehr als in Madrid. Das ist schrecklich. Dort wo ich wohne zahlen wir 800 Euro für 4 Zimmer und eine Toilette. Elektrizität extra, Wasser extra. Oft zahlen wir allein fürs Wasser 300 Euro für 2 Monate.“⁵⁴

S., ein anderer Arbeiter ergänzt: „Jetzt haben wir es geschafft, einige Probleme in den Griff zu bekommen. Wir hatten zuvor in einer Hütte gewohnt, jetzt haben wir eine Wohnung gemietet, aber wie Ismail schon gesagt hat, sind die Wohnungen hier sehr teuer. Als ihr hier hergekommen seid, habt ihr sicherlich die Leute am Rand der Straße gesehen. Ihr habt also schon gesehen, ohne dass wir euch das erzählt haben, dass wir hier sehr schlecht leben.“ Zum Thema der Arbeitsbedingungen ergänzt der Arbeiter: „Du musst in den Plastiktunnel gehen, auch wenn es unglaublich heiß ist, um

54 Nach Joseph Pont Vidal leben im Gebiet der Konzentration der Gewächshäuser im Raum „Poniente“ um die Stadt El Ejido 33% der Migrant_innen in völlig überbelegten und überteuerten Mietwohnungen und 10% in weit abgelegenen Häusern. Insgesamt leben 57% in sogenannten „Infraviviendas“, also halbverfallenen Häusern oder Chabolas. Davon haben 55% keine Sanitäranlagen und 31% keinen Strom (Hoffmann 2007: 43; vgl. auch Kapitel 2.1.).

dort mit den Pestiziden zu arbeiten. Der Patron selbst, seine Frau und seine Kinder betreten niemals das Gewächshaus. Die haben das nicht notwendig. Um eine Anstellung zu bekommen, haben wir den Patron bezahlen müssen! Die Leute sagen uns, dass wir schmutzig sind. Natürlich sind wir schmutzig, wie kannst du sauber leben, wenn du keine Wohnung hast und in einem Verschlag schlafen musst ohne Elektrizität und Wasser. Du musst erst arbeiten, um dir Wasser kaufen zu können, um dich zu waschen!“

Der lokale Rassismus kommt laut Ismail Camara in verschiedenen Lebensbereichen zum Ausdruck: „Hier im Ort wird uns der Zutritt zu den Cafés verwehrt. Einmal hat ein Spanier mit seinen Freunden einen Kollegen von mir angegriffen. Wir haben die Polizei gerufen, und die haben gar nichts gemacht.“ Laroussi El Morabiti, der lange bei der SOC gearbeitet hat, ergänzt: „Die Polizei kommt in die Chabolas und nimmt Leute fest, um ihre Quote zu erfüllen und einen Bericht vorweisen zu können, um also sagen zu können, in einem Monat haben wir dies und jenes gemacht. Die Chabolas sind gut versteckt, weit weg und auch weit weg in dem Sinn, als dass niemand eine Zeugenaussage über diese Geschehnisse macht. Dort draußen passieren viele Übergriffe und mit dem Mangel an Telefonen, an Transportmitteln etc. gelingt es nicht, über die Vorkommnisse zu informieren. Wir haben schon Gewaltpatienten gehabt. Es gab vor einiger Zeit einen, der fast sein Augenlicht verloren hat bei einer Attacke von einem Polizisten. Die machen das wirklich so, dass sie die Leute mit dem Gesicht zur Wand stellen, Hände auf die Wand, Beine auseinander, und wenn sich jemand umdreht, schlagen sie zu. Wenn sie jemanden nicht abschieben können, weil die Person Papiere hat, machen sie einfach eine Anzeige wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Momentan kommen solche Übergriffe nicht so häufig vor, aber die Guardia Civil macht z.B. folgendes: Sie kommen in ein Café, das von Marokkaner_innen betrieben wird, schließen die Tür und kontrollieren die Papiere von allen Anwesenden. Niemand darf raus.“ Viele Arbeiter_innen sind von Illegalisierung betroffen, was ihre Lage noch um einiges prekärer macht. Ismail Camara: „Bei der Arbeit kommt es vor, dass der Patron verweigert, dich zu bezahlen. Wenn du sagst, dass du die Polizei rufen wirst, fragt er dich: 'Hast du überhaupt Papiere?' Wenn du keine hast, kannst du das gleich wieder vergessen. Aber mit Hilfe der SOC ist es oft gelungen, den Lohn einzufordern. Ich habe Leute, denen das passiert ist, zur SOC geschickt, sie haben ihr Geld gekriegt. Also ich glaube mit der Hilfe der SOC werden wir diese Dinge aufdecken. Wenn wir die Verantwortlichen Patrons drangestellt, kann sich die Mentalität hier Stück für Stück verändern.“ Entscheidend sei also, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. Ismail Camara: „Ich möchte, dass ihr alle wisst, dass wir kämpfen, um gleichgestellt mit den anderen leben zu können. Das ist sehr schwierig, ich glaube aber, wir werden langsam voranschreiten. Wir wollen nicht die gesamte Zeit hier in Spanien damit verbringen, in der Landwirtschaft zu arbeiten.“

Aus der Bevölkerung gibt es hier praktisch niemanden, der uns unterstützt, allen ist die Situation egal. Ich glaube aber trotzdem, dass sich etwas ändern kann. Ich arbeite mit der SOC und organisiere mich in der SOC. Wir können in diesem Rahmen Lösungen finden, die uns weiterhelfen. Ich bin auch sehr froh, dass sie hier das Lokal eröffnet haben. Das wird uns vieles erleichtern.“

Im Mai 2011 fanden weitere Gespräche statt, diesmal zwischen österreichischen Gewerkschafter_innen bzw. Journalist_innen und Arbeiter_innen aus Almería. Während eines Besuchs im SOC-Lokal in San Isidro erlebten wir ein Beratungsgespräch mit einem Arbeiter: Dieser erklärte, dass er seit drei Jahren in einem kleinen Betrieb mit – je nach Saison variierend – ein bis drei Angestellten arbeiten würde und seit letztem Jahr kein Geld mehr bekommen habe. Er hatte weder einen Vertrag, noch Papiere. Wie so oft erwies sich auch in diesem Fall das Problem, dass der Arbeiter nicht mehr über seinen Arbeitgeber wusste als den Vornamen. Der Arbeiter erzählt weiters, dass er im ersten Jahr gut bezahlt wurde, dass es im zweiten Jahr wesentlich weniger geworden sei und dass er jetzt gar nichts mehr bekomme. Der Chef würde damit argumentieren, dass der Tomatenpreis gefallen ist und er aus diesem Grund nicht bezahlen könne. Des weiteren erfahren wir im Mai 2011 die Geschichte des Arbeiters J.: Der 24jährige kam zunächst versteckt in einem Lastwagen von Marokko nach Italien und später nach Spanien. Hier arbeitete er anfangs in Barcelona am Bau, jedoch verlor er durch die Krise seine Arbeit und so kam er nach Almería. J. hat mittlerweile seit 5 Monaten kein Geld erhalten. Der Arbeitgeber sagt, dass er seinen Mund halten soll, und droht damit, dass er zur Polizei geht, weil er keine Papiere hat. Momentan arbeitet J. nicht bzw. nur 4 Tage im Monat. J. verdient ca. 30-32 Euro am Tag, wenn er 8 Stunden arbeitet. Derzeit ist es ihm nicht möglich, seinen Eltern Geld zu schicken. Als Probleme, mit denen er zu kämpfen hat, führt er den Rassismus der Spanier_innen an, den Umstand, keine Papiere zu haben sowie die Tatsache, dass die Polizei immer wieder Einsätze tätigt und die Chabolas stürmt.

C. aus Senegal bestätigt in einem Gespräch vom Februar 2010 den Zusammenhang zwischen Krise und Konkurrenzdruck in Almería: „Ich bin 2008 angekommen, als gerade Lehman Brothers in Konkurs gingen. Die Leute hatten Angst, weil sie von der Krise betroffen waren. Im Baugewerbe gab es keine Arbeit mehr, alle Spanier_innen und Immigrant_innen, die in diesem Sektor beschäftigt waren, haben sich auf die Landarbeit gestürzt. Ich habe unvorstellbare Arbeitsbedingungen vorgefunden: Die Gewächshäuser sind Arbeitsstätten des Schweißes, oder auch des Bluts. Es gibt in dieser Region zwischen Níjar und El Ejido nichts anderes. Für die Migrant_innen ohne Papiere befindet sich die einzige Perspektive, ihren Lebenserhalt zu sichern, in

den Gewächshäusern.“

C. über die Wohnbedingungen für die Arbeiter_innen: „Diejenigen, die keine Arbeit finden, können keine Wohnung anmieten. Also weichen sie auf Plastik aus, sie leben in Chabolas, Hütten aus Plastik, oder sie ziehen in Cortijos, verlassene und verfallene Häuser auf dem Feld, deren Besitzer_innen weggezogen sind. Es sind Wohnungen ohne fließendes Wasser, Strom, ohne Toilette. Jedes Mal, wenn man etwas sieht, sagt man sich: Das ist schlimm, aber beim nächsten Mal sieht man etwas noch Schlimmeres. Für mich sind wir hier bereits ganz unten angekommen, aber anstatt etwas zu verbessern, bleibt man dort und bohrt noch etwas tiefer. Die andere Seite ist die Explosion der Mietpreise, die auf die Migrant_innen zukommen. Für eine Wohnung würde man normalerweise zwischen 400 und 500 Euro bezahlen, aber das Minimum, das von einem Migranten erwartet wird, liegt bei 700. Sie nehmen eine Garage: Anstatt Autos unterzustellen, stellen die Besitzer_innen Betten im Abstand von einigen Zentimetern hin und vermieten jedes für 100 bis 150 Euro im Monat. Sie sind Weltmeister darin, den Raum so gut es geht auszunutzen; das ist noch einträglicher als die Landwirtschaft!“ C. über den systematischen Lohnraub im landwirtschaftlichen Sektor: „Die Bandbreite der Löhne liegt zwischen 20 und 35 Euro am Tag. Die Arbeitgeber beschäftigen einige Migrant_innen mit Papieren, aber das ist Augenauswischerei. Man nimmt ein oder zwei Migrant_innen mit Papieren und mischt sie mit zehn, dreizehn anderen ohne Papiere. Das dient dazu, öffentlichen Stellen gegenüber sagen zu können, dass man Leute mit Papieren beschäftigt.“

Im Februar 2010 kam auch ein Gespräch mit 18 rumänischen Arbeiter_innen (der größte Teil von ihnen Frauen) zustande, die in Tabernas, ca. 34 km nördlich von Almería, Opfer von mehrfachem arbeitsrechtlichen Missbrauch durch ihren Chef geworden waren. Es stellte sich heraus, dass sie drei Monate lang gearbeitet hatten, von Oktober 2009 bis Anfang Januar 2010, ohne ihren Lohn erhalten zu haben. Als sie protestierten, wurden sie gefeuert. Sie durften sich nicht waschen oder ihre Pausenmahlzeit einnehmen, es gab kein fließendes Wasser. Nach der Arbeit mit Pestiziden mussten sie sich mit dem Wasser waschen, das sie selbst mitgebracht hatten. Bei ihrem Arbeitgeber handelte es sich um einen Unternehmer, der 40 Gewächshäuser in El Ejido und 15 weitere in Tabernas besitzt.

Gesundheitliche Situation der Landarbeiter_innen

In einem Artikel von Klaus Buttinger vom Mai 2011 wird auf die Gesundheitsgefährdung der Arbeiter_innen in der Region von Almería eingegangen: „Was die konventionelle Landwirtschaft anzurichten vermag, ist zu offensichtlich. Bei den Arbeiter_innen unter der Folie gehören

Kopfschmerzen, Erbrechen und Hautentzündungen zur Tagesordnung. Auf der Vergiftungsstation des Krankenhauses in Almería sind immer wieder Todesopfer durch Pestizidvergiftung zu beklagen. In unzähligen Becken zwischen den Gewächshäusern sammeln sich Pestizindrückstände an. Von Kläranlagen oder fachgerechter Entsorgung der Gifte keine Spur“ (Buttinger 2011).

Diese Missstände werden auch von einer ganzen Reihe von Arbeiter_innen bestätigt, die in den Jahren seit dem Beginn der Kampagne des EBF zu ihrer Situation befragt wurden. Der Arbeiter C. aus Senegal, mit dem unter anderem im Februar 2010 Gespräche geführt wurden, gibt an, dass sich Arbeitgeber_innen oftmals nicht an die Vorschriften bezüglich der hygienischen Bedingungen bzw. der Sicherheitsstandards für die Arbeiter_innen halten würden. In den Arbeitspausen würde es vorkommen, dass Leute, die mit Pestiziden gearbeitet haben, ihr Mittagspausenbrot mit bloßen Händen essen, auch wenn diese noch schmutzig von den Chemikalien sind. Man müsse sich selbst informieren und darauf achten, mit welchen Substanzen man arbeite. Wenn Arbeitsinspektoren kommen, würde es nur darum gehen, die Papiere der Arbeiter_innen zu kontrollieren.

C. gibt an, dass die meisten Arbeiter_innen beim Umgang mit Pestiziden in den Gewächshäusern eine kleine Atemschutzmaske auf der Nase tragen, dass aber die Hände und der Rest des Körpers ungeschützt seien. C. erklärt, dass er Leute kennengelernt habe, die direkt bei der Arbeit mit den Pestiziden ohnmächtig geworden sind; andere würden ständig darunter leiden. C. meint, dass die Arbeitgeber_innen stets sicherstellen würden, dass ein_e verletzte_r Arbeiter_in im Krankenhaus nicht sagt, was passiert ist. Ohne Vertrag, ohne Bindung, ohne Verpflichtung ist es ein leichtes, eine_n Arbeiter_in, der/die einen Arbeitsunfall erlitten hat, zu entlassen: „Wer im Gewächshaus ohnmächtig wird, hat sozusagen seinen Arbeitsplatz verloren.“

Eigentlich wäre die Ausgangssituation für die gesundheitliche Versorgung von illegalisierten Migrant_innen in Spanien nicht die schlechteste im EU-Vergleich. So schreibt Concha Rojo im Bericht zur Konferenz „Tomatoes – at what price?“, die im Jahr 2011 in Brüssel abgehalten wurde: „In Spain, immigrants may enroll in the 'municipal register', whether or not they are registered as regular immigrants with the Ministry of the Interior. This registration entitles them to urgent medical care and comprehensive healthcare for pregnant women and minors, free compulsory education for all children aged 6 to 16, and some basic social services, depending on the Autonomous Community concerned. Immigrants enrolled in the municipal register also have the right to freedom of assembly and association as well as trade union rights“ (Rojo 2011). In der Praxis ist die gesundheitliche Situation von Migrant_innen in Almería aber oftmals denkbar schlecht. Dabei gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen schlechter Wohnsituation und schlechter gesundheitlicher Versorgung. In den zahlreichen Chabola-Siedlungen der Region stellt

das Service der Organisation „Medicos del mundo“ die einzige Möglichkeit dar, an medizinische Grundversorgung zu kommen. Diese sind ein Mal pro Woche vor Ort, um die dringendsten Krankheiten zu behandeln.

Ein wesentlicher Grund für die häufige Erkrankung von Landarbeiter_innen ist der schlechte Schutz gegen gesundheitsgefährdende Substanzen. Der Ökologe und Untersuchungsmediziner des Krankenhauses von Granada, Nicolás Olea schätzt, dass die Hälfte der zugelassenen chemischen Substanzen für die Landwirtschaft in Almería nicht in adäquater Weise geprüft wurde. Die bis jetzt erfolgten Studien würden Langzeiteffekte nicht ausschließen und zudem einräumen, dass manche der eingesetzten Chemikalien den Hormonhaushalt und das endokrine Nervensystem angreifen (vgl. Indymedia 2007). Olea, der Untersuchungen unter der Bevölkerung Granadas und Almerías getätigkt hat, schließt nicht aus, dass Agrogifte für geschlechtliche Missbildungen bei Kindern und Brustkrebs verantwortlich sind. Olea übt des weiteren Kritik an der Logik der industriellen Landwirtschaft: „Das Konzept der Multis, Quantität über Qualität zu stellen, ist eine Flucht des Agrarsektors nach vorn. Wir müssen uns darüber bewusst werden, dass unser Lebens- und Ernährungsstil zu Umweltproblemen führt und bestimmte Erkrankungen, wie manche Arten von Krebs erzeugt“ (ebd.).

Die psychische Dimension der Gesundheitsgefährdung von Landarbeiter_innen in Almería erwähnt der ehemalige SOC Gewerkschafter Laroussi El Morabiti. Bei einer Gewerkschaftsversammlung vom Jänner 2010 streicht er heraus, dass viele Migrant_innen ob ihrer schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen depressiv wären und psychische Probleme hätten.

Arbeitsbedingungen von migrantischen Frauen in Almería

Patricia Simón thematisiert in ihrer Forschungsarbeit mit dem Titel „Las esclavas ocultas por los plásticos de los invernaderos“ (2011), die von der Organisation „Women's Link Worldwide“ publiziert wurde, die weitgehend unbekannte und ignorierte Situation von migrantischen Frauen in Almería und berichtet über ihren Kampf um ihre Rechte (Simón 2011).

Laut dem Bericht ist die Situation von migrantischen Frauen in der Region weitgehend unbekannt, v.a. weil geschlechtsspezifische Daten in Bezug auf Migration von Seiten der Behörden nicht vorliegen würden und weil der informelle Charakter ihrer Arbeit – beispielsweise in der Hausarbeit oder in der Prostitution – in Koppelung mit der Tatsache, dass viele Frauen illegalisiert in Almería leben – eine Erhebung erschweren würde.

Viele Frauen, die von afrikanischen, lateinamerikanischen oder osteuropäischen Ländern nach Almería kommen, hätten bereits während der Reise Gewalterfahrungen gemacht – sei es von Seiten

von Mitreisenden, den Militärs oder der (Grenz-) Polizei, sowie von Schleppern. Der Bericht spricht die Wohnbedingungen von Migrant_innen in Chabolas oder Corticos (alten landwirtschaftlichen Gebäuden) an; des weiteren behandelt er die oftmals fehlende Strom- und Wasserversorgung, die fehlende Gesundheitsversorgung und den Mangel an öffentlichen Transportmitteln.

Der Bericht setzt sich im Detail mit der Situation von Frauen in der Sexarbeit in Almería auseinander. Denn mit dem rasanten ökonomischen Wachstum der Region habe auch die Anzahl von Orten, an denen Prostitution betrieben wird, stark zugenommen. In diesem Sektor arbeiten Frauen aus verschiedensten Ländern mit unterschiedlichstem Rechtsstatus. Diese „Clubs“ befinden sich in abgelegenen, verlassenen landwirtschaftlichen Gebäuden, umgeben von Gewächshäusern. In vielen Fällen würde es sich um Zwangsprostitution handeln, wobei in dem Bericht keine genauen Zahlen angegeben werden. Oftmals beinhaltet das Zwangsverhältnis Einschüchterungen gegenüber der Familie im Heimatland.

Der Bericht gibt des weiteren zu bedenken, dass die Frauen kaum realen Zugang zu gesundheitlicher Infrastruktur, zu Unterstützung durch NGOs oder ähnlichem hätten – denn sie würden weit ab der Provinzstädte arbeiten und würden in vielen Fällen ihre Rechte nicht kennen. In Fällen der Zwangsprostitution wäre es ihnen gänzlich unmöglich, ihren Arbeitsort zu verlassen. Der Bericht konstatiert, dass Frauen aus Subsahara-Afrika – z.B. Nigeria, Ghana, Äquatorial-Guinea, Mali, Liberia, Senegal oder Guinea Bissau – oftmals unter prekärsten Bedingungen leben und arbeiten würden.

In vielen Fällen sei der Aufenthaltsstatus der Frauen an ein Netzwerk von Reiseorganisatoren gebunden, die die betroffenen Frauen oftmals erpressen würden. Diese würden auch oft über ihr Einkommen verfügen. Viele Frauen haben im Laufe der Reise Schulden angehäuft, die sie über lange Zeit abbezahlen müssen.

Im Bericht wird gefordert, dass alle illegalisierten migrantischen Frauen unverzüglich einen legalen Aufenthaltsstatus bekommen müssten – dies sei die Voraussetzung für einen Ausstieg aus Zwangs- und Gewaltverhältnissen, in denen sich viele von ihnen befinden. Ebenso müssten ihren Kindern Dokumente ausgestellt werden, denn diese würden sich oft in einer rechtlichen Grauzone befinden. Der Bericht konstatiert, dass eine Vielzahl von Frauen seit der Krise im Jahr 2008 angesichts fehlender Jobmöglichkeiten in der Landwirtschaft in die Sexarbeit abgedrängt worden seien. Die Herkunftsländer der Frauen aus Osteuropa seien in erster Linie Russland, Ukraine, Litauen und vor allem Rumänien; die Herkunftsländer der Frauen aus lateinamerikanischen Ländern größtenteils Kolumbien, Brasilien, Ecuador und Bolivien. Viele Frauen, die in Chabolas leben, würden angeben, auf einen „Freund“ angewiesen zu sein, um sich vor sexistischen Angriffen von Seiten anderer Männer zu schützen (vgl. Simón 2010).

Ein Treffen mit Estefania Acien, Mitarbeiterin der NGO „Für Menschenrechte“ vom Mai 2011 ergibt, dass die Beschäftigten in der Sexarbeit Almerías zu einem großen Teil Migrant_innen sind. Wieder einmal besteht das große Problem darin, dass aufgrund der Illegalisierung der Migrant_innen die Anzahl der Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, nicht einmal annähernd bestimmt werden kann.

Frauen aus afrikanischen Ländern leben bevorzugt im Dorf Roquetas del Mar sowie im Gebiet des sogenannten Levante. Prostitution findet auf den Wegen zum Plastikmeer bei den Chabolas, teilweise auch in alten leerstehenden Gebäuden („Chabola bars“) statt. Im Jahr 2010 wurden bei einer Erhebung in der Region von Almería, die die NGO, bei der Estefania Acien, arbeitet, durchgeführt hatte, ca. 520 Frauen gezählt, die im Bereich der Sexarbeit beschäftigt waren – diese waren zu 100 Prozent Migrantinnen. Rund die Hälfte dieser Frauen kam aus Nigeria, die zweite Gruppe aus Ecuador, gefolgt von Marokkanerinnen. Die kleinste Gruppe waren Osteuropäerinnen aus den Ländern Litauen, Russland und Rumänien. Frauen aus Lateinamerika arbeiten laut den Angaben von Estefania Acien hauptsächlich in Bars, Clubs und Appartements und weniger in Chabolas. Laut Acien wird offiziell angenommen, dass ca. 80% der Sexarbeiterinnen in Spanien Migrantinnen sind.

Estefania Acien gibt im Gespräch an, dass afrikanische Männer bis zu 10.000 Euro für die Vermittlung der Reise nach Spanien bezahlen würden, Frauen hingegen bis zu 40.000 Euro. Diese enorme Diskrepanz sei auf den Umstand zurückzuführen, dass Reiseorganisatoren und Profiteure der Migration davon ausgehen, dass Frauen, die in der Prostitution arbeiten, viel eher in der Lage sind, hohe Summen zurückzubezahlen und somit weit erpressbarer sind als Arbeiter, die in den Gewächshäusern leben und ein geringes Einkommen haben. Estefania Acien ist der Auffassung, dass migrantische Frauen, die in der Sexarbeit beschäftigt sind, in der Regel vier Jahre lang arbeiten müssen, um ihre „Schulden“ abzuzahlen. Sie kennt jedoch auch Frauen, die es nach 10 Jahren noch nicht geschafft haben, die gesamte geforderte Summe abzuarbeiten. Des weiteren gäbe es Frauen, die mit den Schleppern einen Vertrag abschließen und eine Art Schutzgeld entrichten müssten. In diesen Abhängigkeitsverhältnissen treten verschiedene sexistische und extrem repressive Mechanismen der Ausbeutung auf. Sollten sich Frauen dem Diktat ihrer Erpresser nicht beugen oder nicht bezahlen, kommt es beispielsweise dazu, dass die Betroffenen sowie die Familien im Herkunftsland mittels bestimmter Formen von „Voodoo-Zauber“ unter Druck gesetzt werden. Seit rund 12 Jahren besteht allerdings eine unabhängige Selbstorganisation der Frauen aus der Region, die um die Rechte für Sexarbeiterinnen kämpft. So wurde auch eine Plattform geschaffen, um das Thema an die Öffentlichkeit zu bringen. Zunächst müsse Sexarbeit erstmal als Arbeit anerkannt werden, meint Estefania Acien.

Alicia Gonzalez Sosa von der NGO „Frauen in Konfliktzonen“ berichtet bei einem Gespräch vom 20. Mai 2011, dass viele Migrant_innen aus Ländern Osteuropas wie z.B. Polen oder der Ukraine, aber auch aus Marokko ursprünglich mit Arbeitsverträgen für die Landwirtschaft einreisen würden und später in der Prostitution landen.

Arbeitsbedingungen in Abpackbetrieben – Almacenas

Frida Kierlinger (2012) schrieb ihre Diplomarbeit zum Thema Sprache und Migration in Almería. Darin geht sie unter anderem auch auf die Arbeitsbedingungen von Frauen in den Abpackbetrieben, den sogenannten Almacenas ein. In einem Gespräch, das am 21. Mai 2012 geführt wurde, beschreibt sie, dass ihre Recherchearbeiten zunächst frustrierend gewesen wären, da 90 % der Menschen, die zu diesem Zeitpunkt die Arbeit der SOC in Anspruch nahmen, Männer waren. Sie lernte im Zuge ihrer Arbeit allerdings eine Reihe von Frauen in Straßengesprächen kennen und interviewte diese. Sie führte insgesamt sieben Interviews. Kierlinger begründete ihr Interesse an den Arbeitsbedingungen von Frauen damit, dass diese in der Regel noch weniger in die öffentliche Debatte intervenieren könnten als migrantische Männer und es somit wichtig sei, ihre Position zu stärken.

Für die Arbeit in den Abpackbetrieben würden die Migrantinnen ein „funktionales Spanisch“ sprechen: Vokabeln, die gut beherrscht werden, drehen sich um die Arbeit, sprich rund um die Verpackung von Gemüsewaren am Fließband, rund um die notwendigen Handgriffe, Pausenzeiten, Vorschriften usw. In den Abpackbetrieben wären je nach Größe 100 bis 1000 Arbeiterinnen beschäftigt. Viele Migrantinnen, die Kierlinger interviewte, hatten vor ihrer Arbeit in den „Almacenas“ in der Kinder- Alten- und Krankenbetreuung sowie in Restaurants gearbeitet. Das Selbstvertrauen in Bezug auf Gegenwehr bei arbeitsrechtlichen Verstößen oder auch bei Übergriffen sei bei den interviewten Frauen relativ gering gewesen: Spanierinnen würden in solchen Fällen die Gewerkschaft CC.OO. zu Rate ziehen, das würde jedoch bei Migrantinnen ob der Tatsache, dass sie nicht aus Spanien kommen, nicht so problemlos funktionieren.

Kierlinger fand bei ihren Recherchen heraus, dass es in den Abpackbetrieben oft zu unhaltbaren Arbeitsbedingungen kommt: In vielen Fällen würde Sprechverbot vorherrschen, das die „encargadores“, also die Abteilungsleiter oder Chefs durchsetzen, Telefongespräche müssten „von oben“ erlaubt werden; die Vorarbeiter hätten viel Macht und könnten das Arbeitstempo kontrollieren. Des weiteren würde es regelmäßig zu verbalen und physischen, mithin sexualisierten Übergriffen gegenüber Frauen kommen.

Laura Góngora von der SOC berichtet in einem Gespräch vom Mai 2011 ebenso, dass es eine Vielzahl von Problemen in den Abpackbetrieben gäbe: Frauen werden kontrolliert, wenn sie aufs

Klo gehen oder wenn sie etwas trinken wollen. Aufgrund der extrem langen Stehzeiten am Fließband würden Probleme mit der Durchblutung auftreten. Dies betreffe sowohl migrantische als auch spanische Arbeiter_innen. Der Bereich der Almacenas sei ein Bereich, in denen die meisten Arbeiter_innen gültige Papiere hätten.

Im letzten Kapitel dieser Arbeit wird ein Fall von Ausbeutung und Widerstand migrantischer Arbeiter_innen in einem Abpackbetrieb exemplarisch aufgerollt. Dieser Arbeitskampf fand in einem großen Bio-Betrieb in der Region von Nijar statt, bei dem hauptsächlich marokkanische und rumänische Frauen beschäftigt sind. Ihnen gelang es mit der Unterstützung der SOC und solidarischer Initiativen von außerhalb Spaniens, ihr Recht einzufordern (vgl. Kapitel 11.6.a.).

7.4. Preisbildung von Gemüsewaren aus Almería

Die Frage der Preisbildung von Gemüsewaren im allgemeinen und der Waren aus Almería im Besonderen gehört wohl zu denjenigen Fragen, die in der vorliegenden Arbeit am schwersten zu beantworten sind. Dies aus dem einfachen Grund, da Unternehmen im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels (und selbstredend nicht nur dort) ihre Einkaufspolitik sorgfältig kaschieren. Der Preiskampf wird unter derart brutalen Bedingungen ausgetragen, dass eine Preisgabe von derlei Informationen Wettbewerbsnachteile nach sich ziehen würde. Ulrike Gröner, die sich die Frage nach der Preisbildung von Gemüse aus Almería ebenfalls gestellt hat, stellt fest: „Was Obst und Gemüse aus Spanien angeht, ist eines bemerkenswert: Beides ist in Andalusien so günstig zu haben wie sonst kaum irgendwo in Spanien und noch weniger in Deutschland, Österreich oder Frankreich. Paprika kostet in Deutschland schon öfters mal 5,00 bis 10,00 Euro das Kilo, die Bauern in Almería bekommen jedoch meist zwischen 1,30 Euro und 60 Cent pro Kilo abgelieferter Paprika. Irgendwo jedoch muss die Differenz bleiben. Die naheliegende Antwort ist: Sie bleibt bei den Zwischenhändlern. Doch wer sind diese Zwischenhändler, und wo sind sie?“ (Gröner 2011). Auch die SOC Almería betont in ihrer Aussendung vom 5.10.2012, dass der Preis für Gemüsewaren im Supermarkt den Preis, der an die Produzent_innen bezahlt wird, oftmals um das siebenfache übersteigt (SOC, 2012: 1). Fest steht also, dass Zwischenhändlerstrukturen bzw. die Supermärkte und Discounter selbst massiv Profit abschöpfen. Doch wie genau können diese Strukturen im vorliegenden Fall beschrieben werden? Gröner dazu: „Die Bauern in Almería haben im Allgemeinen zwei Möglichkeiten, ihr Obst und Gemüse zu verkaufen. Entweder sie sind Mitglied einer Kooperative, an die sie – zumindest theoretisch – all ihre Produkte liefern müssen oder sie liefern an eine der Versteigerungshallen (Alhóndiga), die sie sich – ebenfalls theoretisch – jeden Tag neu aussuchen können. Tatsächlich liefern die meisten Bauern fast immer an dieselbe Alhóndiga, (...) während die Mitglieder der Kooperativen schon auch mal an eine Alhóndiga liefern, wenn diese bessere Preise bietet, obwohl sie das laut Satzung der Kooperativen eigentlich nicht dürfen“ (ebd.). Laut der Einschätzung der Autorin sind Konflikte zwischen den beiden Vermarktungsarten daher vorprogrammiert. Dieser Umstand röhre u.a. daher, dass sich die Kooperativen als Vertreter von Qualitätsprodukten sehen, die großen Wert auf Modernisierung, Hygiene und Umweltschutz legen. Die Mitglieder der Kooperativen würden die Zulieferer der Versteigerungshallen eher als diejenigen ansehen, welche diesem Anspruch nicht gewachsen sind. An die Versteigerungshallen würden diejenigen Kleinbetriebe liefern, denen „die notwendigen finanziellen wie intellektuellen Ressourcen“ fehlen würden, „um eine Modernisierung voranzutreiben“ (ebd.). Die Vertreter_innen der Alhóndigas, die sich erst im Oktober 2010 zum andalusischen Gesamtverband Ecohal

zusammengeschlossen haben, würden sich von der andalusischen Politik als Privatunternehmen benachteiligt fühlen, da die andalusische Regionalregierung ihrer Meinung nach das Modell der Kooperativen und deren Organisation Coexphal klar bevorzugt (vgl. ebd.). Ein weiterer neuralgischer Punkt in der Wertschöpfungskette sind laut Gröner die Großhandelsplattformen, von denen sich ein wichtiger Standort für den Gemüseexport aus Almería im französischen Perpignan befindet: „Dreh und Angelpunkt der Vermarktung sind die Großhandelsplattformen, an denen praktisch keiner vorbeikommt. Hier kaufen die großen Supermarktketten ein bzw. bestellen ihre Ware. Auch große Zwischenhändler, die direkt an Supermarktketten liefern, können zum Beispiel Tomaten, die sie bei ihren Lieferanten in Europa nicht bekommen, nicht direkt in Marokko einkaufen, sondern der gesamte Handel läuft hier über Perpignan“ (ebd.).

Laut Gröner werden die Kooperativen in Almería meist von Zwischenhändlern oder Vertretern dieser Großhandelsplattformen angerufen. „Es werden bestimmte Mengen nachgefragt und die Kooperative, die den besten Preis vorschlägt, bekommt den Zuschlag.“ Dies sei ein Grund, weshalb die Dachorganisation der Kooperativen in Almería, Coexphal, seit Jahren versucht, die Vermarktung zu vereinen und die Binnenkonkurrenz zu minimieren, um gegenseitiges Dumping zwischen den Kooperativen Almerías zu verhindern. Gröner ist der Auffassung, dass die „größten Konkurrenten (...) nicht Marokko, Ägypten oder Israel (seien), sondern sie sich selbst (...). Hinzu kommt, dass die Kooperativen ihren Mitgliedern alle Ware abnehmen müssen, aber nicht immer alles über direkte Nachfrage loswerden. Daher vergeben sie den Rest der Ware quasi auf Kommission an einen Zwischenhändler der Großhandelsplattformen, der sie dann zu einem Preis verkauft, auf den die Kooperative keinen Einfluss mehr hat. Dies führt nach Ansicht von Ecohal zu einer Preisverzerrung, da die Waren häufig unter Wert verkauft würden“ (ebd.).

Nach den Recherchen von Gröner werden die Alhóndigas von Vertreter_innen der Großmärkte aufgesucht, die dort einkaufen. Dort wird versteigert, aber nicht nach oben, sondern nach unten: „Je nach Nachfrage und Angebot gibt es bei einer Versteigerung mehrere 'Paradas', Haltepunkte, und zu den jeweiligen Preisen wird dann so viel Ware verkauft, wie gerade gefragt wird. Zusätzlich haben die meisten Alhóndigas selbst eine Exportabteilung und diese wiederum kauft entweder in der eigenen oder, je nach Angebot, in anderen Versteigerungshallen ein, um dann die Waren für den Export fertig zu machen“ (ebd.). Einen anschaulichen Eindruck vom Funktionieren einer „Gemüsebörse“ in Almería gibt eine Reportage, die im Jahr 2008 in der Schweizer Rundschau gezeigt wurde (Hoessli 2008). An der Börse würden sich Gemüseproduzent_innen und Händler_innen bzw. Einkäufer_innen von Supermarktketten treffen. Sobald der Preis auf dem Monitor in der Halle auf einen Preis gefallen ist, den die Händler_innen zu zahlen bereit sind, drücken sie den Knopf.

Ein essentieller Unterschied zwischen den Kooperativen und den Alhóndigas besteht darin, dass die Ware von letzteren unverpackt und nicht etikettiert verkauft wird. Erst in den Exportabteilungen findet Sortierung, Verpackung und Etikettierung der Ware statt. Somit bleibt die Wertsteigerung, die durch diesen Verarbeitungsschritt entsteht, in den Exportabteilungen der Alhóndigas oder bei anderen Zwischenhändlern. Bei den Kooperativen, wo die Ware direkt sortiert, verpackt und etikettiert wird, fällt die Spanne, die an diesem Punkt entsteht, den Produzent_innen als Teilhabern selbst zu (vgl. Gröner 2011). Im Großen und Ganzen macht aber auch das keinen großen Unterschied – die Situation der meisten Landwirte und Landwirtinnen in Almería bleibt ob der geringen Produktpreise miserabel. So stellt Gröner fest: „Fragt man die Landwirt_innen in Almería nach der EU-Agrarpolitik, so können sie nur müde lachen, denn ihrer Meinung nach bleiben die Früchte dieser Politik, ebenso wie die Gewinne aus ihrer Produktion, irgendwo in den oberen Schichten der Vermarktungskette hängen, und bei ihnen selbst kommt kaum mehr etwas davon an“ (ebd.). Gröner stellt fest, dass die „andalusischen Interessenverbände keine direkte Vertretung oder Verbindung nach Brüssel haben, sondern sie sich fast ausschließlich auf die andalusische Regionalregierung und zu einem kleinen Teil auf die spanische Zentralregierung konzentrieren“ (ebd.). Laut ihrer Einschätzung ist „ein Schulterschluss gegen den Preisdruck von 'oben'“ nach wie vor in weiter Ferne, da beschriebene Differenzen zwischen den Kooperativen bzw. zwischen Kooperativen und den Alhóndigas zu groß sind“ (ebd.).

Der Journalist Mirco Tomic drehte im Jahr 2011 einen Dokumentarfilm über die Produktionsbedingungen in Almería. Er kommt zu ähnlichen Schlüssen wie Gröner. Im Zuge seiner Recherchen besuchte er auch eine Kooperative. Diese wurde im Jahr davor vergrößert, „um dem Preisdruck der Einkäufer begegnen zu können. Doch weil alle das machen, verschlechtert sich die Situation: das Angebot nimmt zu, der Druck auf die Preise auch“ (Tomic 2011). Die Supermarktkette „Netto“, die zu „Edeka“ gehört, würde auch zu den Abnehmern dieser Kooperative gehören. Große Abnehmer wie die deutschen Discounter ordern ihre Ware über Agenten oder direkt per Telefon bei der Kooperative. Es sei gang und gäbe, dass beispielsweise Gurken oder Paprika einer bestimmten Handelsklasse bestellt werden und dann über den Preis „gefeilscht“ wird. Nach den Recherchen von Tomic können viele kleine Betriebe gerade noch ihre Kosten decken. Der Konkurrenzdruck sei mittlerweile außerordentlich hoch. Tomic lässt im Film den Kleinbauern Francisco Gutiérez zu Wort kommen. Dieser erklärt: „Sie müssen sich das so vorstellen, dass die Einkäufer schon mit dem Auftrag zu uns kommen, uns auf 40-50 Cent pro kg zu drücken (Es handelt sich um die Produktion von Tomaten; Anm. D.A.B.). Da wird gar nicht verhandelt. Sie drücken uns, damit sie die Ware um einen Euro das Kilo weiterverkaufen können. Das ist ihr

Auftrag. Sie kommen hier vorgefahren mit ihren dicken Autos, mit Mercedes und BMW und sie nennen uns Festpreise. Wir können nichts ausrichten dagegen. Wir müssen ernten, und was wir geerntet haben, müssen wir verkaufen. Und von dem Geld können wir dann weiterhin mit unseren alten Lieferwagen rumfahren und weiterarbeiten. So ist es hier!“ (ebd.).

Im Dokumentarfilm von Tomic kommt auch Maria Losilla, Geschäftsführerin des Erzeugerverbands Hortsyfruta mit mehreren hundert Mitgliedern zu Wort. Losilla bestätigt die genannten Methoden der Einkäufer_innen: die Produzent_innen seien wegen der Verderblichkeit der Ware den Einkäufer_innen ausgeliefert: „Viele machen das so. Man kann nicht sagen, die eine Kette ist schuld oder die andere. Das machen fast alle Supermarktketten aus England, Deutschland, oder auch aus anderen Ländern; auch die spanischen“ (ebd.). Tomic berichtet auch über die Rolle, die die Auktionshäuser einnehmen: „Wer nicht in einer Kooperative mitmachen will, und das sind in Almería immerhin noch 40 % der Betriebe, geht zu einem der vielen Auktionshäuser. Aber die Stimmung ist schlecht. Nur einen finden wir, der vor der Kamera übers Geschäft reden will“ (ebd.). Der Landwirt J. Y. M. Sanchez aus dem Dorf La Mojónera gibt zu Protokoll: „In den letzten Jahren ist es richtig schlecht geworden. Wir Bauern holen nicht einmal mehr die Kosten rein. Die Kosten gehen rauf. Die Preise gehen runter. Und trotzdem ist es für die Verbraucher teuer, die Ware zu kaufen!“ (ebd.). Somit reproduziert sich auch in Almería die widersprüchliche Situation, dass selbst mittelständische Agrarunternehmer nicht mehr vom Verkauf ihrer Ware leben können.

Tomic hatte, wie in der Doku ausführlich beschrieben wird, wochenlang vor dem Antritt der Reise nach Almería angefragt, bei einer Auktion in einer Alhóndiga drehen zu dürfen; Ergebnis war, dass das Team eine Absage nach der nächsten erhielt. Tomic kommentiert: „Niemand will das deutsche Fernsehen dabei haben, niemand will sich in die Karten schauen lassen“ (ebd.). Netto wollte für den Dokumentarfilm kein Interview geben. Ebenso wurde von Lidl ein Interview mit dem Fernsehteam abgelehnt. Die Pressesprecherin von Netto beklagte sich gegenüber dem Filmemacher, dass er ausgerechnet Netto ausgesucht habe, um die Produktionsbedingungen in Spanien aufzuzeigen. Die anderen Ketten würden sich schließlich genau so verhalten.

Ebenso wie Gröner geht Tomic von der These aus, dass es bei den Auktionshäusern leichter ist, die Preise zu drücken als bei den großen Kooperativen. Demnach würde also der Zusammenschluss zu Kooperativen den landwirtschaftlichen Unternehmen von Almería zumindest einen geringfügigen Schutz gegen die Übermacht der Supermarktketten bieten. In dieselbe Kerbe schlägt auch Leopoldo Frias, Agrartechniker und Leiter der Consulting-Firma „BSD-Consulting“ (vgl. Kapitel 10): „Das Problem ist, dass das Geld auf der Strecke zum Supermarktregal liegen bleibt. Zwischenhändler schöpfen am meisten ab, gefolgt von den internationalen Saatgutfirmen“ (Buttinger 2011). Auch der Guardian vom 7.2.2011 berichtete in einer bereits erwähnten Reportage über die

Produktionsbedingungen in Almería. In Bezug auf die Preispolitik der Supermarktketten und mit Bezugnahme auf die Krise, die Spanien im Jahr 2008 besonders hart traf, schreibt der Guardian: „Farmers argue that the supermarkets have squeezed their margins even harder during the downturn, while costs for fuel and fertiliser have gone up. They have no choice but to cut wages, which is the one element of their production costs they can control. Farmers trying to employ people legally and at the proper rate find it hard to compete or make a profit“ (Guardian 2011). So kann festgestellt werden, dass die Preise, die die Produzent_innen bekommen, und die Preise, die die Konsument_innen bezahlen, immer weiter auseinanderklaffen. Supermarktketten werden also praktisch dadurch „gefördert“, dass sie billige Ware bekommen – die geringen Produzent_innen-Preise werden auf der anderen Seite durch Agrarförderungen ausgeglichen. Die Konsument_innen zahlen demnach doppelt drauf: Ein Mal, wenn die billigen Einkaufspreise der landwirtschaftlichen Produkte nicht an sie weiter gegeben werden, und zweitens, indem sie mittels Steuergeldern Agrarbetriebe subventionieren, die nicht mehr von den Preisen für ihre Produkte leben können. Die Subventionen für die Agrarbetriebe sind zudem extrem ungleich verteilt, weshalb diese Steuergelder größtenteils bei den großen, agrarindustriellen Betrieben landen (vgl. Choplín / Strickner / Trouvé 2011).

8. EXKURS: Konkurrenzregionen zu Almería – das Beispiel Souss in Marokko

Wie weiter oben bereits skizziert, lässt sich die industriell-kapitalistische Produktionsweise von Gemüse und Obst in Regionen wie Almería voraussichtlich nicht für immer aufrecht erhalten. Dafür sind in der Regel mindestens zwei Gründe ausschlaggebend: erstens setzt die Übernutzung der natürlichen Ressourcen der industriellen Produktion selbst ihre Schranken, zweitens drängen andere Intensivregionen auf den Gemüsemarkt und drohen die „etablierten“ Intensivregionen zu verdrängen. Dieser Fall tritt ein, wenn erstere günstigere Produktionsbedingungen aufweisen (z.B. geringere Lohnkosten oder bessere klimatische Bedingungen) und durch Handelsliberalisierungen erst seit kurzer Zeit gewisse Konsumländer erschließen konnten. Markus Wissen (2010: 30 ff) schreibt in diesem Zusammenhang: „Die skizzierte Widersprüchlichkeit manifestiert sich in ökologischen Krisen, die ebenso wie ökonomische Krisen in irgendeiner Form bearbeitet werden müssen, um die Grenzen kapitalistischer Vergesellschaftung hinauszuschieben, d.h. um eine Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften trotz ihrer immanenten Widersprüchlichkeit zu gewährleisten.“ Er verweist auf David Harvey, der im Zusammenhang mit der Bearbeitung ökonomischer (Überakkumulations-) Krisen das Konzept des spatial fix geprägt hat. „Demnach wird Kapital, das an einem bestimmten Ort keine rentablen Verwertungsbedingungen mehr vorfindet, an andere Orte verlagert, wo diese Bedingungen aufgrund niedrigerer Löhne, anders qualifizierter Arbeitskräfte, einer besseren Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur, einer höheren Umweltqualität, anderer Angebots- und Nachfragebedingungen oder einer bestimmten staatlichen Politik vorhanden bzw. im Entstehen begriffen sind. Die alten Standorte werden entsprechend außer Wert, die neuen in Wert gesetzt“ (ebd.). Wissen betont, dass diese Entwicklung „in den außer Wert gesetzten Regionen zu Arbeitslosigkeit und in den neu in Wert gesetzten nicht selten zu Überausbeutung der Arbeiter_innen führt“ (ebd.). Wissen erklärt weiters: „Ein Kerngedanke des spatial-fix-Konzepts ist, dass die – immer nur temporäre – Überwindung von Überakkumulationskrisen eine ungleiche räumliche Entwicklung voraussetzt und gleichzeitig hervorbringt. Diese Überlegung ist auch im Hinblick auf die ökologischen Widersprüche des Kapitalismus, die in der imperialen Lebensweise angelegten Spannungen und die Schwierigkeiten ihrer umweltpolitischen Bearbeitung zentral. Denn für deren Verständnis müssen die räumlich ungleich verteilten Möglichkeiten zur Nutzung der Ressourcen und Senken der Erde betrachtet werden, wie sie durch globale Machtasymmetrien hervorgebracht werden“ (ebd.; vgl. auch (Wittfogel 1929: 482)).

Eine neu in Wert gesetzte Region für industrielle Gemüseproduktion scheint sich im letzten

Jahrzehnt in der Region Souss in Marokko entwickelt zu haben. Diese Region weist gegenüber Almería noch günstigere klimatische Bedingungen auf, des weiteren sind die Lohnkosten weit geringer als diejenigen in Südspanien. Aufgrund der Handelsliberalisierung mit Marokko wurde die bisher blockierte Konkurrenz zwischen europäischen und marokkanischen Gemüsewaren in jüngster Zeit aufgehoben. Gegen die Marktöffnung für marokkanisches Gemüse fanden im übrigen immer wieder Demonstrationen von Seiten der landwirtschaftlichen Betriebe in Almería statt, indem beispielsweise Gemüse in rauen Mengen auf die Straßen gekippt und somit der Verkehr blockiert wurde. Gleichwohl kam der Aufbau einer Produktionsregion für den Export von Wintergemüse maßgeblich mit spanischem und französischem Kapital zustande: Eine große Anzahl an Betrieben ist in westlicher Hand.

Der Umstand, dass sich im marokkanischen Souss-Tal ein neues „Plastikmeer“ entwickelt, ist der fortwährenden Degradierung Marokkos zur kapitalistischen Peripherie keinesfalls hinderlich. Die Investitionen nicht-marokkanischer Betriebe oder Konzerne gehen entgegen anders lautenden Behauptungen nur in homöopathischen Dosen mit regionalen Entwicklungsschüben einher – der berühmte „trickle down-effect“ bleibt aus.

Im Folgenden werden die Auswirkungen der industriellen Gemüseproduktion auf die Produktionsbedingungen der bäuerlichen Landwirtschaft der Region sowie auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Landarbeiter_innen nachgezeichnet. Ich orientiere mich dabei in erster Linie an den Ergebnissen der Recherchen von Souad Guennoun und Marc Ollivier (2009), die im Film „Agrobusiness Europeén dans le Souss“ festgehalten wurden. Des weiteren analysiere ich Artikel von Lucile Dumas von ATTAC Marokko, von Nicholas Bell vom Europäischen Bürger_innenforum, von Aktivist_innen der nordafrikanischen Sektion der spanischen Gewerkschaft CGT sowie Studien, die im INKOTA-Brief und in der Zeitung iz3w erschienen.

Industrielle Landwirtschaft und Arbeitsbedingungen in Marokko

Christine Chemnitz, Referentin für internationalen Agrarhandel bei der Heinrich Böll Stiftung, betont, dass die Konzentrationsprozesse beim Export von Obst und Gemüse aus afrikanischen Ländern in den letzten Jahrzehnten enorm waren. Dabei kommt auch Marokko mit seinen Exporten nach Europa zur Sprache: „In Kenia kamen Mitte der 1980er Jahre mehr als 75 % des exportierten Obst und Gemüses von Kleinbauern und -bäuerinnen, heute hingegen produzieren die großen Exportunternehmen rund 60% des ausgeführten Gemüses selbst. Studien aus dem Senegal bestätigen diese Entwicklung. Im Senegal kauften die großen Exporteure vor einigen Jahren noch fast 100 % ihrer Produkte von kleinbäuerlichen Vertragspartnern. Inzwischen haben sich die Exporteure selbst zu großen Produzenten entwickelt und bauen rund 80 % ihres Bedarfs an. In

Marokko teilen sich lediglich 400 Produzenten und zwölf Gruppen den Exportmarkt für Tomaten in die EU“ (Chemnitz 2008: 10). Chemnitz streicht heraus, dass Marokko der größte Lieferant von Tomaten in die EU ist. 90 % der Exporttomaten des Landes werden in die EU geliefert. Aufgrund von eigenen Abkommen hat das Land einen präferenziellen Marktzugang zu dem sonst gut geschützten Tomatenmarkt (vgl. ebd.: 11). Nicht unwesentlich ist die Information, dass ab dem Jahr 2002 tomatenproduzierende Betriebe in Marokko „Eurep G.A.P.“ zertifiziert wurden (vg. auch Kapitel 10). Laut Chemnitz stieg die Zertifizierungsrate ab dem Jahr 2005 rasant an. Heute seien mehr als 250 Betriebe Eurep G.A.P. - zertifiziert. Es handle sich vor allem um die besonders großen Farmen, während die mittleren und kleinen Produzent_innen aus Kostengründen in den seltensten Fällen in der Lage sind, sich zertifizieren lassen zu können.

Annalena Edler bestätigt in einem Artikel aus der Zeitung iz3w des weiteren die Konzentration im Bereich des Handels in Marokko: „Im Bereich unverarbeitetes Obst und Gemüse haben Supermärkte in Marokko in den letzten 20 Jahren einen Marktanteil von einem Zehntel erreicht, Tendenz steigend“ (Edler 2009: 31). Diese Tendenz ist für die kleinbäuerlichen Strukturen in den Ländern des Maghreb bedrohlich: „Über die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Tunesien, in Marokko gar mehr als 70 Prozent, bewirtschaften eine Fläche unter fünf Hektar. Für den Absatz ihrer Frischeprodukte stellen Supermärkte kaum eine Alternative dar. Zu hoch sind die Anforderungen, die hinsichtlich Logistik und Qualitätsstandards an die Zulieferer gestellt werden. Für die Supermärkte hingegen sind die hohen Transaktionskosten, die in den Kooperationen mit vielen kleinen Agrarbetrieben liegen, inakzeptabel. Die Vertragsbedingungen der Supermärkte spiegeln sowohl in Tunesien als auch in Marokko die Marktmacht der neuen 'Big Player' wider“ (ebd.). Edler weist in ihrem Artikel des weiteren darauf hin, dass „viele Ketten den Vorschuss kostenloser Ware zur Aufnahme einer Geschäftsbeziehung, Rabatte am Jahresende oder gar die tägliche Rücknahme nicht verkaufter Ware“ verlangen würden. „Die Ketten folgen damit einer Logik der möglichst großen Risikoabwälzung auf die Zwischenhändler_innen und Produzent_innen. Für die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe sind diese Konditionen und Risiken nicht tragbar“ (ebd.).

Diese Konzentrationsprozesse im Handel wirken sich äußerst negativ auf die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft aus und schaffen neue, prekäre und äußerst schlecht bezahlte Arbeitsplätze im aufstrebenden Exportgemüsesektor. Wie bereits zur Sprache kam, handelt es sich oftmals um europäisches Kapital, das in diesem Sektor aktiv ist. Nick Bell bestätigt in einem Bericht aus dem Jahr 2006, dass spanische Betriebe in Marokko aktiv geworden seien und dort Arbeitsrechte missachten würden: „Am 14. September erhielten wir eine Pressemitteilung von FNSA-Souss, einer landwirtschaftlichen Gewerkschaft in der Region von Agadir. 'Das

Unternehmen Innovation Agricole im Süden von Agadir, das für Europa Spargel produziert und exportiert, beutet seine Arbeitskräfte aus, unter völliger Missachtung des Arbeitsrechts. (...) Dieses Unternehmen mit spanischem Kapital verfügt über sechs Landwirtschaftsbetriebe mit ungefähr 205 Hektar. (...) Die Arbeitsbedingungen sind Ursache für zahlreiche Unfälle der Arbeiter_innen, die keine Schutzvorrichtungen und Versicherung haben. Aufgrund dieser Situation und weil jeglicher Dialog mit den Gewerkschaftsvertreter_innen verweigert wird, werden die Arbeiter_innen ab dem 15. September 2006 streiken. Jegliche Unterstützung ist willkommen, um das Gewerkschaftsrecht zu verteidigen“ (Bell 2006: 1). Schon im August 2006 kündigte ein anderes spanisches Unternehmen mit dem Namen Guernikako, das Obst und Gemüse aus dem Souss-Tal nach Europa exportiert, 300 Arbeiter_innen, weil diese eine lokale Gewerkschaftssektion gegründet hatten. In einer Aussendung der Arbeitsgruppe für Nordafrika der spanischen Gewerkschaft CGT vom 20. Mai 2012 wird betont, dass 15 % aller marokkanischen Tomaten, die in die EU exportiert werden, von Betrieben stammen, die in spanischem Besitz sind. Anlass für die Aussendung war der Umstand, dass spanische Betriebe in der Region von Agadir das marokkanische Arbeitsrecht ignorierten und massive Repression auf Arbeiter_innen ausübten. Von 21 spanischen Betrieben in der Region würden nur vier den Kollektivvertrag erfüllen. Bei allen anderen käme es zu Lohnraub, nicht bezahlten Überstunden, Nicht-Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten, Nicht-Einhaltung der geltenden Vorschriften für Hygiene und Arbeitssicherheit. Der spanische Betrieb Nufribel, bei dem 50 marokkanische Arbeiterinnen mit der Sortierung und Verpackung von Obst und Gemüse für den Export beschäftigt sind, sticht durch besondere Repression gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen heraus. Der gesamte organisierte Teil der Belegschaft – 13 Arbeiterinnen – wurde entlassen. Danach traten alle Beschäftigten in einen Streik, für den die CGT Solidarität in Europa organisierte (vgl. CGT / Equipo de Trabajo para el Norte de África 2012).

Im Jahr 2009 reisten Souad Guennoun, Filmemacherin und Aktivistin von Attac-Marokko, und Marc Ollivier, pensionierter Wissenschaftler des französischen Forschungsinstituts CNRS, ins Souss-Tal, um die Arbeitsbedingungen in der marokkanischen Gemüseproduktion zu untersuchen und in einem Dokumentarfilm publik zu machen, der unter dem Titel „Agrobusiness Europeén dans le Souss“ erschien (Guennoun / Ollivier 2009; Original arabisch mit französischen Untertiteln, Übersetzungen auf Deutsch für diese Arbeit: D.A.B.). Die beiden Aktivist_innen waren von der Gewerkschaft „Union Marocaine du Travail“ eingeladen worden, um sich über einen Arbeitskonflikt, der in einem großen agrarindustriellen Betrieb mit dem Namen „Azura“ in der Region des Souss ausgebrochen war, zu informieren. Der Konzern „Azura“ verwaltet ca. 20 industrielle Landwirtschaftsbetriebe in der Region. Jeder Betrieb besteht aus rund 20 ha

Landwirtschaftsfläche und produziert Tomaten für den Export. Der Film wurde unter schwierigen Bedingungen gedreht, da an vielen Orten eine Dokumentation behördlich verboten war und verfolgt worden wäre. Ergebnis ist ein Film, der zwar technisch nicht einwandfrei gedreht werden konnte, aber inhaltlich äußerst informativ wie erschütternd ist.

Neben den Interviews mit Landarbeiter_innen wurden auch Interviews mit Inhaber_innen von bäuerlichen Betrieben der Region geführt, außerdem mit einem marokkanischen Agronom, der v.a. zum Problem der Wasserversorgung befragt wurde. Im Folgenden werden eine Reihe von Gesprächen aus dem Film zitiert, die die Situation im Souss-Tal illustrieren. Teilweise erfolgt die Wiedergabe der Gespräche ohne die Angabe von Namen bzw. nur mit Angabe des Vornamens, da mehrere Arbeiter_innen aufgrund der gewerkschaftlichen Repression nicht genannt werden wollten.

Der Kleinbauer Agnaou Lahoucine, der seinen Betrieb in der Ortschaft Chtouka Ait Bahia bewirtschaftet, sagt im Interview, dass bereits viele andere Bauern und Bäuerinnen die Region verlassen hätten. Grund dafür sei die Trockenheit sowie die stets steigenden Kosten für die Betriebsmittel, die von extern zugekauft werden müssen. Die Bäuerinnen und Bauern hätten ihr Land verkauft, um Lohnarbeiter_innen zu werden. Die Landarbeiter_innen der Region würden ca. 50 Dirham pro Tag verdienen (rund 4 Euro 50 Cent, Anm.). Mit einem solchen Gehalt sei es unmöglich, eine Familie zu ernähren. Im Interview gibt der Bauer an, dass die großen Betriebe für die Trockenheit verantwortlich seien: Ein Großbetrieb in seiner Nachbarschaft hätte beispielsweise einen Brunnen von 300 Meter Tiefe gegraben und eine elektrische Pumpe installiert. Er selbst habe nur einen Brunnen von 60 Metern zu Verfügung, der nun ausgetrocknet sei. Früher hätte es noch Landwirtschaftsförderungen gegeben, heute gäbe es das auch nicht mehr. Festzustellen sei auch eine Versalzung des Bodens, denn die Region befindet sich in unmittelbarer Nähe des Meeres. Des Weiteren sei eine hohe Nitratbelastung aufgrund der Überdüngung festzustellen. Es gibt bereits Einschätzungen, dass die industrielle Landwirtschaft in der Region nicht länger als ein Jahrzehnt wird arbeiten können, da danach das Wasser nicht mehr reichen wird.

Die Recherche-Ergebnisse des Films werden auch in einem Artikel aus dem Jahr 2005 von Lucile Dumas, Aktivistin von ATTAC-Marokko, bestätigt. In der Region Souss müsse man „mehr als 100 Meter tief graben (...), um überhaupt auf Wasser zu stoßen. Als Sofortfolge heißt das für die kleinen Produzent_innen, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, so tief nach Wasser zu graben, ihre landwirtschaftliche Produktion aufzugeben, in die Stadt abzuwandern oder ihre Dienste als Arbeiter_innen in den großen Landwirtschaftsbetrieben anzubieten“ (Dumas 2005: 1). Und weiter: „Man steuert in Richtung einer noch größeren Landflucht, was Konsequenzen für die Dorfstrukturen, die Landwirtschaft, den Grund und Boden, aber auch für die städtischen

Vorortgebiete haben wird, die schon jetzt aus allen Nähten platzen“ (ebd.: 2).

Ein weiterer Kleinbauer, der für den Film von Guennoun und Ollivier interviewt wurde, gibt an, dass er sich gemeinsam mit anderen organisiert hätte, um zu fordern, dass von dem örtlichen öffentlichen Staudamm während zwei bis drei Tagen pro Woche Wasser für die kleinen Betriebe reserviert werden solle. Die Behörden wären einverstanden gewesen, die großen Betriebe haben diesen Vorschlag aber vehement abgelehnt und konnten sich damit auch durchsetzen. Nun ist das Wasser des Staudamms völlig zur Neige gegangen.

Ein weiteres Problem sei laut einem interviewten Kleinbauern, dass die großen Betriebe ohne Probleme landwirtschaftliche Kredite bekämen, während sie, die kleinen Betriebe, hingegen strukturell benachteiligt würden und kaum Zugang zu günstigen Krediten hätten.

Laut dem Regisseur Marc Ollivier, der ebenfalls im Film zu Wort kommt, ist das Souss-Tal die wichtigste Region Marokkos für die Produktion von Obst und Gemüse, das für den Export bestimmt ist. 60 % der Orangenproduktion, 80 % der Frischgemüseproduktion und bis zu 95 % der gesamten Tomatenproduktion Marokkos stammen von dort.

Der Agraringenieur Omar Aziki, der für den Film interviewt wird, gibt zu bedenken, dass europäisches Kapital unerlässlich für den Aufbau dieses Produktionssektors im Souss sei. Die entsprechenden Investitionen hätten zu Beginn der 90er Jahre ihren Anfang genommen. Aziki gibt an, dass die Produktionsbedingungen vor Ort gut seien – es gäbe genügend Sonne, Wasser, außerdem landwirtschaftlich nutzbare Fläche in ausreichendem Maß. Zudem sei der Preis für Grund und Boden sehr niedrig. Der marokkanische Staat habe den Aufbau des industriellen Gemüsesektors sehr begünstigt. Omar Aziki gibt zu bedenken, dass die Entwicklung der industriellen Produktion mit der Pauperisierung der bäuerlichen Bevölkerung im ganzen Land zusammenhängt. Heute würden im Souss-Tal 68.000 bis 70.000 Wanderarbeiter_innen, die v.a. aus armen, bäuerlich geprägten Gegenden Marokkos kommen, als billige Arbeitskräfte eingesetzt.

Boulberj Lahoucine, Gewerkschafter bei der „Federation National du Sector Agricole“, führt an, dass bereits Sit-Ins und Streiks organisiert wurden, um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Im Jänner 2009 gab es beispielsweise einen Streik in einem Betrieb mit rund 40 Arbeiter_innen. Die Repression gegen gewerkschaftliche Aktivitäten sei allerdings enorm. Im Film ist ein ausführliches Interview mit einem Arbeiter zu sehen, der bei der Firma Azura arbeitet. Dieser gibt an: „Wir bekommen einen Lohn von 52,5 Dirhams pro Tag (ca. 4 Euro, 64 Cent; Anm.), diejenigen, die auf Stelzen (in Ermangelung an Leitern werden Stelzen von ca. über 2 Meter Höhe verwendet, Anm. D.A.B.), bekommen einen Zuschlag von 12 Dirhams (1 Euro, 6 Cent).“ Bei Azura

arbeiten mindestens 5000 Arbeiter_innen, verteilt auf 25 Höfe in der Region von Chtouka. Der Konzern betreibt auch einen Abpackbetrieb für Exportgemüse, des weiteren eine eigene Pflanzenzucht. Jährlich werden von dem genannten Unternehmen ca. 30.000 Tonnen Tomaten nach Europa ausgeführt.

Der interviewte Arbeiter berichtet: „Als wir Arbeitskleidung verlangt haben, wurde uns dies verweigert. Erst nachdem wir mehrere Streiks und Versammlungen gemacht haben, wurde uns ein kleiner Essraum und ein Umkleideraum zu Verfügung gestellt.“ Und weiter: „Es gab mehrere Versammlungen mit den Verantwortlichen des Konzerns. Wir wissen mittlerweile, dass diese niemandem Rechenschaft ablegen, weder den lokalen Behörden, noch dem Arbeitsinspektorat oder den Delegierten (délégués). Ihre Intention ist klar: Sie wollen jegliche Gewerkschaften abschütteln – beispielsweise haben sie 50 Arbeiter_innen entlassen, weil sie bei der Gewerkschaft waren. Auf diese Weise wurde also das gesamte Gewerkschaftsbüro hier entlassen. Außerdem kommt es zu juristischen Verfolgungen der gewerkschaftlich Aktiven.“

Aus dem Status quo der geschilderten Arbeitsbedingungen ergeben sich die gewerkschaftlichen Forderungen. Diese artikulieren das Mindestmaß an Respekt und Würde für die Arbeiter_innen: „Wir fordern die Wiederanstellung der entlassenen Arbeiter_innen, den Respekt des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation, die Einhaltung der Sozialgesetzgebung, Abfindungen im Dienstalter (indemnités d'ancienneté), sowie den Schutz der Gesundheit und somit die Möglichkeit, einen Arzt aufzusuchen. Wir fordern Mutterschutz. Kurzum: die Einhaltung des 'code de travail'“. Doch einstweilen, so der Arbeiter, sei es noch gar nicht so weit, für die Einhaltung des Arbeitsrechts eintreten zu können, da aktuell alle Kräfte darauf konzentriert werden, das Recht auf gewerkschaftliche Versammlung und Organisation zu verteidigen. Last but not least geht es den Arbeiter_innen um die Verbesserung ihrer Transportmittel: Aktuell werden sie nach ihren Angaben in regelrechten Altmetallkisten herumgeführt, in die bis zu 80 Arbeiter_innen hineingepresst werden (vgl. (Guennoun / Ollivier 2009: Minute 16:55). Ein weiterer Arbeiter, der für den Film interviewt wurde, berichtet in diesem Zusammenhang: „Die Lastwagen, mit denen die Arbeiter_innen transportiert werden, sind nicht einmal akzeptabel für den Viehtransport. Die Verhandlungen mit der Lokalregierung, mit der Firmenleitung sowie mit der 'délégation du travail' sind ohne Resultat geblieben. Bis zum aktuellen Unglück, bei dem 45 Arbeiter_innen verletzt wurden.“ Am Vortag des Interviews verlor ein Lastwagen, der Arbeiter_innen transportierte, in einer Kurve ein Rad, was dazu führte, dass der LKW kippte. Man kann von einem Wunder sprechen, dass bei dem Unfall niemand zu Tode kam.

Besonderes Augenmerk legten die Filmemacher_innen Guennoun und Ollivier auf die Situation der Frauen in der Landarbeit. In einem Interview in ihrer Unterkunft berichtet eine Arbeiterin: „Wir

bezahlen hier 200 Dirhams (17 Euro 66 Cent) Miete pro Monat. Und das bei einem Lohn von 50 Dirhams pro Tag (4 Euro 41 Cent). Mit einem solchen Lohn kommt man nirgends hin. Seit wir unsere Familien verlassen haben, arbeiten wir nur, um die Miete hier zu bezahlen, sowie um uns zu ernähren und uns zu kleiden.“

Eine weitere interviewte Arbeiterin gibt an, für die Miete ihres Zimmers 330 Dirhams (29 Euro 13 Cent) zu bezahlen. Eine weitere Arbeiterin, die seit 13 Jahren in der Region arbeitet und ursprünglich aus der weiter nördlich gelegenen Stadt Khénifra kommt, empört sich, dass die Arbeiter_innen hier behandelt würden, als wären sie Wischlappen. Eine weitere, aus El Jadida stammende Arbeiterin, arbeitet seit 12 Jahren bei der Firma Duroc in der Pflege und Ernte von Cherry-Tomaten. Der Chef würde sie schlecht behandeln, sagt sie. Sie müsse 18 Kisten pro Tag füllen. „Dafür musst du dich furchtbar abrackern, denn die Tomaten sind nur so klein wie Murmeln. Wenn wir es nicht schaffen, die 18 Kisten vollzufüllen, bezahlen sie uns nur die Hälfte des Lohns. Wir sind total erschöpft – Wenn man sich jedoch beschwert, wird einer gesagt: 'wenn ihr nicht arbeiten wollt, hier ist die Tür.' Das ist nun seit mittlerweile 12 Jahren unser Schicksal hier.“ Eine weitere Arbeiterin, Aicha, aus der Region Casablanca, arbeitet seit 12 Jahren für die Firma Duroc. Sie meint, dass es hier weder Recht noch Gesetz gäbe. „Wir werden hier als Arbeiterinnen und noch mehr als Frauen ausgebeutet. Gerade erst heute hat man mich und meine Schwester entlassen – aufgrund unserer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft...“.

Eine weitere Arbeiterin, die 20 jährige Jamila, arbeitet seit 8 Jahren in der Firma Duroc: „Der Chef brüllt uns beim geringsten Anlass an. Wir haben hier keinerlei Rechte, nichts. Sie bespritzen die Tomatenpflanzen mit chemischen Produkten während wir arbeiten. Der toxische Geruch von manchen dieser chemischen Produkte ist im Gewächshaus nach zwei oder drei Tagen noch immer zu riechen. Mehrere Arbeiter_innen sind davon schon ohnmächtig geworden.“ Eine andere Arbeiterin ergänzt: „Ich selbst habe Allergien seit ich hier arbeite. Die chemischen Produkte schlagen sich auf die Lunge, ich bekomme Brechreiz und kann nicht mehr atmen. Wenn man allerdings den Chef bittet, mit dem Sprühen der chemischen Produkte aufzuhören, während wir arbeiten, weil wir davon krank geworden sind, antwortet er: 'Die, die krank sind, können ja zu Hause bleiben.' Dabei sind es doch die chemischen Produkte, die unsere Krankheiten hervorgerufen haben! Diese Krankheiten hatten wir nicht, bevor wir zu arbeiten begonnen haben! Es gibt Arbeiter_innen, die sich ständig die Haut kratzen, andere, die Allergien in den Augen, in der Nase oder auf der Haut bekommen haben. Anderen beginnen die Hände und Finger zu bluten, Blasen treten auf. So kannst du für deine Kinder kein Brot mehr kneten. Sie verbieten uns in der Fabrik auch, Wollhandschuhe anzuziehen – sie behaupten, dass die Wollhandschuhe Krankheiten auf die Tomatenpflanzen übertragen. Plastikhandschuhe sind aber aufgrund der enormen Hitze unter den

Plastikplanen nicht auszuhalten.“ Und weiter: „Wenn die Arbeitsinspektion kommt, verstecken sie uns schnell, damit sie davon nicht reden müssen.“

Eine andere Arbeiterin, 30 Jahre alt, aus der Region Marrakesh, arbeitet bei der Firma Dona Export in einem Abpackbetrieb. Sie gibt im Interview für den Film an: „Das ist eine sehr harte Arbeit. Außerdem bleibt an uns auch die Arbeit der Kinderbetreuung sowie die restliche Hausarbeit hängen. Wir arbeiten von sieben Uhr morgens bis Mitternacht. Diejenigen, die die Reinigungsarbeiten machen, beginnen ihre Arbeit um zwei oder drei Uhr morgens. Es ist also erforderlich, die Babys und Kleinkinder mitten in der Nacht, wenn sie schlafen, aufzuwecken, um ihnen Nahrung zu geben. Wir haben eine Tagesstätte für die Kinder gefordert – diese Forderung wurde uns allerdings abgeschlagen. Wir hoffen alle auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.“ Eine andere Arbeiterin, 20 Jahre alt, bestätigt, dass sie und ihre Kolleginnen oft 15 Stunden im Abpackbetrieb der Firma arbeiten. „Wenn es vorkommt, dass während der Nachtstunden ein Arbeitsunfall passiert, versucht die Firmenleitung sich jeglicher Verantwortung zu entziehen. Unser Lohn beträgt 6 Dirhams pro Stunde (53 Euro-Cent). Davon können wir nicht leben.“

Abgesehen von den skandalösen Fakten über die europäischen Firmen und ihre Praktiken dort ist es mehr als beachtlich, wie offen und radikal die Frauen in dem Film reden. Souad Guennoun berichtete bei einem Filmscreening vom 15.8.2011 in Hamburg, dass sich in der Region überwiegend alleinstehende und verwitwete Frauen finden, die oftmals wegen ihres Familienstatus und der damit einhergehenden Diskriminierung ihre Dörfer verlassen und Arbeit in der Agrarindustrie suchen mussten.

Die Frauen - und auch alleinstehende Männer, die dort arbeiten – seien also völlig individualisiert, aus allen traditionellen sozialen Zusammenhängen herausgelöst und damit „frei“ zur Ausbeutung in den Betrieben. Bei den Arbeiterinnen würde noch zusätzlich die Dimension der sexualisierten Ausbeutung hinzukommen. Guennoun betonte in diesem Zusammenhang die Funktion des Schleiers, der von vielen Frauen in dieser Situation getragen wird: Er dient zum Schutz gegen chemische Substanzen bei der Arbeit, zum andern gegen sexualisierte Übergriffe auf dem Weg zur und bei der Arbeit und wird kaum aus religiösen Gründen verwendet. Laut Guennoun sind weibliche Mitglieder der Gewerkschaft in der Regel die aktivsten und radikalsten, wenn es um die Organisierung von Streiks und "Sit-ins" gegen die miserablen Arbeitsbedingungen geht. Viele von ihnen wurden wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements entlassen, kämpfen aber trotzdem weiter.

Guennoun hat den Film in Marokko unter der Hand verteilt; er wird nun bei den Leuten zu Hause angesehen und weiterverbreitet, offiziell aufführen kann sie ihn nicht. Zum anderen wurde er für die internationale Öffentlichkeit und Unterstützung produziert – u.a. wurde der Film von der SOC

unterstützt – denn eine Allianzenbildung zwischen gewerkschaftlicher Arbeit im Souss und in Almería ist v.a. deshalb hochgradig sinnvoll und notwendig, da in Süds Spanien oft mit der Auslagerung der Gemüseproduktion nach Marokko gedroht wird, um die Kämpfe der migrantischen Arbeitskräfte einzudämmen.

Last but not least wurde bei der Filmvorführung in Hamburg betont, wie viele Anknüpfungsmöglichkeiten es für die Thematisierung der Arbeitsbedingungen im Souss-Tal gäbe. Interesse an der Situation in Marokko sollte nicht nur aus Solidarität bestehen, sondern des weiteren aus wohlverstandenem Eigeninteresse, da die Exportwirtschaft letztlich auch mit den Arbeitsbedingungen bei Supermärkten und Discountern in Europa verwoben ist.

9. Landwirtschaftliche Produktion und Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel

9.1. Discounter-Welten – Bisherige Forschung zum Thema Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel

Im Folgenden wird versucht zu erklären, wie sich die große Marktmacht der Einzelhandelsketten entwickeln konnte und welche sozialen und politischen Umstände dafür ausschlaggebend waren. Im Speziellen wird bei dieser Analyse auf die Rolle der Discounter einzugehen sein, da diese im Wettrennen um den billigsten Preis und um die Vormachtstellung am Markt spätestens seit den 1990er Jahren neue Maßstäbe gesetzt haben.

Grundsätzliche Definitionen

Vorab soll definiert werden, was unter Einzelhandel gemeinhin verstanden wird. Der Wikipedia-Eintrag des Begriffs besagt, dass „unter Einzelhandel (in der Schweiz und in den Niederlanden: Detailhandel) (...) Handelsunternehmen (gelegentlich auch deren Handelsaktivitäten) verstanden (werden), die Waren verschiedener Hersteller beschaffen, zu einem Sortiment zusammenfügen und an nicht-gewerbliche Kunden, das heißt Verbraucher_innen bzw. Letztverwender_innen, verkaufen. Im Gegensatz dazu verkauft der Großhandel an gewerbliche Kund_innen, das heißt Wiederverkäufer, und sogenannte Großverbraucher (Kantinen, Menschen und ähnliche). Als Abgrenzungskriterium gilt nicht die verkaufte Warenmenge, sondern der jeweils ausschließliche oder überwiegende Kundenkreis des Handelsunternehmens. (vgl.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Einzelhandel>). Neben dieser Definition wird nach einem Beschluss des Bundeskartellamts vom Jahr 2008 folgende Beschreibung des Lebensmitteleinzelhandels (LEH), und somit auch von Discountern angeführt: „Zum LEH und damit auch zu seiner Betriebsform Discounter in Deutschland zählen jene Einzelhandelsgeschäfte, bei denen ca. 80 % des Umsatzes mit Nahrungs- Wasch- und Reinigungsmitteln sowie 20 % mit sonstigen Waren erzielt werden“ (Wick 2011: 94). Das Institut für Handelsforschung (IfH) definiert einen Discounter folgendermaßen: „Discounter bieten ein enges, auf raschen Umschlag ausgerichtetes Sortiment zu niedrigen Preisen an. Da Discounter für diese Strategie große artikelspezifische Einkaufsvolumina und hohe Kundenfrequenzen benötigen, wird das Discountgeschäft fast ausschließlich von großen Einzelhandelsunternehmungen nach dem Filialprinzip betrieben“ (Klein / Segerer 2011: 13).

Über die Konzentrationsprozesse im Lebensmitteleinzelhandel schreibt die Supermarktinitiative (2008): „Die sechs größten Lebensmitteleinzhändler Edeka, Rewe, Lidl, Aldi, Metro und

Tengelmann verfügen heute bereits über einen Anteil von ca. 90 Prozent am inländischen Marktvolumen. Ein Ende des Konzentrationsprozesses im Lebensmitteleinzelhandel ist noch nicht in Sicht. Dabei gilt der deutsche Markt schon jetzt als einer der härtesten Märkte der Welt, mit einem außerordentlich niedrigen Preisniveau. Letzteres ist unter anderem der Durchschlagskraft der Discounter mit ihrer aggressiven Preispolitik geschuldet. Die Discounter gehören nicht nur bei Lebensmitteln, sondern auch bei Textilien zu den größten Händlern“ (Supermarktinitiative 2008). Die fünf größten Lebensmittelhändler in Deutschland sind Rewe (9.800 Filialen und 34 Mrd. Euro Netto-Umsatz), Edeka (9.400 Filialen und 32 Mrd. Euro Netto-Umsatz), die Schwarz-Gruppe (3.400 Filialen und 26,8 Mrd. Euro Brutto-Umsatz), Aldi (4.270 Filialen und 21,9 Mrd. Euro Brutto-Umsatz) und Metro/Real (348 Filialen und 8,8 Mrd. Euro Netto-Umsatz) (vgl. Wortmann 2011: 111).⁵⁵

Die zunehmende Marktmacht der Discounter im Bereich des Einzelhandels verdeutlicht sich des weiteren in folgenden Zahlen: In Deutschland waren im Jahr 2007 unter den größten zehn Unternehmen des Einzelhandels vier Discounter vertreten, und zwar Tengelmann (Kik und Plus), Aldi, Lidl und Tchibo, im Unterschied zu zwei Discountern vor zehn Jahren (Aldi und Tengelmann). Diese vier Discounter erzielten im Textileinzelhandel 2007 insgesamt 4,6 Mrd. Euro Umsatz, mehr als der Spitzenreiter Arcador (4,2 Mrd. Euro)“ (vgl. ebd.: 94).

Geschichte des Aufstiegs der Discounter

Die Brüder Karl und Theodor Albrecht, die als „Begründer“ der Discounter gelten können, begannen im Jahr 1946 mit einem 100 m² großen Laden in Essen (Wortmann 2011: 112). 1950 hatten sie ihr Unternehmen bereits auf 13 Läden ausgeweitet. Nach den Inhalten eines Vortrages von Karl Albrecht aus dem Jahr 1953 (vgl. Wortmann 2011: 112) waren viele Einzelhandelsgeschäfte der Nachkriegszeit darauf beschränkt, ein kleines Waren sortiment zu führen. Die Brüder Albrecht machten diese ursprüngliche Not, die während der Zeit des „Wirtschaftswunders“ überwunden wurde, zu einer gezielten Geschäftsstrategie: sie entdeckten, dass gerade mit einem kleinen Waren sortiment gute Umsätze zu erzielen waren, da die Unkosten im Vergleich mit den Warenhäusern, die eine größere Diversität an Produkten anboten, relativ gering blieben. Die Folge war eine rasante Expansion der Aldi-Discounter. 1960 war die Zahl ihrer Geschäfte bereits auf 300 angestiegen. 1962 eröffneten die Brüder Albrecht den ersten Laden mit der heutigen Bezeichnung „Aldi“ (von Albrecht-Discount).

Somit strukturierte Aldi das Feld vor, das in den frühen 70er Jahren den Boom der Discounter

55 In Europa verfügt Aldi über 6.997 Geschäfte in zehn Ländern. Lidl ist mit 7.271 Geschäften in 24 europäischen Ländern tätig (Wiggerthale 2008: 21). Lidl erzielte 44 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2008. Der Konzern beschäftigt europaweit 40.000 Menschen in seinen Filialen (vgl. Wohland 2008: 15).

möglich machte. Aldi betrieb zu diesem Zeitpunkt rund 800 Filialen; Plus, Penny, Rewe sowie die Schwarz-Gruppe folgten. Letztere schuf im Jahr 1978 Lidl (vgl. ebd.).

Wortmann weist darauf hin, dass in Deutschland die Abschaffung der Preisbindung wesentlich zur Verbreitung der Discounter beitrug. Die Abschaffung wurde im Jahr 1974 von der sozialdemokratischen Regierung gegen den Widerstand der mittelständischen Einzelhändler durchgesetzt.

Heute besteht in Deutschland die Situation, dass 40 % des Marktes für Lebensmittel auf Discounter entfallen – ein gutes Drittel davon auf Aldi. Wortmann unterstreicht: „Das Wachstum scheint bisher an keine Grenzen zu stoßen, und Discounter werden von einer zunehmend breiten Bevölkerungsschicht akzeptiert. Bereits Mitte der 1990er Jahre kauften über 90% aller Haushalte hin und wieder bei Discountern, und bei Aldi kauften – zumindest 'gelegentlich' – 70 % aller Haushalte“ (ebd.).

Discounter aus Deutschland sind auch in anderen Ländern auf dem Expansionskurs. Die Internationalisierung von Aldi begann bereits im Jahr 1967, als Aldi Süd die österreichische Kette Hofer übernahm. Aldi besitzt heute 3.300 Filialen in 15 Ländern West- und Osteuropas; die Ausbreitung der Schwarz-Gruppe ist auf dem europäischen Markt sogar noch größer: Lidl ist mit 5.600 Filialen in 24 Ländern vertreten. Dabei wird bei den verschiedenen Discountern das Format der Geschäfte im Ausland kaum verändert. Bei den Sortimenten von Aldi in Deutschland und Spanien wurde beispielsweise eine Überschneidung von 70% festgestellt. Diese Strategie trägt ebenfalls erheblich zur Kostensenkung der Discounter bei, etwa bei der Beschaffung (ebd.: 113). Wortmann argumentiert weiters, dass die deutschen Discounter – allen voran Aldi und Lidl – Wettbewerbsvorteile besitzen, die in Deutschland entwickelt und profitabel auf andere Länder übertragen wurden (sogenannte „ownership-specific advantages“).

Der Wachstumstrend der Discounter hat in Deutschland in den 2000er Jahren an neuer Dynamik gewonnen: „Zwischen 2005 und 2010 nahm die Anzahl von Discountern unter allen Filialen im Lebensmitteleinzelhandel um 9,5% zu, die der großen Supermärkte (400-999 m²) sank um 20,1%, die der kleinen Supermärkte um 34,5%“ (Jürgens 2011: 145). Wortmann konstatiert, dass der Konzentrationsprozess im Lebensmitteleinzelhandel in Deutschland gegenüber den Vergleichsländern Großbritannien, Frankreich und Italien besonders stark fortgeschritten sei. Ebenso unterstreicht Ulrich Jürgens: „Der Marktanteil der fünf oben genannten Unternehmensgruppen (Rewe, Edeka, die Schwarz-Gruppe, Aldi und Metro/Real; Anm. D.A.B.) lag 2008 nach der Schätzung von Mintel Market Research bei 84%. Diese betrieben nach einer Erhebung des selben Jahres in Deutschland insgesamt 27.200 Filialen. In der Hochphase der

Ausdehnung von Aldi in den Jahren 2000 bis 2002 wurde in Deutschland fast jeden Tag ein Aldi-Discounter eröffnet“ (Jürgens 2011: 135).

Das Konzept der Discounter besteht im Angebot eines begrenzten Sortiments „schnell drehender“ und zu niedrigen Preisen verkäuflicher Produkte (Wortmann 2011: 115). Discounter werben häufig mit „Aktionswaren“ oder „Schnäppchen“. Ingeborg Wick zufolge macht Aldi rund 20 % seines Gesamtumsatzes mit dem Verkauf von Aktionswaren (Wick 2011: 95). Die Autorin argumentiert: „Mit dem intensivierten Wettbewerb im Discountgeschäft ist inzwischen die Häufigkeit von Aktionswarenangeboten drastisch gestiegen: Während ehemals Aldi drei Artikel in vier Wochen anpries, ist die Zahl mittlerweile auf ca. 50 Artikel pro Woche gestiegen“ (ebd.). Als Ausdruck für die gestiegene Konkurrenz im Aktionswarenmarkt interpretiert die Autorin den im Zeitraum von 2007 bis 2008 um 33,6 % gestiegenen Werbe-Etat von Aldi. Dieser hätte noch vor wenigen Jahren „nur“ ca. 100 Mio. Euro betragen (vgl. ebd.: 96). Lidl und Aldi gehören seit Jahren zu den Firmen mit dem größten Werbe-Etat in Deutschland (Jürgens 2011: 145).

Laut den vorliegenden Studien sind Konzentrationsprozesse im Lebensmitteleinzelhandel klar feststellbar. Wotruba führt die im Jahr 2009 durchgeführte Übernahme von Plus durch Netto an; ersterer sei nach Anzahl der Filialen Branchendritter in Deutschland (Wotruba 2011: 124). Auch Martina Wiggerthale weist in ihrer Studie über Bananen- und Ananasproduktion und Discounter nach, dass der Konzentrationsprozess rasant vonstatten geht: „Discounter haben in den letzten zehn Jahren ihr Netz um mehr als 40 Prozent auf über 15.000 Läden vergrößert (...). Ihre starke Expansion hat sich hinsichtlich Bekanntheit und Erreichbarkeit bezahlt gemacht; sie sind zu Nahversorgern geworden (...). Im Durchschnitt wird ein Discounter doppelt so häufig aufgesucht wie ein Supermarkt. 86 Prozent aller Haushalte, die eine Aldi-Filiale in ihrer Nähe haben, kaufen auch dort ein (...). Insgesamt kauften die Haushalte 2005 im Schnitt 66-mal bei Discountern ein“ (Wiggerthale 2008: 10). Somit hat sich die Logik der Discounter tief in die alltäglichen Konsumgewohnheiten eines großen Teils der Menschen eingeschrieben: „Für 21,464 Millionen Haushalte (55,7 Prozent aller Haushalte) in Deutschland ist der Discounter die erste Wahl beim Einkauf von Lebensmitteln. Diese Verbraucher legen vor allem Wert auf niedrige Preise. Knapp zwei Drittel (71,4 Prozent) der Haushalte sind als 'preissensibel' einzustufen (...). Knapp die Hälfte der Deutschen bezeichnet sich selbst als 'Pfennigfuchser'. Die Billiganbieter profitieren von der Discountaffinität der deutschen Verbraucher_innen. Dabei ist preisorientiertes Kaufverhalten relativ unabhängig vom sozialen Status“ (ebd.: 11). Die Discounter hätten die Gewohnheiten von Konsument_innen über die Zeit sukzessive verändert: „In das Konzept der 'Einfachheit' sind verschwenderische Ladenausstattung über das rational Notwendige hinaus oder kostenintensive personalbezogene Dienstleistungen nicht vorgesehen, und den Kunden ist die Nachfrage hiernach

über viele Jahrzehnte Discountererfahrung bereits 'aberzogen' worden“ (Jürgens 2011: 144). Wiggerthale zufolge liegt der Marktanteil der Discounter am gesamten Lebensmitteleinzelhandel bei 42 Prozent. Dabei hätten die Discounter im Jahr 2005 51,75 Milliarden Euro Umsatz gemacht. Aldi würde mit einem Marktanteil von 41,5 Prozent das Segment der Discounter anführen, gefolgt von Lidl mit 23,4 Prozent, Plus mit zwölf Prozent, Penny mit elf Prozent und Netto mit 5,8 Prozent“ (Wiggerthale 2008: 12).

Wiggerthale weist darauf hin, dass auf dem gesättigten deutschen Markt Marktanteile nur noch durch die Verdrängung von Mitbewerbern gewonnen werden könnten, „denn 'der Kuchen wird nicht größer, aber alle wollen ein größeres Stück davon“ (ebd.). Wiggerthale betont, dass mit der zunehmenden Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel auch die Einkaufsmacht der größten Einzelhändler steigt: „Mittelfristig deutet vieles darauf hin, dass vier Konzerne den Lebensmitteleinzelhandel in Deutschland unter sich aufteilen werden“ (ebd.).

Die Logik der Discounter kann also bereits wenige Jahrzehnte nach ihrem Auftauchen als Massenphänomen bezeichnet werden, sie ist tief in die Alltagspraxis weiter Teile der Bevölkerung vorgedrungen. Wotruba weist nach, dass Discounter nicht nur in Gegenden mit geringer Kaufkraft Erfolg haben und nennt als Beispiel den Standort des Bäckereifilialisten „Frostkauf“ im weitgehend gentrifizierten Münchener Glockenbachviertel. „Frostkauf“ vertreibt Waren vom Vortag als „günstige Produkte mit Qualitätsabstrichen“. So sind dort z.B. 12 Stück Kaiserbrötchen um 99 Cent, oder eine 375 Gramm wiegende Erdbeertorte um 1 Euro 59 Cent zu bekommen (vgl. Wotruba 2011: 128 ff). Gleichzeitig haben Discounter in den letzten Jahren aus strategischen Gründen auf die Ausweitung ihres Angebots auf Frischwaren, Bio- und Fair Trade-Produkte sowie auf Herstellermarken gesetzt. So stiegen im ersten Halbjahr 2008 die Umsätze von Biofrischprodukten bei Discountern um 9,8 % (vgl. Wick 2011: 96). Der Umsatz des Fairen Handels nahm in diesem Zeitraum in Deutschland um 25% zu. Die Discounter springen auf diesen Trend auf, oftmals zu Zeitpunkten, an denen sich die öffentliche Meinung gegen sie richtet.

Obwohl das Konzept der Discounter auf einer kleinen Auswahl an Produkten beruht, sehen wir also, dass selbige ihr Sortiment über die Jahrzehnte vergrößert haben: hinzugekommen sind Frischprodukte wie Obst, Gemüse, Wurstwaren, Frischfleisch und Milchprodukte. Lidl führt heute rund 1.200 Produkte, bei Aldi sind es rund 700 (zum Vergleich: SB-Warenhäuser – also Selbstbedienungs-Warenhäuser – decken bis zu 70.000 verschiedene Artikel ab). Seit den 1980er Jahren besteht eine wichtige Verkaufsstrategie von Discountern darin, non-food Artikel wie etwa Bekleidung, Haushalts- und Schreibwaren, Elektrogeräte, Computer und Fahrkarten für Billigreisen

in das Sortiment aufzunehmen. Heute besteht die Situation, dass sowohl Aldi als auch Lidl zu den zehn größten Bekleidungshändlern Deutschlands gehören (vgl. ebd.: 114).

Ebenfalls zugenommen hat die durchschnittliche Verkaufsfläche von 390 m² im Jahr 1990 auf über 700 m² im Jahr 2011. Sogenannte „Flagship-Stores“ von Lidl weisen bereits eine Größe von bis zu 1.300 m² auf (Jürgens 2011: 135).

Seit den 1990er Jahren veränderte sich damit auch die Art der Discounter-Immobilien: diese werden seither überwiegend als alleinstehende Gebäude mit eigenen Parkflächen, außerhalb der fußläufig erreichbaren städtischen Infrastruktur errichtet. In diesem Sinn hat die Ausbreitung der Discounter auch zu einer Zunahme des Individualverkehrs geführt.

Städtebauliche Aspekte des Aufstiegs von Discountern

Problematisch ist bei der Neugründung von Discountern insbesondere auch ihre städtebauliche Komponente: „Spezifisch für den Lebenszyklus von Discounterimmobilien sind schnelle bauliche Erosionserscheinungen der Verkaufsräume und eine in der einfachen Bauweise begründete verminderte Drittverwendungsmöglichkeit“ (Klein / Segerer 2011: 15). Die Autoren führen als Möglichkeiten der Nachnutzung von Discounterimmobilien Spielcasinos und Getränkemärkte an (ebd.: 26) – nicht gerade eine vielversprechende Perspektive. Die Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung konstatiert zudem, dass sich „in den letzten Jahren (die) führenden Anbieter (Aldi, Lidl) zunehmend darauf ausgerichtet (hätten), die Flächenbegrenzungen des Paragraph 11 Abs. 3 BauVO (z.Zt. 1.200 m² BGF) voll auszunutzen“ (Klein / Segerer 2011: 14). Die Discounter-Logik zeitigt somit auch höchst problematische städtebauliche Auswirkungen: Häufig kommt es vor, dass „aufgrund der einfachen Bauweise und der überschaubaren Investitionskosten Neubauten gegenüber Revitalisierungen von Objekten bei LM-Discountern bevorzugt (werden)“ (ebd.: 20). Die beiden Autoren warnen an diesem Punkt vor dem häufigen Entstehen von Einzelhandelsruinen (vgl. ebd.). Die fehlende Anpassungs- und Umnutzungsfähigkeit der Discounter-Immobilien würde die Vernutzung von Ressourcen noch zusätzlich erhöhen. Discounter-Immobilien hätten somit eine geringe ökologische Qualität; ein ressourcenschonender Umgang mit Grund und Boden werde verhindert und immer mehr Fläche versiegelt. Auch Ulrich Jürgens betont in seinem Beitrag in der von ihm herausgegebenen Publikation „Discounterwelten“: „Besonders interessant wird in Zukunft sein, welche städtebauliche Problematik nicht nur Discountergeschäfte, sondern auch 'Discounterruinen' haben werden, die in Folge von Umzügen und Erweiterung als Brachen zurückbleiben“ (Jürgens 2011a: 9).

Wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass die Unternehmen die Discounter-Immobilie als Betriebsmittel zur Umsatzerzielung betrachten, zunehmend aber auch als Investitionsobjekt (vgl. Klein / Segerer

2011: 17). „Die Discounter können (...) als Nutzer, Eigentümer und/oder Makler von Immobilien auftreten“ (ebd.: 17). Immobilienwirtschaftliches Ziel sei es somit, „eine Wertsteigerung zu erzielen, um gleichzeitig die Raumkosten zu minimieren“ (ebd.: 19). Discounter würden also zumindest in Ansätzen ein „strategisches Immobilienmanagement“ betreiben (vgl. ebd.). Aus betriebswirtschaftlicher Logik der Unternehmen müsse ein „optimaler Mix aus Umsatz, Miete und Wertsteigerung“ erzielt werden (ebd.: 29). Discounterunternehmen treten also hybrid als Immobiliennutzer, -eigentümer sowie -makler auf (vgl. ebd.: 34).

Bezüglich der städtebaulichen Lage von Discountern lässt sich feststellen, dass diese in besonderem Maß von der Erreichbarkeit mit dem Auto abhängt: Bevorzugte Lagen seien einerseits an frequentierten Ein- und Ausfallsstraßen von Städten und Dörfern oder in einer strategischen Lage am Cityrand bzw. in Gewerbegebieten. Wichtig seien außerdem eine hohe Anzahl an Stellplätzen sowie „weitere Synergien im Umfeld (Fachmarktagglomeration)“ (vgl. ebd.: 29). All das führt dazu, dass an den Rändern der Städte und Dörfer hochgradig emissionsintensive Formen des Konsums befördert werden. Ulrich Jürgens führt an, dass 90 % aller Haushalte binnen 10 Minuten einen Discounter *per Auto* erreichen (ebd.: 137). In den Innenstädten finden sich Discounter hingegen kaum mehr: „Der Grund hierfür liegt vor allem im Verkaufsflächenwachstum der Lebensmittel-Discounter, welche in den Innenstädten keine entsprechend zugeschnittenen Ladenlokale vorfinden, aber auch höhere Mieten zu erwarten haben“ (ebd.: 31). Angela Uttke (2011) unterstützt in ihrem Beitrag diese Prognose: „Die wohnortnahe Versorgung verschlechtert sich, Stadt- und Ortszentren verlieren ihre Leitbetriebe und damit an Bedeutung und die genormten, auf den Autoverkehr ausgerichteten 'Einkaufskisten' beeinträchtigen das Stadtbild“ (51). Uttke weiter: „Heute entstehen neue Lebensmittelmärkte zumeist als genormte Neubauten vorwiegend an verkehrsgünstigen Standorten. Bestimmend sind hier in-sich-gekehrte, flache, fensterlose Gebäudestrukturen ohne jeglichen Ortsbezug und mit großzügigen, vorgelagerten Parkplätzen. Diese Märkte lassen sich kaum in die straßenbegleitende, geschlossene und kleinteilige Bebauung bestehender Geschäftsstraßen und -zentren integrieren“ (ebd.: 52). Dabei geht es aber nicht nur um eine rein ästhetische Beeinträchtigung, sondern um einen radikalen Paradigmenwechsel in der Konsumweise gegenüber kleinstrukturierten Läden und Fachgeschäften. Dies betrifft den Umstand, dass bei Discountern in vielen Fällen eine Erreichbarkeit zu Fuß und mit Fahrrad nicht mehr gegeben ist; stattdessen wird eine extrem ressourcenintensiven Konsumweise gefördert. Nicht nur an den Orten der Produktion der Discounter- und Supermarktwaren, sondern auch an den Orten der Distribution und des Konsums kann also ein hoher Aufwand an nicht-erneuerbaren Ressourcen festgestellt werden (vgl. Behr 2001).

Dabei ergeben sich weitere grobe Probleme in Bezug auf eine demokratische Stadtplanung: Uttke

argumentiert, dass „Einzelhandelsunternehmen, allen voran die Discount-Unternehmen, ungern ihre Standortentwicklungsstrategien“ kommunizieren würden. Und weiter: „Es besteht in den Kommunen eine große Unsicherheit im Umgang mit den Ansiedlungswünschen der expansiven Lebensmitteldiscounter“ (ebd.: 53). Auch Martina Wiggerthale weist in ihrer Studie auf diesen Umstand hin: „Bereits heute gibt es in vielen Gemeinden im ländlichen Raum keine Verkaufsstellen des Lebensmitteleinzelhandels mehr. Damit gestaltet sich die Nahversorgung im ländlichen Raum problematisch. Deutschlandweit steigt zwar die Verkaufsfläche, aber die Anzahl der Standorte sinkt ständig. Existierten im Jahr 1966 noch ca. 160.000 Lebensmittelgeschäfte, so sind es gegenwärtig nur noch um die 60.000. Im Zuge des Strukturwandels im Lebensmitteleinzelhandel haben die Supermärkte und die Discounter die traditionellen Einzelhandelsgeschäfte verdrängt. Dabei werden Verkaufsflächen von mindestens 700 m² und Einzugsgebiete von mindestens 6.000 Einwohner_innen für die Ansiedlung vorausgesetzt. Gemeinden, die diese Kriterien nicht erfüllen, kommen als Standort nicht in Frage. Für die Menschen bedeutet das mehr und längere Wege für den Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs“ (Wiggerthale 2008: 13). Wiggerthale weist nach, dass „der Einkauf nach Freizeit und Beruf an dritter Stelle der Mobilitätszwecke“ stünde und dabei gleichzeitig „die höchsten Wachstumsraten“ aufweisen würde. Der Einkauf würde „zunehmend als motorisierter Individualverkehr erledigt. Alle jene, deren Mobilität eingeschränkt ist – Menschen mit einem geringen Einkommen, Ältere und Menschen mit Behinderung – sind vom Rückzug der Einzelhändler aus der Fläche besonders betroffen. Die ungenügende Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr erschwert die Nahversorgung dieser Bevölkerungsgruppen noch weiter“ (ebd.). Die Autorin argumentiert weiter, dass die „Grundversorgung mit Energie, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, Transport oder ärztlichen Diensten (...) politisch stärker reguliert“ wäre. Im Hinblick auf die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs hingegen gäbe es keine politischen Vorgaben (vgl. ebd.). Der erschwerte Zugang zu Lebensmitteln werde auf der politischen Ebene kaum thematisiert.

Der klassische Standort der Discounter ist der berühmte Standort „auf der grünen Wiese“. Die Folge dieser Planung sind versiegelte Freiräume und überdimensionierte Parkplätze. Angela Uttke verweist auf eine empirische Studie der Stadt Dortmund, die zeigt, dass die meisten Kundenparkplätze von Discountern durchschnittlich nur zwischen 25 und 50 % ausgelastet sind. Dadurch würde bereits vor Ladenschluss der Eindruck einer ungenutzten Parkbrache entstehen (vgl. Uttke 2011: 58). Damit einher geht auch eine unglaubliche Zersiedelung sowie ein überdurchschnittlich hoher Flächenverbrauch durch das Konsummodell „Discounter“.

Discounter in Public Relations und CSR (Corporate Social Responsibility)

Die Ausbreitung der Discounter hat in den letzten Jahrzehnten auch die öffentliche Debatte, den Sprachgebrauch und gesellschaftliche Diskurse wesentlich geprägt. So galt der Begriff „Aldisierung“ im Jahr 2005 in der Schweiz als „Wort des Jahres“ (Jürgens 2011: 134). Discounter verschaffen sich über Werbung, die sie v.a. in Tageszeitungen platzieren, einen unübersehbaren Platz in der öffentlichen Wahrnehmung. Die oben erwähnten hohen Werbeausgaben ermöglichen eine entsprechende Präsenz. Marita Wiggerthale betont: „Aldi steht mit 280 Millionen Euro an erster Stelle bei den Werbeausgaben, gefolgt von Edeka mit 243 Millionen Euro (2006: 73 Mio. Euro) und Lidl mit knapp 224 Millionen Euro (2006: 356,8 Millionen Euro). Angesichts des harten Wettbewerbs ist mit einer Senkung der Ausgaben für die Werbung nicht zu rechnen“ (Wiggerthale 2008: 14).

Entgegen der Analyse, dass Discounter wesentlich zum Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten beitragen und ihre Marktmacht für die Profitmaximierung und Expansion ihres eigenen Unternehmens nutzen, zielt die Sprache der Werbung der Konzerne darauf ab, zu vermitteln, dass Discounter danach trachten würden, günstige Einkaufspreise sofort an die Kunden weiterzugeben. Damit wird eine besondere Art von „Treue“, „Rationalität“ und „Redlichkeit“ gegenüber den Kund_innen suggeriert. Penny warb sogar mit dem in doppelter Hinsicht geschmacklosen Begriff „Volksdiscounter“ (Jürgens 2011: 142). In Wirklichkeit wird durch diese Strategie allerdings eine soziale Abwärtsspirale in Gang gesetzt. So gibt Jürgens zu bedenken: „Die sog. Hartz IV-Sozialbezüge können nur deswegen so niedrig liegen, weil hierfür die günstigsten Discounterangebote an Grundnahrungsmitteln als Berechnungsgrundlage herangezogen werden“ (ebd. 139). In Deutschland erhalten rund 4,4 Millionen Menschen ALG II. Der darin enthaltene tägliche Regelsatz für Essen beträgt ca. 4,37 Euro für Erwachsene und für Kinder je nach Alter zwischen 2,62 und 4,13 Euro. Der Ernährungssoziologe Daniel Kofahl erklärt dies als Herrschaftsmittel, um Arme in ihre kulturellen Schranken zu weisen (Kofahl 2013: 31).⁵⁶ Bei ihren Internetauftritten versuchen Discounter, ethisches, soziales und umweltbezogenes Engagement zu vermitteln. Sie nehmen Bezug auf die Arbeitsbedingungen in der Produktionskette,

56 In der Zeitung ver.di Publik widmet sich Rudolf Stumberger dem grotesken Phänomen, dass in Deutschland in den letzten Jahren sogar bereits Kochbücher für Hartz IV-Empfänger_innen erschienen sind. Diese tragen Titel wie „Gut Essen und Trinken trotz Hartz IV?“ oder „Schmackhaft kochen mit Hartz IV“. Letzteres erhebt mit seinen Rezepten ausdrücklich keinen Anspruch darauf, „kulinarisch besonders erwähnenswert oder ernährungswissenschaftlich besonders ausgewogen zu sein“, was Stumberger „als eine Art Rückversicherung gegenüber möglichen Schadensersatzansprüchen“ versteht. Die „Ratgeber folgen der Prämisse, sich mit 4,25 Euro pro Tag zu ernähren“ (ebd.). Als unerträglich beschreibt der Autor „jene unbedarfte Beflissenheit, sich messianisch der Welt der Armut in einem 'Versuch' für ein paar Tage zu nähern. Das erinnert an die 'Selbstversuche' des Bürgertums gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als man sich für Berichte wie 'Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche' oder 'Dreieinhalb Monate Fabrikarbeiterin' als Proletarier verkleidete und in die dunkle Welt der Fabrikarbeiter hinabstieg. Jedenfalls für ein paar Wochen“ (Stumberger 2010: 16).

die Qualität der Waren, die „Nachhaltigkeit“ ihrer Produkte sowie den entsprechenden Ressourceneinsatz. Discounter reagieren auf Kritik von NGOs, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und versuchen stets der Verschiebung der gesellschaftlichen Konsumgewohnheiten Rechnung zu tragen; so wurden in den letzten Jahren vermehrt Bio- und Fair Trade-Produkte eingelistet. Discounter zielen durch die Ausrichtung von Sportveranstaltungen, durch das Unterstützen von 'Tafeln' und durch das Anbieten lokaler Ausbildungsplätze darauf ab, soziales Engagement zu vermitteln. In Bezug auf die Verflechtung in internationale Produktionsnetzwerke versuchen Unternehmen gegen ihr schlechtes Image anzukommen, indem sie Krankenhäuser oder Waisenhäuser in Ländern des globalen Südens finanzieren (vgl. Kapitel 11.6.b.). Die klassisch karitativen Strategien der Discounter zielen auf Ablenkung und Reinwaschung. Die Tatsache, dass solche Strategien in der Werbung der Discounter sichtbar werden, ist jedoch auch ein Indiz dafür, dass sich zivilgesellschaftlicher Druck lohnt und dass Unternehmen auf kritische Kampagnen zumindest oberflächlich reagieren (vgl. CSR-News 2007).

Jürgens betont bezüglich des Verhaltens von Discountern gegenüber der Öffentlichkeit: „Public Relations existiert – auch gegenüber der Wissenschaft – nur in Form stakkato ähnlich formulierter Werbematerialien, von Internetseiten, die in den letzten Jahren versucht haben, die Verkaufsphilosophie der Discounter zu erklären, und als ad-hoc-Stellungnahmen, um auf „Skandale“ kurzfristig zu reagieren“ (Jürgens 2011a: 7).

Langfristig versuchen Discounter jedoch, mittels CSR-Strategien die Widersprüche zu bearbeiten, die durch ihr eigenes Agieren entstehen. Das Um und Auf der Public Relations der Unternehmen sind die oben beschriebenen riesigen Werbe-Etats, die ein Kernstück der ökonomischen Rationalität der Discounter darstellen: „Legende sind die ein- oder zweiseitigen Zeitungsanzeigen geworden, mit denen Aldi zweimal wöchentlich im ganzen Bundesgebiet für Preishits von Artikeln wirbt, von denen viele bis vor einigen Jahren dem Fachhandel anderer Branchen vorbehalten waren“ (Wick 2011: 94).

Discounter und demokratische Kontrolle – das BSCI-Label

Im „Good Company Ranking“ des Jahres 2007 hatte Lidl den zweit-, Aldi den drittenschlechtesten Platz eingenommen. Die sich häufenden schlechten Presseberichte sowie kritische Kampagnen bewegten Lidl und Aldi, das öffentliche Image ihrer Konzerne zumindest nicht mehr gänzlich zu ignorieren.

Kurz vor dem Start der Kampagne der „Clean Clothes Campaign“ (CCC) am 8. März 2008, die Aldi bezüglich der Beschaffung von Textilien kritisierte, trat der Konzern der sogenannten „Business Social Compliance Initiative“ (BSCI) bei, um gewissermaßen präventiv auf den Druck der

kritischen Öffentlichkeit zu reagieren.⁵⁷ Die BSCI-Initiative war im Jahr 2004 von führenden europäischen Handelsunternehmen in Brüssel gegründet worden (ebd.: 98). Lidl und Tchibo waren einige Monate vor dem Beitritt Aldis BSCI-Mitglied geworden. Nach diesem Schritt waren im März 2008 in sechs deutschen Städten Flugblätter ausgelegt, auf denen zu lesen war: „Aldi Süd (bzw. Nord) übernimmt Verantwortung“ (ebd.).

Der BSCI-Kodex ist durch eine Reihe von strukturellen Problemen gekennzeichnet: Das Label gibt vor, für eine „Verbesserung von Sozialstandards in den globalen Zulieferketten von Mitgliedsunternehmen“ einzustehen, allerdings steht sein Ansatz „ausdrücklich in Opposition zu bindenden gesetzlichen Regelungen, wie sie beispielsweise das EU-Parlament seit 1999 fordert“ (ebd.).⁵⁸ Ingeborg Wick argumentiert in diesem Zusammenhang: „Arbeitnehmer_innen müssen in erster Linie durch verbindliche staatliche Vorschriften geschützt werden und das Recht erhalten, unabhängige Arbeitnehmerorganisationen nach internationalem Recht zu gründen; sie sollten nicht von freiwilligen Maßnahmen abhängig sein, die nach der Logik freier Marktkonkurrenz jederzeit wieder zurückgenommen werden könnten“ (ebd. 93).

Die Clean Clothes Campaign kritisierte die BSCI Initiative, der über 400 europäische Handelsunternehmen angehören, weil es darin keine unabhängige Kontrolle bzw. demokratische Teilhabe gibt. Die BSCI-Kriterien enthalten zudem nicht die Forderungen nach einem existenzsichernden Lohn. Sinnvoll wäre, so die Clean Clothes Campaign, verbindliche Auflagen für die globale Beschaffungspraxis von Unternehmen zu entwickeln, die auch den Arbeitsnormen der ILO entsprechen, und diese rechtlich zu verankern. Die BSCI Regelwerke ermöglichen hingegen keine Transparenz der konkreten Einkaufsbedingungen. Wick argumentiert: „Da freiwillige CSR-Maßnahmen bestenfalls einzelne Verbesserungen im Arbeitsalltag von Beschäftigten bei globalen Zulieferern von multinationalen Unternehmen erreichen und die Bilanz für die Mehrheit der Beschäftigten nach einer über zehnjährigen Praxis sehr ernüchternd ist, treten immer mehr Basisgruppen und Gewerkschaften für eine bindende Verpflichtung von Unternehmen zur Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in ihren Wertschöpfungsketten ein“ (ebd.: 99). Für die Durchsetzung solch einer „globalen sozialen Rechenschaftspflicht“ von Unternehmen setzen sich neben der CCC eine Vielzahl von weiteren Initiativen ein, darunter die deutsche und

57 Der BSCI-Kodex enthält ein freiwilliges Regelwerk bezüglich der Sozialstandards von Lieferant_innen und wurde auf Initiative mehrerer Einzelhandelskonzerne gegründet. Der BSCI-Verhaltenskodex enthält zwar Regelungen zur Arbeitszeit, zu Löhnen, zur Diskriminierung und zur Gewerkschaftsfreiheit gemäß den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, ein Verstoß gegenüber diesen Regelungen wird allerdings nicht sanktioniert. Die Zahl der Mitgliedsunternehmen des BSCI lag im Jahr 2003 bei 60, im Jahr 2010 bei 475.

58 Im Jahr 1999 verabschiedete das Europäische Parlament eine Beschluss, in der eine bindende Berichtspflicht zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards, eine persönliche Haftung von Direktoren für das sozial-ökologische Fehlverhalten von Unternehmen sowie eine Unternehmenshaftung für Verstöße bei den extraterritorialen Aktivitäten gefordert wurde (vgl. ebd.: 99).

europäische Supermarktinitiative, die „European Coalition for Corporate Justice“ (ECCJ) sowie das Netzwerk für Unternehmensverantwortung in Deutschland (CorA), des weiteren NGOs wie das Südwind-Institut und Gewerkschaften wie ver.di (vgl. ebd.: 99).

9.2. Über das dialektische Verhältnis zwischen industrieller Entwicklung im landwirtschaftlichen Sektor und dem Aufstieg der Supermärkte und Discounter

Der Aufstieg der Supermärkte und später der Discounter kann nicht losgelöst betrachtet werden von der fordistischen Produktionsweise, die sich in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzte und die dem Ziel verpflichtet war, die Bevölkerung mit einer ausreichenden Menge an Lebensmitteln zu günstigen Preisen zu versorgen. Diese wiederum baut auf der Verfügbarkeit von billigen Rohstoffen aus der industriellen Landwirtschaft auf. Die Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft wurde ebenfalls maßgeblich nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt, mit einem hohen Zufluss von fossiler Energie, technologischem Know-how und Kapital. Landwirtschaftliche Betriebe wurden vergrößert, der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmittel nahm einen wachsenden Stellenwert ein. Im Zuge der Industrialisierung der Landwirtschaft und der verstärkten Marktmacht von Einzelhandelskonzernen änderten sich – angebotsinduziert – die Konsumgewohnheiten der Bevölkerung. Entscheidend war dabei die Ausweitung des Prinzips der Selbstbedienung in modernen Supermärkten.

Mit dem Anstieg der Konsumkapazität verringerte sich gleichzeitig der Anteil der Ausgaben der Haushalte für Nahrungsmittel im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Billig und ausreichend zur Verfügung stehende Lebensmittel bildeten eine unverzichtbare Grundlage für die Etablierung des fordistischen Arbeits- und Konsummodells. Sie ermöglichten es, Lohnkosten gering zu halten und den Bereich des Massenkonsums auf Non-Food Bereiche auszuweiten (vgl. auch Kapitel 4.1.4.). Dagmar Vinz (2005: 17) weist darauf hin, dass Fleischverzehr, der in den meisten westlichen Ländern traditionell stark mit Wohlstand assoziiert war, sich erst während der Zeit des Fordismus als beinahe Alltäglichkeit durchsetzen konnte. Besonders auffallend war der Anstieg der Produktion von Schweinefleisch und Hühnerfleisch. Vinz betont des weiteren, dass das fordistische Ernährungsmodell sich durch aufwendige industrielle Verfahren wie Tiefkühlung, Aufbewahrung in Konserven oder Beigabe chemischer Konservierungsstoffe auszeichnen würde (ebd.: 18). Erst in jüngerer Zeit wurde die globalisierte Produktion von Fischen und Schalentieren relevant für den Massenkonsum. Ebenso setzte der Konsum von Wintergemüse, auf dem der Fokus dieser Arbeit liegt, erst Mitte der achtziger Jahre, also nach der Zeit des Fordismus ein. Dieser Umstand ist, ebenso wie beim Konsum von Fischen und Schalentieren aus aller Welt, der Tatsache geschuldet, dass die globalisierte exportorientierte Landwirtschaft ab den 80er Jahren, mit dem Fallen der Exportzölle und dem Einsetzen neoliberaler Politiken, zusätzlichen Aufwind erhielt. Produkte aus Sektoren industrieller Landwirtschaft wurden bis zu diesem Zeitpunkt vorwiegend in Binnenproduktion hergestellt.

Vinz verweist darauf, dass zwischen den Jahren 1960 und 1999 die Zahl der angebotenen Lebensmittel extrem zugenommen hat. „Allein in Deutschland kommen aufgrund eines wettbewerbsbedingt hohen Innovationstempos jedes Jahr etwa 10.000 Lebensmittel neu auf den Markt, von denen viele (60% aller Backwaren, 40% der Süßwaren, 38% der Molkereiprodukte) bereits nach einem Jahr wieder vom Markt verschwunden sind“ (ebd.: 18 f). Durch Standardisierung (Fordismus) und Spezialisierung (Taylorismus) würde die scheinbare Vielfalt der angebotenen Lebensmittel jedoch auf einer „Einfalt“ von wenigen Monokulturen (Weizen, Soja, Rind, Schwein) und auf einem Verlust von Agrobiodiversität beruhen (vgl. ebd.: 19). Aufgrund der Zunahme von Single-Haushalten würde sich die Nachfrage nach Tiefkühl- oder Fertiggerichten erhöhen und parallel dazu das Wissen über Nahrungsmittel und deren Zubereitung verloren gehen. Indem Landwirt_innen zunehmend in die Rolle von Rohstofflieferant_innen geraten und Tomaten für Ketchup und Tomatenmark, Kartoffel für tiefgefrorene Pommes Frites und Kartoffelbreipulver, Hähnchen für Chicken McNuggets, bzw. Grundbausteine für Hamburger, Pizzas und Pastas der großen Fast-Food-Ketten produzieren, erhöht sich tendenziell der Input fossiler Energie (vgl. ebd.: 20).

Der global wirkende Preisdruck für landwirtschaftliche Rohstoffe lässt sich in der Regel nur aufrechterhalten, wenn von den Betrieben alle Rationalisierungsreserven ausgenutzt werden, wenn Kunstdünger, Pestizide, Herbizide und Fungizide eingesetzt, Flächen zusammengelegt werden und der Anbau in Monokulturen forciert wird (vgl. ebd.). Vinz betont des weiteren, dass der Preisdruck des Einzelhandels die Lebensmittelkonzerne und die Erzeuger dazu zwingen würde, „möglichst billig zu produzieren und daher z.B. anstelle teurer Rohstoffe den Geschmack durch den Zusatz von Glutamat zu intensivieren und so zu ungewolltem Mehrverzehr zu verführen“ (ebd.: 20).

Seit den 1990er Jahren kann des weiteren beobachtet werden, dass der Bio-Sektor sich immer mehr der Marktlogik unterwirft. Dies mit dem (prinzipiell berechtigten) Ziel, breitere Käufer_innenschichten zu erreichen. Dies führt allerdings in der aktuellen hegemonialen Konstellation dazu, dass auch Bio-Erzeuger sich einem verstärkten (internationalen) Marktdruck ausgesetzt sehen, mehr Verpackungen akzeptieren müssen, zunehmend Fertiggerichte anbieten, Produkte über größere Entfernungen liefern und vor allem massive Einbußen bei den Verkäuferpreisen hinnehmen (vgl. ebd.: 20).⁵⁹

59 Parallel zu diesen strukturellen Umbrüchen hat sich auch der politische Anspruch des Biosektors verschoben. Bis Mitte der 90er Jahre verstand sich der Biolandbau als gesellschaftliche Alternative zur konventionellen Landwirtschaft. Nicht nur die Produktionsweise, auch die Produktionsverhältnisse und die Vermarktung sollten neu organisiert werden. Mittlerweile ist der Biolandbau jedoch fest in die traditionellen Agrarstrukturen eingegliedert. Während die Sparte weiter wächst, hat sie politisch an Unabhängigkeit und Stärke verloren. Der ursprünglich formulierte gesellschaftspolitische Anspruch ist weitgehend an den Rand gedrängt worden.

Vinz weist darauf hin, dass es in Supermärkten kaum denkbar sei, die Ware, wie ehemals in Fachgeschäften, lose verpackt in Kisten, Säcken, Fässern, Paketen oder Korbflaschen anzubieten. In der Logik der Vermarktung von Lebensmitteln im Supermarkt dient die Verpackung nicht zum Schutz der Ware sondern auch als Werbeträgerin (vgl. ebd.: 22). Die Verpackung erhält die Aufgabe, „Erkennungszeichen“ und „Vertrauensscharnier“ zu sein, weiters soll sie angesichts des immer unübersichtlicheren Warenangebots Orientierung bieten. Darüber hinaus erfüllt die Verpackung eine ästhetische Funktion, die die Ware zu einer „Projektionsfläche für die Wünsche der Käufer_innen“ macht (ebd.). Durch ihre Verpackung werden die Waren mit einem „Gebrauchswertversprechen“ versehen, das mit der eigentlichen Beschaffenheit der Ware nichts mehr zu tun hat (vgl. Haug 1973). Der „Aufdruck von Bildern unberührter Natur (z.B. alte Bauernhöfe oder Nutztiere auf grüner Wiese) verleiht den Verpackungen oft ihr charakteristisches Gesicht und soll der kollektiven Utopie Raum geben, durch den Genuss dieser Lebensmittel mit einem natürlichen Raum und seinen Rhythmen verbunden zu sein“ (Vinz 2005: 22). Dabei würde das Interpretationsmuster einer „Als-ob-Behauptung“ folgen: Das beworbene Produkt schmeckt „als ob“ es auf einem traditionellen Bauernhof liebevoll hergestellt wurde. Dargestellt wird gewissermaßen „der Traum von einer Welt, in der die Verhältnisse der modernen Industriegesellschaft, der individualistischen Marktkultur mit ihrer Wertschätzung von Fortschritt, Leistung, Wettbewerb außer Kraft gesetzt sind“ (Karmasin, zit. bei Vinz 2005: 23). Die tatsächliche, industriell geprägte Herkunft der Waren wird auf diese Art verschleiert.

Bei der Produktion industrieller Waren werden ökologische und soziale Kosten andernorts externalisiert – die Preise der Waren sagen nicht die „ökologische und soziale Wahrheit“. Dagmar Vinz betont: „Der Lebensmittelkonsum Deutschlands ist in den letzten 30 Jahren nur leicht angestiegen (gemessen in Kilogramm pro Kopf), der Transportaufwand hat sich jedoch im Zeitraum von einer Generation fast verdoppelt. Obwohl also bei den Mahlzeiten größere Entfernungen 'mitverzehrt werden', sind die Nahrungsmittelausgaben prozentual gesunken“ (ebd.: 26). Das heutige Ernährungsangebot folgt den Verhältnissen der imperialen Lebensweise: Für den Großteil der Bevölkerung der industrialisierten Länder sowie für die wachsenden Mittelschichten der Schwellenländer wird saison- und ortsunabhängig ein bezahlbares und ausdifferenziertes Angebot an Nahrungsmitteln aus Ländern rund um den Globus zum Kauf angeboten. Für das Gros der Menschen in der Semi-Peripherie und der Peripherie steht dieses Angebot nicht offen. Verbraucher_innen, die in diese Angebotsstruktur einbezogen sind, können mittels der Verfügbarkeit von sämtlichen Arten von Gemüse und Obst im Winter, von Tiefkühlkost oder Konserven den Vorgaben der jahreszeitlichen Rhythmen entgehen und sparen Zeit, indem der Aufwand für die Reproduktionsarbeit externalisiert und somit verringert wird (Gemüse muss nicht

mehr selbst geputzt werden, sondern ist in Dosen fertig verfügbar; geschälte Kartoffel gibt es im Glas, die Verfügbarkeit von Obstkonserven macht es nicht mehr notwendig, Obst zu entsteinen) (vgl. ebd.: 24).

Die Rolle der privaten Haushalte im Ernährungssystem verändert sich im Zuge dieser zunehmenden „Ubiquität und Omnitemporalität des Ernährungssystems“ (ebd.): Es fand eine umfassende Verlagerung von Arbeiten aus den Haushalten hin zum Markt statt: War beispielsweise das Einkochen von Obst und Gemüse zu Beginn der 50er Jahre in Deutschland noch eine sehr weit verbreitete Praxis, geht der Zeitaufwand für diese Tätigkeit im Zuge fallender Preise für Konserven in den 1960er und 1970er Jahren drastisch zurück.

Die Monetarisierung und Kommodifizierung der Ernährung in westlichen Ländern brachte erhebliche Veränderungen für die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit sich. Einerseits waren mit dieser Entwicklung Arbeitserleichterungen für Frauen verbunden, die im fordistischen Modell für die Reproduktionsarbeit verantwortlich gemacht wurden (und bis heute oft noch werden!). Zudem erhöhten sich für Frauen Freiheitsgrade, da sie nicht in einem solch hohen Ausmaß an die Arbeit im Haus gebunden waren. Global betrachtet standen diese Möglichkeiten jedoch stets nur einem kleinen Teil der Menschheit offen: Das Ausmaß der notwendigen Reproduktionsarbeit blieb in vielen Ländern des globalen Südens auf hohem Niveau und wurde – bzw. wird noch heute – zum größten Teil von Frauen geleistet.

Mit oben beschriebener Monetarisierung und Kommodifizierung der Ernährung in den westlichen Ländern stieg auch der Umfang der Dienstleistungsangebote im Ernährungssektor stark an. Damit wurde ein Sektor geschaffen, in dem die Mehrzahl der Arbeitsplätze von Frauen eingenommen wird. Vinz betont, dass es sich dabei allerdings meist um prekäre Arbeitsverhältnisse handeln würde, „die als Teilzeitarbeit hochgradig flexibilisiert und im Niedriglohnbereich angesiedelt sind“ (ebd.: 24). In Kapitel 9.5. wird auf diese Entwicklung näher einzugehen sein.

Die Konsummuster, die Dagmar Vinz beschreibt, verändern sich also in einem dialektischen Prozess mit der landwirtschaftlichen Produktionsweise in Europa. Die Eigenversorgung großer Teile der Bevölkerung in Klein- und Kleinstlandwirtschaften sowie in Schrebergärten, das Einkochen von Marmeladen, Fruchtsäften, Gemüse etc. weicht im Laufe der Jahrzehnte der Off-Season-Produktion von Supermarktgemüse sowie dem Konsum von Produkten in Metall- und Aluminiumkonserven. Die Verdrängung von Eigenversorgung und Subsistenz, von Nachbarschaftshilfe und Tausch- bzw. Schenkökonomien sind gleichermaßen Voraussetzung für als auch Produkt von Expansionstendenzen im Bereich der Supermärkte und Discounter (vgl. auch Kapitel 4.2.).

Obwohl heute ein Gros der Bevölkerung westlicher Länder die täglichen Lebensmittel über Einzelhandelsketten bezieht, kann das Vertriebssystem der modernen Supermärkte und Discounter als hochgradig ineffizient beschrieben werden. Im Vergleich zu anderen, früheren Formen der Distribution von Waren wird ein hoher Prozentsatz an Lebensmitteln schlichtweg vernichtet: „Immerhin gehen Schätzungen davon aus, dass 10 – 20 % aller für den deutschen Markt produzierten Lebensmittel in den Müll wandern – vorwiegend, um dem Kunden auch kurz vor Ladenschluss noch die gesamte Produktpalette anbieten zu können“ (Wotruba 2011: 130).

9.3. Zur Entwicklungsgeschichte von Supermärkten und Discountern - vom regionalen Fachgeschäft zu Lidl

In den letzten drei Jahrzehnten kann eine rasante Zunahme der Bedeutung des Lebensmittelhandels in der Wertschöpfungskette von Nahrungsmitteln festgestellt werden. In der Broschüre „Lebensmittel in Europa - Elemente einer zukunftsorientierten Agrar- und Lebensmittelpolitik aus Sicht der Arbeitnehmer_innen und Verbraucher_innen“ der Gewerkschaft ProGe wird argumentiert: „Über lange Zeit war der Handel auf die Funktion des Absatzvermittlers zwischen Lebensmittelherstellern und Konsument_innen ausgerichtet und beschränkte sich auf Beschaffung und Distribution. Zu Beginn der siebziger Jahre kam es im Lebensmittelhandel zu einem Konzentrationsschub in West- und Mitteleuropa, der bis heute anhält. Aufgrund des stark steigenden Wettbewerbes verschob sich in diesem Zeitraum die Hauptfunktion des Lebensmittelhandels vom Absatzvermittler hin zum Handelsunternehmen“ (ProGe 2011: 10). Zu der ursprünglichen Rolle des Absatzmittlers hätte der Handel bereits Mitte der achtziger Jahre eine Reihe zusätzlicher Aufgaben übernommen: „Er gliederte die Distribution in die eigene Logistik ein, entwickelte eigene Kommunikationsstrategien und übernahm die autonome Sortimentsbildung. Indem sich die Macht des Lebensmittelhandels auf wenige Unternehmen konzentrierte, verschob sich auch die strategische Verhandlungsmacht – auf Kosten von Ursprungsproduktion und Industrie – auf seine Seite“ (ebd.). Der Handel entschied zunehmend, „welche Produkte, auf welchen Vertriebsschienen, zu welchen Preisen, in welcher Präsentation, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Dauer auf seinen Verkaufsflächen angeboten werden“ (ebd.). Die Konzentration im Lebensmittelhandel verstärkte maßgeblich den Druck auf die Preise und Spannen der Industrie sowie der landwirtschaftlichen Produktion. Zusätzlich verstärkte der Handel seine Position durch den Aufbau von Eigen- oder Handelsmarken.

Diese Konzentration und zunehmende Größe des Supermarktsektors hat zu einer Machtverschiebung zwischen dem Einzelhandel, deren Lieferanten, verarbeitenden Unternehmen und den landwirtschaftlichen Betrieben geführt. Supermärkte sind heute durch ihre Position als zentrale Schnittstelle zwischen Produktion und Konsumtion zunehmend in der Lage zu bestimmen, was ihnen wie und unter welchen Bedingungen geliefert wird. Supermärkte sind heute auch noch in der Lage, sich vertikal in den Wertschöpfungsketten auszubreiten und eine immer stärkere Position in der Produktion und Verarbeitung von bzw. dem Handel mit Nahrung einzunehmen – z.B. indem sie die verarbeitenden Konzerne der Nahrungsmittelindustrie (Nestlé, Kraft Foods etc.) mit eigenen Produkten und Marken zunehmend unter Druck setzen. Hier findet ein Prozess statt, den Phillip Mc Michael und Friedmann als „subordination of manufacturing by retailing“ (McMichael / Friedmann

2007: 302) bezeichnet haben. So gelingt es Supermärkten bisweilen, Kompensationsforderungen an die Lieferanten zu richten, wenn die Umsatzentwicklung nicht wie erwartet erfolgt; des weiteren werden Rücknahmegarantien von nicht verkauften Produkten erzwungen; bei Verletzung der Lieferkonditionen droht Auslistung; dazu kommen unpünktliche Zahlungen seitens der Supermärkte, Aufkauf großer Mengen in Verbindung mit der Forderung eines Diskontpreises, um diese Produkte dann später zu normalen Preisen weiterzuverkaufen (vgl. Behr, Forster, Fuchs, Zortea 2010: 22). Auch in einer Studie der Vereinigung Consumers International⁶⁰ heißt es: „Supermarkets have often used the money from customers to invest with profit (eg, in interest from the bank) before paying the supplier. Late payments in France are a continuing practice that in the past have provided more income to supermarkets than the profit margins from selling products“ (Consumers International: 13).

Hintergrund für diese Umstände ist der harte Konkurrenzdruck, der in Deutschland besonders signifikant ist. Jens Benicke (2007) betont, dass bereits im Jahr 2004 die zehn größten Händler mehr als 86 % der in Deutschland verkauften Lebensmittel umsetzten (vgl. Benicke 2007: 26).⁶¹

Nach Angaben der FAZ liegen die Umsatzrenditen im Lebensmitteleinzelhandel in England zwischen drei und vier Prozent, in Frankreich zwischen 1,5 und 2,5 Prozent, während in Deutschland nicht einmal ein Prozent des Umsatzes als Nettogewinn übrig bleibt“ (ebd.). Benicke ist der Auffassung, dass ein „Ausdruck für diesen aggressiven Verteilungskampf (...) der fortgesetzte Trend zu Discountern“ sei. (vgl.: ebd.). Diese hatten nach einer Untersuchung des Marktforschers AC Nielsen im Jahr 2006 einen Marktanteil von 41,1 % am Lebensmitteleinzelhandel (vgl. ebd.).

Nur am Rande sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass Deutschland schon seit langem größter Importeur von spanischem Gemüse ist. Im Jahr 2008 wurden laut Eurostat unter anderem 201.000 Tonnen spanische Tomaten in die Bundesrepublik geliefert.

Die Top fünf des deutschen Einzelhandels sind die Metro Gruppe mit 53,6 Mrd. Euro Umsatz, die Aldi-Gruppe mit 39,31 Mrd. Euro, die REWE-Gruppe mit 39,18 Mrd. Euro, des weiteren die EDEKA/AVA Gruppe mit 31,16 Mrd. Euro und die Schwarz-Gruppe mit 24,68 Mrd. Euro (alle

60 „Consumers International (CI) is the global federation of consumer organisations, representing over 220 groups in 115 countries. Based in London, and with regional offices in Kuala Lumpur and Santiago, CI is the campaigning global voice for consumers, our mission is to build a powerful international consumer movement to help protect and empower consumers everywhere“ (Consumers International 2010).

61 So betont auch Martina Wiggerthale: „Im deutschen Kartellrecht wird davon ausgegangen, dass ein Unternehmen marktbeherrschend ist, wenn es über einen Marktanteil von mindestens einem Drittel verfügt (...). Branchenkennern zufolge würde Edeka mit der Übernahme von Plus seinen Marktanteil von 26 Prozent auf 30 Prozent erhöhen. Das ist Grund genug, den Lebensmitteleinzelhandel einer besonders sorgfältigen und umfassenden Untersuchung zu unterziehen. Einkaufsmacht wirkt jedoch bereits bei niedrigeren Marktanteilen negativ. Gemäß einer Untersuchung der britischen Wettbewerbskommission reicht ein Marktanteil von acht Prozent am Lebensmittelhandel aus, um eine ausreichend große Einkaufsmacht in missbräuchlicher Weise einzusetzen“ (Wiggerthale 2008: 42).

Angaben aus dem Jahr 2003, Gesamtumsatz weltweit) (vgl. Bormann et al. 2005: 39). Weltweit dominiert Wal-Mart mit einem Jahresumsatz von 256,329 Mrd. USD vor Carrefour (79,609 Mrd. USD) und Ahold (Niederlande; 63,325 Mrd. US) die Rangliste der umsatzstärksten Einzelhandelskonzerne. An vierter Stelle scheint im internationalen Vergleich die Metro Gruppe auf.

Sarah Bormann weist darauf hin, dass die Grenzen zwischen Discountern und herkömmlichen Supermärkten immer mehr verschwimmen würden. „So erweitern Discounter ihr Angebot nicht nur quantitativ, sondern listen auch Markenartikel, Bio- und TransFair-Produkte ein: Der Trend geht vom Hard-Discounter (Aldi) zum Konzept des Soft-Discounters, mit dem Lidl seit Jahren erfolgreich ist“ (ebd.: 4). Bormann bezeichnet Discounter als „die Speerspitze eines allgemeinen Hauptsache-Billig-Trends“ (ebd.). Somit wird eine Richtung eingeschlagen, durch die eine soziale und ökologische Spirale nach unten in Gang gesetzt wird. Das Phänomen der Discountierung wird auf höchst widersprüchliche und bizarre Weise begleitet von der Einlistung von Waren aus biologischer Produktion und fairem Handel.⁶²

Discounter sind laut Bormann das Betriebsformat, „das sich am erfolgreichsten im anhaltenden Verdrängungswettbewerb behaupten kann und diesen durch sein aggressives Expansionsbestreben auch selbst mit anheizt“ (ebd.). In Deutschland konnten die Discounter ihren Umsatzanteil von knapp 24 Prozent im Jahr 1990 auf über 40 Prozent im Jahr 2005 ausbauen. Deutschland ist zudem gleichauf mit Frankreich Spitzenreiter im Konzentrationsgrad im Einzelhandel: 2005 lag der Marktanteil der fünf größten deutschen Einzelhandelskonzerne bei knapp 70 Prozent (vgl. ebd.). Die Strukturen der Ungerechtigkeit zeigen sich auch bei der Verteilung der Privatvermögen der Betreiber großer Einzelhandelskonzerne: In der ver.di Mitgliederzeitung vom November 2010 wird mit Verweis auf Daten, die das „Manager-Magazin“ veröffentlicht hat, angegeben, dass die Familie Albrecht (Aldi) über ein Privatvermögen von 33,10 Milliarden Euro verfügt, Dieter Schwarz über ein Privatvermögen von 10,50 Milliarden Euro. Innerhalb eines Jahres vergrößerte sich das Vermögen von Dieter Schwarz um 500 Millionen Euro.

Lobbyismus als wichtiges Mittel für die weitere Ausdehnung von Supermärkten und Discountern

Nicht unwe sentlich für die Durchsetzung der Interessen der großen Einzelhandelskonzerne ist der Einsatz und die richtige Platzierung von Lobby-Firmen. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe im

62 Zu den bekanntesten Bio-Marken der Discounter zählt das seit 2002 existierende „Bio-Bio“ der Discounter-Kette Plus. Als Jahr des Einzugs von Bio-Produkten bei den Discountern kann jedoch das Jahr 2006 gelten: Im Frühjahr 2006 führte Lidl seine Handelsmarke „Bioness“ ein. Es folgten Norma („Biosonne“) und Penny („Naturgut“). Aldi entwickelte für Aldi Süd die Marke „PrimaBio“ und für Aldi Nord „BioSmiley“ (vgl. Nürnberger 2008: 21).

Einzelhandel (BAG) gelten als die beiden größten Interessenverbände der Arbeitgeber_innen in dieser Branche. Der HDE zählt allein rund 400.000 Mitgliedsunternehmen (vgl. Bormann et. al 2005: 53). Bormann et al. (2005) führen anschaulich aus: „Metro hat Verträge mit den Beratungsfirmen Deloitte & Touche und Roland Berger geschlossen und lässt sich das hohe Summen kosten: Das Tagesgehalt eines Unternehmensberaters bei Roland Berger verdient eine Verkäuferin im Einzelhandel annähernd in zwei Monaten“ (55). Diese Vergleiche sind mehr als plakative Gegenüberstellungen, machen sie doch deutlich, welche Gewichtung der Arbeit in unterschiedlichen Positionen beigemessen wird. Hier kann auch keineswegs davon gesprochen werden, dass perspektivisch ein „trickle-down Effekt“ von Unternehmensberatern zu Verkäuferinnen eintreten würde. Die bestehenden Gehaltsunterschiede zementieren vielmehr die aktuellen Wertigkeiten der Arbeit.

Der jährliche Handelskongress, den u.a. der HDE ausrichtet und der von Metro gesponsert wird, dient im Lobby-Business des Einzelhandels als Kontaktbörse zwischen Kapitalinteressen und Politik. Selbstredend ist der HDE auch in Brüssel präsent, wo er 1998 ein Büro eröffnete. Dort ist auch der europäische Lobbyverband des Einzelhandels „EuroCommerce“ aktiv, in dem auch die BAG und die Metro AG Mitglied sind. Der Verband vertritt über 100 Mitglieder, darunter v.a. nationale Arbeitgeberverbände, aber auch einzelne Konzerne, wie Metro und IKEA. Hier offenbart sich eines der schwerwiegenden demokratiepolitischen Probleme innerhalb der Strukturen der EU, da die EU-Kommission im Vergleich zum europäischen Parlament ungleich mehr Handlungsspielraum hat und diesen meist zugunsten der Interessen der Konzerne ausnützt. Auch auf nationaler Ebene wurden gesetzliche Regelungen oft zugunsten der Supermärkte und Discounter verändert. Borman et. al. (2005) streichen die Aufhebung des Rabattgesetzes und der Zugabeverordnung vom Juli 2001 hervor. „Diese schützten Kund_innen noch vor übereilten Käufen, ausgelöst durch irreführende Preise, lockende Zugaben oder missbräuchliche Rabatte. Seit Sommer 2004 sind auch die Regelungen für Saisonschlussverkäufe gefallen: Wilde Rabattschlachten sind nun über das ganze Jahr verteilt möglich“ (ebd.: 61). Des Weiteren ist die Öffnung des Einzelhandels Samstags bis 20:00 erlaubt, häufig werden des weiteren „Sonderverkaufsveranstaltungen“ an Sonntagen durchgeführt (beispielsweise bei IKEA), oder auf Bahnhöfen „Reiseproviant“ von Supermärkten und Discountern angeboten. All dies untergräbt Arbeitsnehmer_innenrechte massiv und trägt zum neoliberalen Umbau der gesamten Gesellschaftsstruktur bei; der Trend, dass zu jeder Zeit alle verfügbaren Waren erhältlich sein müssen, wird auf diese Weise massiv verstärkt.

9.4. Wachstumsmärkte für Supermarktketten und Discounter: das Beispiel Osteuropa

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre agieren Einzelhandelsunternehmen auch verstärkt transnational. Supermärkte und Discounter kämpfen gerade in den neuen EU-Ländern um riesige, bisher noch nicht erschlossene Absatzmärkte. Auch diese Entwicklung verläuft keineswegs „neutral“ und auch nicht nur marktgesteuert, sie wird von den nationalen Regierungen und von der EU massiv gefördert.

Dies hat zwei Funktionen: Erstens werden damit die oben erwähnten neuen Absatzmärkte für industriell erzeugte Waren geschaffen, zweitens führt die damit einhergehende Verdrängung bäuerlicher Landwirtschaft und lokaler Märkte zur massenhaften Freisetzung von Arbeitskräften (vgl. auch Kapitel 4.2.). Letztere Konsequenz ist zwar für die industrielle Produktion ob der Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften positiv, droht aber auch – selbst aus der Sicht der Befürworter_innen neoliberaler Politiken – aus dem Ruder zu laufen. Verwiesen sei hier auf den enormen Anstieg an Arbeitslosen in Rumänien oder Polen, der zu einem großen Teil auf die Zerstörung bäuerlicher Landwirtschaft durch die Expansion von Supermärkten zurückzuführen ist (Duntze 2008: 104).

Sarah Bormann nennt als Voraussetzungen für den Expansionskurs der Supermärkte und Discounter moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, sinkende Transportkosten, die Öffnung der Dienstleistungsmärkte für ausländische Investoren sowie die Stagnation der Binnenmärkte in den alten Industrieländern, die durch sinkende Reallohneinkommen hervorgerufen wurden (Bormann 2008: 6).

Der Anteil der Supermärkte in Mittel- und Osteuropa, vor allem in den Ländern der „Visegrád-Gruppe“ (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) vollzog sich mit unglaublich hoher Geschwindigkeit: Der Anteil der Supermärkte am gesamten Lebensmittelhandel stieg von rund 5 % Mitte der 1990er Jahre auf 40-50 % im Jahr 2003. In Ungarn führten in den späten 90er Jahren massive ausländische Direktinvestitionen zu einem schnellen Anwachsen der Bedeutung von Hypermärkten (vgl. Benyik 2008: 20). Benyik betont: „Seit 2000 hat der Einzelhandelsumsatz in Ungarn kontinuierlich zugenommen. Während der Gesamtumsatz 2000 noch 1,4 Milliarden Forint betrug, waren es 2005 schon 2,2 Milliarden. Mit Ausnahme der Hypermärkte und Ketten von kleinen Supermärkten – die jeweils einen Zuwachs von zehn Prozent am Gesamtmarkt erzielen konnten – haben alle anderen Marktteilnehmer in den vergangenen Jahren Anteile eingebüßt. Unabhängige kleine Läden haben mit einem Verlust von zwölf Prozent Marktanteilen dabei den größten Verlust hinnehmen müssen“ (ebd.). Dabei hätten Läden, die mit dem Auto erreicht werden können, gegenüber fußläufigen Geschäften ihren Marktanteil stark vergrößern können. Seit dem

Markteintritt von Lidl im Jahr 2004 habe sich der Wettbewerb noch weiter verschärft. Benyik berichtet, dass es bereits mehrere Demonstrationen von Bauern und Bäuerinnen wegen der Preisdrückerei von Lidl gab. Benyik berichtet außerdem von gewerkschaftlicher Repression bei Lidl in Ungarn (vgl. auch Hamann 2006).

Im nun folgenden Kapitel soll es speziell um die Arbeitsbedingungen von Angestellten in Supermärkten und Discountern gehen. Dafür wird in erster Linie auf Recherche-Ergebnisse aus der Lidl-Kampagne von ver.di zurückgegriffen.

9.5. Arbeitsbedingungen in den Supermarktfilialen – Lohnverhältnisse

Die Situation der Beschäftigten im Einzelhandel hat sich parallel zum Aufstieg der Supermärkte und Discounter in den letzten Jahren sukzessive verschlechtert. Zwar ist diese Tendenz nicht bei allen Betrieben auf gleiche Weise spürbar, der generelle Trend ist aber dennoch klar: Während die Arbeitsbelastung immer näher an die Grenze des körperlich Erträglichen geht, bleiben die Löhne immer weiter hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurück. Um Tariflöhne zu umgehen wird immer öfter auf Leiharbeit und Werkverträge zurückgegriffen. So konstatiert das ver.di Handels-Magazin: „Im Lebensmitteleinzelhandel ist die Teilzeitquote (Anteil der Teilzeitbeschäftigte an allen Beschäftigten) in den letzten Jahren kontinuierlich bis auf 61,2 % angestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Anfang 2010 veröffentlichte Teilbranchenanalyse des WABE-Instituts Berlin“ (ver.di Handel 2010: 1). Und weiter: „Somit sind in den vorherrschenden Vertriebsformen des Lebensmitteleinzelhandels mittlerweile fast drei von fünf Beschäftigten in Teilzeitbeschäftigung und davon wiederum fast die Hälfte in geringfügig entlohnter Beschäftigung“ (ebd.).

Im Gegensatz zur heutigen Situation arbeiteten Mitte der 80er Jahre nur rund ein Drittel der Beschäftigten im Einzelhandel als Teilzeitkräfte. Bormann et al. (2005) betonen: „Innerhalb von 20 Jahren hat sich der Einzelhandel damit zu einer Teilzeitbranche entwickelt. Zumindest für Frauen hat sich die Teilzeitarbeit im Einzelhandel zum neuen Normalarbeitsverhältnis entwickelt. Dagegen beträgt der Anteil von Männern an Teilzeitstellen auch weiterhin nur fünf Prozent“ (13). Die Autor_innen streichen zudem heraus, dass in den letzten Jahrzehnten von den Beschäftigten in Supermärkten und Discountern ein immer höherer Einsatz und immer höhere Leistungen gefordert werden. Leistungsverdichtung und enorme Stressbelastung sei die Regel. Auch unbezahlte Überstunden seien bei Discountern eher die Regel als die Ausnahme: „So ist bei Schlecker der tägliche Kassensturz am Ende des Arbeitstages, der zwischen 20 und 45 Minuten dauern kann, unbezahlte Mehrarbeit. Auch bei Aldi wird erwartet, dass die Beschäftigten 30 bis 45 Minuten täglich unbezahlt arbeiten, um morgens die Kasse vorzubereiten und abends abzurechnen“ (ebd.: 16). Des weiteren sei Akkordzwang weit verbreitet: „Kassierer_innen bei Lidl müssen mindestens 40 Produkte pro Minute über die Scannerkasse ziehen. Aldi-Süd-Mitarbeiter_innen sollen rund 90 Kund_innen pro Stunde bedienen“ (ebd.). Bormann et. al. (2005) streichen des weiteren hervor, dass der Überwachungsdruck oft groß sei: „Häufige Testkäufe, Durchsuchungen von Handtaschen und Spinden, Hausbesuche von Vorgesetzten nach einer Krankmeldung oder bei gewerkschaftlichem Engagement sind keine Seltenheit“ (ebd.).

Wie bereits nachgewiesen ist die Beschäftigung im Lebensmitteleinzelhandel nicht geschlechtsneutral. Bormann, Deckwirth und Teepe stellen klar, dass in diesem Arbeitsbereich zum

größten Teil Frauen beschäftigt sind: „2002 waren 70 Prozent aller Erwerbstätigen im Einzelhandel (in Deutschland, Anm. D.A.B.) weiblich, der Frauenanteil am Verkaufspersonal liegt mit über 80 % noch deutlich höher“ (ebd.: 11). Dieser hohe Anteil weiblicher Erwerbsarbeit sei kein Zufall, denn nach wie vor seien Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht gleichberechtigt: Frauen seien häufiger in Branchen beschäftigt, in denen die Verdienste vergleichsweise niedrig seien. Die Autorinnen gehen davon aus, dass der Einkommensunterschied im Einzelhandel mindestens genauso groß ist wie in durchschnittlichen Lohnarbeitsverhältnissen, wenn nicht sogar größer.⁶³ Dieser Umstand habe zumindest drei Gründe: Erstens, weil Frauen selbst in den gleichen Gehaltsgruppen geringere Löhne beziehen, zweitens, weil Männer im Einzelhandel in den oberen Gehaltsgruppen stärker vertreten sind und drittens, weil Frauen häufig mit Teilzeitstellen und Mini-Jobs abgespeist werden.

Seit dem Jahr 2012 tritt eine neue Form des Lohndumpings auf: Vermehrt wurde festgestellt, dass die Discounter einfache Tätigkeiten in ihren Lagern, wie das Packen von Paletten oder das Schlichten von Produkten in Regale, auf Subunternehmen übertragen. Die Handelsunternehmen, seien es Netto, Rewe, Kaufland oder andere zahlen pauschal pro fertig gepackter Palette, also pro „Werk“. Die Lagerarbeiter_innen, Kommissionier_innen oder Staplerfahrer_innen arbeiten für die Subunternehmen und nicht für die Einzelhändler – Supermärkte und Discounter müssen also nur die Werkpauschale zahlen und nicht etwa die wesentlich höheren Tariflöhne oder die Mindestlöhne für Leiharbeiter (vgl. ver.di publik 2012: 10). Während für Leiharbeit Mindestlöhne von 7,89 Euro im Westen Deutschlands und 7,01 Euro im Osten Deutschlands gelten, verdienen die Arbeiter_innen mit Werkverträgen lediglich 6,50 Euro bzw. 6 Euro. Die Subfirmen, die Werkvertragsarbeiter_innen vermitteln, hatten die Verbände „Instore“ und „Logistik Services e.V.“ gegründet und mit der umstrittenen „christlichen“ Mini-Gewerkschaft DHV einen Tariflohnvertrag von 6 Euro im Osten und 6,50 Euro im Westen ausgehandelt. Wie das Beispiel des Kollektivvertrags in Nordrhein-Westfalen zeigt, müssten fest Angestellte für dieselbe Arbeit sogar mit 12 Euro pro Stunde bezahlt werden (vgl. ebd.). Nach der Einschätzung von Arbeitsmarktexpert_innen hat die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für Leiharbeit, der seit 1.1.2012 gilt, bewirkt, dass Einzelhandelskonzerne vermehrt auf Werkverträge ausgewichen sind (vgl. Kwasniewski 2012). Schätzungsweise gab es in der BRD zu Beginn des Jahres 2012 350.000 Menschen, die in rund 120 entsprechenden Subfirmen beschäftigt waren (vgl. ver.di 2012: 10).

Lohndumping im Lebensmitteleinzelhandel ist ein Phänomen, das nicht nur auf konventionelle Supermärkte und Discounter zutrifft, sondern auch auf Bio-Supermärkte. So gibt Ulrich Dalibor,

63 Die Autor_innen stellen klar: „Während eine sozialversicherungspflichtige Frau in Westdeutschland 1977 durchschnittlich 66 % des Gehalts eines männlichen Kollegen verdiente, waren es 1997 im Durchschnitt 70 %“ (Bormann et al. 2005: 12) – ein äußerst magerer gesellschaftlicher Fortschritt.

Leiter der ver.di-Bundesfachgruppe Einzelhandel zu verstehen: „Die Branche steckt in einem unerbittlichen Konkurrenzkampf“ (ver.di publik 2012: 6). Janet Dumann, ver.di-Gewerkschaftssekretärin, gibt an: „In Berlin gibt es trotz aller Bemühungen von ver.di noch keine Bio-Supermarktkette, die einen Betriebsrat hat“ (ebd.). Ein Beispiel sei die Firma „Bio Company“, die hauptsächlich in Berlin und Hamburg aktiv ist. Ihre Beschäftigten würden unter Tarif bezahlt, sie erhalten weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld. Eine Angestellte, die anonym bleiben will, wird zitiert: „Wer hier arbeitet, kann sich die Produkte im Normalfall nicht leisten“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund der sukzessiven Verschlechterung der Situation von Arbeitnehmer_innen und angesichts der völlig unzureichenden Vertretung ihrer Interessen durch Gewerkschaften⁶⁴ kommt es auch zu Widerstand und öffentlich artikulierten Protesten. Zu einem Symbol von Protest und Widerstand im Einzelhandel wurde der „Fall Emmely“⁶⁵. Auch in Frankreich fanden spektakuläre Aktionen statt, um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in Discountern zu protestieren: „Um auf die schlechten Arbeitsbedingungen für seine Mitarbeiter_innen aufmerksam zu machen und gegen das geforderte 'höllische Arbeitstempo' zu protestieren, hat Jean-Marie Hubert die Lidl-Filiale in Laballe in der Bretagne bestreikt, die er seit 17 Jahren leitet. Hubert hat sich zwei Wochen krankschreiben lassen, um in dieser Zeit auf dem Parkplatz der Filiale zu protestieren. Er habe genug von den Vorgaben der Kette. Viele Mitarbeiter litten an Bandscheibenvorfällen und Rückenschmerzen, und die Firma lasse das nicht als Entschuldigung gelten. Der Filialleiter fordert, dass die Chefs den Stress für die Beschäftigten senken“ (ver.di Publik 2011: 8).

Die Strukturen, die hinter den schlechten Arbeitsbedingungen für Angestellte von Supermärkten und Discountern stecken, wurden im Schwarzbuch Lidl und im Schwarzbuch Lidl Europa ausführlich dargestellt (vgl. Kapitel 11.3.).

64 Von bundesweit 2.500 Filialen gab es bei Lidl im Jahr 2005 in nur acht Geschäften Betriebsrät_innen. Lidl umging bislang das Betriebsverfassungsgesetz gezielt mit immer neuen Gründungen von Subunternehmen und erteilte Gewerkschafter_innen Hausverbot. In den 1.500 Filialen von Aldi-Süd gab es bis 2005 keine_n einzige_n Betriebsrät_in (vgl. ausführlich Kapitel 9.5.).

65 Ende Jänner 2008 wurde der Mitarbeiterin eines "Kaisers"-Supermarktes in Berlin-Hohenschönhausen, Barbara E., genannt "Emmely", vorgeworfen, den lächerlichen Betrag von 1,30 Euro unterschlagen zu haben. Einige Wochen später erhielt sie deshalb die fristlose Kündigung - nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit. Während der Betriebsrat sich von Barbara E. distanzierte, erfuhr sie bei betriebsexternen Gewerkschafter_innen sowie im linksalternativen Milieu Unterstützung. Ein Komitee wurde gegründet, es folgten Kundgebungen vor Supermärkten, Diskussionen, Plakat- und Stickeraktionen. Außerdem strengte Emmely ein Verfahren gegen "Kaiser's" an. Im Juni 2010 gewann Emmely in dritter Instanz vor dem Bundesarbeitsgericht den Rechtsstreit gegen ihren Arbeitgeber und wurde wieder eingestellt (vgl. Nowak 2012; Komitee "Solidarität mit Emmely" 2011).

9.6. Auswirkungen der Preispolitik von Supermarktketten und Discountern auf die Primärproduktion

Der hohe Marktanteil der verbleibenden Supermarktketten bringt mit sich, dass sich die Marktkonzentration beim Wareneinkauf weiter verschärft und die Abhängigkeit der Erzeuger_innen vergrößert wird.

Den Lieferant_innen bleibt häufig nichts anderes übrig, als die Preis-, Qualitäts- und Liefervorgaben des Einzelhandels zu akzeptieren. Um zusätzliche Marktanteile zu gewinnen, werden Lieferant_innen und Produzent_innen von den Supermarktketten im Preis gedrückt und unfaire Konditionen in die Verträge diktieren. Diese Konditionen betreffen Listungsgebühren, verspätete Zahlungen, rückwirkend geltende Vertragsänderungen, bis hin zu der erzwungenen Rücknahme beschädigter oder verdorbener Ware (vgl. Supermarktinitiative 2008).⁶⁶ Als eine der Schlüsselursachen für diese Entwicklung stellen Plank und Staritz (2009) „the asymmetric market and power structures embodied within global production networks“ in Rechnung (6).

Transnationale Konzerne besetzen an gewissen neuralgischen Positionen der Wertschöpfungskette „oligopolistic market structures that allow the generation of high rents“ (ebd.).

Auch der Markt für Frühgemüse ist hart umkämpft. Das Preisdumping in diesem Bereich wirkt sich nicht nur auf die Produzent_innen aus, sondern – als letztes und oftmals schwächstes Glied in der Produktionskette – auf die Landarbeiter_innen. Die Supermarktketten besitzen die notwendige Marktmacht, um Preise zu diktieren und verschiedene Anbieter sowie Produktionsregionen gegeneinander ausspielen.⁶⁷ Leopoldo Frias von der Firma BSD Consulting, die in Almería Sozialverträglichkeitsprüfungen für landwirtschaftliche Betriebe durchführt (vgl. Kapitel 10), betont: „Alle Produktionskosten sind gestiegen; der einzige Produktionsfaktor, der nicht teurer geworden ist, ist die menschliche Arbeitskraft.“ Die Teuerungen im Bereich der Anschaffungskosten bringen Kleinbauern und -bäuerinnen in existenzielle Schwierigkeiten: so müssen in etwa die Setzlinge für die Hybrid-Tomaten teuer von Saatgutfirmen aus Holland bezogen werden. Spritz- und Düngemittel sind darauf abgestimmt und ebenfalls teuer. Dies trägt dazu bei, dass die Schulden der Landwirt_innen in der vermeintlich prosperierenden Region Almería weiter

66 Nicht nur Supermärkte bauen gegenüber Produzent_innen enormen Druck auf. International agierende Konzerne sind spätestens seit den 1970er Jahren erfolgreich am Werk, um die Agrar-Wertschöpfungskette so weit wie möglich in ihre Hand zu bekommen. Neben dem Einzelhandel sind dies Agro- und Chemiekonzerne (Monsanto, Du Pont, Syngenta, Bayer, Dow, BASF) sowie Konzerne der verarbeitenden Industrie und Händler (Cargill, ADM, Tyson, Louis Dreyfus, Bunge); des Weiteren die weiterverarbeitende Nahrungsmittelindustrie (Nestlé, Kraft Foods, Unilever, Pepsico, ADM). Somit ergibt sich eine starke Konzentration in allen Teilen der Wertschöpfungskette, die den Weltagarmarkt de facto zu einem oligopolistischen Markt gemacht hat.

67 Dieser Umstand wird auch durch eine von Oxfarm in Auftrag gegebene Studie nachgewiesen, die sich mit den Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen in Ecuador beschäftigt (Oxfarm 2011).

steigen (vgl. Buttinger 2011).

Von einem Kilo Tomaten, das in Supermärkten hierzulande bis zu fünf Euro kosten kann, bleiben den bäuerlichen Produzent_innen fünf bis 35 Cent. Auch Hermana Purification (genannt Puri), eine christliche Ordensschwester in San Isidro im „Camp de Nijar“ in der Provinz Almería, die karitative Hilfeleistungen für Migrant_innen organisiert (vgl. Kapitel 7.2.), ist der Auffassung, dass die schlechte Bezahlung der landwirtschaftlichen Arbeiter_innen in hohem Maße mit den geringen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte zusammenhängt.

Aber auch in anderen Regionen Europas, in denen industrieller Gemüse- und Obstbau betrieben wird, sind – in unterschiedlicher Ausprägung – Arbeitsbedingungen ähnlich denen in Almería festzustellen: Als Beispiele können das südfranzösische Departement Bouches du Rhône, die süditalienische Provinz Apulien oder das Marchfeld östlich von Wien gelten (vgl. Behr 2004; NoLager Bremen/EBF 2008).

In der Publikation „Ernährungssouveränität – für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa“ wird argumentiert: „Ein Bericht des Europäischen Parlaments weist darauf hin, dass die den Produzent_innen bezahlten Preise in sieben Jahren um 1,1% gefallen und die Preise für Konsument_innen um 11% gestiegen sind. In Frankreich fielen die Preise, die ein_e Produzent_in für Rindfleisch erhielt, um 15% und jene für Schweinefleisch um 30%, während sie in derselben Zeit für die Konsument_innen um 50% bzw. 20% stiegen. Es besteht folglich eine große Diskrepanz zwischen den Preisen, die den Produzent_innen gezahlt werden, und jenen, die die Konsument_innen zahlen (...). Die Profitspannen der Verarbeitungsindustrie sowie der Supermarktketten sind dementsprechend in die Höhe geschnellt. Das ist nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, dass zehn Supermarktketten 40% der Nahrungsmittelversorgung in Europa kontrollieren.“ (Choplin / Strickner / Trouvé 2011: 22).

Auch in der Broschüre „Endstation Ladentheke“ wird in Bezug auf die Marktsituation in Deutschland darauf hingewiesen, dass auf „der Abnehmerseite (...) der Einzelhandel mit Lebensmitteln von wenigen großen Unternehmen beherrscht (wird). Bereits heute teilen sich Edeka, Rewe, Lidl, Aldi und Metro 70 Prozent dieses Marktes untereinander auf; in den nächsten fünf Jahren könnten daraus 80 Prozent werden. Besonders die Discounter mit ihrem wachstumsstarken Vertriebskonzept übernehmen immer größere Anteile dieses Marktes. Bei ihrer Wachstumsstrategie spielt die Optimierung der Lieferkette eine wichtige Rolle. Die großen Lebensmitteleinzelhändler arbeiten immer enger mit den multinationalen Konzernen zusammen, die Obst im Süden anbauen lassen und liefern. Wertschöpfungspartnerschaften von zwei bis drei Lieferanten oder Dienstleistern je Produktkategorie werden die Zukunft bestimmen. Der Einkauf von frischem Obst und Gemüse wird zunehmend zentralisiert, Warenströme werden gezielt zusammengefasst“ (Wiggerthale 2008:

5).

Discounter betätigen sich zunehmend auch selbst im Einkauf und versuchen auf diese Weise, Lieferketten effizienter nach ihren Vorstellungen zu kontrollieren: „Lange versorgte sich Lidl in erster Linie über Großhändler. Jetzt soll der Direktimport von Obst und Gemüse ausgebaut werden. Lidl engagiert sich zunehmend im direkten Einkauf vor allem in Südeuropa. Dort werden Obst und Gemüse sowie Biofrüchte für Deutschland beschafft. (...). Um die gesamte Lieferkette in der Hand zu haben, ist Lidl auch als Importeur tätig“ (ebd.: 14).⁶⁸ Wiggerthale betont in diesem Zusammenhang, dass Lebensmitteleinzelhändler wie „Türsteher“ („gatekeeper“) agieren würden – an ihnen würde niemand vorbeikommen: „Sie haben also Einfluss darauf, unter welchen Bedingungen (...) Früchte produziert werden. Beim Wettkampf um Marktanteile und die Gunst der Kunden spielt der Preis eine zentrale Rolle. Der deutsche Markt ist bereits gesättigt. Marktanteile können nur noch durch die Verdrängung von Mitbewerbern gewonnen werden (ebd.: 7).

Wiggerthale berichtet von einer Reihe von unfairen Einkaufspraktiken, von denen Zulieferer im Lebensmittelhandel betroffen sind: „Die Konditionen, die ihnen von Lebensmitteleinzelhändlern in die Verträge diktiert werden, enthalten beispielsweise einen Zuschuss für die Neueröffnung eines Geschäftes, einen prozentualen Anteil des Gesamtumsatzes für Werbemaßnahmen oder für mildtätige Spenden, einen Jubiläumsbonus, einen Hochzeitsbonus oder einen Zuschuss für die Listung eines Zulieferers. Fehlerhafte Planungen oder falsch eingeschätzte Absatz-Volumina seitens der Einkäufer können dazu führen, dass die Zulieferer – z.B. unter dem Vorwand der mangelhaften Qualität ihrer Ware – gezwungen sind, die Restbestände zurückzunehmen“ (Wiggerthale 2008: 40). Als besonders perfide beschreibt die Autorin die zahlreichen Änderungen der Einkaufskonditionen, die rückwirkend gelten. Dies könnte beispielsweise bedeuten, „dass Zulieferer nach Ablauf des Geschäftsjahres bzw. des Vertrages fünf- bis sechsstellige Geldbeträge an den Einzelhändler überweisen müssen“ (Wiggerthale 2008: 40). Diese Tendenz hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern: Unfaire Einkaufspraktiken erhöhen nicht nur den Druck auf die Zulieferer, die zusätzlichen Kosten entlang der Lieferkette weiterzugeben, sie treiben auch die Konzentration auf der Produzent_innenseite voran. Wenn der Preis- und Kostendruck von den Zulieferern weitergegeben wird, werden insbesondere kleinere Produzent_innen aus dem Markt gedrängt (vgl. ebd.: 40).

So verwundert es nicht, dass es immer wieder zu Protestaktionen gegen Supermarktketten und Discounter kommt: Im Frühjahr 2005 griffen beispielsweise Milchbauern- und bauerinnen aus der

68 Als Drehscheibe für Lidl's Obst- und Gemüsegeschäft fungiert seit Jahren die Absatzzentrale Krefeld. Dort wird das gesamte Lidl-Obst und -Gemüse für Deutschland umgeschlagen, teilweise verpackt und kommissioniert (ebd.: 19).

Eifel zu Protestmaßnahmen und verschütteten bei einer Aktion unter dem Motto „Besser zurück auf die Wiese als an Lidl verschenken“ mehrere tausend Liter Milch aus. Die Bauern und Bäuerinnen zogen ebenfalls vor die Auslieferungslager der Discounter. Ausgelöst wurden die Proteste durch den Umstand, dass Aldi bei Preisverhandlungen des Lebensmitteleinzelhandels mit der Molkereiindustrie durchgesetzt hatte, dass der Einkaufspreis von Milch um einen Cent pro Liter gesenkt würde. Solch marginal erscheinende Verschlechterungen können für viele Milchbetriebe existenzgefährdend sein, zumal die Preise für Milch zwischen 2001 und 2005 ohnehin um 15 % gesunken waren (vgl. Bormann et. al. 2005: 21). Mit durchschnittlich 27,7 Cent pro Liter Milch im Jahr 2005 lag der Einkaufspreis laut Angaben des Deutschen Bauernverbands somit signifikant unter den durchschnittlichen Erzeugungskosten von 32 Cent pro Liter (vgl. ebd.). Discounter bedienen sich sogar der Strategie, durch das Angebot von H-Milch unter dem Einkaufspreis kurzfristig Marktanteile dazuzugewinnen, auch wenn dabei unmittelbar Verluste entstehen. Die Dimensionen der erzielten Umsätze und der Druck, den die Discounter ausüben können, werden durch den Umstand deutlich, dass Aldi und Lidl zusammen rund die Hälfte der in Deutschland produzierten Milch verkaufen. An den H-Milchverkäufen hält Aldi gar einen Marktanteil von 70 Prozent.

10. Die widersprüchliche Implementierung der GRASP-Richtlinien in Almería

Aufgrund der wachsenden Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen am Verhalten von transnationalen Unternehmen begannen Konzerne und Branchenverbände in den 80er Jahren mit der Einführung von eigenen Verhaltenskodices. So entstanden selbstregulative Ansätze oder sogenannte „Business Codes of Conduct“ als neue Form der Regulierung von arbeitsrechtlichen Normen. Mit dem Schlagwort CSR (Corporate Social Responsibility) entstand ein neues Geschäftsfeld der Selbstvermarktung von Unternehmen.

Generell kann mit Ungericht gesagt werden, dass der europäische CSR-Diskurs als eine politische Arena der Verantwortungszuschreibung und Verantwortungsabwehr und somit als umkämpftes Feld betrachtet werden muss (Ungericht 2010: 58). Ungericht folgend, kann „der CSR-Diskurs als politische Arena ungleicher Akteure“ (ebd.) betrachtet werden. Die Auseinandersetzung ist Spiegel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der beteiligten Akteursgruppen. Ungleiche Verhandlungsmacht und ungleich verteilte Ressourcen und Spielräume werden jedoch oft verschleiert. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, Macht-Asymmetrien zwischen den verschiedenen Akteuren im Lebensmitteleinzelhandel offenzulegen, zu kritisieren und Alternativen vorzuschlagen.

Die Positionierung der EU-Kommission und des europäischen Parlaments zu CSR ist für die Verlaufsform des aktuellen Diskurses rund um Unternehmensverantwortung paradigmatisch. Im Juli 2001 hatte die Europäische Kommission das Grünbuch 'Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung von Unternehmen' veröffentlicht. Damit wurde das Ziel verfolgt, gesamteuropäische Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Standards, zur Förderung der sozialen Verantwortung der Unternehmen auf europäischer und internationaler Ebene sowie zur Steigerung der Wirksamkeit, Zuverlässigkeit und Transparenz von betrieblichen CSR-Maßnahmen zu schaffen (vgl. ebd.).

Im Grünbuch gibt die Kommission an, „bereits bestehende und internationale Normen, wie z.B. jene der ILO, zur Grundlage unternehmerischen Verhaltens“ zu machen. Außerdem wird betont, dass die „Einhaltung gründlicher überwacht“ werden solle. Um Glaubwürdigkeit zu gewährleisten, komme „man an einer laufenden Überprüfung nicht vorbei. Diese Überprüfung sollte nach klar formulierten Normen und Regeln erfolgen“. Darüber hinaus sollten Stakeholder „wie Behörden, Gewerkschaften und NGOs in die Überwachung miteinbezogen werden.“ In den darauf folgenden Papieren (2002, 2006) ist jedoch ein argumentativer Wandel zu verzeichnen: Immer mehr wird das Prinzip der Freiwilligkeit hervorgehoben, ausserdem wird betont, dass „nur wettbewerbsfähige und rentable Unternehmen (...) langfristig zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. (...) Eine (...)

wichtige Aufgabe ist es, die Unternehmen darin zu unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.“ Ungericht präzisiert: „Während im Grünbuch CSR noch über gesellschaftliche Problemfelder wie Ökologie, Menschenrechte und Arbeitnehmer_innenschutz in internationalen Wertschöpfungsketten definiert war, wird nun die 'Wachstums- und Beschäftigungsstrategie' in den Mittelpunkt gerückt. 'Nachhaltigkeit' wird zum 'nachhaltigen Wachstum': Ziel ist ein „nachhaltiges Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze (...) angesichts des globalen Wettbewerbs.“ CSR wird nun als Beitrag zu einem „nachhaltigen Wachstum“ und zur Steigerung von „Europas Innovationspotential und Wettbewerbsfähigkeit“ (ebd.: 65 ff). Die jeweils aktuelle Auslegung der Definition von Corporate Social Responsibility kann also nicht losgelöst betrachtet werden von der ökonomischen und politischen Orientierung der hegemonialen Akteur_innen. Wenn Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in den wichtigen politischen Institutionen groß geschrieben wird, bleibt CSR ein bloßes Vehikel dieser Orientierung und wird sich in seiner grundsätzlichen Auslegung nicht wesentlich davon unterscheiden, wie „Wirtschaft“ im hegemonialen Verständnis zu funktionieren hat. Gleichzeitig eröffnet CSR ein Feld der Auseinandersetzung, in das soziale Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften eingreifen können. Ihnen kann es gelingen, die hegemoniale Auslegung von CSR, wie sie beispielsweise die Europäische Kommission und das europäische Parlament repräsentiert, immer wieder in Frage zu stellen und den CSR-Diskurs über seine eigenen Widersprüche hinauszutreiben.

CSR im Lebensmitteleinzelhandel und in der landwirtschaftlichen Produktion

Öffentlicher Druck und Kampagnen gegen Supermarktketten führten dazu, dass auch im Lebensmitteleinzelhandel Soziallabels eingeführt und, parallel dazu, massiv in PR-Kampagnen investiert wurde. Dabei ist im letzten Jahrzehnt das „Geschäftsfeld Ethik“ entstanden: Konzerne entwickelten Audit-Systeme, beauftragen sozial-ökologische Rating-Agenturen, entsprechende Gesamtbewertungen ihres Unternehmens vorzunehmen und lassen sich in Bezug auf PR kostenintensiv beraten (INKOTA 2009). Silke Schwartau von der Verbraucherzentrale Hamburg⁶⁹ gibt zu bedenken: „Dass es CSR-Standards gibt, das ist tatsächlich relativ neu – vor 10 Jahren gab's

69 Die Verbraucherzentralen in Deutschland wurden 1957 auf Initiative der SPD gegründet. Gefördert wird die Verbraucherzentrale Hamburg vom Ernährungsministerium und der Stadt Hamburg. Es gibt rund 50 Mitarbeiter_innen, viele haben jedoch Teilzeitstellen oder arbeiten freiberuflich. Nach den Angaben von Silke Schwartau stand in den 70er Jahren die Umweltpolitik im Zentrum, in den 80er Jahren waren dann neue und strengere Grenzwerte für Schwermetalle, Nitrate usw. im Fokus. Zu dieser Zeit war laut Schwartau auch die Gefahr der Radioaktivität ein großes Thema; danach bearbeiteten die verschiedenen Verbraucherzentralen die periodisch auftretenden Lebensmittelskandale: Glukol im Wein, Futtermittelskandale, den Dioxin-Skandal oder BSE. Das Thema des Etikettenschwindels sei ebenfalls stets ein Dauerbrenner gewesen: Oft solle mittels der Gestaltung der Etiketten eine „heile landwirtschaftliche Welt“ suggeriert werden, die einfach nicht der Realität entspricht. Das letzte Jahrzehnt habe laut Schwartau dann gezeigt, dass Firmen sich vermehrt mit Soziallabels schmücken – daraus sei für die Verbraucherzentrale Hamburg ein neues Arbeitsfeld entstanden. In häufigen Abständen gäbe es neue Soziallabels, die oft nicht das einlösen, was sie suggerieren.

das noch nicht. Das hat sicherlich auch mit den Diskursen über den Klimawandel zu tun, sowie mit den Debatten um soziale Bedingungen bei der Produktion.“ Die Existenz von Soziallabels sei also erst vor dem Hintergrund von Recherchen zu Missständen bei Unternehmen zu erklären. Silke Schwartau betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit von Kooperationen und Allianzenbildungen mit NGOs, um bestimmte Missstände zu kritisieren: „Viele Dinge können wir auch erst durch die Hilfe und Mitarbeit der NGOs aufdecken – wir allein hätten dazu gar nicht die Möglichkeit.“

Schwartau berichtet des weiteren von ihrer Arbeit der Analyse und Kritik an neu geschaffenen Soziallabels: „Die Konzerne schaffen sich mit BSCI, global GAP, oder was es auch sei, ein eigenes Label, schütten uns in der Verbraucherzentrale mit Material zu. Im Moment schau ich mir das alles durch, weil ich mir denke, es ist wichtig; denn wir haben nur diese eine Erde; aber wir wollen es nicht zulassen, dass die Firmen auch in Zukunft einen quasi rechtsfreien Raum für ihr Marketing verwenden, bei dem nichts Konkretes sondern nur heiße Luft dahinter ist.“ Es sei also wichtig, sich mit den neuen Strategien der Unternehmen zu beschäftigen, um Gegenstrategien entwickeln zu können: „Aber man muss das ja alles erst kennenlernen, um mehr Hintergrund zu haben: Wie drücken sie das aus, usw. Die Strategie, dass die Firmen all ihre Werbeinformationen schon an die Verbraucherzentrale schicken hat ja den Hintergrund, dass sie sich da schonmal absichern wollen. Man muss aber erst prüfen, ob neutrale Institutionen involviert sind, wie das ganze geprüft wird usw. usf.“ Silke Schwartau ist der Auffassung, dass Verbraucherschutz und NGOs erst Kriterien finden müssen, um CSR-Methoden der Unternehmen ernsthaft bewerten zu können.⁷⁰ Zur konkreten Strategiefindung beim Aufdecken von Werbetricks meint Schwartau: „Die Berichte der Supermärkte sind oft sehr oberflächlich und es fehlt oft an Detailgenauigkeit. Da fühlen wir uns natürlich als Verbraucherzentrale auch in der Pflicht, das den Verbraucher_innen aufzuzeigen, damit sie da nicht drauf reinfallen und das „greenwashing“ nicht einfach so hinnehmen. Das ist allerdings sehr viel Arbeitsaufwand für uns. Denn einfache Irreführung – z.B. es wird mit Bananengeschmack geworben, und es sind keine Bananen drin – ist relativ einfach nachzuweisen; falsche CSR-Kriterien sind viel schwieriger nachzuweisen: da müsste man schon sagen, man fährt an den Ort der

70 Unter welchen Bedingungen CSR einen realen Fortschritt bringen kann, schildert unter anderen Hebauf (2010). Zentral sei, die Betriebsrat_innen der jeweiligen Betriebe in den Prozess der Zertifizierung einzubinden. Das ist beispielsweise bei Bosch der Fall: Bei dem weltweit agierenden Konzern initiierten zwei Mitarbeiter des Gesamt-, Konzern-, und Eurobetriebsrats im Jahr 2007 einen CSR-Arbeitskreis auf Gesamtbetriebsratsebene. Ziel war, auf diese Art zu verhindern, „dass Bosch womöglich an illegalen Zuständen in Billiglohnländern verdient“ (Hebauf 2010: 41). Des weiteren wollten sie „Beschäftigte in diesen Ländern bei der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen (...) unterstützen“ (ebd.). Die beiden Gewerkschafter beschäftigten sich mit Zulieferer-Rahmenverträgen, Audit-Fragebögen und ihren Mängeln. Ihre Einschätzung: „Von außen können wir es nicht schaffen, dass die Sozialstandards weltweit auch umgesetzt und eingehalten werden. Das gelingt nur, wenn sich vor Ort Arbeitnehmervertretungen und Beschäftigte darum kümmern und ein Informationsaustausch über die Standards und den Stand der Umsetzung stattfindet“ (ebd.: 42).

Produktion – man müsste vor Ort wirklich gucken und auch Kontakte zu Umweltschutzgruppen oder Gewerkschaften in den entsprechenden Ländern haben. Man muss sich vernetzen, die Sprachbarrieren überwinden usw. Anders geht es nicht.“ Dies zeigt die Notwendigkeit, sich auch transnational zu vernetzen und Allianzen mit NGOs, Gewerkschaften und Umweltschutzverbänden ins Leben zu rufen. „Im Lebensmittelbereich brauchen wir also auch eine Zusammenarbeit mit den NGOs, ähnlich wie das auch im Textilbereich bei Lidl funktioniert hat (vgl. Kapitel 11.6.b.; Anm. D.A.B.). Wenn wir von so etwas wie den Zuständen in Almería wissen und wenn wir entsprechende Materialien dazu haben, dann können auch wir das weiter veröffentlichen.“ Solcherlei Kampagnen hätte es in anderen Bereichen schon gegeben: „Wir haben z.B. gezielt über das Pangasius-Filet, das in Vietnam hergestellt wird, informiert, in Kooperation mit dem NDR. Das Team war also mit dem NDR vor Ort und hat sich die – wohl schlechten – Produktions- und Arbeitsbedingungen angeguckt. Danach ist auch ein Dokumentarfilm fürs Fernsehen entstanden mit dem Titel „die Pangasius-Lüge; das große Geschäft mit dem Billigfisch“. Zu den Bedingungen für eine transnationale Ausrichtung in der Arbeit des Verbraucherschutzes meint Schwartau: „Wichtig ist, dass die Informationen z.B. bezüglich der landwirtschaftlichen Produkte gut vor-recherchiert sind. Von der Publikation her hätten wir nicht so große Schwierigkeiten – die Sensibilität der Konsument_innen ist nämlich da! Und wir haben gute Kontakte zur Presse.“

Die Umsetzung des GRASP-Labels bei landwirtschaftlichen Betrieben in Almería

Im Folgenden wird die konkrete Umsetzung des Labels „GRASP – global G.A.P.“ in Almería untersucht (vgl. auch Kapitel 11.6.a.).

GRASP ist ein Modul des Labels „global G.A.P.“, das im Speziellen die sozialen Bedingungen in der landwirtschaftlichen Produktion reglementiert. „Global G.A.P.“ (ehemals „Eurep G.A.P.“) ist eine privatwirtschaftliche Organisation, die weltweit freiwillige Standards zur Zertifizierung von landwirtschaftlichen Produkten setzt. „Eurep G.A.P.“ wurde 1997 auf Initiative von britischen Einzelhandelsunternehmen und Supermärkten aus Kontinentaleuropa, die der Euro-Retailer Produce Working Group (Eurep) angehörten, gegründet. „Eurep“ begann mit der Entwicklung von harmonisierten Standards und Verfahren für gute Agrarpraxis (Good Agricultural Practice - GAP) in der konventionellen Landwirtschaft. 2007 wurde „Eurep G.A.P.“ in „global G.A.P.“ umbenannt. Das GRASP-Modul (GRASP=global G.A.P. Risk Assessment on Social Practices) wurde von „global G.A.P.“ gemeinsam mit der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit), sowie den Einzelhandelsunternehmen Coop, Edeka, Lidl, der Metro AG und Migros veröffentlicht. GRASP sieht vor, dass anhand eines 14-Punkte-Katalogs die arbeitsrechtliche und soziale Situation von Arbeiter_innen abgefragt wird. Kontrollpunkte, die im Rahmen von GRASP erfüllt werden müssen,

sind u. a. die Unterzeichnung einer Deklaration zur Einhaltung der Menschenrechte und guten Sozialpraxis sowie die Verpflichtung, die Arbeitnehmer_innen darüber zu informieren; des weiteren muss eine Interessenvertretung der Arbeiter_innen existieren, außerdem ein betriebsinternes Beschwerdesystem und ein Zeiterfassungssystem, das Arbeitsdauer und Überstunden dokumentiert. Es müssen Aufzeichnung über die regelmäßige Zahlung von Gehältern geführt werden, weiters muss der Zugang zur Schulausbildung für alle Kinder, die auf den respektiven landwirtschaftlichen Betrieben leben, gesichert sein.

Die freiwilligen Maßnahmen des GRASP-Moduls können gemeinsam mit dem global G.A.P.-Audit durchgeführt werden; insofern ist GRASP eine Erweiterung von global G.A.P. um soziale Standards. Zusätzlich wurden von lokalen Multi-Stakeholder-Gruppen acht, an nationale Gesetze angepasste GRASP-Module entwickelt. Die Überprüfung der Anforderungen nach GRASP wird von Gutachter_innen durchgeführt, die für die Zertifizierung nach global G.A.P. ausgebildet wurden. Die zertifizierten Betriebe werden jährlich überprüft (vgl. www.globalgap.org).

Global G.A.P. wird mittlerweile äußerst breit angewendet und scheint sich in vielen Ländern und Sparten landwirtschaftlicher Produktion durchgesetzt zu haben. So schreiben Peter Dannenberg und Gilbert Nduru in Bezug auf die Entwicklungen in der kenianischen Landwirtschaft: „Standards, wie der private und prozessorientierte global G.A.P. (...), gelten inzwischen für alle Zulieferer europäischer Supermärkte als verpflichtend. Produzent_innen, die diese Standards nicht erfüllen, werden aus dem europäischen Markt weitestgehend ausgeschlossen“ (Dannenberg / Nduru 2004: 59). Gerade global G.A.P. gewinnt gegenwärtig weltweit und in verschiedenen Wertschöpfungsketten an Bedeutung. So sei die Zahl der nach global G.A.P. zertifizierten Landwirtschaftsbetriebe von weniger als 10.000 Betrieben in 18 Ländern im Jahr 2003 auf mittlerweile fast 100.000 Betriebe in 88 Ländern im Jahr 2009 gestiegen. Zudem hat sich der Standard von einem Gartenbaustandard zu einem breiteren Landwirtschafts- und Lebensmittelstandard entwickelt, der mittlerweile auch Bereiche der Fleisch- und Fischproduktion abdeckt (vgl. Dannenberg 2010: 2).

Dannenberg und Nduru untersuchen in ihrer Studie die Obst- und Gemüseproduktion in Kenia bzw. den Handel mit kenianischem Obst und Gemüse nach Europa. Im Vergleich mit den Exportwaren aus Kenia scheint der Druck auf Produzent_innen innerhalb von Europa, ihre Produktion nach GRASP zertifizieren zu lassen, nicht so hoch zu sein: zumindest in Almería ist GRASP erst in der Implementierungsphase.

Das Standardinstrument zur Überprüfung von Sozialstandards ist das Sozialaudit, bei dem ein_e dafür qualifizierte_r Auditor_in in den Produktionsstätten Dokumente einsieht, Besichtigungen vornimmt und die Akteur_innen in Interviews befragt, ob die bestehenden Standards erfüllt werden.

Für die Region Almería ist das Unternehmen BSD Consulting mit der Implementierung von GRASP befasst. Hier handelt es sich also um „Third Party Auditing“: geprüft wird von einer externen Organisation, die dafür qualifiziert ist und gegebenenfalls nach bestimmten Standards akkreditiert wurde. Der Zertifizierungsprozess ist für Produzent_innen und Zulieferer mit Kosten verbunden – u.a. für eine entsprechende Prüfung.

Der GRASP-Prozess in Almería und die Rolle von BSD-Consulting

Am 15. März 2011 organisierte BSD Consulting in Almería einen runden Tisch mit verschiedenen Stakeholdern, dessen Ergebnisse in einem Papier mit dem Titel „Dokumentation und Resultate des runden Tisches zum Pilotprojekt 'Hilfe zur Implementierung von GRASP in der Region von Almería“ zusammengefasst wurden (Ursprungsdokument auf Spanisch). An diesem runden Tisch nahmen Vertreter der Supermarktketten Coop, Migros und Rewe teil, des weiteren die lokalen Vermarktungsunternehmen Mercomotril y Murgiverde, sowie ein Vertreter von global G.A.P. Die Vertreter der drei genannten Supermarktketten gaben an, dass sie das Ziel verfolgen würden, vor dem Ende des Jahres 2012 alle ihre Zulieferbetriebe aus der Region Almería nach den Kriterien von GRASP zu zertifizieren. Die Schweizer Supermarktketten Migros und Coop hatten eine Studie über die Implementierung von GRASP in der Region von Almería in Auftrag gegeben. Dennoch sind die Bedingungen der Implementierung von GRASP umkämpft. Aus dem Protokoll des Treffens geht hervor, dass der Vertreter von Murgiverde darauf hinwies, dass die Implementierung von GRASP für ein Vermarktungsunternehmen, das von einer größeren Anzahl an Betrieben Gemüse bezieht, mit sehr hohen Kosten verbunden sei – so sei es in seinem Unternehmen zu einer sprunghaften Steigerung an gesammelten Daten und somit zu einem gesteigerten Arbeitsaufwand gekommen. Vor diesem Hintergrund ringen die Vertreter von Vermarktungsunternehmen darum, dass nur einige Betriebe in der Region gewissermaßen „exemplarisch“ auf die Kriterien von GRASP geprüft werden sollten. Des weiteren wurde von den Vermarktungsunternehmen der Wunsch an die Supermarktketten herangetragen, dass es für Produzent_innen für die Implementierung von GRASP mehr Anreize geben solle, z.B. über höhere Produktpreise. Laut dem Protokoll der Sitzung erwarten sich die Vermarktungsunternehmen von der Implementierung von GRASP folgende drei Verbesserungen: Erstens ein besseres Image für ihre Produkte innerhalb der EU, zweitens höhere Produktivität und drittens die Steigerung von Verkäufen für die Vermarktungsunternehmen. Bei der Frage, welche Hinderungsgründe es für eine Implementierung von GRASP gäbe, wurden u.a. die hohen Kosten sowie die schlechte Gesprächsbasis zu den Gewerkschaften genannt. Die strukturellen Probleme und Interessengegensätze zeigten sich u.a. darin, dass von Seiten der Vermarktungsunternehmen gefordert wurde, dass Betriebe 48 Stunden vor einer GRASP-

Betriebskontrolle informiert werden. Begründet wurde dies damit, dass auf diese Weise Zeit sei, die notwendigen Dokumente vorzubereiten. Des weiteren wurde gefordert, dass davon abgesehen wird, die Betriebsprüfungen in den Abpackhallen (centros de manipulado) durchzuführen. Dies scheint aber eine unrealistische Forderung von Unternehmensseite zu sein, da GRASP auf global G.A.P. beruht – in letzterem ist festgeschrieben, dass Kontrollen unangekündigt durchgeführt werden müssen. Der Umstand, dass diese Forderung diskutiert werden muss, zeigt aber die vorliegenden Antagonismen.

Im Interview mit Leopoldo Frias von BSD Consulting vom Mai 2011 gibt dieser an, dass er bereits seit 7 oder 8 Jahren Audits für Qualitätskontrollen sowie Betriebsprüfungen organisiere. Frias gibt im Interview zu bedenken, dass in den 14 Punkten der GRASP-Richtlinien nicht explizit vom Recht auf gewerkschaftliche Organisation gesprochen werde, sondern vom Recht auf Versammlungsfreiheit. Eine wichtige Aufgabe würde nun darin bestehen, konkret zu definieren, was das für die Praxis von GRASP bedeuten würde. Die spanische Gesetzeslage sei in Bezug auf das Recht auf gewerkschaftliche Organisation sogar um eine Spur besser als das Regelwerk von GRASP. Das größte Problem bestehe außerdem nach wie vor in der Frage der Kontrolle der Umsetzung. Eine Studie von global G.A.P., die gemeinsam mit der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) erstellt werde, versuche nun, das Regelwerk von GRASP auf die konkreten Arbeitsbedingungen in Almería anzuwenden.⁷¹ In diese Initiative seien die Gewerkschaften SOC und CC.OO eingebunden; gemeinsam mit ihnen wurden Vernehmlassungsprozesse bzw. runde Tische organisiert.

Was die Supermarktketten betrifft, so gäbe es vor allem von Seiten von Coop und Migros aus der Schweiz großes Interesse, den Sozialstandard GRASP weiterzuentwickeln und praktikabel zu gestalten. Beide Unternehmen hätten dahingehend stark die Initiative ergriffen. Dennoch sei der Marktanteil von GRASP-zertifizierten Produkten momentan sehr klein. Von Seiten von Migros und Coop gibt es den Anspruch, dass innerhalb von 3 Jahren alle ihre Zulieferer GRASP-zertifiziert sind. Dennoch stellt sich leider momentan die Tendenz ein, dass sich Betriebe von Migros und Coop abwenden, damit sie den Zertifizierungsprozess nicht durchmachen müssen. Das Problem besteht laut Frias darin, dass ein sehr kleiner Teil aller verkauften Gemüsewaren aus Almería in die Schweiz exportiert würde. Viele Unternehmen spekulieren nun damit, an andere Supermarktketten zu liefern, die keine GRASP-Zertifizierung verlangen.

71 Im GRASP-Regelwerk gibt es beispielsweise eine Regelung, die gewährleisten soll, dass die Kinder des respektiven landwirtschaftlichen Betriebs zur Schule gehen können. Diese Regelung bezieht sich auf die Länder des globalen Südens. In Almería würde diese Regelung hingegen bedeuten, dass das Kind einer Migrantin oder eines Migranten, das in einer abgelegenen Chabola wohnt, die Möglichkeit haben muss, zur Schule zu gehen, auch wenn kein Schulbus an seinem Wohnort hält. Für die Gewährleistung des regelmäßigen Schulbesuchs wäre dann das Unternehmen, bei dem der/die Migrant_in beschäftigt ist, verantwortlich.

GRASP als Modul von global G.A.P wurde bereits in einer Reihe von Ländern angewandt, so in Spanien, Kolumbien, Österreich und Vietnam. GRASP sei zwar eine Initiative, so Frias, die von Supermärkten gepusht worden ist, sie könne aber auch dazu dienen, Widerständigkeiten zu stärken, wie z.B. im Fall des Unternehmens Bio-Sol (vgl. Kapitel 11.6.a.). Dort wäre GRASP zum ersten Mal in Almería auf seine praktische Anwendbarkeit hin geprüft worden. GRASP könnte laut Frias ein Instrument sein, womit Supermärkte auf die Produzent_innen im Fall von Verstößen Druck aufbauen und, wie im Fall des Unternehmens Bio-Sol, damit drohen kann, die Geschäftsbeziehungen einzustellen.

Auf die Frage, ob es sich bei CSR-Strategien der Supermärkte nicht nur um Imagepflege handeln würde, antwortete Frias, dass eine Zertifizierung nach GRASP in jedem Fall besser sei als der aktuelle Status Quo. Frias betont, dass es kein Zufall sei, dass gerade Coop und Migros versuchen, diese Maßnahmen umzusetzen. Beide Unternehmen vermarkten in einem Land von nur 7 Millionen Konsument_innen, das noch dazu relativ reich ist – eine Sozialzertifizierung sei unter diesen Voraussetzungen viel eher wahrscheinlich als z.B. in Portugal oder in Griechenland. Frias arbeitet seit dem Jahr 2003 mit Coop im Bereich der Sensibilisierung von Produzent_innen. Dabei seien auch schon Erfolge erzielt worden; diese sind aber nicht zuletzt auf wirkungsvolle Kampagnen (gerade in der Schweiz!) zurückzuführen.

Leopoldo Frias gibt an, dass auch Lidl mal im Boot war, dann aber wieder ausgestiegen ist. Aktuell würde sich die Rewe-Gruppe in Deutschland und in Österreich für den Prozess interessieren. Die verbindlichsten Partner seien jedoch die Schweizer Ketten Migros und Coop.

Frias betonte, dass allen Stakeholdern weithin bekannt sei, dass der landwirtschaftliche Sektor in Almería auf der Ausbeutung von Billigarbeitskräften basiert. Die meisten Akteur_innen würden vor dieser Situation allerdings die Augen verschließen. Während sämtliche Produktionskosten gestiegen sind, sei der einzige Produktionsfaktor, der nicht teurer wurde, die menschliche Arbeitskraft.

Frias ist der Auffassung, dass die Konsument_innen von Gemüse aus Almería auch zu den Nutznießern dieser Entwicklung zählen würden. Das unterste Glied in der Kette seien die migrantischen Arbeiter_innen, während die kleinen Betriebe ebenfalls Opfer dieses Systems seien. Die Verantwortung liege auf Seiten der Supermarktketten und Zwischenhändler. Die Dynamik der Konkurrenz führt aber laut Frias dazu, dass eine Supermarktkette allein nicht einfach 10 Cent mehr für ein Kilogramm Tomaten zahlen kann, weil sie dann im Wettkampf mit den anderen Supermarktketten im Nachteil wäre. Alles in allem sei ein massiver Reallohnverlust in der Landwirtschaft festzustellen. Dem allgemeinen Trend folgend, seien Lebenserhaltungskosten wie auch Produktionskosten in Spanien gestiegen, die Löhne hingegen weiter gesunken. Der Kollektivvertrag für landwirtschaftliche Arbeiter_innen sei seit 2006 nicht wesentlich angehoben

worden. Doch selbst bei besseren Gewinnen würden die Betriebe laut Frias diese nicht an die Arbeiter_innen weitergeben.

Durch die Krise und den dadurch ausgelösten Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde die Situation noch verschärft. Seit 2008 sei der durchschnittlich real bezahlte Lohn auf bis zu 20 oder 25 Euro pro Tag gefallen. Dazu kommt, so Frias, dass Supermärkte von der Krise profitieren, weil sie den Preisdruck auf die Produzent_innen erhöhen und billiger verkaufen können. Krisenbedingt würden europäische Konsument_innen öfter zu Hause und weniger auswärts essen gehen und in Konsequenz auch in erhöhtem Maß Supermärkte und Discounter frequentieren.

Obwohl Konsument_innen durch billige Preise für Lebensmittel zu den Nutznießern der aktuellen Situation zählen, würden die Supermärkte dennoch ungerechtfertigt hohe Gewinnmargen einbehalten. Paprika Trikolore würden im Supermarkt in der Regel 2 bis 3 Euro kosten; ein Kg Tomaten um die 5 Euro – dies sei im Vergleich zu den Produktpreisen für die Produzent_innen ganz und gar nicht billig. Das Problem bestehe also darin, dass das Geld auf der Strecke zum Supermarktregal liegen bleibt. Frias gibt des weiteren an, dass viel Ware auf dem Weg verderben würde – ein Umstand, den die Supermärkte einkalkulieren und die verlorene Ware auf den Preis aufschlagen.

Die großen Profiteure seien laut Frias also letztlich die Supermarktketten, Zwischenhändler sowie die internationalen Saatgutfirmen, die an die Betriebe Saison für Saison ihr Saatgut oder ihre Kleinpflanzen verkaufen.

11. Gegenhegemoniale Strategien auf dem Prüfstand

Auf der Grundlage der Recherchen, die in der vorliegenden Arbeit präsentiert wurden, sollen im Folgenden eine Reihe von gegenhegemonialen Strategien diskutiert werden, die dazu beitragen könnten, die soziale Ausbeutung und ökologische Devastierung im landwirtschaftlichen Sektor Almerías zu beenden und die Logik der Supermärkte und Discounter praktisch in Frage zu stellen. Das vorliegende Kapitel umschließt des weiteren eine Kritik an der Orientierung der großen Gewerkschaftsverbände, eine Vorstellung der gewerkschaftlichen Praxis der SOC genauso wie die Kampagnen des EBF, von Weed, Attac oder von Gewerkschaften wie ver.di. Des weiteren wird die Frage beleuchtet, welche Rolle kritischer Journalismus sowie „kritisches Konsumverhalten“ für die Durchsetzung einer sozial und ökologisch gerechten Landwirtschaft und Konsumweise spielen können. Im Speziellen wird es darum gehen, besser zu verstehen, welche Bündniskonstellationen möglicherweise zielbringend sind, um die aktuell dominierende „sozial-ökologische Raserei“ (Brand 2008: 67), die bei der Produktion und Distribution von Lebensmitteln vorherrscht, zu stoppen.

Vorab soll jedoch noch offen gelegt werden, welcher Begriff von Strategie- und Allianzenbildung Anwendung findet und welche sozialen Voraussetzungen für diese Prozesse ausgemacht werden können.

Bei der Definition des Terminus 'Strategie' folge ich Brand, der schreibt: „Unter Strategie verstehe ich längerfristiges und geplantes Handeln sozialer Akteure, um bestimmte Ziele zu erreichen“ (Brand 2011: 155). Laut Brand „impliziert die Umsetzung von Strategien die Bildung von Bündnissen und Kompromissen“ (ebd.). In Hinblick auf die angewandte Wissenschaftstheorie schreibt Brand: „Strategien sind ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklungen und müssen daher auch in der sozialwissenschaftlichen Theorie und Analyse berücksichtigt werden“ (ebd.). Für kritische Wissensproduktion bedeutet das für den Autor: „Bewegungen und emanzipative Akteure und ihre Strategien konstituieren sich und agieren vor allem in konkreten Konflikten, etwa gegen Privatisierungen oder Militarismus, für ein besseres Gesundheitssystem oder die Anerkennung spezifischer Identitäten etc. Hier entstehen konkretes Wissen um gesellschaftliche Verhältnisse, Handlungserfahrungen und politische Glaubwürdigkeit“ (ebd. 156). Im Fall meines Untersuchungsgegenstands bedeutet das, dass Verschärfungen im spanischen Fremdenrecht, Lebensmittelskandale rund um pestizidbelastetes Gemüse oder Repression gegen Betriebsräte_innen bei Lidl & Co. Konflikte auslösen können, die über die scheinbar partikularen Interessen der Menschen an einem bestimmten Punkt der Wertschöpfungskette hinausgehen. Voraussetzung für solch einen Prozess ist es, dass soziale Zerklüftungen (z.B. nach

Staatsangehörigkeit) sowie die Parzellierung der Probleme kritisiert und Alternativen ausgearbeitet werden. Ulrich Brand schreibt dazu: „Die Aufspaltung von Politik in verschiedene Felder ist eine wichtige Technik der Stabilisierung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft – z.B. die Trennung von sozialer und ökologischer Frage oder von Energie- (angesiedelt im Wirtschaftsministerium) und Klimapolitik (angesiedelt im Umweltministerium)“ (ebd.: 113).

Ähnlich argumentieren auch eine Reihe von Autor_innen, die in der Zeitschrift „Luxemburg“ den Begriff der Vielfachkrise diskutieren. Laut ihrer Argumentation stellt sich die kapitalistische Formation „als eine Stufenfolge von spezifischen Spannungen, Widersprüchen und ungelösten Problemen dar (...), die in eine Krise münden. Auf einem jeweils höheren Niveau werden diese Krisenprozesse regiert, indem sie reguliert, normalisiert und verschoben werden“ (Bader / Becker / Demirović / Dück 2011: 144). Und weiter: „Dabei soll auch verhindert werden, dass die Krise aus dem einen Bereich in andere gesellschaftliche Bereiche übergreift oder Krisenprozesse in einem Zusammenhang gesehen werden. Zwischen den Krisen darf keine Äquivalenzkette entstehen, die es erlauben würde, die Krisenphänomene alle dem Antagonisten 'Kapitalismus' zuzuordnen, so dass es zu einer Infragestellung der kapitalistischen Formation als ganzer kommt“ (ebd.). Genau darum soll es jedoch im Folgenden gehen: nachdem in den Kapiteln 7 bis 10 versucht wurde, die agrarkapitalistischen Funktionszusammenhänge, die die Region Almería und die Supermarktketten und Discounter historisch und aktuell prägen, zu erklären, soll nun besprochen werden, welche Strategien wirksam werden können bzw. bereits wirksam werden, um das scheinbar reibungslose Funktionieren der Überausbeutung zu stören.

Ich gehe mit Candeias (2011) von der These aus, dass reale Verknüpfungen von Arbeitskämpfen entlang der Wertschöpfungskette sich dann schaffen lassen, wenn Solidarität und Protest nicht mehr nur moralisch, sondern im wohlverstandenen Eigeninteresse erfolgen, wenn sie also „subjektiv funktional“ werden: „weil mit der Verfügungserweiterung auch die Möglichkeit verbunden ist, die Existenzbedrohung abzuwehren“ (13). Die Frage der „subjektiven Funktionalisierung“, die Candeias anspricht, wird uns speziell im Kapitel 11.5. beschäftigen, in dem es darum geht, herauszufinden, inwieweit kritischer oder alternativer Konsum die Art und Weise, wie Nahrungsmittel produziert und distribuiert werden, verändern kann.

Candeias folgend, möchte ich herausfinden, ob es möglich ist, dass zwischen den Lohnabhängigen entlang der Wertschöpfungskette eine Artikulation gemeinsamer Interessen erfolgen kann. Ich gehe davon aus, dass es für die (Wieder-) Erlangung von Handlungsfähigkeit nicht nur wichtig ist, gemeinsame Interessen herauszuschälen sondern auch etwaige Differenzen und Interessengegensätze zu respektieren, Kompromisse zu schließen und Konfliktfähigkeit zu entwickeln (vgl. ebd.).

Um aber überhaupt zu einer Urteilsfähigkeit in all diesen Fragen zu gelangen, ist es zunächst notwendig, die Protagonist_innen der unterschiedlichen sozialen Auseinandersetzungen und Kampagnen und ihre praktischen Erfahrungen zu hören. Dafür wurden qualitative Interviews geführt, die in die nun folgenden Kapitel eingeflossen sind. Wir beginnen mit einer kritischen Darstellung der Positionierung der großen Gewerkschaftsverbände zum Thema Arbeitsmigration, gehen über eine Vorstellung der Arbeit der SOC, zu einer Beschreibung der unterschiedlichen Kampagnen im Bereich Landwirtschaft, Migration und Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel und enden bei der Frage der Rolle von kritischem Journalismus und kritischem bzw. alternativem Konsum. Last but not least werden in den Kapiteln 11.6.a. und 11.6.b. zwei praktische Beispiele der Allianzenbildung entlang der Werkschöpfungskette von Obst und Gemüse diskutiert.

11.1. Probleme und Perspektiven europäischer Gewerkschaftspolitik im Kontext von Prekarisierung und Migration

In diesem Kapitel soll analysiert werden, welchen Beitrag Gewerkschaften in Europa für einen Umbau der imperialen Lebensweise und somit für eine Beendigung der „sozial-ökologischen Raserei“ (Brand 2008: 67) leisten können. Des weiteren soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich Gewerkschaften aus einer nationalen Orientierung lösen können und für internationalistische Herausforderungen strukturell gewappnet sind. Dafür soll zunächst holzschnittartig der Status Quo der großen Gewerkschaftsverbände in Europa aus einer sozial-ökologischen Perspektive umrissen werden.

Gewerkschaften sind seit geraumer Zeit in die Defensive geraten. Die Mitgliederzahlen sind v.a. in vielen westlichen Industrieländern rückläufig und Tarifverträge verlieren an Bindekraft. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen an Niedriglohnstandorte schwächt die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht in Ländern des globalen Nordens, während an den neuen Standorten der Aufbau bzw. Ausbau einer Arbeiter_innenbewegung mittels gewerkschaftsfeindlicher Politik und der Schaffung von Sonderexportzonen massiv behindert wird.

Brand und Wissen kritisieren, dass die großen Gewerkschaftsverbände in Europa bislang noch einen nationalstaatlich organisierten Wettbewerbskorporatismus mittragen würden (Brand / Wissen 2011a: 85). Die Gewerkschaften seien „selbst nicht nur in einer tiefen Krise“, sie würden sogar „die strukturkonservativen Formen der Krisenbearbeitung bislang weitgehend mittragen“ (Brand 2011: 10). Dies sei nicht zuletzt ein Ergebnis des neoliberalen Umbaus der letzten 30 Jahre: „Zu grundlegend hat der neoliberal-kapitalistische Umbau offenbar die Gesellschaften verändert und zu wenig attraktiv wirken progressive Vorschläge und Alternativen. Zu ungehört bleibt das Insistieren darauf, dass wir heute die materiellen Mittel haben, um allen Menschen auf dieser Erde die notwendigen und möglichen Bedingungen eines guten Lebens bereitzustellen. Zu sehr wirken Spaltungen als 'naturgegeben', zu drastisch wird in der Krise das neoliberale Regime der Prekarisierung noch mehr zum Angstregime, zu stark sind die Interpretationen von

Alternativlosigkeit, hinter denen immer auch konkrete Interessen und Strategien stehen“ (ebd.: 8).

Die Gewerkschaften haben bis heute nicht die notwendigen Konsequenzen aus diesen Erpressungspotentialen gezogen. Bedauernswerter Weise steht der Aufbau transnationaler Gewerkschaftsstrukturen weiterhin nicht oben auf der Agenda der europäischen Gewerkschaften, sondern gehört nach wie vor eher in den Bereich der Sonntagsreden der Funktionär_innen. Die Beharrungskräfte der imperialen Lebensweise, der industriellen, exportorientierten Landwirtschaft sowie der Strategien der Supermärkte und Discounter sind bisweilen äußerst stark. Die großen

Gewerkschaftsverbände stabilisieren in vielerlei Hinsicht diese Kräfte noch zusätzlich, da sie tief in der Wachstums- und Wettbewerbslogik der Nationalstaaten verankert sind (ebd.: 39). Brand betont, dass Gewerkschaften letztlich zu stark im Produktivismus gefangen und strukturell zu einseitig lohnarbeitsorientiert seien. Zu wenig berücksichtigt werden hingegen die Interessen der informell Lohnabhängigen oder Erwerbsarbeitslosen sowie sozial-ökologische Fragen. Internationalistische Fragestellungen und Ansätze landen bei den großen Gewerkschaftsverbänden immer wieder auf dem Abstellgleis. Diskussionen innerhalb der großen Gewerkschaftsverbände darüber, wie heutzutage ein realitätstaugliches Verständnis von internationaler Solidarität hergestellt werden könnte, sind randständig.

Dieser Umstand ist in Zeiten der Globalisierung der Arbeitswelt nahezu grotesk und wirkt sich äußerst negativ auf die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften aus. Diese sind „auch im Angesicht der Krise (...) nicht bereit, das vorherrschende Prinzip der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und einer neo-merkantilistischen Exportstrategie infrage zu stellen – obwohl doch die Globalisierung des Konkurrenz-Imperativs bewirkt, dass noch bestehende Elemente des Korporatismus (...) immer weniger für einen Interessenausgleich genutzt werden (können) und stattdessen zunehmend zur Durchsetzungsform des Wettbewerbsimperativs selbst verkommen“ (ebd.: 77). Das Problem ist also die nationale Orientierung der Gewerkschaften, aber auch die bereits zur Sprache gekommene „'Parzellierung' der gesellschaftlichen Probleme in Politikbereiche und entsprechende Lösungsansätze“ (ebd.: 82). Denn, so Brand weiter, „der Separierung und Hierarchisierung wohnt selbst eine herrschaftliche Form der Krisendiagnose inne (...). Wenn die aktuelle Krise nicht nur als Wirtschafts- und Finanzkrise verstanden wird, dann wird deutlich, dass die aktuellen Gegenstrategien im besten Fall defensiv, oft jedoch schlicht strukturkonservativ sind – sie hoffen auf ein neuerliches Anspringen des Wachstumsmotors (beispielsweise durch Abwrackprämie)“ (ebd. 83). Die großen Gewerkschaftsverbände behandeln die ökologische Krise nach wie vor als randständiges Thema und widmen sich nicht ernsthaft dem Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus der vorherrschenden Produktionsweise.

Gewerkschaften und die Neu-Zusammensetzung der Arbeiter_innenklasse im Kontext von Migration und Prekarisierung

Neben diesen Problemen ist die Vorstellung der Gewerkschaften darüber, wer in dieser Gesellschaft zu vertretende Subjekte seien, hoffnungslos veraltet. Die Orientierung der Gewerkschaften auf den weißen männlichen Fabrikarbeiter röhrt aus der Zeit des Fordismus und gilt heute weithin als überholt. So schreibt die Redaktion der Zeitung Analyse & Kritik in ihrem Editorial vom 22.1.2010: „Unbefristet und Vollzeit, männlich und deutsch war gestern – Teilzeit, weiblich und migrantisch,

mini, selbstständig und prekär ist heute“ (Analyse & Kritik: 2010: 1). Und weiter: „Für Gewerkschaften wird es immer schwerer, diese Menschen zu organisieren – und zum Teil hat man in den Gewerkschaftsapparaten noch nicht einmal verstanden, dass der ausschließliche Fokus auf den männlichen deutschen Facharbeiter aufgegeben werden muss“ (ebd.). Gerade in Bezug auf die Position der großen Gewerkschaftsverbände gegenüber dem Thema Arbeitsmigration spielen diese Fragen eine wesentliche Rolle. Denn sei es auf Baustellen, im Reinigungsgewerbe oder in Restaurants, im Pflegebereich, in der Sexarbeit oder in Haushalten, bei der Erntearbeit oder in Schlachterien: die standortgebundenen Sektoren sind ohne Wander- oder migrantische Arbeit überhaupt nicht mehr zu denken. Es sind vor allem Menschen mit temporären, unsichereren oder ganz ohne Aufenthaltsgenehmigungen, die zu Niedriglöhnen ausgebeutet werden, um überhaupt ein Einkommen zu finden oder einen besseren Status zu erlangen. Gleichzeitig nehmen die Wirtschaftssektoren, die auf billiger und prekärer, oft migrantischer Arbeit beruhen, einen immer größeren Teil in der gesamten Wertschöpfung ein.

Für viele liegt die These nahe, dass migrantische Arbeit in Europa als Protagonismus von Klassenauseinandersetzungen gelten kann (vgl. Kapitel 4.1.3.). Oben genannte Wirtschaftssektoren, die von migrantischer Arbeit dominiert sind, erweisen sich oftmals als „Versuchslabor“ für die Unterhöhlung von Arbeitnehmer_innenrechten – der Abbau von Rechten soll auf sämtliche andere Bereiche übertragen werden.

Europäische Regierungen und Unternehmensverbände rekrutieren durch eine gezielte „selektive Inklusion“ von Migrant_innen Arbeitskräfte für die wachsenden Niedriglohnsektoren (vgl. Kapitel 4.1.2.). Dass die Gewerkschaften nur sehr lasch und langsam auf diese Umstände reagieren, bringt sie selbst zunehmend in die Bredouille. So betont auch Moe Hierlmeier: „Die Basis gewerkschaftlicher Politik und ihres Erfolgs war der Nationalstaat. Dieser zerbröselt zusehends. Die Gewerkschaften müssen deshalb in Zukunft ihre Politik internationalisieren, etwa Bündnisse entlang der Wertschöpfungskette organisieren. Hier hinkt die Gewerkschaftspolitik um Jahrzehnte den global organisierten Kapitalfraktionen hinterher“ (Hierlmeier 2006: 191).

Statt der aktuellen – teils offen ausgesprochenen, teils unausgesprochenen – Orientierung auf nationale Interessen, wirtschaftlichem Wachstum und Konkurrenz müssten die großen Gewerkschaftsverbände eine wirksame internationalistische Praxis entwickeln. Für einen Internationalismus auf der Höhe der Zeit ist Migration ein entscheidendes Paradigma. Dafür ist es notwendig, dass zwischen den großen Gewerkschaftsverbänden und den antirassistischen Bewegungen Gesprächskorridore entstehen. So argumentiert Vina Yun mit Bezug auf Birgit Mahnkopf: „Wenn die Informalisierung der Arbeitsbeziehungen im Süden und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Norden 'graduell abgestufte Ausdrucksformen der Globalisierung der

Unsicherheit' darstellen (...) sollte auch den – teilweise bereits bestehenden – transnationalen Bündnissen zwischen (Selbst-) Organisationen informell Beschäftigter, Gewerkschaften und NGOs größere Aufmerksamkeit zuteil werden“ (Yun 2011). Denn, so Yun weiter: „Lange Zeit interessierten sich die traditionellen Gewerkschaften im globalen Norden nur wenig für die Anliegen informell bzw. prekär Beschäftigter, angesichts ihrer wachsenden Zahl werden aber diese (unter ihnen auch viele, die aus formellen Arbeitsbeziehungen verdrängt wurden) zu einem zunehmend bedeutenderen Thema“ (ebd.).

Um mit den aktuellen Herausforderungen umgehen zu können, müssten unter anderem folgende Fragen diskutiert werden: Wie soll aus gewerkschaftlicher Perspektive mit der ausgeprägten Flüchtigkeit, der Temporarität oder gar Unsichtbarkeit migrantischer Arbeit umgegangen werden? Wie soll der Fragmentierung, der Fluktuation, der Individualisierung oder Ethnisierung Einhalt geboten werden? Wie bewegen sich Gewerkschafter_innen und antirassistisch Aktive zwischen (ungewolltem) Paternalismus, (notwendigem?) Service und dem Anspruch auf unterstützende Solidarität? Sind Organisierungsprozesse nur über key-persons denkbar, also über Schlüssel- oder Vermittlungspersonen in die jeweiligen Communities? (vgl. Huckenbeck / Kirchner / Kopp 2008). Wie kann es gelingen, Verständigungsprozesse zwischen Gewerkschaftsverbänden, die unterschiedlichen Logiken und Praxen folgen, anzuleiern? Wie kann weiters verhindert werden, dass etablierte Gewerkschaften ihre politischen Bewertungsschablonen auf marginalisierte Gewerkschaftsverbände oder migrantische Communities übertragen? Im Folgenden sollen einige dieser Fragen diskutiert werden.

Gewerkschaftliche Strategien gegen die rassistische Segmentierung des Arbeitsmarkts

Innerhalb der großen Gewerkschaftsverbände gibt es immer wieder Initiativen, die mittels alternativer Organisierungs- und Mobilisierungsmethoden versuchen, Terrain zurückzugewinnen. Seit dem Ende der 1990er Jahre befasst sich die Forschung über Union oder Labor Revitalization mit gewerkschaftlichen Versuchen, neue Mitglieder zu werben sowie verlorene institutionelle Macht bzw. Organisationsmacht zurückzugewinnen. In diesem Zusammenhang ist die Forschungsrichtung der Revitalization Studies hervorzuheben. Diese bezieht sich auf akteursorientierte Erklärungsansätze und fokussiert strategische Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften (Stichwort: Strategic Choice). Grundgedanke ist, dass Gewerkschaften nicht nur von externen Faktoren abhängig sind, sondern Organisationen auch bewusste Entscheidungen treffen und auf diese Weise Strategien entsprechend der eigenen Möglichkeiten und internen sowie externen Anforderungen gestalten können. Unter dem Schlagwort Organising bemühen sich zudem seit einigen Jahren gewerkschaftliche Initiativen um die Re-Etablierung einer kämpferischen

Gewerkschaftsbewegung. Dies soll durch die Mobilisierung der Beschäftigten an der betrieblichen Basis zur aktiven Vertretung ihrer eigenen Interessen gelingen. In Pilotprojekten haben in den letzten Jahren verschiedene Gewerkschaften im deutschsprachigen Raum das aus den USA stammende Konzept erprobt (vgl. Bremme / Fürniß / Meinecke 2007).

Im Zuge dieser praktischen Versuche, neue Richtungen in der Gewerkschaftsarbeit einzuschlagen, laufen auch zahlreiche Debatten über das Verhältnis von Arbeit, Prekarisierung und Migration; Erfahrungen werden gesammelt und Suchprozesse angeleiert. Dies ist nicht selbstverständlich: In den großen Gewerkschaftsverbänden wurde das „neue migrantische Prekariat“ lange ignoriert oder sogar als unliebsame Konkurrenz ausgegrenzt.

In Folge dieser Entwicklung sind in den letzten Jahren in Deutschland eine Reihe von Anlaufstellen für undocumented oder underdocumented Arbeitende geschaffen worden. In Österreich wird an solch einer Anlaufstelle gearbeitet. Bei all diesen Initiativen war die Zusammenarbeit zwischen Einzelpersonen in der Gewerkschaft und antirassistischen Initiativen entscheidend. Zu einem nicht zu vernachlässigenden Teil kamen also Impulse für diese Form der gewerkschaftlichen Erneuerung von „außen“. Vor einigen Jahren gelang es in Deutschland, eine Reihe von Anlaufstellen für illegalisierte Migrant_innen einzurichten. So heißt es in der Zeitung von ver.di vom März 2011: „Seit Mai 2008 gibt es bei ver.di Hamburg die Anlaufstelle für Migrant_innen ohne gesicherten Aufenthalt. Von ihnen gibt es geschätzt 30.000 allein in Hamburg: Illegalisierte Frauen arbeiten häufig als Sexarbeiterinnen, Haushaltshilfen oder Restaurantkräfte, Männer vielfach als Erntehelfer, Reinigungskräfte oder Bauarbeiter. Ihr größtes Problem: ihnen wird Geld vorenthalten“ (Wille 2011). Peter Bremme von ver.di ergänzt: „Als Gewerkschafter betrachten wir die Illegalisierten nicht als Konkurrenten, sondern als unterbezahlte Kollegen“ (ebd.). Bemerkenswert ist auch, dass sich mit der Änderung der Vertretungspolitik der Sprachgebrauch ändert: War vor wenigen Jahren noch einfach von „Illegalen“ die Rede, rücken auch Vertreter_innen der großen Gewerkschaftsverbände die Willkür staatlicher Politik ins Blickfeld und sprechen von „Illegalisierung durch die herrschende Migrationspolitik.“ Volker Roßocha, Leiter des Bereichs Migrations- und Antirassismuspolitik beim DGB, ergänzt dazu im Interview mit der „Mitbestimmung“, der Zeitschrift der Hans Böckler Stiftung: „Die Menschen- und Arbeitnehmerrechte für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus durchzusetzen, erfordert auch die Veränderung von gesetzlichen Bestimmungen. (...) Auf nationaler und internationaler Ebene muss sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer_innen ohne Aufenthaltsstatus nicht länger ausgebettet und dass sie für die geleistete Arbeit entlohnt werden“ (Mitbestimmung 2009: 41). Welche Durchsetzungskraft solche Forderungen innerhalb der Gewerkschaft haben, ist allerdings offen. Einstweilen sind solche Positionen in den deutschen und österreichischen Gewerkschaften

mit Sicherheit nicht hegemonial. Dennoch ist es wichtig, dass derlei Inhalte immer wieder öffentlich und auch gewerkschaftsintern artikuliert werden.

Als weiteres Beispiel für die Überwindung des methodischen und strategischen Nationalismus innerhalb der Gewerkschaften kann der Bildungsverein „Weltumspannend Arbeiten“ gelten, der im Jahr 1996 auf Initiative des ÖGB-Oberösterreich gegründet wurde und entwicklungspolitische Bildungsarbeit im gewerkschaftlichen Umfeld organisiert. „Weltumspannend Arbeiten“ befasst sich mit dem Thema der Globalisierung von Arbeitnehmer_innenrechten und Sozialstandards, mit fairem Handel, der Kritik an freien Produktionszonen und multinationalen Unternehmen, mit Perspektiven internationaler Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit sowie mit dem Thema der Allianzenbildung zwischen Gewerkschaften und Entwicklungspolitischen NGOs. Im Selbstdarstellungs-Flyer der Initiative wird argumentiert: „Die global agierende Wirtschaft betrifft uns als Arbeitnehmer_innen mittlerweile fast täglich: durch die Verarbeitung von Rohstoffen, durch die Auslagerung von Produktionsstätten, durch Fusionen und Übernahmen, die internationale Konkurrenz und den Druck auf unser Sozialsystem“ (www.weltumspannend-arbeiten.at, aufgerufen am 19.10.2012). Dabei wird die Globalisierung der kapitalistischen Ökonomie unter dem Blickwinkel der Arbeitnehmer_innen in Österreich beleuchtet, ohne jedoch spezifische Aspekte der imperialen Lebensweise auszublenden: „Als Kund_innen profitieren wir von billigen Produkten aus fernen Ländern. Als Arbeitnehmer_innen fühlen wir uns oft bedroht: Sozialabbau, Produktionsverlagerungen, zunehmende Unsicherheit und steigender Leistungsdruck gehen mit Globalisierung einher“ (ebd.). Im Folder wird argumentiert: „Positive und negative Seiten von Globalisierung sind aber nur die zwei Seiten derselben Medaille und lassen sich nicht voneinander trennen. Produkte wie Textilien, Elektronik oder landwirtschaftliche Güter sind bei uns deshalb so billig, weil sie in Afrika, Asien, Lateinamerika oder auch osteuropäischen Ländern zu Dumpinglöhnen, unter oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen und ohne Rücksicht auf Umweltschutz produziert werden“ (ebd.). So werden die strukturellen Ursachen für die Defensive der Arbeitnehmer_innen genannt und eine globale Perspektive gewerkschaftlicher Arbeit entworfen: „Aus denselben Gründen fürchten wir auch um unsere Arbeitsplätze. Multinationale Konzerne setzen Gewerkschaften, Betriebsräte und sogar Regierungen unter Druck, indem sie mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen drohen. Aus Angst werden oft Zugeständnisse gemacht – Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Lohnkürzungen und Sparpakete im Sozial- und Umweltbereich sind die Folge“ (ebd.). Die Initiative argumentiert gegen Standortkonkurrenz und für transnationale Solidarität: „Als Bedrohung werden dabei oft die Arbeitnehmer_innen in den sogenannten 'Billiglohnländern' wahrgenommen – ein fataler Fehler. So lange wir Arbeitnehmer_innen uns gegeneinander ausspielen lassen, können wir nur verlieren. Den globalen

Strategien und Mechanismen können wir nur gemeinsam etwas entgegensezten: Globale Solidarität zwischen Arbeitnehmer_innen in aller Welt ist der Schlüssel zu einer gerechten Globalisierung!“ (ebd.). Folgerichtig wird argumentiert: „Globale Probleme können nicht durch nationale Strategien gelöst werden. Arbeitnehmer_innen in aller Welt müssen solidarisch für eine gerechte Globalisierung eintreten!“ (ebd.).

Weltumspannend Arbeiten sieht seine Aufgabe in der Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung: „Gewerkschafter_innen, Betriebsrät_innen und Arbeitnehmer_innen werden für globale Zusammenhänge und Auswirkungen der Globalisierung sensibilisiert (...) Internationales Bewusstsein innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird aufgebaut, gestärkt und gefördert“ (ebd.). Des weiteren sollen fortschrittliche Initiativen miteinander vernetzt werden: „Die Vernetzung von global denkenden und handelnden Menschen innerhalb des ÖGB, mit Arbeitnehmer_innen und Gewerkschafter_innen aus anderen Ländern und mit NGOs in- und außerhalb Österreichs wird gestärkt und gefördert“ (ebd.). Des weiteren sollen individuelle und strukturelle Handlungskompetenzen gestärkt werden: „Wir alle können zu einer gerechteren Form der Globalisierung beitragen. Indem wir sozial und ökologisch bewusst konsumieren, solidarisch gegenüber anderen agieren und in Betriebsräten, Gremien und politischen Strukturen für faire Bedingungen eintreten“ (ebd.).

Es bleibt die Frage, welche Durchsetzungsperspektiven es für die Ansätze von Weltumspannend Arbeiten gibt. Denn über kurz oder lang ist klar, dass es nicht bei Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit bleiben kann, sondern dass für eine Verschiebung der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wirkungsmächtigere Strategien gesucht werden müssen. Initiativen mit einem grenzüberschreitenden Fokus, die im Milieu von großen Gewerkschaftsverbänden angesiedelt sind, teilen oftmals das Schicksal, dass sie in die Bildungsarbeit abgedrängt werden und dort ihr einziges Handlungsfeld finden. Die Weichen für die groben Orientierungen der Gewerkschaften werden indes an anderen Orten des Apparates gestellt. Im hegemonialen Diskurs der Gewerkschaften finden die Forderungen von Initiativen wie Weltumspannend Arbeiten nur in Form von Fußnoten bei Sonntagsreden Platz.

Gewerkschaftliche Positionen im Bereich Landwirtschaft und Migration

Ein interessantes Beispiel für die Haltung von Gewerkschaften zu Arbeitsmigration im landwirtschaftlichen Sektor ist das Positionspapier der EFFAT (European Federation of Food, Agriculture & Tourism Trade Unions) zum Thema Arbeitsmigration vom 7. Februar 2007. Darin wird darauf hingewiesen, dass es im landwirtschaftlichen Sektor der EU etwa 2 Millionen heimische Arbeitnehmer_innen und zusätzlich etwa 4,5 Millionen Wanderarbeiter_innen gibt. Das

Problembewusstsein der EFFAT ist zunächst durchaus realitätstauglich: „Viele Mitgliedsstaaten haben kein umfassendes und ausreichendes Netz geltender gesetzlicher und tarifvertraglicher Mindeststandards, die die Arbeitnehmer_innen bzw. Migrant_innen vor der Willkür und dem Missbrauch von Arbeitgeber_innen besonders schützen. Viele Regierungen schließen genauso wie die EU-Kommission die Augen vor den großen sozialen Problemen, die insbesondere in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe mit Migration und Saisonarbeit verbunden sind“ (EFFAT 2007). In den Forderungen der EFFAT heißt es: „Die Gewerkschaften haben deshalb vor allem zwei Aufgaben: sie müssen die ausländischen Arbeitnehmer_innen organisieren und vertreten, und sie müssen sie vor Diskriminierung und Missbrauch durch Arbeitgeber_innen oder Behörden schützen (...). Die EFFAT Mitgliedsorganisationen müssen durch gegenseitige Anerkennung der Gewerkschaftsmitgliedschaften sicherstellen, dass Saisonbeschäftigte und Wanderarbeiter_innen auch dann Mitglied der Gewerkschaften bleiben, wenn sie auf eine Arbeitsstelle in einem anderen Land wechseln. Gewerkschaftsmitglieder müssen überall in Europa (und mit der IUL weltweit) gewerkschaftlichen Schutz erhalten können“ (ebd.). Ein strukturelles Problem der Forderungen der EFFAT ist allerdings, dass sich diese auf den EU-Raum beschränken: „Ziel der EU muss deshalb auch sein, die regionalen sozio-ökonomischen Unterschiede in der EU schrittweise zu überwinden und Arbeitnehmer_innen in ihrer Heimat bzw. ihrem Heimatland ausreichend menschenwürdige Arbeitsplätze anzubieten“ (ebd.). Damit reiht sie sich in eine standort-protektionistische Linie ein, die zwar den nationalen Rahmen verlässt, aber dennoch auf Ebene der EU reproduziert.

Abschließend heißt es im Papier: „Die Migration von Arbeitnehmer_innen aus Nicht-EU Staaten sollte nur unter der Bedingung erfolgen, dass es nicht gelingt, einheimische oder EU-Arbeitnehmer_innen für bestimmte Tätigkeiten zu gewinnen bzw. zu qualifizieren, und auch für die Arbeitnehmer_innen aus Nicht-EU Staaten der Grundsatz der Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung gilt“ (ebd.). Insgesamt geht das Statement also nicht auf globale Asymmetrien und Dynamiken der internationalen Arbeitsteilung ein. Somit lässt die EFFAT EU-Protektionismus und Standortwettbewerb und letztlich auch die imperiale Lebensweise unhinterfragt.

Auf der Konferenz der European Trade Union Confederation am 26. und 27. April 2011 in Brüssel mit dem Titel “What price the Tomatoes?! Combating labour exploitation and ensuring the protection of the fundamental social rights of undocumented migrant workers in Europe through trade union action“⁷² wurde die hegemoniale Orientierung der großen Gewerkschaftsverbände

72 Das Vorhaben, das von der ETU (European Trade Union Confederation) in Kooperation mit CEPS (Centre for European Policy Studies) und PICUM (Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants) organisiert wurde, behandelte folgendes Thema: „The aim of the project 'What price the tomatoes?!" is to raise the European trade union movement's awareness of the phenomenon of the exploitative conditions suffered by irregular migrant workers and the relationship between the current economic situation and the realities on the labour market“

herausgefördert und das Thema der Bewegungsfreiheit als fundamentales Menschenrecht aufs Tapet gebracht: „This way of looking at things flows from a logic where the world is divided into States and 'areas' bound by borders, and people enjoy certain rights or are refused certain rights depending on whether they 'belong' to the State or area in question. A person is not entitled to any rights by virtue of being a person, but only as a result of 'belonging' to a given territory – and undoubtedly this state of affairs runs counter to the declared intentions and provisions of many international treaties that have been ratified by the States concerned. One major problem is that this non-compliance cannot be reported to any supranational body, so that we are left with the contradiction involved in being entitled to leave a particular country but not being entitled to enter another country (as a general rule)“ (Rojo 2011: 6f). Das Papier bezieht sich weiters auf ILO-Konventionen bezüglich der Rechte von migrantischen Arbeiter_innen: „As far as working conditions and employment relations are concerned, the numerous ILO Conventions relating to migrant workers (which have been ratified by European countries) state that all workers are entitled to equal conditions and that, while national labour laws may limit these rights, workers' fundamental rights should in no case be curtailed“ (ebd.). Weiters wird Ibrahim Awad, Sprecher für Migration innerhalb der ILO zitiert. Laut Awad sei „international migration (...) primarily a labour market, employment and decent work issue, and less a security and asylum-seeker / refugee issue“ (ebd.).

In gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen können die IOL-Regelungen tatsächlich ein wichtiger Bezugsrahmen für die Interessen von Arbeitnehmer_innen sein: „The principal ILO instrument addressing irregular migrant workers is the Migrants Workers Convention N.143. According to Article 1 of the convention, each state signatory should undertake to respect the basic human rights of *all* migrant workers. The convention stipulates that migrant workers should not be regarded as irregular due to the loss of employment (Article 8), nor should they be deprived of their rights in respect of the work they have performed. According to Article 9, the migrant worker shall enjoy equality of treatment for him or herself and family in terms of the rights accrued in past employment, such as remuneration, social security and other benefits“ (Merlino / Parkin 2004).

Inwieweit sich solche Orientierungen in die Alltagspraxis der verschiedenen nationalen Gewerkschaftsverbände übersetzen, ist eine andere Frage. Das Problem bleibt, dass die Orientierung der großen Gewerkschaftsverbände im Großen und Ganzen dem Nationalstaat verpflichtet bleibt; dass weiters globale Machtasymmetrien tendenziell ausgeblendet werden und die ökologische Krise des Planeten unterschätzt wird. Im Folgenden soll mit der SOC ein

(Rojo 2011: 12f.). Und weiter: „The project intends to supply ETUC's member organisations and trade union activists with suggestions and examples of good practices for taking appropriate action against the exploitation of workers at all relevant levels and ensuring that trade unions establish connections with irregular workers to enable them to have their fundamental social rights recognised at work, including their right to freedom of association (ebd.).

Gewerkschaftsverband portraitiert werden, der eine alternative Orientierung in sozial-ökologischen und internationalistischen Fragen aufweist.

11.2. Die gewerkschaftlichen Strategien der SOC und externe Unterstützung

Im Folgenden sollen die gewerkschaftlichen und aktionistischen Strategien der SOC analysiert werden, sowohl in Bezug auf die Aktionen mit lokaler Orientierung als auch in Bezug auf Aktionen, die in transnationale Zusammenhänge eingebettet sind. Auch wenn die SOC als vergleichsweise kleine Gewerkschaft strukturell nicht mit den großen europäischen Gewerkschaftsverbänden zu vergleichen ist, da diese durchaus unterschiedliche Aktionsradien und Fokusse haben, ist es doch sinnvoll, die prinzipiellen Orientierungen, Zielsetzungen und Programmatiken zu vergleichen. Denn für die Frage, wie eine sozial-ökologische Wende erreicht bzw. wie die imperiale Lebensweise durch eine nachhaltige und solidarische Lebensweise ersetzt werden kann, ist die politische Grundhaltung sowie die praktische Stoßrichtung der jeweils untersuchten Gewerkschaften von zentraler Bedeutung.

Die SOC ist als Gewerkschaft deshalb nicht uninteressant, da sie stets eine Doppelstrategie verfolgte, bestehend aus der Verteidigung der nicht-migrantischen und migrantischen Arbeiter_innen einerseits und der Wiederaneignung von Produktionsmitteln, allen voran Grund und Boden, andererseits. Das Hochhalten dieser Doppelstrategie ist wohl der signifikanteste Unterschied zu den großen Gewerkschaftsverbänden, die sich meist nur auf den ersten Punkt beschränken, und somit in einer Trade-Unionistischen Haltung haften bleiben.

Wie bereits zu Beginn der Arbeit ausgeführt, baute die SOC nach den rassistischen Ausschreitungen vom Jahr 2000 eine Sektion in Almería auf (vgl. Kapitel 2. und 11.2.). Im Folgenden soll umrissen werden, aus welchem historischen Kontext die Gewerkschaft entstanden ist und welche Strategien sie im Kampf gegen die Überausbeutung und den Rassismus, dem migrantischen Landarbeiter_innen in der Region ausgesetzt sind, anwendet.

Die Geschichte der SOC

Die SOC ist eine rein andalusische Gewerkschaft, die traditionell für die Rechte der Tagelöhner_innen („Jornaler@s) in der Landwirtschaft eintritt und ihren Aktionsradius mit der Umbenennung auf SAT (Sindicato Andaluz de Trabajador@s) im Jahr 2007 auf andere Wirtschaftsbereiche erweiterte (siehe weiter unten in diesem Kapitel). Die SOC ging aus den „Comisiones Jornaleras“ (Tagelöhner_innenkommissionen) hervor, die in den 1960er und 1970er Jahren entstanden und am Ende der Franco-Zeit mit ersten illegalen Aktionen in Erscheinung traten. Offiziell zugelassen wurde die SOC im August 1976, acht Monate nach Francos Tod. Das SOC-Programm lässt sich mit der einfachen Forderung „Land und Freiheit – Tierra y Libertad“

zusammenfassen. Traditionell verankert ist die Gewerkschaft in jenen Teilen Andalusiens, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht und wo in ausgedehnten Olivenhainen und Obstplantagen eine hohe Anzahl an Arbeitskräften benötigt wurde. Bekannt wurde die SOC in den späten 70er Jahren durch Aktionen wie Landbesetzungen, „Hungerstreiks gegen den Hunger“ (an denen manchmal bis zu tausend Leute teilnahmen), Sternmärsche sowie durch Streiks und Straßensperren, die alle darauf ausgerichtet waren, der Forderung nach einer umfassenden Bodenreform Nachdruck zu verleihen. Aus einigen der in den 1970er und 1980er Jahren besetzten Latifundien sind mittlerweile Kooperativen der Landarbeiter_innen entstanden.

Mitte der 1980er Jahre waren von den rund 6,5 Millionen Einwohner_innen Andalusiens noch eine halbe Million Landlose, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Großgrundbesitzer lebten.⁷³ Des weiteren ging eine große Anzahl an Menschen für einige Monate im Jahr in anderen europäischen Ländern auf Arbeitsuche oder wanderte aus.⁷⁴

Durch die fortschreitende Mechanisierung der Produktion (z.B. von Zuckerrüben und Baumwolle) und die teilweise Umstellung von arbeitsintensiven Kulturen wie Oliven, Wein, Kapern oder Spargel auf Getreide und Ölsaaten nahm die Arbeit im landwirtschaftlichen Sektor Andalusiens ab. Die Jornaler@s bekamen oft nur noch mit Mühe die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitstage zusammen, um ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe geltend machen zu können. Die SOC protestierte regelmäßig gegen die Auswirkungen der Industrialisierung der Landwirtschaft, gegen das massenhafte Ausreißen der Ölbäume und gegen die „stupide Mechanisierung“, die den Tagelöhner_innen ihre Lebensgrundlage entzog. Die SOC sperrte sich aber niemals grundsätzlich gegen technischen Fortschritt und Mechanisierung: Es wäre deshalb nicht richtig, die Aktivist_innen der SOC mit „Maschinenstürmern“ des 19. Jahrhunderts zu vergleichen. Die grundlegende Forderung der Gewerkschaft blieb, dass das Land und die Produktion in der Kontrolle derjenigen sein sollte, die den Boden bebauen. Der Einsatz von Technologie habe den Bedürfnissen der Menschen zu folgen und nicht der Logik des maximalen Profits.

73 Die Geschichte des Großgrundbesitzes in Andalusien reicht bis in die Zeit der Reconquista zurück: Ende des 15. Jahrhunderts fanden Enteignungen in großem Stil statt, das Land wurde von den katholischen Königen unter den „Kriegsherren“ aufgeteilt. Als im Februar 1936 die spanische Volksfront an die Macht kam, wurden in Andalusien 500.000 ha Land an rund 100.000 Bauernfamilien verteilt. Der faschistische Putsch vom Juli 1936 leitet den Anfang vom Ende dieser groß angelegten Landreform ein. Nach Francos Sieg wurden alle Errungenschaften der republikanischen Bodenreform rückgängig gemacht. Die Latifundien wurden zum Hauptpfeiler des frankistischen Wirtschaftssystems in Andalusien – und bestehen zu großen Teilen bis heute noch.

74 Was allein die innerspanische Migration betrifft, so wanderten von 1960 bis 1973 780.000 Andalusier_innen nach Katalonien aus, weitere 250.000 nach Madrid, 170.000 nach Valencia, 50.000 ins Baskenland und 50.000 auf die Balearen. Im selben Zeitraum wanderten 1,2 Millionen Andalusier_innen ins Ausland ab, v.a. in die BRD, Frankreich und in die Schweiz (vgl. Archipel 2004). Diego Cañamero, Sprecher der SOC, nennt in einem Interview vom 13. Oktober 2012 gar die Zahl von 8 Millionen Andalusier_innen, die während der Zeit der Diktatur Francos Andalusien Richtung Norden verlassen hätten (Le Courrier 2012: 3).

Die Kampagne der SOC für eine gerechte Landreform dauert bis heute an. Inzwischen kämpft die SOC gegen EU-Agrarsubventionen für Großgrundbesitzer_innen, für eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden sowie gegen die Veränderungen bei der Regelung bezüglich der Vergabe von Arbeitslosengeld für Tagelöhner_innen (Hauptstreitpunkt ist dabei, wie viele Tagelöhne pro Jahr nachgewiesen werden müssen, um staatliche Unterstützung beziehen zu können und wie hoch diese ausfallen soll).

Auch heute noch wendet die SOC Aktionen des zivilen Ungehorsams an.⁷⁵ Für Landbesetzungen, Straßenblockaden und Demonstrationen werden viele Aktivist_innen der SOC nach wie vor kriminalisiert und mit Geldbußen überzogen – diese bringen die Gewerkschaft oft an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten, erfüllen allerdings auch die Funktion der Identifikation und Stärkung der Gewerkschaft nach innen. Die Aktivistin Mari Garcia-Bueno gibt in einem Interview vom Jahr 2008 an, dass mehr als 500 aktive Gewerkschafter_innen von Gerichtsverfahren bedroht seien; die SOC müsse des weiteren für Bußgelder von insgesamt 100.000 Euro aufkommen, um die Mitglieder vor Pfändungen zu schützen (Archipel 2008: 7).

Am 7. August 2012 fiel die SOC durch eine direkte Aktion besonderer Art auf, die sie bis weit über die Landesgrenzen Spaniens hin in die Schlagzeilen brachte: Über 100 Aktivist_innen der Gewerkschaft überfielen in einer gewaltfreien Aktion zwei Supermärkte der Handelsketten Carrefour und Mercadona in den Ortschaften Ecija und Arcos de la Frontera. Sie entwendeten kollektiv 30 Wägelchen voller Lebensmittel und übergaben sie direkt einer Gratis-Küche in Sevilla, die mittellose Menschen bekochte. Die SOC wollte mit dieser Aktion in erster Linie auf die Krise in Andalusien und ganz Spanien hinweisen, die bis dato dazu geführt hat, dass ein Drittel aller Arbeiter_innen Andalusiens ohne regelmäßiges Einkommen blieben, dass sich die Zahl der Menschen, die in Armut leben in den letzten fünf Jahren in Andalusien vervierfacht hat und dass selbst das Problem des Hungers wieder auf der Tagesordnung steht. So wies Diego Cañamero, Sprecher der SOC, in einem Interview darauf hin, dass laut Angaben der Caritas 350.000 Familien in Andalusien unter dem Phänomen der Unterernährung leiden würden (vgl. Le Courier 2012: 3). Die SOC protestierte mit dieser Aktion des weiteren gegen die Politik der Supermarktketten, die die

75 So wurde beispielsweise im November 2008 das Büro der Exportfirma Asocia-Fruit in Sevilla von rund 100 Landarbeiter_innen friedlich besetzt, um gegen die gewerkschaftliche Repression des Unternehmens zu protestieren. A. (Name geändert), ein rund 50 jähriger spanischer Landarbeiter, erklärte während der Besetzung: „Asocia-Fruit ist eine sehr mächtige Export-Firma. Sie verkaufen Obst und Gemüse mit der Marke 'Royal Fruit' in vielen europäischen Ländern. Wir wollen, dass die Konsument_innen wissen, was hier läuft!“ (Behr 2008a). Das Unternehmen produziert Pfirsiche und Marillen und besitzt nicht nur in Andalusien Finca, sondern auch in der Nähe von Barcelona, des weiteren auch in Algerien. Auf der Finca, auf der die Missstände zu den Protesten geführt haben, arbeiten zu Spitzenzeiten bis zu 1000 Menschen. A.: „Es gibt sehr viel Druck während der Arbeit. Die Kontrolleure treiben dich immerzu an. Bei der Erntearbeit zählen sie, wie viele Kisten du angefüllt hast und wie viele Bäume du in welcher Zeit schaffst. (...) Wenn du nicht genug hast, stehst du morgen auf der Straße. Das ist versteckte Akkordarbeit! Wir wollen arbeiten, aber wir fordern, dass es keine Akkordarbeit gibt!“ (ebd.).

Produzent_innenpreise immer weiter nach unten drückt und gleichzeitig die eigenen Gewinnmargen erhöht. Diese entschlossene Aktion stieß in weiten Teilen der Bevölkerung Spaniens auf Zustimmung und wurde weithin als legitimer Ausdruck von Protest und Unzufriedenheit verstanden (vgl. ebd.).

Die SOC ist Teil des politischen Bündnisses CUT-BAI (Colectivo de Unidad de Trabajador@s – Bloque Andaluz de Izquierdas. In etwa: Kollektiv der Arbeitereinheit – Andalusischer Linksblock). Die SOC schloss sich, wie eingangs bereits erwähnt, im Jahr 2007 zum Gewerkschaftsbund SAT (Sindicato Andaluz de Trabajador@s) zusammen, und zwar zusammen mit der Gewerkschaft „autonomia obrera“. Zusammen zählt der Gewerkschaftsverband rund 25.000 Mitglieder; die SOC betreibt des weiteren rund ein dutzend landwirtschaftlicher Kooperativen, die in Selbstverwaltung geführt werden.

Auf der Agenda der SOC stand stets auch die Solidarität mit kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetrieben, für die sich eine kostspielige technische Aufrüstung im Sinn der industriellen Landwirtschaft nicht lohnte, die aber durch die billiger produzierende Konkurrenz der Latifundien zum Verkauf und zur Abwanderung gezwungen wurden. Der traditionelle Widerpart der SOC sind die Großgrundbesitzer_innen, die ihr Land oftmals brachliegen lassen, während tausende Landarbeiter_innen keine Arbeit finden. Hier kommt das kollektive Trauma der Armut- und Emigrationserfahrungen zum Ausdruck, das Millionen Andalusier_innen bis in die 70er und 80er Jahre erfuhrten.

Aufgrund der zentralen Forderung der SOC nach einer umfassenden Landreform in Andalusien sowie ihrer Orientierung auf eine sozial und ökologisch nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, ist die Gewerkschaft auch Mitglied des globalen Kleinbauer_innen- und Landlosenverbands Via Campesina. Im Zentrum des Engagements von Via Campesina steht das Konzept der Ernährungssouveränität. Darunter versteht Via Campesina „das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne“ (Forster 2008: 62). Wirksames Mittel gegen den weltweiten Hunger seien nicht weitere Liberalisierungen der Märkte sondern die „Garantie, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegen, die das Essen erzeugen“ (ebd.). Die SOC unterstützt diese Forderungen und kontextualisiert ihre politischen Interventionen mit dem globalen Recht auf Ernährung.

Die SOC in Almería

Als die SOC im Jahr 2000 in der Region Almería aktiv wurde, startete sie mit der Permanenz in

einem Gewerkschaftslokal in der Provinzhauptstadt Almería, das sie sich bis heute mit der Lehrer_innengewerkschaft USTEA teilt. Zu Beginn arbeiteten ein aus Marokko stammender und ein aus Senegal stammender Aktivist innerhalb der Sektion. Schritt für Schritt konnte die Arbeit der SOC verbreitert werden. Die Kampagnen diverser Unterstützerkreise, unter anderem die langjährige Kampagne des EBF, trug wesentlich dazu bei, die Handlungsspielräume der Gewerkschaft in der Region zu vergrößern. So konnten im Laufe der Jahre zwei weitere Gewerkschaftslokale, die den Arbeiter_innen als Treffpunkte und soziale Zentren dienen, geschaffen werden. Ein Lokal wurde im Jahr 2005 in El Ejido eröffnet, ein weiteres im Jahr 2007 in der Kleinstadt San Isidro de Níjar, ca. 60 Kilometer östlich von Almería. C., ein aus Senegal stammender Arbeitsmigrant, gibt im Jänner 2010 an: „Es ist sehr wichtig, eine Gewerkschaft zu haben, einen Ort, wo man sich wiederfindet und frei von sich reden kann, von seinen Rechten reden kann. Es ist für uns unbedingt notwendig, eine Gewerkschaft zu haben; gleichzeitig ist es aber auch extrem schwierig, gute Ergebnisse zu erzielen. Man kann das Meer nicht mit den Händen aufhalten. Jeden Tag kommen die Leute her, um die Gewerkschaft um Hilfe zu bitten. Sie sagen, dass sie den ganzen Monat gearbeitet haben und ihr Chef sie nicht bezahlen will. Andere verlieren gerade ihre Wohnung, weil sie die Miete nicht bezahlen können. Manchmal kennen die Arbeiter_innen nicht einmal den Namen des Arbeitgebers; er weiß gerade mal, dass er Juan oder Paco heißt. Die Mehrzahl derer, die aus den subsaharischen Ländern kommen, sind Analphabeten. Sie können die Adresse ihres Chefs nicht angeben. Die Gewerkschaft versucht dennoch ihr Bestes, um den Arbeiter_innen zu ihrem Recht zu verhelfen.“ Hafid Arrachidi (vgl. Kapitel 2.1. bzw. 7.2.) über die SOC: „Derzeit muss man anerkennen, dass die SOC die einzige Gewerkschaft ist, die mit Migrant_innen arbeitet. Es ist die einzige Gewerkschaft, die Fort- und Weiterbildung sowie gewerkschaftliche Aktivitäten anbietet. Sie ist der einzige Anlaufpunkt für die Migrant_innen in dieser Zone. Es gibt keine massenhafte Beteiligung, aber es ist der einzige Ort, wo man sich treffen, debattieren und sich über seine Rechte informieren kann. Die Situation der Migrant_innen hier ist sehr schlimm. Ich unterstütze die Arbeit der SOC in dieser Gegend und hoffe, dass man in naher Zukunft die Voraussetzungen schafft, die es uns allen erlauben, aktiv am gesellschaftlichen Leben hier vor Ort und an der spanischen Gesellschaft im Allgemeinen teilzunehmen. Ich hoffe dass es uns gelingt, die Situation der Arbeiter_innen in der Region zu verbessern“ (vgl. Seite 291).

Mehrere Aktivist_innen der SOC gaben in Gesprächen und bei Arbeitstreffen an, dass die Organisierung der migrantischen Arbeiter_innen in Almería aufgrund der hohen Fluktuation der Mitglieder sehr schwierig sei. So berichtet Spitou Mendy, Gewerkschafter der SOC seit 2007, dass in Gewächshausbetrieben, in denen die Gewerkschaft anfänglich Fuß fassen konnte und Mitglieder oder Delegierte hatte, nach relativ kurzer Zeit die gesamte Belegschaft wechselte und ganz von

vorne begonnen werden musste. Laroussi El Morabiti, Aktivist der SOC seit 2001, der vor seiner Ankunft in Spanien in einer großen Mine in Marokko gewerkschaftlich aktiv war (vgl. Kapitel 7.2.), betont die großen Unterschiede zwischen den fordistischen Verhältnissen dort und der Prekarisierung sowie der starken Fluktuation in Almería: „In den Minen ist das Kollektiv in Raum und Zeit omnipräsent, die Kommunikation funktioniert einfach und schnell. Die Forderungen und der Kampf sind kollektiv. Hier in Almería herrscht die Zerstreuung und die Mobilität vor, das Problem der Papiere ist sehr dominant“ (Herman / Lamoulère 2006: 53. Übersetzung D.A.B.). Insgesamt hat die SOC in der gesamten Region ca. 800 Mitglieder. Frauen sind dabei in der eindeutigen Minderzahl. Um das zu ändern, und auch, um eine stabilere gewerkschaftliche Basis zu schaffen, wird von der SOC angedacht, auch in den größeren Betrieben der vor- und nachgelagerten Industrie aktiv zu werden. Dort sind viele Arbeiter_innen fix oder zumindest nicht als Tagelöhner_innen beschäftigt, der Anteil der Frauen ist um ein Vielfaches höher. Vor allem in der Gegend rund um El Ejido finden sich eine Vielzahl von Betrieben, die der Plastikproduktion und der Abpackindustrie zuzurechnen sind.

Arbeitsrechtliche Beratung – der Kampf gegen Lohnraub

Grundsätzlich beträgt der Kollektivvertrag für den landwirtschaftlichen Sektor in der Region Almería 43,12 Euro für einen achtstündigen Arbeitstag. Es wird immer wieder betont, dass Almería den schlechtesten Kollektivvertrag aufzuweisen hat, verglichen mit anderen Provinzen Andalusiens. Selbst dieser Kollektivvertrag wird aber oft nicht eingehalten; nicht selten kommt es auch dazu, dass Unternehmen den Arbeiter_innen ihren Lohn schlichtweg vorenthalten.

Die SOC widmet deshalb eines ihrer wichtigsten Arbeitsgebiete dem Kampf gegen Lohnraub. Seit dem Jahr 2006 wurde die Rechtsberatung der SOC professionalisiert. Im Jahr 2011 wurden bis zum Zeitpunkt des Gesprächs, also bis zum Monat Mai 150 Fälle von Lohnraub bearbeitet, im Jahr 2010 waren es insgesamt 249 Fälle. Insgesamt, so berichtet Laura Góngora, die die Rechtsberatung bei der SOC durchführt, wurden im Zeitraum zwischen 2006 und 2010 rund 1000 Fälle von Lohnraub erfolgreich bearbeitet. Oft handelt es sich bei den erstrittenen Beträgen um tausende, manchmal sogar zehntausende Euro. (Es komme beispielsweise nicht selten vor, dass für einen achtstündigen Arbeitstag 34 Euro statt, wie im Kollektivvertrag vorgesehen, 43,12 Euro bezahlt werden; über einen Zeitraum von 6 Jahren gerechnet ergibt sich somit ein Lohnraub von rund 15.000 Euro). Laut Sabrina Apicella, einer Praktikantin der SOC, habe im Jahr 2010 ein LKW-Fahrer, der regelmäßig die Strecke zwischen Almería und Stuttgart fährt und Gemüsewaren transportiert, mit Hilfe der SOC eine Summe von 40.000 Euro zurückbekommen.

Bei einem positiven Urteil verbleiben 10 % der erstrittenen Summe bei der SOC; falls die / der

Arbeiter_in seit mehr als sechs Monaten Gewerkschaftsmitglied ist, verbleiben nur mehr fünf Prozent bei der SOC. Die Durchführung eines Prozesses selbst ist für den / die Arbeiter_in kostenlos, die betroffene Person muss allerdings der SOC beitreten.

Auch wenn die Anzahl an erfolgreichen Fällen der Rückerstattung von Lohnraub für eine dermaßen marginalisierte Gewerkschaft wie die SOC recht hoch erscheint, ist es dennoch offensichtlich, dass das Gros der Fälle von Lohnraub im landwirtschaftlichen Sektor Almerías ungeahndet bleibt. Denn der Prozess des Einklagens von Lohnraub ist oft mühsam und langwierig. Selbst wenn erhebliche Summen eingeklagt werden können, befinden sich Gewerkschaft und Arbeiter_innen in einer defensiven Position und nur ein kleiner Teil der Landarbeiter_innen geht den Weg der Klage. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass es an den Arbeitnehmer_innen liegt, zu beweisen, dass es zu Lohnraub oder sonstigen Verstößen gekommen ist. Die meisten Arbeiter_innen, die vor Gericht ziehen, um Lohn zurückzufordern, tun dies erst, nachdem sie entlassen wurden. Es erweist sich oft als schwierig, Zeug_innen aus dem Betrieb zu finden, die im jeweiligen Fall zugunsten der betroffenen Arbeiter_innen aussagen. Grund dafür ist meist das gewerkschaftsfeindliche Umfeld in Almería.

Bevor ein Gerichtsverfahren angestrebt wird, kommt es in der Regel zu einem Treffen bei einer Schlichtungsstelle. Laura Góngora begleitet die Arbeiter_innen dorthin. Gerade bei undokumentierter Arbeit sei das Problem, dass die Arbeitgeber_innen oft leugnen würden, dass die fraglichen Arbeiter_innen jemals in ihrem Betrieb beschäftigt waren. In diesen Fällen sei es unabdingbar, Zeug_innen hinzuzuziehen. Laura Góngora berichtet, dass die Arbeitgeber_innen oftmals 3000 bis 5000 Euro in bar zum Schlichtungstermin mitnehmen, damit, wenn ein Verstoß nachgewiesen werden kann, der Konflikt ohne Verzögerung ad acta gelegt wird, und sie so einem Gerichtsurteil entkommen. Oftmals werde auf diese Art und Weise zwar ein großer Teil des geraubten Lohns, allerdings nicht der vollständige Betrag erstritten.

Oft besteht vor dem Gericht oder der Schlichtungsstelle dann die Situation, dass Aussage auf Aussage trifft. Denn sowohl der Betrieb als auch der die Arbeiter_in führen Listen über die abgeleisteten Arbeitsstunden. Sollte vor der Schlichtungsstelle keine Einigung erzielt werden, muss ein Gerichtsverfahren begonnen werden – bis zum Beginn eines solchen Verfahrens können allerdings drei bis vier Monate vergehen. Bis danach aus dem Gerichtsverfahren ein Urteil folgt, können weitere eineinhalb bis zwei Jahre vergehen – vor diesem Hintergrund wird also ersichtlich, dass Lohnraub, selbst wenn er eingeklagt wird, für Unternehmen eine effektive Methode ist, um über Monate oder Jahre Geld, das ihnen nicht zusteht, einzubehalten und sich so einen zinslosen Kredit anzueignen.

Laura Góngora berichtet, dass in Fällen von Lohnraub bei großen Betrieben oft Anwälte zur

Schlichtungsstelle oder zum Gerichtstermin kommen würden, nicht aber die Unternehmens-Inhaber_innen selbst; des weiteren würden die Betriebe von ihrer Interessenvertretung, der COAG, zu den Terminen begleitet.⁷⁶ Lediglich Besitzer_innen von kleineren Betrieben würden tendenziell selbst vor Gericht erscheinen – ihre Argumentationsschiene bei den Verfahren ist nicht selten, dass sie selbst von ihrer Arbeit nicht überleben können und schlicht kein Geld haben.

Góngora gibt an, dass sie in regelmäßigm Abstand, oft alle zwei Wochen, mit einem neuen Trick konfrontiert sei, wie Lohnraub in landwirtschaftlichen Betrieben vertuscht wird.

Ein weiteres Problem bestünde laut Góngora oftmals darin, dass ein Urteil zwar gewonnen wird, die Betriebe aber dennoch nicht bezahlen. In diesem Fall muss gerichtlich nachgehakt werden. Die gesetzlichen Regelungen nach dem Kollektivvertrag sehen vor, dass ein_e Arbeiter_in einen fixen Betrag bekommen muss, sobald sie / er mehr als zwei Saisonen beim selben Betrieb beschäftigt ist. Eine Saison umfasst den Zeitraum von September bis Juni. Im Juli und August werden in vielen Gewächshäusern die Kulturen ausgerissen und das Plastik gewechselt. Allerdings gibt es auch immer mehr Betriebe, die über das gesamte Jahr hindurch produzieren und auf diese Weise insgesamt vier Ernten einfahren. Dies sei ein Trend, der vor allem in der Region von Níjar, im sogenannten „Levante“ zu beobachten sei. Nicht ausgenommen von dieser Entwicklung sind die großen Bio-Betriebe der Region, wie z.B. „Bio-Sol“, die im Hochsommer hauptsächlich Melonen kultivieren (vgl. Kapitel 11.6.a.).

Als volle Beschäftigung über die Saison gilt es, wenn ein_e Arbeiter_in über 180 Tage im Jahr angestellt wird. Verstöße gegen den Kollektivvertrag treten beispielsweise dann zutage, wenn die Arbeiter_innen nicht über die volle Zeit der Arbeit angemeldet werden. Der Betrieb versucht Lohnnebenkosten, die pro Tag und Arbeiter_in 8 Euro betragen, zu sparen, indem Migrant_innen beispielsweise statt 20 oder 25 gearbeiteten Tagen pro Monat nur 10 oder 15 Tage angemeldet werden (ab einer Beschäftigung von 20 Tagen muss der Betrieb Sozialversicherungsbeiträge entrichten). Die Frage der gearbeiteten Tage spielt nicht nur für die Sozialversicherung der Arbeiter_innen eine große Rolle sondern auch für die Frage der Familienzusammenführung. Pro Familienmitglied, das nach Spanien nachgeholt werden darf, inclusive der eigenen Person, muss ein Einkommen von 320 Euro nachgewiesen werden. Wenn dieser Betrag auf dem offiziellen Lohnzettel aber unterschritten wird – selbst wenn der / die Arbeiter_in tatsächlich entsprechend viel gearbeitet hat – wird die Familienzusammenführung verweigert.

Oftmals kommt es laut Góngora zu Entlassungen nach wenigen Saisonen – also „rechtzeitig“ vor

⁷⁶ Zwischen der SOC und der COAG ist das politische Verhältnis äußerst gespannt. So berichtete Spou Mendy, dass Vertreter der COAG im Jahr 2009 das Gewerkschaftsbüro besuchten, um sie wegen ihrer offensiven Politik der Verteidigung von Migrant_innen verbal heftig zu kritisieren. Von Seiten der COAG wird die Haltung der SOC als offener Affront gegen die landwirtschaftlichen Unternehmen der Region angesehen.

dem Zeitpunkt, da Arbeitgeber_innen im Fall einer Entlassung Abfindungen zahlen müssten. Die SOC versucht gegen diese Motivkündigungen vorzugehen. Rechtliche Grundlage dafür ist die Vorschrift, dass nach zwei Saisonen ein fixer, unbefristeter Arbeitsvertrag aufgestellt werden muss. Im Fall Bio-Sol handelte es sich um solche Motivkündigungen, mittels derer versucht wurde, die Abfindungen von marokkanischen Arbeiterinnen einzubehalten (vgl. Kapitel 11.6.a.).

Als weiteres strukturelles Problem bezüglich der Ahndung von Verstößen gegen den Kollektivvertrag erweist sich die nicht ausreichende Anzahl von Arbeitsinspektor_innen in der Region. Für ganz Almería gibt es laut Laura Góngora nur 15 Arbeitsinspektor_innen. Zwar könnte auch mit einer kleinen Anzahl an Inspektor_innen ab und zu ein „Exempel statuiert“ werden, dies würde aber offensichtlich aufgrund von fehlendem politischen Willen nicht getan. Da die einzelnen Betriebe nicht verpflichtet sind, ihre Produktionsmengen offenzulegen, ist es laut Góngora sehr schwer, das Verhältnis zwischen objektiv notwendiger Arbeit einerseits und real angemeldeter Arbeit andererseits zu bestimmen und so dingfest zu machen, welcher Betrieb Lohnraub betreibt und welcher nicht.

Góngora gibt an, dass es sich bei dem Phänomen Lohnraub im landwirtschaftlichen Sektor von Almería nicht um Einzelfälle handeln würde, sondern dass man von einem strukturellen Zusammenhang zwischen dem Nicht-Ausbezahlen der Löhne und der Logik der industriellen Produktion sprechen könne. Oftmals werden Lohn-Rückstände über eine Dauer von ein bis zwei Jahren nicht beglichen – dann kommt es vor, dass der Arbeitgeber dem / der Arbeiter_in am Monatsende lediglich 100 Euro aushändigt, mit dem Versprechen, dass der Rest bald nachgezahlt würde, um die / den Tagelöhner_in weiter am Betrieb zu halten.

Bei der SOC trägt sich die Rechtsberatung mittlerweile selbst. Das bedeutet, dass über die Abgaben von 10 % bzw. 5 % bei gewonnenen Prozessen die Anstellungskosten für Laura Góngora übernommen werden können sowie des weiteren ihre Weiterbildung zur Rechtsanwältin finanziert werden kann. Diese ermöglicht es, dass sie Arbeiter_innen nicht nur zur Schlichtungsstelle, sondern auch zum Gericht begleitet (letzteres übernimmt bisweilen noch ein externer Anwalt, der von der SOC bezahlt wird). Góngora ist zum Zeitpunkt des Gesprächs halbtags bei der SOC beschäftigt. Montag bis Donnerstag bearbeitet sie Schlichtungsfälle, geht zum Arbeitsinspektorat, empfängt Arbeiter_innen im SOC-Lokal in Almería, erledigt die Buchhaltung und tätigt Überweisungen an Arbeiter_innen. Freitag ist sie mit ihrem Kollegen Abdelkader Chacha im Feld, bei Betrieben unterwegs.

Fremdenrechtliche Beratung

Laut Margarita Mora, die innerhalb der SOC für fremdenrechtliche Beratung zuständig ist, betreffen die am häufigsten gestellten Fragen in diesem Bereich den Wunsch, an Papiere zu kommen, Abschiebungen zu verhindern, Familienzusammenführungen zu ermöglichen bzw. den Zugang zu Sozialleistungen oder Wohnungsbeihilfen zu gewährleisten. Die Mitarbeiterin der SOC nimmt deshalb oft Termine bei der Ausländerbehörde wahr, wo sie zwar mit ihren Fällen nicht privilegiert behandelt würde, aber doch einen vergleichsweise einfachen Zugang zu den behördlichen Strukturen hat. Des weiteren bietet sie Unterstützung an, wenn es zu Übergriffen durch die Polizei kommt.

Um regularisiert zu werden, müssen entweder ein Arbeitsvertrag über mehr als sechs Monate oder entsprechende ökonomische Mittel nachgewiesen werden. Letzteres kann auch über ein Familienmitglied laufen, das ein entsprechend hohes Vermögen nachweisen kann. Die beantragende Person muss sich bereits seit mindestens zwei Jahren im Land aufhalten. Des Weiteren müssen Merkmale von „guter Integration“ sowie von „sozialer Verwurzelung“ vorgewiesen werden: Die antragstellende Person muss über ausreichende Spanischkenntnisse verfügen, darf keine Vorstrafen begangen haben, ein Gesundheitsausweis muss vorgelegt werden. Ausnahmen von dieser Regelung betreffen Opfer von Menschenhandel, Migrant_innen aus Konfliktregionen und Migrant_innen, die an Krankheiten leiden, die eine Abschiebung nicht zulassen.

Laut Margarita Mora besteht eines der Hauptprobleme der Umsetzung einer möglichen Legalisierung darin, dass das gegenwärtige Prozedere von den Arbeitgeber_innen extrem viele Papiere und Nachweise erfordert, sodass diese es oftmals ablehnen, ihre Arbeiter_innen bei einer Legalisierung zu unterstützen, auch wenn letztere bereits lange genug im Betrieb arbeiten, um einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Mora merkt an, dass das spanische Fremdenrecht, das „Ley de Extranjería“, ein Mittel für die ökonomische Ausbeutung von Migrant_innen sei und im Dienst der Interessen des Kapitals stehe. Die Gesetzgebung schaffe somit ein Klima der Angst – Migrant_innen würden angreifbar gemacht, sei es durch ökonomische Ausbeutung oder Polizeirepression. Viele Anwält_innen, auf die die Migrant_innen in Folge angewiesen sind, würden von dieser erpresserischen Situation profitieren. Bei der Antragstellung gäbe es extreme Hürden, die Situation sei für viele Migrant_innen äußerst zermürbend.⁷⁷

77 Wie hindernisreich und schwierig der Prozess der Legalisierung für MigrantInnen in Almería ist, zeigt der Newsletter von Winnie Medina von der SOC vom 8.6.2011: „Wir haben am 29. April gegen die lokale Ausländerpolitik mobilisiert und versucht, mit dem Regierungsvertreter hier vor Ort darüber zu sprechen, dass von Seiten der Behörden immer mehr Hindernisse zur Legalisierung des Aufenthaltsstatus aufgebaut werden. Es ist hier ja möglich, sich einen Aufenthaltsstatus zu beschaffen: wer drei Jahre Aufenthalt nachweisen kann und dazu einen mindestens einjährigen Arbeitsvertrag vorlegt, kann Arbeits- und Aufenthaltsrecht bekommen. Allerdings verzögern

Aufgrund der Tatsache, dass ein Arbeitsvertrag praktisch die Voraussetzung für einen gesicherten Aufenthalt ist, entstand über die letzten beiden Jahrzehnte in Almería ein gewaltiger Schattenhandel mit Arbeitsverträgen. Arbeitsverträge werden mittlerweile zu Preisen zwischen 5.000 und 13.000 Euro verkauft. Oftmals verschulden sich Migrant_innen für den Kauf eines Arbeitsvertrages in ihrem Heimatland. Nicht selten kommt es vor, dass der Kauf des respektiven Arbeitsvertrages die Person gar nicht näher an das gewünschte Ziel bringt: Wenn sich nach einer Prüfung der Wirtschaftlichkeit des fraglichen Betriebs durch die Ausländerbehörde herausstellt, dass bereits „zu viele“ Arbeitskräfte gemeldet sind, wird die Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt. Des weiteren sind Migrant_innen, die gezwungen sind, in Chabolas, also in Elendsbehausungen zu wohnen, gezwungen, eine gültige Meldeadresse zu kaufen, um einen Aufenthaltstitel zu erwerben. Ähnlich wie bei den Arbeitsverträgen verweigert die Ausländerbehörde, Papiere auszustellen, wenn an einer Wohnadresse bereits zu viele Menschen gemeldet sind. Diese Situation tritt aber leider häufig ein, da migrantische Communities oftmals nicht in „offiziellen Wohnungen“ eingemietet sind. Vielmehr sind Migrant_innen in vielen Fällen gezwungen, in überbelegten Wohnungen unterzukommen (Siehe Kapitel 7.3.).

Die SOC fordert gegenüber den politischen Entscheidungsträger_innen, dass Migrant_innen nach 5 Jahren das kommunale Wahlrecht erhalten sollen.

Alles in allem kann gesagt werden, dass es für Arbeiter_innen in den Gewächshäusern von Almería in der Regel einen großen Schritt bedeutet, aus der Nicht-Sichtbarkeit herauszutreten und die eigenen Rechte einzufordern. Wesentliche Faktoren für diesen Umstand sind das äußerst gewerkschafts- und migrationsfeindliche Umfeld, die Notwendigkeit, die Arbeitgeber_innen direkt zu konfrontieren, sowie in vielen Fällen auch das Fehlen von gewerkschaftlichem oder selbstorganisatorischem Know-How.

Daraus ergeben sich auch Grenzen und Frustrationen im Bereich der Arbeit der SOC. Im Interview gibt Winnie Medina, Aktivist der Gewerkschaft, zu bedenken, dass Arbeiter_innen oft nur ins Büro kommen würden, wenn sie ein dringendes Problem hätten, das gelöst werden muss. In diesem Sinn fungiere die SOC also als eine Art „Feuerwehr“. Es käme leider zu selten vor, dass neue, stabile Mitglieder oder Aktivist_innen gefunden werden; die Leute würden eher versuchen, sich so gut es geht durchzuschlagen, um nach einigen Jahren die Region zu verlassen. So betont auch Felix Hoffmann, dass die Mitgliedschaft bei der SOC oft eine „afiliación inconsciente“ bzw. passive

die lokalen Autoritäten die Bearbeitung wo sie können, so dass Leute auch bei vollständigem Vorlegen aller Dokumente noch bis zu neun Monate warten müssen, bis etwas passiert. Viele gehen daher in andere Provinzen, etwa nach Jaén, wo der ganze Ablauf auch nicht so undurchsichtig ist. Denn hier bekommt man oftmals nicht einmal Auskunft, warum keine Bearbeitung stattfindet“ (Medina 2011).

Mitgliedschaft (sei) (Hoffmann 2007: 14).

Das Verhältnis der SOC zur CC.OO

Die CC.OO ist im Gegensatz zur SOC Teil des europäischen Gewerkschaftsbundes sowie des globalen Gewerkschaftsbundes. Gemeinsam mit der UGT ist die CC.OO die stärkste Gewerkschaftskraft in Spanien. Beide Gewerkschaften zusammen halten rund 80 bis 90 % aller organisierten Arbeitnehmer_innen. Die CC.OO hat rund 1,2 Millionen Mitglieder und stellt rund 130.000 Betriebsräte_innen. Gewerkschaften werden in Spanien nach ihrer Vertretungsstärke vom Staat subventioniert. Bei den Betriebsratswahlen ist die CC.OO die stärkste Kraft in Spanien, gefolgt von der UGT.

Die CC.OO handelt in der Region von Almería die Kollektivverträge mit aus. Voraussetzung für solch eine Position ist eine Vertretungsstärke von über 10 % der Arbeitnehmer_innen. Diese Marke erreichen in Spanien lediglich die CC.OO und die UGT.

Bei einem Besuch des Büros der CC.OO im Mai 2011 geben die Vertreter_innen der Gewerkschaft an, dass das Thema der Migration sie bereits seit den 80er Jahren beschäftigen würde – damals arbeiteten in Katalonien eine Vielzahl an senegalesischen Arbeiter_innen in der Blumenindustrie. Die CC.OO bietet Rechtsberatung für illegalisierte Migrant_innen an. Ziel der CC.OO ist es, illegalisierte Arbeit zu legalisieren und „aus dem Schatten“ zu heben. Illegalisierte Migrant_innen können in die CC.OO aufgenommen werden, können sich allerdings nicht zu Betriebsratswahlen aufstellen lassen. Die CC.OO kritisiert ebenso wie die SOC, dass eine große Anzahl an migrantischen Vereinen von der Regierung bisher zu sehr nach dem „Gießkannenprinzip“ gefördert werden. Spanienweit gäbe es rund 28.000 Vereine von Migrant_innen – dies stehe einer kohärenten Organisierung der migrantischen Arbeitnehmer_innen tendenziell im Weg.

Im landwirtschaftlichen Sektor liegt der Organisationsgrad laut den Vertreter_innen der CC.OO leider weit hinter dem anderer Wirtschaftssektoren zurück – und das nicht nur in der Provinz von Almería. Diese Tatsache führt in Konsequenz wohl auch dazu, dass im landwirtschaftlichen Sektor die vergleichsweise niedrigsten kollektivvertraglichen Löhne bestehen. Die Landarbeit in Almería hält dazu noch den niedrigsten kollektivvertraglichen Lohn im andalusienweiten Vergleich. Prinzipiell gäbe es allerdings drei Ebenen der Vereinbarung zur Lohnhöhe: Als Basis einen staatlich festgelegten Mindestlohn, als zweite Ebene den jeweils geltenden Kollektivvertrag, und im Besten Fall eine individuelle, noch über dem Kollektivvertrag liegende Betriebsvereinbarung.

Die CC.OO betreibt in der Region von Almería mehrere Gewerkschaftslokale, so in der Provinzhauptstadt Almería, des weiteren in den Orten El Ejido, Roquetas des Mar und in Pulpi.

Die Organisierungsstärke der CC.OO im landwirtschaftlichen Sektor Almerías liegt mit insgesamt 500 bis 800 Mitgliedern allerdings auch nicht weit über dem der SOC.

Die CC.OO bemängelt wie die SOC die bei weitem zu geringe Anzahl an Arbeitsinspektor_innen für die Region.

Die CC.OO sieht weniger Probleme bei Großbetrieben der Region als bei den kleinen konventionellen Betrieben, die oft nur ein bis drei Arbeiter_innen beschäftigen und bei denen es sehr schwer ist, eine gewerkschaftliche Vertretung zu organisieren. Betriebsratswahlen seien erst in Betrieben ab sechs Arbeiter_innen möglich. Das Problem bei den kleinen Betrieben sei auch das Bildungsniveau, da die Betriebsinhaber_innen oft nicht wissen würden, welche Pflichten sie hätten. Im Fall von arbeitsrechtlichen Verstößen liege die Beweislast bei den Arbeiter_innen – sie müssen nachweisen, dass eine Form von Diskriminierung stattgefunden hat.

Die CC.OO tritt dezidiert nicht für offene Grenzen ein. Ihr Ziel ist es, Migration zu regulieren. Für die Regulation der Migrationsbewegungen gäbe es auch eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Regierung, mit dem Verband der Agrarunternehmen COAG, sowie der zweiten Mehrheitsgewerkschaft UGT. Ein Ergebnis aus dieser Zusammenarbeit war auch die Vereinbarung über die umstrittenen Herkunftsverträge oder „contratos en origen“ aus dem Jahr 2006 (vgl. Kapitel 7.2.).

Die CC.OO tritt laut eigenen Angaben prioritätär für die Rechte der spanischen Arbeitnehmer_innen sowie für diejenigen der migrantischen Arbeitnehmer_innen mit legalem Aufenthaltsstatus ein.

Illegalisierte Arbeiter_innen gehören allerdings auch zur Zielgruppe der CC.OO; dies in Bezug auf Arbeitsrechte aber auch in Bezug auf die Regularisierung aller Papierlosen. Migrantische Arbeiter_innen mit legalem Aufenthalt werden jedoch bevorzugt vertreten, da die CC.OO ein Interesse daran hat, dass sich die Anzahl der illegalisierten Migrant_innen in Spanien nicht noch mehr vergrößert. Angesichts der enorm hohen Arbeitslosenzahlen in Andalusien (29 % unter Spanier_innen, 35 % unter Migrant_innen, die einen legalen Aufenthaltsstatus haben) wäre es laut den Vertreter_innen der CC.OO verantwortungslos, die Grenzen zu öffnen. Darüber hinaus gäbe es in ganz Spanien rund eine halbe Million Migrant_innen ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. In Hinblick auf die Länder des globalen Südens wird von Seiten der CC.OO argumentiert, dass es ein „Recht, nicht zu emigrieren“ geben müsse. Das würde bedeuten, dass die respektiven Länder entwickelt werden müssen, um Emigration langfristig einzudämmen.

Die CC.OO schätzt die realen Möglichkeiten, das Modul GRASP von global G.A.P. als Werkzeug für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen migrantischer Arbeiter_innen zu nutzen, als recht gut ein (vgl. auch Kapitel 10). Auf diese Weise könne auf die Supermarktketten Coop in der Schweiz oder Billa in Österreich Druck aufgebaut werden, um die Einkaufspraxis der Supermarktketten zu

beeinflussen.

Eine weitere Zusammenarbeit mit der SOC kann sich die CC.OO gut vorstellen. Sinnvoll wäre ein runder Tisch mit der SOC, der CC.OO, verschiedenen Migrant_innen-Vereinen, dem Sozialforum Almería usw. An der Konferenz „À quelle prix les tomates“ (in etwa: „zu welchem Preis bekommen wir die Tomaten?“) in Brüssel nahmen Spitou Mendy von der SOC wie auch Paco Soriano von der CC.OO teil (vgl. Kapitel 11.1.).

Das Verhältnis zwischen der SOC und der CC.OO ist aber nicht so konfliktfrei, dass eine Zusammenarbeit ohne weiteres möglich wäre. So ist beispielsweise innerhalb der SOC die Ansicht verbreitet, dass die großen Gewerkschaftsverbände nicht mehr die Interessen aller Arbeiter_innen vertreten würden, da sie bereits in der politischen Hierarchie aufgestiegen seien und sehr viel mehr

mit Unternehmen und Politiker_innen auf nationaler Ebene zu tun hätten als mit den Arbeiter_innen vor Ort. Wie sich eine sinnvolle Synergie zwischen einer Gewerkschaft wie der SOC, die zwar an der Basis vertreten ist und dort auch genügend Glaubwürdigkeit besitzt, aber keine institutionelle Verhandlungsmacht innehaltet, und der CC.OO, die weniger an der Basis verankert ist, dafür aber in der Lage ist, institutionelle Entscheidungen zu beeinflussen, etablieren kann, ist indes offen.

Generell muss aber die Situation für die Mehrheitsgewerkschaften in Spanien als äußerst kritisch eingeschätzt werden; dies nicht zuletzt aufgrund der – zumindest im europäischen Vergleich – hohen Arbeitslosenzahlen: Die Arbeitslosenquote lag im April 2012 bei 24,3 %, der Prozentanteil der Personen unter 25 Jahren, die zum selben Zeitpunkt arbeitslos waren, betrug 51,5 % (vgl. Eurostat 2012). In diesem Sinn wäre es für die CC.OO durchaus sinnvoll, über alternative Organisationsformen nachzudenken bzw. auch über die Organisierung von Menschen, die aus dem Lohnarbeitsverhältnis gedrängt werden.

Verhältnis der SOC zu Migrant_innen-Vereinen der Region

Laut der Einschätzung von Spitou Mendy spielt eine große Anzahl an migrantischen Vereinen, die es in Almería gibt, eine problematische Rolle in Bezug auf die antirassistischen Organisierungskapazitäten in der Region. Denn die Vielzahl an Vereinigungen – organisiert nach Herkunftsländern sowie nach „Ortsgruppen“ – trage eher zur Zersplitterung der Arbeiter_innenklasse bei als zu deren gemeinsamer Artikulation. Eine kohärente Interessenvertretung der migrantischen Arbeiter_innen über Nationalitätengrenzen hinweg werde so enorm erschwert, so Spitou Mendy. Oft würden Machtkämpfe im Vordergrund stehen sowie die Konkurrenz um staatliche Förderungen. Letztere seien, so Mendy, auf eine Art bemessen, wie sie die Zersplitterung noch vorantreiben würden: es gäbe eine Vielzahl an Fördermöglichkeiten für kleine Vereine. Jeder Verein würde also nach seiner eigenen Logik funktionieren, die jeweiligen

Mitglieder seien im schlimmsten Fall gar nicht daran interessiert, breitere Bündnisse zu schmieden. Ein weiteres strukturelles Problem sei, dass der Großteil der Kommunikation innerhalb der jeweiligen Communities der Migrant_innen, meist aufgeteilt nach Herkunfts ländern, stattfindet. Auf diese Weise würde eine breitere Kommunikation und Bündnispolitik enorm erschwert.

In die gleiche Kerbe schlägt auch Hafid Arrachidi mit Bezugnahme auf die Ereignisse vom Jahr 2000: „Nach dem Jahr 2000 entstanden verwaltungsfreundliche Vereine. Die Behörden wollten keine Vereine, die fähig sind, Situationen zu analysieren und Rechte einzufordern. Sie unterstützten also Vereine als Gesprächspartner, die im Namen der Migrant_innen redeten, aber keinesfalls die Einwanderungspolitik in Frage stellten. Sie wurden nicht nur von der spanischen Verwaltung unterstützt, sondern auch von den Beamten der marokkanischen Konsulate. Sie stuften alle Vereine, die auf ihre Rechte pochten, als extremistische Organisationen ein.“

Gewerkschaftliche Repression

Die SOC Almería ist seit ihrem Entschluss, ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten in der Region aufzunehmen, mit Angriffen und Repression konfrontiert. Diese nehmen unterschiedlichsten Ausdruck und reichen von Ignorieren der Forderungen seitens der Behörden bis hin zu physischen Bedrohungen und Übergriffen gegen Aktivist_innen und Mitglieder der Gewerkschaft. Im Februar 2005, fünf Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen, wurde ein vierzigjähriger marokkanischer Landarbeiter, der Mitglied der SOC war, in El Ejido auf offener Straße ermordet. Ohne jegliche Untersuchung des Vorfalls vertraten Polizei und lokale Medien die Auffassung, es habe sich um einen Konflikt im Drogenmilieu gehandelt, ein rassistischer Hintergrund für die Tat sei hingegen ausgeschlossen – diese Interpretation der Vorgänge wurde auch vom Delegierten der Zentralregierung (Subdelegado del Gobierno) vertreten. Die Verantwortlichen der SOC betonten hingegen mit Nachdruck, dass Azzouz Hosni absolut nichts mit Drogen zu tun hatte – er arbeitete seit fünf Jahren in El Ejido in den Gemüsetunnels oder auf dem Bau und wohnte in einer Hütte aus Plastikresten. Für die SOC stand fest: es war eine rassistische Mordtat und der traurige Höhepunkt einer Reihe von Gewalttaten gegen Migrant_innen in den Monaten davor.

Das Europäische Bürger_innen Forum lancierte nach der Ermordung des SOC-Mitglieds eine Briefkampagne an den damaligen Präsidenten Spaniens, José Luis Rodríguez Zapatero, sowie an den Delegierten der Zentralregierung in Almería. Darin wurde gefordert, dass der Mord lückenlos aufgeklärt werde, dass die Zeug_innen von rassistischer Gewalt von offizieller Seite geschützt werden müssen und dass sich „das menschliche und politische Klima in der Region von Almería dahingehend (verändert), dass die Immigrant_innen ein menschenwürdiges Leben führen können“ (Beibrief zu Archipel Nr 126, April 2005).

Knapp einen Monat nach dem Mord an Azzouz Hosni sollte in El Ejido eine Demonstration gegen rassistische Gewalt stattfinden, die jedoch von Juan Enciso, dem damals amtierenden rechtsextremen Bürgermeister von El Ejido unter Beihilfe des Delegierten der Zentralregierung in Almería, einem „Sozialisten“, nicht genehmigt wurde.

Am 22. Dezember 2010 kam es in El Ejido zu einem gewalttätigen Angriff auf das Lokal der SOC. Eine Gruppe spanischer Männer attackierte das Lokal, in dem gerade eine gewerkschaftliche Versammlung marokkanischer Arbeiter_innen stattfand, mit Steinen. Die Frontscheibe der Eingangstür ging dabei zu Bruch, zum Glück wurde niemand verletzt. Einer der Aggressoren konnte bei der Flucht festgehalten und der Polizei übergeben werden. Danach ergaben sich allerdings die wohlbekannten Probleme der gerichtlichen Verfolgung rassistischer Übergriffe. Der Angeklagte drohte mit Hilfe seines Vaters, die SOC-Mitglieder zu verklagen, da sie ihn nach dem Vorfall festgehalten hatten. Die Verlaufsform dieses Falles ist typisch für Verfahren bezüglich rassistischer Straftaten, die in Almería begangen werden und entsprechen den sozialen Kräfteverhältnissen in der Region.

Reflexion, aktuelle Probleme und Ziele

Obwohl die gewerkschaftliche Repression im Kontext des institutionellen Rassismus und des Alltagsrassismus in Almería nach wie vor ein wesentliches Hindernis für eine effektive Arbeit der SOC ist, gibt es gleichzeitig die Einschätzung, dass die Gewerkschaft in der Region nicht mehr so sehr als Feindbild gesehen wird wie im Jahr 2000. Dies äußert sich darin, dass die SOC von institutioneller Seite als Gesprächspartner akzeptiert wird und beispielsweise bei der Entwicklung von Soziallabels in die Diskussion miteinbezogen wird (vgl. Kapitel 10).

Die SOC benennt in ihrem Newsletter vom 14.8.2011 folgende Handlungsfelder, auf die die Aktivist_innen ihre Arbeit konzentrieren wollen: „Die Herausforderungen, vor denen wir aktuell stehen, gliedern sich in drei wichtige Bereiche: Erstens, das Funktionieren der Beratungsstellen sowie die gewerkschaftlichen Besuche in den Gewächshäusern aufrecht zu erhalten. Zweitens, die Strategie auszuweiten, mittels der Einbeziehung der europäischen Konsument_innen Druck auf die Einkäufer der Gemüsewaren auszuüben. Und drittens zu erreichen, dass unsere Mitglieder die Angst überwinden und Gewerkschaftssektionen in allen Betrieben gründen“ (SOC 2011c). Der letzte der drei Punkte ist auch des öfteren Gegenstand interner Kritik: Oftmals wird von Aktivist_innen der Gewerkschaft bemängelt, dass die SOC zu wenig offensiv in Betriebskonflikte eingreifen würde. Das möglicherweise unzulängliche Engagement der Gewerkschaft in dieser Richtung wird im Kontext der sehr begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen der SOC diskutiert. Die Equipe der Gewerkschaftssektion in Almería ist über Jahre nicht wesentlich stärker geworden.

Arbeitsausfälle durch politische Reisen, Krankenstände o.ä. verursachen also in nicht wenigen Fällen Engpässe, die die Arbeit der SOC in wesentlichen Bereichen blockieren können.

Zudem stellt sich die Frage der Organisierung einer Nachfolge für Gewerkschaftsaktivist_innen, die die SOC verlassen.⁷⁸

All das macht klar, auf welch dünnem Eis sich die SOC in Almería bewegt – sei es in ökonomischer oder personeller Hinsicht bzw. in Hinsicht auf das gewerkschafts- und migrant_innenfeindliche Klima in der Region.

Externe Unterstützung und Kampagnenarbeit im Themenbereich Landwirtschaft und Migration

Im Folgenden soll diskutiert werden, auf welche Weise NGOs und politische Gruppen, die nicht in der Region ansässig sind, Arbeitskämpfe im industriellen Landwirtschaftssektor Almerías verstärken und katalysieren können, wie sie Öffentlichkeit herstellen, gegebenenfalls Erfahrungen vermitteln und vernetzen können. Ich stelle die These voran, dass externe NGOs und internationalistische Gruppen eine wichtige Rolle in den Kämpfen vor Ort spielen und so zu einem relevanten Faktor werden. Olaf Bernau betont in seinem Artikel „Runter vom Beobachtungsturm“ aus der Zeitschrift „Analyse und Kritik“: „Nicht nur politisch, auch materiell und strategisch ist der Erfolg sozialer Kämpfe maßgeblich davon abhängig, inwieweit externe Unterstützung mobilisiert werden kann“ (Bernau 2009). In erster Linie bedeutet das Organisieren von globaler Solidarität, die lokalen Kämpfe in ihrer jeweiligen Autonomie zu respektieren und Brücken zu bauen. Eine wichtige Funktion von Kampagnenarbeit besteht immer wieder darin, „Wasserstandsmeldungen“ über die aktuelle soziale Situation am Ort des Geschehens medial zu verbreitern. So kann eine größere Anzahl an Aktivist_innen und Interessierten in die Debatte darüber eingebunden werden, welche nächsten Schritte in einer Kampagne möglicherweise sinnvoll sind. In Bezug auf die Arbeitskämpfe in der industriellen Landwirtschaft Almerías vertritt Felix Hoffmann die Auffassung, dass die „sozialen und räumlichen Isolations- und Ausbeutungsmechanismen, denen die Immigrant_innen in der Gegend unterworfen sind, (...) nur durch eine internationale Öffentlichkeit durchbrochen werden (können)“ (Hoffmann 2007: 9 ff). Auch wenn externe Kampagnenarbeit wesentlich dazu beigetragen hat und nach wie vor dazu beiträgt, dass die SOC in der Region arbeiten kann, muss

78 Für den Prozess der Suche neuer hauptamtlicher Gewerkschafter_innen wurde ein Kriterienkatalog aufgestellt, der besagt, dass ein_e SOC-Gewerkschafter_in u.a. folgende Eigenschaften aufweisen sollte: möglichst hohe Sprachkenntnisse für die Kommunikation mit den Arbeiter_innen vor Ort sowie mit internationalen Journalist_innen (spanisch, arabisch, französisch, englisch, wolof, deutsch), der Besitz eines Führerscheins, Erfahrung in gewerkschaftlicher Arbeit, in den Treibhäusern oder Abpackbetrieben oder einer NGO, ideologisch der SOC nahestehend. Des weiteren soll die Person bereits eine gewisse Zeit in der Region gelebt haben, gute organisatorische Fähigkeiten sowie Fähigkeit zur Arbeit im Team mitbringen. Die Priorität liegt auf der Einstellung einer Frau. Vor diesem Hintergrund entschloss sich die SOC Jahr 2008, Gewerkschaftsausbildungskurse für junge Arbeiter_innen zu beginnen. Ob diese Strategie erfolgreich sein wird, ist allerdings noch offen.

dennoch konstatiert werden, dass die Auseinandersetzungen in Almería während der letzten zehn Jahre nicht über ultra-defensive Kämpfe hinausgegangen sind. Im Folgenden soll versucht werden, die Errungenschaften und Grenzen von externer Kampagnenarbeit grob zu skizzieren. Entsprechende Überlegungen beziehen sich vor allem auf die Arbeit des Europäischen Bürger_innenforums.⁷⁹

Die Strategien der Kampagnenarbeit des EBF bestand stets darin, an verschiedenen Punkten der Wertschöpfungskette aktiv zu sein und darauf zu achten, dass sich die jeweiligen Aktivitäten in geeigneten Momenten wechselseitig verstärken. Dabei war es stets zentral, Adressat_innen zu finden, die die Impulse der Kampagnenarbeit aufgreifen und so einen gewissen „Resonanzboden“ schaffen können – seien es kritische Konsument_innen, bürgerliche Organisationen oder Gewerkschaften. Wichtig ist des weiteren der Bezug zu medialer Öffentlichkeit: Die verschiedenen Aspekte des Sammelns und Publizierens von Informationen sowie der Zusammenarbeit mit Journalist_innen wird im Kapitel 11.4. behandelt werden.

Zentrales Anliegen war allerdings stets, zu gewährleisten, dass zwischen dem EBF und der SOC Kontinuitätsfäden gesponnen werden, die es erlauben, ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis aufzubauen. Aus diesem Grund entstand der Impuls, die SOC dabei zu unterstützen, soziale Zentren in der Region Almería aufzubauen. Durch die Vermittlung dieses pragmatischen Anliegens gegenüber Spender_innen, so die Überlegung der Aktivist_innen des EBF, würde der unmittelbaren Bedrängnis, in der sich die SOC befindet, Rechnung getragen sowie (politische) Glaubwürdigkeit hergestellt, indem Verantwortung übernommen wird. Das Sammeln von Spenden für die Arbeit der SOC wurde auch stets verstanden als Beitrag zu einer globalen sozialen Umverteilung von Reichtum. Ziel ist es nach wie vor, den vor Ort Aktiven ein Stück weit (ökonomisch) den Rücken frei zu halten, damit eine Entfaltung ihrer politischen Potentiale möglich wird.

Bei transnationalen Organisierungsprozessen erweist es sich als wichtig, dass persönlichen Begegnungen höchste Priorität zugemessen wird, sei es durch Delegationsreisen oder gemeinsame Aktionen und Mobilisierungen. Persönliche Zusammentreffen können nicht durch Skype-Konferenzen und Mailing-Listen ersetzt werden.

Durch die lebensweltliche Dimension der Lebensmittelproduktion und durch die Tatsache, dass für die meisten Menschen der Gang in den Supermarkt bzw. der Kauf von Obst und Gemüse aus südlichen europäischen Ländern alltäglich ist, war es vergleichsweise einfach, die Kampagneninhalte logisch zu vermitteln. Der Taktgeber für die Planung der Kampagnenarbeit blieb

79 Neben dem EBF (2000a, 2000b, 2002, 2004) haben sich auch die politischen Gruppen bzw. NGOs NoLager Bremen (NoLager Bremen/EBF 2008), Greenpeace, ATTAC (vgl. Khor et al. 2005), das INKOTA-Netzwerk (2008) oder Weed (2006) dem Themenkomplex der industriellen Landwirtschaft in Almería gewidmet.

stets die SOC, wie die Aktivist_innen der Gewerkschaft auch selbst bestimmten, in welchen Bereichen ihrer Arbeit das Geld aus der Solidaritätsarbeit eingesetzt würde. Neben diesen ökonomischen Aspekten der Solidarität war es stets wichtig, politische Aufmerksamkeit in die Region zu lenken, wenn es zu gewerkschaftsfeindlichen oder rassistischen Übergriffen kam. Das EBF organisierte auch immer wieder öffentliche Aktionen, um auf die Lebens- und Arbeitsbedingung von Migrant_innen in Almería hinzuweisen. So beispielsweise im Jahr 2004 als Intervention auf der Messe „Fruit Logistica“, die ein Mal jährlich im Februar in Berlin stattfindet. Dort versuchte eine kleine Gruppe mit einer „Vogelscheuche gegen Sklaverei in der modernen Landwirtschaft“ auf die Produktionsbedingungen in Almería sowie in anderen Produktionsregionen Europas aufmerksam zu machen. Die Gruppe protestierte auch gegen den Empfang des Bürgermeisters von El Ejido, Juan Enciso, der den Rassismus in der Region durch seine Aussagen und politischen Entscheidungen immer wieder verschärfte (vgl. Ulenkrug 2004).

Darüber hinaus sollte in der Kampagne des EBF das Thema der Überausbeutung migrantischer Arbeit generell aufs Tapet gebracht werden. Denn letztlich ist der landwirtschaftliche Sektor nur einer von einer ganzen Reihe an Sektoren, die von der Verfügbarkeit von billiger migrantischer Arbeitskraft abhängen. In diesem Sinn wurde immer wieder Bezug genommen auf Kampagnen, die mit den Arbeitsbedingungen in den Bereichen Textilindustrie, Bau oder Gastgewerbe befasst sind. Die Kampagne des EBF beschäftigte sich aber auch mit der generellen Frage, wie die globale Landwirtschaft organisiert, wie produziert und konsumiert werden solle und welche Alternativen es zur agrarkapitalistischen Produktionsweise gibt. Diese Frage wurde beispielsweise beim Aktionstag „g8 und Landwirtschaft“, der während der Proteste gegen den g8-Gipfel in Heiligendamm vom Juni 2007 stattfand, diskutiert (vgl. auch Kapitel 11.5.). Außerdem wurden wichtige politische Allianzen mit Verbänden der biologischen Landwirtschaft geknüpft. So besuchte beispielsweise eine Reisegruppe von Biobäuerinnen und Biobauern aus Österreich die SOC in Almería (vgl. Bio Austria 2007). Auf diese Weise bot sich die Gelegenheit, die Themen Antirassismus und globale Solidarität in kritische Landwirtschaftsbewegungen einzubringen.

Im nun folgenden Kapitel sollen verschiedene Kampagnen, die sich kritisch mit Supermärkten und Discountern befassen, diskutiert werden. Allem voran geht es um die Diskussion der sogenannten Lidl-Kampagne von ver.di sowie weiterer kritischer Supermarktkampagnen. Der spezielle Fokus liegt auf der Frage, ob es möglich ist, Kampagnen, die sich mit den Produktionsbedingungen in den sogenannten Ursprungsländern der Supermarktwaren beschäftigen, mit Kampagnen, die das Ziel verfolgen, die Arbeitsbedingungen in den Filialen der Supermärkte und Discounter zu verbessern, zusammenzubringen.

11.3. Die Lidl-Kampagne von ver.di und kritische Supermarktininitiativen

Im Folgenden soll zunächst die Kampagne gegen Lidl behandelt werden, die von der Gewerkschaft ver.di, von den NGOs Weed, ATTAC, INKOTA, der Clean Clothes Campaign und Greenpeace sowie von kirchlichen Organisationen in den Jahren 2004 bis 2008 geführt wurde. Dabei soll zunächst die Entstehungsgeschichte und die gesellschaftliche Einbettung der Kampagne beschrieben, danach die gemeinsamen und unterschiedlichen politischen Ziele der Akteur_innen analysiert werden. Grundlage für die nun folgenden Überlegungen sind Interviews mit Vertreterinnen von ver.di, ATTAC und Weed. Die unterschiedlichen Arten der Supermarktkampagnen verfolgen meist die Strategie des *naming and shaming*, also des Benennens und Denunzierens von sozialen und ökologischen Missständen bei Unternehmen. (vgl. Bormann/Knierzinger 2009: 19).⁸⁰ Die Vertreter_innen der Gewerkschaften und NGOs wurden zu den Inhalten des *naming and shaming* sowie zu den konkreten Strategien und Vorgehensweisen in den Kampagnen befragt.

Geschichte und gesellschaftlicher Kontext der Lidl-Kampagne

Zur Geschichte der Lidl-Kampagne betont Sarah Bormann, die in dieser Zeit bei der entwicklungspolitischen NGO Weed arbeitete: „Der Hintergrund war, dass es im Jahr 2004 / 2005 ein gemeinsames Projekt von ver.di und Weed gab, bei dem eine Broschüre zu Globalisierung und Discountierung im Einzelhandel erstellt wurde. Wir haben diese Broschüre im Auftrag von ver.di erarbeitet. Es gab aber auch Arbeitstreffen, bei denen die Zwischenergebnisse gemeinsam diskutiert wurden. Mit dieser Broschüre sollte dann Bildungsarbeit innerhalb von ver.di gemacht werden. Wenn es also Betriebsratsschulungen gab, wurden wir von Weed dazugeholt und dann wurde zu eben diesem Thema ein gemeinsamer workshop gemacht. Das war also noch, bevor die Lidl-Kampagne eigentlich losging.“ Auf diese Weise wurde die Grundlegung für die Kampagne geschaffen. Bormann weiter: „Das heisst also, dass wir im Prinzip sehr früh das Thema Globalisierung im Einzelhandel und seine Auswirkungen thematisierten; dabei haben wir auch die Frage der Zulieferketten in unsere Arbeit miteinbezogen.“ Die Notwendigkeit für solch einen

80 Folgende Internetseiten und Webportale widmen sich dem Thema der Kritik an Supermärkten:

<http://www.bewusstkaufen.at/>
<http://www.unfairen-einkauf-stoppen.de>
<http://www.supermarktmacht.de>
<http://supermarktaktionstag.blogspot.com>
<http://www.fairer-agrarhandel.de>
http://www.forumcivique.org/de/thema/landwirtschaft_und_migration
<http://www.agrisodu.ch/>
<http://www.supermarktmacht.de/>

Schritt sei in diesen Jahren bereits sehr hoch gewesen: Bormann betont, dass rund um das Jahr 2000 die Discounter in Deutschland plötzlich extrem an Bedeutung gewonnen hatten – in den Jahren 2003 / 2004 hatten sie die 40 %-Marke des Marktanteils im Lebensmitteleinzelhandel überschritten. Zur allgemeinen Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel meint Moritz Lange, der im Jahr 2007 für ver.di in der Lidl-Kampagne arbeitete: „Der Discounter wurde also von einem Randsegment – mit dem „traditionellen“ Discounter Aldi – zum Standard-Supermarkt; die Discounter halten mittlerweile rund 50 % des Umsatzes im Lebensmittelbereich. Dieser Prozess hat also in den 00er Jahren richtig an Geschwindigkeit gewonnen – und ver.di ist es gelungen, zu thematisieren, was mit 'billig' verbunden ist.“ Lidl sei dadurch doch ziemlich in die Bredouille gekommen.

Der gesellschaftliche Kontext der Lidl-Kampagne hat zentral mit dem Abbau sozialer Sicherungssysteme und dem Ausbau des Niedriglohnsektors in vielen europäischen Ländern, allen voran Deutschland, zu tun. So betont Jutta Sundermann von ATTAC: „Der Kontext, in dem unser Engagement in der Lidl-Kampagne zu sehen ist, war, dass wir uns ja bereits in den Jahren davor intensiv mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit – einhergehend mit der Einführung von Hartz IV – auseinandersetzt haben sowie mit der Tatsache, dass es viel mehr Leute gibt, die mit viel weniger Geld über die Runden kommen müssen. Wir haben uns auch damit auseinandersetzt, dass der Billig-Wahn begleitet wird von einem Billig-Hype in den Medien, mit Slogans wie „Geiz ist geil“. Wir haben dann begeistert die Publikation des ersten Schwarzbuches Lidl registriert, das ja ver.di herausgebracht hat. Gleichzeitig war Weed, als eine unserer Gründungsorganisationen, zu dieser Zeit auch nahe am Thema Discountierung dran. Wir haben dann zusammen überlegt, ob wir die Prozesse, die da gerade laufen, nicht nutzen könnten, um verstärkt an die Öffentlichkeit zu kommen.“

Sundermann betont, „dass in ATTAC auch viele organisiert sind, die's nicht so dick haben, viele, die auch von dem damals neuen Instrument Hartz IV betroffen waren und die dann auch gesagt haben, 'wir haben oft kaum eine Alternative, als zu Discountern einkaufen zu gehen'. Diese ATTAC-Mitglieder haben dann darauf bestanden, dass wir auch darüber diskutieren, welche Tendenz da zur Durchsetzung kommt: Die Billigpreise führen ja letztlich dazu, dass Sozialpolitiker_innen sagen können, wir setzen diese Sätze so niedrig an. Es ist auch sehr bedenklich, dass Deutschland im europäischen Vergleich das Rekordhalter-Land in Bezug auf niedrige Lebensmittelpreise ist. Deutschland hat auch die niedrigsten Pro-Kopf Monatsausgaben für Lebensmittel in Relation zum verfügbaren Budget. Zum einen kann man sagen, dass es sich natürlich immer um individuelle Konsumententscheidungen handelt, zum anderen sind diese Billig-Praxen aber gesellschaftlich tief verankert; es ist also ein großes Problem, dass niemand Geld für sein Essen ausgeben will, und

stattdessen das Geld für einen teuren Urlaub, ein teures Auto oder die neueste Kommunikationstechnologie zurücklegt.“

Zur Verankerung der „Billig-Mentalität“ als Ausdruck der imperialen Lebensweise (vgl. Kapitel 4.1.4.) in der Bevölkerung meint Sundermann: „Im Gespräch mit Lidl haben wir immer wieder den zynischen Kommentar gehört: 'Wir machen ja nur, was der Kunde will.' Das ist schon allein aufgrund der Tatsache, dass Lidl in unserem Kampagnenjahr auf Platz zwei der Unternehmen mit den höchsten Werbeausgaben stand, nicht richtig. Lidl schaltet also regelmäßig vierfarbige doppelseitige Anzeigen in verschiedenen Tageszeitungen. Zentraler Punkt ist bei der Werbung von Lidl natürlich immer der Billig-Faktor. Wir haben das z.B. zu spüren bekommen, indem Zeitungen in gewissen Städten über unsere Aktionen lediglich geschrieben haben: 'ATTAC protestiert gegen die Billig-Strategien eines Discounters', um so nicht die Gunst von Lidl zu verspielen.“

Jutta Sundermann über den politischen Kontext für die Kampagne: „Unser Punkt war, dass wir gesagt haben, wir können unsere Kampagne aufrollen aus der Kund_innen-Perspektive, aber auch aus der Perspektive von kritischen Bürgerinnen und Bürgern, die sagen, 'da mischen wir uns jetzt ein!', oder 'Wir fordern, dass sich das ändert!' Der Punkt war, dass wir gar nicht in erster Linie an Lidl appellieren wollten, um zu sagen 'Hallo Lidl, mach doch bitte ein bisschen besser'; wir appellieren schon in erster Linie an die Politik, die nämlich Rahmenbedingungen vorgeben muss, die Dinge auch untersagen muss und die auch Sanktionierungen vorsehen muss, wenn z.B. Betriebsräte systematisch unterdrückt werden – aber eben auch, wenn Menschenrechtsverletzungen entlang der Werkschöpfungskette passieren.“

Sundermann erwähnt, dass bei denjenigen Konsument_innen, „die Lidl-Beschäftigte oder ehemalige Lidl-Beschäftigte persönlich kannten, (...) sich die Einsicht leichter durch(setzte), dass billig einkaufen eine Kehrseite hat – dass daraus geringe Löhne und hoher Arbeitsdruck sowie üble Arbeitsbedingungen resultieren. Es ist ja nicht nur, dass keine Betriebsräte erlaubt sind, du wirst auch ständig bespitzelt, dir wird unterstellt, Ladendiebin zu sein usw. Es war ja auch erst nach der Kernphase unserer Kampagne, dass die Kameraüberwachung öffentlich geworden ist – dadurch wurde wieder einmal bestätigt, was abgeht, und der Film 'die Billigheimer' wurde dadurch in die Wiederholung gebracht“ (vgl. auch Tomic 2005).

Sundermann erwähnt, dass in der Zeit des Starts der Kampagne ein großes Thema war, wie es mit den GATS-Verhandlungen weitergeht. Es sei in diesem Zusammenhang auch namentlich bekannt gewesen, dass deutsche Unternehmen wie etwa Metro großes Interesse daran hatten, große Märkte für ihre Verkaufsstrategie auch weit weg von Europa zu erschließen – es gab laut Sundermann damals auch einige anschauliche Beispiele dafür, welche Auswirkungen die Ansiedlung eines Einzelhandelsgiganten wie Metro in verschiedenen Ländern hatte. Der entsprechende Konzern

könne seine Filialen einfach aufpflanzen; mittels der Verfügbarkeit einer globalen Logistik haben diese Konzerne schlagartig einen gewaltigen Wettbewerbsvorteil und können Kleinhändler_innen, die vor Ort bislang produziert und ihre Produkte verkauft hatten, vom Markt drängen.

Sundermann über die Allianzenbildung und den Anlass, mit ATTAC in die Kampagne einzusteigen:
„Wir fanden es dann spannend, uns im Austausch mit ver.di, aber nicht ganz eng angebunden an ver.di, mit den sogenannten „hard discountern“ auseinanderzusetzen. Denn es gibt ja da viele Gemeinsamkeiten: Vieles, was wir an Lidl kritisieren haben, gilt natürlich auch für Aldi, Penny & co. Lidl hat aber in ein paar Bereichen sicher noch besondere Aufmerksamkeit verdient, weil dort einfach ganz brachial gegen Betriebsräte vorgegangen wird, weil Lidl ganz besonders auffällt mit Preisdumping und hammerharten Verhandlungsstrategien überall am Markt.“

Zielsetzungen und Ansprüche der Kampagne

Sarah Bormann berichtet, dass es zu Beginn der Kampagne bereits den theoretischen Anspruch gab, Ausbeutung und Widerstand entlang der Wertschöpfungskette zu thematisieren: „In der Broschüre haben wir zwei Beispiele nachverfolgt: Bekleidung – was aufgrund des Projekts „X-Chains“ der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung TIE (auch in Kooperation mit ver.di)⁸¹ sowie aufgrund der Kampagne der Clean Clothes Campaign naheliegend war – und Orangen.“ Dennoch hätte sich die Umsetzung dieses Anspruchs zunächst schwierig gestaltet: „Das Interesse 2004 / 2005 war also erstmal, ein Thema der Globalisierung für die Arbeit mit Betriebsräten aufzuarbeiten. Oft sind wir dabei aber noch nicht bis an den Punkt vorgedrungen, dass wir konkret über Solidaritäten entlang der Wertschöpfungskette nachgedacht haben – das hat dann eher erstmal so ausgesehen, dass man etwas aus der Perspektive des „Südens“ erzählt hat. Bei einigen Workshops hatte ich das Gefühl, dass man doch noch eine Einheit zu Rassismus machen hätte sollen, weil doch sehr schnell starke Stereotype aufkamen – wir hatten also mit anderen Worten viel mit der Basis-Bildungsarbeit zu tun. Da war noch kein Raum für weitergehende strategische Debatten.“

Die Diskussion, ob mittels einer Kampagne zum Thema Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel eine weitergehende Politisierung der sozialen und ökologischen Verwerfungen im Lebensmittelbereich bis hin zur Produktion in Gang gesetzt werden könne, stand bei den verschiedenen Akteur_innen mehr oder weniger stark auf der Agenda. Dabei waren die Inhalte, die Gewichtungen und Prioritäten immer umkämpft und wurden im Prozess neu

⁸¹ Das Projekt X-Chains von TIE (in Kooperation mit ver.di) hat sich zum Ziel gesetzt, einen gewerkschaftlichen Austausch zwischen Betriebsräten von H&M in Deutschland und Textilarbeiter_innen bzw. Gewerkschafter_innen dieses Sektors aus Bangladesch und Sri Lanka herzustellen. Die Begegnungsreisen verfolgten unter anderem das Ziel, genau rückverfolgen zu können, welche Marken wo produziert werden. Denn dies stellt erst die Grundlage her, transnational gewerkschaftlich handlungsfähig zu werden.

ausgehandelt. Wie die Möglichkeiten einer Solidarisierung von Lohnabhängigen entlang der Wertschöpfungskette von den unterschiedlichen Akteur_innen eingeschätzt wurden, soll im folgenden diskutiert werden.

Die Lidl-Kampagne von ver.di

Nach den Vorarbeiten von Weed und ver.di zum Thema Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel startete ver.di im Jahr 2004 seine Kampagne gegen den Discounter Lidl. Ver.di führte eine Kampagne, die in Hinblick auf die Wirksamkeit im öffentlichen Diskurs als sehr erfolgreich gelten kann. Breit rezipierte Publikationen der Gewerkschaft waren das „Schwarzbuch Lidl- Deutschland“ (Giese / Hamann 2004) sowie das „Black book on Lidl in Europe“ (Hamann 2006).

Die Kampagne startete im Dezember 2004 mit der Präsentation des Schwarzbuches Lidl Deutschland. Darauf folgten Aktionswochen, Kunden- und Beschäftigtentage; des weiteren wurden nationale und internationale Aktionstage organisiert, sowie Tagungen und Kongresse durchgeführt (Wohland 2008: 14).

Im Juni 2006 wurde dann das Schwarzbuch Lidl Europa veröffentlicht. Es schalteten sich weitere NGOs und kirchliche Initiativen ein, entwicklungspolitische Gruppen – neben Weed auch das Netzwerk INKOTA – des weiteren ATTAC und Greenpeace.

Das Hauptziel von ver.di war von Beginn an die Gründung von Betriebsrät_innen bei Lidl. Laut Wohland existierten zu Beginn der Kampagne in den insgesamt 2.700 Filialen nur sechs Betriebsrät_innen bundesweit (vgl. ebd.).

Innengewerkschaftliches Vorbild für die damals anvisierte Druckkampagne von ver.di war die erfolgreiche Schlecker-Kampagne der Jahre 1994 / '95. Wohland betont, dass die „Schlecker Kampagne (...) sich sehr früh schon positiv auf die 'Justice for Janitors'-Kampagne der US-amerikanischen Gewerkschaft SEIU für bessere Arbeitsbedingungen des Reinigungspersonals“ (ebd.) bezog, die hierzulande durch Ken Loachs Film 'Brot und Rosen' bekannt wurde. Wohland argumentiert, dass sich die Notwendigkeit, auf Kampagnen als gewerkschaftliche Handlungsform zurückzugreifen, aus dem Umstand ergäbe, dass immer weniger Bereiche der Arbeitswelt mit den traditionellen Organisationsformen früherer Jahrzehnte korrespondieren würden. Immer mehr „weiße Flecken“, also Betriebe und ganze Branchen mit geringer Organisationsdichte und Mitgliederzahl würden sich breit machen.

Agnes Schreieder von ver.di Hamburg, die die Lidl-Kampagne leitete, sagt dazu: „Die Lidl-Kampagne war ja ein Produkt aus mehreren Initiativen bei ver.di, was die Discounter anbelangt. Die

Idee, die Lidl-Kampagne als solche zu initiieren, resultierte auch aus der Erkenntnis, dass wir im Discount-Bereich insgesamt die größte Branche im Handelsbereich vor uns finden und auch die größte Wachstumsbranche in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch in Hinblick auf die Beschäftigung.“ Zur Vorgeschichte im Bereich der gewerkschaftlichen Aktionen sagt Schreieder: „Wir hatten ja mit verschiedenen Discountern schon Erfahrungen gesammelt: also ich persönlich war auch bei Schlecker schon einige Jahre aktiv gewesen, wir waren bei Aldi bedingt aktiv – da gab es eine ganze Reihe weißer Flecken und aggressivstes Arbeitgeberverhalten; und Lidl war kein Unbekannter für uns, da gab's mindestens zehn Jahre lang schon Versuche, als Gewerkschaft reinzukommen, die allesamt gescheitert sind, und wo wir uns auch wirklich blutige Nasen geholt haben – das betraf v.a. Kolleginnen und Kollegen, die wir versucht hatten zu unterstützen, z.B. bei der Wahl von Betriebsräten. Diese Kolleg_innen wurden mit später von uns publik gemachten Methoden, z.B. Kündigungsdruck, Rauskaufen etc. eben daran gehindert. Wir konnten da also als Gewerkschaft keinen Erfolg erzielen.“

Schreieder erwähnt die allgemeine Tendenz zur Discountierung des Lebensmitteleinzelhandels und betont: „Wir haben da auch gesagt, dass Lidl nur beispielhaft steht für eine ganze Branche. Auf der anderen Seite war klar, dass wir die Discounter sicher nicht nur in Hinblick auf Deutschland anschauen können, sondern mindestens europaweit anschauen müssen.“ Schreieder in Bezug auf die Notwendigkeit der Allianzenbildung: „Des weiteren war auch klar, dass der Angang bei Lidl nicht erfolgreich sein kann, wenn wir als Gewerkschaft alleine bleiben. Insofern war die Planung von vorne weg die, dass wir da andere gesellschaftliche Kräfte versuchen zu gewinnen; und wir hatten schon die Hoffnung und die Vorstellung, dass das gelingen könnte.“

Die Kampagne war im Jahr 2002 / 2003 entwickelt worden, im Jahr 2004 wurde dann in die Umsetzung gegangen; zu diesem Zeitpunkt waren die Fragen rund um „Billig – was kostet das für die Beschäftigten“ laut Schreieder bei weitem nicht in solch einem breiten gesellschaftlichen Rahmen diskutiert worden wie das einige Jahre später der Fall war. Die Debatte über die Machenschaften von Billigketten sei erst ein Ergebnis der Kampagne von ver.di und einer ganzen Reihe von anderen Akteur_innen gewesen. Laut Schreieder seien neben der Situation der Angestellten in den Filialen von Beginn an die Bedingungen bei der Herstellung der Waren zumindest mitgedacht worden: „Wir wollten sicherlich schon als erstes die Frage der Arbeitsbedingungen bewegt wissen, aber zugleich war uns schon auch ein Interesse, dass das nicht nur auf die deutschen Arbeitsplätze in den Filialen fokussiert bleibt, sondern dass es eben auch eine breitere Debatte und auch Bewegung gibt in Hinblick auf die Produktion. Und das hatten wir schon von Anfang an so angelegt, wobei wir für uns schon immer versucht haben, das Thema Arbeitsbedingungen im Fokus zu behalten.“

Auch Sarah Bormann, die zum Zeitpunkt der Lidl-Kampagne bei Weed arbeitete, betont in diesem Zusammenhang den arbeitsteiligen Charakter der Kampagne: „Was man aber nicht vergessen darf, war, dass es ja zwei Kampagnen waren – es gab die Kampagne von ver.di und dann die Kampagne von ATTAC und anderen NGOs. Es handelte sich dabei um keine Koalition, sondern um zwei parallel laufende Kampagnen, die sich zwar aufeinander abgestimmt und aufeinander bezogen haben, aber eben in begrenztem Rahmen. Man wählte also nicht ein Vorgehen, wie man es beispielsweise bei der Schlecker Kampagne getan hatte, nämlich dass man einen Konflikt im Unternehmen Schlecker hatte und man sich dann andere Partner gesucht hat, die genau dieses Interesse mit unterstützt haben, nämlich da Betriebsräte durchzubekommen. Bei der Lidl-Kampagne war es vielmehr so, dass man Akteure mit einer eigenen Agenda hatte: Die Agenda der NGOs waren die Arbeitsstandards in der Zulieferkette – ver.di hat sich davon versprochen, dass man, indem man kooperiert, den Druck auf das Unternehmen erhöhen kann.“ Diese arbeitsteilige Herangehensweise entsprechend der Kernkompetenzen der verschiedenen Gruppen wird von den verschiedenen Akteur_innen grundsätzlich gutgeheißen. So beurteilt Schreieder die Wirkung der Kooperation mit den verschiedenen Akteur_innen aus dem Bereich der NGOs ebenfalls als grundsätzlich positiv. Auf diese Weise seien auch Synergien entstanden und es wurde möglich, eine Öffentlichkeit herzustellen, die die respektiven Gruppen für sich allein nicht hätten herstellen können: „Und ich finde eben auch beachtlich, dass es gelungen ist, mit vielen Gruppierungen, die ihre Stimme sonst nicht so erhoben sehen in der medialen Wiedergabe, dass sich die platzieren konnten; eben z.B. Gruppen wie ATTAC. Oder der Umstand, dass eine Initiative wie die der Verbraucherzentrale hier in Hamburg bundesweit massivste Schlagzeilen macht – das ist also nach wie vor Ausfluss dieser großen Aufmerksamkeit, die da insgesamt geschaffen werden konnte.“ Als besonders wichtig beurteilt Schreieder, dass die verschiedenen Gruppen ihre eigenen Felder bearbeiten und auch in Bezug auf die kampagnenmäßige Umsetzung ihren eigenen Stil anwenden konnten: „Für uns war es wichtig, dass wir anerkennen, dass es da unterschiedliche Angänge gibt, dass diese sich aber gut ergänzen und nebeneinander laufen können; und dass es überhaupt nicht notwendig ist, dass man sich, wie wir selbst manchmal in der Vergangenheit erfahren haben, bei langatmigen Treffen dazu verpflichtet, ein und dieselbe Sprache zu sprechen, ein und dasselbe Aktionsmuster zu wählen etc.“ So seien zwei parallele Strategien gewählt worden, von denen man sich positive Rückkoppelungseffekte erhoffte: „Wir haben bei unserer Kampagnen-Planung ja auch immer in zwei Strängen gedacht – einerseits gibt es die Druck-Kampagne, wo wir versuchen, mit anderen Organisationen gemeinsam Druck auf Lidl auszuüben, und es gibt die Organisations-Kampagne, die also parallel versucht, die Kolleginnen und Kollegen in den Filialen gewerkschaftlich zu organisieren.“ Diese Herangehensweise habe laut Schreieder für ver.di durchaus positive Effekte

entfaltet. Schreieder erwähnt in diesem Zusammenhang die Einbeziehung von neuen Mitgliedern und Aktivist_innen: „Wir hatten, und das kann ich durchaus selbstkritisch sagen, an vielen Stellen durchaus aktive Leute gewonnen, wo unsere Leute nicht so aktiv waren. Es gab z.B. Orte, an denen zwei oder drei Leute von ver.di waren, die sich nicht recht schlüssig waren, wie sie aktiv werden sollten, und wo es aber eine umtriebige ATTAC-Gruppe gab, und dann ist da was Gutes draus geworden, auch gemeinschaftlich.“ So betont auch Sarah Bormann: „Man kann auf jeden Fall sagen, dass die Beteiligung der NGOs die Sache von ver.di vorangebracht hat und vice versa. Der öffentliche Druck, der so entstanden ist, ist auf diese Weise auf jeden Fall erhöht worden.“ Agnes Schreieder erachtet als bemerkenswert, dass sich auch noch Aktive aus kirchlichen Zusammenhängen in die Kampagne eingeklinkt hätten. Es gab sogar ein eigenes Gebetbuch, das speziell auf die Anliegen im Discount-Bereich ausgelegt war. In Nordrhein-Westfalen hatten Leute auch zu Discounter-bezogenen Treffen in den Kirchen eingeladen. Des weiteren gab es Reaktionen von politischer Seite: So hätten sich beispielsweise regionale Politiker_innen vermehrt kritische Gedanken um Ansiedlungsfragen von Discountern gemacht. Schreieder: „Wir hatten ja auch von uns aus thematisiert, dass Filialisten der Discounter die Städte zupflastern; somit kommen ja auch Strukturfragen was die Stadt und das städtische Leben betrifft ins Spiel. Diese Erweiterung wurde also möglich.“

Jutta Sundermann betont, dass es ATTAC mit relativ begrenzten Mitteln doch gelungen sei, die Geschäftspraxis von Lidl zu skandalisieren. Lidl reagierte mit einer Kampagne zur Imagepflege mit einem Etat in Millionenhöhe: „Im Manager-Magazin wurde das dann auch sehr lustig gegenübergestellt: Wir hatten mit ATTAC einen Kampagnen-Etat von 12.000 Euro, haben damit ein halbes Jahr unser Projekt gemacht – Lidl hat demselben Journalisten erklärt, dass sie nun notgedrungen mit einem zweistelligen Millionenbetrag in ihre Imagepflege einsteigen.“ Auf diese Weise konnte also schon in gewissem Sinn ein temporärer PR-Gau für Lidl herbeigeführt werden. Zur Zeit der Hochphase der Lidl-Kampagne Anfang 2007 wurde erreicht, dass ein Kredit einer öffentlichen Kreditanstalt, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der zum Zweck der Osteuropa-Expansion an Lidl hätte vergeben werden sollen, von ver.di Leuten blockiert werden konnte. Moritz Lange, der im Jahr 2007 bei ver.di als Praktikant arbeitete und Interviews mit Beschäftigten von Lidl für die „Organizing“-Broschüre von ver.di durchführte sowie die Lidl-Kampagne bei mehreren Protestaktionen vertrat, meint dazu: „Somit war sogar ein Stück weit die Kreditwürdigkeit von Lidl in Frage gestellt. Lidl war in diesem Zeitraum also mit Sicherheit die am schlechtesten angesehene deutsche Firma.“ Lange ist wie Schreieder der Überzeugung, dass die „air-campaign“ gegen Lidl als erfolgreich bezeichnet werden kann: „In Bezug auf die Öffentlichkeitswirksamkeit der Kampagne war das wirklich ein Knall – auch in Zusammenhang mit

dem Film 'die Billigheimer' (vgl. Tomic 2005). Das Thema war also damals wirklich stark präsent in der öffentlichen Diskussion. Es gab auch einen Plakatwettbewerb, eine Wanderausstellung und natürlich die beiden Schwarzbücher. Man kann also sagen, dass in der Zeit die Lidl-Kampagne die Kampagne bei ver.di schlechthin war. Damals gab es auch eine eigene Kampagnenzeitung mit dem Titel Schwarz-Markt (in Anlehnung an den Namen des Lidl-Chefs Dieter Schwarz).“

Lange betont, dass bei der Lidl-Kampagne eine neue, bewegliche Art von Gewerkschaftsarbeit erprobt worden sei. Dies habe sich vor allem in der Bündnispolitik, die ver.di eingegangen ist, geäußert: „Die Verbindung zu den NGOs hat sicherlich gut funktioniert. Das lag bestimmt auch an der Person von Agnes Schreieder, die dafür sehr offen war. Es gab also eben auch einen gemeinsamen Kampagnen-Rat in Berlin; die Arbeitsteilung war in diesem Sinn auch wirklich gut – dass eben z.B. öffentlichkeitswirksame Aktionen eher von den NGOs übernommen wurden; das hat also wirklich gut funktioniert und war auch für alle Seiten eine Bereicherung. Es gab auch ein großes Selbstverständnis in der Kampagne, dass es sich da um eine andere Art von Gewerkschaftsarbeit handelt. Die Tatsache, dass wir die Organizing-Broschüre geschrieben haben, war natürlich auch sehr bezeichnend – weil damit der Anspruch artikuliert wurde, dass man zum ersten Mal im deutschsprachigen Raum das Konzept des Organizing in die Praxis umsetzen will.“

Agnes Schreieder zieht in Bezug auf die Lidl-Kampagne das Fazit, dass die Erweiterung der Inhalte von den gewerkschaftlichen Kernthemen hin zur Thematisierung der Arbeitsbedingungen in der Produktion wirklich gut gelungen sei. Auch was die Arbeitsbedingungen in den Filialen selbst betrifft, hätte es einige Verbesserungen gegeben. Ver.di sei immerhin in der Lage gewesen, Lidl durch die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit dazu zu bewegen, verschiedene Druckmechanismen gegenüber den Beschäftigten abzustellen: „Anfangs waren ja z.B. Leute reihenweise mit Aufhebungsverträgen aus den Filialen gedrängt worden. Das hat Lidl nach kurzer Zeit, also wenige Monate nach Beginn der Kampagne eingestellt. Da gab es Treffen der Führungskräfte und es gab die Anordnung, dass sie diese Praxis so nicht mehr durchführen dürfen. Es gab Anforderungen an die Führungskräfte, die Arbeitszeiten korrekter zu erfassen; danach wurden die Detektiveinsätze eingestellt, einige Zeit später gab es dann ja auch noch die Skandal-Wendung mit den Videoüberwachungen⁸²; da wurde auch massiv was getan, was ich auch großartig

82 Im März 2008 wurde bekannt, dass Lidl seine Beschäftigten in zahlreichen Filialen überwachen ließ. Dem Magazin „Stern“ lagen mehrere hundert Seiten interner Lidl-Protokolle vor, in denen jeweils mit Tag und Uhrzeit notiert war, wann und wie häufig Mitarbeiter_innen auf die Toilette gingen, wer mit wem möglicherweise ein Liebesverhältnis hatte, wer nach Ansicht der Überwacher_innen „unfähig ist oder einfach nur 'introvertiert und naiv wirkt'“. (http://www.focus.de/finanzen/news/discounter_aid_266887.html, aufgerufen am 4.11.2013). Der „Stern“ berief sich auf Einsatzberichte aus Lidl-Filialen in Niedersachsen sowie auf Abhörberichte aus Rheinland-Pfalz, Berlin und Schleswig-Holstein. Am Montagmorgen würden die von Lidl beauftragten Detektive in der jeweiligen Filiale meist zwischen fünf und zehn Miniaturkameras installieren. Den Filialleiter_innen wurde glauben gemacht, es gehe

fand. Es wurden dann also wirklich die Videokameras abgebaut.“ Das eigentliche Problem bei Lidl sei auch nicht die Nicht-Einhaltung des Kollektivvertrags gewesen (Lidl hatte sich verpflichtet, niemanden unter 10,70 Euro pro Stunde einzustellen) – im Gegensatz zu Discountern wie beispielsweise KIK. Zentral sei es um die hohe Teilzeitquote und um die Überwachung und Schikanierung der Mitarbeiter_innen gegangen.

Das zentrale Anliegen der Gewerkschaft, sich in zahlreichen Filialen von Lidl mit Betriebsräte_innen zu verankern, scheiterte jedoch. Schreieder: „Was aber weiterhin ein großes Problem ist und eben als Kampagnenziele nicht erreicht wurde, ist die Durchsetzung der Betriebsräte. Das gilt auf jeden Fall für Deutschland, das gilt in jedem Fall auch für die gewerkschaftlichen Rechte in anderen Ländern. Es gibt zwar eine Erklärung der Konzernleitung, dass sie Betriebsratswahlen nicht behindern und blockieren würden; nichtsdestotrotz ist es aber so, dass nach unserem Kenntnisstand nach wie vor die repressive Stimmung die Menschen davon abhält, aktiv zu werden.“ Das Gewinnen von neuen Betriebsräte_innen sei laut Schreieder besonders in Deutschland sehr zentral, da erst auf diese Weise betriebliche Mitbestimmung gewährleistet werden könne.

Sarah Bormann von Weed betont an dieser Stelle, dass es Lidl gelungen sei, den von ver.di aufgebauten Druck umzuleiten und zu kanalisiieren: „Lidl hat zwar auch auf den Druck von ver.di reagiert, was die Situation der Beschäftigten anbelangt. Diese Tatsache konnte aber ver.di gegenüber den Beschäftigten nicht kommunizieren, weil sie ja nach wie vor nicht in den Betrieben vertreten waren. Lidl hatte nämlich damals dann auch Beschwerdeboxen für die Mitarbeiter_innen eingerichtet – es wurde also gewissermaßen versucht, eine Struktur aufzubauen, um zu zeigen, dass Betriebsräte nicht mehr nötig seien und dass Mitbestimmung bei Lidl direkt laufe; nach dem Motto: 'Wir sind da, sprecht mit uns'.“

In Bezug auf den Verkauf von Produkten aus ausbeuterischen Verhältnissen hätte Lidl laut Sarah Bormann ebenfalls eine Strategie der Umleitung und Kooptierung angewandt: Während die Kampagne noch lief, führte der Discounter Verhandlungen mit ATTAC über die Einlistung von Fair-Trade Produkten in sein Sortiment. Dieser Schritt beruhte nicht auf einem Konsens aller beteiligten NGOs und Gewerkschaften und führte deshalb auch zu erheblicher Kritik. Sarah Bormann: „Ein Problem, das ver.di vielleicht unterschätzt hat, war, dass ATTAC ja aufgrund seiner Kampagnen-Autonomie dann mit Lidl über Arbeitsstandards verhandelt hat – Lidl hat damals reagiert, indem TransFair Produkte eingelisted wurden (...) Lidl hat sehr klug reagiert, was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangt und ist auf ATTAC eingegangen, während sie ver.di rausgelassen haben. Das entspricht durchaus einer CSR-Logik im Sinn des Unternehmens.“ An diesem Punkt habe die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Akteur_innen erstmals Probleme ergeben. Bormann über den Verlauf

darum, Ladendiebe aufzuspüren (vgl. ebd.).

dieser Entwicklungen: „Ich versteh da z.B. nicht, warum es keine Absprachen zwischen ver.di und ATTAC gab, in denen man gesagt hat, man verhandelt keine 'single issues'!“

Die Strategien für die Durchsetzung der Kampagnenziele waren also durchaus unterschiedlich und werden unterschiedlich bewertet. Die unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich des Erfolgs der Kampagne hängen auch mit der grundsätzlichen Einschätzung der Stärke des Gegners zusammen. Des weiteren hängt die Einschätzung davon ab, welche gesellschaftlichen Felder als relevant für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse erachtet werden. Agnes Schreieder betont beispielsweise, dass eine wichtige Errungenschaft der Kampagne darin bestanden habe, dass es überhaupt zu einer gesellschaftlichen Debatte zum Thema Discountierung kam. Selbst wenn das konkrete Ziel, Betriebsrat_innen zu platzieren, gescheitert sei, wäre zumindest der aufgebaute Druck wichtig, auch in Hinblick auf eine mögliche zukünftige Schaffung von Betriebsrat_innen in Discountern und Supermärkten: „Da muss ich auch sagen, dass das Bewusstsein in der Öffentlichkeit bezüglich der Notwendigkeit von Betriebsräten, gerade bei Discountern nochmal gestiegen ist. Wir haben auch darauf bestanden, dass erklärt werden muss, dass diese Arbeit eben von Frauen gemacht wird – denn früher hatte man ja öfters z.B. die 'Bonzen' der Automobil-Betriebsräte im Kopf, wenn man an diese Institution dachte. Da haben wir also schon nochmal ein anderes Bild entwickeln können.“ Dennoch gibt Schreieder zu bedenken: „Nichtsdestotrotz war leider die Umsetzung dieses Themas in die Praxis für uns noch nicht möglich. Da besteht also ein Defizit, das ist ein nicht erreichtes Ziel unserer Kampagne.“

Als ein strukturelles Problem benennt Schreieder, dass die Discounter aktuell solch große Stabilität besitzen und wirtschaftlich so gut aufgestellt sind, „dass man selbst mit einer gut ausgeführten Kampagne, mit so vielen Bündnispartnern, mit so hoher medialer Präsenz letztendlich nicht durchkommt.“ Schreieder weiter: „Das sagt natürlich etwas aus über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, so wie sie aktuell sind. Dass also ein großer Betrieb es sich leisten kann, hart zu bleiben, obwohl so viel Öffentlichkeit gegen ihn gerichtet wird. Und offensichtlich läuft es ja jetzt auch gut für Lidl, der Expansionskurs ist nicht gefährdet.“ Die starken Beharrungskräfte, die den herrschenden Status Quo begünstigen, würden also den Spielraum für gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteur_innen erheblich einengen: „Das ist natürlich eine Ohrfeige für alle, die ein Interesse daran haben, dass mit einer gewissen Transparenz und Korrektheit vorgegangen wird und dass wenigstens die bestehenden Regeln eingehalten werden – und das tun ja Lidl und viele der anderen Discounter bislang noch immer nicht.“

So bleiben die Einschätzungen über die erreichten Ziele und die reale Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach der Kampagne durchaus ambivalent. Eine einfache Antwort bezüglich

Erfolg oder Scheitern ist nicht möglich. Vielfach wird von den Interviewten das Auseinanderklaffen zwischen Errungenschaften auf der Ebene der „ground campaign“ und der „air campaign“ hervorgehoben. So lautet auch ein zentrales Argument für Moritz Lange: „Für mich besteht also eine regelrechte Kluft zwischen der öffentlichen Durchschlagskraft der Kampagne, die rund um das Jahr 2006 ihren Höhepunkt erreicht hat, dass also das Thema 'Billig auf Kosten der Beschäftigen' als gesellschaftlichen Trend thematisiert werden konnte – und auf der anderen Seite das Verfehlen des Ziels, in den Betrieb reinzukommen.“

Lange zu den Gegenstrategien des angegriffenen Discounters: „Nachdem Lidl am Anfang gar nicht reagiert hat, haben sie dann eine sehr aufwändige PR-Kampagne gestartet, um sich von dem negativen Image wieder zu befreien. Da gab es dann eben die Einlistung von Fair-Trade Produkten, relativ nahe bei den Kassen, gut sichtbar.“ Lidl würde zudem aktuell damit werben, dass sie nach Tarif bezahlen. Dies sei jedoch ebenfalls eine zweifelhafte Errungenschaft; es habe nämlich bereits seit längerer Zeit keine Tariferhöhung im Einzelhandel mehr gegeben – der Umstand, dass Lidl nach Tarif bezahlt, sei deshalb nichts Ungewöhnliches und liege eher an den ohnehin äußerst geringen tarifvertraglichen Löhnen. „Den großen Organisierungserfolg hat es nicht gegeben. Lidl wollte da auf keinen Fall einen Dammbruch zulassen. Das hat dann leider die Reputation der Kampagne innerhalb der Gewerkschaft geschwächt.“ Lange interpretiert das nicht erreichte Kampagnenziele der Schaffung von Betriebsräten neben der Stärke des Gegners auch damit, dass innhalb der Gewerkschaft die Prioritätensetzung nicht immer an der richtigen Stelle lag: Dadurch, dass der Öffentlichkeitsarbeit letztlich mehr Geld und auch mehr Überlegungen gewidmet wurden als der Organisierung an der Basis, sei letzteres schlussendlich dann auch nicht gelungen: „Es war schon vorgesehen, dass der Prozess der Aufstellung von Betriebsräten von ver.di-Funktionär_innen vor Ort begleitet wird – doch zumindest in der ersten Phase gab es dafür kein Geld, weil der Fokus auf der Öffentlichkeitsarbeit lag. Erst im Abgang der Kampagne wurden dann einzelne Leute an manchen Punkten für diesen Zweck eingestellt.“ Aufgrund der strukturellen Beharrungskräfte sowie der extremen Hartnäckigkeit der Firma Lidl hätten sich spezielle, sehr hohe Anforderungen für die gewerkschaftliche Aktion ergeben, die allerdings nicht erfüllt wurden: „Was sich aber eindeutig gezeigt hat, ist dass es enorm ressourcen-aufwändig ist, eine Organisierungskampagne gegen einen extrem aggressiven Arbeitgeber durchzusetzen. Das ist eben eine Herausforderung, die gut überlegt sein muss – wenn man das also macht, muss klar sein, dass man da massiv mit eigenen Ressourcen reingehen muss. Denn Lidl war auf dem Standpunkt 'wir wollen keinen Dammbruch, koste es was es wolle, wenn etwas wo entsteht, machen wir das platt.'“ Lange betont, dass aus öffentlichem Druck eben nicht automatisch Organisierungserfolge abzuleiten seien und verweist einmal mehr auf die fehlende strategische Debatte und Praxis: „Lidl ist zwar

öffentlich enorm unter Druck gesetzt worden, aber vor Ort hat sich das eben nicht unbedingt übersetzt. An diesem Punkt wäre es sicher gut gewesen, eine Gesamtstrategie zu haben. Es wäre also aussichtsreicher gewesen, wenn man mehr Ressourcen gehabt hätte, um dann auch wirklich vor Ort den Häuserkampf zu führen; das hätte sich dann auf lange Sicht auch ausgezahlt. Denn das ganze sollte ja keine journalistische Veranstaltung sein – d.h. die ganzen schlechten Dinge, die Lidl tut, hätten viel mehr in Hinblick auf die Notwendigkeit der Organisierung in den Filialen thematisiert werden müssen.“ Lange merkt dazu an: „Es ist natürlich schwierig zu sagen, was wäre wenn, aber die beiden Aspekte der Kampagne hätten wahrscheinlich enger verzahnt werden müssen.“

Diese Problemlage thematisiert auch Sarah Bormann: „Auf Seiten der Kampagnenführung bei ver.di gab es meiner Ansicht nach zwei Probleme. Erstens: Das Schwarzbuch Lidl erschien und war ein riesiger Erfolg – es gab riesig viel Medienaufmerksamkeit; dann springen noch ATTAC und die NGOs mit auf etc. Man hat also plötzlich eine strategische Kampagne nach US-amerikanischem Vorbild am Laufen. Dann hat man das Schwarzbuch Europa herausgebracht, um die internationale Komponente auch noch mit abzudecken. Das alles entstand aus einer großen Anfangseuphorie und einer Dynamik, die letztendlich nicht wirklich überdacht war. Es gab also keine strategische Kampagnenplanung, wie man sie gebraucht hätte. Man hat dann meiner Ansicht nach auf die neuen Elemente der Kampagnenarbeit mehr Wert gelegt als auf das, was das eigentliche Kerngeschäft der Gewerkschaftsarbeit ist, nämlich auf die Organisierung. Die Ressourcen sind also eher in das Coalition-Building und in die internationalen Fragen etc. geflossen als in die Organisierung. Es hieß Organisierungs-Kampagne, war aber lange Zeit eine Organisierungs-Kampagne ohne Organiser. Als man diesen politischen Fehler dann merkte, stimmte aber das Timing nicht mehr richtig – der Skandal ist ja den meisten Beschäftigten gegenübergetreten als eine Konfrontation von außen, und nicht mit etwas, womit sie sich identifizieren könnten.“⁸³

Aufdeckung und Kooptierung – Basic, Greenpeace und die Frage des Konsumboykotts

Laut Jutta Sundermann von ATTAC habe es sich zeitmäßig günstig ergeben, dass Greenpeace Pestizidbelastungen bei Gemüse und Obst bei Lidl feststellte und dass dieser Umstand in der

83 Einen punktuellen Erfolg bezüglich der Organisierung von Supermarktangestellten gab es im „Fall Emmely“, der auch über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt wurde (vgl. Kapitel 9.5.). Jörg Novak (2012) schreibt zu diesem exemplarischen Fall: „Der Fall Emmely hat gezeigt, dass es möglich ist, kleine Siege über die 'Klassenjustiz' zu erringen – und über die Willkür von Arbeitgeber_innen, die versuchen, streiklustige, aktive oder aus anderen Gründen 'unbequeme' Mitarbeiter_innen loszuwerden. (...) Die Protestkampagne hat gezeigt, wie schnell die Herrschenden Angst bekommen können, wenn sich breite Empörung regt – und in Momenten einer Krise der herrschenden Verhältnisse gezielt politisch interveniert wird“ (Nowak 2012: 24). Der Organisierungserfolg im Fall Emmely soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der breiten Masse der Supermarkt- und Discounterfilialen nicht gelungen ist, Betriebsräte zu schaffen.

Kampagne Eingang fand: „Passend aber unabgesprochen veröffentlichte Greenpeace dann genau im richtigen Moment die Info, dass Lidl die allerschlimmsten Pestizidbelastungen bei Gemüse und Obst hat. Das war dann für Lidl der akuteste Grund, sofort etwas zu tun – denn die Leute sind dann wirklich nicht mehr zu dem Regal mit Obst und Gemüse gegangen. Lidl hat dann – in der Manier, wie sie das machen – die Lieferanten unter Druck gesetzt und hat innerhalb kurzer Zeit die Werte extrem verbessert.“ Die Kampagne von Greenpeace hat laut Sundermann erreicht, dass sich Lidl mit Greenpeace getroffen hat und besprochen hat, wie die Pestizidbelastung wirklich reduziert werden kann. Lidl leistete sich jedoch noch einen faux-pas in diesem Zusammenhang, da drei Labore aufgeführt wurden, von denen das Gemüse, das im Discounter verkauft wird, angeblich getestet würde – ein Labor distanziert sich umgehend und betonte, dass sie solcherlei Tests gar nicht machen würden.

Sundermann gibt zu bedenken, dass es ein riesiges Novum darstellte, dass Lidl überhaupt mit Vertreter_innen von NGOs sprach. Davor hätte Lidl immer „super dicht gemacht; die hatten keinen Pressesprecher und haben sich gegenüber den Medien auch niemals geäußert. All die Schätzungen, wie reich der Eigentümer ist und wie hoch die Umsätze sind, war auf pure Spekulationen angewiesen. Schon nach einigen Monaten aktiver Kampagne, im Frühjahr 2005, hat die Geschäftsführung von Lidl dann eben gesagt, ja wir sprechen mit euch.“ Doch Sundermann gibt auch zu bedenken: „Jedoch schon bei der Zusage zu dem Gespräch war uns klar, dass damit nicht der große Durchbruch bei der Kampagne erzielt werden würde. Vielmehr war dieser Gesprächstermin lediglich ein Zeichen dafür, dass wir mit unserer Kampagne wirklich ein Stachel im Fleisch sind.“

Als weitere wichtige Errungenschaft der Kampagne sieht Sundermann den verhinderten Aufkauf der Bio-Kette Basic durch Lidl⁸⁴: „Als Lidl dann die Bio-Kette Basic aufkaufen wollte, hat ATTAC – vor allem ATTAC München hat da sehr schnell mobilisiert – Unterschriften gesammelt und auch recht freche Aktionen gestartet. All das hat dann dazu geführt, dass die Übernahmepläne von Lidl wirklich rückgängig gemacht worden sind; Lidl hat dann auch die Anteile, die bereits gekauft waren, wieder zurückgegeben. Das war also wirklich eine eindeutige Grenze, die durch öffentliche Empörung zu ziehen war, und ist für mich als toller Erfolg zu werten.“

Bezüglich der oft thematisierten Frage des Konsumboykotts als Widerstandsstrategie sagt Sundermann: „Wir haben ja von vornherein gesagt, dass wir nicht großflächig zum Boykott aufrufen, sondern dass wir eher versuchen wollen, die Menschen, die bei den Discountern

84 Beim Versuch von Lidl, Basic zu übernehmen, lenkte die Basic-Zentrale ein, stoppte die Verkaufsverhandlungen mit dem Discounter und trennte sich Anfang November 2007 von seinem für den Lidl-Deal verantwortlichen Finanzvorstand Johann Priemeier. Die angekündigte Option einer Mehrheitsbeteiligung von Lidl wurde zurückgezogen (vgl. Nürnberger 2008: 22).

einkaufen, aufzufordern, 'Stunk zu machen'. Wir haben also aufgefordert, dass man in den jeweiligen Filialen nach der / dem Geschäftsleiter_in fragen soll, um dann Kritikpunkte zu formulieren; des weiteren haben wir eine Postkartenaktion mit dem Titel 'Soziale Rechte sind doch nicht Banane' gemacht. Das war also eine Postkarte, die – mit Umweg über uns – an Lidl ging.⁸⁵ Ver.di hat sich daran auch beteiligt. Lidl hat dann reagiert und einen herzerweichenden Brief an die Unterzeichner_innen der Postkarten geschickt, in dem argumentiert wurde, dass die Beschäftigten ja gar keine Betriebsräte wollen und ganz glücklich sind bei Lidl.“

Sundermann erklärt, dass den Aktivitäten, die von ATTAC ausgingen, wegen der begrenzten Ressourcen Schranken gesetzt waren: „Unsere Kampagne wurde im Wesentlichen von Ehrenamtlichen getragen – wir hatten einen bezahlten Mitarbeiter, der aber in Wahrheit auch nur eine Aufwandsentschädigung erhielt. An diesem Punkt wurden uns auch unsere Grenzen aufgezeigt – denn wir hatten die Kampagne anfangs nur für vier Monate angesetzt – die Dauer wurde dann zwar einige Male bis auf ein dreiviertel Jahr verlängert; nach diesem Zeitraum war aber klar, dass wir nur mehr ganz wenige Ehrenamtliche sind, die die Kampagne aktiv mittragen – der hauptamtlich Beschäftigte hat dann eben auch gesagt, dass es für ihn mit diesem Zeitaufwand und unter diesen Bedingungen nicht weitergeht. Aus diesen Gründen mussten wir die Intensität der Kampagne dann auch reduzieren – doch gleichzeitig war das Thema der Discounter natürlich nicht erledigt und wir haben in Konsequenz von verschiedenen Partnern und auch ATTAC-Leuten Schelte bekommen, weil wir nicht so weitergemacht haben wie davor.“

Versuch der Thematisierung der Herstellungsbedingungen der Produkte

ATTAC versuchte, einzelne Produkte auf den Pfad ihrer Herstellung hin zu untersuchen und entschied sich für das Produkt der Banane „als ein Produkt, das von weit her kommt und das auch massiv von dieser Discountstrategie betroffen ist. Wir haben also zusammen mit Bana-Fair, einer Importorganisation für fair gehandelte Bananen, über den Bananenmarkt informiert; und zwar nicht nur über den 'fairen' Markt, sondern auch über den 'großen', konventionellen Anbau. Die Kolleg_innen konnten also dann berichten, dass auf einer großen internationalen Bananenmarkt-Konferenz die Vertreter der großen Frucht-Companies gesagt haben, 'wir sind vom Aldi-Preis gebeutelt, und wir können, selbst wenn wir große Marktmacht haben, da mit den neuen Dimensionen nicht mehr mithalten.'“

Sundermann betont, dass sich das Prinzip „Billig“ und „Superbillig“ bis auf die Bananenplantage in

⁸⁵ Bei der Postkartenkampagne beteiligten sich ca. 10.000 Menschen – die gesammelten Unterschriften wurden dann bei einem Managertreffen der Lebensmittelindustrie übergeben. Auf der Postkarte wurde gefordert: „Faire Preise für Bananen! Soziale Rechte weltweit achten! Demokratische Kontrolle zulassen! Karten auf den Tisch! Produktgeschichten offenlegen!“ (ATTAC 2006).

Ecuador auswirkt. Über Bana-Fair stellte ATTAC dann Kontakte zu Organisationen her, die sich in Ecuador für Arbeitnehmer_innen-Rechte einsetzen, und konnte diese Kontakte auch für Veranstaltungen, die hier organisiert wurden, nutzen.

Beim zweiten Produkt, das ATTAC auswählte, handelte es sich um Milch aus Deutschland. Dies sei laut Sundermann naheliegend gewesen, „da der Konflikt um dieses Produkt ja schon einige Jahre zuvor hochgekocht war, nämlich um die Milchpreise. Wir haben schon sehr lange gute Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und zum Bund deutscher Milchviehhalter – diese beiden Organisationen hatten großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns. Wir haben dann eben diese beiden Produkte – die Bananen und die Milch – als zwei Produkte, die ganz massiv unter dem 'Lidl-Dumping' leiden, immer wieder thematisiert und mit diesen beiden Organisationen auch viele gemeinsame Schritte geplant.“

Über Bana-Fair konnten für Infoveranstaltungen und Aktionen Referent_innen aus Ecuador eingeladen werden. Bei der Frage der Milchpreise sei die Anreise natürlich einfacher gewesen – bei so mancher ATTAC-Gruppe kam eine Bäuerin oder ein Bauer vorbei und erklärte, wie die entsprechende Preispolitik aussah.

Zur Frage, was die Einlistung von Fair-Trade Produkten denn nun gebracht habe, antwortet Sundermann: „Naja, was ich schon als Erfolg sehen würde, ist dass viele Produzent_innen davon profitieren, dass sie für ihre Waren nun im Rahmen der Lidl-Globe-Fair-Reihe mehr bezahlt bekommen. Es handelt sich dabei um Tonnen, die fair bezahlt werden; und das macht für die Produzent_innen einen riesigen Unterschied. Selbst wenn man alle Weltläden zusammenrechnet, kriegen die nicht so viel verkauft wie Lidl – auch wenn bei den Weltläden der Anspruch besteht, dass mit den Produkten auch politische Bildung mit über den Ladentisch gehen soll, wird dort einfach nicht so viel verkauft wie bei den Discountern. Diese Feststellung ist aber natürlich auch heikel. Hier werden uns ganz klar die Grenzen und Widersprüche, die in unseren aktuellen Handlungsmöglichkeiten liegen, vor Augen geführt.“

Im Unterschied zu dieser Sichtweise betont Sarah Bormann: „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass oftmals die Identifikation über das Produkt (z.B. von Orangensaft, der in einem Discounter verkauft wird) nicht ausreicht, um bei den Beschäftigten (im Supermarkt oder Discounter, Anm. D.A.B.) den Impuls zu erzeugen, dass sich die Beschäftigten entlang der Wertschöpfungskette vernetzen. Auf der anderen Seite war unsere Idee schon immer wieder, ein Mapping von Zulieferketten zu erstellen. ATTAC wollte das auch ganz stark, man hat diesbezüglich auch immer nach Beispielen gesucht – diese Recherchen sind aber zum einen meist sehr sehr zeitaufwändig, zum anderen sind die Zulieferketten oft wahnsinnig komplex: Vom Orangensaft gelangst du zum

Orangensaftkonzentrat, das an irgendeiner Börse gehandelt wird usw. Es ist also nicht so, dass man so einfach nachvollziehen kann, dass der Orangensaft im Regal von Lidl auf dieser oder jener Hacienda produziert wurde – genau diese Rückverfolgbarkeit würde aber nochmal eine viel höhere Identifikation mit einem Produkt ermöglichen; wenn wir aber nur abstrakt versuchen zu vermitteln, dass der Orangensaft unter schlechten Bedingungen hergestellt wurde, und dass ihr – also die Beschäftigten – auch unter schlechten Arbeitsbedingungen leidet, wenn der Orangensaft übers Band läuft: das ist zu wenig.“

Bormann ist außerdem der Auffassung, dass „diese Elemente der Lidl-Kampagne rein symbolisch waren und keine realen Verknüpfungen oder Solidaritäten entlang der Wertschöpfungskette herstellen konnten.“ Die Aktivistin warnt auch davor, nicht zu schnell überambitionierte und voluntaristische Ziele an die Vernetzung entlang der Wertschöpfungskette zu knüpfen: „Bei der Solidarisierung entlang der Wertschöpfungskette hat man hingegen rein symbolische Wirkung entfaltet. Die Auffassung vieler Hauptamtlicher war in diesem Zusammenhang auch, dass dies der falsche Zeitpunkt sei – und das stimmt natürlich, denn man war ja zu dem Zeitpunkt noch nicht mal in dem Unternehmen drin! Denn das ist natürlich ein riesengroßer Unterschied, ob du, wie bei H & M, Betriebsräte hast, mit denen du dann auch einen gewerkschaftlichen Austausch organisieren kannst – wie z.B. die Organisation TIE mit ihrem Projekt X-Chains (vgl. Seite 244) – oder ob du noch gar nicht in dem Unternehmen drinnen bist und zusätzlich zur Organisierungsarbeit in den Betrieben dann noch NGOs auf der Bühne erscheinen, die im schlimmsten Fall ihre moralischen Anforderungen an die Beschäftigten stellen, wenn diese noch nicht mal einen Betriebsrat in ihren Betrieb reinbekommen! Zu diesen Beschäftigten kann man also nicht einfach sagen: Solidarisert euch doch mal mit der Frau in Bangladesh.“ Bormann ruft auch in Erinnerung, dass die entsprechenden Recherchen entlang der Wertschöpfungskette sehr zeitaufwändig wären: „Das Problem der NGOs war, dass die schlechten Arbeitsbedingungen an den Orten der Produktion nur abstrakt thematisiert werden konnten. Man konnte nie Vergehen genau rückverfolgen, um damit dann in die Presse zu kommen. Dafür hätte man auch mehr Vorlaufzeit für genaue Recherchen benötigt.“ Bormann thematisiert des weiteren Differenzen und Interessengegensätze zwischen den entwicklungspolitischen NGOs und der Gewerkschaft: „An diesem Punkt ist die Situation durchaus verfahren – die NGOs sagen, sie sind für die Schwächsten der Welt, und denunzieren die Gewerkschaften als Protektionisten. Das drückte sich für mich z.B. in einer Begebenheit bei einer ATTAC-Akademie aus, bei der ein Mitarbeiter in Bezug auf die Beschäftigten bei Lidl fragte: 'Ja warum arbeiten die denn dann da?' Auf der anderen Seite gibt es eine uneingeschränkte Solidarität mit den Leuten im Süden, die durch eine Viktimisierung dieser Menschen noch verstärkt wird. An dieser Stelle fehlt einfach der Bezug zu den sozialen Kämpfen im Norden – Solidarität wird hier

ausschließlich konzipiert als Solidarität mit 'den Schwächsten'.“

Auch die Abstimmung mit anderen Akteur_innen sei laut Bormann zum Teil nicht ideal gelaufen: „Dann kam noch dazu, dass die Linksradikalen mit aufgesprungen sind – was dazu geführt hat, dass zumindest bei uns im Kiez in Berlin die Farbbeutel an den Lidl Filialen drangeworfen waren. All das also Maßnahmen, bei denen sich die Beschäftigten ja nicht denken, da gibt's ne Kampagne, warum sind wir denn da nicht dabei? So eine Eskalation wäre ja möglich gewesen! Es gibt andere Kampagnen, da kannst du sogar einen Boykott machen – aber das kannst du erst dann machen, wenn du schonmal irgendwie drinnen bist in dem Unternehmen.“ Bormann meint, dass für viele Beschäftigten viel mehr der Eindruck entstanden sei, dass da Aktionen von außen kommen, die vielleicht sogar den eigenen Arbeitsplatz bedrohen. Gleichzeitig sei in der Presse zu lesen gewesen, dass existierende Betriebsräte bei Lidl immer wieder zerschlagen wurden. Lediglich in Stuttgart wurde erreicht, dass zwei Betriebsrät_innen geschaffen wurden. Der Umstand des geringen Organisierungserfolgs sei laut Bormann auch der große Unterschied zur Schlecker-Kampagne gewesen, bei der kirchliche Gruppen ja tatsächlich zum Boykott aufgerufen hatten: „Der große Unterschied war eben der, dass man (im Fall von Schlecker, Anm. D.A.B.) die Öffentlichkeit erst dann gesucht hat, als man schon im Unternehmen drinnen war. Man konnte in diesem Fall auch ganz schnell Erfolge für die Beschäftigten erzielen – es gab ja sehr viele Nachzahlungen, weil Schlecker nicht nach Tarif bezahlt hatte.“

Eine weitere Schwierigkeit habe laut Bormann darin bestanden, dass mit der Thematisierung der Produkte, die bei Lidl verkauft werden, keine praktische Unterstützung an den Orten der Produktion organisiert wurde. „Bei der ATTAC-Kampagne wäre ja z.B. auch zu kritisieren, dass sie bei den Produkten, die bei Lidl verkauft werden, bei keinem konkreten Arbeitskonflikt eingehakt haben – das wird ja auch als „labour campaigns without labour“ bezeichnet. Man hat dann zwar eine Kampagne gemacht, aber es gab ja gar keinen konkreten Arbeitskonflikt – es blieb also rein abstrakt.“ Dennoch hätte es laut Bormann doch auch Lerneffekte auf beiden Seiten gegeben: „Trotzdem war es alles in allem eine positive Kooperation zwischen ver.di und NGOs wie ATTAC und anderen – so etwas gab's bislang einfach noch wenig. Also positiv gewendet fanden schon Lernprozesse in beide Richtungen statt: ver.di hat die internationale Ebene mehr berücksichtigt, NGOs wie z.B. die Clean Clothes Campaign hatten im Laufe des Prozesses viel stärker die Situation der Beschäftigten auf der Agenda. Dann wurde ja auch die Supermarktinitiative gegründet, INKOTA hat einen Schwerpunkt zu Supermärkten gemacht usw.“

Bormann betont die kampagnenbezogenen Herausforderungen, die mit der Komplexität der Wertschöpfungskette entstehen: „Bei transnationalen Konzernen ist natürlich die Identifikation über den gemeinsamen Arbeitgeber über die Ländergrenzen hinweg sehr groß. Somit fällt es in diesen

Fällen auch ungleich leichter, Solidarität herzustellen. Das ist bei komplexen Produktionsnetzwerken sicherlich schwieriger. Bei weißer Ware, also Haushaltsgeräten, ist es z.B. so, dass Bosch im Produktionsland als Bosch vertreten ist und es deshalb nachvollziehbar ist, wie alles läuft – bei Computern ist schon wieder eine Abstraktionsebene mehr dabei, und bei Gemüse aus Almería ist es nochmal komplizierter. Deswegen ist es an dieser Stelle noch eins mehr wichtiger, dass man den konkreten Link hat und sagen kann, hier, die Produkte werden da und dort verkauft.“

Letztlich kann gesagt werden, dass Solidarisierungsprozesse entlang der Wertschöpfungskette erfordern, dass es an den jeweiligen Orten der Produktion bzw. der Vermarktung stabile und glaubwürdige gewerkschaftliche Kräfte gibt, die in der Lage sind, die Interessen der Lohnabhängigen vor Ort zu vertreten. In diesem Sinn kann also mit Sarah Bormann durchaus von einer „Reihenfolge“ der Notwendigkeiten der Organisierung gesprochen werden. Obwohl die Lidl-Kampagne in der Lage war, das Thema Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel mit all seinen negativen Erscheinungsformen in eine breite Öffentlichkeit zu tragen und zu politisieren, blieben die konkreten Organisierungserfolge weitgehend aus. Dies betrifft in erster Linie die Ebene der Betriebsräte bei Lidl. In Bezug auf die konkrete Verbesserung der Herstellungsbedingungen von Waren, die bei Lidl verkauft werden, konnte punktuelle Erfolge erzielt werden: einige Fair-Trade-Produkte wurden eingestellt. Somit veränderten eine Reihe von Supermärkten und Discounter im Zuge der Kampagne ein Stück weit ihr Verhalten, ob sich dadurch jedoch das Kräfteverhältnis zwischen Lebensmitteleinzelhandel auf der einen Seite und Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen auf der anderen Seite nachhaltig verschoben hat, bleibt zu bezweifeln: Die Beharrungskräfte des „Systems Supermarkt“ mit dem dazugehörigen Produktionsmodus in der Landwirtschaft bleiben stark. Dennoch lässt sich mit allen Interviewten sagen, dass sich mittels gezielter Kampagnenarbeit und Coalition-Building zwischen NGOs, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften immer wieder Risse und Brüche im Vermarktungssystem der Supermärkte sowie in der Produktionslogik der industriellen Landwirtschaft schaffen lassen, in denen auch Alternativen einer anderen Produktions- und Konsumtionsweise aufscheinen können.

Im nun folgenden Kapitel soll die Bedeutung von kritischem Journalismus für Organisationsprozesse im Bereich der industriellen Herstellung und Vermarktung von Lebensmitteln beleuchtet werden. Wie auch bei der Kampagne gegen Lidl und andere Discounter spielen auch im Fall der Kritik an den Arbeitsbedingungen in den Gewächshäusern von Almería journalistische Arbeiten eine wichtige, wenn auch nicht unumstrittene Rolle.

11.4. Kritischer Journalismus

Seit einigen Jahren ist europaweit und im Speziellen im deutschsprachigen Raum ein verstärktes Interesse bei einer breiten Öffentlichkeit, bei Verbraucher- und Umweltverbänden, bei Gewerkschaften, aber auch in der Wissenschaft an den Auswirkungen der Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel und deren Folgen in Bezug auf Arbeitsrechte, Industrialisierung der Landwirtschaft und Umwelt festzustellen. Als Indizien dafür können u.a. die nicht nur im deutschen Sprachraum äußerst erfolgreichen Dokumentarfilme⁸⁶ „We feed the world“ (Wagenhofer 2005), „Unser täglich Brot“ (Geyerhalter 2006), „Europas neue Sklaven“ (Pflücke 2004), „Der Preis für unser Gemüse - Migration, Ausbeutung und Landwirtschaft in Almería“ (Weltumspannend Arbeiten 2011), die beiden Filme „Die Billigheimer - Discounter und ihre Methoden“ (2005) sowie „Hauptsache Billig“ (2011) von Mirco Tomic, „Darwins Nightmare“ (Sauper 2004) bzw. breit rezipierte journalistische Arbeiten zum Thema, wie die von Busse (2006) oder Werner und Weiss (2003) betrachtet werden.⁸⁷ Zu den bedeutenden journalistischen Arbeiten über die Gemüseproduktion von Almería aus den vergangenen Jahren gehören auch Reportagen von Shelina Islam in der Süddeutschen Zeitung (2006) oder von Felicity Lawrence in der britischen Zeitung Guardian (2011).

Die Reportage des Guardian und seine Rezeption

Eine Reportage des Guardian (2011) löste in Almería einen regelrechten Wirbelsturm der Entrüstung aus. Der Bericht hatte die schlechten Arbeitsbedingungen für Migrant_innen beschrieben, hatte Arbeiter_innen, SOC-Gewerkschafter_innen und Wissenschaftler_innen zu Wort kommen lassen und an eine Veränderung des Konsumverhaltens appelliert. Die Reportage zog u.a. auch eine klare Reaktion des Direktors der NGO „Anti Slavery International“, Aidan McQuade,

86 Nicht deutschsprachige, breit rezipierte Dokumentarfilme über die Folgen der industriellen Landwirtschaft in Almería wurden u.a. von Baqué/Girardot (2001), Bourguin (2008) und Nijpels (2011) gedreht.

87 Auch „der Standard“ berichtete unter dem Titel „Die Sklaven Europas“ in der Ausgabe vom 14.2.2011: „Obst und Gemüse sind gesund. Das darf als bekannt gelten. Gut geheim gehalten werden hingegen die Umstände, unter denen all die Paradeiser und Gurken produziert werden, die uns, gerade in diesen Monaten, mit Vitaminen (und mehr oder weniger Geschmack) versorgen. Das verwundert nicht – anderenfalls könnte einem die Lust nämlich vergehen, und zwar nachhaltig. Der britische Guardian hat jetzt die Bedingungen enthüllt, unter denen in den riesigen, mit Folientunnels zugepflasterten Anbaugebieten im Süden Spaniens gearbeitet wird. Selbst rudimentäre Menschenrechte werden da mit Füßen getreten. Illegale Erntearbeiter aus Westafrika müssen in Hütten leben, die sie sich aus Obstkisten und Plastikplanen zusammennageln. Wasser oder gar Kanalisation gibt es ebenso wenig wie Kochmöglichkeiten - wobei die Arbeiter ohnehin nichts zu essen bekommen, weshalb Sozialdienste mit Notlieferungen aushelfen müssen. Wer krank wird, stirbt oft – aus Angst, dass Ärzte oder Spitäler Meldung an die Polizei erstatten könnten. Gezahlt wird weniger als die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns. Laut Hilfsorganisationen erfüllt dies längst den Tatbestand systematischer, moderner Sklaverei. Mitten in Europa. Die EU schaut verschämt weg, unsereins Konsumenten ebenso. Die Aussicht, ansonsten ein paar Cent mehr fürs Gemüse ausgeben zu müssen, ist offenbar nicht zumutbar“ (corti 2011). Die Reportage des Guardian wird in dieser Arbeit im vorliegenden Kapitel sowie in Kapitel 7.2. ausführlich zitiert.

nach sich, die im Zuge der Reportage berichtete: „Anti-Slavery International said the Guardian's evidence was 'deeply disturbing', and raised the 'spectre of de facto state sanctioning of slavery in 21st century Europe“ (ebd.).

Die lokalen politischen Eliten starteten daraufhin gemeinsam mit der Zeitung „Voz de Almería“, die als Sprachrohr der lokalen Unternehmensinteressen gelten kann, eine regelrechten Gegenkampagne. So erschien in der „Voz de Almería“ vom 18.2.2011 ein Artikel mit dem Titel „Indignación en Almería por el ataque de the Guardian“ (in etwa: „Empörung in Almería über die Attacke von the Guardian“). In dem Artikel stand unter anderem zu lesen: „Die reißerische Reportage der englischen Zeitung 'Guardian' die das System der Gemüseproduktion in Almería mit Sklaverei verglichen hat, und dessen Inhalt gestern von La Voz zur Kenntnis abgedruckt wurde, hat laut Nachfragen in England schwerwiegende negative Auswirkungen verursacht, sowohl innerhalb der öffentlichen Meinung in Großbritannien als auch bei den großen Handelsketten dieses Landes. Aus diesem Grund hat 'Interprofesional Hortaliza' (Unternehmensverband der Gemüsevermarkter in Almería; Anm. D.A.B.) angekündigt, dass bereits mit der Ausarbeitung einer Imagekampagne in Großbritannien begonnen wurde, um die Argumente zu widerlegen, die die Gruppe von englischen Journalist_innen aufgestellt hat. Diese hat sich als Recherche-Quellen für ihren Pseudo-Zeitungsaufsteller lediglich der Informationen bedient, die die SOC sowie zwei Professoren der UAL, Checa und Aznar, ihnen geliefert haben“ (Voz de Almería 2011; Übersetzung D.A.B.). La Voz berichtet des weiteren, dass vom Provinzsekretär der Bauern- und Bäuerinnenvereinigung Coag, Andrés Góngora, eine Klage gegen den Guardian eingebracht wurde. „Coag will, wie auch die spanische Regierung in Gestalt des Außenministers, wie auch des spanischen Botschafters in England, angesichts dieser erneuten Attacke auf die Landwirtschaft in Almería nicht die Arme verschränken. Die Agrarvereinigung erwartet von den spanischen Behörden, dass sie von der fraglichen Zeitung eine Richtigstellung abverlangt“ (ebd.).

Anders betrachtet das Sozialforum Almería (FSA) die Situation. In einer Aussendung des FSA vom 3.3.2011 heißt es: „Jeglicher Beobachter der Situation, der nur ein Minimum an guten Intentionen hat, wird feststellen müssen, dass sich in Hinblick auf die Lösung der Probleme, die die Migrant_innen betreffen, nur sehr wenig getan hat und dass die Institutionen immer nur dann versprochen haben, eine Lösung zu finden, wenn punktuell Konflikte eskaliert sind – danach wurde alles wieder aufgeschoben, bis dann der nächste Konflikt am Horizont auftauchte“ (FSA 2011). In dem Schreiben wird auch betont, dass die Krise die Situation der Landwirtschaft in der Region eindeutig verschlechtert habe, und dass deshalb auch nicht von einer Verbesserung der Situation der Migrant_innen die Rede sein könne. Von den lokalen Initiativen wie dem Sozialforum Almería wird des weiteren die Ansicht vertreten, dass die Medien eine wichtige Rolle in den sozialen

Auseinandersetzungen in der Region spielen. Der Moment zu einer Intervention sei gegeben, wenn die Medien der Sache Aufmerksamkeit zollen. Man könne den Zeitpunkt nicht erzwingen, aber wenn es öffentliche Aufmerksamkeit gibt, sei der Moment da, um zu versuchen, grundlegende Veränderungen in Gang zu bringen (vgl. ebd.).

Kritischer Journalismus zwischen Solidarität und Voyeurismus

Die Tatsache, dass kritische Berichterstattung wie diejenige des Guardian dermaßen hohe Wogen schlagen kann, zeugt von der relativ großen Bedeutung, die kritischer Journalismus zu entfalten in der Lage ist. Eine Anzahl von journalistischen Arbeiten nimmt sich auch gezielt der Thematik der Supermärkte und Discounter an. In der Dokumentation „Hauptsache Billig – Discounterpreise und ihre Auswirkungen“ von Mirco Tomic (2011) wird folgende These prominent platziert: „Solange es die Kund_innen beim Einkauf nicht interessiert, wer und unter welchen Umständen das Gemüse gepflückt hat, solange werden Discounter keine Notwendigkeit sehen, ihre Strategie zu ändern. Sie werden weitermachen wie bisher, Hauptsache ihr Geschäft läuft ungestört.“ Auch Friedrich Wilhelm Gräfe zu Baringdorf von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der während 25 Jahren für die Fraktion der Grünen Verbraucherpolitik im EU-Parlament gemacht hat und der für den zitierten Film interviewt wurde, ist der Auffassung, dass die Konsument_innen in die Pflicht genommen werden müssten. Baringdorf argumentiert mit Verweis auf die „glänzende Welt der Supermarktwaren“: „Wenn man die Bilder hätte, wie die Waren erzeugt wurden und sie daneben stellen würde, dann würde man sie nicht mehr anfassen“ (ebd.). Auch Brand argumentiert: „... (E)in wichtiges Motiv in den Gesellschaften des Nordens (ist) jenes der moralischen Entrüstung, das heißt das Wissen darum, dass die Probleme zunehmen und auch die eigenen Lebensverhältnisse negativ betreffen könnten; das ist gleichsam ein wichtiger Hebel zur Aktivierung internationaler Solidarität“ (Brand 2011: 171).

Durch die breite mediale Abdeckung der sozialen und ökologischen Missstände, die Supermärkte und Discounter (mit-) verursachen, kann also davon ausgegangen werden, dass viele Informationen, die auch in der vorliegenden Arbeit aufgearbeitet wurden, nicht unbedingt neu sind. So schreibt auch Ulrich Brand in Bezug auf die sozial-ökologische Krise: „Nicht so sehr die Fakten sind neu, sondern die gesellschaftliche Aufmerksamkeit“ (ebd.: 177). Die Frage sei laut Brand eher, warum sich trotz einer relativ breiten Streuung der Informationen aus einer emanzipatorischen Perspektive insgesamt doch „so wenig tut“ (vgl. Brand / Wissen 2011a: 80). Kritischer Journalismus wirkt also zwar der Marginalisierung und Verdrängung von kritischen Themen in der herrschenden Aufmerksamkeitsökonomie entgegen, kann aber auch Übersättigungs- und Abstumpfungseffekte hervorrufen. In Kapitel 11.5. wird der Stellenwert von kritischem Konsum für eine tiefreichende

Veränderung in der imperialen Lebensweise – und somit auch die These Baringdorfs – diskutiert. Zwar kann festgestellt werden, dass kritischer Journalismus in der Lage war, im Bereich von Konsum und Arbeitsbedingungen breite Diskussionen hervorzurufen. Dennoch treten an diesem Punkt oft Frustrationen ein, da den „symbolischen Erfolgen in dem Sinne, dass die Kritiken und Anliegen der emanzipativen Bewegungen durchaus bekannt sind, (...) keine materiellen“ folgen. (Brand 2011: 160). So war der Film „We feed the world“ (Wagenhofer 2005) zwar ein riesiger Erfolg und wird als meist gesehener Dokumentarfilm Österreichs gehandelt – dennoch herrscht „Business as usual – in Politik, Wirtschaft, Öffentlichkeit“ und auch weitgehend „beim eigenen Verhalten“ (Brand 2011: 160).

Tomic schließt in seinem soeben zitierten Dokumentarfilm mit dem Abschlusskommentar: „Wir haben gesehen, für unsere Schnäppchen müssen andere Menschen mit Elend bezahlen, in Spanien, China oder Bangladesh. Solange wir unser Verhalten nicht ändern, werden sich auch die Verhältnisse nicht ändern“ (Tomic 2011). Das mag stimmen. Doch es scheint bei gegenhegemonialen Akteur_innen relativ große Unklarheit darüber zu herrschen, wie denn das Ziel einer breiten Veränderung des Konsumbewusstseins erreicht werden könne. Trotz breit gestreuter Information ist es bislang noch kaum gelungen, die relativen Erfolge der Sensibilisierung der öffentlichen Meinung in reale Veränderungen zu materialisieren! Aus der Streuung von Gegen-Informationen lässt sich keine automatische Verschiebung der alltäglichen Gewohnheiten der Konsument_innen ableiten. Imperiale Subjektivitäten sind tief in die Praxen eines Großteils der Bevölkerung eingeschrieben und hängen mit vielerlei anderen Faktoren zusammen, nicht zuletzt mit der hegemonialen Orientierung auf Lohnarbeit (vgl. Kapitel 4.1.4.).

Diese Arbeit versucht der Frage nachzugehen, unter welchen Bedingungen sich Verhalten ändert, sprich unter welchen Bedingungen sich Gegen-Hegemonie auch *materialisiert* und in diesem Sinn aus diskursiven Verschiebungen auch materielle spürbar werden (Brand 2011: 160). Des weiteren geht es um die Frage, wie sich kritische Berichterstattung in konkrete Solidarität übersetzen lässt.

Sarah Bormann folgend, kann kritischer Journalismus dann als sinnvoll erachtet werden, wenn er nicht auf der Ebene der moralischen Appelle bleibt, sondern nach den konkreten Bedingungen für die notwendigen Organisationsprozesse fragt; wenn weiters Protagonist_innen der jeweiligen Auseinandersetzungen als solche dargestellt werden und nicht als „Opfer der Verhältnisse“. Kritischer Journalismus sollte in der Lage sein, die Sozialstruktur von Produktion und Konsum zu analysieren und die subjektiven wie objektiven Handlungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Akteur_innen ausloten.

Kritischer Journalismus trägt in diesem Sinn auch immer eine gesellschaftspolitische

Verantwortung. Eine Messlatte für die konkrete Wirksamkeit für kritischen Journalismus ist die Änderungsperspektive für die jeweils Porträtierten. Sissel Brodal, Aktivistin des EBF, benennt in ihrem Artikel im Archipel Nr. 126 vom April 2005 die Gefahr des Voyeurismus, der auch bei kritischem Journalismus auftreten kann. Im Zuge einer Delegationsreise nach Almería berichtet sie, dass in einer Barackensiedlung, in der junge Marokkaner wohnten, der Besuch von Journalist_innen sehr missbilligend aufgenommen wurde: „Sie stellen Fragen, sie filmen, aber für uns ändert sich nichts. In Marokko hat man uns im Fernsehen gesehen. Niemand hat verstanden, was wir hier machen“ (Brodal 2005). Ein ähnliches Unbehagen beschreibt Jean Duflot, ebenfalls vom EBF, in seinem Artikel im Archipel vom Januar 2006 anlässlich des Besuchs einer Chabola-Siedlung: „Eine Teilnehmerin unserer Delegation ist ganz außer sich und murmelt vor sich hin, dass sie sich schämt, hier zu sein, als ohnmächtige Zuschauerin, gezwungen zu einem eklichen Voyeurismus“ (Duflot 2006: 2) Duflot benennt die Ambivalenz der Situation und fährt fort: „Aber man muss doch auf Missstände hinweisen, die Öffentlichkeit informieren, den Bürger und Konsument aufrütteln, Synergien zwischen Vereinen und Gewerkschaften schaffen, um gemeinsam mit der SOC Verbündete zu finden, die mithelfen, dieser Hölle den Garaus zu machen“ (ebd.). Die Frage des sinnvollen Einsatzes von kritischem Journalismus bleibt also offen und kann nicht endgültig beantwortet werden. Entscheidend ist aber wohl, dass kritische Journalist_innen ein Bewusstsein erlangen über die Grenzen ihrer Arbeit. Die Protagonist_innen müssen von den Journalist_innen in ihren Rechten respektiert werden; letztere müssen darauf achten, dass sich mit ihrer Arbeit ernstzunehmende Veränderungen zum Positiven einstellen. Das erfordert, die Geschwindigkeit bei der Recherche und in Gesprächen zu drosseln und sich auf die Realität des gegenüber einzulassen. Darüber hinaus kann es als entscheidend erachtet werden, dass Journalist_innen ein Bewusstsein darüber erlangen, dass nicht alles dokumentiert und erforscht werden soll, was man in die Finger bekommt. Nora Sternfeld erinnert „singend an die berühmten vier Zeilen (...), die Bert Brecht in seinem Dreigroschenfilm der 'Moritat von Mackie Messer' (...) beigefügt hat: 'Denn die einen sind im Dunkeln / Und die anderen sind im Licht. / Und man sieht die im Lichte / Die im Dunkeln sieht man nicht'“ (Sternfeld 2011). Sternfeld schließt an: „Ich werde sie als Drohung verstehen und dabei ein weiteres Mal jeden dokumentarischen Paternalismus zurückweisen, der ans Licht zerren will, was sich vielleicht im Dunkeln viel besser organisieren lässt“ (ebd.). Dies gilt nicht nur für kritischen Journalismus, sondern auch für kritische Wissenschaft; beide müssen imperativ darauf achten, die Subjekte der Bewegung und der Organisierung nicht durch ihre Dokumentation und Veröffentlichung zu gefährden. Sie müssen die eigenen Karrierebestrebungen hintanhalten und erkennen, dass Organisationsprozesse auf manchen Ebenen auch gut ohne Journalismus und Wissenschaft auskommen.

11.5. Die Möglichkeiten und Grenzen von kritischem Konsum

Im Folgenden soll diskutiert werden, welche Rolle Konsumententscheidungen für eine nachhaltige und nicht ausbeuterische Produktionsweise einnehmen können. Hier interessiert also, ob es möglich ist, über die „Politisierung der Tomate“ eine gesellschaftliche Debatte loszulösen, die dazu beitragen kann, dass Wintergemüse aus Almería in Zukunft nur mehr unter Bedingungen konsumiert wird, die sozial und ökologisch unbedenklich sind.

Es soll also der Frage nachgegangen werden, „wie die unmittelbaren Bedürfnisse der Lohnabhängigen nach günstigem Essen, billiger Energie und anderen Waren, die meist mittels Ausbeutung der Natur und sozialen Verwerfungen einhergehen, transformiert werden können“ (Brand 2011: 115), und zwar im Sinne einer Förderung von Formen der Distribution, die nicht durch profitorientierte Unternehmen vermittelt ist. Ich gehe davon aus, dass diese Transformation nicht mit moralischen Appellen oder mittels der Individualisierung der Konsumententscheidungen einhergehen kann.⁸⁸ Vielmehr müssen gemeinsame Interessen verschiedener Gruppen sozial benachteiligter gefunden werden. Im Folgenden sollen also Möglichkeiten und Grenzen für kritischen oder alternativen Konsum ausgelotet werden, die sich an dem Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientieren.

Zunächst soll in Erinnerung gerufen werden, welche Implikationen die imperiale Lebensweise und somit die materiell und kulturell vorteilhafte Einbindung der globalen Mittelklassen in die internationale Arbeitsteilung für die genannte Frage hat (vgl. Brand/Lösch/Thimmel 2007: 67). In Kapitel 4.1.4. wurde gezeigt, dass die Stabilität kapitalistischer Verhältnisse erst vor dem Hintergrund der Einbeziehung weiter Teile der subalternen Klassen im globalen Norden bzw. der Mittelklassen in den sogenannten Schwellenländern in bestimmte Konsummuster, die auf Kosten subalterner Klassen in Ländern des globalen Südens und von Arbeitsmigrant_innen gehen, erklärt werden kann. Es wurde deutlich, dass die Konsumgewohnheiten tief verankert, stark routinisiert und wenig bewusst verlaufen (vgl. Brand / Wissen: 2011). Wie gezeigt wurde, gehört zu diesen Konsumgewohnheiten auch der Einkauf von Wintergemüse aus Almería.

Um die Stabilität und die weitere Ausbreitung der imperialen Lebensweise im globalen Maßstab zu erklären, ist es notwendig, über die Logik der Erweckung von Bedürfnissen im Kapitalismus zu

88 Dagmar Vinz betont in diesem Zusammenhang: „Im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit als einer zentralen Norm nachhaltiger Entwicklung sind ökologische Ent- und zeitliche Belastungen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Verteilung zwischen den Geschlechtern zu thematisieren und Nachhaltigkeitsstrategien zu finden, welche eine 'Privatisierung und Feminisierung von Ernährungs- und Umweltverantwortung' vermeiden“ (Vinz 2005: 15). Die Individualisierung der Konsumententscheidungen sei also auch immer eine Feminisierung der Konsumententscheidungen.

sprechen. Brand argumentiert, dass „die alltägliche Wiederholung von 'Geiz ist geil!' ein wirksameres erfahrungsbasiertes didaktisches Mittel als viele politische Analysen und Strategien“ sei (Brand 2011: 12). Entsprechend tief ist auch die stillschweigende Akzeptanz ruinöser Konkurrenz und unsolidarischer Verhältnisse in die Gesellschaft eingelassen. Alex Demirović ist der Auffassung, dass kritische Debatten zu diesem Themenkomplex in den 1970er und 1980er Jahren weit intensiver geführt wurden als das heute der Fall ist: „Die Diskussion über 'falsche Bedürfnisse' gilt als beendet, der Vorwurf, sie sei zwangsläufig mit Erziehungsdiktatur verbunden, konnte sich fest etablieren. Eine demokratische Diskussion über Bedarf, Art der Bedürfnisbefriedigung, über Konsumgewohnheiten oder Produktgestaltung ist in weite ferne gerückt“ (Demirović 2011: 24). Völlig befremdlich ist die Selbstgewissheit, mit der viele Menschen nahezu jede Variante des kritischen Konsums wahlweise unter den Generalverdacht des Tugendterrors stellen oder verstohlen links liegen lassen. An die Stelle von Kritik tritt oftmals zynische Distanz.⁸⁹

Wenn die verheerenden Auswirkungen der Produktion von Gemüse in der Region Almería jedoch überwunden werden sollen, so hängt dies wesentlich davon ab, ob „eine ökologische Wende in der Landwirtschaft auf die Konsument_innen zählen“ (Brunner, zit. bei Vinz 2005: 15) kann und ob Indifferenz und zynische Distanz überwunden werden können. Proteste von Konsument_innen können bei Konflikten an den Orten der Produktion katalytisch wirken. Für den Aufbau durchsetzungsfähiger Allianzen spielen politisierte Konsument_innen eine wichtige Rolle.

Die Frage der Adressierung von Konsument_innen bei der Kampagnenarbeit von NGOs und Gewerkschaften ist jedoch komplex, da Konsument_in nicht gleich Konsument_in ist: Obwohl die meisten Lohnabhängigen und Subalternen in Westeuropa eine relativ vorteilhafte Einbindung in die Angebote der Konsumwelt genießen, sind die finanziellen Einkommen, der Zugang zu Macht-Ressourcen und die politische Artikulations- und Durchsetzungsfähigkeit der unterschiedlichen Gruppen äußert verschieden. Immer weitere Teile der Bevölkerung westlicher Industrieländer

89 Entgegen dieser Einschätzungen gibt es auch optimistischere Sichtweisen. So betont Günther Hörmann vom Hamburger Verbraucherschutz: „Meiner Erfahrung nach hat das kritische Bewusstsein der Verbraucher_innen bezüglich der Fragen, wo die Dinge, die ich da kaufe, hergestellt werden und welche Arbeitsbedingungen dort vorherrschen, in den letzten 10 bis 15 Jahren eindeutig zugenommen. Das hat meiner Auffassung nach sehr viel mit der kritischen Berichterstattung durch Fernsehdokumentationen usw. zu tun. Aber natürlich steht dieser Prozess immer auch im Wechselverhältnis damit, was die Leute im Portemonnaie haben – oder anders formuliert: kaufe ich mir jetzt das T-Shirt bei Kik um 7,99 oder nicht – oder kaufe ich es mit schlechtem Gewissen. Das hängt natürlich nicht nur mit dem Informations- und Wissensstand der Leute zusammen, sondern auch mit dem Kontostand. Dennoch glaube ich, dass die Anzahl der Verbraucher_innen, die sich um soziale und ökologische Fragen kümmern, gestiegen ist“ (vgl. auch Kapitel 11.6.b.). Auch Ulrich Jürgens betont: „Immer mehr Bürger_innen und (potentielle) Kund_innen hinterfragen die ethischen und Umwelt-Standards von Produkten und Arbeitsabläufen, von Transport- und Warenketten und melden sich zu Wort als 'mündige', 'aufgeklärte' und 'wertorientierte' Konsument_innen“ (Jürgens 2011a: 7).

verarmen schlicht. Paradoixerweise hat dieser Umstand jedoch nicht zu einem Weniger an Supermärkten und Discountern geführt – eher im Gegenteil. Gesunde, regionale und saisonale Ernährung, bereitgestellt durch lokale Märkte oder Community gestützte Netzwerke wurden zu einem Privileg weniger, während die Mehrheit der Bevölkerung auf schlechte Lebensmittel aus den Supermärkten und Discountern, die beinahe eine groteske Überzeichnung der imperialen Lebensweise darstellen, angewiesen ist. So betont Sascha Klemz: „Ethischer Konsum ist vor allem etwas für diejenigen, die ihn sich leisten können. Wer mangels Einkommen gar nicht oder wenig konsumiert, ist für die Unternehmen allenfalls als billige Arbeitskraft interessant: Das Prekarat des Nordens sowie die Mehrzahl der Menschen im Süden der Welt“ (Klemz 2008: 23). Die geringen Kosten der Ware Arbeitskraft werden im globalen Norden stabilisiert durch die Verfügbarkeit von billigen Lebensmitteln im Discounter (vgl. Kapitel 4.1.2.).

Wenn man diesen Umständen Rechnung trägt, wird schnell klar, dass moralische Appelle, die „richtige“ Kaufentscheidung zu treffen, schnell in Schuldzuweisungen gegen prekäre Schichten in den Metropolen abrutschen können.⁹⁰

Wichtig ist allenthalben, zu prüfen, welche Handlungsrestriktionen und -möglichkeiten für private Konsument_innen in ihren täglichen Konsum- und Ernährungsentscheidungen bestehen, um geeignete Wege für nachhaltigen Konsum im Bedürfnisumfeld Ernährung zu entwerfen. Dagmar Vinz verweist des weiteren auf die Herausforderung, bei Veränderungsstrategien für nachhaltigen Konsum „an sozial differenzierte Ernährungsstile anzuknüpfen“ und „milieuspezifische Verschiedenheit der Geschmäcker“ (Vinz 2005: 27) zu berücksichtigen. Hier sei auch wichtig zu erkennen, dass die „Ausrichtung von Konsumententscheidungen an Produktinformationen (...) entsprechende kognitive Kompetenzen im Deuten von Inhaltsangaben und die Bereitschaft, hierfür Zeit aufzuwenden“ erfordert. Dafür müssten auch unterschiedliche soziale Kontexte berücksichtigt werden. Wichtig ist also, darauf zu achten, dass durch das Werben für Produkte, die unter sozial und ökologisch vertretbaren Bedingungen hergestellt wurden, keine habituellen Grenzen reproduziert werden – denn letztere manifestieren sich seit jeher auch über die distinguierte Wahl der Lebensmittel.

Kritischer Konsum bewegt sich zudem immer im Spannungsfeld zwischen Widerstand und Rekuperierungs-Strategien des Kapitals. Die Existenz von biologischen und fair gehandelten Waren im Supermarktregal kann somit immer auch als Versuch der Befriedung der Forderungen von

90 Bezugnehmend auf die ökologische Krise des Planeten betonen Brand und Wissen (2011a: 88), dass es nicht die klassischen „Lidl-Kund_innen“ aus einkommensschwachen Schichten sind, die den größten Teil CO2 verbrauchen. Sie argumentieren mit einer Studie des Wuppertal Instituts: „Gerade die Menschen mit hoher Bildung, relativ hohem Einkommen und hohem Umweltbewusstsein haben den höchsten Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch, während Klassen oder Milieus mit geringem Umweltbewusstsein, aber auch geringem Einkommen weniger Ressourcen verbrauchen“ (Brand / Wissen 2011a: 88).

kritischen Konsument_innen, NGOs und Gewerkschaften gelesen werden (vgl. Kapitel 11.3.). Aufwändige PR-Strategien, die öffentlichkeitswirksam das „saubere“ Image eines Unternehmens anpreisen, wären nicht existent, wenn Missstände davor nicht mühsam ans Tageslicht gezerrt worden wären. In diesem Sinn bewegt sich kritischer Konsum und Konzernkritik immer im Spannungsfeld zwischen partiellen Erfolgen im Sinne der Interessen der Lohnabhängigen und der Umwelt auf der einen Seite und der Kooptierung der Kampagneninhalte für die Profitinteressen der Unternehmen auf der anderen Seite. Die Entwicklungen im Bereich CSR sind dafür ein anschauliches Beispiel (vgl. Kapitel 10).

Konsumkritik im Zusammenhang mit öffentlicher Beschaffung und Bildungspolitik

Für eine wirksame Veränderung der Produktionsbedingungen ist es wichtig, die Notwendigkeit der Transformation der strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen Kaufentscheidungen getroffen werden, mitzudenken. Dieser Themenkomplex berührt auch Fragen der kommunalen Politik sowie der Stadt- und Landschaftsplanung – der Zugang zu bäuerlichen Märkten sollte niedrigschwellig gewährleistet sein und nicht durch die Ausdehnung von Supermärkten und Discountern bedroht werden. Statt weiterhin leichtfertig Baugenehmigungen für Discounter zu vergeben wäre es notwendig, lokale Märkte, die fußläufig oder mit dem Fahrrad zu erreichen sind, zu fördern. Für die Etablierung nachhaltigen Konsums und zukunftsähniger Ernährungsstile empfiehlt Vinz, Umwelt- und Agrarpolitik mit Bildungs-, Familien-, Sozial- und Gesundheitspolitik zu verknüpfen. An die Stelle der Moralisierung von Kaufentscheidungen und einer Privatisierung und Feminisierung von Umweltverantwortung solle die Erkenntnis treten, dass die Rahmenbedingungen, in denen Kaufentscheidungen getroffen werden, verändert werden müssten (Vinz 2005: 15). Anknüpfend an Vinz ist es wichtig, herauszustreichen, welch große Rolle die öffentliche Beschaffung beim Konsum spielt. Die österreichische Zeitschrift „Mitbestimmung“ berichtet: „Europas öffentliche Institutionen verfügen über eine enorme Kaufkraft: 17 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts macht der Einkauf von Staaten, Ländern, Städten und Gemeinden in Europa aus (...). Die öffentliche Hand kauft in vielen Fällen mit Uniformen, Computern und Lebensmitteln zugleich ausbeuterische Arbeitsverhältnisse ein“ (2011: 11). Die „Mitbestimmung“ beruft sich dabei auf eine Studie der spanischen Organisation SETEM, die speziell zur Textilindustrie in Marokko geforscht hat. Ein Mitarbeiter der Forschungsstelle gibt an: „Es gibt eindeutige Hinweise dafür, dass Bekleidung für öffentliche Einrichtungen in Europa in illegalen und gefährlichen Werkstätten genäht wird. Die öffentliche Hand nimmt damit in Kauf, dass international anerkannte Arbeitsstandards verletzt werden“ (ebd.). In der „Mitbestimmung“ wird allerdings auch angeführt, dass in Österreich mit dem „nationalen Aktionsplan einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung“,

der u.a. von der NGO Südwind begleitet wird, gegengesteuert werde. Auch auf europäischem Niveau gäbe es Initiativen, die in eine andere Richtung gehen. Allerdings muss hier auch zwischen PR-Manövern und wirklichen Richtungsänderungen in der öffentlichen Beschaffung unterschieden werden. In der „Mitbestimmung“ wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass der „Kaffeekonsum des EU-Parlaments, der sich 2009 immerhin auf neun Tonnen belief, (...) ausschließlich über Fair-Trade-Kaffee abgedeckt (wird)“ (ebd.:12). Das ist schön und gut, geht aber an den wichtigen politischen Weichenstellungen, die ja gerade im europäischen Parlament vorgenommen werden müssten, vorbei.

Dagmar Vinz schlägt vor, die Nachhaltigkeitsstrategien an die Sozial- und Bildungspolitik zu koppeln: „Für die Förderung einer nachhaltigen Esskultur sind dementsprechend Nachhaltigkeitsallianzen im Bereich der institutionellen Gemeinschaftsverpflegung und ein Ausbau von Kantinen und Menschen für Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder auch in Betrieben notwendig“ (Vinz 2005: 28).⁹¹

Eine Initiative der Gewerkschaftsverbände ANG, GPA, GMT, HGPD, djp sowie der Gewerkschaft der Chemiearbeiter_innen fordert des weiteren die schrittweise Umstellung von Betriebs- und Werksküchen auf faires, umwelt- und sozialverträgliches Essen (ANG et al. 2002). Die Initiative wird vom gewerkschaftlichen Bildungsverein Weltumspannend Arbeiten unterstützt (vgl. Kapitel 11.1).

Aus den bisherigen Kapiteln der Arbeit kann der Schluss gezogen werden, dass kritischer Konsum oder etwa Konsumboykott nur dann in der Lage ist, breitere politische Wirkung zu entfalten, wenn er mit denjenigen koordiniert ist, die an den Orten der Produktion und der Distribution (z.B. den Lohnabhängigen in den Abpackbetrieben oder in den Supermarktketten) für eine Beendigung der Misere kämpfen. Durch den organisierten Druck von Konsument_innen – bestenfalls zeitgleich mit Protesten oder Streiks vor Ort – besteht dann die Chance, dass nach rassistischen Übergriffen Prozesse korrekt geführt, Löhne erhöht, Arbeitsbedingungen verbessert, Legalisierungen durchgeführt oder Betriebsräte eingerichtet werden (vgl. Behr 2006: 85).

Eine zweite Möglichkeit, Konsumkritik breit zu politisieren, besteht wie Vinz (2005: 28) betont darin, die strukturellen Reproduktionsbedingungen der Menschen in den Konsumländern mitzureflektieren. Dies ist der Fall, wenn Konsumkritik im Zusammenhang mit öffentlicher Beschaffung, Geschlechterverhältnissen, Leistbarkeit von Lebensmitteln oder Erreichbarkeit von

91 Vinz ergänzt in diesem Zusammenhang, dass die „Ausweitung einer an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Mittagsverpflegung an Ganztagschulen (...) nur einen kleinen Teil der Bevölkerung (umfasst). Mit dem hegemonialen Konzept der Halbtagschule wird jedoch noch immer vorausgesetzt, dass Eltern mittags Zeit haben, für ihre Schulkinder zu kochen“ (Vinz 2005: 29).

lokalen Märkten diskutiert wird. Hier sind politische Entscheidungsträger_innen auf lokaler Ebene, auf Länderebene bzw. in supranationalen Entscheidungsstrukturen gefragt.

Drittens findet 'kritischer Konsum' seinen politischen Ausdruck, wenn er mit einer (Wieder-)Erlangung von Autonomie verbunden ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich solidarische Vereinigungen von Produzent_innen und Konsument_innen bilden (sogenannte Community Supported Agriculture – CSA). Weiters, wenn eigenständige Bar- und Beislkollektive, offene Küchen etc. gezielt 'solidarische' Produkte beziehen, Kontakte zu den Produzent_innen aufzubauen und das Ganze an dem jeweiligen Ort auch inhaltlich kontextualisieren (bspw. die aktuelle Lage in Mexiko bei Kaffee aus Zapatistas-Gemeinden“ (vgl. Behr 2006: 85).

Im nun folgenden Kapitel soll gewissermaßen eine Synthese aus den vorherigen Unterkapiteln des Kapitels 11 folgen: aus dem Blickwinkel zweier praktischer Kampagnen soll das Zusammenspiel von kritischen Journalist_innen, Akteur_innen, die sich einem „kritischen Konsum“ verpflichtet fühlen, NGOs, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen analysiert werden. Nach der Analyse der Arbeitsweise der großen Gewerkschaftsverbände, der SOC sowie nach der Untersuchung der Kampagne gegen Lidl interessieren diese „exemplarischen Tiefenbohrungen“ nun vor allem deshalb, da sie praktische Versuche unter die Lupe nehmen, wie anhand von konkreten Anlässen des Verstoßes gegen Arbeitsrechte Allianzen entlang der Wertschöpfungskette geschmiedet werden können. Das erste Beispiel, auf das ich eingehen möchte, bezieht sich auf einen Arbeitskonflikt in Almería, das zweite Beispiel auf einen Discounter, der die Einhaltung von Sozialstandards vortäuschte und gegen den erfolgreich geklagt wurde.

11.6.a. Transnationale Solidarität gegen Ausbeutung – das Beispiel Bio-Sol

Im Fall von Arbeitskonflikten im Sektor des industriellen Gemüseanbaus von Almería lohnt es sich, einzelne Beispiele von Arbeitskämpfen, die aus der Sicht der Beschäftigten ein positives Ende nahmen, genauer zu beschreiben, um die Logik und die Funktionsweise von Ausbeutung und Widerstand besser zu verstehen. In diesem Zusammenhang betont Brand (2011): „Symbolische wie materielle Erfolge sind zentral. Letztere in dem ganz praktischen Sinne, dass einerseits herrschende gesellschaftliche Gruppen ihre Interessen nicht einfach durchsetzen können, sondern daran gehindert oder zumindest zu Kompromissen gezwungen werden“ (Brand 2011: 159). Dies gilt für die Lidl-Kampagne, die im letzten Kapitel ausführlich behandelt wurde, genauso wie für Arbeitskonflikte in Almería.

Im Folgenden sollen zwei „exemplarische Tiefenbohrungen“ vorgenommen werden: In diesem Kapitel wird der Arbeitskonflikt bei der Produktionsfirma Bio-Sol Portocarrero in der Region Níjar, Almería dargestellt. In 11.6.b. wird die Klage gegen Lidl, die von der Anwaltsvereinigung ECCHR (European Center for Institutional Human Rights) gemeinsam mit dem Verbraucherschutz Hamburg und der Clean Clothes Campaign (CCC) durchgeführt wurde, dargestellt. In beiden Fällen offenbarten sich Möglichkeiten, entlang der Wertschöpfungskette aktiv zu werden und Solidarität zwischen Konsument_innen bzw. Interessenvertretungen von Konsument_innen, Journalist_innen, NGOs und Handelsgewerkschaften auf der einen Seite sowie Lohnabhängigen und Gewerkschaften im landwirtschaftlichen Sektor auf der anderen Seite aufzubauen.

Der Fall Bio-Sol ist u.a. auch deshalb interessant, weil es sich um einen Konflikt bei einem Bio-Betrieb der Region Almería handelt. Bei biologisch wirtschaftenden Betrieben wird in der Regel angenommen, dass nicht nur die ökologischen, sondern auch die sozialen Bedingungen bei der Produktion besser seien als im konventionellen Bereich. Der Betrieb Bio-Sol folgt jedoch einer industriellen Logik, in dem Sinn, als dass er in Produktion und Vermarktung den großen konventionellen Betrieben gleicht, mit der Ausnahme der Nicht-Verwendung von Produkten, die für die biologische Landwirtschaft nicht zugelassen sind.

Wie bereits weiter oben zur Sprache gekommen ist, wurde in Almería in den letzten Jahren aus einer Reihe von Gründen vielfach auf den Umstieg auf biologische Produktion gesetzt (vgl. Kapitel 7.1.). In manchen Punkten brachte diese Wende durchaus Verbesserungen mit sich – neben der geringeren toxischen Belastung für die Pflanzen und das Grundwasser bleibt es den Arbeiter_innen erspart, mit zum Teil extrem gesundheitsgefährdenden Spritzmitteln hantieren zu müssen, durch deren Einsatz eine Reihe von Landarbeiter_innen in den letzten Jahren bereits schwere

Verletzungen erlitten haben. Einziger Haken: In den Regelwerken für biologische Landwirtschaft finden sich keinerlei explizite Parameter in Bezug auf Arbeitnehmer_innenrechte. Regelwerke, die diese Aspekte aufgreifen, wie beispielsweise global G.A.P. (vgl. Kapitel 10) unterliegen keiner öffentlichen Kontrolle und wurden von Unternehmen selbst geschaffen. Sie sind die strategische Antwort der Supermarktketten auf Streiks und Widerstand in der industriellen Landwirtschaft sowie auf Kampagnenarbeit gegen die Einkaufspraxis der Großverteiler. Inwieweit sie einen realen Gehalt haben oder lediglich als Feigenblatt dienen, muss indes von Fall zu Fall geklärt werden (vgl. ebd.). Vor dem Hintergrund der fortwährenden „Konventionalisierung“ des ökologischen Landbaus – v.a. in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse in den respektiven Betrieben – ist es nicht allzu verwunderlich, dass in dem exportorientierten Bio-Großbetrieb Bio-Sol im Jahr 2010 ein beachtenswerter Arbeitskampf ausbrach. Die Arbeiter_innen forderten ihre Wiedereinstellung bzw. bessere Arbeitsbedingungen sowie die Auszahlung ihrer Abfindungen.

Das Unternehmen Bio-Sol

Das Unternehmen Bio-Sol gehört zu den größten Betrieben der Region, die auf der Basis biologischer Produktion Gemüse vermarkten. Mit einer Marktpräsenz seit 1993 gehört Bio-Sol zu den Bio-Pionieren von Almería. Seit elf Jahren gehen die Waren auch in den Export. Tomaten, Paprika, Gurken, Zucchini, Auberginen, Wassermelonen und Zuckermelonen stehen auf dem Programm. Diese Vielfalt der Produktion erlaubt es dem Unternehmen, rund ums Jahr Kulturen anzubauen und zu ernten. Bio-Sol betreibt einen Abpackbetrieb, in dem die eigenen Waren, wie auch die von 15 weiteren Betrieben verpackt und reisefertig für den europäischen Export gemacht werden. Der Export ins europäische Ausland macht 98 % der Produktion aus. Insgesamt handelt das Unternehmen mit Waren aus rund 100 Hektar Produktion (25 Hektar Eigenproduktion und zugekaufte Ware von rund 75 Hektar). Das entspricht einer Menge von sieben Millionen Kilogramm Gemüse jährlich. Das Unternehmen exportierte im Jahr 2011 u.a. nach England, Dänemark, Deutschland, Schweiz, Schweden, Finnland, Belgien und Holland (<http://www.elAlmería.es/article/finanzasyagricultura/927034/bio/sol/portocarrero/se/consolida/los/mercados/europeos.html> (aufgerufen am 4.11.2013)).

Bio-Sol erhält zahlreiche Unterstützungen aus lokalen Verwaltungsgeldern, wie auch Subventionen vom spanischen Staat und aus Fonds der EU. Insgesamt sind bei Bio-Sol rund 200 Arbeiter_innen beschäftigt – davon 80 in den Abpackhallen. Die Arbeitsteilung ist klassisch: In den Gewächshäusern arbeiten hauptsächlich Männer, in den Abpackhallen und an den Fließbändern großteils Frauen. Der Großteil der Arbeiter_innen kommt aus Marokko, ein kleinerer Teil aus Rumänien.

Im Mai 2011 hatte eine Delegation österreichischer Gewerkschafter_innen die Gelegenheit, sechs Arbeiterinnen, die bei Bio-Sol angestellt waren, im Lokal der SOC in San Isidro, in der Provinz Nijar zu treffen. Es handelte sich um sechs, zu dem Zeitpunkt des Interviews nicht wieder angestellte Arbeiterinnen, die im Laufe des Arbeitskampfes die vollen Abfindungssummen erstritten hatten.

Alle sechs Arbeiterinnen kommen aus Marokko und haben Spanien auf verschiedenen Wegen erreicht. Die Arbeiterin S.⁹² begann in Marokko zu studieren, fand keine Arbeit, und kam mit einem Visum, das ein Freund besorgt hat, hierher; die ursprüngliche Intention ihrer Migration war, hier den Familienangehörigen eines Freundes zu pflegen. Sie gab an, dass die Probleme, mit denen sie hier konfrontiert ist, größer seien, als die in Marokko. Die Arbeiterin F. kam, nachdem sie in Marokko einen Arbeitsvertrag gekauft hatte. Sie kann einen marokkanischen Uniabschluss vorweisen und arbeitete vor ihrer Anstellung bei Bio-Sol auch in der Pflege. Eine weitere Arbeiterin kam im Jahr 2001 ebenfalls mit einem gekauften Arbeitsvertrag für die Landwirtschaft nach Spanien. Sie arbeitete während zwei Saisonen in der landwirtschaftlichen Produktion und kam dann in die Verpackungsbetriebe. Ihr Einkommen wurde als nicht ausreichend bewertet, um eine Familienzusammenführung beantragen zu können.

Die Preise für die Arbeitsverträge, die die anwesenden Frauen bezahlten mussten, belaufen sich auf 5000 und 6000 Euro. Aktuell würde ein Vertrag schon um die 13.000 Euro kosten. Konkret würde das in den meisten Fällen so ablaufen, dass der Chef des jeweiligen Betriebes 3000 Euro verlangen würde, die Vermittler_innen an den „Zwischenstationen“ würden dann noch ihre „Honorare“ dazurechnen. Viele Arbeiter_innen, die sich einen Vertrag kaufen, würden aus diesem Grund in ihrem Heimatland einen Kredit aufnehmen, um die Reise finanzieren zu können. Die Interviewten gaben an, dass diejenigen Arbeiter_innen, die schon in Spanien sind und eine Anstellung in einem Unternehmen haben, bei ihren Chefs nachfragen, ob dieser einen Vertrag ausstellen könne.

Auf die Frage, wie sie Spanien heute betrachten, sagten die Arbeiterinnen im Gespräch, dass sie ihre Illusionen verloren hätten und dass sie ihren Freund_innen in Marokko davon abraten würden, nachzukommen.

Im Gespräch gaben sie an, dass sie aktuell auf Arbeitssuche seien, aber noch nichts gefunden hätten. Momentan würden sie von der Arbeitslosenunterstützung leben, bzw. von Notstandshilfe. Vielfach wurde der Wunsch geäußert, die Region zu verlassen und beispielsweise nach Frankreich zu gehen. Die Frage, ob die Arbeiterinnen auf die Konsument_innen der Bio-Gemüsewaren wütend seien, bejahten sie, allerdings fügten sie auch hinzu, dass sie es verstehen würden, dass nicht alle so viel Geld hätten, um Produkte einzukaufen, die unter sozial besseren Bedingungen hergestellt werden.

⁹² Um die Arbeiterinnen nicht zu gefährden, werden statt Namen nur Initialen angeführt.

Die Interviewten gaben an, dass sie es angesichts der Konflikte bei Bio-Sol bzw. im Lichte der aktuellen Wirtschaftskrise tendenziell bereuen würden, nach Spanien gekommen zu sein.

Chronologie des Arbeitskampfes

Während des Jahres 2008 war die Gewerkschaft SOC in mehrere Konflikte mit dem Unternehmen involviert, aufgrund einer Vielzahl unzulässiger Entlassungen.

Doch erst im Oktober 2010 drang der Widerstand der Arbeiter_innen zum ersten Mal verstärkt nach außen: Rund ein Dutzend Frauen aus den Abpackbetrieben, die meisten von ihnen marokkanische Migrantinnen, wurden ohne weitere Angabe von Gründen gekündigt. Der Hintergrund für diesen Schritt des Unternehmens war schnell klar: Arbeiter_innen, die bereits seit längerer Zeit im Betrieb arbeiteten (im Falle der entlassenen Frauen seit fünf bis zehn Jahren), wurden durch neue, auf prekärer Basis angestellte Arbeiter_innen ersetzt. Eine Abfindung bekommt nur, wer lange genug im Betrieb gearbeitet hat. Bio-Sol setzte auf ein simples, aber bewährtes Prinzip: Es sollte erst gar nicht so weit kommen. Dabei handelte es sich um klare Fälle von Motivkündigungen. Eine weitere Masche war, dass die Arbeiterinnen offiziell Gehaltsabrechnungen von drei verschiedenen Betrieben bekamen – diese gehören aber alle zu Bio-Sol. De facto standen sie an derselben Maschine, in derselben Abpackhalle und taten dieselbe Arbeit wie seit Jahren.⁹³

Doch – wie oft in ähnlichen Fällen – ist dies nur die Spitze des Eisbergs: Die Arbeiterinnen berichteten der SOC von einer Reihe von Verstößen: Nicht-Einhaltung des kollektivvertraglichen Lohns, oft Arbeitszeiten von neun Uhr morgens bis ein Uhr nachts bei gleichzeitiger Vorenthaltung des Überstundenzuschlags, automatischer Abzug des Lohns für eine halbe Stunde, wenn eine Pause von mehr als fünf Minuten eingelegt wurde. Des weiteren Akkordarbeit in den Abpackhallen und Androhung, hinausgeschmissen zu werden, wenn eine bestimmte Quantität nicht erreicht wurde; Diskriminierung in Bezug auf die Aufteilung der Arbeit, schlechte Behandlung und korrupte Praktiken der Vorgesetzten, Hetzerei und Ausüben von Druck während der Arbeit sowie Verstöße in Bezug auf Transport und Sicherheitsnormen. Es kam zu verbalen Übergriffen seitens der Vorarbeiter gegenüber den Frauen; Heben von 20 Kilogramm schweren Kisten, auch für eine Frau, die bereits im sechsten Monat schwanger war. Diese klagte nach den Arbeiten über eine besonders schwere Geburt – den Nachweis zu erbringen, dass dieser Umstand mit den Arbeitsbedingungen bei Bio-Sol in Zusammenhang steht, war allerdings nicht möglich. Die entlassenen Frauen berichteten, dass sie zum Putzen geschickt wurden, wenn Besuch bzw. Kontrollen von außerhalb kamen. Die schwereren Arbeiten wurden dann ausnahmsweise von Männern geleistet, um vorzutäuschen, dass

93 Diese gesetzeswidrige Maßnahme wurde in einem Bericht des andalusischen Gerichtshofes in Granada am 16.1.2009 aufgedeckt (vgl. Archipel Nr. 194, Juni 2011).

alles in Ordnung sei.

Des weiteren wurden Lohnzettel gefälscht: die Lohnhöhe, die vermerkt wurde, war geringer als der tatsächliche Lohn; ein Teil der Bezahlung erfolgte bar. Auf diese Weise sparte das Unternehmen Lohnnebenkosten, was sich auf die Höhe des Arbeitslosengelds negativ auswirkte. Laut Informationen der SOC erwirtschaftete das Unternehmen hingegen in der Zeit des Arbeitskonflikts gute Umsätze (SOC 2011a).

Eine Reihe von Arbeiterinnen von Bio-Sol hatten sich im Oktober 2010 an die SOC gewandt, um gemeinsam nach einer Lösung für ihre Situation zu suchen.

Zunächst wurde ein Schlichtungsverfahren eingeleitet – dieses Verfahren zog sich von Oktober 2010 bis Jänner 2011 und verlief letztlich mehr oder weniger im Sand. Daraufhin griff die SOC den Fall erneut auf: Bio-Sol machte das Angebot, dass sechs Frauen wieder eingestellt würden; die SOC stimmte diesem Angebot nicht zu und forderte, dass alle elf Frauen wieder eingestellt werden müssten. Die Sache kam aber erst richtig in Schwung, als im Februar 2011 die Hamburger Journalistin Shelina Islam einen Artikel über die Arbeitsbedingungen bei Bio-Sol veröffentlichte. Unter dem Titel „Die gar nicht heile Bio-Welt“ wurden im Schweizer „Tagesanzeiger“ Statements von Arbeiterinnen veröffentlicht. Außerdem wurde die SOC-Gewerkschafterin und Arbeitsrechtlerin Laura Góngora zitiert: „Bio ist für den Konsumenten sicher gut, aber für die Arbeiter_innen ändert sich nichts. Die Verstöße gegen das Arbeitsrecht nehmen nicht ab. Das Gemüse, für das die Leute schuften, heißt jetzt einfach Bio“ (Islam 2011). Außer dem Artikel vom Tagesanzeiger erschienen zum Thema der Arbeitsbedingungen bei Bio-Sol Artikel in der holländischen Presse (http://www.agf.nl/nieuwsbericht_detail.asp?id=68184; aufgerufen am 4.11.2013) und in Deutschland (www.fruchtportal.de/aktuelles/lesen/32096/Schweiz-Bio-Landarbeiter-innen-in-Spanien-rechtlos; aufgerufen am 4.11.2013). Parallel dazu starteten verschiedene Initiativen kritischer Konsument_innen und NGOs eine Briefkampagne gegen Bio-Sol und die Produzentenvereinigung Asempral.

Nach diesen Ereignissen schaltete sich Coop – neben Migros die größte Supermarktkette der Schweiz und Einkäufer bei Bio-Sol – in den Konflikt ein. Coop hatte – wohl aufgrund des öffentlichen Drucks und der Aufmerksamkeit von Seiten der Konsument_innen – großes Interesse an der Lösung des Konflikts bei seinem Zulieferbetrieb. Des weiteren schaltete sich Bio Suisse, der Schweizer Dachverband für biologische Betriebe, ein: Bio Suisse ist die Instanz, die in der Schweiz Importwaren auf ihre biologische Qualität überprüft – so auch die Ware von Bio-Sol aus Almería. Mitte März 2011 begaben sich Vertreter_innen von Coop, Bio Suisse sowie von Campina Verde, einer Einkäuferfirma von Rewe Deutschland, nach Almería, um mit der SOC sowie mit den Arbeiter_innen zu sprechen.

Die Gewerkschaft forderte die Wiedereinstellung aller Entlassenen sowie die Bezahlung aller offenen Gehälter. Des weiteren forderte sie Stabilität in den Arbeitsverhältnissen und die Schaffung einer gewerkschaftlichen Sektion im Betrieb, der die kommunikative Verbindung zwischen den Arbeiter_innen und der Unternehmensleitung aufrechterhalten solle. Coop unterstützte diese Forderungen. Nach der Unterredung mit den Arbeiter_innen und den Vertreter_innen der SOC fand ein Treffen mit den Verantwortlichen von Bio-Sol statt, bei dem kein Kompromiss erzielt wurde: Nur die Hälfte der Entlassenen wurde wieder eingestellt und das, ohne dass die offenen Gehälter bezahlt worden wären. Darüber hinaus bestand auf Seiten der Arbeiter_innen die Befürchtung, dass die Repressalien sich wiederholen würden, sobald die Aufmerksamkeit der Gewerkschaft sowie der Supermärkte nachlässt – im schlimmsten Fall, so die Annahme, würde das die Entlassung von weiteren Arbeiterinnen zur Folge haben. In der Belegschaft der ca. 80 Personen in den Abpackhallen hatten zum Zeitpunkt des Konflikts nur 15 fixe Verträge, lediglich vier waren bereits länger angestellt. Der Rest, also zwischen 55 und 60 Arbeiterinnen, hatten in der aktuellen Saison zum ersten Mal Verträge bekommen. Der Weg zu einer minimalen Stabilität war also noch sehr weit.

Absurd erscheint die Tatsache, dass Bio-Sol während des Jahres 2010 32 Prüfungen durch GRASP (vgl. Kapitel 10) über eine „gute Sozialpraxis“ durchgeführt hatte.

Während der Zeit des Konflikts versuchte Bio-Sol und die Produzent_innenvereinigung Asempal die ganze Zeit über zu verhindern, dass dieser Fall ein Präzedenzfall wird und dass die SOC es schaffen könnte, sich in einem Verpackungsbetrieb fix zu verankern.

Von Seiten von Coop wurde versucht, Migros, Rewe und andere Supermarktketten ins Boot zu holen, um so gemeinsam die Position gegen Bio-Sol zu stärken. Von Seiten der europäischen Kampagne zur Unterstützung der SOC durch das EBF bestand die Schwierigkeit darin, Coop einerseits in seiner Haltung zu unterstützen, sich andererseits aber auch nicht zu sehr auf die Logik einer Supermarktkette einzulassen.

Die entlassenen Arbeiter_innen von Bio-Sol organisierten am 6. April 2011 eine Kundgebung vor dem Gericht in Almería wie auch vor dem Sitz von Asempal. Sie führten ein Banner mit, auf dem zu lesen war: „Bio-Sol – BioExplotation“. (vgl.

<http://www.ideal.es/almeria/20110406/local/almeria/extrabajadoras-biosol-piden-readmision-201104061254.html>, aufgerufen am 4.11.2013). Gegen Bio-Sol waren bei diesem Gericht zu diesem Zeitpunkt auch mehrere Klagen wegen Dokumentenfälschung anhängig.

In der nächsten Etappe der Auseinandersetzung behauptete die Geschäftsleitung von Bio-Sol, dass die Aussagen der Arbeiterinnen, die sie gegenüber dem Schweizer Tagesanzeiger getätigt hätten, nicht stimmen würden und verlangte von der SOC, dass sie sich ebenfalls von den entsprechenden

Aussagen distanzieren solle. Die SOC verweigerte dies und strengte einen juridischen Prozess an. Bio-Sol drohte mit einer Klage wegen Rufschädigung.

Nachdem sich Coop auf die Seite der Arbeiterinnen gestellt und ihre Aussagen unterstützt hatte, ließ Bio-Sol die Klage wieder fallen. Der Vertreter von Coop, Laurent Von Willer, übernahm die beiderseitig akzeptierte Vermittlerrolle zwischen SOC und Bio-Sol. Er forderte, dass es bis zum 14. April 2011 zu einer Einigung zwischen den Arbeiterinnen und Bio-Sol kommen müsse. Damit alles mit nötigem Ernst und Nachdruck geschehe, reduzierte Coop die Einkäufe bei Bio-Sol bis dahin um 50%.

Darauf begannen die Verhandlungen zwischen den Arbeiterinnen, vertreten durch die SOC, und dem Anwalt von Bio-Sol. Das Unternehmen wollte nur 50% der gesetzlichen Abfindungen zahlen und drohte der SOC mit einer weiteren Klage wegen Verleumdung und Rufschädigung. Am 14. April 2011 kam vereinbarungsgemäß der Vertreter von Coop nach Almería, aber es gab keine Einigung. Das veranlasste Coop dazu, ein letztes Ultimatum zu setzen: bis zum 28. April 2011 sollte der Konflikt gelöst sein, sonst würden Coop und Biosuisse alle Geschäftsbeziehungen mit Bio-Sol abbrechen. Nach dieser Wendung kam von Seiten von Bio-Sol Eile in die Verhandlungen. Die SOC verlangte neben der Erfüllung der bereits erwähnten Forderungen des weiteren, dass die SOC Zugang zu den Betriebsstätten von Bio-Sol erhalten müsse.

Am 28. April 2011, dem letzten Tag des Ultimatums, gelang es dann den Arbeiterinnen gemeinsam mit der SOC, alle ihre Forderungen durchzusetzen: Bezahlung der vollen Abfertigungssummen, Schadenersatzzahlungen für ungerechtfertigte Entlassungen, Zurücknahme der Verleumdungsklage sowie Gewerkschaftsrecht für die SOC bei Bio-Sol. Die erstrittenen Summen betrugen für die Frauen je nach Dienstjahren zwischen 10.000 und 17.000 Euro. Die Beträge setzten sich aus Abfertigungen, Strafzahlungen für ungerechtfertigte Entlassungen und Lohnnachzahlungen zusammen.

Die Gemengelage im Fall Bio Sol scheint auf den ersten Blick höchst verwunderlich, interessierten sich doch Supermarktketten bisher in den allerwenigsten Fällen auch nur ansatzweise für die Arbeitsbedingungen in ihren Zulieferbetrieben. Doch schien der Reibungsverlust, verursacht durch „schlechtes soziales Image“ zumindest für die Supermarktkette Coop punktuell groß genug zu sein, um eine derartige Haltung auszulösen (vgl. Behr 2011a). Die Reaktion von Coop ist aber alles andere als eine spontane Eingebung: Gerade im Fall von Gemüse aus Almería beruht sie auf dem Umstand, dass eine ganze Reihe von Organisationen über viele Jahre kontinuierlich mit der SOC in Kontakt standen und die schlechten Arbeitsbedingungen sowie den Rassismus in Almería mittels gezielten Kampagnen öffentlich machten. Immer wieder wurde auch die Einkaufspraxis der

Supermärkte offen kritisiert (vgl. Kapitel 9).

Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Akteur_innen aus den Bereichen Journalismus und Gewerkschaftsarbeit sowie kritischem Konsum und NGO-Arbeit gelang es also in diesem Fall, zumindest die elementaren Rechte der Arbeiter_innen zu erstreiten.

Der politische Rückenwind, der in Bezug auf den Arbeitskonflikt bei Bio-Sol wehte, war mit Sicherheit auch ein Ergebnis der transnationalen gewerkschaftlichen und antirassistischen Zusammenarbeit zwischen Initiativen in Almería – allen voran der SOC – und Initiativen in den sogenannten Abnehmerländern der Gemüsewaren. Die Schweizer „Plattform für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft“ hatte beispielsweise in ihrer Presseaussendung vom 13. April 2011 die Konsumentinnen und Konsumenten dazu aufgefordert, den Kampf der Arbeiter_innen bei Bio-Sol sowie die SOC zu unterstützen (Plattform für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft 2011).

So beurteilt auch Shelina Islam, die wesentlich zum Erfolg des Prozesses bei Bio-Sol beigetragen hat, die Entwicklungen der letzten Monate. Unter dem Titel: „Bio und fair? Signalwirkung aus der Schweiz“ resümiert sie in ihrem Artikel vom 11. Mai 2011: „Ein konsequentes Zusammenwirken von Handelsketten, Zertifizierern und Gewerkschaften kann Arbeitsrechte stärken. Das zeigt der Ausgang eines Arbeitskonflikts beim spanischen Biogemüse-Produzenten Bio-Sol“ (Islam 2011b).

Shelina Islam weiter in ihrem Artikel: „Doch nicht nur die Gewerkschaft, auch die betroffenen Arbeiterinnen fühlten sich durch die Reaktion von Bio Suisse und Coop gestärkt. Sie hielten dem Druck stand, den das Biounternehmen auf sie ausübte, und gingen mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit. Laurent Von Willer, zuständig für Qualität und Nachhaltigkeit bei Coop, zeigt sich beeindruckt. 'Es ist bemerkenswert, dass die Arbeiterinnen kollektiv gehandelt haben. Es ist ihnen gelungen, gemeinsam für ihr Recht einzustehen'“ (ebd.). Der im Artikel zitierte Laurent Von Willer betont: „Zum ersten Mal sind wir mit einem solch offenen, harten Konflikt konfrontiert“. In dem Artikel gesteht der Vertreter von Coop des weiteren zu, dass Bio „nicht nur Respekt für die Umwelt“ heiße, „sondern auch für den Menschen.“ Coop sei sich der Verantwortung bewusst und will in Hinsicht der Sozialbedingungen „vorbildlich sein“ (ebd.).

Auch bei anderen Einkäufern von Gemüse aus Almería zeigte der Fall seine Wirkung. So schrieb Hermann Heldberg, Geschäftsführer der Firma Naturkost Schramm Import-Export GmbH, einer Handelsfirma mit Sitz in Lauterbach: „Nach Bekanntwerden der Probleme, die von Bio-Sol bestritten werden, haben wir uns direkt mit Bio-Sol in Verbindung gesetzt und nachgefragt. Unser spanischer Mitarbeiter Enrique Martinez Gomez hat Bio-Sol besucht und sich vor Ort umgetan. Es kann nicht bestritten werden, dass die Arbeitsbedingungen in den Gewächshäusern und den Packstationen nicht immer die besten sind, es war daher auch immer schon schwierig,

entsprechende Mitarbeiter für solche Tätigkeiten zu finden“ (Schramm 2011). Hermann Heldberg stellt in der Presseerklärung fest, dass die Firma anstrebe, „eine Zertifizierung nach den Naturland Fair Richtlinien für Bio Sol in die Wege (zu) leiten“ (ebd.).

Federico Pacheco von der SOC betonte in einer Aussendung der Gewerkschaft vom 6. Mai 2011, dass von einem historischen Etappensieg gesprochen werden könne: Denn es sei das erste Mal, dass eine Supermarktkette ihre Einkaufspraxis aufgrund sozialer Missstände in Almería überdenke und mit den betroffenen Arbeiterinnen sowie mit der SOC in einen Dialog trete (SOC 2011c). Im Bericht über den Arbeitskonflikt bei Bio-Sol im Archipel, der Monatszeitung des EBF vom Juni 2011, ergänzt Pacheco: „Nichts desto trotz müssen wir wachsam bleiben, und zwar nicht nur gegenüber Bio-Sol, der ja nur einer von zahlreichen Biogemüse-Massenproduktionsbetrieben ist. Es ist unakzeptabel, Betriebe mit Bio-Garantie auszuzeichnen, die weder das Arbeits- noch die sozialen Rechte ihrer Angestellten respektieren. Auf jeden Fall sind wir hier in einer neuen Strategie des internationalistischen Kampfes, bei dem wir die Beteiligten, die in verschiedenen Bereichen agieren, dazu aufrufen, miteinander zu kommunizieren, in Netzwerken zusammen zu arbeiten, und gemeinsam Aktionen durchzuführen“ (Pacheco 2011: 7). Und weiter: „Gewerkschaften verschiedener Länder, Konsumentenvereine, Bauern und nichtstaatliche Organisationen würden wahrscheinlich mehr erreichen, wenn sie neue Vorgangsweisen entwickelten und sich über die wichtigsten Ziele einig wären. Das ist für uns, in unserem widersprüchlichen und gleichzeitig dynamischen täglichen Leben eine große Aufgabe“ (ebd.). Die SOC sei des weiteren der Ansicht, dass die Politik von Coop, die zweifelsohne durch den Druck ihrer eigenen Kund_innen zustande kam, nun einen wichtigen Präzedenzfall für weitere gewerkschaftliche Aktionen schafft.

So zieht auch Bio Suisse aus dem Fall Bio-Sol weiterreichende Konsequenzen. Der Schweizer Bio-Dachverband veröffentlichte zusätzlich zu den bisher in den Bio-Suisse-Richtlinien festgelegten Sozialanforderungen im Frühjahr 2011 Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung der Betriebskontrollen in den Bereichen Arbeitsrecht und Gesundheit. Ab Anfang Mai 2011 wurden die entsprechenden Kriterien in einer ersten Phase in Betrieben ab 20 Mitarbeiter_innen auch in Spanien kontrolliert – so auch bei Bio-Sol (vgl. Islam 2011b).

Laurent Von Willer von Coop argumentiert seine Position in einem weiteren Gespräch mit Shelina Islam, das im September 2011 publiziert wurde, folgendermaßen: „Ganz wichtig ist es, nicht oberflächlich vorzugehen. Supermärkte fürchten, in Skandale verwickelt zu werden, und tendieren oft dazu, den Lieferanten einfach auszuwechseln, wenn Probleme auftauchen. Nehmen wir einmal an, es kommt heraus, dass bei einem Textilhersteller in Bangladesch Kinder arbeiten. Dann wird dem in den meisten Fällen ganz schnell gekündigt. Es macht die Welt und die Lieferkette eines

Unternehmens allerdings nicht besser, wenn man hektisch den Produzenten auswechselt und ihn vielleicht durch einen anderen ersetzt, bei dem nur noch nicht herauskam, dass er auch Kinder für sich arbeiten lässt. Viel wirksamer ist es, Druck auf den bisherigen Partner auszuüben, damit der einen Plan entwickelt, um die Kinder einzuschulen und die Kinderarbeit zu überwinden“ (Islam 2011a: 128 ff). Von Willer nimmt in diesem Interview auch Bezug auch den Fall Bio-Sol: „Wir haben uns als Vermittler betätigt: Am Ende wurden einige dieser Frauen wieder eingestellt“ (ebd.). Von Willer gesteht aber auch ein: „Natürlich gibt es immer Grenzen, die nicht überschritten werden sollten, und es kann auch sein, dass man die Beziehungen abbricht, vor allem mit Lieferanten, die sich als verbesserungsresistent erweisen“ (ebd.). Priorität habe allerdings der Versuch, auf die Lieferanten einzuwirken, um sie dazu zu bringen, ihr Verhalten zu ändern. Strukturell gibt Von Willer zu: „Würden sich die Einzelhändler nicht so einen ruinösen Preiskampf liefern, hätte die Landwirtschaft wohl mehr Möglichkeiten, andere Produktionsbedingungen zu schaffen“ (ebd.).

Nach dem Erfolg im Mai 2011 wurde in internen Debatten der SOC mehrfach betont, dass es nun äußerst wichtig sei, dass es der Gewerkschaft gelingt, sich fix im Betrieb zu verankern und eine Betriebsrätin aufzustellen. Dies ist trotz des gewonnenen Verfahrens nicht selbstverständlich: Kontinuierliche Gewerkschaftsarbeit in einem Betrieb wie Bio-Sol bedeutet schließlich, sich potentiell tagtäglich mit Vorarbeitern und anderen Vorgesetzten anzulegen. So ist in diesem Fall wieder die transnationale Solidarität gefordert: Die Arbeit einer Gewerkschaftsaktivistin, die im Bereich der Verpackungsbetriebe arbeitet und freigestellt ist, sollte im Idealfall durch eine europäische Kampagne finanziert werden.

Der Fall Bio-Sol zeigt, dass transnationale gegenhegemoniale Kooperationen von Gewerkschaften, NGOs und Konsument_innen dazu führen können, Unternehmen in der Primärproduktion zu einer Änderung ihres Verhaltens zu bewegen und Supermarktketten, Zwischenhändler oder Zertifizierungsstellen zu einer Änderung ihrer Einkaufspraxis und ihrer Rhetorik zu bewegen. Dass bei letzterem immer auch „Social-Washing“ und Kooptierung von Kritik mit im Spiel ist, ist ein offensichtlicher Umstand, da Unternehmen im postfordistischen Kapitalismus ihr Öko- und Sozialimage in der Regel pflegen müssen, um am Markt bestand zu haben (vgl. Kapitel 10). Gegenhegemoniale Akteur_innen müssen sich dieser Dialektik stellen und können in keinem Fall außerhalb des Kräftefeldes von Widerstand und Kooptierung agieren.

11.6.b. Rechtliche Schritte gegen Discounter: Lidl und „faire Textilien“

Im Folgenden soll ein Beispiel für eine erfolgreiche Gerichtsklage gegen einen Discounter in Zusammenhang mit schlechten Arbeitsbedingungen an den Orten der Ursprungsproduktion aufgerollt werden. Bei diesem Beispiel handelt es sich um die Discounterkette Lidl, die vorgetäuscht hatte, „faire“ Textilien aus Bangladesh zu beziehen. Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass ein ähnliches Vorgehen prinzipiell auch im Fall von Wintergemüse aus Almería vorstellbar wäre und Erfolg haben könnte.

Im Jahr 2010 wurde in einem Bündnis aus ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights)⁹⁴, der Hamburger Verbraucherzentrale und der NGO CCC (Clean Clothes Campaign) eine Klage beim Landesgericht Heilbronn gegen Lidl eingereicht, da sich der Discounter mit seiner Werbung für „fair gehandelte“ Textilien aus Bangladesh der Angabe von falschen Tatsachen schuldig gemacht hatte. Die Klage fand auf der Grundlage des Paragraph 3 und 4 UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) des Wettbewerbsrechts statt. Die Klage hatte auf eine Untersuchung der CCC in Bangladesh Bezug genommen. Die befragten Närerinnen mehrerer Zulieferbetriebe Lids berichteten dort von unmenschlichen Arbeitsbedingungen: Überlange Arbeitszeiten, Lohnabzüge als Strafmaßnahmen, mangelnde und intransparente Vergütung von Überstunden, Verhinderung von Gewerkschaftsarbeit und Diskriminierung von weiblichen Beschäftigten. Die beschriebenen Verhältnisse verstießen klar gegen die ILO-Konventionen und den BSCI-Verhaltenskodex (BSCI: Business Social Compliance Initiative; vgl. auch Kapitel 9.1.), mit dem Lidl warb. Günther Hörmann, Geschäftsführer der Hamburger Verbraucherzentrale, meint dazu: „Mit green-washing, Öko-Standards, Wettbewerbsverletzung und unlauterem Werbeversprechen hatten wir uns schon viel beschäftigt, aber mit 'social washing', also mit Sozialstandards und unlauteren Werbeversprechen noch nie. Und da ergab es sich dann, dass die CCC, verbunden mit einer Menschenrechtsorganisation aus Berlin sich um die Produktionsbedingungen in Bangladesh, bei den Zulieferbetrieben von Lidl gekümmert hat. Und

⁹⁴ Das Ziel des in Berlin ansässigen European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) ist es, die Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN sowie anderen Menschenrechtsdeklarationen und Verfassungen garantiert werden, mit juristischen Mitteln zu schützen und durchzusetzen. Dazu zählen etwa der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte oder die UN-Anti-Folterkonvention. Die Initiatorinnen und Initiatoren des Projekts fühlen sich dabei dem kreativen und effektiven Gebrauch des Rechts als Motor für gesellschaftliche und soziale Veränderungen verpflichtet. Das ECCHR beschränkt seinen Aktionsradius nicht auf die Bundesrepublik Deutschland, sondern agiert europaweit – vor allem mit einem Netzwerk aus Juristinnen und Juristen sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten aus verschiedenen europäischen Staaten. Das ECCHR will europäische Menschenrechtsanwält_innen zusammenbringen, damit sie ihr Wissen und ihre Erfahrung austauschen und gemeinsam Strategien über die Grenzen hinweg entwickeln können (vgl. Kaleck / Saage-Maaß 2008).

zwar haben die ziemlich konkret mit einer Partner-Organisation in Bangladesh die Arbeitsbedingungen untersucht. Das war also unterirdisch: Ich will auf Einzelheiten gar nicht eingehen; Frauendiskriminierung, keine Gewerkschaften, keine Betriebsräte, Überstunden nicht bezahlt, keine Transparenz, Sicherheitsvorkehrungen nicht eingehalten – z.B. gegen Feuergefahr – etc.“ Die Clean Clothes Campaign war dann an der Frage interessiert, ob es nicht möglich wäre, bezüglich der Nicht-Einhaltung der Standards eine Klage einzureichen. Zu Beginn hätte es einige Unsicherheit gegeben, z.B. in der Frage, wo ein geeignetes Gericht zu finden wäre und wie die Anklage formuliert werden solle. Günther Hörmann: „Die Lösung war dann, dass man unter Umständen auch mit dem Wettbewerbsrecht etwas ausrichten kann. Denn Lidl hatte ja in großflächigen Anzeigen damit geworben, dass sie sich weltweit für faire Arbeitsbedingungen einsetzen – Lidl ist ja auch Mitglied beim Sozialstandard-Siegel BSCI.“ Günther Hörmann zu der Kooperation mit dem ECCHR: „Da also bekannt war, dass wir in Hamburg hier im Bereich der kollektiven Klagen besonders aktiv sind, haben sie sich an uns gewandt. Wir haben gemeint, dass das auch Neuland für uns wäre, dass wir uns das aber durchaus mal anschauen können.“ Hörmann erklärt, dass die Hamburger Verbraucherzentrale dem Anbieter, also in diesem Fall Lidl, eine Abmahnung mit den Informationen, die die CCC ans Tageslicht gebracht hatte, geschickt habe: „Da schickt man dem entsprechenden Anbieter also einen Brief, in dem zu lesen steht, wir haben herausgefunden, dass sie dies oder jenes machen; damit haben sie gegen Paragraph so und so UWG verstoßen, wir fordern sie hiermit auf, das künftig zu unterlassen und die beiliegende Unterlassungserklärung zu unterschreiben.“⁹⁵ Diese Abmahnung sei einige Monate ohne Antwort von Seiten von Lidl geblieben. Die Verbraucherzentrale habe danach eine Verbandsklage nach dem UWG eingereicht. Diese Klagebefugnis würden sowohl Wettbewerber (also z.B. ein anderer Supermarkt) als auch die Verbraucherzentralen haben. Hörmann erklärt, dass die Verbraucherzentrale solcherlei Wettbewerbsverfahren zu verschiedenen Themen durchführen würde: zu sogenannter Lockvogelwerbung, Werbung mit Sonderangeboten, die dann real nicht im Laden existieren, gegen Telefonwerbung usw. Hörmann zum weiteren Verlauf des Falles: „Wir haben dann eine Preskonferenz gemacht und verkündet, dass wir die Klage eingereicht haben. Es gab dann ein gewaltiges Medienecho. Am nächsten Tag kam dann ein Anruf vom Vorstand von Lidl. Der Vorstands-Vorsitzende von Lidl hat dann zugesichert, alles zu unterschreiben. Es war also eindeutig so, dass die im Dreieck gesprungen sind, weil Beschuss von mehreren Seiten kam: Es gab das Thema Videoüberwachung (vgl. Kapitel 11.3., Anm. D.A.B.), Diskriminierung von Betriebsräten, Unterbindung von Betriebsratswahlen... und jetzt auch das noch!“ Lidl hätte also

95 Jede Landes-Verbraucherzentrale agiert als eigenständiger Verein, es gibt 16 an der Zahl sowie einen Bundesverband in Berlin. Jede Verbraucherzentrale hat nach dem Gesetz über unlauteren Wettbewerb UWG gegen Anbieter vorzugehen, die sich eines Verstoßes schuldig machen, z.B. bei irreführender Werbung.

dann angegeben, auf keinen Fall die Kund_innen falsch informieren zu wollen, dass sie weiters keinen falschen Eindruck hätten erwecken wollen; die Geschäftsleitung sei fest davon überzeugt gewesen, dass beim Monitoring und Auditierungs-System in Bangladesh alles seine Richtigkeit gehabt hätte. Bevor jedoch ein falscher Eindruck erweckt würde, werde eher unterschrieben. Lidl verpflichtete sich in einer Unterlassungserklärung gegenüber der Verbraucherzentrale Hamburg, das beanstandete Werbeversprechen mit Bezug auf weltweit faire Arbeitsbedingungen zurückzuziehen. Lidl war nach der Angabe von Hörmann zu diesem Zeitpunkt der einzige Konzern, der das BSCI-Siegel, bei der es sich ja um eine Selbstverpflichtung der Hersteller handelt, in der Werbung verwendet hatte. Nach dem Rückzieher des Discounters durfte selbiger nun in seinen Werbeprospekten nicht mehr behaupten: „Wir handeln fair! Jedes Produkt hat eine Geschichte. Uns ist wichtig, wer sie schreibt. Lidl setzt sich weltweit für faire Arbeitsbedingungen ein. Wir bei Lidl vergeben deshalb unsere Non-Food-Aufträge nur an ausgewählte Lieferanten und Produzenten, die bereit sind uns nachweisen zu können, soziale Verantwortung aktiv zu übernehmen. Wir lehnen grundsätzlich jegliche Form von Kinderarbeit oder Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in den Produktionsstätten unserer Waren ab. Wir sichern diese Standards nachhaltig“ (CCC, ECCHR, Verbraucherzentrale Hamburg 2010). Zudem durfte Lidl in Werbeprospekten nicht mehr auf die Mitgliedschaft in der BSCI hinweisen. Günther Hörmann zum weiteren Verlauf des Rechtsstreits: „Aufgrund dessen, dass Lidl eben unterschrieben hat, haben wir die Klage zurückgenommen. Das Ziel der Klage war erreicht und die Kosten für die Klage wurde zu 100 % von ihnen übernommen. Die NGOs waren gar nicht so glücklich, dass der Gegner auf diese Weise eingeknickt war, weil die Kampagne ja mit der Verhandlung erst so richtig losgehen sollte.“ In einer gemeinsamen Presseaussendung von ECCHR, Verbraucherzentrale Hamburg und CCC wird Günther Hörmann zitiert: „Lidl muss die Werbung zurückziehen. Dieser Erfolg zeigt: Das Wettbewerbsrecht kann auch bei irreführender Werbung mit Sozialstandards ein wirksames Mittel sein. Doch damit geht es noch keiner Näherin in Bangladesch besser“ (ebd.). Ebenso zu Wort kommt Gisela Burckhardt von der Kampagne für saubere Kleidung (CCC): „Der Fall Lidl beweist: Es ist riskant für Unternehmen, sich ein Sozialmäntelchen umzuhängen. Damit künftig nicht bei unveränderten Arbeitsbedingungen in Bangladesch und China die belieferten Konzerne nur in ihrer Werbung geschickter werden, fordern wir die Bundesregierung auf, Unternehmen zu verpflichten, Sozialstandards in der Lieferkette einzuhalten. Freiwilligkeit hat bisher nicht zum Erfolg geführt“ (ebd.). Miriam Saage-Maaß vom ECCHR ergänzt: „Wir meinen: Lidl ist auch rechtlich verpflichtet, für die versprochenen fairen Arbeitsbedingungen zu sorgen. Es bleibt aber unhaltbar, dass die von unwürdigen Arbeitsbedingungen betroffenen Arbeiterinnen in den Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen diese weltweit agierenden Unternehmen nicht in Deutschland verklagen können“ (ebd.).

Begleitend zur Klage gegen Lidl hatte die CCC-Kampagne auch öffentlich mobilisiert – allein in Österreich langten über 2500 Protestkarten zum Fall bei der CCC ein (CCC Rundbrief 34/2010, Seite 3).

Dass die Klage gewonnen wurde, stellt nun einen Präzedenzfall dar. Andere Beispiele könnten folgen. Agnes Schreieder von ver.di analysiert: „Seit dem 'Schwarzbuch Lidl' von ver.di antwortet der Konzern auf öffentlich vorgetragene Vorwürfe immer wieder mit aufwändigen Positiv-Kampagnen. Am Ende steht für Lidl stets das Ziel, noch mehr Umsatz und Profit zu machen. Aber es wäre falsch, alles nur als bloße Imagekampagne abzutun. Der öffentliche Druck von Gewerkschaften, gesellschaftlichen Organisationen, Daten- und neuerdings Verbraucherschützern bewirkt spürbare Verhaltensänderungen im Konzern – und in der ganzen Branche. Freilich bleibt noch ein weiter Weg, akzeptable Standards in der Produktion wie im Verkauf durchzusetzen. Er muss mit der klaren Verpflichtung zur Wahrung von Sozialstandards, mit Rechenschaftspflichten und Auskunftsrechten für Verbraucher abgekürzt werden“ (Schreieder 2010: 15).

Für ein effizientes Vorgehen gegen Konzerne, denen Verstöße gegen soziale und ökologische Standards nachgewiesen werden können, misst Günther Hörmann der Allianzenbildung zwischen verschiedenen Organisationen einen hohen Stellenwert zu: „Im Prinzip würde ich sagen, dass dieser Präzedenzfall auch ein gutes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit mit den NGOs war.

Wenn Discounter, so wie das in den letzten Jahren der Fall war, aus Imagegründen vermehrt biologisch und fair-produzierte Waren in ihr Sortiment aufnehmen, laufen sie natürlich auch vermehrt Gefahr, Öko-Lügen zu begehen – und dann kann man ihnen vielleicht auch wieder auf die Finger klopfen.“ Hörmann resümiert: „Man kann nun natürlich auch sagen, dass diese Geschichte ein realer Erfolg war, dass sich aber auf der anderen Seite die realen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Bangladesch dadurch nicht verbessert haben. Also wegen dieser Aktion geht's noch keiner Textilarbeiterin in Bangladesch besser. Ich habe das für mich aber immer so interpretiert, dass das ein Nadelstich ist, der neben vielen anderen dazu dienen kann, dass der Druck insgesamt auf das Unternehmen steigt, v.a. im Verbund mit anderen Nadelstichen, z.B. öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Unsere Aktion hat sicherlich nur an der Oberfläche gekratzt, aber wie gesagt...“.

Wie schon beim Kapitel 11.6.a., in dem der Fall Bio-Sol behandelt wurde, kann hier gesagt werden, dass die Frage der Seriosität von Sozial- und Ökolabels immer an die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gebunden ist. Existierte keine kritische Öffentlichkeit, die in der Lage war, Konzerne in die Schranken zu weisen, könnte Lidl noch heute damit werben, „faire“ Textilien aus Bangladesch zu verkaufen. Doch bereits die Schaffung des BSCI-Codes durch Unternehmensverbände kann als Reaktion des Kapitals auf kritische Kampagnen und gestiegenes

Bewusstsein bei den Konsument_innen gelesen werden. In diesem Sinn geht es bei entsprechenden Labels immer um die Deutungshoheit ihrer Inhalte. Wie das Beispiel der Klage gegen Lidl zeigt, sind Allianzen zwischen Gewerkschaften, NGOs, Verbraucherschutz-Institutionen und anderen kritischen Gruppierungen und Einzelpersonen immer wieder in der Lage, die hegemoniale Deutungshoheit von sogenannten „Soziallabels“ kritisch zu prüfen und im Fall von missbräuchlicher Verwendung Gegenöffentlichkeit herzustellen oder entsprechende rechtliche Schritte einzuleiten. Dies soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass solche und ähnliche Initiativen vergleichsweise defensiv agieren – wie auch Günther Hörmann zum Ausdruck bringt: „Durch ein Verfahren, das mittels der Anwendung des Wettbewerbsrechts gewonnen wurde, geht es noch keiner Näherin in Bangladesh besser...“

12. Conclusio – Transnationale Solidarität als voraussetzungsvoller Prozess

Im nun folgenden, letzten Kapitel soll versucht werden, eine vorläufige Conclusio aus den Forschungsergebnissen zu ziehen, die in diese Arbeit eingeflossen sind. Mein Ziel bestand darin, mich der Frage anzunähern, wie die sozial und ökologisch desaströse Produktionsweise der industriellen Landwirtschaft und die mit ihr korrespondierende „imperiale Lebensweise“, die im Bereich des Lebensmittelkonsums ihren Ausdruck in der Vormachtstellung von Supermärkten und Discountern findet, durch den Aufbau von transnationalen gegenhegemonialen Bündnissen und die Entwicklung alternativer Produktions- und Konsumweisen inklusive korrespondierender Bedürfnisstrukturen überwunden werden kann (vgl. Brand 2011: 81). Bei meiner Analyse folgte ich dem Ziel, die unterschiedlichen Strategien gegenhegemonialer Akteur_innen im Feld von Landwirtschaft, Arbeitsmigration und Supermärkten zu beschreiben, zu analysieren und Handlungsmöglichkeiten, die diesen möglicherweise offenstehen, aufzuzeigen. Der Analyse dieser Handlungsmöglichkeiten legte ich eine Studie der Produktionsbedingungen in Almería sowie der Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel zugrunde. Des weiteren analysierte ich mittels des Begriffs der „ursprünglichen Akkumulation“, warum es aktuell in Ländern des globalen Südens immer wieder zu Schüben der Enteignung kommt, die Menschen strukturell dazu zwingt, zu emigrieren. Ich versuchte außerdem nachzuweisen, dass die imperiale Lebensweise nicht losgelöst von den Mechanismen fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation betrachtet werden kann. Mittels der Begriffe der „globalen Apartheid“ und der „Autonomie der Migration“ versuchte ich darauf hinzuweisen, dass (Arbeits-) Migration sowohl Momente des strukturellen Zwangs als auch Momente der Autonomie beinhaltet.

Die vorliegende Arbeit verfolgte außerdem den Anspruch der konkreten Kritik im Handgemenge (vgl. Kapitel 5). Obwohl die Perspektive einer herrschaftsfreien Welt Horizont jeglicher emanzipatorischer Ansätze sein sollte, kann sich konkretes Engagement nicht allein auf ein fernes Ziel hin orientieren. Es müssen auf dem Weg dorthin Veränderungen erkämpft werden, die sich in einem realistischen Rahmen befinden. Denn durch erfolgreiche Kämpfe verändern sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und der soziale und ökonomische Kontext der Konflikte. Kämpfe um Reformen (z.B. um Bio- und Soziallabels, um die Einhaltung von Kollektivverträgen, um geringere Arbeitszeiten, um die Legalisierung von Papierlosen, um die Verteidigung der bürgerlichen Landwirtschaft gegen Landgrabbing etc.) sollten also immer mit dem Kampf um eine grundlegend andere Gesellschaft verbunden werden – weshalb es problematisch ist, sogenannte „reformistische“ und „revolutionäre“ Strategien gegeneinander in Stellung zu bringen.⁹⁶ Die

⁹⁶ Zu diesem Thema schreibt Pedram Shahyar: „Die westliche Linke hatte nach dem gescheiterten revolutionären

Auseinandersetzung um Reformen ist nur auf der Grundlage von Bündnissen mit relevanten gegenhegemonialen Kräften, sei es mit Gewerkschaften, Parteien, NGOs, Kirchen, Universitäten oder mit fortschrittlichen Kräften in den Staatsapparaten sinnvoll. Dabei taucht entlang des Weges immer auch das Problem der Kooptierung auf: Ursprünglich radikale Bewegungen werden vereinnahmt und integrieren sich Schritt für Schritt in die herrschenden Verhältnisse. Als Beispiel für diese Tendenz habe ich beschrieben, wie es in Almería zur Befriedung gewerkschaftlicher Forderung durch die Schaffung von Soziallabels kommt.

Gewerkschaften bleiben dann glaubwürdig, wenn die ursprünglich eingeschlagene Richtung ihrer Politik erkennbar bleibt und wenn sich durch ihren Einsatz die Bewegungsspielräume für soziale Kämpfe von unten vergrößern. Als Beispiel für solch einen gewerkschaftspolitischen Ansatz habe ich die Arbeit der SOC in Andalusien ausführlich beschrieben. Die SOC betreibt nicht nur klassische „Trade-Unionistische“ Politik, sondern versucht auch mittels Landbesetzungen, die Produktionsmitteln der Profitlogik und der Spekulation zu entreißen und kollektiv zu verwalten. Die Spielbeine der Bewegungen schaffen sich durch die (Wieder-) Aneignung von selbstverwalteten Freiräumen einen guten Stand. Auch in der Provinz Almería versucht die SOC durch den Auf- und Ausbau alltäglicher Strukturen in sozialen Zentren und Treffpunkten, das Standbein der Gewerkschaftsbewegung zu festigen. Diese lokale Verankerung ist aber im Fall von Almería ohne eine transnationale Vernetzung nicht denkbar.

Obwohl die SOC mittels der Strategien, die sie wählt, in der Lage ist, kurzfristige und langfristige Ziele miteinander zu verknüpfen, ist sie dennoch insgesamt weit zu schwach, um in Almería grundlegende Veränderungen herbeizuführen. Die agrar-kapitalistischen Strukturen sind tief verankert und von der Mehrheitsbevölkerung weitgehend akzeptiert. In den seltensten Fällen gelingt es, Forderungen der Migrant_innen zu institutionalisieren.

Für die Lidl-Kampagne der Gewerkschaft ver.di sowie der NGOs ATTAC, Weed, Greenpeace und anderen muss konstatiert werden, dass zwar punktuelle Verbesserungen erkämpft wurden, dass es jedoch ebenso wenig wie in Almería gelang, grundlegende Veränderungen durchzusetzen.

Paradoxe Weise konnte ein breites Bewusstsein darüber geschaffen werden, welche negativen

Voluntarismus der 1960 und 1970er Jahre zurecht begonnen, die Überwindung des Kapitalismus als Transformation zu denken, als längeren historischen Prozess. Das Ringen um Hegemonie, das Erkämpfen von Stellungen und Freiräumen gegen die Mächtigen und ihre Ordnung, molekulare Prozesse der Veränderung gerieten dabei in den Fokus“ (Shahyar 2011). Jedoch können, so das zentrale Argument von Shahyar, mit dem er auf die Revolten und Revolutionen im arabischen Raum von 2010 und 2011 Bezug nimmt, Momente des Bruchs in emanzipatorischen Prozessen entscheidende Bedeutung erlangen. Diese fallen allerdings nicht vom Himmel, sondern sind „Ausdruck längerer Prozesse, in denen Erfahrungen aus gesellschaftlichen Kämpfen gesammelt wurden und aufgestaute Enttäuschungen und Wut sich anhäufen“ (ebd.). Diedrich Diedrichsen schlägt in dieselbe Kerbe: „Ich finde die Unterscheidung zwischen Realpolitik und anderer Politik problematisch. Also von beiden Seiten aus. Ich finde die Realpolitik macht es sich zu einfach, indem sie sich selbst stark begrenzt und die revolutionäre oder Nicht-Realpolitik macht es sich zu einfach, indem sie die Realität ausblendet. Das ist für mich keine entscheidende Kategorie. Wie generell all diese antiken Kategorien: Revolution vs. Reform, Radikalität“ (Diederichsen 2011).

Konsequenzen die Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel mit sich bringt, gleichzeitig herrscht jedoch weitgehend „business as usual“: Das Konsummodell der Supermarktketten und Discounter ist bis dato fest verankert und von breiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert; die führenden Konzerne des Lebensmitteleinzelhandels setzen ihren Expansionskurs fort.

Für den Gegenstand der vorliegenden Arbeit bestand eine wichtige, auf den ersten Blick paradox anmutende Herausforderung darin, die Arbeitsbedingungen für Landarbeiter_innen in Almería in den Blick zu nehmen und gewerkschaftliche Maßnahmen zu beschreiben und zu interpretieren, die möglicherweise in der Lage sind, diese zu verbessern, gleichzeitig aber nicht zu ignorieren, dass das Produktionsmodell, das diese Arbeitsbedingungen erst hervorbringt, sei es in Almería, Apulien, den französischen Bouches du Rhone oder auch im niederösterreichischen Marchfeld, generell überwunden werden muss. Selbiges gilt für die aktuelle Lage im Lebensmitteleinzelhandel. Auch hier muss weiterhin um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Filialen der Supermärkte und Discounter gestritten werden, genauso wie um Gewerkschaftsfreiheit und für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig – und darin besteht wohl die große Herausforderung – sollte darauf hingearbeitet werden, dass das Distributionsmodell Supermarkt Schritt für Schritt durch solidarische und ökologische Formen der Lebensmitteldistribution ersetzt wird. Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, die Bedingungen zu skizzieren, die – trotz der relativ schlechten Ausgangslage – eine praktische Kritik des Status Quo wie auch einen radikalen sozial-ökologischen Umbau befördern könnten. Das breite Spektrum an Strategien und politischen Schritten, das dafür möglicherweise sinnvoll ist, konnte hier ansatzweise, jedoch nicht vollständig dargestellt werden und erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Denn Widerstandsstrategien sind mannigfaltig; zudem können sich jederzeit neue Bündniskonstellationen gegenhegemonialer Akeur_innen, die zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht bekannt sind, entwickeln.

Die Organisierung von Gegenhegemonie in landwirtschaftlichen Intensivregionen wie Almería sowie im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels braucht einen langen Atem. Olaf Bernau behandelt in seinem Artikel „Runter vom Beobachtungsturm“ in der Zeitung Analyse & Kritik vom August 2009 ebenfalls die Bedingungen und Voraussetzungen für gegenhegemoniale Strategien und schreibt: „Protest und offensiver Widerstand sind keine Selbstläufer, sie können nicht kurzerhand aus objektiven Makro-Daten wie massenhaften Betriebsschließungen oder Reallohnverlusten abgeleitet werden. Wer so argumentiert, projiziert eigene Gerechtigkeitsvorstellungen in den gesellschaftlichen Raum, und das mit der Konsequenz, dass unerklärlich wird, weshalb konflikthafte, ja militante Kampfzyklen immer wieder von defensiven, zeitlich oft lange

andauernden Phasen unterbrochen werden, in denen soziale Kämpfe merklich zurückgehen bzw. ihren Charakter ändern und allenfalls unter der Oberfläche – meist als individuelle Überlebensstrategien – weiterbrodeln“ (Bernau 2009). Der subjektive Faktor der Einbettung der jeweiligen Erfahrung spielt keine unwesentliche Rolle in der Entfaltung von sozialen Kämpfen: „Der Druck mag noch so groß sein, zu Widerständigkeit und Protest kommt es erst, wenn die diesbezüglichen Erfahrungen als ungerecht interpretiert bzw. empfunden werden. Das aber ist keineswegs selbstverständlich, sind doch die gesellschaftlichen Akteure – bei aller Bereitschaft zur Rebellion - den herrschenden Verhältnissen zunächst einmal in habitueller, d.h. kognitiver, normativer und affektiver Hinsicht mehr oder weniger weitgehend verpflichtet.“ Somit sei nachvollziehbar „dass dieser ebenso simple wie grundlegende Sachverhalt linke Theoretiker_innen schon immer beschäftigt hat – wichtige Schlagworte lauten etwa: 'Ideologie als notwendig falsches Bewusstsein' (Marx/Engels), 'verdinglichtes Bewusstsein' (Lukácz), 'autoritärer Charakter' (Adorno), 'spontaner Konsens, Alltagsverständ und kulturelle Hegemonie' (Gramsci), 'sense of one's own place' (Bourdieu) etc.“ (ebd.).

Die Verknüpfung und wechselseitige Beförderung von transnationalen Arbeitskämpfen ist also kein Selbstläufer. Ökonomische Zuspitzungen und Krisen des Kapitalismus beinhalten zwar das Potential, emanzipatorische Bewegungen zu befördern, die können aber auch Rassismus, Klassismus, patriarchal geprägte Geschlechterverhältnisse sowie eine weitere Zuspitzung der Ungleichverteilung der Weltressourcen verstärken.

Krisenauswirkungen werden oftmals vom Zentrum in die Peripherien ausgelagert. Mancherorts bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt schneller, andernorts lässt sich Hegemonie durch Zugeständnisse an die Subalternen mehr oder weniger prekär aufrecht erhalten.

Aktuell ist schwer abzusehen, ob sich im Bereich der Produktion von Obst und Gemüse bzw. im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen weiter verschlechtern werden oder ob sich vermehrt gegenhegemoniale Bewegungen auftun und eine sozial-ökologische Transformation einsetzen kann.

Fest steht, dass eine neue Art der Vereindungstheorie – dass alles immer schlimmer werden muss, damit Alternativen sich durchsetzen können – nicht zielführend und letztlich zynisch ist. Die Veränderung der herrschenden Verhältnisse geschieht vielmehr über soziale Kämpfe in Schüben, die mit Prozessen der Aufklärung und Selbstaufklärung einhergehen. Zudem muss respektiert werden, dass die Verarbeitungsformen, Einschätzungen und Reaktionen auf Unterdrückungserfahrung durchaus unterschiedlich ausfallen können (vgl. Bernau 2009).

Zentral für das Ansinnen, eine sozial-ökologische Wende herbeizuführen, ist das Schaffen von

bewegungs- und spektrenpolitischen „Crossovers“, sprich das Herstellen von Brückenschlägen zwischen landwirtschafts- und klimapolitischen Kämpfen, zwischen den Anliegen von Konsument_innen, von Kleinbäuer_innen, Landarbeiter_innen und von Gewerkschaften. Wie gezeigt werden konnte, ist der gesellschaftliche Echoraum bei den Themen Landwirtschaft und Konsum groß – er sollte (noch besser) genutzt werden, um so zu einer wirklichen Bewegung sowie zu materieller Veränderung der ungleichen Verhältnisse zu kommen.

Vom Standpunkt einer praktischen Kritik im Handgemenge braucht es jedenfalls immer wieder neuen Mut, sich auf die „Mühen der Ebene“ einzulassen, also auf die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Sinne einer sozial-ökologischen Revolutionierung der Gesellschaft im globalen Maßstab. Die Aufgabe derjenigen, die sich aufgrund ihrer Herkunft, ihres ökonomischen Status oder der spezifischen Identität, die ihnen zuerkannt wird, in einer verhältnismäßig privilegierten Position der globalen Arbeitsteilung befinden, sollte es sein, gegenüber denjenigen, denen diese Privilegien verwehrt bleiben, solidarisch zu sein. Letztlich ist eine universelle Befreiung aber nur denkbar über die Abschaffung jeglicher partikularer Privilegien und die volle Entfaltung der kollektiven Produktivkräfte der Menschheit zum Wohle aller innerhalb der ökologischen Grenzen dieses Planeten.

13. Geführte Interviews

1. Ismail Camara, Arbeiter aus Mali, Interview vom 28.4.2007, San Isidro de Nijar
2. S., Arbeiter aus Mali, Interview vom 28.4.2007, San Isidro de Nijar
3. Laroussi El Morabiti, SOC, Interview vom 8.2.2010, El Ejido
4. Hafid Arrachidi, Arbeiter aus Marokko, Interview vom 10.2.2010, El Ejido
5. Mustapha Ait Korchi, früher Sprecher der ADM, Gespräch vom 11.2.2010, El Ejido
6. C., Arbeiter aus Senegal, Interview vom 12.2.2010, San Isidro de Nijar
7. K., Arbeiterin aus Marokko, Interview vom 16.5.2011, Chabola-Siedlung bei El Ejido
8. J., Arbeiter aus Marokko, Interview vom 16.5.2011, Chabola-Siedlung bei El Ejido
9. A., Gemüsebauer aus der Region Nijar, Gespräch vom 17.5.2011, San Isidro de Nijar
10. Paco Canton, Bio-Bauer aus der Region Almería, Interview vom 17.5.2011, El Ejido
11. Spitou Mendy, SOC, Gespräch vom 19.5.2011, Almería
12. Winnie Medina, SOC, Gespräch vom 19.5.2011, Almería
13. Hermana Puri, Ordensschwester, Gespräch vom 19.5.2011, San Isidro de Nijar
14. Laura Góngora, SOC, Gespräch vom 20.5.2011, Almería
15. Margarita Mora, SOC, Gespräch vom 20.5.2011, Almería
16. Leopoldo Frias, BSD Consulting, Gespräch vom 20.5.2011, Almería
17. Estefania Acien, NGO „für Menschenrechte“, Gespräch vom 20.5.2011, Almería
18. Alicia Gonzalez Sosa, NGO „Frauen in Konfliktzonen“, Gespräch vom 20.5.2011, Almería
19. Jose-Luis Guerrero Alarcon, Bio-Bauer, Gespräch vom 21.5.2011, Almería
20. Arbeiterinnen von Bio-Sol, Interview vom 21.5.2011, San Isidro de Nijar
21. Frida Kierlinger, Forscherin, Gespräch vom 21.5.2011, San Isidro de Nijar

22. Moritz Lange, ver.di, Interview vom 24.6.2011, Berlin
23. Sarah Bormann, Weed, Interview vom 25.6.2011, Berlin
24. Jutta Sundermann, ATTAC, Interview vom 27.6.2011, Berlin
25. Silke Schwartau, Verbraucherzentrale Hamburg, Interview vom 13.7.2011
26. Günther Hörmann, Verbraucherzentrale Hamburg, Interview vom 13.7.2011
27. Agnes Schreieder, ver.di, Interview vom 14.7.2011, Hamburg

14. Literatur

Adamczak, Bini / Laufenberg, Mike (2011): „Zur unmöglichen Möglichkeit queerer Kollektivität“. In: Kulturrisse 01/2011.

Afrique Europe Interact (2011): „Mouvements autour des frontières – Grenzbewegungen. Broschüre zur Bamako – Dakar Karawane für Bewegungsfreiheit & gerechte Entwicklung.“

Aglietta, Michel (1979): „A Theory of Capitalist Regulation - The US Experience“ London: New Left Books.

Alnasseri, Sabah (2003): „Ursprüngliche Akkumulation, Artikulation und Regulation. Aspekte einer globalen Theorie der Regulation“, in: *Brand, Ulrich; Raza, Werner* (Hg.) (2003): „Fit für den Postfordismus? Theoretisch- politische Perspektiven des Regulationsansatzes“, Verlag Westfälisches Dampfboot (131-157).

Altvater, Elmar (1981): "Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution". PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. H. 44 / 1981, 5-23.

Altvater, Elmar (1992): „Der Preis des Wohlstands – oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster.

Altvater, Elmar (2005): „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik.“ Münster.

Amin, Samir (2011): „The Trajectory of Historical Capitalism and Marxism's Tricontinental Vocation“. In: Monthly Review, Volume 62, Issue 09, 2011.

Analyse & Kritik (2010): Editorial der Nummer 546, 22.1.2010.

ANG / GPA / GMT / HGPD / djp / Gewerkschaft der Chemiearbeiter (2002): „Gesund – leicht & fair – Essen im Betrieb. Ideen und Berichte aus der Praxis. Anleitung zum Handeln.“

Araghi, Farshad (2003): „Food regimes and the production of value: Some methodological issues“. In: The Journal of Peasant Studies, 30(2). 41 – 70.

Archipel, Monatszeitschrift des EBF: Nr. 79, Jänner 2001; Nr. 113, Februar 2004; Nr. 118, Juli 2004; Nr. 120, Oktober 2004; Beibrief zu Archipel Nr 126, April 2005; Nr 144, Dezember 2006; Nr. 180, März 2010; Nr. 158, März 2008; Nr. 194, Juni 2011

Archipel (2010a): „Offener Brief an Schweizer Parlamentarier_innen – Standesinitiativen zum Import von Nahrungsmitteln, welche unter sozialen und ökologischen Missständen produziert wurden“. Nr. 187, Nov 2010.

Atrapasuenos editorial (Coordination) (2005): „La fresa amarga – La situacion de l*s temporer*s de la fresa en Huelva“, CGT, SOC, SU y ACSUR-LAS SEGOVIAS.

ATTAC (2006): „Soziale Rechte sind doch nicht Banane!“ Protest-Postkarte gegen die Einkaufspolitik von Lidl.

Bader, Pauline / Becker, Florian / Demirović, Alex / Dück, Julia (2011): „Vielfachkrise? Thesen und Diskussion zum Verständnis der Krise.“ In: Luxemburg 2/2011. 142 – 146.

Bair, Jennifer (2010): „Globaler Kapitalismus und Güterketten – Rückblick und Ausblick“ in: Fischer et. al: „Globale Güterketten – Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung“.

Becksteiner, Mario (2011): „Militant Research and Research Militancy“. In: *grundrisse Nr. 39, Herbst 2011*.

Behr, Dieter A. (2001): „Vom Acker vor der Stadt zum Einkaufszentrum vor der Stadt“. In: „Kommen und gehen, aber wo bleiben? Studie zur Bebauungsstruktur in Deutschlandsberg / Stmk.“ Institut für Landschaftsplanung und Ingenieurbiologie / Boku Wien.

Behr, Dieter A. (2004): „Was hat Gemüse mit Migration zu tun? Landschaftsplanerische Reflexion zur Arbeitsmigration in der Landwirtschaft. Dargestellt an Gemüse- und Beerenobstbetrieben im niederösterreichischen Marchfeld“, Diplomarbeit an der BOKU Wien.

Behr, Dieter A. (2006): „Kritischer Konsum – Mittel im Kampf gegen Ausbeutung oder bürgerliche Gewissensberuhigung?“ In: Zoll +. Österreichische Schriftenreihe für Landschaft und Freiraum, Dezember 2006.

Behr, Dieter A.; Bolyos, Lisa (2006): „Ensemble on ne se laisse pas faire...“ Migration, Ausbeutung und Widerstand in der industriellen Landwirtschaft am Beispiel El Ejido/Spanien“, in: ATTAC (Hg.) „Zwischen Konkurrenz und Kooperation – Analysen und Alternativen zum Standortwettbewerb“, Mandelbaum Verlag.

Behr, Dieter A. (2008): „Wir wollen Brücken, keine Mauern!“ - Mobilisierungen in Paris gegen EU- Einwanderungspolitik und Neokolonialismus. Interview mit Madjiguène Cissé. In: Augustin, November '08.

Behr, Dieter A. (2008a): „Brief aus Sevilla – von einem besetzten Schreibtisch aus. Was läuft bei Royal Fruit“. Interview, geführt am 28.11.2008, Sevilla, erschienen in: Augustin Nr. 243, 17.12.08 – 13.1.09.

Behr, Dieter A., Bolyos, Lisa (2008): „Schlafende Riesen? Kritik des kritischen Konsums und Thesen zu Brüchigkeiten in der Wertschöpfungskette“. In: Kurswechsel, Heft 3/2008.

Behr, Dieter A. / Bolyos, Lisa (2008a): „Was wir brauchen, ist eine Landwirtschaft mit hoher Diversität und geringem Karbonat-Input. Ein Gespräch mit Patrick Mulvany über Hungerrevolten, Ernährungssouveränität und die Rolle der Wissenschaft.“ In: *grundrisse Herbst 2008*. 18 – 22.

Behr, Dieter A. (2010): „Landwirtschaft und Migration: Über Arbeitsverhältnisse am Land, die Herausforderungen gewerkschaftlicher Organisation und globale Bewegungsfreiheit“ in: „Schmackhafte Aussichten? Die Zukunft der Lebensmittelversorgung“ Forschungsbericht Nr. 63 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. 93 – 108.

Behr, Dieter A./Forster, Franziskus/Fuchs, Daniel/Zortea, Tobias (2010): „'Enträumlichung' und 'Entzeitlichung' von Ernährung? Zur Veränderung von Raumzeitlichkeiten im Agrar- und Lebensmittelsystem anhand des Beispiels von frischem Obst und Gemüse. Forschungspraktikum an der Universität Wien.

Behr, Dieter A. (2011): „Zur Notwendigkeit der politischen Neu-Ausrichtung von transnationaler Organisierungs- und Solidaritätsarbeit.“ In: *grundrisse* 36 / 2010. 24 – 33.

Behr, Dieter A. (2011a): „Bio-Exploitation. In Südspanien wehren sich Arbeiter_innen gegen Ausbeutung in der Bio-Landwirtschaft“. In: *Malmoe April* 2011.

Behr, Dieter A.; *Deimel*, Stephanie (2011): „Wissen wird über militante Recherche geschaffen“ in: *Der Standard*, Ausgabe vom 3. März 2011.

Berlan, Jean-Pierre (2004): „Das kalifornische Modell“. In: „Bittere Ernte – Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas“. 19 – 26.

Bell, Nicholas (2006): „Europäische Unternehmer beuten marokkanische Landarbeit aus in ... Marokko“ *Archipel* Nr. 142, Oktober 2006. Seite 1.

Bell, Nicholas (2008): „Neue Verträge, alte Probleme“. In: *Archipel* Nr. 160, Mai 2008.

Benicke, Jens (2007): „Edeka macht plus – Konzentrationsprozess auf Kosten der Mitarbeiter_innen“. In: *AK* 523, 14. Dezember 2007.

Benyik, Matyas (2008): „Mit allen Mitteln – der aggressive Vormarsch von Supermärkten und Discountern in Ungarn“ in *INKOTA-Brief* 143, März 2008.

Bernau, Olaf (2008): „Soziales Desaster. Globales Agrarsystem zwischen kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Agrobusiness“. In: *Kurswechsel*, Heft 3/2008.

Bernau, Olaf (2009): „Runter vom Beobachtungsturm“. In *AK, analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis* / Nr. 541 / 21.8.2009)

Bernau, Olaf (2010): „Internationalistische Praxis nach dem Internationalismus? Interviews mit Vertreter_innen von NoLager/transact!, Stop the Bomb und Fels“. In: *Phase* 2-37, September 2010.

Bernau, Olaf (2011): „Ein Anfang ist gemacht. Bamako-Dakar-Karawane befähigt afrikanisch-europäische Organisierung von unten“. In: *AK Nr. 560, April 2011*.

Bio-Austria (2007): „Exkursionsbericht. Gemüsebau-Exkursion nach Südspanien 25. Februar 2007 bis 4. März 2007.“

Birke, Peter (2010): „Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt. Assoziation A, Berlin/Hamburg.

Bojadžijev, Manuela (2008): „Die windige Internationale – Rassismus und Kämpfe der Migration“, Verlag Westfälisches Dampfboot.

Bormann, Sarah / *Deckwirth*, Christina / *Teepe*, Saskia (2005): „Grenzenlos billig? Globalisierung und Discountierung im Lebensmitteleinzelhandel“. *Weed, ver.di* (Hg.).

Bormann, Sarah (2008): „Der globale Supermarkt – die Auswirkungen der Konzentration im Einzelhandel in Nord und Süd“ in: *INKOTA-Brief* Nr. 143, März 2008.

Bormann, Sarah / Knierzinger, Johannes (2009): „Kauft gute Arbeit! Verbindliche Unternehmensverantwortung und öffentliche Beschaffung als Mittel zur Durchsetzung guter Arbeit.“ In: „Gute Arbeit, schlechte Arbeit – Decent work und der Kampf um eine würdige Beschäftigung weltweit“ - Inkota-Dossier 6.

Bourgouin, Nicolas (2008): „Enquête sur la tomate“, www.tonycomiti.com

Brand, Ulrich (2005): „Gegenhegemonie – Perspektiven globalisierungskritischer Strategien“, VSA-Verlag.

Brand, Ulrich / Lösch, Bettina / Thimmel, Stefan (2007): „ABC der Alternativen“. VSA-Verlag.

Brand, Ulrich (2007a): „Bündnispolitik im G8-Prozess und jenseits davon“. In: „Ziehen wir an einem Strang?!: Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien“. Judith Dellheim / Simon Teune / Andreas Trunschke (Hrsg.).

Brand, Ulrich (2008): „'Umwelt' in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik“, Widerspruch (Zürich) 54, 2008, 139-148.

Brand, Ulrich (2009): „Postneolibrale Antworten auf die ökologische Krise“. In: Analyse & Kritik Nr. 536 / 20.2.2009.

Brand, Ulrich (2010): „Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissenschaft“, SPW 6.

Brand, Ulrich (2010a): „Konflikte um die Global Governance biologischer Vielfalt. Eine historisch-materialistische Perspektive.“ In: Feindt, Peter / Saretzki, Thomas: „Umwelt- und Technikkonflikte.“ Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften, 239 – 255.

Brand, Ulrich (2011): „Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte, gegen-hegemoniale Strategien“. VSA-Verlag.

Brand, Ulrich (2011a): „Strategien und Kontinuitäten in der Vielfachkrise“. In: Luxemburg 2/2011.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2011): „Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse.“ In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 36 No. 2, 12 – 34.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2011a): „Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hg.) (2011): „Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus“. VSA-Verlag.

Brand, Ulrich (2012): „Und noch ein Gipfel – mögliche Neuorientierungen und falsche Versprechen“, in Luxemburg 1/2012.

Brand, Ulrich (2012a): „Globales Umweltmanagement: Rio+20“. In: Forum Wissenschaft. Nr. 2, Juni 2012.

Bremme, Peter / Fürnijß, Ulrike / Meinecke, Ulrich (Hrsg.) (2007): „Never work alone. Organizing –

ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften“. VSA-Verlag.

brennstoff (2011): „Prometheisches Gefälle“. Nr. 26/11.

Brodal, Sissel (2005): „Welche 'Normalisierung' in Almería?“ In: Archipel Nr. 126, April 2005.

Brodal, Sissel (2005a): „Das rote Goldfieber“. In: Archipel Nr. 127, Mai 2005.

Brodal, Sissel (2012): „Unruhige Eindrücke von einem Land im Umbruch“. In: Archipel Nr. 201, März 2012.

Buckel, Sonia (2008): „Das Recht ist ein vertracktes Ding – Paradoxe Potentiale einer politischen Strategie der Rechte“. In: Fantomas – Magazin für Linke Debatte und Praxis, Sonderbeilage zu AK – Analyse und Kritik, Nr. 13, Sommer '08.

Burnett, Victoria (2009): „Abschied vom Wohlstand - Lange überließen die Spanier die Ernte den Immigranten. Nun müssen viele wieder selbst aufs Feld“. In: Welt am Sonntag, 22.3.2009.
http://www.welt.de/wams_print/article3420229/Abschied-vom-Wohlstand.html, aufgerufen am 5.11.2013.

Busch, Nicholas (2006): „Baustelle Festung Europa. Beobachtungen, Analysen, Reflexionen“, Drava Verlag.

Busse, Tanja (2006): „Die Einkaufsrevolution – Konsumenten entdecken ihre Macht“, Blessing Verlag.

Buttinger, Klaus (2011): „Unter Plastik wächst sozialer Sprengstoff.“ In: Oberösterreichische Nachrichten, 15. Mai 2011. <http://www.nachrichten.at/nachrichten/weltspiegel/art17,656892>, aufgerufen am 5.11.2013.

Caffentzis, George/Federici, Silvia(2009): „Notes for the Workshop on University Education“, Vienna, June 2-4, 2009.

Caffentzis, George (2010): „Struggles in the Edu-Factory: Notes on the University of California Occupations“, unveröffentlicht.

Caffentzis / Graeber / Federici (2011): mailaussand vom 16. August 2011; unveröffentlicht.

Candeias, Mario (2011): „Handlungsfähigkeit und Transformation“. In: Luxemburg 2/2011. 6 – 13.

CCC (2010): „Der Pilotprozess – Lidl in Deutschland geklagt“. In: Rundbrief 34/2010.
http://www.cleanclothes.at/media/common/uploads/download/rundbrief-nr-34-april-2010/rundbrief_cck_34_final_web.pdf, aufgerufen am 5.11.2013

CCC / ECCHR / Verbraucherzentrale Hamburg (2010): „Lidl muss Werbung zurückziehen – Klage wegen Verbrauchertäuschung hat Erfolg“. Presseaussendung vom 21.4.2010.

CGT / Equipo de Trabajo para el Norte de África (2012): „Empresas españolas explotan a los obreros y obreras marroquíes en la región de Agadir“. Aussendung vom 20. Mai 2012.

CC.OO. (2010): „Convenio de Trabajo en el Campo“. Almería. Federación Agroalimentaria de CC.OO. de Andalucía.

Chacon, Justin Akers / Davis, Mike (2007): „Crossing the Border – Migration und Klassenkampf in der US- amerikanischen Geschichte“. Assoziation A.

Chemnitz, Christine (2008): „Die Lizenz zum Mitmachen – private Standards und ihre Auswirkungen auf die Tomatenproduzenten in Marokko“. In: INKOTA Brief 143, März 2008.

Choplin, Gérard / Strickner, Alexandra / Trouvé, Aurélie (Hg.) (2011): „Ernährungssouveränität - Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa“. Mandelbaum Verlag.

Cissé, Madjiguène (2002): „Papiere für alle – Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich“, Assoziation A.

Communiqué der Migrant_innen in der Universität von Sevilla (2002): mail vom 14.6.2002, auch de.indymedia.org

Consumers International (2010): „Checked out. Are European supermarkets living up to their responsibilities for labour conditions in the developing world?“ Published by Consumers International in March 2010.

Cook, Ian, et. al. (2004): „Follow the Thing: Papaya“. School of Geography, Earth and Environmental Sciences, University of Birmingham.

corti (2011): „Die Sklaven Europas“. In: Der Standard, 14.2.2011.

CSR-News (2007): „Nachhaltigkeitsberichte: Große Qualitätsunterschiede und ein Drittel Non-Reporter“. <http://csr-news.net>, aufgerufen am 28.10.2012

Dalla Costa, Mariarosa / James, Selma (1973): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin.

Dannenberg, Peter / Nduru, Gilbert (2004): „Auf den Spuren von Wertschöpfungsketten im Obst- und Gemüsehandel - Dokumentation und Ergebnisse eines deutsch-kenianischen Projektseminars.“ In: Geographische Rundschau 10 / 2004.

Dannenberg, Peter (2010): „Herausforderungen der Einbindung afrikanischer Lebensmittelproduzenten in internationale Wertschöpfungsketten – Das Beispiel des privaten Standards Globalgap im Obst- und Gemüsebau in der Mt. Kenya Region“.

Dannenberg, Peter / NDuru, Gilbert M. / Kunze, Manuela (2011): Isochronal Map of Fresh Fruits and Vegetable Transportation from the Mt. Kenya Region to Nairobi. In: Journal of Maps.

Davis, Mike (2007): „Planet der Slums“, Assoziation A

Davis, Mike (2007): „Ground Zero der Menschheit – die Welt der Slums und Chaos als Politik der Armen – ein Gespräch mit Mike Davis“. In: AK Nr. 515, 16. März 2007.

Demirović, Alex (2008): „Leidenschaft und Wahrheit – Für einen neuen Modus der Kritik“. In:

„Kritik und Materialität“. *Demirović, Alex (Hrsg.). Verlag westfälisches Dampfboot.* 9 – 40.

Demirović, Alex (2011): „Wir können das besser – Belegschaftseigentum, Demokratie, Transformation“. In: Luxemburg 3/2011.

Diederichsen, Diedrich (2010): „Pascal Jurt im Gespräch mit Diedrich Diederichsen“. In: *grundrisse* 40, 2011. 16 – 23.

Dietrich, Helmut (2011): „Fünf Fragen an die arabischen Revolutionen.“ In AK Nr 567, 16. Dezember 2011.

Duflot, Jean (2006): „Das andalusische Trugbild“. In: *Archipel* Nr. 134, Januar 2006.

Dumas, Lucile (2005): „Plünderung der marokkanischen Landwirtschaft“. In: *Archipel* Nr. 129 vom August 2005. Seite 1.

Duntze, Nicholas (2008): „Höfesterben und moderne Sklaverei – Was tun?“. In: „Peripherie & Plastikmeer – globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand“. NoLager Bremen, Europäisches Bürger_innenforum (Hg.).

Düvell, Frank (2003): „The globalisation of migration control.“ noborder.org/iom/display.php?id=244, aufgerufen am 5.11.2013.

Edler, Annalena (2009): „Schöne neue Warenwelt – die Ausbreitung von Supermärkten in Tunesien und Marokko“ in: iz3w Nr. 310, Jan/Feb 2009.

Egziabher; Tewolde Berhan Gebre (2002): „Bedrohte Ernährungssouveränität, internationales Recht und farmers ‘rights in Afrika“. In: *Görg, Christoph / Brand, Ulrich* (Hg.) (2002): „Mythen globalen Umweltmanagements – Rio + 10 und die Sackgassen ‘nachhaltiger Entwicklung’“, Verlag Westfälisches Dampfboot (154-191).

EFFAT (2007): „Für eine soziale und nachhaltige Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (Gap) - Berliner Erklärung der europäischen Landwirtschaftsgewerkschaften“.

Europäisches Bürger_innenforum (Hg.) (2000a): „Terre de non droit“, Eigenverlag, Basel.

Europäisches Bürger_innenforum (Hg.) (2000b): „z.B. El Ejido – Anatomie eines Pogroms. Bericht einer Delegation europäischer Bürgerinnen und Bürger über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien“, Eigenverlag, Basel.

Europäisches Bürger_innenforum (Hg.) (2002): „Le gout amer de nos fruits et légumes – l’exploitation des migrants dans l’agriculture intensive en Europe“, Eigenverlag, Basel.

Europäisches Bürger_innenforum (Hg.) (2004): „Bittere Ernte – die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas“, Eigenverlag, Basel.

Europäisches Bürger_innenforum (Hg.) (2005): „Delegationsbericht der internationalen Beobachter_innendelegation nach Almería / El Ejido und Huelva, Andalusien, Spanien 5. – 12. März 2005.

Europäisches Bürger_innenforum (2007): „Delegationsbericht über die Eröffnung des zweiten Sozialen Zentrums für Migrant_innen in San Isidro de Níjar/Provinz Almería, Südspanien im Rahmen der Solidaritätskampagne mit der andalusischen Landarbeiter_innengewerkschaft SOC / Sindicato de Obrer@s del Campo / 26. – 29. April 2007“.

Europäisches Bürger_innenforum, NoLager Bremen (Hg.) 2008: „Peripherie & Plastikmeer – globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand“, Eigenverlag, Basel.

Europäisches Bürger_innenforum, Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Immigrant_innen (2011): „Orangen fallen nicht vom Himmel – der Sklavenaufstand von Rosarno“, Eigenverlag, Basel.

Eurostat (2012): „April 2012 Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,0%. Quote der EU27 bei 10,3%“. Eurostat Pressemitteilung - Euroindikatoren.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-01062012-AP/DE/3-01062012-AP-DE.PDF, aufgerufen am 5.11.2013.

Flecker, Jörg (2010): „Bewegliche Ziele: Aufstieg in globalen Wertschöpfungsketten und die Qualität der Arbeit“ in: *Fischer et. al.*: „Globale Güterketten – Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung“. Promedia Verlag.

Forster, Franziskus (2008): „Ernährungssouveränität: Alternativen, Widerstand und Perspektiven. Über die gesellschaftspolitische Relevanz von Ernährung“. In: Kurswechsel Heft 3/2008.

Foucault, Michel (1992): „Was ist Kritik?“ Merve, Berlin.

Franz, Martin (2010): „The Potential of collective power in a Global production network: Unicome and Metro Cash & Carry in India“, 2010 Vol. 64, No. 3.

Franz, Martin (2011): „The role of resistance in a retail production network: Protests against supermarkets in India, Signapore Journal of Tropical Geography.

Frassanito-Netzwerk (2008): „Transnationalisation Now!“, Malmö, 2008, Flugblatt.

Forum Social Almería (FSA) (2011): Aussendung vom 19.2.2011, <http://fsAlmeria.org/>.

Gabler, Andrea (2009): „Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe 'Socialisme ou Barbarie'(1949–1967)“. Offizin, Hannover.

Giese, Gudrun / Hamann, Andreas (2004): „Billig auf Kosten der Beschäftigten – Schwarzbuch Lidl“, Hg: ver.di.

Gisti (2008): „Plein droit – Saisonniers en servage“. In: La revue du Gisti (Groupe d'information et de soutien des immigrés), Ausgabe Oktober 2008.

Gorz, André (1970): „Zerschlägt die Universität“. In: „Les Temps Modernes“ Nr. 285, April 1970; übersetzt aus dem Französischen von Renate Sami; zitiert nach: Sozialistisches Jahrbuch 3, Rotbuch 28, Berlin, 1971. http://www.bildungskritik.de/Texte/Unis_zerschlagen/unis_zerschlagen.htm, aufgerufen am 25.10.2012.

Goytisolo, Juan (2006): „La Chanca“. In Archipel Nr. 134, Januar 2006.

Gröner, Ulrike (2011): „Spanisches Gemüse – vom Bauern zum Supermarktregal“
<http://suite101.de/article/vom-bauern-zum-supermarktregal---welchen-weg-nimmt-unser-gemuese-a99692>, aufgerufen am 28.10.2012.

grundrisse (2011): Call for Papers zur Nummer Nr. 39. unveröffentlicht.

Guardian (2011): „Spain's salad growers are modern-day slaves, say charities“.
<http://www.guardian.co.uk/business/2011/feb/07/spain-salad-growers-slaves-charities>, aufgerufen am 5.11.2013.

Haba Morales, Juan de La (2002): „Trabajadores inmigrantes y acción colectiva: una panorámica sobre las relaciones entre inmigrantes y sindicalismo en europa.“ En: Papers 66. Revista de Sociología.

Haller, Lisa / Chorus, Silke (2011): „Die Regulation geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung – Auf der Suche nach einer feministischen Kritik der politischen Ökonomie“. In: *grundrisse* Nr. 38.

Hamann, Andreas (2006): „Selling cheap at the employees' expense – the black book on Lidl in Europe“, Hg: ver.di.

Harvey, David (1996): Justice, Nature and the Geography of Difference. Malden / Oxford / Carlton: Blackwell.

Harvey, David (2004): „Die Geographie des 'neuen' Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung“, in *Zeller, Christian* (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 183 - 215.

Harvey, David (2007): „Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination“. In: *Belina, Bernd / Michel, Boris* (Hg.): „Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz.“ Münster: Westfälisches Dampfboot, 36-60.

Harvey, David (2010): „Den antikapitalistischen Übergang organisieren“, Supplement der Zeitschrift 'Sozialismus' 11/2010.

Haug, Wolfgang Fritz (1973): Kritik der Warenästhetik, Frankfurt a.M.

Haug, Frigga (2011): „Vier-In-Einem-Perspektive – Kompass für die politische Praxis“. In: Luxemburg 2/2011.

Hebauft, Renate (2010): „Gleiches Recht für alle“. In: Mitbestimmung 5 / 2010.

Herman, Patrick / Lamoulère, Yohanne (2006): „La Roue – ou la noria des saisonniers agricoles“. Collection Limitrophe No 5.

Herman, Patrick (2008): „Les nouveaux Esclaves du capitalisme – Agriculture intensive et régression social: l'enquête“, Au Diable Vauvert.

Hernández, Pablo / Kron, Stefanie (2009): „Im Grenzbereich. Eine Reise nach Costa Rica und

Nicaragua führt an die Ränder des amerikanischen Kontinents“. In: iz3w, Jan/Feb 2009, Ausgabe 310.

Hierlmeier, Josef (2006): „Internationalismus: Eine Einführung in seine Ideengeschichte – von den Anfängen bis zur Gegenwart“. Schmetterling Verlag.

Hoffmann, Felix (2007): „Prekarisierung und sozialpolitische Solidarität: Immigration und die Rolle der Landarbeitergewerkschaft SOC-MRA in Almería/Andalusien“ - Vorstudie – Europa Universität Viadrina.

Hoppichler, Josef (2011): „Hunger durch Agrosprit“ in: SOL Nr. 143, Frühjahr 2011.

Höring, Uwe 2007: „Agrar-Kolonialismus in Afrika“, VSA-Verlag.

Huckenbeck, Kirsten / Kopp, Hagen (2006): „Kosten rebellieren II: Mindestlohn zwischen neuen Standards für alle, Protektionismus und Migration“, Hamburg.

Huckenbeck, Kirsten / Kirchner, Matthias / Kopp, Hagen (2008): „Arbeit, Migration und Organisierung. Einladung zum Austausch über 'gute' und 'schlechte' Praxiserfahrungen – Vorschlag für ein Arbeitstreffen.“ Mailaussand vom 8.12.2008.

Immel, Karl-Albrecht (2007): „Klimawandel: Afrika besonders betroffen.“
<http://www.welthungerhilfe.de/klimawandel-afrika.html>, aufgerufen am 22.2.2011.

Indymedia (2007): „Apartheid ist ein warmes Bett“. Artikel auf Indymedia.org vom 30.1.2007
<http://de.indymedia.org/2007/01/167253.shtml>, aufgerufen am 5.11.2013.

INKOTA (2008): „Supermärkte und Discounter weltweit: Die hohen Kosten der niedrigen Preise“, in INKOTA-Brief 143, März 2008.

INKOTA (2009): „Gute Arbeit, schlechte Arbeit – Decent work und der Kampf um eine würdige Beschäftigung weltweit“, Dossier 6. Brief Nr. 150, Dezember 2009.

INKOTA (2010): „Neokoloniale Manöver – Eine Betrachtung des Landgrabbing aus postkolonialer Perspektive“. In: Brief Nr. 152, Juni 2010.

Instituto de Estadistica de Andalucia (2009): „Almería. Datos Básicos“, Junta de Andalucia.

Interventionistische Linke (2011): „An alle, die mit uns geschottert haben ... an die, die zukünftig schottern ... und einiges mehr wollen.“
<http://www.dazwischengehen.org/sites/dazwischengehen.org/files/redaktion/IL-Schottern-Auswertung.pdf>, aufgerufen am 5.11.2013.

Islam, Shelina (2006): „Wracks im Plastikmeer – Im Süden Spaniens arbeiten Tausende afrikanische Migranten auf Treibhaus-Plantagen, ohne Rechte, ohne Schutz, ohne Zukunft“. In: Süddeutsche Zeitung, 27. Dezember 2006, s 8.

Islam, Shelina (2011): „Die gar nicht heile Bio-Welt“; Tagesanzeiger.
<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Die-gar-nicht-heile-BioWelt/story/14347634>, aufgerufen am 5.11.2013.

Islam, Shelina (2011a): Interview mit Laurent von Willer. In: BrandEins 09/11.

Islam, Shelina (2011b): „Bio und fair? Signalwirkung aus der Schweiz“ Artikel vom 11. Mai 2011. erschienen im Tages-Anzeiger.

Jessop, Bob (2001): „Nach dem Fordismus. Das Zusammenspiel von Struktur und Strategie“. In: Das Argument 239/2001.

Junge Welt (2008): „Negation der Freiheit - Die Abschieberichtlinie der Europäischen Union bedroht die Menschenrechte und die internationale Zusammenarbeit. Ein Appell des bolivianischen Präsidenten Evo Morales.“ Ausgabe vom 12.6.2008.

Jürgens, Ulrich (2011): „Lebenswelten in Discounter? Zur wachsenden Ausdifferenzierung von Aldi, Lidl und Co und zu den Konsequenzen für Konsumenten und Rest-Einzelhandel“. In: *Jürgens, Ulrich* (Hg.) (2011): „Discounterwelten“ L.I.S. Verlag, Passau (133 – 147).

Jürgens, Ulrich (2011a): „'Der' Discounter – Zum neu erwachten Interesse am Alltäglichen“. In: *Jürgens, Ulrich* (Hg.) (2011): „Discounterwelten“ L.I.S. Verlag, Passau (7 – 10).

Kaleck, Wolfgang / Saage-Maaß, Miriam (2008): „Transnationale Unternehmen vor Gericht. Über die Gefährdung der Menschenrechte durch europäische Firmen in Lateinamerika“, Berlin.

Kastner, Jens (2012): „Platzverweise. Aktuelle Kämpfe um den symbolischen Raum der Gesellschaft“. In: AK 568, 20. Januar 2012.

Khor, Martin / Narain, Sunita / Wallach, Lori / Max-Neef Manfred A. (Hg.) (2005): „Konsum. Globalisierung. Umwelt.“, VSA-Verlag.

Kierlinger, Frida (2012): „Die vielfache Stummlosigkeit der Frauen in Almerías Landwirtschaft. Möglichkeiten und Hindernisse von Arbeitsmigrant_innen, im institutionellen und gesellschaftlichen Kontext des andalusischen Agrarsektors die eigene Stimme zu erheben.“ Diplomarbeit am Institut für Sprachwissenschaft, Wien.

Kirsche, Gaston (2000): „Ketchup al Ejido - Migration, Rassismus und gewerkschaftliche (Selbst-)Organisierung in Spanien“. In: express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeite, 7 / 2000.

Klein, Kurt / Segerer, Matthias (2011): „Immobilienwirtschaft und Discounter – ausgewählte theoretische Ansätze und erste empirische Befunde anhand des Lebensmitteleinzelhandels in Bayern“. In: *Jürgens, Ulrich* (Hg.) (2011): „Discounterwelten“ L.I.S. Verlag, Passau.

Klemz, Sascha (2008): „Konsumoptimismus – alle wollen mehr Bio für mehr Gerechtigkeit“, iz3w, März / April 2008, Nr. 305.

Kofahl, Daniel (2013): „Klassenkampf am Kühlregal. Du bist, was du isst – auch in Deutschland helfen Essgewohnheiten und Speiseregularien bei der soziokulturellen Grenzziehung“ In: AK, analyse und kritik Nr. 587, 15. Oktober 2013, Seite 31.

Komitee „Solidarität mit Emmely“ (Hg.) (2011): „Gestreikt. Gekündigt. Gekämpft. Gewonnen –

Die Erfahrungen der 'Emmely' – Kampagne“. AG Spak Bücher.

Kwasniewski, Nicolai (2012): „Die Dumping-Tricks der Discounter“. In: „Der Spiegel“ vom 25.1.2012. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0,1518,811399,00.html>, aufgerufen am 5.11.2013.

Lefebvre, Henri (1976): „The Survival of Capitalism.“ London: Allison and Bushby.

Le Monde Diplomatique (2007): „Atlas der Globalisierung Spezial – Klima.“ Paris.

Le Courier (2012): „En Europe aussi les gens sont en faim!“ Ausgabe vom 13. Oktober 2012.

Le Monde Diplomatique (2010): „Der Europäer und die Tomate“. In: *Le Monde Diplomatique* vom 12.3.2010, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/03/12/a0061.text.name,ask1mT1eW.n,1>, aufgerufen am 5.11.2013.

Leary, Elly (2005): „Ringing the Bell - Immokalee Workers Take Down Taco Bell“. In: *Monthly Review*. <http://monthlyreview.org/2005/10/01/immokalee-workers-take-down-taco-bell>, aufgerufen am 5.11.2013.

Li, Tania Murray (2011): „Centering labor in the land grab debate“. In: *Journal of Peasant Studies*, Bd. 38, Nr. 2, S. 281-298. Übersetzung auf Deutsch bei: <http://www.social-innovation.org/?p=3820>, aufgerufen am 5.11.2013.

Lipietz, Alain (1985): „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: einige methodische Überlegungen zum Begriff 'Regulation'", in *Prokla* 58. (109-137).

Lüthje, Boy (2001): „Standort Silicon Valley – Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion“, Campus Verlag.

McMichael, Philip / *Friedmann*, Harriet (2007): „Situating the 'Retailing Revolution'“, In: *Lawrence*, Geoffrey / *Burch*, David (Hg.): „Supermarkets and agrifood supply chains: transformations in the production and consumption of foods.“ Cheltenham et al.: Edward Elgar.

McMichael, Philip (2009): „A food regime genealogy“. In „The Journal of Peasant Studies“, Vol. 36, No. 1, January 2009.

Martin, O. Victor (2006): „Los jornaleros hablan de la lucha por la tierra en el sur de la Espana del siglo XXI“, Zambra/Iniciativas para la accion social, Baladre / Coordinacion estatal de luchas contra el paro, la pobreza y la exclusion social.

Marx, Karl (1968): „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.“ Band 1. Dietz Verlag. Berlin.

Marx, Karl (1975): „Entwurf eines Vortrages zur irischen Frage, gehalten im Deutschen Bildungsverein für Arbeiter in London am 16. Dezember 1867“. In: Marx-Engels-Werke, MEW 16, Dietz Verlag, Berlin.

Marx, Karl (1976): „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“. Einleitung, in: Marx-Engels-Werke, MEW 1, Dietz Verlag, Berlin.

Marx, Karl (1976a): „Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern“. In: Marx-Engels-Werke, MEW 1, Dietz Verlag, Berlin.

Marx, Karl (1976b): „Lohn, Preis und Profit“. In: Marx-Engels-Werke, MEW 16, Dietz Verlag, Berlin.

medico (2004): „Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität. medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit“. <http://www.medico.de/datei/jenseits-des-nationalen-sozialstaats-weltbuergerli.pdf>, aufgerufen am 5.11.2013.

Medina, Winnie (2010): „Profitable Entrechtung – Rassismus in Südspanien, zehn Jahre nach den Pogromen von El Ejido“. In: AK, analyse & kritik, Nr. 548, 19. März 2010.

Medina, Winnie (2011): Newsletter aus Almería vom 8.6.2011, unveröffentlicht.

Mendy, Spitou (2008): „Wenn dich die Blicke Richtung Senegal wenden. Weshalb junge SenegalesInnen immer wieder die Bootspassage über den Atlantik wagen“. In: *NoLager Bremen / Europäisches Bürger_innenforum* (Hg.) (2008): „Peripherie & Plastikmeer – globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand“, Eigenverlag (40-43).

Merino, Massimo / Parkin, Joanna (2004): „Fundamental and Human Rights Framework Protecting Irregular Migrants in the EU“. unveröffentlichtes Dokument; präsentiert im Rahmen der Konferenz „What price the tomatoes?“, 26. und 27. April 2011, Brüssel.

Mezzadra, Sandro (2003): „Die Einforderung der Zukunft. Migration, Kontrollregime und soziale Praxis“. http://www.transitmigration.org/db_transit/ausgabe.php?inhaltID=5, aufgerufen 5.11.2013.

Mezzadra, Sandro (2010): „Autonomie der Migration – Kritik und Ausblick“ http://www.grundrisse.net/grundrisse34/Autonomie_der_Migration.htm, aufgerufen am 5.11.2013.

Mies, Maria (1988): „Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfraisierung der Arbeit.“ Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Migreurop (2007): „Guerre aux migrants – Le livre noir de Ceuta et Melilla“. Coordination: Emmanuel Blanchard, Anne-Sophie Wender. Éditions Syllepse.

Milborn, Corinna (2006): „Gestürmte Festung Europa – Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto“, Styria Verlag.

Milne, Seumas (2009): „Solidarität in Lindsey. Die britischen Medien, die Bauarbeiter und die Fremden.“ In: *Le Monde Diplomatique*, Ausgabe vom 12.6.2009.

Mitbestimmung, Zeitschrift der HBS (2009): „Kollege, nicht Konkurrent“. 12/2009.

Mitbestimmung, Zeitschrift der HBS (2010): „Wie fair kauft Europa ein?“ November 11/2010.

Müller, Chrisa (1998): „Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf. Bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung“. Campus Verlag.

Müller, Michael (1973): „Streik Pierburg, Neuss“. In: express, 15. September, Nr. 9, 3-4.

Nowak, Jörg (2012): „Wie Emmelys Erfolg zustande kam - Rückblick auf eine erfolgreiche Solidaritätskampagne“. In AK Nr. 568, 20. Januar 2012.

Nürnberger, Marcus (2008): „Vom Hofladen in den Supermarkt – wie der Bio-Boom den ökologischen Landbau in Deutschland verändert“. In: INKOTA-Brief Nr. 143, März 2008.

Nyeleni (2011): Deklaration: Ernährungssouveränität in Europa jetzt! Nyeleni Europa 2011. Europäisches Forum für Ernährungssouveränität Krems, 21. August 2011.
<http://www.nyelenieuropa.net/>

Ollivier, Marc (Hg.) (2006): „Avec les paysans du monde“, Association pour un nouveau développement.

Olson, Dennis (2007): „Trade Deals Ignore Agricultural Impacts on Immigration“
http://www.citizenstrade.org/ctc/wp-content/uploads/2011/05/iatp_agandimmigration_12032007.pdf, aufgerufen am 5.11.2013.

Oxfarm (2011): „Bittere Bananen. Ausbeuterische Arbeitsbedingungen in Ecuador in der Lieferkette deutscher Supermarktketten“. http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20111230_oxfambananenstudie_2072kb.pdf, aufgerufen am 5.11.2013.

Paasch, Armin (2009): „Europa global – Hunger egal. Warum die Agrarpolitik der EU Nahrungskrisen verschärft“. In: iz3w 310, Jan. / Feb. 2009.

Paasch, Armin (2010): „Exportschlager Hungerkrise – die europäische Agrarpolitik und ihre Opfer“. In Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2010.

Paasch, Armin (2011): „Exporte gegen den Hunger? - die EU-Agrarpolitik soll reformiert werden“. In: Inkota-Brief 156, Juni 2011.

Paech, Niko (2010): „Die Legende vom nachhaltigen Wachstum“. In: Le Monde Diplomatique, September 2010, Seite 12/13.

Pacheco, Federico (2011): „Biologische Ausbeutung“ In: Archipel Nr. 194, Juni 2011.

Pacheco, Federico (2012): „Aktuelles aus dem Plastikmeer“, Archipel Nr. 201, März 2012.

Plank, Leonhard / Staritz, Cornelia (2009): „Global commodity chains and production networks - understanding uneven development in the global economy“. In: „Global commodity chains and production networks“. Journal für Entwicklungspolitik, Mandelbaum Verlag. 4 – 20.

Plattform für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft (2011): Communiqué de presse Biosol Portocarrero Gland, le 13 avril 2011, www.agrisodu.ch

Plöger, Andrea (2011): „Die Grenzpolitik der EU in Afrika und die Charta für globale Bewegungsfreiheit - Bericht zur 'Karawane für Bewegungsfreiheit und Entwicklung' von Bamako zum Weltsozialforum in Dakar im Februar 2011“. Erstellt im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung.

Polanyi, Karl (1957): *The Great Transformation*. 1. Ausgabe 1957. (11. Ausgabe 1971, Beacon Press und Rinehart & Company).

Pollack, Martin (2010): „Unerwünschte Fremde“. In „der Standard“ vom 14. August 2010.

Precarious News (2005): „Le monde précaire“. Mobilisierungszeitung für den Euromayday 2005 – ein Sonntag für globale Rechte. Hanau.

Pro-Ge (Produktionsgewerkschaft) (2011): „Lebensmittel in Europa - Elemente einer zukunftsorientierten Agrar- und Lebensmittelpolitik aus Sicht der Arbeitnehmer_innen und Verbraucher_innen“. Wien.

Raimondi, Fabio / Riccardi, Maurizio (2004): „Migrant Labour.“ In: „This tuesday. Logs on migration, labour and transnational organisation. www.thistuesday.org/node/view/72, aufgerufen am 5.11.2013.

Rehmann, Jan (2008): „Einführung in die Ideologietheorie“, Argument Verlag.

Rojo, Concha (2011): "Tomatoes – at what price? Ensuring fair wages and working conditions for undocumented migrant workers in Europe: Are fair trade strategies the answer?" (Document no. 5) aus Konferenzpapier. Unveröffentlichtes Dokument.

Roth, Karl Heinz (2011): „Das Weltproletariat im Werden“. In: Luxemburg 2/2011.

Samir, Amin (2011): „The Trajectory of Historical Capitalism and Marxism's Tricontinental Vocation“. In: Monthly Review, Volume 62, Issue 09.

Samsa, Gregor (2008): „Globale Landwirtschaft, Migration & Megacities. Acht Thesen zur Geschichte eines komplexen Verhältnisses“. In: *NoLager Bremen, Europäisches Bürger_innenforum* (Hg.) (2008): „Peripherie & Plastikmeer – globale Landwirtschaft, Migration, Widerstand“, Eigenverlag (51-57).

Samsa, Gregor (2008a): „Peripherie als schwarzes Loch – NoBorder Camp lässt Osteuropa links liegen“. In AK, analyse & kritik. Nr. 524, 18. Jänner 2008.

Scherrer, Christoph (2007): „Hegemonie: empirisch fassbar?“ In: „Mit Gramsci arbeiten – Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis“, Argument Verlag.

Schreieder, Agnes (2010): „Die Armutsspirale stoppen: Lidl – Der Discounter wirbt mit Eigenlob, die Arbeiterinnen in Bangladesch zahlen den Preis“. In: ver.di Publik 04 / April 2010.

Schramm Imp.-Exp. GmbH (2011): „Naturland Fair-Richtlinien für Bio Sol angestrebt“, 1.4.2011 Presseerklärung.

Seibert, Thomas (2011): Redebeitrag auf der Veranstaltung „Die Krise denken“ am 4.2.2011 in Berlin.

Selke, Stefan (2008): „Fast ganz unten – Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird“, Verlag Westfälisches Dampfboot.

Shahyar, Pedram (2011): „Vom Tahrir-Platz zur Puerta del Sol – Fünf Thesen über die neuen Protestbewegungen“. In: AK, analyse & kritik, Nr. 562, 17.6.2011.

Simón, Patricia (2011): Las esclavas ocultas por los plásticos de los invernaderos. <http://periodismohumano.com/migracion/las-esclavas-ocultas-por-los-plasticos-de-los-invernaderos.html>, aufgerufen am 5.11.2013.

SOC (2011): Mailaussand von Federico Pacheco vom 27. März 2011.

SOC (2011a): INFORME sobre la política laboral de BIO SOL, 6.4.2011

SOC (2011b): Mailaussand von Federico Pacheco vom 6. Mai 2011.

SOC (2011c): Newsletter der SOC vom 14. August 2011.

SOC (2012): „Informe sobre el Programa de Acción Sindical en la Agricultura Almeriense 2011 – 2012“. Aussendung vom 5.10.2012.

SOS Racismo (2006): <http://www.sosracismo.org/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=178&mode=thread&order=0&thold=0>, aufgerufen am 24.3.2011.

Steinbeck, John (1948): „Früchte des Zorns“. Diana Verlag, Konstanz/Stuttgart.

Sternfeld, Nora (2011): Beitrag zur Rubrik: „Her mit der Sonne – Lieder zum und um den ersten Mai.“ Malmoe 54.

Stumberger, Rudolf (2010): „Aufmerksam den Kohl betrachten“. In: ver.di Publik, 08/09 2010.

Suárez-Navaz, Liliana (2007): „Immigration and the Politics of Space Allocation in Rural Spain: The Case of Andalusia“. In: The Journal of Peasant Studies, Vol.34, No.2, April 2007 (207–239).

Supermarktmacht.de (2008): „Supermarktmacht im Handel: Wer zahlt den Preis?“. Plattformpapier der Supermarkt-Initiative vom 24.9.2008 http://www.oxfamfueralle.de/supermarktmacht.de/wp-content/uploads/20080924-Plattformpapier-Supermarktinitiative_1_.pdf, aufgerufen am 5.11.2013.

Tall, Serigne Mansour / Tandian, Aly (2010): „Regards Sur la Migration Irrégulière des Sénégalais: Vouloir Faire Fortune en Europe Avec des Pirogues de Fortune.“ Institut universitaire européen.

Theurl, Michaela C. (2008): „CO2-Bilanz der Tomatenproduktion: Analyse acht verschiedener Produktionssysteme in Österreich, Spanien und Italien“. Social Ecology Working Paper 110, Vienna.

Ulenkrug (2004): Ulenkrug Brief Nr. 16, Mai 2004.

Ungericht, Bernhard (2010): „Die Regulation transnationaler Wertschöpfungsketten als interessengenpolitisch umkämpftes Terrain“. In: *Fischer et. al.* (2010): „Globale Güterketten; weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung“, Promedia Verlag.

Uttke, Angela (2011): „Discounter-Städtebau – Die bauliche Gestaltung von Marktplätzen und Schauplätzen des Alltags“. In: *Jürgens, Ulrich* (Hg.) (2011): „Discounterwelten“ L.I.S. Verlag, Passau.

Vander Stichele, Miriam / Van der Wal, Sanne / Oldenziel, Janne (2006): „Who reaps the fruit – Critical issues in the fresh fruit and vegetable chain“, SOMO.

ver.di Handel (2010): Nr. 1 / März 2010.

ver.di publik (2011): „Lidl-Filialleiter im Streik“. In: *ver.di pubblol* 05 / 2011.

ver.di publik (2012): „Lohndumping per Werkvertrag“ In: *ver.di publik* 01 / 2012.

ver.di publik (2012a): „Irgendwann gilt der Tarif – Bioläden: Niedrige Löhne, knappe Pausen, kaum Betriebsräte“. In *ver.di publik* 02 / 2012.

Vinz, Dagmar (2005): „Nachhaltiger Konsum und Ernährung. Private Konsument_innen zwischen Abhängigkeit und Empowerment.“ In: *Prokla* Nr 138, März 2005. 15-33.

Vinz, Dagmar (2005a): „Zeiten der Nachhaltigkeit. Perspektiven für eine ökologische und geschlechtergerechte Zeitpolitik.“ Münster: Westfälisches Dampfboot.

Vinz, Dagmar (2007): „Enträumlichung und Entzeitlichung der Ernährung als Herausforderungen an eine nachhaltige Entwicklung“. In: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 3/2008, 39-49.

Voz de Almería (2011): „Indignación en Almería por el ataque de the Guardian“. Ausgabe vom 18.2.2011. http://socAlmería.files.wordpress.com/2011/01/20110218_lavoz_indignacion_p1.pdf, aufgerufen am 24.3.2011.

Wakolbinger, Doris (2010): „Was hat Obst und Gemüse mit Migration zu tun?“ Themenarbeit der Gewerkschaftsschule Braunau.

Ward, Jessica (2006): „Constructing Solidarity – Coalitions supporting immigrant farm workers in the United States and Europe“, Freie Universität Berlin.

Weed (2006): „Einladung zur Pressekonferenz in Köln“ <http://www.weed-online.org/show/112230.html?searchshow=pressekonferenz>, aufgerufen am 5.11.2013.

Werner, Klaus / Weiss, Hans (2003): „Das neue Schwarzbuch Markenfirmen – Die Machenschaften der Weltkonzerne“, Deuticke.

Wiggerthale, Marita (2008): „Endstation Ladentheke. Einzelhandel – Macht – Einkauf: Unter welchen Bedingungen Ananas und Bananen produziert werden, die in Deutschland über die Ladentheke gehen.“ Oxfarm.

Wick, Ingeborg (2011): „Arbeitsbedingungen bei chinesischen Lieferanten von Aktionswaren für Aldi.“ In: *Jürgens, Ulrich* (Hg.) (2011): „Discounterwelten“. L.I.S. Verlag, Passau.

Wildcat (2010): „Kämpfe in der Autoindustrie in Spanien“. Wildcat 86, Frühjahr 2010.

Wille, Hans (2011): „Der sichere Raum“ in: ver.di Publik 3 / März 2011.

Willenbücher, Michael (2007): „Das Scharnier der Macht. Der Illegalisierte als *homo sacer* des Postfordismus.“ b_books.

Wissen, Markus (2010): „Klimawandel, Geopolitik und 'imperiale Lebensweise'. Das Scheitern von 'Kopenhagen' und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik.“ In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen Nr. 2.

Wittfogel, Karl August (1929): „Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte“. In: „Unter dem Banner des Marxismus.“

Wohland, Ulrich (2008): „Druck und Organisierung – eine Zwischenbilanz der Lidl-Kampagne von ver.di“. In: INKOTA Brief 143, März 2008.

Wortmann, Michael (2011): „Der Erfolg der Discounter – zur Entwicklung des deutschen Lebensmitteleinzelhandels im internationalen Vergleich“. In: *Jürgens*, Ulrich (Hg.) (2011): „Discounterwelten“ L.I.S. Verlag, Passau.

Wotruba, Markus (2011): „Die Lebensmittel-Discounter erreichen die Reifephase. Folgt eine weitere Ausdifferenzierung?“ In: *Jürgens*, Ulrich (Hg.) (2011): „Discounterwelten“ L.I.S. Verlag, Passau.

WWF (2003): „Development in the drought - The incompatibility of the Ebro water transfer with sustainable development in the Southeast region of Spain“, Madrid.

Yun, Vina (2011): „Global entsichert? Prekarisierung der Arbeit im globalen Norden, Informalisierung in den Ländern des Südens bzw. Ostens: über die Verbindungen zweier bislang getrennt geführter Diskursstränge“. In: Malmoe 54, Mai 2011.

Zeller, Christian (Hg.) (2004): „Die globale Enteignungsökonomie“, Verlag Westfälisches Dampfboot.

Ziegler, Jean (2005): „Das Imperium der Schande – der Kampf gegen Armut und Unterdrückung“. Bertelsmann.

Dokumentarfilme:

Bourgouin, Nicolas (2008): „Enquête sur la tomate“. Chaine France 2, Émission Envoyé Spécial. <http://www.tonycomiti.com/fr/catalogue/catalogue-fiche/?height=600&width=850&idFilm=504>, aufgerufen am 5.11.2013.

Baqu  , Phillippe / *Girardot*, Arlette (2001): „Eldorado de plastique“. ADL, France 2.

Geyerhalter, Nikolaus (2006): „Unser täglich Brot“ Dokumentarfilm, Nikolaus Geyrhalter-Filmproduktion GmbH.

Guennoun, Souad/*Ollivier*, Marc (2009): „Agrobusiness Europeén dans le Souss“ <http://fr.lakome.info/index.php/videos/504-l-agro-business-europeen-dans-le-souss>, aufgerufen am

5.11.2013.

Hoessli (2008): Bericht über die Gemüseproduktion in Almería in der Schweizer Rundschau vom 4.3.2008. <http://www.youtube.com/watch?v=v4j9S4QGYPQ&feature=relmfu>, aufgerufen am 5.11.2013.

Nijpels, Bart (2011): „Pact van de stilte“. http://www.uitzendinggemist.net/aflevering/57964/Kro_Reportert.html, aufgerufen am 5.11.2013.

Pérez-Vitoria, Silvia (2008): „Sillons Solidaires – du Danube au Guadalquivir“. <http://cameradeschamps.free.fr/Cameras%20des%20Champs/Les%20ressources%20doc/sillonssolidaire.html>, aufgerufen am 5.11.2013.

Pflücke, Rolf (2004): „Europas neue Sklaven“. <http://www.arte.tv/de/565494,CmC=565444.html>, aufgerufen am 5.11.2013.

Rhalib, Jawad (2007): „El ejido - la loi du profit / The Law of Profit“. <http://elejido-film.blogspot.com/>, aufgerufen am 5.11.2013.

Sauper, Hubert (2004): „Darwin's Nightmare“. Mille et une productions, coop99 filmproduktion, Saga Film.

Thurn, Valentin (2011): „Taste the Waste – Warum schmeißen wir unser Essen auf den Müll?“. Thurn Film/Schnittstelle.

Tomic, Mirco (2005): „Die Billigheimer - Discounter und ihre Methoden“.

Tomic, Mirco (2011): „Hauptsache Billig“. SWR.

Wagenhofer, Erwin (2005): „We feed the world“. Allegrofilm-Produktions GmbH.

Weltumspannend Arbeiten (2011): „Der Preis für unser Gemüse - Migration, Ausbeutung und Landwirtschaft in Almería“.

15. Lebenslauf und Abstract

Lebenslauf

Dieter Alexander Behr, geb. 1979, studierte an der Universität für Bodenkultur Wien und lehrt aktuell an der Universität Klagenfurt. Er arbeitet außerdem im Netzwerk Afrique Europe Interact sowie beim Europäischen BürgerInnen Forum. Des weiteren ist er freier Journalist, Übersetzer und Vortragender.

Abstract

Die Doktorarbeit setzt sich zum Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Lohnabhängigen sowie die Möglichkeiten von Organisierung und Widerstand entlang der Produktionskette im industriellen Obst- und Gemüsebau zu untersuchen.

Ausgehend von diesem Fokus werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen von migrantischen Landarbeiter_innen in der Provinz Almería in Südspanien beschrieben. In Almería befindet sich mit einer Fläche von über 40.000 Hektar das größte zusammenhängende Gemüseanbaugebiet Europas. Geschätzte 100.000 bis 150.000 Arbeiter_innen aus afrikanischen, osteuropäischen und lateinamerikanischen Ländern arbeiten dort unter teils inakzeptablen Bedingungen. Es wird untersucht, welche Funktion die forcierte Konkurrenz zwischen Gruppen von Arbeiter_innen unterschiedlicher Herkunft für die Lohnverhältnisse einnimmt. Dabei wird die Rolle des Aufenthaltsstatus sowie die Rolle verschiedener Rekrutierungsabkommen erforscht.

Des weiteren geht die Arbeit auf die Entwicklungen im Lebensmitteleinzelhandel ein, auf die zunehmende Discountierung sowie auf die Arbeitsbedingungen von Angestellten in Supermärkten und Discountern. Dabei wird im Speziellen die Situation in Deutschland beschrieben. Darüber hinaus wird die Rolle der großen Supermarktketten und Discounter als Preisdrücker im Bereich Obst und Gemüse untersucht.

In der Forschungsarbeit wird auch gezeigt, wie die politischen und sozio-ökonomischen Strukturen aussehen, die das aktuell dominante Entwicklungsmodell im Sektor der industriellen Obst- und Gemüseproduktion möglich machen. Dabei rückt die Rolle von staatlichen und suprastaatlichen Regulationsmechanismen (Migrationspolitiken, Landwirtschaftspolitiken, binationale und internationale Abkommen) in den Fokus. Mittels des Begriffs der imperialen Lebensweise wird gezeigt, wie sich ein auf Ausbeutung beruhender Lebensstil tief in die Konsumgewohnheiten vieler Menschen einschreibt.

Die Studie untersucht auch die Arbeit von transnationalen Netzwerken und sozialen Bewegungen, die sich für den Aufbau von Alternativen stark machen. Gegenhegemoniale Strategien von Arbeiter_innen, Gewerkschaften und NGOs, die gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung aktiv werden, werden beschrieben: die Politisierung der Probleme, die Konstitution von Widerstand, die konkreten Organisierungsprozesse und exemplarisch die Verlaufsformen sozialer Auseinandersetzungen.